



## In Memoriam Lothar Bisky

Lothar Bisky besaß neben vielen guten Eigenschaften, über die in diesen Tagen gesprochen und geschrieben wird, eine ganz besondere: Er war ein konsequenter Internationalist.

Es war ihm wichtig, über den nationalen Tellerrand hinauszuschauen, nicht nur in den Kategorien nationaler Probleme, Umfragewerte und Wahlergebnisse zu denken. Seine gerühmten Fähigkeiten – zuzuhören, sich in die Lage anderer hineinzudenken, klug zu argumentieren, zu Überzeugungen zu stehen und andere zu überzeugen – setzte er dafür ein, in der europäischen und weltweiten Linken zu debattieren, Gemeinsamkeiten zu finden und zu fördern, auszugleichen, für gegenseitiges Verständnis zu werben, Streit zu schlichten, Kompromisse zu schließen und zu gemeinsamer Aktion zu mobilisieren. Lothar Bisky war ein sensibler, mitfühlender Mensch, der immer eine helfende Hand für andere hatte. Dies war auch die innere Triebkraft für seine von Herzen kommende internationale Solidarität, die zu bekunden und zu beweisen er zu jeder Stunde bereit war. Er hat viel bewegt für das Zusammenführen der von den brutalen Wendeereignissen schwer gezeichneten und gebeutelten europäischen Linken, was in der Gründung der Partei der Europäischen Linken einen Höhepunkt fand. Er hat einen wesentlichen Beitrag geleistet zum internationalen Ansehen der PDS und der LINKEN, zum wachsenden Vertrauen unter den Parteien, die in der EL und der Fraktion GUE/NGL des Europäischen Parlaments enger zusammenrückten. Dafür hat er viel Kraft und Herzblut gegeben. Die Genoss/-innen und Kampfgefährten/-innen, die ihn dabei erlebten, wissen, welche große Lücke er hinterlässt. Um seiner zu gedenken, drucken wir hier neben Auszügen aus Nachrufen ein kürzliches Interview nach, in dem die reiche Persönlichkeit dieses nachdenklichen, kantigen, unbequemen und weitsichtigen Genossen noch einmal aufscheint.

*Die Redaktion*

Fausto Bertinotti, ehemaliger Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken:

„Es gibt Menschen, die in der ganzen Welt und für die ganze Welt leben. Lothar Bisky gehörte zu diesen Menschen. Es gibt Menschen, die ihr ganzes Leben lang aufrecht gehen,



auch wenn es schwerfällt und Schmerzen bereitet. Lothar konnte aufrecht gehen, aber er hat nie jene verurteilt, die das aufgrund ihrer Schwäche nicht konnten.

Lothar Bisky besaß revolutionäre Geduld. Er wagte sogar einem seiner Lieblingsautoren, Bertolt Brecht, zu widersprechen. Brecht sagte: „Ach, wir – die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein“. Lothar hat gekämpft und ist freundlich gewesen.

Menschen wie Lothar Bisky spielten eine große Rolle im großartigen und schrecklichen 20. Jahrhundert, in dem Völker und Proletarier versucht haben, die Welt zu verändern und sich von der Unterdrückung zu befreien.“

Pierre Laurent, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken, Nationalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei:

„Der Tod meines Vorgängers im Vorsitz der Partei der Europäischen Linken macht mich sehr traurig. Die ganze EL, zu deren Gründungsvätern er gehörte, trauert mit mir. Eine eindrucksvolle Gestalt der europäischen Linken hat uns verlassen. Lothar Bisky war ein hoch geachteter Europaabgeordneter und leitete die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken. Ich möchte in dieser Stunde seinen Mut, seine Offenheit und seine Anständigkeit würdigen, die seine Kämpfe und seinen Einsatz stets gekennzeichnet haben. Die Anwürfe, deren Ziel er und seine Vergangenheit waren, hatten zum Ziel, die Stimme einer kämpferischen Linken gegen die Kräfte des Kapitals zu diskreditieren.“

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments:

„Lothar Bisky war ein aufrechter Mann. Nicht frei von Irrtümern, zu denen er stand. Auch geplagt von Selbstzweifeln, die ihn menschlich machten. Ein Humanist, der das Recht der Anderen zum Leitmotiv seines Handelns machte. Ein Mann mit festen Überzeugungen und dennoch fähig und bereit, Brücken zu bauen zu anderen Positionen. Was für ein Verlust für uns im Europäischen Parlament. Er wird uns fehlen, und ich behalte ihn in meinem Herzen.“

Gabi Zimmer, Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL:

„Lothar hat in Brüssel viel für die Linken erreicht: Er tat ganz selbstverständlich das, was uns oft so schwerfällt: Andere mit ihren Wahrheiten zu respektieren und ihnen zuzuhören. Er ideologisierte nicht, blieb aber in seinen Überzeugungen ganz bei sich. Er genoss im Europaparlament hohe persönliche Anerkennung weit über die Fraktionsgrenzen hinaus. Hätte er sich im Europaparlament der Wahl als Vizepräsident gestellt, er wäre – anders als im Bundestag – gewählt worden.“



# Inhalt

→ In memoriam Lothar Bisky	1	→ Achim Wahl: Brasilien – linke Lösung	43
→ Lothar Bisky: Vereinigte Staaten von Europa	3	→ SPD hat SI den Kampf angesagt	46
● <b>DIE LINKE</b>	6	→ Stephan Peter: SI, „Progressive Allianz“ und Linke Europas	47
<b>Vom Dresdener Parteitag:</b>	6	→ Wolfgang Gehrcke: SPD verpasst SI den Todesstoß	49
→ Rede von Gabi Zimmer, GUE/NGL	10	● <b>Internationale Umschau</b>	<b>50</b>
→ Grußwort von Marisa Matias, Linksblock Portugal	11	<b>Eurokrise:</b>	
→ Deutsch-französisches Parlamentariertreffen	11	→ Oskar Lafontaine: Ein europäisches Währungssystem	50
→ Fraktion DIE LINKE: Kein Krieg gegen Syrien!	12	→ Elmar Altvater: Der politische Euro	51
→ Jan van Aken: UN-Bericht zum Sarin-Angriff in Syrien	13	→ Bernd Riexinger: Es geht um die Europäer	55
→ Jan van Aken: Deutsche Chemie für syrisches Giftgas?	14	→ Michael Brie: Die Macht der Schwachen	57
→ Alexander King: Entwicklungspolitische Leitlinien	15	<b>TTIP:</b>	
● <b>Partei der Europäischen Linken</b>	15	→ Helmut Scholz: Wer will eine Wirtschafts-NATO?	58
→ Karin Kulow: EL-Delegation im Gazastreifen	15	→ Lothar Bisky/Nora Schüttpelz: Kulturelle Vielfalt nicht verhandeln!	59
→ EL-Sommeruniversität in Portugal	17	→ Peter Fuchs: Sonderrecht für Konzerne?	61
→ Raju Sharma/Dominic Heilig: Gegen Unternehmenspenden in EU	18	<b>Griechenland:</b>	
● <b>Aus der internationalen Linken</b>	20	→ Sahra Wagenknecht: Griechenland unter Räufern	62
→ Walter Baier: Europa zwischen Auflösung und Empörung	20	<b>Nahost:</b>	
→ Gabi Zimmer: Linke und Europawahl	23	→ Jan van Aken: Ägypten und der Machtwechsel	63
→ Andreas Günther: Norwegen: Regierung ohne Linke	24	→ Peter Schäfer/Mai Choucri: Ägypten nach Mursi	64
→ Dominic Heilig: Parteitag der Einheitsliste Dänemarks	26	→ Julia Wiedemann: Ägyptische Demokratie noch am Anfang	66
→ Dominic Heilig: Sinn Féin will eine „neue Republik“	26	→ Julia Wiedemann: Rechtsruck bei Wahlen in Pakistan	69
→ Wladimir Fomenko: 15. Parteitag der KPRF	27	● <b>Analyse</b>	
→ Iwan Melnikow: Welche Opposition in Russland?	28	→ Helmut Ettinger: Außenpolitik der VR China	71
→ Holger Politt: Situation linksliberaler Kräfte in Polen	30	→ Ingo Nentwig: Inselstreit im Südchinesischen Meer	76
→ Zagreb: Sechstes „Subversive Festival“	32	→ Vijay Prashad: Die BRICS-Staaten	82
→ Indien: Herausforderungen für die Linke	33	→ Jacinto Suárez: Der Sandinismus in Nicaragua	92
→ Dietmar Schulz: São-Paulo-Forum für mehr linke Einheit	34	→ Helma Chrenko: Alternative Integration Lateinamerikas	95
→ São-Paulo-Forum: Aus dem Basisdokument	35	→ Karin Kulow: Israelisch-palästinensische Gespräche	102
→ Gerhard Dilger: Kein Wunder in Brasilien	41	→ Wolfgang Bator: Konterrevolution in Ägypten	107
		→ Cem R. Sey: Revolution in der Türkei?	114
		→ Jos Martens: Keine Wahlfälschung in Simbabwe?	120
		→ Jeremy Cronin: Alternative Entwicklung für Südafrika	125
		→ Diethelm Weidemann: Pakistan: Grundprobleme ungelöst	128



# Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff

Interview mit Lothar Bisky über EU-Erweiterung, „mehr Europa“, Europaskepsis und die Linke in Europa

Aus: [www.dielinke-europa.eu/article/8640.vereinigte-staaten-von-europa-das-waere-ein-neuer-qualitaetsbegriff.html](http://www.dielinke-europa.eu/article/8640.vereinigte-staaten-von-europa-das-waere-ein-neuer-qualitaetsbegriff.html)  
Die Fragen stellte: Nora Schüttpeitz, ehemalige Leiterin seines MdEP-Büros, 1. Juli 2013

## ● Mit dem heutigen Tag ist Kroatien 28. Mitglied der EU. Ein Fortschritt, auch für Linke ein Grund zum Feiern?

Ja! Viele – in der alten EU und in Kroatien – machen sich nachvollziehbare Sorgen über die ökonomischen Probleme. Aber gerade wer eine EU will, die nicht vor allem anderen Marktlogiken folgt, sollte die nicht zum alleinigen Maßstab machen. Friedliche Lösung von Konflikten, individuelle Freiheitsrechte, solidarisches und demokratisches Zusammenleben: Das sind die Erwartungen, die Menschen in den Mitgliedstaaten an die EU-Mitgliedschaft haben. An deren Erfüllung müssen wir gemeinsam arbeiten.

Ein Grund zur Freude ist auch, dass unsere linke Fraktion im Europaparlament, die GUE/NGL, dadurch ein neues Mitglied aus Kroatien bekommt. Wir sind jetzt 35 und damit nicht mehr die kleinste Faktion. Hinzu kommt: Die heutige EU hat doch unter anderem den Mangel, dass viele europäische Staaten nicht Mitglied sind. Ich glaube fest daran, dass im Laufe der Jahre noch andere Staaten dazukommen.

## ● Weitere Fortschritte im oder durch das europäische Integrationsprojekt hältst Du also für möglich.

Ja, daran glaube ich fest – sonst wäre Europa ja bescheuert! Weil die Vorteile des Zusammengehens so offensichtlich zutage liegen, dass nur Leute, die in andere Zeiten zurück wollen, dagegen arbeiten können. Also ich finde, das europäische Projekt, die Europäische Union, so wie sie ist, ist nicht der Idealzustand, der erreichbar ist. Aber: Es ist ein Zustand für die miteinander kooperierenden Länder, der wesentlich besser ist, als ein auf Nationalstaaten fixiertes und damit engstirniges Europa.

## ● Hat die EU-Mitgliedschaft einiger ost- und mitteleuropäischer Staaten schon die tatsächliche Überwindung des kalten Krieges in kultureller, sozialer, wirtschaftlicher Hinsicht hergestellt?

Die Erweiterungen haben dazu beigetragen, bei allen Problemen, die noch unübersehbar übrig sind. Die Zusammenarbeit und das gewollte Zusammenrücken ist schon ein Fortschritt: dass Kooperation gesucht und nicht verhindert wird. Dabei ist es ein gewaltiger Prozess und daran, dass er langsam geht, darf man nicht verzweifeln. Kultur, auch politische Kultur ist etwas, was angeeignet ist durch Lebensweise und was in der Lebensweise zum Ausdruck kommt. Und das dauert eben. Man denke doch nur an die Ost- und Westdeutschen. Die deutsche Einheit gibt es nun schon lange und es gab sie vorher. Es gibt aber immer noch eine gewisse Reibung, auch wenn man die durchaus produktiv nutzen kann. Da darf man doch nicht erwarten, dass alle europäischen Völker über Nacht alle Unterschiede über den Haufen werfen.

Das sind Lernprozesse, die lange dauern, manchem zu lange. Aber billiger ist es nun mal nicht zu haben.

## ● Wenn man weitere Integrations Schritte in Europa geht – gibt es dann nicht auch noch mehr Probleme?

Tja, ein problemloses Leben gibt es nicht! Da habe ich keinerlei Illusionen. Die Jahrhunderte lange Dominanz bestimmter kirchlicher Ideen hat wohl zu unrealistischen Harmonievorstellungen geführt. Das Leben ist ein bisschen anders. Vieles passiert durch die Lösung von Widersprüchen, durch Lösung von Konflikten, auch durch das Austragen von Kontroversen. Probleme sind, wenn man es friedlich angeht, durchaus nicht das Problem, sondern oft der Anfang einer Lösung.

## ● Du hast Dich schon mehrfach – mitten in der Krise, während andere über das Ende des Euro, vielleicht sogar der EU nachdenken – für die „Vereinigten Staaten von Europa“ ausgesprochen. Was verstehst Du darunter?

Vereinigte Staaten von Europa – das wäre ein neuer Qualitätsbegriff. Das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika, das sage ich jetzt bewusst als Linker, ist kein schlechtes Modell. Weil dort die Staaten eine relativ hohe Selbständigkeit haben und gleichzeitig in wesentlichen politischen Fragen zusammengehen und dafür die Institutionen geschaffen haben.

Europa würde es nicht genau so machen, wie die USA. Die Geschichte der europäischen Länder, Kulturen und Demokratien kann man nicht einfach unter den Tisch fegen. Insofern wäre es anders, aber ein vereinigtes Europa wäre ein Schritt weiter, als das, was wir gegenwärtig haben.

## ● Was würde das denn konkret heißen?

Ich möchte jetzt keine Liste aufstellen, was da im Einzelnen alles anzustreben wäre. Es ist wichtig, dass wir in der Europäischen Union weitere Schritte bedenken.

Man müsste über die Transferunion nachdenken, so etwas in der Art wie der Länderfinanzausgleich in Deutschland, nur besser, funktionierender, hin zu einer tatsächlichen Angleichung der Lebensverhältnisse. Auch über Möglichkeiten der EU, finanziell nicht mehr vom guten Willen der nationalen Regierungen abzuhängen, sondern zum Beispiel durch Anteile aus der Finanztransaktionssteuer eigene Mittel zu bekommen. Ein EU-Kommissar hatte die Idee für eine europäische Arbeitslosenversicherung, ich finde den Vorstoß gut. Die Entwicklung spricht für mehr Integration. Wir haben dabei nur ein Hemmnis und das ist der bornierte Nationalismus. Den gibt es auch in Deutschland. Gerade als Deutsche müssen wir erkennen, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Völkern ist. Das ist jedenfalls meine Lehre aus der deutschen Geschichte. Wenn immer wieder Alleingänge versucht werden, endet das in der Regel verhängnisvoll. Die weitere Vertiefung der Europäischen Union bedeutet doch nicht, dass damit die nationalen Traditionen, die Geschichte, das jedem Volk Eigene verdrängt würden. Denn man bleibt ja Deutscher, Franzose, Italiener in der EU. Man wird gleichzeitig mehr und mehr Europäer. Auch wenn noch bei vielen Menschen der Nationalstaat im Mittelpunkt der Identität steht: Ich glaube schon, dass das Gewicht sich allmählich hin zu mehr Europa verschiebt.



● **Woran machst Du das fest? Nicht nur die Zeitung mit den vier Großbuchstaben und die Stammtische lassen vermuten, dass es immer mehr statt weniger nationalistische Vorurteile gibt. Die Bundeskanzlerin spricht auch nicht mehr laut von mehr Integration.**

Mit der Realität passen Rückzüge ins Nationalstaatliche nicht zusammen. Ohne mehr und bessere Kooperation werden sich viele Probleme einfach nicht lösen lassen. Aber natürlich gibt es Abstufungen: Manchmal ist behutsame Annäherung sinnvoll, manchmal sind richtige gemeinsame Gesetze die sinnvollere Variante. Aber in jedem Fall mehr und bessere Zusammenarbeit.

Man darf die Menschen nicht unterschätzen: Ich glaube schon, dass eine Mehrheit durchaus bereit zu mehr Integration ist, auch wenn eine gewisse Skepsis unübersehbar ist. Zum Teil ist das mit historischen Ereignissen begründbar, zum Teil angesichts aktueller Krisenerscheinungen zumindest nachvollziehbar. Häufig werden wir ja auch von Regierungen an der Nase herumgeführt und so etwas haftet erst einmal lange Zeit in einer Bevölkerung. Aber ich glaube nicht, dass die Bevölkerung an sich irgendwelche Aversionen gegen Europa hat. Solche Aversionen sind von Politikern leicht angestachelte, manchmal von Journalisten beförderte – oder besser: produzierte – Haltungen. Und die werden dann so lange beschrieben, bis man sie für Realitäten hält.

● **Du wohnst in einem kleinen Städtchen, nicht in einem der großen Industriestandorte oder Kulturzentren – welche Fragen stellen Dir Deine Nachbarn über die EU?**

Das ist ganz unterschiedlich. Aber ich höre da durchaus diese Vorbehalte gegenüber der EU. Was mich oft auf die Palme bringt, ist der blödsinnige und gemeine Spruch, dass die Deutschen alles finanzieren. Denn die Haltung, die dahinter steckt, zeigt doch, dass diese Leute am deutschen Wesen wieder die Welt genesen lassen wollen. Das ist einfach falsch. Das ist einfach nach hinten gewandt. Das ist etwas, was mich wütend macht. Denn das stimmt ja nicht. Diese Haltung, dass nur Deutsche so fleißig sind, vielleicht auch noch so sauber, das ist eine Haltung, die in den 1930er Jahren dagewesen ist. Und dass das sich nochmal an die Oberfläche hervorwagt, ist schlimm. Ich sage das so deutlich, weil ich das so empfinde. Wir Deutschen sollten etwas mehr Bescheidenheit üben in den internationalen, auch in den europäischen Angelegenheiten.

● **Was antwortest Du denn auf solche Positionen?**

Mir kommt man damit im Regelfall nur einmal. Und danach weiß man, dass ich ein gnadenloser Internationalist bin, auch ein gnadenloser Europäer. Und dass ich für solche Spielchen nicht zu haben bin. Ich antworte dann immer mit der Küche der Franzosen, mit der Filmkunst der Polen, den tschechischen Theatern, den griechischen Demokratie-Ursprüngen. Es gibt ein sehr reichhaltiges Europa mit besonderen kulturellen Schätzen, überall wo man hinsieht, in allen Ländern. Die zu bewahren ist eine unserer Kernaufgaben.

● **Du hältst es also mit Jean Monnet? Dem wird das Zitat zugeschrieben, wenn er die ersten Integrations-schritte noch einmal tun dürfte, würde er mit der Kultur beginnen. Womit würdest Du beginnen, wenn Du heute als junger Europapolitiker neu anfangen könntest?**

Mit der Ökonomie und der Kultur. Kultur ist außerordentlich wichtig, aber nicht die Grundlage der Entwicklung. Kultur ist mein Beruf und ich tue alles Möglich dafür. Aber ich habe mal gelesen, dass Menschen erst einmal essen, schlafen, trinken, lieben wollen, bevor sie dann zu anderen Dingen kommen. Und diese einfache Weisheit möchte ich nicht vergessen, bei aller Liebe zur Kultur.

● **Es gibt doch wirtschaftliche Integration in der EU, allem voran die vier Grundfreiheiten. Fehlt also nur ein bisschen Kultur?**

Dass wir die kapitalistischen Grundfreiheiten haben, ist natürlich nicht zu bestreiten. Aber das ist noch nicht Ökonomie, also das, was ich darunter verstehe. Das schliesse natürlich das Soziale ein, auch die kooperative Wirtschaft: Mehr genossenschaftliches Wirtschaften könnte in einer sinnvoll vertieften EU eine größere Rolle spielen. Ein Mix von Eigentums- und Wirtschaftsformen. Das heutige Modell fördert die absolute Dominanz des Privateigentums.

● **Brauchen wir auch eine EU-Sozialpolitik oder ist die bei den Mitgliedstaaten besser aufgehoben, wo die Sozialsysteme ja traditionell gewachsen sind?**

Es gibt schon Ansätze und gemeinsame sozialpolitische Regelungen: Zum Beispiel die maximale Arbeitszeit und Gesundheitsschutzbestimmungen am Arbeitsplatz sind EU-weit geregelt. Es gibt Förderprogramme für Kultur und Jugendaustausch und für regionale Entwicklung in Städten und im ländlichen Raum, gerade auch grenzübergreifend. Das ist sinnvoll, denn zunehmend bewegen sich Menschen öfter im Leben über nationale Grenzen hinweg – zur Ausbildung, im Urlaub, zum Arbeiten, aus familiären Gründen.

Ich plädiere dafür, soziale Standards behutsam und mit ausreichender Zeit mehr anzugleichen, natürlich zum Besseren hin. Damit meine ich, man kann die Traditionen und Unterschiede, die auf sozialpolitischem Gebiet existieren, nicht mit der Brechstange über Nacht beseitigen. Nimmt man die Brechstange, geht die europäische Idee verloren. Gehen wird es nur, indem Völker gewonnen werden. Bei der EU-Integration kann man mit Macht gar nichts ausrichten, sondern nur mit überzeugenden Lösungen von Problemen.

● **Hat der alte Marx schon etwas über Europa gesagt, was heute noch gilt, wie würde er die EU bewerten?**

Da der Alte ein ganz schön kritischer Typ war, würde er natürlich die kapitalistischen Grundlagen nicht besonders schick finden. Aber er war zugleich immer auch ein realistischer Empiriker, so will ich es mal ausdrücken. Er wusste, dass die schönste Theorie auch in seinem Kopfe nicht immer die Wirklichkeit widerspiegelt. Er wusste, man muss Dinge erforschen, genau hinschauen, was sich entwickelt. Er würde wohl mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass der einst relativ erstarrte Industriekapitalismus nationalstaatlicher Prägung sich doch entwickelt hat. Nicht dass er jetzt sozialistischen Maßstäben genügen würde, das auf gar keinen Fall. Aber er hat sich entwickelt in einer ganzen Reihe von Fragen, die zu Marx' Zeiten noch nicht voraussehbar waren.

Marx wäre der erste, der das zur Kenntnis nimmt und der Letzte, der das leugnen würde. Denn er ist der genau analysierende Empiriker. Er hat immer wieder die Augen geöffnet vor dem, was in der Realität vor sich geht und sich nicht ver-



graben in seiner eigenen Ideologie. Bei manchen Marxisten ist das umgekehrt.

● **Welchen Ratschlag würde er uns geben? Was sollen wir denn mit der EU machen, als Linke?**

Er würde uns antreiben, dass wir entwürdigende Umstände, unter denen Menschen produzieren und leben, in Europa, in der Welt insgesamt, beseitigen und daran arbeiten, sie durch Zustände zu ersetzen, in denen Menschsein möglich ist. Denn in Europa sind wir militärisch hoch gerüstet; Europa ist machtpolitisch in der Welt aktiv; Europa steht für einen sozialstaatlich abgemilderten, aber dennoch für einen klaren kapitalistischen Kurs. Und Europa hat sich auch noch nicht gänzlich von seinen kolonialgeschichtlichen Attitüden kultureller Hegemonievorstellungen verabschiedet.

● **Welche Ratschläge, Strategien gibst Du jüngeren Politikergenerationen mit auf den Weg?**

Das lässt sich relativ einfach sagen: Ich habe in meiner politisch aktiven Zeit so viel geredet und vorgeschlagen und Sitzungen geleitet und Ideen und Orientierungen mit anderen zusammen entwickelt, dass die Menschheit nun langsam darauf verzichten kann. Das sehe ich mit Freuden. Ich rate nur jedem, der sich mit dem einen oder anderen meiner früheren Vorschläge beschäftigt: Seid verdammt kritisch. Alles andere führt zu nichts. Die Zeit des Gläubigseins hatte meine Generation noch zu überwinden. Heute muss niemand mehr gläubig in politischen Fragen sein, heute kann man sich alles kritisch aneignen, verwerfen oder annehmen.

● **Trotzdem: Es gibt doch bestimmt „wichtigste Themen,“?**

Überleben. Freunde finden. Feinde abwehren – also einerseits im Sinne von bessere Argumente haben als der Gegner; andererseits: Als Linke erleben wir leider auch oft immer noch feindliche Einstellungen uns gegenüber. Das habe ich früh erfahren müssen. Heute ist das deutlich weniger und es ist auch nicht in allen Ländern gleich. In Deutschland besonders ist die Intoleranz leider ein beständiger Strang in der Geschichte – ich meine auch die linke Intoleranz. Mich hat nun vor allem die rechte Intoleranz getroffen. Linke Intoleranz ist aber nicht weniger schlimm oder peinlich.

● **Gibt es eine europäische Identität bzw. was wäre das eigentlich?**

Das ist das, was sich im Prozess der Kooperation entwickelt und wofür es keine Formel gibt. Natürlich kann man das feststellen, das sagen mir Leute, die in den EU-Institutionen arbeiten, auf einen anderen Erfahrungshintergrund zugreifen als der so genannte normale Bürger. Leute, die viele Kooperationserfahrungen in und mit anderen Ländern und Völkern haben, sind oft weltoffener. Aber europäische Kultur, europäische Identität, entwickelt sich ausschließlich im Prozess der Kooperation. Man kann sie nicht einfach verordnen. Wie das im Einzelnen aussieht, lässt sich nicht wirklich voraussagen.

Man kann das fördern. Es wird – zum Glück – Einiges unternommen, damit die Jugend in Europa miteinander in Kontakt kommt, voneinander lernen kann. Da kann und sollte noch mehr gemacht werden. Das ist historisch nicht vom Himmel gefallen, sondern dazu bedurfte es der Anstrengungen vieler Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen

Lebens, die das durchgesetzt haben. Es war früher überhaupt nicht selbstverständlich, dass man sich mit französischen Schülern trifft. Es war überhaupt nicht selbstverständlich, dass man nach Polen fährt. Man war selbstgenügsam genug, die bunte Welt auf dem Balkan nicht näher kennenlernen zu mögen. Es war ja auch kompliziert. Aber den Einblick in das Leben anderer – den braucht man. Anders wird Europa nichts werden, weil man ja die Vielfalt verstehen und die Unterschiedlichkeit annehmen können muss.

● **Werden europäische Parteien in absehbarer Zeit, vielleicht schon jetzt in den Monaten vor der Europawahl Ende Mai 2014, mehr in den Vordergrund rücken?**

Die europäischen Parteien werden eine immer größere Rolle spielen. Ob uns das gefällt oder nicht, ist da nicht die Frage. Wir als Linke müssen diese Entwicklung annehmen und gestalten. Das heißt auch, bewusst dahinter stehen und von den Tatsachen ausgehen. Die einzelnen nationalen Parteien sind und bleiben ja wichtig in ihren Ländern. Aber auf europäischer Ebene geht es nur durch ganz enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Parteien und auch in einer gemeinsamen europäischen Partei mit gemeinsamen Politikansätzen. Wie denn sonst?! Da ist die Linke erstaunlicherweise überaus schwerfällig und häufig nationalstaatlich orientiert. Zu oft wird auch vergessen, dass die Geburt neuer linker Parteien immer an den Internationalismus geknüpft war. Es ging immer um die Völker der Welt oder doch um große internationale Zusammenhänge. Es ging nie um diese bornierten einzelnen kleinen Nationalstaaten.

● **Die „neue soziale Idee“ – ist das ein guter Slogan auch für die europäische Linke?**

Die Linke in Europa muss die Chance wahrnehmen, eine weiter ausdifferenzierte Europapolitik zu gestalten. Es geht um eine sozial gesicherte, europäische Kooperation, die Produktivität und Wohlstand vorantreibt – in Frieden. Das will ich nochmal erwähnen, so sicher ist das ja nun auch nicht. Das produktive Europa. Das schiene mir der Kern zu sein. Produktion natürlich nicht nur auf Waren und Dienstleistungen bezogen.

● **Wer wird unser Spitzenkandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten?**

Das weiß ich nicht. Ihr, die Jüngeren, müsst einen oder eine finden.



## Ein anderes Europa ist nötig

*Rede von Gabi Zimmer, Vorsitzende der Fraktion Vereinigte europäische Linke – Nordische grüne Linke (GUE-NGL) im Europäischen Parlament, auf dem Dresdener Parteitag der LINKEN am 16. Juni 2013*

Die Bilder vom Taksim-Platz in den letzten Tagen, insbesondere in der letzten Nacht, die Jagd auf Menschen, das Niederprügeln von friedlich Demonstrierenden, Tränengas und Knüppel gegen Kinder, Frauen, ältere Menschen – all diese Bilder sind uns sehr nah. Unsere Solidarität gilt jenen, die sich von der Polizeigewalt der türkischen Regierung nicht abschrecken lassen wollten, für eine offene, tolerante Gesellschaft in der Türkei einzutreten.

Grund- und Menschenrechte werden in vielen Regionen Europas und in der EU verletzt. Das ist und bleibt die zentrale Herausforderung für die Linken in Europa. Daher möchte ich zunächst Grüße nach Istanbul und an viele Orte der Welt schicken – nicht zuletzt nach Berlin zum zeitgleich mit unserem Parteitag veranstalteten Tribunal von Flüchtlingen gegen die herrschende Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland, in der Europäischen Union.

Schließlich solidarisieren wir uns mit Menschen, die gegen Unterdrückung, Diskriminierung, Fremdbestimmung und Gewalt opponieren, sich gegen eine sozial und ökologisch zerstörerische Politik wehren, gegen eine Politik, die Menschen in Armut treibt, soziale und demokratische Standards abbaut, zu einem Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen, von Gemeingütern führt sowie Sozial-, Gesundheits- und Rentensysteme kommerzialisiert und privatisiert.

Die in Berlin, Madrid, Athen, Lissabon, Istanbul und Ankara auf die Straße gehen, verteidigen ihre Ansprüche auf ein Leben in Würde und auf ihre Zukunft. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, denen die Herrschenden ihre Zukunft stehlen. In einigen EU-Ländern sind 45 bis 60 Prozent der jungen Leute arbeitslos. Aus den am meisten von der Krise betroffenen Ländern wandern die jungen Menschen ab. Sie suchen gezwungenermaßen ihr Wissen, ihr Engagement, ihre Kreativität an den Standorten der Krisengewinner einzubringen. Das betrifft nicht nur Menschen aus Spanien, Griechenland oder Portugal, sondern auch aus Litauen, Lettland, Slowenien – kurz gesagt, aus vielen Ländern Ost-, Mittel- und Südeuropas. Dieser Umgang mit der jungen Generation wird verheerende Auswirkungen auf lange Zeit haben, gesellschaftliche Strukturen zerstören und das Zusammenleben von Menschen beeinträchtigen.

Was passiert mit einer Gesellschaft, die jungen Leuten ihre Visionen, ihre Hoffnungen nimmt?

Im Kontext mit der vielfach zunehmenden sozialen Spaltung, der bewusst in Kauf genommenen und betriebenen Entsolidarisierung erleben wir, wie insbesondere Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Angehörige ethnischer Minderheiten und Obdachlose Ziel direkter Angriffe auf Leib und Leben werden. Ihnen gehört unsere Solidarität, unser aktives Engagement – egal, in welchem Teil der EU, Europas oder in welcher Region der Welt sie leben.

Gegenwärtig finden Protest- und Solidaritätstage gegen die Abschaltung der griechischen öffentlichen Rundfunk- und Fernsehsender statt. Wir solidarisieren uns mit Beschäftigten, Zuhörenden und Zuschauenden. Diese Schließung steht für die Politik der in der EU Regierenden, der Troika. Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission und Europäische Zentralbank haben mit den entsprechenden Regierungen Memoranden vereinbart. Es ist eine Politik, die auf eine brutale Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, soziale und ökologische Mindeststandards zielt, die Demokratie abbaut und Repressionen zuspitzt. Eine Politik, die soziale Einschnitte bringt und das Recht auf Information, kulturelle und demokratische Teilhabe der Menschen von einer Minute auf die andere einfach abschalten kann.

Die Regierenden haben längst die Maske fallen lassen. Sie nehmen in Kauf, dass zunehmend mehr Menschen sich von „Europa“ abwenden, die Schuld für die Verschlechterung ihrer Lebenslage allein oder vor allem in der Europäischen Union sehen. Es stimmt hoffnungsvoll, dass sich soziale Bewegungen wie Blockupy gegen die sozial und ökologisch zerstörerischen Entwicklungen stellen, ihre Interessen und Forderungen deutlich artikulieren. Der 1. Juni war ein wichtiger und unverzichtbarer europäischer Aktionstag gegen die Folgen der Politik von Troika und Memoranden. Proteste gab es in Spanien, Portugal, Frankreich, Griechenland. Die Fraktion GUE-NGL war bei vielen dieser Aktionen präsent – nicht als Zuschauer, sondern als Mitwirkende.

Es sieht so aus, als würde das Projekt der europäischen Integration in einer Sackgasse landen. Als 2007 bis 2009 die Europäische Union von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst wurde, verkündeten Rat und Kommission noch unisono, dass die Mitgliedstaaten der EU dank ihrer Strategie 2010 zur Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und des Maastrichter Wachstums- und Stabilitätspakts die Krise einigermaßen unbeschadet überstehen würden. Aber schnell waren die kurzlebigen Einsichten wieder vergessen, Spekulationsgeschäfte zu begrenzen, internationale Finanzmärkte stärker zu kontrollieren und zu regulieren. Die Versäumnisse rächten sich, als sich vor dem Hintergrund der nach wie vor nicht bekämpften globalen Krisen und Probleme vor allem Mitgliedstaaten der Eurozone einer um sich greifenden Banken- und Staatsschuldenkrise ausgesetzt sahen. Anstatt die sozialen, ökonomischen, fiskalischen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen, wurden den von der Staatsfinanzierung betroffenen Mitgliedstaaten Sparprogramme diktiert, die die Lasten der Krise vor allem den Beschäftigten, den Bevölkerungsmehrheiten, den sozial und ökonomisch Schwächsten der Gesellschaft aufbürden.

Obwohl der Internationale Währungsfonds inzwischen eingestanden hat, dass die Sparpolitik gescheitert ist, dass den Memoranden eklatante Fehleinschätzungen, falsche Zahlen und falsche Prognosen zugrundelagen, weigern sich Rat und Kommission, das einzuräumen. Der nächste Schuldenschnitt für Griechenland wurde durch den IWF bereits angekündigt. Die Kommission, Teil der Troika, wiegelt ab. Nur ganz vorsichtig nähert sich Barroso den unbequemen Wahrheiten.

Soziale Verwerfungen, die Zunahme von Rassismus, Nationalismus, Hass gegen Anderslebende, ethnische und religiöse Minderheiten werden in Kauf genommen. Die Krise



geht einher mit einem massiven Demokratieabbau. Kanzlerin Merkel löste die bis Krisenausbruch geltende Gemeinschaftsmethode durch die Unionsmethode ab. Um das Europaparlament und die Beteiligung der Parlamente in den EU-Mitgliedstaaten weitgehend zu umgehen, praktiziert sie und ihre politischen Partner ein Verfahren, das Vereinbarungen und Verträge auf zwischenstaatlicher Ebene ermöglichte. Getreu dem Motto, demokratisch ist, was der Wirtschaft nützt, wurden Verträge wie der Fiskalpakt ohne die entsprechende parlamentarische Mitwirkung abgeschlossen und umgesetzt – mit weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in die Haushaltsentscheidungen der Mitgliedstaaten. Inzwischen sind schon so viele neue Instrumente und Vereinbarungen zur Bekämpfung der Krise beschlossen worden, dass es scheint, als hätten die Regierenden inzwischen selbst die Übersicht verloren. Sixpack, Twopack, Europäisches Semester, Fiskalpakt, Länderspezifische Empfehlungen, die Einführung einer Europäischen Bankenunion, bilaterale Vereinbarungen der Kommission mit einzelnen Mitgliedstaaten – das Ganze ist inzwischen ein kaum zu bewältigender Irrgarten geworden. Wer hier unter die Räder kommt, sind die Menschen in den Mitgliedstaaten, die Bürgerinnen und Bürger, die die EU immer mehr als einen Moloch empfinden, der sie bedroht.

Wer die Diskussionen im Europäischen Rat verfolgt, kommt unweigerlich zu der Ansicht, dass die Regierungschefs und ihre jeweiligen Minister die Gemeinsamkeit und die Solidarität, die die EU eigentlich prägen sollte, gar nicht wollen. Am deutlichsten wurde dies bei den Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen von 2014 bis 2020. Trotz wachsender Aufgaben der Union und dem EU-Beitritt eines neuen Mitglieds noch in diesem Jahr wurden die Beiträge für den Gemeinschaftshaushalt massiv gekürzt. Die über viele Jahre die europäische Integration viel zu wenig prägende Kohäsions- und Strukturfondspolitik verkommt zur Posse, die ursprünglich vorgesehenen Ziele zur Armutsbekämpfung werden beiseite gewischt. Die EU, die ja keine Schulden machen darf, wird – wenn sich die Finanzminister nicht eines Besseren besinnen – bis zum Ende dieses Jahres ein Defizit von rund 19 Mrd. Euro aufweisen. Wird dieses nicht ausgeglichen, droht im August die Zahlungsunfähigkeit der Union.

Skandalös ist auch die Nichteinigung unter den Finanzministern, die zum Beitritt von Kroatien am 1. Juli fällig werdenden Beitrittsgelder aufzubringen. Das EP konnte in der vergangenen Woche somit keinen Nachtragshaushalt beschließen. Ein Vorgang, der in der EU-Geschichte einmalig ist. Blockiert haben diese Entscheidungen im Rat die Geberländer Niederlande, Finnland, Großbritannien, Deutschland und Österreich. Die Liste solcher und ähnlicher Beispiele ließe sich fortsetzen.

Sagen wir der durch die regierende Politik betriebenen Desorientierung, der Austeritätspolitik, der Verschärfung des EU-Stabilitätspaktes, der sozialen und ökologischen Zerstörung, der Entdemokratisierung den Kampf an. Sagen wir klar, dass dafür nicht einfach Brüssel „die Verantwortung“ trägt, was immer wieder suggeriert wird und was zahlreiche Menschen denken. Es geht um Beschlüsse des Europäischen Rates, getroffen durch die Regierungen der Mitgliedstaaten. Das Agieren der Bundesregierung, ihre Verantwortung für die Zuspitzung der sozialen Belastungen, für den konkreten Demokratieabbau auf der Ebene der EU und in den Mitglied-

staaten – das ist eine der Schlüsselfragen, die wir als Linke aufgreifen müssen.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat diese Verantwortung in den zurückliegenden Monaten immer wieder thematisiert. Meist stand sie dabei parlamentarisch allein gegen die sogenannte Rettungspolitik der Regierenden. Immer wieder wollen Sozialdemokraten und Grüne in Brüssel vergessen machen, dass das Spardiktat der Bundesregierung in einem breiten Konsens von Schwarz-Gelb bis hin zu Sozialdemokraten und Grünen mitgetragen wurde.

Die Fraktion GUE-NGL im Europaparlament dagegen hat sich von Anfang an gegen die Austeritätspolitik von Rat und Kommission gewandt. Dabei stand auch sie hier allein, weil die Sozialdemokraten sich ebenfalls der herrschenden Sparideologie unterwarfen. Wir haben immer wieder erklärt, dass die Kürzung öffentlicher Ausgaben auf lange Zeit nachhaltige Entwicklung verhindert, soziale Strukturen zerstört, zu Rückschlägen im Kampf gegen den Klimawandel und die schwindende Biodiversität führt, Demokratie unterwandert und demontiert.

Dennoch: Die Politik der Bundesregierung bezogen auf die sogenannte Schuldenkrise, die eigentlich eine Staatenfinanzierungskrise ist, wird von breiten Teilen der Bevölkerung in Deutschland getragen. Viele meinen, es sei ihr zu verdanken, dass die Wirtschaft in Deutschland bisher gut durch die Krise gekommen ist. Viele halten Merkels Agieren gegenüber den anderen Partnern in der Eurozone und in der EU für richtig. Die Ideologie verfängt, Hauptproblem sei die Schuldenkrise; Schulden müsse man abbauen durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Sanierung der öffentlichen Finanzen. Also z. B. durch Erhöhung der Verbrauchssteuern, weitere Umverteilung von unten nach oben.

In Wirklichkeit geht es um die Frage, wie Deutschland, Frankreich und die EU ihre Anteile am Weltmarkt verteidigen, rückerobern und mehren können. Die breite Unterstützung für Merkel und ihre Europapolitik macht den Wahlkampf zum Bundestag aber auch zu den Europawahlen 2014 nicht leichter. Sie zeigt, wie schwierig und dringlich die Arbeit an Konzepten für gesellschaftspolitische Alternativen ist – an konkreten Problemlösungen und ihrer Realisierung. Immer wieder geht es um die Frage, worin die Alternativen konkret bestehen und wie sich diejenigen organisieren, die Veränderungen erzwingen können.

Ein Beispiel ist die tatsächliche Sanierung der öffentlichen Finanzen: In Griechenland gibt es die Idee der Linkspartei Syriza, die Militärausgaben EU-weit in einem ersten Schritt um 50 Prozent zu senken. Das könnte und sollte eine Kampagne der Europäischen Linkspartei werden. Oder der Vorschlag in unserem Wahlprogramm für eine wesentlich höhere Besteuerung von Reichen, Einkommensstarken, von Konzernen und Spekulationsgewinnen.

Dazu gehört auch die Forderung von Syriza und ihrem Vorsitzenden Alexis Tsipras, die Legitimität der griechischen Staatsschulden demokratisch zu prüfen. Dabei geht es sowohl um gesetzwidrige Schulden als auch um moralisch verwerfliche Schulden wie Korruption, Verschwendung, Militär- und Prestigeprojekte, zerstörerische „Verkehrslösungen“, die neue Probleme schaffen. Die Verursacher dieser Schulden sind direkt zur Verantwortung zu ziehen und nicht über die sogenannten Rettungsschirme zugunsten der Finanzinstitutionen zu sozialisieren. Hier sei auf positive Erfahrungen in Lateinamerika, insbesondere in Ecuador, verwiesen.

In Bezug auf die Europäische Union sehen wir uns zwei objektiven Dilemmata gegenüber:

Zum einen kann es keine nachhaltigen Problemlösungen im Rahmen des geltenden EU-Rechts geben. Und wir wissen, dass rechtliche Veränderungen letztendlich immer eine Folge gesellschaftspolitischer Veränderungen sind. Zum anderen muss uns klar sein: Selbst wenn wir unter günstigeren Kräftekonstellationen, im Bündnis mit vielen anderen handeln und sogar das EU-Recht verändern könnten, würde es keine kurzfristigen und nachhaltigen Lösungen für die gewaltigen sozialen, ökologischen, ökonomischen und globalen Probleme geben.

Als Linke müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass ein anderes Europa möglich oder, wie Alexis Tsipras auf dem Alternativgipfel vergangene Woche in Athen sagte, notwendig ist. Dazu muss es gelingen, die herrschende Politik, die Ziele und die Richtung, in die sich die EU entwickelt, zu verändern.

Es geht um eine EU, die sich an Frieden und zivilen Konfliktlösungen orientiert, an Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit, einer Wirtschaft, die den Menschen und ihren Lebensbedingungen dient. Wenn wir darüber diskutieren, wie denn aus linker Sicht Antworten auf die Krise lauten können, dann müssen wir die Frage beantworten: Schaffen wir es, mit dem, was wir fordern und tun, mit den Bündnissen, die wir suchen und eingehen, tatsächlich die bestehenden Kräfteverhältnisse zu verändern? Kommen wir aus der Defensive heraus, um das andere Europa ermöglichen und schaffen zu können?

Ich möchte diese Schwierigkeit am Beispiel der Eurofrage erklären: Die PDS hat bei ihrem Nein zum Maastrichter Vertrag gesagt „Euro – so nicht“. Die Argumente damals lauteten:

Mit der Einführung der gemeinsamen Währung ohne eine Sozial- und Umweltunion und ohne eine Strategie zum Ausgleich der wirtschaftlichen und Produktivitätsunterschiede werden sich sowohl die Konkurrenzverhältnisse als auch die sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Ungleichheiten weiter verschärfen. Die Einführung einer solchen Wirtschafts- und Währungsunion wird den wirtschaftlich Mächtigsten – den Banken, den Konzernen, den Global Playern, also den großen Exporteuren, die auf das engste mit den mächtigsten Finanzmarktakteuren verbunden sind – am meisten nutzen. Genau das ist eingetreten. Jetzt können wir zwar zu Recht sagen, dass wir gewarnt haben. Allerdings sind inzwischen diejenigen, die diese Wirtschafts- und Währungsunion durchgedrückt haben, die Verursacher der Krise, noch mächtiger geworden.

Würde die WWU nun zerfallen, wären genau eben jene Verursacher sehr wohl in der Lage, die Folgen dieses Zerfalls auf die wirtschaftlich und sozial Schwächeren und Schwächsten abzuwälzen. Das können wir nicht einfach ignorieren, wenn die Frage nach dem Austritt aus dem Euro gestellt wird. Statt „Raus aus dem Euro“ muss es heißen „Zuerst die Menschen, dann der Euro!“ Die Wirtschafts- und Währungsunion muss dringend mit einer Sozial- und Beschäftigungsunion, der ökologischen Union verbunden werden!

Deshalb müssen wir jetzt vor allem eines machen: mit aller Kraft für eine Sozialunion mit armutsfesten sozialen Mindeststandards und gegen die ökologische Zerstörung kämpfen.

Deshalb steht die Frage, was wir hier und heute, überall wo wir sind, also auf allen politischen Ebenen von der lokalen bis zur europäischen und sogar globalen tun können und müssen. Es geht darum, dass wir perspektivisch stärker werden und damit die Bedingungen für wirkliche Problemlösungen schaffen, was sich letztendlich auch in Veränderungen des Rechts, in einem neuen EU-Recht niederschlagen wird. Als langfristige Orientierung kann die Debatte um eine Neugründung der EU durchaus hilfreich sein. Man muss dann aber auch sagen, wie die dafür notwendigen veränderten Kräfteverhältnisse zustande kommen sollen.

Ehrlich muss festgestellt werden, dass die Linken in Europa nach wie vor in der gesellschaftspolitischen Defensive verharren.

Der Ruf nach Abschaffung des Euro, nach Verlassen oder Neugründung der EU zeigt, wie schwierig es ist, unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen in der gegebenen politischen Situation konkrete umsetzbare Vorschläge und Alternativen auf den Tisch zu legen.

Bei aller Kritik am Lissabon-Vertrag – es war richtig und es bleibt richtig, dass wir gegen diesen Vertrag gestimmt haben – müssen wir auch sehen, dass neue Handlungsmöglichkeiten entstanden sind. Ich verweise auf die Möglichkeit der Europäischen Bürgerinitiative wie die zum Recht auf Wasser. Wenn wir sie nicht nutzen, nutzen sie eben andere wie z. B. die geplante Initiativen konservativer Katholiken gegen die Homoehe, die Schwangerschaftsverhütung und andere.

Bei einem Blick auf die Europäischen Verträge stellt man fest, dass scheinbar von Vertrag zu Vertrag eine Stärkung der demokratischen Rechte stattgefunden hat. Das erfolgte allerdings immer im Nachgang zur Verstärkung neoliberaler Elemente, so dass es stets ein Hinterherrennen war. Am Ende ist die Schere zwischen der neoliberalen Entwicklung und den demokratischen Eingriffsmöglichkeiten größer geworden. Dennoch darf das nicht heißen, dass die im Verhältnis zur zunehmenden Neoliberalisierung der EU nur geringfügig wachsenden demokratischen Handlungsräume nicht genutzt werden. So hat der Maastrichter Vertrag keine partizipativen Elemente. Das hat die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. In den Amsterdamer Vertrag wurde dann ein Kapitel zur Beschäftigungspolitik aufgenommen. Im Kontext des Nizza-Vertrages wurden wiederum die Grundrechte thematisiert und formuliert, die schließlich Bestandteil des Lissabonner Vertrages in Form eines Protokolls wurden. Das ist alles nicht ausreichend. Es ist aus unserer Sicht sehr kritikwürdig und widersprüchlich. Aber dennoch sind neue Handlungsmöglichkeiten entstanden, die wir nutzen müssen. Dominierend – und das ist klar – sind die Festschreibung und Fortsetzung der neoliberalen Politik. Deshalb haben wir als Linke auch die bisherigen Verträge letztendlich abgelehnt, weil sie die sozialen, ökologischen und globalen Probleme mehrten, soziale Demokratie abbauen, Menschen diskriminieren, die Militarisierung der EU festschreiben und verstärken sowie die Festung Europa zementieren. Dennoch muss man die mit den Verträgen entstandenen neuen Handlungsmöglichkeiten nutzen. Sonst richtet sich das Auslassen dieses politischen Handelns gegen die Lebensinteressen der Bevölkerungsmehrheiten und damit gegen uns selbst als Linke. Wir sehen zum Beispiel auch, dass der kritikwürdige Lissabonner Vertrag die Rechte des Europaparlaments gestärkt hat.

Die Herrschenden haben es verstanden, die Krise zu nut-





zen, um ihre Machtpositionen zu verteidigen und auszubauen. Wie sicher sie sich dabei fühlen, zeigte der EU-Gipfel im Mai. Die Regierenden meinen inzwischen, dass sie den Menschen in ihren Ländern gar nicht mehr vorgaukeln müssen, dass es um Beschäftigung, Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gehe. Mit Dreistigkeit haben sie auch in ihren offiziellen Texten den Paradigmenwechsel vollzogen. Über allem steht der Kampf um „Wettbewerbsfähigkeit“, also um globale Konkurrenzfähigkeit, um Positionen auf globalen Märkten und „Ressourcensicherung“. Deshalb wurde nunmehr billige Energie als Standortvorteil und wesentlicher Faktor globaler Konkurrenzfähigkeit zur absoluten Priorität für die EU erhoben. Von Energiearmut, bezahlbarer Energie ist überhaupt keine Rede. Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist über Bord geworfen worden.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung neuer Formen der Kooperation und Kommunikation für die Linken in Europa unverzichtbar. Ein solches Herangehen ermöglicht und fordert uns sehr wohl heraus, engere Verbindungen zu den linken Parlamentarierinnen und Parlamentariern, zu den europäischen und globalen sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen, zu den Gewerkschaften, zu den Frauenbewegungen und Initiativen für die Rechte der Flüchtlinge, der Migrantinnen und Migranten zu knüpfen.

Bei allem was uns zuweilen selbst verzweifeln lässt, weil wir als Linke uns manchmal im Alltag verzetteln, hat es die Fraktion GUE-NGL geschafft, Ansprechpartnerin zum Beispiel bei den Europäischen und Weltsozialbewegungen, beim Alternativgipfel in Athen oder auch bei den Initiativen gegen die Privatisierung von Wasser bzw. öffentlichen Gütern generell zu sein. Diese Fähigkeit, mit anderen zu kooperieren, Kämpfe auf eine neue Ebene zu heben, muss ausgebaut werden. Diese Erwartung stellen andere immer wieder an uns. Sie erwarten aber auch, dass wir als linke Fraktion etwas einbringen, worüber sie nicht verfügen: Kenntnisse über das Funktionieren der europäischen Institutionen, Nutzen der Schwachpunkte, um intervenieren zu können. Daraus kann eine wichtige Symbiose entstehen, ein Anwachsen des Widerstandes und der Suche nach alternativen Lösungen.

Aktuell sind aus meiner Sicht mindestens vier Themen strategisch für die Linke hochaktuell:

- die Auseinandersetzung um die Gemeingüter im untrennbaren Kontext mit den sozialen und demokratischen Rechten sowie der Bekämpfung ökologischer Zerstörung. Der zentrale Punkt in unserer Gegenstrategie zur neoliberalen Ausrichtung der EU muss die Verteidigung, Rückholung und die Demokratisierung des Öffentlichen sein – vor allem darauf müssen wir unsere Initiativen, Aktionen, Vorhaben und Wahlkampfschwerpunkte ausrichten;
- die Auseinandersetzung mit der Gemeinsamen Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wenden uns gegen jegliche Form der Militarisierung der Politik der EU einschließlich der zunehmenden militärischen Komponente in der EU-Entwicklungspolitik, gegen eine Rohstoffstrategie, die auf das engste mit dem Militärischen verknüpft ist;
- die Auseinandersetzung mit der Handels- und Freihandelspolitik (angesichts bisheriger Freihandelsabkommen mit Lateinamerika und Asien, EU-USA-Freihandelsabkommen);
- die Auseinandersetzung mit der Festung Europa, die durch das beabsichtigte Paket zur Asylpolitik, das gegen-

wärtig auf dem Tisch liegt, immer mehr gefestigt und brutalisiert wird. Es geht hier um die Verteidigung der elementaren Menschenrechte.

Zeitgleich mit unserem Parteitag findet in Griechenland die Gründung von Syriza als Partei statt. Zentraler Punkt der Strategie von Syriza ist die Verteidigung und der Aufbau von Solidarstrukturen als Parteipolitik. Menschen sollen mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden, aber nicht „nur“. Es geht um linke, nicht um caritative Politik. Um den Aufbau solidarischer Strukturen und um die Organisation von alternativen politischen, demokratischen Kräften zur Veränderung der Gesellschaft. Vor allem um Kämpfe zur Verteidigung und zum Ausbau des Öffentlichen, der Gemeingüter. Wir als Linke in Europa können von dieser Entwicklung vieles lernen.

Für Menschen, die über keine Versicherung, kein Einkommen verfügen, ist die Selbstorganisation zum Beispiel von medizinischer Versorgung oder auch die Bereitstellung von Lebensmitteln für ihre Kinder oftmals die einzige Möglichkeit zum Überleben und gleichzeitig ein Angebot für das eigene Eingreifen in die Politik. Diese Initiativen und das Handeln der Genossinnen und Genossen in Griechenland erfordern unsere konkrete Solidarität.

Immer wieder zeigt sich aber auch, dass eine solche Diskussion der Linken auf europäischer Ebene bisher noch in den Anfängen steckt und bei weitem nicht ausreicht. Deshalb brauchen wir neue Bündnisse und Kooperationen, deshalb kämpfen wir um ein Mehr an Stimmen für die Linke zu den nächsten Europawahlen.

Gegenwärtig stellen wir im Europäischen Parlament nur rund 4 Prozent der Abgeordneten. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe im Wahlkampf sein, darüber aufzuklären, dass das EP eben keine Quasselbude ist und es letztendlich eben nicht egal ist, wer die Linke im EP vertritt. Es sollte sich inzwischen wenigstens in den Parteien herumgesprochen haben, dass das Europaparlament in wesentlichen Fragen Mitgesetzgeber ist. Es ist deshalb wichtig, dass sich die linken Parteien genau verständigen, mit welcher Motivation sie Abgeordnete nach Brüssel und Strasbourg schicken. Alle europäischen linken Parteien sehen sich aufgefordert, eine klare Strategie zu entwickeln, die die Wahlkampagne zu noch anstehenden nationalen Parlamenten wie die zum Bundestag ebenso einschließt wie die Wahlkampagne zu den Europawahlen, die Erarbeitung der Wahlprogramme und möglichst einer gemeinsamen Wahlplattform der Parteien in der Europäischen Linkspartei und natürlich die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten.

Die Rolle der Parteien auf europäischer Ebene wird in diesem Wahlkampf größer. Sie sind aufgefordert, jeweils einen Spitzenkandidaten zu benennen, der oder die gleichzeitig für das Amt des Kommissionspräsidenten kandidieren soll. Die EL wird sich dazu verhalten. Diese Diskussion sollte gleichzeitig mit der Frage verbunden werden, wie die Abgeordneten der unterschiedlichen linken Parteien in der kommenden Legislatur ihre Kooperation in einer gemeinsamen Fraktion verbessern können. Die Möglichkeiten, sichtbarer und wirksamer in Entscheidungen auf EU-Ebene einzugreifen, müssen wir nutzen. Der traurige Zustand, dass die Linke im EP schwächer vertreten ist als die national orientierte Rechte, muss dringend überwunden werden. Im Kampf gegen Rechts, für ein sozialeres, demokratischeres und friedliches Europa müssen wir mit unseren Aktionen um mehr Stimmen werben.

# Sind wir stark genug? Noch nicht!

*Grußansprache von Marisa Matias, MdEP, Linksblock (Portugal), Stellvertretende Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken, an den Dresdener Parteitag der LINKEN, 16. Juni 2013*

## Liebe Genossinnen und Genossen!

Lasst mich damit beginnen, Eurem Parteitag herzliche Grüße zu überbringen. Es ist für mich eine große Freude, bei Euch zu sein in einem so wichtigen Augenblick für DIE LINKE, was auch bedeutet: in einem sehr wichtigen Augenblick für die Linke in Europa. Deutschland spielt eine zentrale Rolle in der europäischen Politik. Das heißt, dass ihr eine besondere Verantwortung dafür tragt, die gegenwärtigen negativen Tendenzen im Herzen des Systems zu bekämpfen. Ich kann mir vorstellen, wie schwierig es sein muss, in Deutschland links zu sein. Aber ihr wisst, wie sehr wir euch vertrauen.

Gabi Zimmer, die Vorsitzende unserer Fraktion im Europäischen Parlament, konnte dasselbe Vertrauen erleben durch den warmen Empfang, der ihr im letzten November bereitet wurde, als sie wenige Tage vor dem Besuch von Angela Merkel in Portugal auf dem Parteitag meiner Partei, des Linksblocks, sprach. Unser Ministerpräsident stellte damals Merkels Besuch als einen Solidaritätsbesuch dar. Aber wirkliche Solidarität wurde dem portugiesischen Volk in jener Woche nicht von Angela Merkel, sondern von Gabi Zimmer gebracht!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass ihr uns nicht für eines der faulen Völker in Europa haltet, wie die reaktionäre Propaganda in eurem Land uns oft beschreibt. Heute stimmt es tatsächlich, dass die Leute in Portugal nicht arbeiten. Aber nicht, weil sie faul sind, sondern weil die „Sparpolitik“ ihre Jobs vernichtet hat. Die Arbeitslosigkeit hat einen historischen Höchststand erreicht: 18 Prozent. Unter jungen Menschen liegt sie sogar bei 42 Prozent! Das sind die offiziellen Zahlen, aber die Wirklichkeit ist viel schlimmer. Tausende Arbeitslose verlassen das Land, andere werden nicht in die offizielle Statistik aufgenommen.

Die „Sparpolitik“ vernichtet nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch die soziale Sicherung für Arbeitslose: Eine Million, das sind 10 Prozent der Bevölkerung, bekommen keinerlei Unterstützung oder Leistungen. Die „Sparpolitik“ zerstört den Sozialstaat, sie vernichtet die Renten, sie erhöht die Steuern, entwertet die Arbeit und lässt die Wirtschaft in einer steigenden Flut von Schulden versinken.

Ist das europäische Hilfe? Nein! Das ist europäisches Geschäft! Es ist das schmutzige Geschäft der radikalen Fundamentalisten der neoliberalen Orthodoxie. Der Fall Portugal hat gezeigt, dass nicht Defizite oder Schulden die europäischen Führungen, die Troikas und ihre Marionettenregierungen wirklich besorgt machen. Die „Sparpolitik“ hat nichts anderes bewirkt als Defizite und Schulden zu verschlimmern. Aber die gescheiterten Rezepte werden beibehalten. Defizite und Schulden werden als Instrumente benutzt, um die Menschen dazu zu zwingen, so genannte Strukturreformen hinzunehmen, die sie unter normalen Bedingungen niemals hinnehmen würden.

Das wahre und einzige Ziel der in Europa Regierenden sind die „Strukturreformen“. „Strukturreformen“ sind der technische Begriff, um ihr gesellschaftliches Projekt zu ver-

schleiern: die Neupositionierung Europas im globalen Wettbewerb bei Zerstörung des europäischen Sozialmodells.

Eines ist klar: Europa wird nicht zu dem zurückkehren, was es vor zehn Jahren war. Die Zukunft ist immer noch offen. Es besteht die reale Gefahr, dass die Krise in einer schlechteren Gesellschaft mit größerer Armut und Ungleichheit endet. Aber es besteht auch die Möglichkeit, die Krise zu überwinden und Europa zu einer besseren Gesellschaft zu führen. Das hängt sehr stark von uns ab.

Wir in Portugal wissen sehr gut, dass wir die Krise nicht allein überwinden können. Das ist eine europäische Krise. Die Lösung muss europäisch sein. Aber lasst mich Euch etwas sagen: Ich glaube, dass auch Deutschland nicht in der Lage sein wird, die Krise allein zu überwinden.

Wir müssen gemeinsam ein anderes Europa bauen. Aber wie können wir das machen, wie können wir Europa verändern? Wir müssen es in jedem einzelnen Land verändern. Denn wenn wir unser Land nicht verändern können, werden wir auch Europa nicht verändern. Wir müssen Portugal verändern, ihr müsst Deutschland verändern, und zusammen können wir Europa verändern. Mit einem gemeinsamen Projekt von der Linken und für die Linke. Diesen Versuch unternehmen wir nun innerhalb der Partei der Europäischen Linken: den Plan für ein anderes Europa zu entwerfen.

Die Hauptlinien dieses Entwurfs sind:

- Solidarität statt Wettbewerb
- gute Arbeit für alle statt Arbeitslosigkeit
- Internationalismus statt Chauvinismus

Die Linke der reinen Kritik ist eine Linke der Vergangenheit. In dem Augenblick, wo konkrete Lösungen gebraucht werden, haben wir die Verpflichtung, konkrete Antworten auf die konkreten Probleme der Mehrheit unserer Völker anzubieten. Denn wir haben wirklich eine Alternative, ganz egal, was sie sagen. Ihr Motto, das jeden Tag in den Medien wiederholt wird – „Es gibt keine Alternative“ – ist das Motto von Diktaturen, der Verneinung von Demokratie.

Wir erleben einen historischen Augenblick. Die Legitimität der gegenwärtigen Politik wird auf allen Gebieten der Gesellschaft in Frage gestellt. Die politische Linke, die kulturelle Linke, die soziale Linke, die feministische Linke, die ökologische Linke, alle Linken müssen sich vereinen, um eine neue Offensive zu starten. In diesem Kampf stehen wir nicht allein. Wir kämpfen Seite an Seite mit Gewerkschaften, mit sozialen Bewegungen, mit jedem einzelnen Aktivist, um ein breites Bündnis aufzubauen, das in der Lage ist, dieses machiavellistische System umzustürzen, das so vielen Menschen Leiden bringt, die es verdienen, glücklich zu sein.

Sind wir stark genug? Noch nicht! Werden wir stark genug sein? Das ist die Frage, die wir alle beantworten müssen. Und wenn ich diesen Parteitag sehe, wird mein Gefühl stärker, dass die Antwort eindeutig ist: Ja!



# Brudertreffen zur Zukunft Europas: Linke deutsche und französische Parlamentarier trafen sich in Paris

Von Ralf Klingsieck, Paris;  
aus: Neues Deutschland, 24. Mai 2013

Während die deutschen Sozialdemokraten am 23. 5. den 150. Geburtstag ihrer Partei feierten, besuchten deutsche Abgeordnete der Linkspartei ihre Kollegen im Nachbarland, um über Perspektiven für ein geeintes Europa zu diskutieren. Da die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten nicht die Interessen der arbeitenden Menschen in beiden Ländern verteidigen, sondern sich dem Diktat der Finanzwirtschaft beugen, müssen die konsequent linken Kräfte an ihre Stelle treten. Sie sollen die gegenwärtige unsoziale Politik in Europa bekämpfen und den Menschen Alternativen aufzeigen. Dies war Tenor eines deutsch-französischen Symposiums von Abgeordneten der deutschen Partei die LINKE und der französischen Linksunion aus Kommunisten (FKP) und Partei der Linken, das gestern in der Nationalversammlung in Paris stattfand.

Wie der Nationalsekretär der FKP und gegenwärtige Vorsitzende der Europäischen Linken, Pierre Laurent, betonte, war dieses Treffen der Auftakt der Realisierung eines Ende vergangenen Jahres vereinbarten Arbeitsprogramms beider Seiten für die Jahre 2013 und 2014 (siehe Die Linke international, Nr. 1/2013, S. 15f.) Im Sommer kommenden Jahres soll der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges auch Anlass sein, an das Versagen der damaligen deutschen und französischen Sozialdemokraten und Sozialisten zu erinnern.

Bei den jetzigen Gesprächen in Paris analysierten die Abgeordneten aus den beiden nationalen Volksvertretungen sowie dem Europäischen Parlament das unlängst auf Druck der französischen Linksregierung und mit Unterstützung reformistischer Gewerkschaften beschlossene Gesetz zur „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes. Damit sei man vor allem dem Wunsch des Unternehmerverbandes nach einer „Wettbewerbsverbesserung“ entgegengekommen. Dieser neuerliche Abbau der in Jahrzehnten erkämpften und durchgesetzten Arbeitsgesetzgebung liege auf einer Linie mit einem europaweiten Prozess. Der habe mit der ultraliberalen Politik von Margaret Thatcher in Großbritannien begonnen, in Deutschland seinen Ausdruck in den Hartz-Gesetzen und in der Agenda 2010 gefunden. Heute setze er sich fort mit dem Diktat der „Troika“ über die Bevölkerung Spaniens, Portugals, Griechenlands und Zyperns.

„Jetzt sind Frankreich und Italien an der Reihe und die französischen Sozialisten stehen vor der Frage, ob sie sich verhalten sollen wie die deutschen Sozialdemokraten“, sagte der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord. „Darum tauschen wir uns darüber aus, welche Folgen es hat, wenn sie dem Beispiel der SPD folgen, und wie wir gemeinsam darauf reagieren können.“ Wie der Ökonom und ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Heiner Flassbeck, in der Diskussion betonte, konnte Deutschland seinen Exportüberschuss in den vergangenen Jahren nur deshalb so stark steigern, weil es „Arbeitslosigkeit in andere Länder

Europas exportiert“ hat. Das wirtschaftliche Erstarren der EU und des Euro wurde demnach finanziert mit dem Lohn- und Wohlstandsabbau der arbeitenden Menschen.

„Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, führt sie in die Sackgasse und in die Katastrophe“, warnte Pierre Laurent. Darum müssten die linken Kräfte vor allem gegen die Austeritätspolitik und für Lohnerhöhungen in Europa kämpfen. Ein echter Wandel sei undenkbar ohne eine völlige Neugestaltung der „Dogmen“ der Europäischen Union und der Rolle der Europäischen Zentralbank.

Wie Thomas Nord informierte, wurde bei dem bilateralen Treffen auch über die Situation und die Zukunft des Euro gesprochen. „Wir haben darüber offen und durchaus auch kontrovers diskutiert“, erklärte er. „Aber wir sind uns einig, dass wir kein Zurück zu einem Europa der Nationalstaaten wollen.“ Das würde angesichts internationaler Märkte, Finanzakteure und Konzerne nicht helfen. „Je kleiner die Staaten, umso eher würden sie deren Spielball werden. Daher brauchen wir europäische Lösungen“, sagte Nord.

Die Debatte sollte also nicht um die Frage geführt werden, ob aus dem Euro ausgestiegen werden sollte, sondern darüber, „was passiert, wenn der jetzigen Politik kein Stopp gesetzt wird“, meinte Nord. Ein Zusammenbruch des Euro ist nicht ausgeschlossen und darum werde auch darüber geredet. „Doch vor allem brauchen wir eine strategisch abgestimmte Politik der Linken, um Europa und den Euro auf ein neues, alternatives Fundament zu stellen.“

## Kein Krieg gegen Syrien. Keine deutsche Kriegsbeteiligung. Für einen sofortigen Abzug der deutschen Patriots aus der Türkei.

Beschluss der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 2. September 2013; aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

Gegenwärtig droht ein neuer Krieg im Nahen Osten, ein Krieg gegen Syrien. Eine große Anzahl von Kampfschiffen und Kampfflugzeugen sind bereits in die Region verlegt. Konkrete Planungen für Angriffe wurden beraten und an die Öffentlichkeit kolportiert. Dazu gehört auch die Einrichtung einer Flugverbotszone, die seit 2012 immer wieder gefordert wurde. Ein Militärschlag scheint bevorzustehen. Die Regierungen mehrerer NATO-Staaten haben bereits klargestellt, dass eine solche Intervention notfalls auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates durchgeführt werden könne und durch die „Schutzverantwortung“ gedeckt sei. Erneut ist eine „Koalition der Willigen“ auch durch den US-Präsidenten in die öffentliche Debatte gebracht worden. Weder die Bundeskanzlerin noch der Außenminister haben derartigen Überlegungen entschieden widersprochen.

Die aktuellen Kriegsvorbereitungen werden begründet mit einem Giftgaseinsatz vom 21. August in Siedlungen der syrischen Region Ghuta nahe Damaskus. Eine hohe Zahl unschuldiger Opfer, darunter zahlreiche Kinder, verlor dabei ihr Leben oder wurde schwer verletzt. Der Einsatz von Giftgas ist ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die



Menschlichkeit und muss geahndet werden. Deshalb bedarf es vollständiger, unabhängiger Aufklärung.

Ein militärischer Angriff gegen Syrien – zumal als Vergeltungsschlag und ohne UN-Mandat – wäre völkerrechtswidrig und würde viele Menschen in Syrien für etwas zur Verantwortung ziehen, was sie nicht zu verantworten haben. Militärische Strafaktionen sieht das Völkerrecht nicht vor. Jedes militärische Eingreifen erhöht die Gefahr, dass der Krieg in Syrien sich zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand mit unabsehbaren Folgen ausweitet. Bereits jetzt hat die desolante Lage in Syrien die Spannungen im Irak, Libanon und in Jordanien erhöht, die Regierung des Iran hat angekündigt, einen Angriff auf Syrien nicht hinzunehmen. Die Türkei geht regelmäßig gegen kurdische Einrichtungen im Irak und in Syrien vor. Diese angespannte Situation berührt auch Israel.

In der Vergangenheit hat militärisches Eingreifen nicht zur Beschleunigung eines Waffenstillstands- oder Friedensprozesses geführt. Das Gegenteil ist der Fall. Bei einer Anwendung der Kriesslogik droht eine Wiederholung des Desasters im Irak. Wegen angeblicher Beweise für den Besitz des Iraks von Massenvernichtungswaffen erklärten die USA 2003 den Krieg. Im Nachhinein erwiesen sich die vorgelegten Beweise als Fälschungen. Kein einziger Kriegseinsatz der USA, der NATO oder einer „Koalition der Willigen“ im Nahen Osten hat das Leben für die Menschen in den betroffenen Ländern sicherer gemacht und schon gar nicht für politische Stabilität gesorgt.

Mit sechs Millionen Flüchtlingen hat der Bürgerkrieg inzwischen das Ausmaß einer humanitären Katastrophe in der Region angenommen. Nothilfe und Unterstützung für die Geflüchteten, Ausgebombten, Verfolgten und Verletzten ist das Gebot der Stunde. Nur eine politische Lösung auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen vom Juni 2012 kann das Leid Tausender Zivilisten in Syrien beenden. Die einseitige Absage der USA bei einem Treffen in Den Haag, mit allen UN-Vetomächten über weitere Pläne für eine internationale Friedenskonferenz zu beraten, ist ein falscher Schritt. Alle Staaten müssen unverzüglich ihre Waffenlieferungen an beide Seiten in Syrien einstellen.

Über die an der türkisch-syrischen Grenze stationierten Patriot-Raketen der Bundeswehr droht Deutschland, Kriegspartei zu werden, insbesondere seit die Türkei sich im Nahen Osten zur Kriegspartei erklärt hat.

Die Fraktion DIE LINKE fordert von der deutschen Bundesregierung:

- mit Nachdruck alle Schritte zur vollständigen Aufklärung des Chemiewaffen-Sachverhalts zu unterstützen. Nicht nur das ob, sondern auch das wer muss durch eine unabhängige Untersuchung geklärt werden.
- in der UNO mit allen diplomatischen Mitteln international darauf hinzuwirken, dass die Verantwortlichen ermittelt und vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gestellt werden.
- sich an keinerlei Vorbereitungen für einen Militärschlag in Syrien zu beteiligen und stattdessen kategorisch innerhalb der EU, der NATO sowie öffentlich jeglichen Angriff von außen in Syrien abzulehnen und zurückzuweisen.
- sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die rasche Durchführung einer internationalen Friedenskonferenz aller am Konflikt in Syrien beteiligten Parteien auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen vom Juni 2012 einzusetzen.

- unverzüglich die in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten und Patriot-Raketen abzuziehen.
- klarzustellen, dass ein Angriff auf Syrien, insbesondere ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats, völkerrechtswidrig ist. Völkerrechtswidriges Vorgehen schließt militärische Zusammenarbeit in der EU und NATO aus. Auch auszuschließen ist die Gewährung von Überflugrechten. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung sicherzustellen, dass der US-Stützpunkt Ramstein und das Africom-Kommando in Stuttgart nicht für einen Krieg gegen Syrien benutzt werden dürfen.
- alle politischen Anstrengungen darauf zu verwenden, dass die atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen verboten und zerstört werden.
- Deutschland für Flüchtlinge aus Syrien zu öffnen und in der EU darauf hinzuwirken, dass mehr Flüchtlinge aufgenommen werden, sowie die nationalen und internationalen Flüchtlingshilfsorganisationen in der Region materiell zu unterstützen.
- dass Deutschland alle Aktivitäten unterstützt, umgehend den Familien der bei dem Chemiewaffenangriff Umgekommenen und den Verletzten, medizinische und psychologische Hilfe zukommen zu lassen.
- jegliche Waffenexporte in die Region umgehend einzustellen, einschließlich Waffenlieferungen europäischer Staaten an die syrischen Bürgerkriegsparteien.
- humanitäre Hilfe für Syrien unabhängig und in höherem Maße zu gewähren.

## „This result leaves us with the deepest concern“

*Jan van Aken mit einer Zusammenfassung und Bewertung des UN-Berichts zum Sarin-Angriff in Syrien; aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), 17. September 2013*

Der Bericht stellt fest, dass Boden-Boden Raketen mit dem Nervengas Sarin auf die Stadtteile Moadamiyah und Zamalka/Ein Tarma bei Damaskus gefeuert wurden. An Raketenresten sowie unmittelbar neben den Einschlagstellen wurde Sarin chemisch identifiziert. Auch in Blut- und Urinproben von vielen Opfern wurde Sarin bzw. dessen Abbauprodukte gefunden. Die Inspektoren schließen ihren Bericht mit dem Satz: „This result leaves us with the deepest concern.“ („Dieses Ergebnis stimmt uns tief besorgt.“)

### Opfer

Von 34 untersuchten Überlebenden in Zamalka und Moadamiyah testeten 29 positiv auf Sarin bzw. dessen Abbauprodukte im Blut. Viele Überlebende berichteten, dass nach dem Einschlag mehrerer Raketen in der Gegend plötzlich Symptome wie Kurzatmigkeit, Übelkeit oder Bewusstlosigkeit einsetzten. Einige Überlebende haben ihre gesamte Familie bei dem Angriff verloren. Auch einige Ersthelfer litten nach Kontakt mit Betroffenen unter diesen Symptomen.

### Munition in Moadamiyah

In Moadamiyah konnte die verwendete Munition nicht eindeutig identifiziert werden. Keine der dort genommenen Umweltproben oder Proben von möglichen Raketenteilen teste-



te eindeutig positiv auf Sarin oder Sarin-Abbauprodukte. Die Sache wird hier durch widersprüchliche Laborergebnisse kompliziert: Eines der beiden UN-Labore konnte in keiner einzigen Probe aus Moamadiyah etwas finden. Das andere Labor fand in einer Bodenprobe sowie an einem Metallstück Abbauprodukte von Sarin. Diese Proben sollten wenn möglich noch von einem dritten Labor untersucht werden, bis dahin muss von einem unklaren Ergebnis ausgegangen werden. Verwirrend ist hier auch, dass die Probe 3 in Appendix 6 (S. 24) und in Appendix 7 (S. 27) unterschiedlich bezeichnet wird.

Die Proben stammen von der Terrasse eines Wohnhauses, in dem nach Angaben von Betroffenen viele Menschen am 21. August vergiftet wurden. Der UN-Bericht sagt nicht, ob Überlebende aus diesem Gebäude auch positiv auf Sarin getestet worden waren. Auf der Terrasse fanden die Inspektoren einen intakten Raketenmotor, Durchmesser 140 mm, auf dem unter anderem auch kyrillische Buchstaben eingraviert waren.

Zusammenfassend muss man sagen, dass in Moamadiyah zwar eindeutig auch Sarin eingesetzt wurde, das ergibt sich aus der Analyse der Blutproben von Überlebenden. Allerdings bleibt unklar, ob der von den Inspektoren besuchte Ort in Moamadiyah direkt im Zusammenhang mit dem Sarin-Angriff stand und mit welcher Art von Munition hier Sarin eingesetzt worden ist.

An einer Stelle (S. 23) deutet der Bericht bezüglich der Raketenfunde in Moamadiyah an, dass möglicherweise „improvisierte“ Sprengköpfe eingesetzt wurden: „M14 artillery rocket, with either an original or an improvised warhead“. Was genau die UN-Inspektoren hier mit dem Begriff „improvisiert“ meinen, bleibt unklar. Allerdings sind in den vergangenen Wochen bereits mehrfach so genannte improvisierte Raketen in Verbindung mit möglichen Chemiewaffen-Angriffen gezeigt worden, zum Beispiel auf dem Blog <http://brown-moses.blogspot.co.uk>. Es scheinen auch Videos zu kursieren, auf denen reguläre syrische Soldaten mit improvisierten Raketen gezeigt werden, insofern bedeutet der Begriff „improvisiert“ nicht automatisch, dass es sich um Eigenbauten der Rebellen handelt.

### Zamalka/Ein Tarma

Anders ist die Situation in Zamalka. Dort wurde eindeutig Sarin auch auf Raketenresten identifiziert. Sowohl auf dem Dach eines fünfstöckigen Wohnhauses als auch auf einer nahegelegenen Freifläche wurden Raketenreste gleichen Bautyps gefunden.

Es handelt sich um Raketen mit einem Motordurchmesser von ca. 120 mm und einem dickeren Sprengkopf mit ca. 360 mm Durchmesser. Der Sprengkopf hat ein Fassungsvermögen von ca. 56 Litern. Diese Raketen scheinen denen zu entsprechen, die auf dem Brown-Moses-Blog als „UMLACA“ bezeichnet werden.

Sowohl an Metallfragmenten und in Bodenproben, aber auch in Wischproben aus dem Inneren des Sprengkopfes wurden von beiden Laboren Sarin-Abbauprodukte identifiziert. In einigen Proben – so an einem Metallbolzen vom Sprengkopf – wurde sogar reines Sarin nachgewiesen („GB“ in den Listen Seite 30 ff. GB ist eine übliche Bezeichnung für Sarin).

### Mögliche Abschussorte

Für zwei Raketen haben die UN-Inspektoren anhand der vor Ort gefundenen Spuren eine mögliche Flugbahn errechnet. Eine Rakete in Moamadiyah scheint aus nordöstlicher Richtung („azimuth of 215 degrees“) gekommen zu sein, eine Rakete in Zamalka / Ein Tarma aus nordwestlicher Richtung („105 degrees“). Wie akkurat diese Angaben sind und vor allem, über welche Distanz die Raketen abgeschossen wurden, kann nicht eingeschätzt werden. Mögliche Schnittpunkte dieser beiden Flugbahnen würden über 10 km von den Einschlagsorten entfernt liegen und damit wohl außerhalb der Reichweite der in Moamadiyah gefundenen russischen 140 mm Raketen.

### Mögliche Urheber des Angriffs

Auch nach Veröffentlichung des UN-Berichtes bleibt offen, wer für den Angriff verantwortlich ist. Weder aus der Art der verwendeten Munition noch aus einer groben Ermittlung möglicher Abschussorte lässt sich schließen, wer am 21. August die tödlichen Raketen abgeschossen hat.

Wichtigstes Ergebnis der UN-Untersuchung ist, dass tatsächlich Sarin eingesetzt wurde. Dieses Verbrechen gegen die Menschheit – ein Verstoß gegen die Genfer Konvention – muss unbedingt aufgeklärt werden.

## Deutsche Chemie für syrisches Giftgas?

*Von Jan van Aken, Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE; aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de) 18. September 2013*

Deutschland hat in den letzten Jahren Chemikalien nach Syrien geliefert, die direkt für die Produktion des Giftgases Sarin benötigt werden. Allein zwischen 2002 und 2006 haben die damaligen Bundesregierungen die Lieferung von 111 Tonnen sensibler Chemikalien genehmigt. Mitten hinein in ein Land, von dem damals schon alle Welt wusste, dass es ein riesiges Chemiewaffen-Programm betreibt. Damit ist nicht auszuschließen, dass sich Deutschland auch an den Toten des Sarin-Angriffes von Damaskus am 21. August mitschuldig gemacht hat.

In ihrer Antwort auf eine schriftliche Frage der LINKEN im Bundestag bestätigte die Bundesregierung, dass in den Jahren 2002/2003 und 2005/2006 der Export von insgesamt 93 040 kg Fluorwasserstoff, 6 400 kg Natriumfluorid und 12 000 kg Ammoniumhydrogenfluorid für die Gesamtsumme von 173 799 Euro nach Syrien genehmigt worden sei. Der größte Teil der Exporte, insgesamt 75 Tonnen, wurde von der großen Koalition genehmigt. Alle drei Substanzen sind genehmigungspflichtig, weil sie direkt für die Produktion von Sarin eingesetzt werden können. Es gibt auch zivile Anwendungen für diese Chemikalien, deshalb ist ihr Export nicht generell verboten, sondern wird nach der EG-Dual-Use-Verordnung im Einzelfall genehmigt.

Auch wenn im Einzelfall der Export dieser Substanzen an vertrauenswürdige Länder durchaus sinnvoll sein kann: Es kann und darf nicht sein, dass sie ausgerechnet nach Syrien geliefert wurden, von dem man damals schon wusste, dass es ein riesiges Chemiewaffenprogramm unterhält. Allen Be-



teiligten muss klar gewesen sein, dass die deutschen Chemikalien in Syrien für die Produktion von Sarin eingesetzt werden konnten.

Ich fordere insbesondere Frank-Walter Steinmeier auf, sich zu diesem fragwürdigen Export von Dual-Use-Chemikalien zu äußern. Er war in beiden Bundesregierungen als Chef des Bundeskanzleramtes und Außenminister Mitglied der Bundesregierung. Er, aber auch die Bundeskanzlerin, muss die Frage beantworten, ob und wie Deutschland eine zivile Verwendung dieser Chemikalien überprüft oder man sich auf entsprechende Zusicherungen Syriens verlassen hat.

## **Für eine gerechte und solidarische Welt: Linksfraktion stellt Leitlinien vor**

*Von Alexander King, Referent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

Der Sitzungssaal der Fraktion DIE LINKE bot kaum ausreichend Platz für die vielen Besucher. Rund 180 Interessierte kamen, als die Abgeordneten Heike Hänsel, Annette Groth und Niema Movassat am 10. Juni 2013 die entwicklungspolitischen Leitlinien der Fraktion vorstellten. Die Abgeordneten formulierten darin den Anspruch, die internationale Politik zu verändern – weg von Besserwisseri und einer Entwicklungszusammenarbeit, die politischer Einflussnahme und wirtschaftlichen Zielen dient, hin zu einer solidarischen Zusammenarbeit. Dabei will die Linksfraktion gesellschaftliche Alternativen, die in Ländern des Südens bereits erprobt werden, aufgreifen.

Mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein links regierter Länder in Lateinamerika wachsen auch die Spielräume für neue internationale Beziehungen. Das wurde bereits im ersten Panel deutlich. Der Botschafter von Ecuador, Jorge Jurado, stellte darin die alternativen Wege vor, auf denen sein Land – unter dem radikalen Bruch mit neoliberalen Konzepten – aus der Krise gefunden hat. Eine deutliche Empfehlung auch an die krisengeschüttelte EU. Die ambivalente Rolle Chinas und der anderen BRICS-Staaten hinsichtlich einer möglichen neuen Weltwirtschaftsordnung wurde zwischen Jurado, dem chinesischen Botschaftsrat Zeng Fanhua und Heiner Flassbeck (ehem. UNCTAD-Chefökonom) durchaus kontrovers debattiert. Einvernehmen bestand darüber, dass die Zeit westlicher Überheblichkeit und vorgefertigter Freund-Feind-Schemata vorbei sein muss.

Auf dem zweiten Panel hoben der indische Aktivist Shankar Gopalakrishnan und Florian Moritz vom Deutschen Gewerkschaftsbund – bei aller Unterschiedlichkeit – hervor: Die Lohnabhängigen in allen Ländern müssen ihre Kämpfe gemeinsam führen, denn sie kämpfen gegen dieselben Gegner: internationale Konzerne, z. B. Textilfirmen, die in Süd-asien die Näherinnen und in Deutschland die Verkäuferinnen ausbeuten, und die EU-Institutionen, die, wie gegenwärtig in Griechenland, Privatisierung und Liberalisierung zum Schaden der Menschen durchsetzen. Die bedrückende Situation in Griechenland und den sozialen Protest schilderte Georgios Chondros von der griechischen Linkspartei Syriza. Die Konferenzteilnehmer spendeten für die griechische Initiative

„Solidarität für alle“, die praktische Hilfe mit politischer Aktivierung verbindet.

Kann Entwicklungszusammenarbeit (EZ) etwas anderes sein, als die Kehrseite von Ausbeutung und Kolonialismus? Diese Frage löste auf dem dritten Panel eine engagierte Diskussion aus. Der kenianische Autor Firoze Manji, bekannter EZ-Kritiker, argumentierte, die EZ diene in erster Linie der Marktvorbereitung für internationales Kapital. Kerstin Sack, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac, ergänzte, Ziel der EZ sei immer auch politische Einflussnahme. Deshalb wendeten sich lateinamerikanische Länder zunehmend davon ab. So verwies die bolivianische Regierung erst kürzlich die US-Entwicklungsagentur USAID des Landes. Auch die nichtstaatliche Zusammenarbeit wurde, insbesondere aus dem Publikum heraus, kritisch hinterfragt, die Entpolitisierung sozialer Kämpfe durch Nichtregierungsorganisationen beklagt.

Bernd Bornhorst von MISEREOR, Vize-Vorsitzender des entwicklungspolitischen Dachverbands VENRO, hielt dagegen: Nach seinem Verständnis muss die Zusammenarbeit im nichtstaatlichen Bereich immer Solidaritätsarbeit sein, die dazu beiträgt, Menschen zu stärken, die gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen aufbegehren. Eine so verstandene Zusammenarbeit stelle auch die Machtfrage.

In Abwesenheit begrüßten Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, und Aminata Traoré, Koordinatorin des Forums für ein anderes Mali, die Teilnehmer der Konferenz. Traoré erhob in ihrer Videobotschaft die Stimme gegen die militärische Intervention in ihrem Land. Ziegler warb in seinem schriftlichen Grußwort für eine „Radikal-Reform der gegenwärtig herrschenden kannibalschen Wirtschaftsordnung der Welt“.

Die Fraktion DIE LINKE hat ihre Vorstellungen von einer solidarischen internationalen Zusammenarbeit in ihren Leitlinien formuliert. Die Leitlinien und der Bericht von der Konferenz mit Fotos und Zitaten können bei der Fraktion bestellt werden ([alexander.king@linksfraktion.de](mailto:alexander.king@linksfraktion.de)). Auf der Konferenz hat die Linksfraktion außerdem in einem Zehn-Punkte-Programm erste Schritte in diese Richtung vorgestellt:

### **Für eine gerechte und solidarische Welt Jetzt schon gemeinsam die ersten Schritte gehen!**

Die Fraktion DIE LINKE schlägt zehn erste Schritte vor, die die Entwicklungszusammenarbeit vom Kopf auf die Füße stellen. Fehlentwicklungen der letzten Jahre wollen wir rückgängig machen und neue Wege gehen – hin zu einer solidarischen internationalen Zusammenarbeit.

1. Wir wollen den Etat des BMZ in der 18. Wahlperiode schrittweise auf 13 Mrd. Euro anheben und mindestens im selben Umfang den Etat des Verteidigungsministeriums, insbesondere in der Rüstungsbeschaffung, abschmelzen.

2. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Kompensationsfonds bei den Vereinten Nationen für koloniale Ausbeutung und Klimawandel ein.

3. Die Entwicklungszusammenarbeit und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) müssen entmilitarisiert werden. Die Kooperationsvereinbarung der GIZ mit der Bundeswehr muss aufgelöst, in den Gesellschaftsverträgen der Durchführungsorganisationen müssen Zivilklauseln verankert werden, die diese auf die rein zivile Zusammenarbeit festlegen.



4. Wir setzen uns für die Auflösung der Kooperationsabkommen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit privaten Stiftungen und Konzernen ein.

5. Weiterhin müssen zur Befreiung der Entwicklungszusammenarbeit von Profitinteressen die entwicklungspolitischen Resultate von Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft kritisch überprüft und die Förderung rasch zurückfahren werden.

6. Wir wollen im Rahmen der Europäischen Union den Export neoliberaler Politik verhindern und daher die Verhandlungen der EU-Kommission über Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen und uns dafür einsetzen, dass neue Mandate erarbeitet und bereits abgeschlossene Abkommen hinsichtlich ihrer handelspolitischen Festlegungen neu verhandelt werden.

7. Wir setzen uns für die weltweite Geltung von ArbeitnehmerInnenrechten ein und wollen ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland einführen, das es ermöglicht, Konzerne für Menschenrechtsverletzungen im Süden zu belangen. Betroffene aus den Ländern des Südens sollen die Möglichkeit erhalten, gegen Konzerne auch an deren Heimatstandorten zu klagen, wenn sie durch diese ihre Menschenrechte verletzt sehen.

8. Zur Sicherung der weltweiten Ernährungssouveränität wollen wir den Import von Kraft- und Brennstoffen aus Biomasse aus den Ländern des Südens in die EU verbieten.

9. Zudem setzen wir uns für ein Verbot von Nahrungsmittelspekulationen ein und fordern auf dem Weg dahin Derivatkontrakte zu standardisieren, Positionsobergrenzen für einzelne Händler und die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff einzuführen und den außerbörslichen Handel mit Agrarrohstoffderivaten zu verbieten.

10. Die Inlandsarbeit der Nichtregierungsorganisationen muss unabhängig sein, daher fordern wir, sämtliche Gänge der Nichtregierungsorganisationen in der Darstellung ihrer Arbeit und in der entwicklungspolitischen Bildung durch die Bundesregierung zurückzunehmen.

*linksfraktion.de, 11. Juni 2013*

## Grußbotschaft von Jean Ziegler

*an die Entwicklungspolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE, Berlin, 10. Juni 2013 (Jean Ziegler ist ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für das Recht auf Nahrung und des Buches: „Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt“, Verlag Bertelsmann, 2012), aus: <http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/grussbotschaft-jan-ziegler-130610.pdf>)*

### Liebe Genossinnen und Genossen,

leider kann ich am 10. Juni nicht in Berlin sein. Mit größtem Interesse habe ich die Entwicklungspolitischen Leitlinien gelesen. Ich finde sie außerordentlich klug, präzise und vor allem nützlich.

Wir leben unter einer kannibalistischen Ordnung der Welt. Vergangenes Jahr haben laut Weltbank die 500 größten transkontinentalen Privatkonzerne – alle Sektoren zusammen genommen – 52,8 Prozent des Brutto-Welt-Produkts kontrolliert. Diese Konzerne haben eine ökonomische, politi-

sche, ideologische Macht wie sie nie ein Kaiser, ein König oder ein Papst in der Geschichte der Menschheit gehabt hat. Sie entfliehen jeder sozialen – staatlichen, gewerkschaftlichen, etc. – Kontrolle. Sie funktionieren nach dem einzigen Prinzip der Profitmaximierung. In der südlichen Hemisphäre steigen die Leichenberge. Laut FAO-Bericht (Report on Food Insecurity in the World, 2012) steigen die Hungerzahlen von neuem: Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren.

In Lateinamerika, Afrika aber auch in Südasien wehren sich die Völker. Ihr Aufstand gegen die Weltdiktatur der Oligarchien des globalisierten Finanzkapitals kann nur siegreich sein, wenn in den Herrschaftsländern des Westens Solidaritäts-Fronten entstehen, welche den gewerkschaftlichen, demokratischen Kampf an der Peripherie tatkräftig und strategisch klug unterstützen.

Deutschland ist die vierte Wirtschaftsmacht der Welt und die lebendigste Demokratie Europas. Die solidarische internationalistische Praxis der Links-Fraktion im Bundestag wird eine wichtige Waffe sein zur Radikal-Reform der gegenwärtig herrschenden kannibalistischen Wirtschaftsordnung der Welt.

## Partei der Europäischen Linken

### Impressionen vom Besuch einer EL-Delegation im Gazastreifen

*Von Karin Kulow, Mitglied der BAG FIP und des BAK „Gerechter Frieden in Nahost“*

Vom 7. bis 9. Mai 2013 hielt sich eine sechsköpfige Delegation der Partei der Europäischen Linken unter Leitung von Vizepräsidentin Maite Mola im Gazastreifen auf. In ihr vertreten waren außer der deutschen LINKEN die KP Spaniens, die Kommunistische Partei und die Linksfront Frankreichs, Synaspismos/Syriza Griechenlands sowie die Rot-Grüne Allianz Dänemarks.

Aus heutiger Sicht wird klar, dass die EL-Delegation für ihren Besuch offenkundig jenes kleine Fenster zu nutzen vermochte, das sich für eine relativ problemlose Hin- und Rückreise geöffnet hatte. Doch auch zum betreffenden Zeitpunkt war die Lage durchaus nicht unproblematisch, galten nicht umsonst die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes. Einen Vorgeschmack auf die angespannte Lage bekam die Delegation, als sie von Kairo mit ihrem Minibus in den ägyptischen Distrikt Nord-Sinai einfuhr. Von Checkpoint zu Checkpoint wurden die den Delegationsbus begleitenden Fahrzeuge mit aufgesessenen Polizisten oder Militärangehörigen martialischer. Der Sinn dieser Maßnahme erschloss sich erst im nachhinein, als es vermehrt Meldungen über die Entführung und sogar Erschießung von ägyptischen Militärangehörigen gab. Die EL-Delegation indessen fühlte sich durch ihre „Rei-



sebegleitung“ gut geschützt. Wie überhaupt das Leben in den beiden Städten des ägyptischen Nord-Sinai, der Distrikthauptstadt Al-Arisch sowie Rafah, recht normal erschien. Ein äußerst lebhafter Straßenverkehr und ziemlich viel Bautätigkeit, vor allem im touristischen Bereich. Ins Auge stachen bereits von der Straße aus die zahlreichen neu errichteten und recht luxuriös anmutenden Ferienimmobilien in unmittelbarer Nähe der Mittelmeerküste. Besonders auffällig waren die mit Al-Arisch-Zement beladenen LKWs, die sich in nahezu ununterbrochener Folge in Richtung Gazastreifen bewegten. Schon hier waren die Erleichterungen zu spüren, die sich mit der Wiedereröffnung des Grenzübergangs Rafah zum Gazastreifen seit dem Sturz von Mubarak ergeben haben.

Auch wenn die ägyptischen Grenzkontrollen für die Bewohner des Gazastreifens oft quälend lange Wartezeiten und manche andere Schikane mit sich brachten, so fühlten sich diese durch die erneute Öffnung der Grenze erklärmaßen etwas befreiter. Waren sie doch nicht mehr so gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten. Bot sich wenigstens für jene, die im Besitz gültiger Ausweispapiere der Palästinensischen Autonomiebehörde waren, die Möglichkeit, hin und her zu reisen. Für den Wiederaufbau der während der israelischen Waffengänge Ende 2008/Anfang 2009 und im November 2012 zerstörten Gebäude konnte nun endlich das notwendige Baumaterial eingeführt werden. Im Gazastreifen selbst hatte man fast den Eindruck eines regelrechten Baubooms. Er belegt, wie unverzichtbar für den Gazastreifen die Verbindung nach Ägypten ist. Und welche Enttäuschung sich zwangsläufig breit machen muss, wenn nach dem Sturz von Mursi dieser Grenzübergang – wie zu Zeiten von Mubarak – auf längere Dauer wieder geschlossen bliebe.

Das Hauptanliegen der EL-Delegation war, die Beziehungen zu den im Gazastreifen ansässigen Repräsentanten linker palästinensischer Parteien zu vertiefen. Es fanden Treffen mit der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der Palästinensischen Volkspartei (PPP) und der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) statt. Dabei waren Vertreter von Führungsorganen und Aktive in Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen sowie zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen anwesend. Die Delegation war sich mit allen ihren Gesprächspartnern darin einig, die gegenseitigen Beziehungen enger zu gestalten. Nachdrücklich bekräftigten sie die Notwendigkeit eines einheitlichen Handelns der Linken im gemeinsamen Interesse. Die Delegation sah sich in der Überzeugung bestärkt, der Bevölkerung des Gazastreifens, die ungeachtet gewisser Lockerungen der von Israel 2007 verhängten Blockade nach wie vor unter schwierigen Bedingungen leben muss, insbesondere den dort wirkenden linken Parteien, mehr politische Unterstützung und ganz konkrete Hilfe zukommen zu lassen. Einige Angebote wurden seitens der Delegationsleiterin bereits während des Aufenthaltes unterbreitet.

Das Programm der Delegationsreise war prall gefüllt und hätte durchaus für eine ganze Woche gereicht. Dementsprechend straff und äußerst gut war es vom frühen Morgen bis zum späten Abend organisiert. Um alle vorbereiteten Begegnungen überhaupt wahrnehmen zu können, musste sich die Delegation zeitweilig sogar teilen. Neben den Begegnungen mit den Vertretern linker Parteien fanden statt: der Besuch bei einer Bauernfamilie, deren Acker sich in nächster Nähe zur so genannten Pufferzone befindet; eine Visite bei der Union der Landarbeiterkomitees und ein Gespräch mit deren

Generalmanager; eine Begegnung im Hafen von Gaza mit dem Verantwortlichen der Fischergewerkschaft und einzelnen Fischern; ein ausführlicher Meinungsaustausch mit der Leitung der von der PLO getragenen Generalunion der öffentlichen Dienste (PWU); ein Besuch im Al-Awda-Hospital und im Ghassan Kanafani Kinderzentrum; Treffen mit der Frauenorganisation und der 2007 im Zuge der vollzogenen territorialen Spaltung zwischen Fatah und Hamas gegründeten Frauenbildungsassoziation, die sich besonders dem Schicksal von inhaftierten Frauen und deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft widmet.

So auffällig einerseits die im Ergebnis der Lockerung der Blockade und der mit der Grenzöffnung nach Ägypten eingetretenen Verbesserungen sind (neben der lebhaften Bautätigkeit auch eine sichtliche Entspannung der Versorgungslage), hat sich andererseits bislang nichts Grundsätzliches an den bekannt schwierigen Lebensbedingungen der Menschen im Gazastreifen geändert. Auch wenn sich zunehmend Kritik an der dort seit Sommer 2007 herrschenden Hamas breit macht, und seit deren politischer Herrschaft insbesondere die linken Parteien und Kräfte in ihren Existenz- und Wirkungsbedingungen mehr und mehr eingeschränkt werden, dominieren in der Wahrnehmung der Menschen doch in erster Linie die Auswirkungen der israelischen Okkupations- und Blockadepolitik. Nicht umsonst werden die damit einhergehenden unhaltbaren Zustände auch von israelischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, so vor allem der Menschenrechtsorganisation B'Tselem, anhand regelmäßig vorgelegter Berichte und Fakten angeprangert.

Die nahezu vollständige Kontrolle Israels über den Gazastreifen zu Land, zu Wasser und in der Luft besteht nach wie vor. Und das alltägliche Leben der Menschen wird weiterhin nachhaltig von der seit Sommer 2007 praktizierten Blockadepolitik beeinträchtigt. Diese bedeutet für eine Vielzahl eine nahezu unerträgliche Bürde. Gemäß UN-Angaben sind mehr als drei Viertel der 1,7 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung von Hilfslieferungen aus dem Ausland, vor allem im Rahmen des UN-Hilfswerks UNRWA abhängig.

International wird kaum beachtet, dass die Blockadepolitik neben den eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten für die Menschen vor allem die Grundlagen der Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln und einer stabilen medizinischen Versorgung mehr und mehr zerrüttet.

Durch die willkürliche Festlegung und ständige Veränderung der Fischfanggrenzen wird die Erwerbsquelle eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung angetastet – immerhin leben rund 70 000 Menschen unmittelbar vom Fischfang – und Einfluss auf die Ernährungsgrundlage der gesamten Einwohnerschaft genommen. Zugleich wird auch darüber entschieden, wie gesund sich die Bevölkerung überhaupt zu ernähren in der Lage ist. War in den Osloer Abkommen von 1993 eine Zwanzig-Meilen-Zone vereinbart worden, innerhalb derer den Fischern des Gazastreifens der Fischfang möglich sein sollte, gilt seit März 2013 nur noch eine Drei-Meilen-Zone, nachdem diese zuvor auf sechs Seemeilen fixiert worden war. Abgesehen davon, dass in dem äußerst beschränkten Gebiet der Fischfang nicht sehr ergiebig ist, kommen auch noch die toxischen Belastungen aus den Abwässern hinzu. Nach Aussagen der Fischereiverantwortlichen müssen daher 90 Prozent des Fischbedarfs aus Ägypten eingeführt werden, obwohl der Gazastreifen in Gänze Mittelmeeranrainer ist.





Ohnehin ist fast das gesamte im Gazastreifen gewonnene Wasser hochgradig belastet und nicht als Trinkwasser geeignet. Vor allem die fortschreitende Versalzung durch die jahrzehntelange Übernutzung der Grundwasserblase des Küstenbereichs seitens der bis 2005 hier ansässigen 8 500 jüdischen Siedler bereitet große Sorge. Zudem hat Israel mit Beginn der Blockade die Einfuhr jeglicher technischer Ausrüstungen zur Verbesserung der Wasser- und Abwassersituation untersagt. Die auffällige Häufung von Krebserkrankungen, für die wiederum die erforderlichen Therapiemittel fehlen, wird in erster Linie darauf zurückgeführt.

Wie die Fischerei so ist auch die Landwirtschaft von der Wasserverschmutzung betroffen. Selbst die Milch der Weidetiere ist bereits kontaminiert.

Durch die von Israel verfügte Pufferzone entlang des Grenzzauns, die von 300 bis zu 1 000 Meter tief ist, geht den Farmern ein reichliches Drittel des ohnehin äußerst knappen Ackerlandes verloren. Meist sind dies die fruchtbarsten Ländereien, denn weniger als ein Fünftel der Fläche des Gazastreifens ist überhaupt für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung nutzbar.

Dazu kommen die alltäglichen Schikanen, denen Fischer und Bauern ausgesetzt sind. Haben Fischer in ihren Nusschalen einmal die von Israel deklarierte Seemeilengrenze überschritten, werden sie regelmäßig von Patrouillenbooten mit verummter Besatzung aufgebracht und in den israelischen Hafen Ashdod verschleppt. Wenn die Boote nicht gleich konfisziert werden, stellt ihnen Israel u. a. für Liegebühren derart hohe Kosten in Rechnung, dass ganze Familien in den Ruin getrieben werden. Bauern werden bei der Feldarbeit regelmäßig beschossen, wenn den israelischen Grenzpatrouillen die Lage irgendwie verdächtig erscheint. Damit diese ungehinderte Sicht haben, ist auch nicht der niedrigste Baumbewuchs gestattet. Die Feldarbeiten müssen daher entweder in den frühesten Morgenstunden oder bei sengender Sonne verrichtet werden. Auf einem Feld, das die Delegation besichtigte, war weit und breit nur eine einzige Palme zu sehen.

Was von den Betroffenen im Gazastreifen als nackte Willkür und Demütigung wahrgenommen wird, sucht Israel damit zu begründen, es müsse die Sicherheit seiner Bewohner im grenznahen Raum verteidigen. Natürlich ist keinesfalls zu akzeptieren, wenn israelische Ortschaften mit Raketen oder Mörsergranaten beschossen werden. Aber eine ganze Bevölkerung wie unartige Kinder mit beständigen willkürlichen Strafen, einschließlich Krieg mit hohen Opferzahlen bändigen zu wollen, ohne auch deren Interessen in den Blick zu nehmen, kann nicht funktionieren.

Denn überall bei den Menschen im Gazastreifen war der unbedingte Wille zu spüren, sich ihre Würde und ihren nationalen Stolz von niemandem rauben zu lassen. Sie akzeptieren nicht, dass Israel sie in Kollektivhaftung nimmt – als politisches Druckmittel gegen Hamas, welche dann wiederum gegen PLO und Fatah instrumentalisiert wird. Wie immer wieder in den Gesprächen zu hören war, haben sie es satt, weiterhin Spielball äußerer und innerer Kräfte und deren Interessen zu sein. Sie wollen endlich auch über eine kalkulierbare Perspektive verfügen. Das betrifft vor allem die Jugendlichen, die über die Hälfte der Bevölkerung stellen, und die seit Generationen in speziellen Lagerkomplexen zusammengepferchten Flüchtlinge. Die Bewohner des Gazastreifens scheinen der Spaltung der palästinensischen Bewegung leid

zu sein und sprechen sich nachdrücklich für deren Überwindung aus.

Auch für die linken Parteien und Organisationen stehen die Überwindung der Spaltung und der Zusammenschluss auf einer gemeinsamen politischen Plattform auf der Tagesordnung. Allerdings lässt er seit geraumer Zeit auf sich warten. Mit leicht ironischem Unterton vermerkten sie nahezu unisono, dass sie es bei ihrem politischen Wirken nicht nur mit der israelischen Blockade- und Okkupationspolitik, sondern zugleich auch mit zwei eigenen Regierungen zu tun haben, zu denen sie in kritischer Opposition stehen. Im Gazastreifen haben sie vor allem die Auseinandersetzung mit der zunehmenden politischen Islamisierung unter der Hamas-Herrschaft sowie deren wachsender Liaison mit dem Emir von Qatar zu führen, der nicht nur großzügige Finanzmittel – unter anderem zum Bau von Moscheen – in Aussicht stellt. Kürzlich hat er auch noch einen seiner Chefideologen zur geistigen Indoktrination in den Gazastreifen entsandt. Während des Aufenthaltes der Delegation hielt der gerade im Fernsehen eine seiner vielen öffentlichen Predigten. Innerhalb der Arabischen Liga setzt Qatar alles daran, die Hamas in die Rolle eines politischen Wortführers der Palästinenser zu katapultieren.

Wie der Delegation veranschaulicht wurde, suchen sich beispielsweise die linken Parteien gemeinsam mit linken Frauenvertreterinnen der von Hamas verordneten traditionellen Frauenkleidung zu widersetzen und die Frauen bei der Durchsetzung emanzipatorischer Rechte in Gesellschaft und Familie zu unterstützen. Auch üben sie lautstark Kritik an der Verordnung von Hamas, Jungen und Mädchen ab dem 10. Lebensjahr nur noch getrennt unterrichten zu lassen und bei der Einstellung von Lehrern weniger die fachliche Kompetenz denn eine gute Kenntnis des Koran zu bewerten. Jungen wird eine bestimmte Haarfrisur vorgeschrieben. Erwähnt wurde auch, dass eine von ihnen gegen den zuvor stattgefundenen israelischen Luftschlag auf bestimmte Militärobjekte in Syrien organisierte Protestdemonstration in Khan Younis auf Anweisung von Hamas auseinandergetrieben worden sei.

Bei ihrem schwierigen Wirken rechnen die linken Kräfte mit Unterstützung aus Europa; bauen sie auf die Solidarität der EL und deren Mitgliedsparteien.

## Einigkeit im Abseits

*Mitglieder der Europäischen Linkspartei trafen sich zur 8. Sommeruniversität in Portugal*

*Von Dominic Heilig, Porto, aus: dominic.linkeblogs.de, 12. Juli 2013*

Der Tagungsort, das Stadion des portugiesischen Fußballmeisters FC Porto, Estadio do Dragão, lässt den Taxifahrer im Zentrum der Stadt vor Ehrfurcht fast eine grüne Ampel vergessen. José, 30 Jahre alt, erzählt vom Präsidenten des Fußballklubs, Jorge Nuno Pinto da Costa, den alle nur „Vater“ nennen. José kennt nur diesen Präsidenten. Damals, 1982, als da Costa den FC übernahm, war er noch nicht einmal geboren. Heute steht er bei fast jedem Heimspiel im „Drachensstadion“. In eben jenem Stadion fand am vergangenen Wochenende die achte Auflage der EL-Sommeruniversität unter



dem Titel „Como mudar a Europa“ (Europa verändern) statt. Das ringt José Respekt ab. Von der EL hat er noch nie gehört, von der ausrichtenden Mitgliedspartei, dem Bloco do Esquerda, hält er jedoch viel. Auf dem vom Linksblock organisierten Uni-Stundenplan für die etwa 250 Genossinnen und Genossen standen über 35 Seminare – zu Frauenrechten und religiösem Fundamentalismus, zu Geschichte und Entwicklung der europäischen Linken, zu linker Gewerkschaftsarbeit bis hin zur Situation der boliviarischen Revolution in Südamerika. Besonderes Interesse weckten bei den Studierenden aller Altersklassen auch die drei Seminare zu Porto.

Da ging es um die Geschichte, die Port(o)weinkultur und die Architektur der Stadt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand aber die Situation in den Krisenstaaten der Europäischen Union und die Kürzungspolitik der Troika. Elena Papadopoulou vom europäischen Forschungs- und Bildungsnetzwerk „transform!“ kommentierte die Lage so: „Die Propaganda der Herrschenden in Europa, das sehen wir vor allem in Griechenland und Portugal, ist in dieser Krise überall dieselbe. Wir als politische Linke müssen deshalb eine Gegenöffentlichkeit schaffen, unsere Alternativen aufzeigen, die Krisenverantwortlichen benennen und die Demokratie in Europa verteidigen.“ Wie schwer das nach wie vor für Linksparteien ist, zeigte die während der EL-Sommeruni ausgebrochene Regierungskrise in Portugal. „Die Mehrheit der Menschen im Land fordert Neuwahlen, und was macht Regierungschef Pedro Passos Coelho? Er holt umstrittene Politiker in die Regierung, verspricht neue politische Programme, ohne einen einzigen Inhalt konkret zu benennen“, analysierte Marisa Matias, stellvertretende Vorsitzende der EL.

Ihre Amtsschwester aus Spanien, Maite Mola, konkretisierte: „Sie tun alles, damit die Linke keinen Erfolg haben wird. Wir aber können gewinnen, wenn wir den Menschen konkrete Alternativen aufzeigen.“ Auch zwischen den Seminaren diskutierten die Teilnehmer weiter, etwa über den Militärputsch in Ägypten, die tödliche Realität in Syrien oder den Wahlkampf in Deutschland. Letzterer schaffte es auch in die Plenarversammlungen mit dem EL-Vorsitzenden Pierre Laurent (FKP), dem ehemaligen französischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon (Parti de Gauche) und der Vorsitzenden des Linksblocks Catarina Martins.

Die Hoffnungen auf eine Abwahl von Kanzlerin Angela Merkel sind unter europäischen Linken groß. Yiannis Bourous vom griechischen Linksbündnis SYRIZA benannte konkrete Unterstützungsmaßnahmen: „Wir senden seit Wochen Genossen zu den Auslandsgriechen nach Deutschland, um sie über die Situation in ihrem Heimatland zu informieren. Doch dabei bleibt es nicht. Viele dieser ‚Berichterstatter‘ standen für Veranstaltungen beispielsweise an deutschen Universitäten bereit. Und dort warben wir natürlich für die Wahl der LINKEN.“ Trotz aller Unterschiede und manch langatmiger Frontalvorträge in Porto wurde diese in der Linken einmalige Einrichtung einer Sommeruniversität als Ort des Austauschs, der gegenseitigen Information und auch der Kritik von allen Teilnehmern geschätzt. Im kommenden Jahr findet die EL-Sommeruni in Deutschland statt. Dann vielleicht ohne eine Regierung Merkel?

## Verbot von Unternehmensspenden auch auf EU-Ebene

*Forderung von Raju Sharma, MdB und Bundeschatzmeister der Partei DIE LINKE, und Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes, Berlin, 28. März 2013; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>*

Immer dann, wenn sich Politikerinnen und Politiker bzw. Parteien und Unternehmen allzu nahe kommen, entflammt in der Bundesrepublik regelmäßig eine heftige politische Auseinandersetzung über die Parteispendenpraxis, Lobbyisten und deren Einfluss, Parteiensponsoring und Abgeordnetenbestechung. Zwar haben diese Debatten – vor allem in Medien – Konjunktur, sind politisch aber kaum nachhaltig. Viel und oft wurde beispielsweise über die Vortragsgelder von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück berichtet und debattiert. Am Ende stand ein wenig glaubhafter freiwilliger Verzicht des Kandidaten auf Vortragshonorare bis zur Bundestagswahl im September 2013.

An anderer Stelle wurde über die Lobbyarbeit von Unternehmen und Verbänden in Berlin und ein sogenanntes Lobbyistenregister gesprochen. Auch der Wechsel von ehemaligen Politikerinnen und Politikern in die sogenannte freie Wirtschaft ist kaum über die Medien hinaus in den Parlamenten problematisiert worden. Ein wirklicher Durchbruch zu mehr Transparenz und zum Ausschluss von Lobbyeinflüssen auf die deutsche Legislative und Exekutive konnte demnach nicht verzeichnet werden.

Vor zwei Jahren schließlich erregte ein neu bekannt gewordenes Geschäftsmodell – vor allem der großen deutschen Parteien – die Gemüter. Die Rede ist von dem sogenannten Parteiensponsoring. Parteien lassen sich unter dubiosen Umständen Veranstaltungen wie Parteitage oder Sommerfeste von Unternehmen sponsern. Etwa durch die Vermietung von Stand- und Präsentationsflächen in den Vorhallen von Parteitagen. Eine andere Variante ist der Verkauf von Anzeigenplätzen in Parteimedien zu horrenden, keinesfalls marktüblichen Preisen.

Eine befriedigende, besonders aber rechtlich einwandfreie und transparente Lösung hierfür konnte im Bundestag seither nicht gefunden werden. Sponsoring bewegt sich in einer Grauzone, diese Zuwendungen an die Parteien tauchen in keinem Rechenschaftsbericht nachvollziehbar auf, sondern werden im Kapitel „Sonstige Einnahmen“ summiert. Fast alle im Bundestag vertretenen Parteien leben neben der staatlichen Parteienfinanzierung und den Beiträgen ihrer Mitglieder von Geldern aus der Wirtschaft. Mit einer Ausnahme: der Partei DIE LINKE.

### Unternehmensspenden – eine Frage von Millionen

2011 haben CDU und CSU mit Abstand die meisten Spenden eingefahren. Dies geht aus den Rechenschaftsberichten der Bundestagsparteien hervor, die Ende März veröffentlicht wurden. Allein die Union erhielt demnach 27,7 Millionen Euro an Spenden, gefolgt von der SPD mit 12,1 Millionen Euro. Die Grünen erhielten 4,8 und die FDP 6,6 Millionen Euro. DIE LINKE erhielt mit 1,9 Millionen Euro im Vergleich am wenigsten Spenden. Doch woher stammen die Spenden im Einzelnen? Während DIE LINKE von Unternehmen keine Spenden annimmt und auf die Spendenbereitschaft ihrer



Mitglieder und Sympathisanten angewiesen ist, bilden Unternehmensspenden bei den anderen Parteien einen überproportional großen Anteil. Das ist ein Problem, denn in der Wirtschaft gibt es keine altruistischen Motive. Hier gilt das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. DIE LINKE will Unternehmensspenden daher einen Riegel vorschieben. Doch deutsche Parteien sind längst nicht nur in der Bundesrepublik, im Bundestag oder den Landtagen aktiv. Sie kandidieren auch für das Europäische Parlament und schließen sich dort, gemäß ihrer Parteifamilien, in Fraktionen zusammen.

### Europäische Parteien gewinnen an Bedeutung – auch für Lobbyisten und Unternehmen

Darüber hinaus agieren deutsche Parteien, von der Öffentlichkeit nahezu unbeobachtet, nicht nur in den Fraktionen des Europäischen Parlaments, sondern auch in sogenannten europäischen Parteien. Die CDU beispielsweise in der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch die rechtsnationale und in Teilen antisemitische ungarische Regierungspartei FIDESZ angehört.<sup>1</sup> DIE LINKE ist Mitglied der 2004 gegründeten Partei der Europäischen Linken (EL). Die europäischen Parteien sollen nunmehr, so ein Vorschlag der EU-Kommission, einen allgemeinen und gleichen europäischen Rechtsstatus erhalten. Seit September vergangenen Jahres liegt ein entsprechender Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über das „Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen“ vor. Die Herstellung eines europäischen Rechtsstatus wird von der LINKEN ausdrücklich begrüßt. Nach Artikel 10 des Vertrages über die EU tragen „politische Parteien auf europäischer Ebene ... zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union bei“. Derselbe Grundsatz findet sich auch in der Charta der Grundrechte der EU.

Neun Jahre nach Verabschiedung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelung für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihrer Finanzierung, fünf Jahre nach ihrer Überarbeitung im Jahr 2007 soll nun eine neue Verordnung Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schaffen. Bislang sind die meisten europäischen Parteien lediglich als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht nach belgischem Recht verfasst.

Die neue Verordnung, deren EU-Kommissionsvorschlag derzeit im EU-Parlament und den europäischen politischen Parteien diskutiert wird, beschreibt nicht nur strukturelle und demokratiethoretische Vorgaben an die Subjekte, die erfüllt werden müssen, um als europäische Parteien anerkannt zu werden, sondern auch Regelungen zur Finanzierung der europäischen Parteien. Europäische Parteien erhalten für ihre Arbeit u. a. Mittel aus dem EU-Haushalt. 15 Prozent der dafür bereitstehenden Gelder werden zu gleichen Teilen auf die europäischen Parteien verteilt. Die verbleibenden 85 Prozent erhalten die Parteien entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten im Europäischen Parlament. Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit besteht in Beitragszahlungen der Mitglieder einer europäischen Partei, die jedoch 40 Prozent ihres Jahresbudgets nicht übersteigen dürfen. Schließlich aber werden in dem Vorschlag der EU-Kommission für eine solche Verordnung auch Finanzierungsmöglichkeiten durch sogenannte Spenden formuliert.

### Die Spendenpraxis für europäische Parteien

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass europäische Parteien Spenden von natürlichen und juristischen Personen bis zu einem Wert von 25 000 Euro pro Jahr und Spender annehmen dürfen. Diese Spender müssen in einem jährlichen Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Einzelspenden im Wert von mehr als 12 000 Euro müssen dagegen unverzüglich gegenüber dem Europäischen Parlament angezeigt und gemeldet werden. Verboten sind anonyme Spenden, Spenden aus den Fraktionen des Europäischen Parlaments, von Unternehmen der öffentlichen Hand oder solchen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist.

Im Grundsatz begrüßen wir diese – gemessen an den deutschen Reglements – engen Rahmenvorgaben für Spenden natürlicher wie juristischer Personen. Und dennoch glauben wir, dass mit der Neufassung der Bestimmungen über europäische Parteien im Entwurf der EU-Kommission die Chance verpasst wurde, zu einer Entflechtung von politischen Parteien und unternehmerischem Einfluss bzw. Lobbyverbänden beizutragen. Zum einen stellt die Möglichkeit der Abgabe einer Spende von 25 000 Euro jährlich eine Verdoppelung zur bisherigen Regelung dar. Zum zweiten aber, und dies scheint uns zentral, wird durch die Beibehaltung der Möglichkeit von Unternehmensspenden und des Parteinponsorings der eigentliche politische Charakter europäischer Parteien und deren Funktion, wie sie in Artikel 10 des EU-Vertrages festgeschrieben sind, verwässert und negiert. Denn europäische Parteien sollen zur „Herausbildung eines europäischen Bewusstseins unter den Bürgerinnen und Bürgern“ beitragen. Hierbei geht es nicht um die Herausbildung eines europäischen Bewusstseins von Unternehmen und Verbänden. Diese haben EU-Europa als Markt bereits seit langem, viele seit der Gründung der EWG und der EG als Wirtschaftsunion begriffen und dementsprechend agiert. Ein europäisches Bewusstsein ist dahinter in den seltensten Fällen zu erkennen.

Die Einrichtung der Möglichkeit von Unternehmensspenden für europäische Parteien ignoriert zudem den überaus mächtigen und ausgeprägten Lobbyistenschwungel in Brüssel und Straßburg. Dort haben die Umsätze der Lobbyisten die Milliardenmarke längst überschritten, während das 2011 eingeführte Transparenzregister das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt wurde: Die Registrierung ist weiterhin freiwillig; zwar müssen sich Lobbyisten, wenn sie in den Genuss eines Hausausweises für das Europäische Parlament kommen wollen, als solche eintragen lassen. Wer aber einmal über den Place Luxembourg vor dem Europäischen Parlament in Brüssel spaziert ist, erkennt schnell, dass es längst nicht mehr zwingend notwendig ist, das Parlamentsgebäude selbst zu betreten, um mit Abgeordneten und Parteivertretern „ins Gespräch“ zu kommen. Ein Verbot von Unternehmensspenden und Partein sponsoring wäre also ein erster, aber wirkungsvoller Schritt, um die Einflussphäre von Lobbyisten, Verbänden und Unternehmen auf die europäische Gesetzgebung zu begrenzen.

### Wir fordern deshalb ein Verbot von Unternehmensspenden auf europäischer Ebene

Sinnvoll erscheint es uns daher, dass, erstens die Partei der Europäischen Linken (EL) sich nach dem Vorbild der Partei DIE LINKE auf europäischer Ebene dazu verpflichtet, keine



Spenden von Unternehmen oder Interessensverbänden anzunehmen und auf Sponsoring zu verzichten. Dass, zweitens, LINKE und EL sich bei den anderen europäischen Parteien dafür starkmachen, ebenfalls eine solche Selbstverpflichtung einzugehen. Dass, drittens, LINKE und EL sich bei den anderen europäischen Parteien und deren Fraktionen im Europäischen Parlament dafür einsetzen, den Vorschlag der EU-Kommission (mindestens) in diesem Punkt abzuändern oder abzulehnen. Dass, viertens, alle deutschen politischen Parteien sich in ihren europäischen Parteifamilien dafür einsetzen, an dieser Verordnung der EU-Kommission Nachbesserungen vorzunehmen. Europäische Parteien sind – im Gegensatz zu den Fraktionen des Europäischen Parlaments – noch recht junge Gebilde. Ihr Einfluss ist begrenzt, ihre öffentliche Wirkung zur Zeit für die meisten Bürgerinnen und Bürger der EU kaum wahrnehmbar. Diese fragilen Gebilde können aus unserer Sicht nur dann wachsen, an Glaubwürdigkeit gewinnen und ihrer Funktion gerecht werden, wenn sie nicht bereits in ihrer Kindheitsphase unternehmerischen Einflüssen und schädlichen Entwicklungen ausgesetzt sind. In einem ersten Schritt wird daher Raju Sharma als Mitglied des Rates der EL-Schatzmeister diese Vorschläge in der kommenden Beratung des EL-Vorstandes darlegen. Danach wird er sich in einem Brief an die Schatzmeister der im Bundestag vertretenen Parteien wenden und um Unterstützung werben.

#### Anmerkung

1 Vgl. Stefan Liebich (MdB): Rede im Deutschen Bundestag zur Situation in Ungarn, [www.stefanliebich.de](http://www.stefanliebich.de)

## Aus der internationalen Linken

### Europa zwischen Auflösung und Empörung

Von Walter Baier, Koordinator des Netzwerks *transform! Europe*; aus: <http://transform-network.net/de/programs/euro-in-debate/news/detail/Programm/europe-between-disintegration-and-revolt-1.html>

Am 7. und 8. Juni findet der Alter-Summit der europäischen Bevölkerungen im Velodrom in Athen statt. Eine Allianz von mehr als 150 Organisationen – Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und politischen Akteuren – aus allen Teilen Europas wird der Öffentlichkeit ein Manifest für den Kampf um ein demokratisches und soziales Europa vorlegen. Diese neuartige Allianz ist Ausdruck einer politischen „Notwehrgemeinschaft“ angesichts eines in der Geschichte Europas, zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg, einmaligen Angriffs auf die sozialstaatlichen Errungenschaften, die öffentlichen Dienste, den Lebensstandard, jedoch auch auf die Demokratie. Die Bewegung des Alter-Summit will aber auch die Tür zum politischen Kampf um eine politische Alternative in Europa aufstoßen.

Dazu ist eine Bestandsaufnahme erforderlich. Im siebten Jahr der kapitalistischen Krise ergibt sich folgendes Bild: Im Süden und im Osten Europas haben die von der Troika aufgezwungenen Austeritätsprogramme humane Katastrophen ausgelöst, aber das Ziel, zu dessen Erreichung sie implementiert wurden, den Abbau der Staatsschulden, eindeutig verfehlt.<sup>1</sup>

Das Fiasko hat ein solches Ausmaß angenommen, dass der Generaldirektor des Internationalen Roten Kreuzes die Umorientierung der Programme seiner Organisation in Richtung Europa mit folgenden Argumenten ankündigt. „Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg waren so viele Europäer von humanitärer Hilfe abhängig ... Soziale Spannungen wachsen immer, wenn das Brot zu teuer wird. Zudem haben immer mehr Jugendliche mit Universitätsabschluss keine Chance auf einen Job. Sie müssen sich anhören, dass es Jahre dauern kann, bis es besser wird. Dass der Hass auf die Politik wächst, ist kein Wunder. Da stauen sich Wut, Frust und Hoffnungslosigkeit an: eine explosive Mischung.“<sup>2</sup>

Die im Europaparlament gegen die Stimmen der Linken beschlossene Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie der von 25 Mitgliedstaaten ratifizierte Fiskalpakt, die gemeinsam darauf abzielen, mit autoritären Mitteln eine rigide Austeritätspolitik zu erzwingen, haben die Lage erkennbar verschlechtert. Auch die 17 Staaten umfassende Eurozone und die EU sind 2013 in eine Rezession eingetreten. Dass die im Frühjahr veröffentlichte Negativprognose des IWF mit der Ankündigung verbunden wurde, im Folgejahr werde die Wende zum Positiven eintreten, ist nicht sehr glaubwürdig. Im Gegenteil, immer mehr ernst zu nehmende Ökonomen und Ökonomen warnen, dass die EU in eine 10- bis 15-jährige Depression eintauchen könnte. Was danach von Sozialstaat, Demokratie und europäischer Integration übrig bleibt, kann man nur erahnen.

Der europäische Kapitalismus sieht sich mit historisch neuen Herausforderungen konfrontiert. Die innere Krise vollzieht sich auf dem Hintergrund einer Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte, die durch ein Detail illustriert wird, das die „Financial Times“ Mitte März publizierte: Während sich der Pool der von den drei wichtigsten Ratingagenturen mit einem Triple A versehenen Staatsanleihen weltweit um 60 (!) Prozent reduzierte, kam es zu einer Aufwertung der Staatspapiere in einem großen Teil des Rests der Welt. „An der Spitze der Liste der Aufwertung der Staatspapiere seit Januar 2007 stehen Uruguay, Bolivien und Brasilien. Die größten Abwertungen trafen das krisengeschüttelte Südeuropa. Am tiefsten stürzte Griechenland.“<sup>3</sup>

Ein ähnliches Bild zeigt die im Frühjahr publizierte Wachstumsprognose des IWF 2013:<sup>4</sup>

→ China	8,0 %
→ Weltwirtschaft	3,3 %
→ USA	1,9 %
→ Eurozone	- 0,3 %
→ Österreich	0,8 %
→ Deutschland	0,6 %
→ Frankreich	- 0,1 %
→ Italien	- 1,5 %

Dies bedeutet:

- eine anhaltende Dynamik der „emerging markets“ und Entwicklungsökonomien,
- ein moderates Wachstum der USA,
- die Rezession in Europa.



Das Muster einer wirtschaftlichen Entwicklung in drei Geschwindigkeiten beunruhigt nicht nur die Europäer, sondern bedroht, wie Olivier Blanchard, Chefökonom des IWF, warnt, die Weltwirtschaft insgesamt, „die nur so stark sein könne wie ihr schwächstes Glied“.<sup>5</sup>

Der Weg von der vor dreizehn Jahren bei einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs ausgerufenen Lissabon-Strategie, die die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissenschaftlich gestützten Raum der Weltwirtschaft machen sollte, zur heutigen tatsächlichen Malaise erweist sich in der Rückschau als erstaunlich kurz.

Die sozialen Auswirkungen lassen sich, soweit statistisch überhaupt ausdrückbar, aus dem Vierteljahresbericht<sup>6</sup> des für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion zuständigen EU-Kommissars, László Andor, ablesen, dem zufolge im Januar EU-weit 26 Millionen Menschen (10,8 Prozent) ohne Job waren, wobei die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Monat eine Rekordhöhe von 23,6 Prozent erreichte.

Auch aus dieser Perspektive fällt das Zeugnis für das „Krisenmanagement“ der Staaten und der EU vernichtend aus. Allein seit Frühjahr 2011 haben 3,7 Millionen Menschen ihren Job verloren, wobei der Trend in der Euro-Zone noch schlechter ist als im Durchschnitt der EU.

Doch die Daten verdeutlichen noch eine andere Entwicklung von erheblicher politischer Sprengkraft für das Projekt der europäischen Integration, weisen sie doch im Süden und im Osten Europas eine im Schnitt um 10 Prozent höhere Arbeitslosenrate aus als für den Norden und das Zentrum.

Angesichts dieser objektiven Unterschiede in der sozialen Entwicklung darf nicht erstaunen, dass im Verlauf der letzten Jahre nationalistische Interpretationen der Krise zugenommen haben, was zum Entstehen und zum Anwachsen rechter, rechtsextremer und in einzelnen Fällen neonazistischer Parteien geführt hat.

Im Hinblick auf die Öffnung eines demokratischen und sozialen Auswegs aus der Krise sind es allerdings klassenmäßige Reaktionen auf die Krise, Streiks, Demonstrationen und neue soziale Bewegungen, wie sie sich vor allem – aber nicht ausschließlich – im europäischen Süden entwickelt haben, die unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Ohne zu übertreiben, kann man das laufende Jahrzehnt als das der umfangreichsten Mobilisierung der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen die Politik der herrschenden Klasse seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bezeichnen. Und viele Anzeichen sprechen dafür, dass die Welle der Proteste weiter anwachsen wird.

Zur selben Einschätzung gelangt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in einem Bericht, den sie Anfang April zur Lage in Europa vorgelegt hat. „Im Gefolge der Wirtschafts- und Währungs Krise ist das Risiko sozialer Unruhen in der EU in den vergangenen Jahren merklich, und zwar entsprechend den von der Organisation entwickelten Indikatoren um 12 Prozent im Verhältnis zur vor der Finanzkrise, gestiegen“.<sup>7</sup>

Anfang April berichtete der Londoner „Independent“<sup>8</sup>, dass die beiden größten britischen Gewerkschaften, „Unite“ und „Unison“, sich für eine Diskussion über die Vorbereitung eines Generalstreiks gegen die Austeritätspolitik ausgesprochen hätten. Der Debatte kommt angesichts der Einschränkung des Streikrechts in der Ära Thatcher umso große Bedeutung zu, und der „Independent“ versäumt auch nicht, darauf aufmerksam zu machen, dass mit der Ausrufung des

Generalstreiks die Gewerkschaften zum ersten Mal seit 1926 zu dieser massivsten ihnen zur Verfügung stehenden Aktion greifen.

Die Debatte der britischen Gewerkschaften reiht sich ein in eine europaweite Mobilisierung gegen die Austeritätspolitik. Rufen wir uns die auffälligsten Aktionen dieser Widerstandsbewegung im ersten Viertel des laufenden Jahres in Erinnerung:<sup>9</sup>

- Ende des vergangenen Jahres Beginn einer Monate anhaltenden sozialen Protestwelle in Slowenien;
- Streik der Bediensteten des Öffentlichen Verkehrs in Athen;
- im Februar Massendemonstrationen in Bulgarien gegen Verelendung und für eine neue Verfassung;
- 13. und 14. März, Aktionstag der europäischen Gewerkschaften aus Anlass des EU-Gipfels;
- Anfang März, Demonstration einer Million Menschen in Portugal unter dem Slogan „Screw the Troika“ gegen das Memorandum;
- 10. März, Mobilisierung der beiden größten spanischen Gewerkschaften in einem Bündnis mit 160 Organisationen zu Massenaufmärschen in allen bedeutenden Städten des Landes;
- 5. Mai, 100 000 demonstrieren in Paris gegen Austerität und Korruption;
- 1. Juni, Mobilisierung der Bewegung der Plätze in Portugal, Spanien, Griechenland und Deutschland;
- 22. Juni, Demonstration der britischen Gewerkschaft gegen die Austeritätspolitik der Tory-Regierung.

Der Stil, mit dem die von den finanzpolitischen Hardlinern aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Finnland angeführten Euro-Finanzminister eine für die Bevölkerung erträgliche Lösung der zyprischen Bankenkrise verweigerten, zeigt an, dass die Auseinandersetzung in eine neue, noch schärfere Periode eintritt.

„Bisher“, so argumentiert der griechische Ökonom Yanis Varoufakis, „haben die Verfechter der Sparpolitik und des deutschen Vorgehens in der Krise der Eurozone in den Schuldnerländern (einschließlich Frankreich) erklärt, wir müssten den Weisungen aus Berlin und Frankfurt folgen und „unsere Hausaufgaben machen“, um das Vertrauen derer zu erlangen, die über das Geld bestimmen, bevor die sich auf die unvermeidlichen Eurobonds einlassen, auf eine Bankenunion und all die Voraussetzungen für eine engere politische und wirtschaftliche Union. Aber der Deal mit Zypern zeigt leider, wie irrig diese Annahme war. Zwar haben die Völker überall an der Peripherie (in Irland und Portugal, sogar in Griechenland und Italien) sich, wenn auch mit Murren, dem harten Sparkurs und dem Abbau des Kündigungsschutzes gebeugt, aber die Kräfte, die in Berlin und Frankfurt das Sagen haben, entfernen sich zunehmend von jeglichem Einheitskurs und greifen immer mehr zu einer autoritären Teilungspolitik, die die Eurozone genau in die entgegengesetzte Richtung von dem treibt, was für politische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit erforderlich wäre.“<sup>10</sup>

Die damit verbundenen politischen Gefahren für die europäische Integration und die Stabilität der Staaten sind offenkundig. Eine wachsende Zukunftssorge, die auch Teile der herrschenden Klasse und der politischen Eliten ergriffen hat, findet im politikwissenschaftlichen Diskurs ihren Ausdruck. In einer kürzlich der Öffentlichkeit übergebenen Publikation entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) vier mögliche

Szenarien für die Gestalt der Eurozone im Jahr 2020.<sup>11</sup> Den Ausgangspunkt bildet die Erkenntnis, dass das bisherige Verfahren (Szenario 1: „Durchwursteln“), die Finanzkrisen als Einzelfälle jedoch unter Anwendung des immer gleichen Policy-mix aus Notkrediten und Austerität abzuhandeln, nicht mehr lange fortgesetzt werden kann, schließt es doch eine wirtschaftliche Erholung praktisch aus. Bezeichnend ist, dass die Autoren die Verwirklichung des von ihnen befürworteten Szenarios einer Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Finanzunion und eine politische Union unter demokratischen und sozialen Auspizien (Szenario 2) für unwahrscheinlich halten.

Was drohe, sei ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Euro-Zone (Szenario 3) mit negativen und gefährlichen Konsequenzen. In diesem Dilemma kommen die Autoren der Studie zu einer für eine politische Stiftung<sup>12</sup>, deren Mutterpartei sich bislang der Europäischen Integration und der Politischen Union uneingeschränkt verpflichtet fühlte, bemerkenswerten Schlussfolgerung: „Da es unwahrscheinlich scheint, dass die Währungsunion in der nahen Zukunft durch eine Fiskalunion ergänzt wird, ist eine Situation entstanden, in der das Kerneuropa-Szenario allgemein als die zwar nicht gerade wünschenswerte, aber doch zweitbeste Option der aktuellen Krise angesehen wird.“ Und um den Geruch eines nationalistischen Sonderweges dieser „zweitbesten Option“ abzuschwächen, wird angefügt: „Diskutiert wurde dabei ein wichtiger Unterschied zwischen einem Kerneuropa als Zwei-Stufen-Modell mit einem geschlossenen Zentrum und weit zurückliegender Peripherie einerseits und der modifizierten Variante eines Europas der zwei Geschwindigkeiten, in dem eine Spitzengruppe von Staaten der politischen und Fiskalunion zustrebt und für weitere die Tür zum Beitritt offen lässt, andererseits.“<sup>13</sup> Doch die Substanz eines Rückzuges der „Triple-A“-Staaten aus den europäischen Verpflichtungen, die aus der zu ihren Bedingungen und zu ihrem einseitigen Vorteil eingerichteten Währungsunion folgen, wird sich nicht durch semantische Übungen aus der Welt schaffen lassen.

Angesichts des Desasters, über das auch die von der Friedrich Ebert-Stiftung untersuchten Szenarios Zeugnis ablegen, ist erstaunlich, dass auch nicht ansatzweise eine Korrektur der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union in Erwägung gezogen wird. Nicht einmal die sehr pragmatisch vorgetragenen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds nach ausreichend guten, zukunftsfähigen und hochwertigen Arbeitsplätzen, Regulierung der Finanzmärkte, Finanzierung eines europaweiten Investitionsprogrammes durch eine spezielle „New Deal-Anleihe“<sup>14</sup> erfahren Beachtung, obwohl die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise die entscheidende Voraussetzung für eine Fortsetzung der europäischen Integration darstellt.

Die jetzige Krise der Europäischen Integration könnte der Vorbote viel weiter- und tiefergehender Erschütterungen sein. Der Versuch, die Europäische Union in ein autoritäres Austeritätsregime zu verwandeln, ist mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Damit droht aber die von Luxemburg 1918 beobachtete „Walpurgisnacht auf dem nationalistischen Bocksberg“<sup>15</sup> als eine der Möglichkeiten, einen reaktionären Ausweg aus der Krise zu suchen.

Will die Linke in dieser prekären politischen Lage als europäische Kraft bestehen, so muss sie ihre sozialen, wirt-

schaftlichen und ökologischen Alternativen durch ein Programm der Demokratie in Europa vervollständigen. Fünf Kriterien halte ich dabei für maßgeblich:

1. Man kann sich Europa nicht als einen einheitlichen Staat vorstellen, denn Europa ist keine Nation. Aber wir können uns die EU als ein „Commonwealth europäischer Nationen“ denken, dessen Grundlage die Idee der Demokratie und der Subsidiarität ist. Das würde bedeuten, dass die Kompetenzen zwischen der Union und den Staaten so aufgeteilt sind, dass die Union nur dort über Kompetenzen verfügt, wo die der Staaten nicht ausreichen. Diese müssen im Sinne eines sozialen und ökologischen Wiederaufbaus sehr wichtige einschließen, wie soziale und ökologische Standards, Bankenaufsicht, Umverteilungspolitik, sogar europäische öffentliche Dienste und europäische Transferleistungen. Dazu müssen der Europäischen Union ein substanziiell höheres Budget und neue Finanzierungsinstrumente zur Verfügung stehen.

2. Ihre politische Legitimität muss auf einem schlanken Grundgesetz beruhen, das Normen des gemeinsamen juristischen Raums definiert und die Kompetenzteilung zwischen den verschiedenen Ebenen und Institutionen regelt; eine europäische Bürgerschaft auf Grundlage gleicher Rechte aller in den Union lebenden Menschen und ein einheitliches, proportionales Wahlrecht für das Europäische Parlament.

3. Die Europäische Union braucht eine Charta der Rechte der Nationen und Volksgruppen, denen das Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie zusteht. Sie müssen frei und demokratisch entscheiden können, ob sie einem Staat oder einer Union angehören wollen. Jedem Individuum steht das Recht zu, sich einer nationalen Gemeinschaft seiner Wahl anzuschließen oder nicht sowie seine kulturellen, nationalen und religiösen Rechte in einem allgemeinen juristischen Rahmen auszuüben.

4. Keine europäische Institution, weder die Europäische Zentralbank, noch der Europäische Gerichtshof oder die Europäische Kommission dürfen als quasi gesetzgebende Instanzen agieren. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Fiskalpakt müssen aufgehoben werden. Das Europäische Parlament übernimmt die volle Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Es übt die Kontrolle der Europäischen Zentralbank aus.

5. Die Rechte der Parlamente gegenüber den Exekutiven werden auf allen Ebenen gestärkt. Das Europäische Parlament erhält in dem durch die Subsidiarität gegebenen Rahmen das volle Recht, über das europäische Budget zu entscheiden, europäische Gesetze zu beschließen und die Europäische Kommission als seine Exekutive zu wählen. Zur Wahrung der Rechte der Staaten und Nationen wird eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments eingerichtet.

Die Frage lautet also, wie ein solches neues Europa entstehen kann im Angesicht der Aufkündigung des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses durch die Eliten. Die Linke wäre schlecht beraten, würde sie sich gerade jetzt von Europa als einem wichtigen Kampffeld zurückziehen. Doch ebenso unrealistisch wäre zu übersehen, dass die Durchsetzung des autoritären Austeritätsregimes, die wir heute erleben, der Idee eines ruhigen und graduellen Reformprozesses die Grundlage entziehen. Daher die Idee des Bruchs mit der herrschenden Logik und der Neugründung der Europäischen Union. Offensichtlich kann dazu die Tür nur durch die Niederlage der gegenwärtigen Politik aufgestoßen werden.



Oder in den inzwischen fast klassischen Worten, in denen der italienische Kommunist Altiero Spinelli 1944 seine Vision des neuen Europas zusammengefasst hat: „Um unseren Bedürfnissen zu entsprechen, muss die europäische Revolution sozialistisch sein, das heißt, ihr Ziel müssen die Emanzipation der arbeitenden Klassen und die Durchsetzung menschlicherer Lebensbedingungen für sie sein.“<sup>16</sup>

#### Anmerkungen:

- 1 Die Staatsschulden im Verhältnis zum BIP stiegen in Griechenland von 2009 bis 2013 von 129 auf 176 Prozent, in Portugal von 83 auf 128 Prozent und in Spanien von 54 auf 124 Prozent. In der gesamten Euro-Zone beträgt der Schuldenstand nun 90,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, nach 87,3 Prozent 2011. In der EU entsprachen die aufgelaufenen Schulden 85,3 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts, 2011 waren es noch 82,5 Prozent gewesen.
- 2 Die Presse: [http://diepresse.com/home/leben/1385374/Yves-Daccord\\_Sicherheit-ist-fuer-mich-der-groesste-Luxus?from=suche.intern.portal](http://diepresse.com/home/leben/1385374/Yves-Daccord_Sicherheit-ist-fuer-mich-der-groesste-Luxus?from=suche.intern.portal)
- 3 <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/9fcd5f10-9635-11e2-9ab2-00144feabdc0.html#axzz20kdE3K2j>
- 4 Chris Giles: „IMF cuts 2013 global economic outlook“ in: Financial Times, 16. April 2013: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/03c36652-a66e-11e2-885b-00144feabdc0.html#axzz2RCpqjMOe>
- 5 Ebd.
- 6 European Commission: EU Employment and Social Situation Quarterly Review – March 2013, [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/and/or/headlines/news/2013/03/20130326\\_en.html](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/and/or/headlines/news/2013/03/20130326_en.html)
- 7 „9th European Regional Meeting“, <http://www.ilo.org/global/meetings-and-events/regional-meetings/europe-and-central-asia/erm-9/lang-en/index.htm>
- 8 „Britain’s biggest unions put weight behind plan for general strike. Unite and Unison back mass action for the first time since 1926“, <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/britains-biggest-unions-put-weight-behind-plan-for-general-strike-8559027.html>
- 9 Der Artikel wurde Mitte April fertiggestellt.
- 10 Varoufakis, Yannis: „The Good, the Bad and the Extremely Ugly“, [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/and/or/headlines/news/2013/03/20130326\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/and/or/headlines/news/2013/03/20130326_en.htm)
- 11 Friedrich Ebert Stiftung. International Policy Analysis: „Future Scenarios For the Eurozone“.
- 12 Mit 650 MitarbeiterInnen und einem Jahresbudget von 140 Millionen Euro stellt die Friedrich Ebert Stiftung die bei weitem größte der parteinahen politischen Stiftungen Deutschlands dar.
- 13 Ebd. S. 6.
- 14 DGB-Bundesvorstand: Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa“, Berlin 2012.
- 15 Luxemburg, Rosa: „Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution, in Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 67, 1918.
- 16 Spinelli, Altiero/Rossi, Ernesto: „Ventotene Manifesto“, 1944 (Translation by E. Urgesi), [http://www.altierospinelli.org/manifesto/en/manifesto1944en\\_en.html](http://www.altierospinelli.org/manifesto/en/manifesto1944en_en.html)

## „Die Alternative zur EU ist nicht ihre Auflösung“

*Europapolitikerin Gabi Zimmer: LINKE muss Zukunft der EU mit Bundestagswahlkampf verbinden*  
Aus: *Neues Deutschland*, 21. Mai 2013

Zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 werden die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. An der heutigen Zustimmung der EU-Abgeordneten zum Vorschlag der Regierungen, den Termin um einen Monat vorzuziehen, gibt es kaum Zweifel. Verhindert wird so, dass die Abstimmung auf Pfingsten fällt und die Beteiligung noch niedriger als im Juni 2009 liegen könnte. Nur 43 Prozent der Stimmberechtigten – europaweit wie in Deutschland – hatten an der damaligen

Europawahl teilgenommen. Gerade die Linke, die sich erst in der vergangenen Woche in der Bundesrepublik gegen Sperrklauseln bei der Wahl ausgesprochen hatte, muss nun deutlich machen, wie sie zu Europa steht.

### ● ND: In einem Jahr sind Europawahlen. Für die Linke ist das offenbar noch kein Thema.

**Gabi Zimmer:** Die Europäische Linke bereitet sich auf ihren Kongress im Dezember vor. Dort soll eine gemeinsame Wahlstrategie erarbeitet und der gemeinsame Wahlkampf gestartet werden. Auch in der Fraktion Vereinigte europäische Linke – Nordische grüne Linke (GUE-NGL) diskutieren wir mit den Vorsitzenden von Parteien, mit welchem Ziel wir in den Wahlkampf gehen, ebenso über die Frage, wie eine künftige Linksfraktion aufgestellt sein sollte, vor welchen Herausforderungen sie stehen wird. In Deutschland konzentriert sich die Linke jetzt auf den Bundestagswahlkampf. Die Zeit drängt: Die Klärung wichtiger europapolitischer Positionen der Linken darf nicht auf die Zeit nach dem Bundestagswahlkampf verschoben werden. Gerade wir müssen die Frage nach der Zukunft der EU mit dem Bundestagswahlkampf direkt verbinden. Wer, wenn nicht wir, muss Merkel mit den Auswirkungen ihrer europäischen Krisenpolitik konfrontieren. Die beklagte Entdemokratisierung der EU, die Sparexzesse und die Abkehr von den ökologischen Zielen sind wesentlich mit dem Agieren der Bundesregierung verbunden. Die nächsten Monate bieten uns Linken die Möglichkeit, gerade über diese Zusammenhänge aufzuklären und das tatsächliche politische Versagen der Bundesregierung zu thematisieren. Ich wünsche mir dazu eine intensivere Verständigung auch in meiner Partei.

### ● ND: Für viele Menschen ist die EU ein Gebilde, in dem eigenartige Produktvorschriften verfasst werden. Im unmittelbaren Leben merken sie kaum etwas von Europa.

**Gabi Zimmer:** Doch. Sie wissen nur oft nicht, dass das, was sie konkret betrifft, Auswirkungen einer Politik sind, die zwischen den EU-Staaten abgesprochen wird. Es ist nicht so, dass „in Brüssel“ eine Politik entworfen wird, die von den Mitgliedsländern bloß umzusetzen ist. Was in Brüssel beschlossen wird, ist zuvorderst Ergebnis der Abstimmung zwischen den Regierungen hinter verschlossenen Türen. Neoliberaler Politik verpflichtete Regierungen bringen auch auf EU-Ebene nichts anderes zustande. Die Parlamente sind zu wenig beteiligt, Prozesse nicht transparent. Es muss uns gelingen, die Anonymität der Entscheidungen zu durchbrechen und klarzustellen, wer wofür Verantwortung trägt. Nur so können wir genau definieren, wo interveniert werden muss. Wenn Menschen nicht klar ist, wo und wie Entscheidungen zustande kommen, haben sie das Gefühl, außen vor zu stehen und unbeteiligt zu sein. Die gegenwärtige Politik der EU und all ihrer Mitglieder ist letztlich nichts anderes als die Unterwerfung unter den Neoliberalismus und den Götzen der globalen Konkurrenzfähigkeit. Deshalb: Die Wahlkampagne fordert uns dazu heraus, Solidarität mit den von der Krise am meisten Betroffenen – in anderen Mitgliedstaaten wie in Deutschland – zu thematisieren.

### ● ND: Wäre die Auflösung der EU und eine Neugründung mit klarer sozialer Ausrichtung nicht eine Alternative zu Krise und Dominanz der „Großen“?



**Gabi Zimmer:** Nein, Auflösung ist keine Alternative. Zum einen erfolgte die Gründung der EU unter konkreten historischen Bedingungen, die sind doch nicht einfach in die Gegenwart reproduzierbar. Zum anderen kann angesichts der Schwäche der Linken, der sozialen Bewegungen oder der Gewerkschaften auf europäischer Ebene doch niemand ernsthaft glauben, dass unter den jetzigen Kräfteverhältnissen bei einer Neugründung eine andere EU herauskäme. Wir müssen uns mit dieser EU auseinandersetzen, Alternativen von links entwickeln, Kräfte bündeln, neue transnationale Kooperationen suchen, die nationalen Kämpfe mit den europäischen verbinden, für eine europäische und globale Solidarität zwischen den für ihre Rechte kämpfenden Menschen mobilisieren. Nur so können wir die EU verändern. Das Paradoxe für mich als Linke dabei ist: Ich muss sogar die heutige EU – mit den vielen Facetten, die ich seit Jahren scharf kritisiere – noch gegen den Willen der Herrschenden verteidigen, den Umbau der EU als vorrangig neoliberales Projekt voranzutreiben.

● **ND: Das ist sicher auch eine Herausforderung für die Linke im Europäischen Parlament. Aber was kann die doch sehr kleine Fraktion dort bewegen?**

**Gabi Zimmer:** Wir brauchen eine stärkere Linke im Europaparlament, die wiederum eng mit außerparlamentarischen Kräften zusammenarbeitet. Wir sind als kleine Fraktion darauf angewiesen, auch innerhalb des Parlaments mit Abgeordneten zu kooperieren, wenn es um notwendige Mehrheiten im Sinne sozialer, ökologischer, demokratischer Rechte für die Menschen und um eine aktive Friedenspolitik durch die EU geht. Solche Mehrheiten gibt es nicht im Selbstlauf, sie sind oft überhaupt nur gegen die Einflussnahme von Regierungen auf das Abstimmverhalten von Abgeordneten erreichbar. Uns kommt entgegen, dass sich das jetzige Europaparlament nicht mehr einfach zum Vollstrecker der Ratsvorgaben degradieren lassen will. Die Linke kommt deshalb auch gar nicht an der Forderung vorbei, sich für eine Stärkung der Rechte des Europaparlaments einzusetzen.

● **ND: Sie sind vor einem Jahr als Fraktionsvorsitzende angetreten mit dem Ziel, die fast nicht mehr vorhandene Kommunikation in der Fraktion wiederherzustellen. Was haben Sie erreicht?**

**Gabi Zimmer:** Das Vertrauen zwischen den Delegationen ist wieder gewachsen. Die GUE-NGL ist eine konföderale Fraktion, in der Delegationen vor allem die Positionen ihrer Parteien vertreten. Das reicht aber nicht mehr. Wir brauchen zunehmend die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich zu Grundfragen der weiteren Entwicklung der EU auf gemeinsame Positionen zu verständigen. Da wir alle aber einen sehr unterschiedlichen Hintergrund haben, unsere Parteien in ihrer Haltung zur EU, zum Euro oder zum EU-Haushalt verschiedene Auffassungen vertreten, überdeckt dies zu oft unsere gemeinsamen Positionen wie in der Sozialpolitik, im Kampf gegen die Austeritätspolitik oder auch hinsichtlich der Ablehnung der militärischen Seite der EU.

In den letzten Monaten ist die Bereitschaft, an einer Stärkung der Fraktion, an gemeinsamen Alternativen zu arbeiten, gewachsen. Wir stimmen darin überein, dass die Fraktion wieder sichtbar werden muss. Manche befürchten, dass der konföderale Charakter verloren gehen könnte. Wir müssen uns aber auch auf die mit dem Lissabon-Vertrag verän-

dernten Bedingungen einstellen: Das Europäische Parlament ist jetzt wesentlich stärker in legislative Verfahren direkt eingebunden, es ist Mitentscheider. Das heißt, wir müssen besser miteinander kommunizieren und kooperieren. Einen gemeinsamen Standpunkt als Linke zu entwickeln bedeutet aber auch, dass wir nicht einfach die nationalen Standpunkte in der Fraktion durchsetzen können. Ein reines Nebeneinander der Positionen macht uns unsichtbar. Es ist also nicht nur wichtig, dass die Parteien ihre Abgeordneten mit einem inhaltlichen Mandat ausstatten, sondern auch die Bereitschaft zur Kooperation signalisieren. Meine Erfahrungen aus Gesprächen mit Parteivorsitzenden stimmen mich da vorsichtig optimistisch.

## Norwegen: Regierung ohne Linke

*Zum Ausgang der Parlamentswahlen  
am 8. und 9. September 2013*

*Von Andreas Günther, Stellvertretender Leiter des  
Bereichs Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle  
der LINKEN*

Bei den Parlamentswahlen hat die rot-rotgrün-grüne Regierungskoalition die parlamentarische Mehrheit verloren, obwohl Norwegen im europäischen und weltweiten Vergleich in der ökonomischen und sozialen Bilanz Spitzenplätze einnimmt (3,5 Prozent Arbeitslosigkeit, Pensionsfond bei 125 Prozent des BIP, wachsende Bevölkerung).

Stärkste Fraktion im Parlament wird die sozialdemokratische Arbeiterpartei (AP, 30,8 Prozent, 55 von den insgesamt 169 Sitzen), gefolgt von der konservativen Høyre (H, 26,8 Prozent, 48 Sitze) sowie der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (FrP) mit 16,3 Prozent und 29 Sitzen. Die Christliche Volkspartei (KrF) erreichte 5,6 Prozent und 10 Sitze, die Zentrumsparterie (Sp) 5,5 Prozent und 10 Sitze, die Liberalen (V) 5,2 Prozent und 9 Sitze. Die Sozialistische Linkspartei (SV) schaffte mit 4,1 Prozent gerade so wieder den Einzug ins Parlament. Sie gewann 7 Mandate. Mit 2,8 Prozent errang die Umweltpartei (MDG) immerhin einen Sitz.

Die Wahlbeteiligung lag bei 78,2 Prozent.

Im Detail betrachtet zeigt das Wahlergebnis nicht unbedingt eine einheitliche Tendenz. Die einzige große Wahlgewinnerin ist die konservative Høyre unter Führung der voraussichtlich künftigen Ministerpräsidentin Erna Solberg (+9,6 Prozent). Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, dass die größte Verliererin, die rechtspopulistische Fortschrittspartei (-6,6 Prozent), nun mit einiger Wahrscheinlichkeit erstmals in ihrer Geschichte an einer Regierung beteiligt sein wird.

Verloren haben auch – trotz der guten Lage im Land – alle Parteien der bisherigen Regierungskoalition: Arbeiterpartei (-4,6 Prozent), Sozialistische Linkspartei (-2,1 Prozent) und Zentrum (-0,7 Prozent).

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Aufstieg der grünen „Umweltpartei“. Sie steht im Spektrum der „grün“ orientierten Parteien Norwegens (SV als rot-grüne Partei, Zentrum als agrarisch-grün) als Mitglied der Europäischen Grünen Partei den deutschen Grünen am nächsten. Ihr bescheidener Aufstieg, der sich bereits bei den Kommunal-





wahlen 2008 ankündigte, wird, so darf vermutet werden, seinen Beitrag zu den Verlusten insbesondere der SV geleistet haben.

Für die linkssozialistische SV ist diese Wahl bereits der dritte Rückgang in der Wählergunst in Folge, nachdem es ihr 2001 gelungen war, ihr Wahlergebnis im Vergleich zu den

Jahr	1997	2001	2005	2009	2013
Stimmen	6,0 %	12,5 %	8,8 %	6,2 %	4,1 %
Sitze	9	23	15	11	7

Wahlen von 1997 zu verdoppeln:

Allerdings führten die diesjährigen Verluste die Partei gefährlich nahe an die norwegische 4-Prozent-Hürde heran.

Das Ergebnis hatte sich in den Umfragen seit langem abgezeichnet, auch wenn es im direkten Vergleich zwischen AP und Høyre zum Schluss nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen aussah. Da die Rechtspopulisten der Fortschrittspartei – auch in der Folge der Attentate von Oslo und Utøya<sup>1</sup> – ihre bei den letzten Wahlen überraschend errungene Führungsrolle in der Opposition an Høyre verloren hatten, fiel es dieser leichter, eine bürgerliche Koalition unter Einbeziehung der Fortschrittspartei anzustreben.

Trotz des hoch gelobten Umgangs von Ministerpräsident Stoltenberg und seiner Regierung mit der Situation nach den Anschlägen lag Høyre-Vorsitzende Erna Solberg in den Beliebtheitswerten lange vorn (im Juli 2013 41 Prozent zu 29 Prozent), auch wenn Stoltenberg nach den Fernsehduellen wieder knapp in Führung gehen konnte. So wurde die AP am Ende zwar wieder stärkste Partei, dennoch steht der bisherige Koalition eine klare bürgerliche Mehrheit gegenüber.

Den Grund dafür sehen die meisten Analysen in einer mit „Ermüdung“ begründeten Wechselstimmung. Selbst unter Gewerkschaftsmitgliedern befürworteten nur 38 Prozent die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition – dagegen waren 49 Prozent für einen Wechsel.

Høyre verspricht – ganz im Sinne neoliberaler Ideologie – mehr „Kundenfreundlichkeit“ durch mehr Wettbewerb im bisher öffentlichen Sektor, insbesondere bei der Gesundheitsversorgung und spricht damit jenen aus der Seele, die ein Zuviel an bürokratischer Kontrolle beklagen. Dabei bekennen sich die Konservativen gleichzeitig zum Sozialstaat.

Die Fortschrittspartei verspricht zudem niedrigere Steuern, höhere Sozialausgaben, ein härteres Vorgehen gegen Kriminalität und eine schärfere Asylpolitik. Zur Finanzierung soll der aus den Öleinnahmen gut gefüllte Pensionsfonds angezapft werden. Bisher gilt hierfür eine strikte 4-Prozent-Grenze, um eine überhitzte Konjunktur zu vermeiden. Hier liegt allerdings auch Konfliktpotential im bürgerlichen Lager.

Auch die SV konnte dem Trend nicht entkommen. Für sie sind die Verluste besonders schmerzlich, zumal alle Versuche, dem stetigen Rückgang bei den Wahlen zu begegnen, offenbar nichts gefruchtet haben.

Auf ihrem Wahlparteitag im März hatte die SV versucht, ihre Themen gegen den scheinbar unüberwindbaren Überdross – auch bei den eigenen Aktiven – zu setzen. Das waren innenpolitisch vier Themen:

- eine grüne Verkehrsreform (Schiene vor Straße, 20-jährige Bahnreform, Verdopplung der Ausgaben für den ÖPNV)
- Kontrolle des Wohnungsmarktes, Wohnungsbauprogramm

- Bildung: Fokus auf die Grundschule (1.-7. Jahr, Masterabschluss für Lehrer, lebenslanges Lernen für Lehrer)
- Arbeitsmarkt: Teilzeitarbeit senken, Recht auf Vollzeit, „Jugendgarantiepläne“.

Außenpolitisch wurden drei Punkte genannt:

- Arbeitnehmerrechte international unterstützen
- Finanzmärkte kontrollieren und Steueroasen bekämpfen
- Unterstützung der UN, Frieden, Menschenrechte; UN-Lösungen als Alternative zur NATO.

Schon damals wurde intern eingeschätzt, dass die SV Gefahr läuft, in einem weitgehend entpolitisierten und auf die zukünftige Regierung zugeschnittenen Wahlkampf an den Rand gedrängt zu werden.

Zumindest aus den Wahlergebnissen lässt sich keine Abwanderung von SV-Wählern nach links feststellen. Die linksradikale Konkurrenz hat mit 1,1 Prozent ihr Wahlergebnis leicht verschlechtert.

Es wird interessant sein zu sehen, wie die SV selbst die Wahlen analysiert und welche Schlussfolgerungen sie daraus zieht.

Für die Regierungsbildung hat die Fortschrittspartei-Vorsitzende Siv Jensen harte Verhandlungen angekündigt. Die kleineren konservativen Parteien haben nach wie vor Berührungspunkte mit der rechtspopulistischen, fremdenfeindlichen Partei. Damit bliebe Høyre-Vorsitzender Erna Solberg die Bildung einer Minderheitsregierung allein mit der Fortschrittspartei, auf deren Stimmen sie angewiesen ist – wenn es denn zu einer Einigung kommt. Da die Arbeiterpartei noch immer die stärkste Partei ist und bei einer Beteiligung an der Regierung die Führungsrolle beanspruchen könnte, ist der Einigungsdruck im konservativen Lager groß.

Es steht zu erwarten, dass die neue Regierung eine Reihe, wenn wohl auch gemäßigte, neoliberaler Umbauprojekte angehen wird. In der Presse wird bereits über einen Teilverkauf des staatlichen Ölförderers Statoil spekuliert.<sup>2</sup>

Wie stabil eine solche Regierung sein wird, bleibt abzuwarten. Eventuell könnte die Arbeiterpartei schon vor den nächsten Wahlen in vier Jahren wieder in der Regierung sein.

#### Quellen:

- <http://www.valgresultat.no/>
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl\\_in\\_Norwegen\\_2013](http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Norwegen_2013)
- [http://en.wikipedia.org/wiki/Norwegian\\_parliamentary\\_election,\\_2013](http://en.wikipedia.org/wiki/Norwegian_parliamentary_election,_2013)
- Maas, Gero: Vor den Wahlen in Norwegen. <http://library.fes.de/pdf-files/id/10208.pdf>

#### Anmerkungen

- 1 Attentäter Breivik war von 1999 bis 2006 Mitglied der Fortschrittspartei.
- 2 <http://www.welt.de/newsticker/bloomberg/article119889467/Neue-Regierung-in-Norwegen-kann-16-Prozent-an-Statoil-verkaufen.html>



## Einheitsliste will Richtungswechsel. In Dänemark wächst die Kritik an der Mitte-Links-Regierung

Von Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes, Referent der Bundestagsfraktion DIE LINKE;  
aus: dominic.linkeblogs.de, 30. April 2013

Die rot-grüne Einheitsliste Dänemarks, Mitglied der Partei der Europäischen Linken, befindet sich im Umfragehoch. Entsprechend groß war das Selbstbewusstsein auf dem Parteitag am Wochenende. Das strategische Dilemma der politischen Linken: Soll man zur Ablösung der Mitte-Links-Regierung beitragen oder sie trotz aller Mängel unterstützen?

Seit 2011 wird Dänemark von einer Koalition aus Sozialdemokratie, Linksliberalen und Sozialistischer Volkspartei regiert. Das Aufatmen damals, nach zehn Jahren konservativ-rechtspopulistischer Regierung, war groß. Genauso groß waren die Erwartungen an die neue Minderheitsregierung. Nur hat sie kaum eine erfüllt. Die Arbeitsmarkt- und Steuerreformen in den vergangenen zwei Jahren etwa entsprachen nicht gerade linken Grundsätzen und wurden gemeinsam mit den Konservativen durchgesetzt. Die Umfragen für die Regierungsparteien sind entsprechend schlecht. Die Sozialdemokraten, die mit Helle Thorning-Schmidt die Ministerpräsidentin stellen, sackten am vergangenen Freitag auf 17 Prozent ab. Noch dramatischer sind die Zahlen für die Sozialistische Volkspartei. Enttäuschte sie bereits bei den Wahlen mit nur 6,4 Prozent der Stimmen, werden ihr aktuell nur noch 2,8 Prozent zugeschrieben. Damit ist die parlamentarische Präsenz selbst bei der dänischen Zwei-Prozent-Hürde akut gefährdet.

Am nächsten Wochenende kommen die Volkssozialisten zu ihrem Parteitag zusammen. Dort werden turbulente Debatten erwartet, nachdem viele Mitglieder aufgrund der Regierungspolitik ausgetreten sind und Parteigranden zur Sozialdemokratie oder zur rot-grünen Einheitsliste wechselten. Die Einheitsliste, links von Volkssozialisten und Sozialdemokratie angesiedelt, diskutierte am vergangenen Wochenende auf einem Parteitag in Kopenhagen ihr Verhältnis zur Minderheitsregierung. 2011 hatte man sich bereit erklärt, die Mitte-Links-Regierung zu unterstützen, in Deutschland würde man von einer Tolerierung sprechen. Doch habe die Regierung dieses Angebot in zentralen, vor allem sozialen Fragen nicht angenommen. Zuletzt war sie unter Druck geraten, nachdem unmittelbar nach den Osterferien 70 000 Lehrer im öffentlichen Dienst ausgesperrt wurden. Erst gestern endete diese Aussperrung. Die Regierung wollte so längere Arbeits- und Unterrichtszeiten durchsetzen. Die Einheitsliste unterstützte die Proteste von Lehrern und Eltern aktiv; Mitglieder der Partei sind traditionell fest in den Gewerkschaften verankert.

Letztlich stand also auf dem Parteitag die Frage, ob man dieser Regierung künftig jedwede Unterstützung verweigern sollte. Die Antwort der Delegierten war pragmatisch: „Wir werden weiterhin Angebote unterbreiten, die die Regierung annehmen kann. Wir werden aber auch weiter Druck machen und dafür kämpfen, die Regierungsparteien an ihre Wahlversprechen zu erinnern und die Politik nach links zu verschieben“, heißt es in einem Parteitagsantrag. Wie die Antwort der Regierung aussieht, wird sich in den nächsten

Wochen zeigen. Sicher ist, dass sie angesichts der schlechten Umfragewerte bald kommen muss. Die Einheitsliste hingegen verzeichnete in den vergangenen Monaten wachsenden Zulauf. Die Mitgliederzahl stieg zuletzt auf rund 10 000 und in den aktuellen Umfragen werden der Linkspartei zwischen zehn und 13 Prozent zugeschrieben, was eine Verdoppelung ihres Wahlergebnisses von 2011 bedeuten würde.

Und so bereitet sich die Partei selbstbewusst auf die kommenden Auseinandersetzungen vor. Bis 2014 will man in einer Redaktionsgruppe an einem neuen Grundsatzprogramm arbeiten. Hier soll der Fokus verstärkt auf Alternativen zur Überwindung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise liegen.

Ganz offen wird in der Partei auch über einen Austritt aus der Europäischen Union diskutiert. In den vergangenen Wochen wurde per Mitgliederbefragung darüber abgestimmt, ob die Partei mit einer eigenen Liste zu den Europawahlen 2014 antreten soll oder erneut im Bündnis mit sogenannten Euroskeptikern. Am Ende gab es lediglich 28 Ja-Stimmen mehr für eine eigenständige Kandidatur. Vor dem Parteitag vermochte so niemand zu sagen, wie sich die Delegierten entscheiden würden. Schließlich setzten sich die Gegner einer eigenen Liste mit 222 zu 158 Stimmen durch. Die Einheitsliste wird also für das eurokritische Bündnis „Volksbewegung gegen die EU“ mobilisieren. Wichtig sei, so der Europaabgeordnete Søren Søndergaard, „den EU-Gegnern der Volksbewegung weiterhin eine Stimme zu geben und ihnen eine politische Präsenz zu ermöglichen“.

## „Besteuert doch die Reichen!“ Irish-republikanische Linkspartei Sinn Féin will eine „neue Republik“

Von Dominic Heilig, Dublin;  
aus: dominic.linkeblogs.de, 15. April 2013

Am Wochenende hatte die irische Linkspartei Sinn Féin ihren jährlichen Parteitag, Ard Fheis, in Castlebar im Westen der Republik Irland. 15 Jahre zuvor hatte Parteichef Gerry Adams das sogenannte Karfreitagsabkommen ausgehandelt, das den Friedensprozess in Nordirland begründete.

Er wird angekündigt wie ein Popstar. Gestandene Männer mit Unterarmtattoos geraten außer sich wie bei einem Heimspielsieg ihres Fußballteams. Gerry Adams, seit 1983 Vorsitzender von Sinn Féin, betritt am Sonnabend die Bühne im Castlebar Royal Theatre. Seine Rede dauert nur 30 Minuten und reißt dennoch alle im Saal mit. Adams zeigt sich an diesem Abend in Anzug und Krawatte, tags zuvor war er noch als einer von 2000 Delegierten in Jeans und mit offenem Hemdkragen erschienen.

Die Kärnerarbeit überlässt der Parteichef aber seinem alten Kampfgefährten Martin McGuinness. Der stellvertretende Erste Minister Nordirlands schafft es, die Delegierten zwei Tage lang zu motivieren und die Kernaussagen der irisch-republikanischen Linkspartei zu formulieren. „Vor 15 Jahren schaute die Welt auf Nordirland, verbunden mit Hoffnungen, Erwartungen und auch Misstrauen. Nun haben wir



eine Regionalregierung, in der Republikaner und Unionisten Minister stellen. Wir als Republikaner tun dies, weil wir es wollen und an den Friedensprozess glauben. Die Unionisten tun es, weil sie es müssen. Das ist zu wenig! Auch sie müssen es wollen“, fordert McGuinness. Er spielt damit auf das Schweigen seiner probritischen unionistischen Kollegen während des sogenannten Flaggenstreits in Nordirland an.

Der Belfaster Stadtrat hatte Anfang Dezember 2012 beschlossen, die britische Flagge nur noch an 17 besonderen Tagen auf dem Rathaus zu hissen. Die Folge waren nächtelange Straßenschlachten. Obwohl die Entscheidung von Politikern aller Seiten begrüßt worden war, schwiegen unionistische Parteivertreter während der Gewaltausbrüche auffallend lange. Der Gewalt, egal ob von republikanischer oder unionistischer Seite, erteilte McGuinness eine deutliche Absage: „Sie werden uns nicht in die Vergangenheit stoßen.“

Die Lage auf der Insel ist ohnehin angespannt. Neben der von Sinn Féin kritisierten Spaltung des Landes in Nord und Süd drücken vor allem die Schulden sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Republik Irland. 600 ausgebildete Jugendliche verlassen jeden Monat das Land auf der Suche nach bezahlter Arbeit – für einen kleinen Staat kaum zu verkraften. Die sozialen Sicherungssysteme wurden wie in allen EU-Staaten unter „Troika-Aufsicht“ beschnitten, Steuern wurden erhöht. Eine weitere Steuer erregt die Gemüter besonders, die „property tax“. Hauseigentümer sollen, wenn es nach dem Willen der Regierung von Konservativen und Labourpartei geht, für ihren Grund und Boden nicht gerade geringe Abgaben leisten. „Das trifft vor allem die kleinen Hauseigentümer“, sagt Martin McGuinness und fordert: „Nehmt es nicht bei den Armen und Kleinen, besteuert doch endlich die Reichen!“

Mit „Poblacht Nua“ – „Eine neue Republik“ – ist der Parteitag überschrieben. Gerry Adams erklärt: „Republikanismus bedeutet für uns ein Recht auf eine Wohnung, auf Arbeit, auf ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem, Gerechtigkeit und Gleichheit. Deshalb wird Sinn Féin Bündnisse mit den Arbeitern schließen, ganz gleich ob sie Unionisten, Loyalisten oder Republikaner sind. Es ist Zeit für eine wirkliche Arbeiterpartei.“ Unter dem Jubel seiner Anhänger forderte er schließlich die Labourpartei auf, die Regierungskoalition im Süden zu verlassen. „Eine wirkliche Arbeiterpartei ist in keiner Koalition mit (der konservativen) Fine Gael“, bemerkt Adams. Er war und ist das Gesicht von Sinn Féin, an ihm reiben sich die britische und die irische Politik. Er ist aber auch ein Garant für die Einhaltung des Karfreitagsabkommens. Das weiß Adams und fordert deshalb die vollständige Umsetzung des Vertrages. Bis heute hat in Nordirland keine Volksabstimmung über den Verbleib in Großbritannien oder die Vereinigung mit der Republik Irland stattgefunden.

Sinn Féin macht sich keine Illusionen und bereitet sich auf lange Auseinandersetzungen vor. Doch die Mitglieder spüren, dass ihre Verankerung in der Gesellschaft wächst. Im Norden mit 24 Prozent zweitstärkste Kraft, legte die Partei in der Republik Irland zuletzt auf 18 Prozent in den Umfragen zu und band viele neue Mitglieder an sich. Die ist mit einer Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten, die in der Fraktion Vereinigte Europäische Linke – Nordische Grüne Linke (GUE-NGL) mitarbeitet.

## Russlands Kommunisten halten Kurs. Weltpolitische Themen, Antikrisen-NÖP und viel Patriotismus auf dem 15. KPRF-Parteitag

Von Wladimir Fomenko, Mitarbeiter des Regionalbüros Moskau der RLS; aus: Osteuropa-Nachrichten, Juli 2013

Der „Jubiläumsparteitag“ der KP der Russischen Föderation (23. – 24. Februar 2013) sollte einerseits die 20-jährige Geschichte der Partei markieren (die KP hatte sich vor genau 20 Jahren nach einem anderthalbjährigen Verbot neu gegründet), andererseits eine neue Parteiführung wählen sowie Änderungen am Parteistatut beschließen. Der Tag der Armee, ein nationaler Feiertag, lieferte dafür eine einzigartige Kulisse. Sowjetische Traditionspflege und eine strenge Regie beherrschten erwartungsgemäß das Parteitagbild.

Das traumatische, wenn auch kurzlebige Parteiverbot sowie die harten Auseinandersetzungen vor dem Verfassungsgericht im Jahre 1992 wurden durch die Anwesenheit führender Akteure jener Zeit (Anatoli Lukjanow und Valentin Kupzow) im Parteitagspräsidium im Ismailowo-Saal symbolisiert. Präsident Putin schickte den Parteitagsdelegierten ein ausführliches Grußschreiben, genauso wie die Vorsitzenden aller parlamentarischen Parteien sowie Alexander Lukaschenko. Ganz vorn im Präsidium fanden auch die KP-Vorsitzenden aus der Ukraine, Belarus und Moldova ihren Platz. Unter den ausländischen Gästen aus 72 Ländern waren Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) und Heinz Stehr (DKP).

Der Vorsitzende, Gennadi Sjuganow, referierte zwei Stunden lang über die Krise des Weltkapitalismus und der russischen Staatsmacht, präsentierte das Antikrisenprogramm der Partei und lud Menschen mit „anderer Weltanschauung“ zur Zusammenarbeit ein, falls sie dieses Programm teilen und den Antisowjetismus und Antikommunismus ablehnen. Die innerparteiliche Glaubensfreiheit bedeutet jedoch nicht, dass „idealistisches Ideengut“ in der Partei verbreitet werden darf. Das Antikrisenprogramm sieht mehr Staat in der Wirtschaft und weniger Autoritarismus in der Innenpolitik vor, die Ablehnung einer neuen, von der Medwedew-Regierung initiierten Privatisierung von staatlichen und kommunalen Unternehmensanteilen, eine „Neue Ökonomische Politik“ durch Nationalisierung von Schlüsselbranchen und Reindustrialisierung, die Abschaffung des flachen Einkommenssteuersatzes sowie eine Rückkehr zum Sozialstaat mit dem Ziel, den „sozialen Dschungel“ zu bezwingen. Diese Schritte erfordern eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger sowie mehr Parlamentarismus mit der Perspektive von „narodowlastie“ (Volksherrschaft).

Die weltpolitischen Themen fanden im Politischen Bericht des ZK, der zwei Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht wurde, ungewöhnlich viel Raum. Die Aggressivität des Kapitalismus nehme zu und dränge die Welt an den Rand eines großen militärischen Konfliktes, während die Forderung einer globalen Instabilität zur Strategie jener Kräfte geworden sei, die der Welt ein neokoloniales Entwicklungsszenario aufdrängen wollen. Alternative sozialistische Ansätze kämen aus China, Kuba, Vietnam, Nordkorea und Laos. Die erstarkte Souveränität lateinamerikanischer Staaten und der unab-



hängige Kurs von Belarus sowie die Formierung supranationaler Organisationen wie der BRICS und der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit gehörten zum Potenzial der Gegenkräfte.

Der Krieg rücke immer näher an die Grenzen des Landes heran, die NATO-Kräfte in Europa seien der russischen Armee um mehr als das Zwölfwache überlegen, sagte Sjuganow. Am selben Tag sprach Präsident Putin auf einem Festakt von der notwendigen Bereitschaft, das Land vor einem Angriff zu verteidigen. Kurz davor war Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow wegen Korruptionsaffären in seinem Ressort entlassen worden, was Sjuganows KP jahrelang lautstark gefordert hatte. Weitere Überschneidungen zwischen dem Kreml und der KP-Führung sind in der Akzentuierung patriotischer Werte und der Erziehung der Jugend in diesem Sinne festzustellen. Der Kreml propagiert ein auf der positiven Erzählung basierendes Wertesystem, das gegenwärtig nur in der UdSSR-Geschichte („Sowjet-Atlantis“) zu verorten ist. Die KPRF mahnt das Erbe des sowjetischen Volkes an als der ersten internationalen Einheit frei von nationaler Unterdrückung. Diese Einheit sei nicht verschwunden, und die Reintegration des postsowjetischen Raumes sei ein Riegel gegen die Desintegration Russlands, heißt es im Politischen Bericht des ZK. Die Partei unterstützt das Projekt „Eurasische Union“, das offenbar Putins dritte Amtszeit markieren soll.

Im Politischen Bericht kam Stalin als Bezugsquelle nicht seltener, aber auch nicht häufiger vor als in den letzten Jahren bei KP-Foren üblich. In der Diskussion hat das Thema keine Rolle gespielt. Dieser Aspekt sollte im Kontext der aufkommenden Stalin-Debatte in der russischen Politik, aber auch in der gesamten Breite der Gesellschaft gesehen werden. Wurden doch die „Destalinisierungsprogramme“ während der Präsidentschaft Medwedews von nicht wenigen als eine Art Rammbock gegen die historische Identität der ohnehin schwer traumatisierten russischen Gesellschaft empfunden. Das Land erlebt eine nostalgische Stalin-Renaissance. Der „archetypische“ Stalin wurde für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu einem Glaubensbekenntnis und steht für diese Menschen als Symbol von Gerechtigkeit, Korruptionsbekämpfung, Kollektivgeist und Aufbau. Diese Menschen, ältere, aber auch ganz junge, gehören mehrheitlich zur Kernwählerschaft der KP. Anstelle des liberalen Antistalinismus kommt eine offiziöse, kremlnahe Hinwendung zu den Errungenschaften der Stalin-Ära auf. Auch die kommende parteipolitische Stütze Putins, die Allrussische Volksfront (ONF), strahlt ein zunehmend populistisches, quasi-sozialistisches Flair aus. Unter den Machthabenden wurde z. B. die Idee der Rückbenennung Wolgograds in Stalingrad offen hofiert.

Gennadij Sjuganow, 68, ist mit vier Gegenstimmen in das neue, nunmehr 180 Mitglieder (40 mehr als bisher, davon nur 21 Frauen) zählende ZK gewählt worden, das ihn dann einstimmig im Amt bestätigt hat. Zum ersten Vizevorsitzenden wurde Iwan Melnikow, 62, gewählt. Dmitrij Nowikow, 44, wurde neuer Vize-Parteichef. Neu im ZK-Präsidium sind der Chef der KP-Fraktion in der Moskauer Duma, Andrej Klytschkow, 34, und einige regionale Parteivorsitzende. Leonid Kalaschnikow, 52, wurde ins Präsidium und zum Sekretär des ZK für internationale Fragen gewählt. Er moderierte neben Sjuganow und Melnikow das sich an den Parteitag anschließende Treffen ausländischer Gäste aus 72 Ländern. Die neu-

gewählte Zentrale Kontroll- und Revisionskommission bekam mit Nikolai Iwanow, 55, einen neuen Vorsitzenden; der bisherige, Wladimir Nikitin, 64, bleibt Mitglied des ZK-Präsidiums.

Beobachter werten die Ergebnisse des Parteitages, dessen Nerv entsprechend der russischen Parteitagkultur eher hinter den Kulissen gelegen hatte, als einen Sieg der Pragmatiker. Diese haben die innerparteilichen Orthodoxen offenbar auf ihrem eigenen Feld (Ideologie, Werte, Patriotismus) geschlagen. Die 158 000 Mitglieder zählende Partei bleibt fest im parteipolitischen Spektrum verankert und erhofft sich in der zunehmend labilen, durch die Wirtschafts- und Sozialkrise geprägten Situation mehr politischen Einfluss.

Die Parteispitze distanzierte sich im Wesentlichen von den Straßenprotesten von 2011/2012. Dies wurde von einem führenden „Pragmatiker“, Wladimir Bortko, Filmregisseur und Duma-Abgeordneter aus St. Petersburg, in einem vielbeachteten Redebeitrag kurz vor Abschluss der Debatte bemängelt, genauso wie die einsame mediale Monopolstellung des Parteivorsitzenden.

#### ● **Parteistatistik:**

158 000 Mitglieder, davon 66 Prozent Männer, 34 Prozent Frauen, 12 Prozent Arbeiter, 12 Prozent Bauern, 44 Prozent Rentner, 10 Prozent Jüngere bis 30 Jahre. Durchschnittsalter der Mitglieder: 56 Jahre.

#### ● **Ergebnisse bei Dumawahlen:**

1993: 12,4 Prozent  
1995: 22,3 Prozent  
1999: 24,29 Prozent  
2003: 12,61 Prozent  
2007: 11,57 Prozent  
2011: 19,19 Prozent

## Die politische Wasserscheide verläuft mitten durch das Parlament

*Von Iwan Melnikow, Erster Stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Erster Stellvertreter des Präsidenten der Staatsduma; aus: „Prawda“, 31. Juli 2013, Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger*

Seit fast einem Jahr bieten die russischen Medien nun schon das gleiche Bild: Sie sind voll von Debatten und Streit über die „Opposition“ in Russland. Von welcher Opposition ist da die Rede? Auf den Fernsehschirmen wechseln Nemzow<sup>1</sup>, Kassjanow<sup>2</sup>, Nawalny<sup>3</sup>, und andere einander ab. Sie werden entlarvt, vom Sockel gestürzt und dann wieder auf den Schild gehoben. Diese „Opposition“ selbst aber diskutiert monatelang über ihr Grundsatzproblem – worin ihre Mission besteht, da doch „in der Duma alle Parteien gleich“ seien und eine Opposition dort gar nicht existiere.

Das Pro und Kontra in den Medien schlägt solche Wellen, dass auch politisch nicht unerfahrene Leute kaum noch durchsehen. Das nützt vor allem den Regierenden. Denn der



Begriff „Opposition“ gewinnt in der Öffentlichkeit einen staatsfeindlichen Klang und wird mit Personen von zweifelhaftem Ruf assoziiert. Auch den genannten neuen Fernsehstars kommt das nicht ungelegen. Je häufiger vom Bildschirm her verkündet wird, dass es in der Duma nur einen Einheitsbrei gebe, desto mehr Menschen glauben, die selbsternannte „Opposition“ stelle die einzige Alternative dar. Damit können sich die Millionen Wähler, die der KPRF als realer Opposition zur Staatsmacht ihre Stimme gegeben haben, nicht abfinden. Auch eine wachsende Zahl oppositionell eingestellter Bürger, vor allem junge Leute, potenzielle Anhänger der KPRF, verstehen das immer weniger. Hier sind ein paar klärende Worte angebracht.

Die KPRF hat die Dumawahl von 2011 am längsten, konsequentesten und mit den gewichtigsten Argumenten kritisiert. Wir spüren am eigenen Leibe, wie wenig ideal die Duma zusammengesetzt ist, um es milde auszudrücken. Andererseits können wir auch das Gerede nicht mehr hören, in der Duma seien alle gleich. Mit dieser hinterhältigen These will ich mich hier auseinandersetzen und zeigen, wie wenig gleich die unterschiedlichen Kräfte in der Duma sind. Das soll anhand einiger wichtiger Fragen des parlamentarischen Kampfes demonstriert werden.

Erstens – eine politische Grundfrage: Am 8. Mai 2012 stimmte die Duma über den Vorschlag von Präsident Putin ab, Dmitri Medwedew zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Davon hing ab, wie eine ganze Serie schwerwiegender sozialökonomischer Aufgaben angegangen wird. Nach der Wahl des Ministerpräsidenten hätte die gute Chance bestanden, eine Mitte-Links-Koalitionsregierung zu bilden. Aber die Regierenden schlugen eine Mannschaft von Markttextremisten vor. Und so wurde abgestimmt: Einheitliches Russland – 238 Stimmen dafür, KPRF – 0 Stimmen dafür. Die großen Redner der selbsternannten „Opposition“ schwiegen zu dem Vorgang, weil sie bei dem liberalen Flügel der neuen Regierung Gnade zu finden hofften.

Zweitens – ein finanzwirtschaftliches Schlüsseldokument: Am 23. November 2012 debattierte die Duma über den Haushalt für 2013 und die Planperiode 2014 – 2015. Ein ödes, kompliziertes und sehr spezifisches Thema, mögen viele denken. Aber gerade diese Papiere enthalten höchst konkrete und exakte Zahlen darüber, welche sozialen und wirtschaftlichen Bereiche staatliche Mittel in welcher Höhe erhalten. Sie betreffen die Lebensqualität jedes Einzelnen. Die KPRF hat wiederholt erklärt, dass wir diesen Haushalt nicht unterstützen werden, wenn er nicht die notwendigen Investitionen im Sozialbereich, in der Realwirtschaft und in der Wissenschaft vorsieht, Bereiche, die allesamt mit der Entwicklung des Landes zu tun haben. Und so wurde abgestimmt: Einheitliches Russland – 235 Stimmen dafür, KPRF – 0 Stimmen dafür. Zu dieser Zeit umwarben die Dramaturgen der selbsternannten „Opposition“ bald den Oligarchen Michail Prochorow, bald den ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin und taten so, als sähen sie nicht, dass der beschlossene Haushalt vor allem deren Interessen dient.

Drittens – ein historischer Beschluss voller Risiken und Gefahren: Am 10. Juli 2012 debattierte die Duma über den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation. Diese Entscheidung hat der Wettbewerbsfähigkeit der russischen Produzenten bereits sehr geschadet und wird ihr weiter schaden. Die Angelegenheit ist so ernst, dass darüber bereits der Sicherheitsrat des Landes beraten hat. Und so wurde

entschieden: Einheitliches Russland – 235 Stimmen dafür, KPRF – 0 Stimmen dafür. Welche Opposition außer der im Parlament hat sich noch für diese Probleme interessiert? Keine.

Viertens – ein grundlegendes Dokument, das für die Zukunft Russlands von entscheidender Bedeutung ist – das neue Bildungsgesetz: So heftig wurde selten in der Duma gestritten! Auf der einen Seite der Entwurf der Regierung, ein Gesetz für die Elite, auf der anderen unser Entwurf, ein Gesetz für alle Bürger. Das Kräfteverhältnis ist derart, dass natürlich der Entwurf der Regierung, das die Kommerzialisierung der Bildung und die Umwälzung des gesamten Systems entsprechend den Interessen der reichen Arbeitgeber vorsieht, angenommen wurde. Jedoch bei der Abstimmung musste jeder Einzelne sein wahres Gesicht zeigen. Und dies ist das Ergebnis: Einheitliches Russland – 235 Stimmen dafür, KPRF – 0 Stimmen dafür. Außerhalb der Duma, von der immer behauptet wird, dort seien alle gleich, war von einer Opposition nichts zu hören, das Thema interessierte sie einfach nicht.

Fünftens – zwei wichtige Gesetze, die das Leben der Bürger entscheidend prägen werden: Das „Gesetz über den Warenkorb“ und das „Gesetz über Veränderungen am Existenzminimum“. Beide Entwürfe verfolgten das gleiche Ziel – die Statistik zu schönen, nicht aber das Versorgungsniveau anzuheben. Die KPRF legte unmissverständlich dar, dass sie den jämmerlichen Warenkorb und die demütigend geringe Höhe des Existenzminimums nicht akzeptiert. Und so wurde abgestimmt: Einheitliches Russland peitschte beide Gesetze durch, ohne von der KPRF auch nur eine einzige Stimme zu erhalten. Auch in dieser Frage standen wir als Opposition ganz allein.

Sechstens – ein Punkt aus der jüngsten Vergangenheit: Der kürzliche Tätigkeitsbericht der Regierung für das Jahr 2012. Natürlich unterstützte Einheitliches Russland den Bericht, natürlich lehnte die KPRF ihn ab und lieferte dem gegenwärtigen Kabinett eine heftige Debatte.

Siebtens – nach all diesen Punkten wird ganz bestimmt jemand sagen: Die Regierung zu kritisieren ist nicht schwer. Aber was ist mit Kritik an Wladimir Putin? Darauf antworten wir, dass wir den Bericht zur Lage der Nation im Jahre 2011, den Wladimir Putin eingebracht hat, ebenso konsequent zurückgewiesen haben. Und das zu Recht. Die soziale und wirtschaftliche Lage eines Landes entsteht nicht von heute auf morgen. All die schwerwiegenden Probleme, die wir heute vor uns haben, sind Ergebnis der Politik von Einheitlichem Russland und seinen Vorgängerparteien im letzten Jahrzehnt.

Mit Recht kann man die Frage stellen: Was nützen solche Kämpfe, wenn bei der absoluten Mehrheit der Regierungspartei ohnehin immer nur auf ein Tor gespielt wird? Der praktische Effekt ist in der Tat nicht sehr groß. Aber alles bisher Dargelegte sind unsere klaren Positionen in den politischen Hauptfragen. Sie ergeben ein eindeutiges Koordinatensystem für unsere Anhänger. Je mehr deren Zahl anwächst, desto rascher wird daraus realer, konkreter praktischer Nutzen entstehen. Ich habe bewusst Gesetze ausgewählt, wo die Wasserscheide eindeutig zwischen der Mehrheit im Parlament und der KPRF verlief.

Wer erkennt also in der Duma keine Opposition? Wem ist eine derartige demagogische Kurzsichtigkeit von Nutzen? Nur jenen, die eine Linkswende des Landes absolut nicht

wollen und grundsätzlich gegen ein sozial orientiertes Entwicklungsmodell eingestellt sind.

Hier sei auf eine weitere Sache hingewiesen, die mir sehr wichtig ist. Die irreführende These, in der Duma seien alle gleich, kam auf, nachdem dort das bekannte Gesetz über das Verbot der Adoption russischer Kinder durch US-Bürger angenommen wurde.

In der Tat hat die KPRF zusammen mit Einheitliches Russland für dieses Gesetz gestimmt. Dabei muss allerdings auf ein wesentliches Detail hingewiesen werden: Ein halbes Jahr zuvor hatte die Regierungspartei genau das Gegenteil getan und mit ihren Stimmen derartige Adoptionen überhaupt erst ermöglicht. Wir waren schon damals dagegen. Während die Einheitsrussen umschwenkten und es für richtig hielten, in dieser Weise auf den Magnitsky Act<sup>4</sup> des amerikanischen Kongresses zu reagieren, bleiben wir bei unserer Haltung: Wir waren von Anfang an und sind nach wie vor kategorisch gegen einen solchen Handel mit russischen Bürgern aus angeblich humanitären Motiven. Zugleich haben wir vom Staat gefordert, seiner Pflicht gerecht zu werden, humane Lebensbedingungen für alle Kinder in Russland zu schaffen. Daher ist es blanker Unsinn, uns in dieser Frage mit den Einheitsrussen in einen Topf zu werfen.

Ebenso wenig kann es gelingen, die Verantwortung für die Verleihung des Titels eines ausländischen Agenten an einige nichtkommerzielle Organisationen ausgerechnet der KPRF zuzuschreiben. Die Kommunisten haben bereits 1991, als es Einheitliches Russland noch gar nicht gab, gegen Initiativen und Projekte gekämpft, die mit Hilfe ausländischen Geldes in der damaligen Sowjetunion eindringen und sich hier breit machten. Was hat es da nicht alles gegeben – von der massenhaften Verbreitung russlandfeindlicher Geschichtsbücher über die Belehrungen der Weltbank bis hin zu den Gehältern der amerikanischen Berater des „Reformers“ Tschubais. Wenn es darum geht, die russische Innenpolitik von äußerer Einmischung freizuhalten, dann kann man uns historische Konsequenz nicht absprechen und sollte das auch nicht mit Fragen des Kampfes um Demokratie vermengen.

Die KPRF hat die meisten Gesetzentwürfe für ein ehrliches und sauberes Wahlsystem ins Parlament eingebracht. Sie hat stets dagegen gekämpft, die Regeln für die Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen zu verschärfen. Abgeordnete unserer Fraktion haben sich um jene gekümmert, denen nach dem Auseinanderjagen von Protestdemonstrationen durch die Polizei Ermittlungsverfahren angehängt wurden. Wir haben für diese jungen Leute Rechtsbeistand organisiert. Unsere Fraktion hat die Freiheit des Wortes in den Medien stets verteidigt, ob das nun die Versuche der Regierung betraf, das Internet zu zensieren oder in die Tätigkeit einzelner Redaktionen einzugreifen.

Es sollte also nicht die Duma pauschal bekämpft werden, denn dort sind nicht alle gleich. Kämpfen sollte man für eine Idee. Für ein Aktionsprogramm, das geeignet ist, unser Land ruhig und ohne Katastrophen für das Volk aus der jetzigen Sackgasse zu führen. Eine solche Idee, ein solches Programm hat die KPRF. Ohne eine starke inhaltliche Alternative kann es keine starke Opposition geben. Und es ist wichtig, dass der seriöse und gewichtige Begriff der Opposition nicht verwässert und herabgewürdigt wird, wie es mit vielen positiven Begriffen wie der Demokratie bereits geschehen ist.

Der politische Kampf in Russland ist kompliziert und vielfältig. Er verläuft zwischen prowestlichen und nationalen,

rechten und linken, liberalen und sozialistischen Positionen. Zwischen der Unmöglichkeit, seine Rechte zu vertreten, und der Möglichkeit, frei für sie einzutreten. Bei allen Schattierungen stehen sich jedoch zwei strategische Pole gegenüber: Die heute Regierenden und die linke Idee, deren wichtigster Träger in unserem Land die KPRF ist.

#### Anmerkungen

- 1 Boris Nemzow (54) stellvertretender Ministerpräsident unter Präsident Jelzin, Gouverneur des Gebiets Nischny Nowgorod, prominenter Wirtschaftsliberaler.
- 2 Michail Kassjanow (56) 2000 – 2004 unter Präsident Putin Ministerpräsident Russlands, scheiterte mit seiner Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2008.
- 3 Alexej Nawalny (37) Anwalt, bekannter Blogger, wegen angeblicher Wirtschaftsvergehen verurteilt, gegenwärtig Einzelkandidat bei der Wahl des Moskauer Bürgermeisters.
- 4 Gesetz des US-Kongresses über Sanktionen gegen russische Regierungsvertreter, denen eine angebliche Mitwirkung am Tod des russischen Geschäftsmannes Sergej Magnitzki angelastet wird.

## Im Schatten der Wirtschaftsliberalen: zur aktuellen Situation linksliberaler Kräfte in Polen

*Von Holger Politt, Warschau, ehemaliger Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Die Linien werden fester gezurrt, wenigstens ganz vorn. Es ist zwar noch ganze zwei Jahre hin, bis Polens Bevölkerung turnusmäßig zu den nächsten Sejm-Wahlen gerufen wird, aber bereits jetzt wird vorzusorgen versucht. Die einen wittern endlich wieder Morgenluft, wagen sich mutig aus den Schützengräben, die anderen fangen langsam an, von ihrem hohen Ross abzusteigen. Ob sie es tatsächlich müssen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die nationalkonservative PiS, Polens stärkste Oppositionskraft, ist nach den jüngsten Umfragen so stark wie seit 2005 nicht mehr. Und die regierenden Wirtschaftsliberalen PO sind meilenweit von den Spitzenwerten aus den vergangenen Jahren entfernt. Bei einem meist fünfprozentigen Vorsprung der Kaczyński-Leute oszillieren die jeweiligen Werte für die beiden dominierenden Kräfte der politischen Szene zwischen 25 und 35 Prozent. Aber wie gesagt, die Trennungslinie zwischen beiden Parteien ist fester geworden, schier unüberwindlich geradezu. Zuletzt versuchte Ministerpräsident Donald Tusk etwa, seine konservativen Widersacher innerhalb der PO vor die Wahl zu stellen – hü oder hott.

Diese Verhärtung vorne erweitert die Möglichkeiten im Hinterland. Als erster hatte Janusz Palikot allen gezeigt, wie das geht. Die glatten zehn Prozent seiner blutjungen Bewegung, einer Abspaltung von der PO, bei den Sejm-Wahlen von 2011 basierten zum großen Teil auf jüngeren Wählerschichten, die bis dahin fest im Griff der PO schienen. Die Verblüffung steigerte sich noch, weil dieser Erfolg auf teils radikalen liberalen Positionen beruhte, welche die Wahlforscher bis dahin immer schnell als bloße weltanschauliche Randthemen abtaten. Der nächste in der Reihe aber war Ex-Präsident Aleksander Kwasniewski, der diesen Erfolg für einen hoffnungsvollen Anfang nahm. Es sei in Polen in absehbarer Zeit möglich, so seine Überzeugung, die Vorherrschaft der PO im liberalen Spektrum aufzubrechen. Aller-



dings knüpfte er diese Möglichkeit an eine entscheidende Bedingung – die Überwindung der Zersplitterung im linksliberalen Spektrum. Zum Prüfstein erkor er die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014, schlug er doch mit „Europa Plus“ eine gemeinsame Wahlplattform aller linksliberalen Kräfte des Landes vor, an deren Spitze er sich durchaus stellen will.

Der Ball liegt seither dort, wo Janusz Palikot und SLD-Vorsitzender Leszek Miller das Zepter führen, denn den kleineren, außerparlamentarischen Gruppierungen bliebe tatsächlich kaum eine andere Wahl. Für Palikot kam der Vorschlag zur rechten Zeit, bietet er doch eine Perspektive, um das überall ins Stocken geratene Projekt des Parteiaufbaus wieder vorantreiben zu können; Miller aber winkte sofort und entschieden ab. Er sei doch deshalb ans Ruder der Linksdemokraten (SLD) gerufen worden, um die Partei vor der Gefahr des Auseinanderfallens zu bewahren. Während Palikot, so vielfach die Beobachter, in Kwasniewskis Initiative fast schon einen willkommenen Rettungsschirm für sein Projekt einer linksliberalen Bürgerbewegung erblicke, tanke Miller mittlerweile neues Selbstbewußtsein, indem er das Projekt rundweg ablehne.

Tatsächlich schwankt die Palikot-Bewegung in den Umfragen um die Fünf-Prozent-Hürde, mal leicht darüber, mal darunter. Millers Linksdemokraten hingegen verzeichnen stabil zweistellige Werte, tauchen gar hin und wieder in Bereichen über 15 Prozent auf. Schon träumen die SLD-Spitzen von 20 Prozent und mehr; manchmal ist gar zu hören, man wolle 2015 mit über 25 Prozent stärkste Partei werden. Das sind Zahlenwerte, die Kwasniewski nur unter der Voraussetzung eines einheitlichen linksliberalen Blocks für erreichbar hält. Und die SLD kann seit über zehn Jahren von solchen Werten nur träumen. Daß ausgerechnet Miller mit solchen Werten zu tun haben wird, hätte ihm vor zwei Jahren, als er das SLD-Ruder wieder in die Hand bekam, niemand zugetraut.

In der Tat sind die Umstände günstig, denn die Bindungskraft der PO läßt spürbar nach. Die Kraft reicht noch, sich gegen Kaczyński deutlich abzugrenzen. Hauptlosung der Tusk-Leute auch deshalb: Wenn nicht wir, dann Kaczyński. Die Dinge, die im eigenen Hinterland an der linksliberalen Flanke vor sich gehen, werden noch weitgehend ignoriert, als ob der Palikot-Erfolg 2011, der ja zu großen Teilen auf Kosten der PO ging, lediglich ein einmaliger Handstreich wäre, als ob die aktuellen Umfragewerte für die SLD nichts bedeuten würden. Denn beide Fälle signalisieren zwei gravierende Schwachpunkte der Wirtschaftsliberalen. Erstens werden die bei den weltanschaulichen Fragen und beim Verhältnis Staat-Kirche in abgestufter Weise immer konservativer, wobei der Unterschied zu den Nationalkonservativen dabei immer noch erkennbar bleibt. Die Rechnung hatte Palikot den Tusk-Leuten erfolgreich präsentiert, ohne dass es bisher eine deutliche Kurskorrektur innerhalb der PO gegeben hätte. Und zweitens zeigen sie den Gewerkschaften die eiskalte Schulter.

Zwar hat die Gewerkschaftsbindung in den zurückliegenden Jahren seit dem EU-Beitritt weitere Prozentpunkte verloren und liegt gegenwärtig bei knapp 11 Prozent aller lohnabhängig Beschäftigten, doch ändert das wenig an ihrer Bedeutung auf der politischen Bühne. Ohne eigene traditionelle starke Gewerkschaftskontakte setzte die PO ursprünglich auf die Strategie, die Bedeutung der Gewerkschaften im politischen Raum zu stützen, sie gewissermaßen politisch zu

neutralisieren. Insbesondere die Gewerkschaftszentrale „Solidarnosc“ sollte aus der festen Umklammerung durch PiS gelöst und politisch liberalisiert werden. Nachdem das Manöver mißlang, wandte sich die PO von den Gewerkschaften ab. Im Sommer war sich sogar die liberale „Gazeta Wyborcza“, dieses entschiedene Sprachrohr gegen die Kaczyński-PiS, nicht zu schade, polemisch gegen sogenannte Privilegien zu Felde zu ziehen, die laut geltender Gesetzeslage den Gewerkschaften und Gewerkschaftsfunktionären zukommen. Eine solche offene Kampagne gegen die Gewerkschaften hatte es auf der liberalen Seite in Polen seit Jahren nicht mehr gegeben. Wenn angegriffen wurde, dann versteckter und meist im Wirtschaftsteil der Medien.

Der Misserfolg der PO gegenüber „Solidarnosc“ korrespondiert auf der anderen Seite mit der Stärkung des Zusammenhalts von SLD und OPZZ, der zweiten großen Gewerkschaftszentrale. Das ist Wasser auf die Mühlen des SLD-Chefs, der seinerzeit als Ministerpräsident (2001 bis 2004) ja selbst noch überzeugt gewesen war, eine Regierungspartei in Polen dürfe sich nicht allzusehr an die zersplitterte und zerklüftete Gewerkschaftsseite binden, da ja die Gesamtinteressen des Landes im Vordergrund stünden. Jetzt ist er Opposition und macht diesbezüglich nicht viel falsch. Sein entschiedenes Nein zu der Rentenreform der Regierung, mit der vor allem das gesetzliche Renteneinstiegsalter auf 67 Jahre heraufgesetzt wurde, besiegelte den erneuerten Bund mit den OPZZ-Gewerkschaftern.

Von rechts wurde die Regierung durch „Solidarnosc“ und PiS angegriffen, die sich ebenfalls strikt gegen die Reform aussprechen. Im erweiterten liberalen Lager stimmte nur Palikot zu, auch deshalb, weil er sich vor allem jüngeren Wählerschichten verpflichtet sieht, denen die Frage des Renteneinstiegalters noch wenig bedeutet. Millers Schritt war also gar nicht so selbstverständlich, wie es jetzt scheinen mag.

In den liberalen Medien wurde geschickt die Kaczyński-Falle aufgebaut, so als ob Millers SLD mit ihrer Ablehnung der Regierungsvorlage dem eigenen Mann nun verräterisch in den Rücken fiel. Und Miller nutzte den frischen Wind, um den Linksdemokraten wieder ein wenig mehr sozialdemokratisches Profil zu verordnen, was ihm sehr gelegen kam, weil dadurch die Abgrenzung zu Palikot eine erkennbare Farbe bekam, denn der umtriebige Mann kann sicherlich vieles, aber ein Sozialdemokrat ist er eben nicht. Außerdem war es für Miller eine willkommene Möglichkeit, den störenden Kwasniewski etwas auf Distanz zu halten.

Miller argumentierte prompt in Richtung des „Europa Plus“-Vorhabens, unterstrich, aus Polen müßten unbedingt Abgeordnete nach Brüssel, die sich ohne Wenn und Aber den Sozialdemokraten/Sozialisten anschließen, wovon bei den unterschiedlichsten Palikot-Leuten nicht unbedingt auszugehen sei. Palikot selbst hat in Brüssel auch bereits bei den Grünen und den Liberalen sondiert. Zwar versicherte Kwasniewski sodann, die „Europa Plus“-Liste werde in Brüssel sozialdemokratisch sein, aber für Miller ist es ein gefundenes Fressen. Wie könne zu Hause ernsthaft eine gemeinsame Liste aufgestellt werden, deren unterschiedliche Teile dann im Brüsseler Parlament unterschiedlichen Fraktionen angehörten? Das wäre Wählerbetrug, insbesondere an den Wählern der Linksdemokraten.

Und so hat Miller die Vision von Ex-Präsident Kwasniewski, ein linksliberaler Block könne auf 25 Prozent der Wähler

stimmen kommen, spitzbübisch zum eigenen, sozialdemokratischen Projekt umgemünzt – die SLD sei allein in der Lage, die hohe Hürde zu nehmen. Ob es nur Wunschtraum ist, werden die nächsten Monate zeigen. Eine erste Prüfung steht mit den Europawahlen an. Die Chance besteht, weil der Trend für die PO sich voraussichtlich nicht mehr umkehren wird. Aber der Verzicht auf Palikot und Kwasniewski könnte sich rächen.

## Die EU ist für Kroatien eher Teil des Problems als der Lösung

*In Zagreb endete das sechste „Subversive Festival“. Der 30-jährige Philosoph Srećko Horvat, eine der zentralen Figuren der neuen Linken in Kroatien, ist Direktor des „Subversiven Festivals“, das vom 4. bis 18. Mai zum sechsten Mal in der kroatischen Hauptstadt Zagreb stattfand. Daran nahmen 300 linke Aktivisten, Intellektuelle, Gewerkschafter und Vertreter sozialer Bewegungen teil – darunter Alexis Tsipras vom griechischen Linksbündnis Syriza, der US-amerikanische Regisseur Oliver Stone, der britische Historiker Tariq Ali und der slowenische Philosoph Slavoj Žižek. Zu Diskussionen und Arbeitsgruppentreffen des Festivals unter dem Motto „Die Utopie der Demokratie“ kamen rund 20 000 Besucher. Themen waren unter anderem: „Der Balkan in und außerhalb der EU“, „Der Aufstieg der neuen Linken“ oder „Neue wirtschaftliche Modelle“. Zudem wurden über 50 Filme aus aller Welt gezeigt.*

*Jerko Bakotin sprach mit Srećko Horvat für „Neues Deutschland“ in Zagreb über sein Buch „Nach dem Ende der Geschichte – vom arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung“. Aus: Neues Deutschland, 22. Mai 2013*

### ● Warum haben Sie das „Subversive Festival“ gegründet?

Einerseits, damit man hier in Kroatien erneut über Jugoslawien und über die Periode des Sozialismus, der hier 50 Jahre dauerte, nachdenkt und diskutiert – und das weder verdammend noch idealisierend, sondern kritisch und produktiv. Es geht uns darum zu zeigen, was mit dem alten System nicht in Ordnung war, damit wir in der Zukunft ein besseres bauen können. Schon der Begriff Sozialismus war hier während der letzten 20 Jahre ein Tabu. Stattdessen ging es um Fortschritt, Übergang zum Kapitalismus und den Beitritt zur EU. Der steht nun bevor – und das ist der andere Grund, jetzt ein solches Festival zu veranstalten.

### ● Viele Gäste des Festivals stehen dem EU-Beitritt Kroatiens sehr kritisch gegenüber. Sie meinen, dass ihr Land und der ganze Balkan nur die Peripherie des vereinten Europas sein werden ...

Wenn man sich die Statistik ansieht, stellt man fest, dass der Balkan schon jetzt EU-Peripherie ist. In Kroatien sind schon heute fast 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos, ganz ähnlich wie in Griechenland oder Spanien. Unsere jetzige Regierung – auf dem Papier sozialdemokratisch, in Wirtschaftsfragen aber radikaler neoliberal als die vorherige konservative Regierung – will noch mehr Privatisierung, etwa des Postsystems, der Eisenbahn und so weiter. Zudem geht

es um Sparmaßnahmen. Es gibt sogar Leute, die Bildungs- und Gesundheitssystem privatisieren wollen. In diesem Sinne ist Kroatien längst EU-Mitglied. Die EU ist eher Teil des Problems als der Lösung. Das hat offenbar auch ein großer Teil der kroatischen Bevölkerung begriffen, wie das Referendum über den EU-Beitritt im Januar gezeigt hat: Nur 43,5 Prozent beteiligten sich daran. Bei den ersten Wahlen zum EU-Parlament im April lag die Beteiligung sogar bei nur 22 Prozent. Die Sparmaßnahmen führen auch dazu, dass Nationalismus und Rechtsextremismus erstarken.

Trotzdem sind wir Festivalmacher nicht euroskeptisch, sondern eurorealistisch und euro-utopistisch. Man muss mit der EU etwas anders machen und es gibt auch einige Modelle, wie das funktionieren könnte. Die haben wir auf dem diesjährigen Festival vorgestellt – aber leider ist unsere Regierung daran nicht interessiert. Im Gegenteil, nachdem bereits 90 Prozent der Banken und viele Industriezweige privatisiert wurden, ist nach dem EU-Beitritt die Privatisierung der Wasser- und Energieversorgungssysteme zu erwarten.

### ● Also dient das Festival auch als Fenster zur übrigen Welt, wo interessante Dinge geschehen, während die offizielle Politik in Kroatien blindlings der herrschenden Ideologie folgt?

Ja. Wir hatten zum Beispiel Álvaro García Linera eingeladen, Boliviens Vizepräsidenten, nach Evo Morales wichtigster Politiker des Landes. Aber niemand aus unserer Regierung wollte ihn treffen, weshalb er nicht gekommen ist. In Lateinamerika gibt es reale Alternativen, die jedoch die jetzige EU weder hören noch sehen will. Und für unsere Regierung sind heute – anders als in der jugoslawischen Periode, als wir weltweit diplomatisch sehr aktiv waren – nur Brüssel, Berlin und Washington wichtig. In den Medien erschienen Hymnen auf Margaret Thatcher. Man könnte dieses Verhalten selbst-kolonialistisch nennen.

### ● Für die beim Festival versammelte junge Linke Kroatiens und anderer ehemals jugoslawischer Republiken stand nicht mehr der Nationalismus im Zentrum der Diskussion, sondern es ging vor allem um wirtschaftliche Probleme. Ist das ein Anzeichen für eine Trendwende?

Wir sind uns heute bewusst, dass der Nationalismus nicht Ursache, sondern eine Reaktion ist. Schon als Jugoslawien zum ersten Mal Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) aufnahm, kam es hier zu Sparmaßnahmen. Sicher, es gab auch andere Gründe für den Nationalismus der 90er Jahre, aber die wirtschaftlichen waren ausschlaggebend. Auch Jugoslawien hatte seine Peripherie, also arme, weniger entwickelte Regionen wie Kosovo und Mazedonien. In diesem Sinne könnte das Schicksal Jugoslawiens ein gutes Beispiel für die EU sein. Es ist wichtig, wie Alexis Tsipras vom griechischen Linksbündnis Syriza gesagt hat, eine Verbindung zwischen den Ländern der Peripherie und eine Solidarität zwischen dem Norden und dem Süden der EU herzustellen. Auch Deutsche und Franzosen müssen sich mit dem Süden Europas solidarisieren.





## Energiekonzerne forcieren die Vertreibung

*Gewerkschaftsaktivist Shankar Gopalkrishnan über die Herausforderungen für die indische Linke. Shankar Gopalkrishnan ist Gewerkschaftsaktivist aus Dehradun im nördlichen Bundesstaat Uttarakhand und Aktivist in der Campaign for Survival and Dignity (Kampagne für das Überleben und Würde), einer nationalen indischen Plattform für die Organisationen von Indigenen und Waldbewohnern, sowie in der kürzlich gegründeten Organisation New Path, die sich zum Ziel gesetzt hat, den revolutionären Prozess in Indien durch Massenkämpfe und die Schwächung der neoliberalen Hegemonie zu unterstützen. Mit ihm sprach für „Neues Deutschland“ Jürgen Weber. Aus: Neues Deutschland, 30. Juli 2013*

● **Bei der Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Umverteilen weltweit – Solidarität statt Ausbeutung“ im Juni 2013, wurde auch über den gemeinsamen Widerstand gegen Konzernmacht und neoliberale Politik in der EU und „im Süden“ diskutiert. Welche Erkenntnisse ziehen Sie aus der Diskussion?**

Die sozialen Bewegungen in Europa und in Indien müssen gemeinsam gegen den Finanzkapitalismus vorgehen, gegen die rücksichtslose Plünderung der natürlichen Ressourcen und gegen die Folgen der Austeritätsprogramme, mit denen Europa und Indien derzeit überzogen werden. Es sind heute sowohl in Europa als auch in Indien die gleichen Unternehmen und Finanzinstitutionen, die die Menschen ausbeuten. Um dem etwas entgegenzusetzen zu können, brauchen wir neue Bündnisstrukturen und solidarisches Handeln. Ein Ziel muss es beispielsweise sein, die Auswirkungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien zu thematisieren und gegen die Freihandelspolitik unserer Regierungen zu kämpfen.

● **In Indien lehnen Bauern und Bäuerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Straßenhändler und kleine Handwerker mittlerweile die neoliberale Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ab. Die Bevölkerungsgruppen untereinander sind aber oftmals gespalten und sprechen nicht mit einer Stimme ...**

Das ist richtig. In Indien gibt es nicht nur viele unterschiedliche Kulturen, sondern eben auch unterschiedliche Ausbeutungsverhältnisse und die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen. Die Ausbeutung eines Kleinbauern im Bundesstaat Bihar ist beispielsweise sehr verschieden von den Bedingungen, unter denen Dalits, also die ehemals „Unberühmbaren“ in Tamil Nadu, arbeiten müssen und ausgebeutet werden. Unser Ziel als Linke muss es deshalb sein, Perspektiven und Forderungen zu formulieren, die alle Facetten der Ausbeutung reflektieren. Wenn für alle klar wird, welche Auswirkungen für alle mit dem heutigen Modernisierungsweg verbunden sind, dann werden sich neue Organisationsformen entwickeln können.

● **Bei den erfolgreichen Kämpfen in den letzten Jahren gegen Sonderwirtschaftszonen hat es schon neue Bündnisse gegeben ...**

Ja und Nein. Diese Bündnisse waren zumeist lokal auf die Gegenden begrenzt, wo Sonderwirtschaftszonen gebaut

wurden oder geplant waren. In erster Linie waren es Kämpfe gegen die Vertreibung der Menschen von ihrem Land. Das Problem war und ist, diese Kämpfe zu verallgemeinern, so dass auch diejenigen, die nicht mit Vertreibung konfrontiert sind, sich solidarisieren können. Wer nicht unmittelbar betroffen ist, engagiert sich nicht. In der Organisation New Path (Neuer Weg) haben wir beispielsweise damit begonnen, das Thema Landraub mit dem Thema Strompreiserhöhungen zu verknüpfen. Die Gewinnung von Energie ist heute eine der Hauptursachen für die Vertreibung von Menschen von ihrem Land. Gleichzeitig werden die Kosten für Elektrizität immer höher. Die Kämpfe lassen sich auch deswegen gut miteinander verbinden, weil es die gleichen Unternehmen sind, die für die Vertreibungen verantwortlich sind und die die Profite bei der Energieversorgung einstreichen.

● **Müssen sich die Kämpfe nicht auch vor allem in den modernen Wachstumssektoren verallgemeinern?**

Unbedingt! Die Textilindustrie ist ein gutes Beispiel: Die Mehrheit der Beschäftigten in den Textilzentren wie in Tirupur im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo fast 40 Prozent des Gesamtvolumens für den Export in die EU bestimmt sind, sind heute Arbeitsmigranten aus anderen Gegenden von Tamil Nadu, die von der Landwirtschaft nicht mehr leben können. Sie arbeiten unter extrem schlechten Bedingungen, zumeist auf Stücklohnbasis, sie sind gewerkschaftlich nicht organisiert, für sie wird kein Wohnungsbau oder keine Wasserversorgung bereit gestellt.

● **Welche Herausforderung bedeutet das für die Linke?**

Eine der wichtigsten Fragen, die wir uns als organisierte Linke in Indien stellen müssen, ist: Wie können sich die Beschäftigten, die noch mit längerfristigen Arbeitsverträgen ausgestattet sind und die neu hinzukommenden Arbeitsmigranten, die älteren Leiharbeiter usw. – alle, die heute im unorganisierten Sektor arbeiten – als eine gemeinsame Bewegung organisieren. An vielen Orten gibt es Ansätze neuer Organisationsformen der Arbeiter, unabhängig von formalen Gewerkschaftsorganisationen. Nicht in Tirupur, aber in industriellen Zentren im Norden Indiens, wie beispielsweise in der Fahrzeugproduktion während der wilden Streiks bei Suzuki-Maruti in Manesar im Industriegürtel von Delhi.

● **Wie könnten diese Streikaktivitäten und die neuen Organisationsformen hegemonial werden?**

Ziel muss es sein, demokratische Massenbewegungen aufzubauen und die Kämpfe auszuweiten. Nicht nur, um gegen die Vertreibung indigener Bevölkerungsgruppen und Waldbewohner von ihrem Land und den Wäldern vorzugehen, sondern auch im organisierten und unorganisierten Sektor, in den Städten und in der Landwirtschaft. Dann kann die Vormachtstellung des neoliberalen Denkens und der herrschenden Klasse gebrochen werden.



## Für mehr linke Einheit

Das 19. Treffen des Forums von São Paulo

Von Dietmar Schulz, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Das Forum von São Paulo (FSP) ist gegenwärtig die wichtigste und breiteste internationale Organisation linker und progressiver Parteien in Lateinamerika. Gegründet im Jahre 1990, maßgeblich auf Initiative der brasilianischen Partei der Arbeiter (PT) unter der Führung des späteren Präsidenten Brasiliens Lula da Silva, gehören ihm heute zahlreiche lateinamerikanische Regierungsparteien und wichtige linke Parteien aus Ländern an, die (noch) nicht links regiert werden, wie z. B. aus Mexiko, Kolumbien und Chile.

Das FSP orientiert auf die breite Einheit aller linken, demokratischen und progressiven Kräfte Lateinamerikas unter bewusster Zurückstellung von teilweise beträchtlichen Unterschieden in den politischen und ideologischen Auffassungen seiner Mitglieder und hat sich daher selbst das Motto von der Einheit in der Verschiedenartigkeit (*Unidad en la diversidad*) gegeben. Nur auf diese Weise ist es möglich, dass im Forum so unterschiedliche Kräfte wie die KP Kubas, die FSLN Nikaraguas, die FMLN aus El Salvador und zahlreiche kommunistische Parteien der Region eng mit eher sozialistisch bzw. sozialdemokratisch orientierten Parteien wie der PT Brasiliens oder der PRD aus Mexiko zusammenarbeiten.

Gemeinsames Ziel der heterogenen und pluralen Kräfte des Forums ist die Überwindung des Neoliberalismus und seiner schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen auf dem Subkontinent. Allen gemeinsam ist die Vorstellung von einer neuen, zutiefst demokratischen, sozial gerechteren und friedlichen Welt. Über die Wege und Methoden dazu, über die Geschwindigkeit des Voranschreitens und über die Reichweite der Veränderungen gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, wird heftig und intensiv diskutiert. Dabei wird der Erfahrungsaustausch als wichtiges Mittel des Lernens verstanden, das Kopieren eines Modells jedoch strikt abgelehnt.

Das 19. Treffen des FSP fand vom 29.7. bis zum 4.8. 2013 in São Paulo statt, womit das Forum 23 Jahre nach seiner Gründung (erneut) an den Ort seines Ursprungs zurückgekehrt ist.

Das Treffen fand in einer angespannten innenpolitischen Situation in Brasilien statt. Nur wenige Wochen zuvor war es in zahlreichen größeren Städten zu Demonstrationen gekommen, auf denen weitreichende politische und vor allem soziale Forderungen erhoben wurden. Dabei hatte es teilweise schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben, darunter auch in São Paulo, dem Veranstaltungsort des Treffens.

Die PT hat nach anfänglicher Überraschung mit großem Ernst auf die Demonstrationen reagiert und die Forderungen der Demonstranten aufgenommen. Sie hat dazu ein Programm entwickelt, das einerseits mit großen Investitionen in das Gesundheitswesen, ins Verkehrswesen (50 Mrd. Reais) und ins Bildungswesen einen ausgeprägten sozialen Schwerpunkt besitzt und andererseits weitreichende politische Reformen sowie einen entschiedenen Kampf gegen die Korruption vorschlägt.

Genau hier liegt die Crux für die Präsidentin Dilma Rousseff und die PT. Angesichts der politischen Kräfteverhältnis-

se in Brasilien sind sie nicht in der Lage, diese Veränderungsprozesse im Alleingang durchzusetzen. Im Gegenteil – in Brasilien sitzt die bürgerliche Opposition mit am Kabinetts-tisch. Die PT ist zwar die führende, aber hinsichtlich ihrer parlamentarischen Präsenz nicht die stärkste der insgesamt mehr als ein Dutzend Parteien der Regierungskoalition. Viele davon gehören dem bürgerlichen Lager an. So setzte sofort nach Verkündung der Reformabsichten der Präsidentin massiver Widerstand ein, der von den Oppositionsparteien bis weit ins Regierungslager hinein reicht.

Hinzu kommt die Tatsache, dass durch den ausgeprägten Föderalismus in Brasilien viele Entscheidungen, besonders hinsichtlich der sozialen Probleme (Bildung, Gesundheitswesen, urbane Strukturen) nicht in den Händen der Zentralregierung liegen. Die Vertreter der PT verwiesen in diesem Zusammenhang auch darauf, dass sich die Demonstrationen nicht (ausschließlich) gegen die Regierung der PT und Präsidentin Dilma Rousseff gerichtet haben, sondern mindestens ebenso gegen viele Gouverneure und Regierungen der Bundesstaaten, die von Oppositionsparteien oder dem größten bürgerlichen Koalitionspartner, der PMDP, gestellt werden. Eine Tatsache, die in der Berichterstattung durch die Massenmedien in Brasilien aber auch in Europa und in Deutschland gern „vergessen“ wird.

Der politische Widerstand richtet sich einerseits gegen die Pläne einer umfangreichen und tiefgreifenden Reform des politischen Systems, wie sie Brasilien zumindest seit dem Ende der Militärdiktatur (1985) noch nicht gesehen hat. Sie soll u. a. neue Mechanismen für ein Mehr an direkter Partizipation der Bevölkerung an den politischen Entscheidungsprozessen, auch durch Plebiszite, ein Ende der Finanzierung von Wahlkämpfen durch große Unternehmen und die Abschaffung des Senates enthalten. Zustimmend äußerte sich Dilma zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Diese Maßnahmen bedürfen jedoch der Zustimmung durch eine qualifizierte Mehrheit in beiden Parlamentskammern oder sogar einer Verfassungsänderung. Ein Teil der Vorhaben ist bereits im ersten Anlauf im Parlament gescheitert. Es wird jetzt notwendig sein, großen außerparlamentarischen Druck aufzubauen und die Bevölkerung mit Blick auf die kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende 2014 für die Durchsetzung des Reformprojektes zu gewinnen.

Andererseits werden auch den Plänen zur Verbesserung der Situation in Bildung, Gesundheitswesen und öffentlichem Nahverkehr zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt. Besonders der bereits begonnene Einsatz von 4 000 kubanischen Ärzten zur Sicherung der medizinischen Versorgung in ärztlich unterversorgten Regionen vorrangig außerhalb der urbanen Ballungszentren ruft in den großbürgerlichen Medien geradezu wütende Proteste hervor.

Nun ist die Zielstellung dieser Zeilen nicht die Analyse der innenpolitischen Probleme Brasiliens, was den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde. Diese erklären jedoch, warum die PT als Gastgeber ihre Führungsrolle bei dem jährlichen Treffen der linken Parteien Lateinamerikas nicht in gewohnt souveräner Weise wahrnehmen konnte. Da auch andere im FSP traditionell sehr aktive Parteien (PRD/Mexiko, PSUV/Venezuela) mit innenpolitischen oder internen Problemen zu kämpfen haben oder durch bevorstehende Wahlen innenpolitisch sehr stark gebunden waren (FMLN/El Salvador und auch die Mitgliedsparteien des FSP aus Chile), ging das



Treffen in São Paulo die anstehenden Probleme und dementsprechende Lösungswege eher routiniert denn dynamisch an.

Dies ist umso bedauerlicher, als das Beispiel Brasiliens erneut deutlich macht, dass die linken Parteien des lateinamerikanischen Subkontinents und die von ihnen getragenen Regierungen, wollen sie die eingeleitete Entwicklung hin zu der „möglichen anderen Gesellschaft“ fortsetzen, vor enormen Herausforderungen stehen. Dabei geht es vorrangig um die Verbesserung der sozialen Lage von Millionen Menschen, die bisher in Armutsverhältnissen leben mussten und von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den politischen Prozessen ausgeschlossen waren. Dies war und ist der vorrangige Wählerauftrag, der die linken Regierungen Lateinamerikas und der Karibik, so unterschiedlich „links“ sie auch sein mögen, in die Regierungsverantwortung geführt hat. Die konsequente Fortführung der bisher recht erfolgreichen Sozialpolitik, aber auch die Fragen einer wirklichen Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft, sowie die Verwirklichung aller anderen Zielstellungen für die linken, progressiven und demokratischen Kräfte angetreten sind, wird ohne eine Vertiefung und Beschleunigung der eingeleiteten Transformationsprozesse nicht möglich sein.

In den vergangenen Jahren haben die stetige wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die günstige Preisentwicklung für agrarische und mineralische Rohstoffe einschließlich für Erdöl und Erdgas genügend Mittel hervorgebracht, um eine Sozialpolitik zugunsten bisher benachteiligter Schichten zu ermöglichen. Dazu musste die Souveränität der Staaten über diese Bodenschätze wiederhergestellt werden.

Durch die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Integration der Region haben sich die Regierungen weiteren Spielraum für eine eigenständige Entwicklung geschaffen, die ihnen wiederum Mittel für eine erfolgreiche Sozialpolitik in die Hand gibt. Die weitere Entwicklung, Stärkung und Vertiefung der regionalen Integration wird daher auch für die Zukunft, so die einhellige Position der Teilnehmer des Treffens, der Königsweg für die linken Regierungen der Region sein, um gemeinsam die Möglichkeiten der Transformation hin zu einer anderen Gesellschaft zu eröffnen. Hierzu wurde eine intensive Diskussion auf dem Treffen des FSP geführt, bei der es darum ging, die Zusammenarbeit zwischen den linksregierten Staaten zu vertiefen und gleichzeitig auch die Länder der sogenannten Pazifikallianz stärker einzubeziehen.

Für die Zukunft wird jedoch die Verfügungsgewalt über die Rohstoffe und Bodenschätze der Region plus die Vorteile der wirtschaftlichen Integration nicht als Quelle für die Alimentierung sozialer Maßnahmen ausreichen. Neue interne Finanzierungsquellen wurden noch nicht erschlossen, d. h. eine Umverteilung der Reichtümer von der ökonomisch dominierenden Oberschicht und den transnationalen Konzernen hin zu den mittleren und unteren Schichten bzw. in die Staatskasse hat in nennenswertem Maße noch nicht stattgefunden.

Bereits auf den vorangegangenen Jahrestreffen des FSP war die Notwendigkeit einer Beschleunigung und Vertiefung der Transformationsprozesse im Sinne einer langfristigen Überwindung des neoliberalen Modells diskutiert worden. Dies wird einerseits als absolute Notwendigkeit verstanden, da

die Linke auf Dauer nicht als bloßer Verwalter der übernommenen Verhältnisse bei lediglich etwas größerer sozialer Gerechtigkeit agieren kann. Andererseits, so einige Stimmen, könne angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der linken und progressiven Kräfte in einer Reihe von Ländern eine forcierte Politik der raschen Veränderung von Eigentums- und Verteilungsverhältnissen das gesamte linke Projekt zum Scheitern bringen.

Damit schließt sich der Kreis zum Beispiel Brasilien: Zielstellung der linken Kräfte ist es, bei den kommenden Wahlen eine größere Unterstützung für das eigene transformatorische Projekt zu gewinnen um wirkliche strukturelle Veränderungen in Politik und Wirtschaft Brasiliens einleiten zu können. Oder aber die Linke läuft langfristig Gefahr, die erlangenen politischen Positionen wieder zu verlieren. Die weitere Diskussion dieser Problematik des Tempos und der Reichweite der transformatorischen Prozesse bzw. der Erfahrungsaustausch dazu wird auch in den kommenden Jahren ein Hauptthema bei den Beratungen der lateinamerikanischen Linken sein. Ein Thema, das auch für die Linke in Europa von großem Interesse ist.

## Basisdokument des 19. Treffens des Forums von São Paulo

São Paulo, 29. Juli – 4. August 2013

*Das von einer Arbeitsgruppe im Vorfeld ausgearbeitete Basisdokument wird zu Beginn jeder Tagung des Forums von São Paulo (FSP) als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Es enthält u. a. eine Einschätzung der Lage in der Welt und in Lateinamerika. Wir bringen eine geringfügig gekürzte Fassung dieser Analyse (d. Red.)*

### 1. Einige Aspekte der Weltlage

Das 19. Treffen des FSP findet unter dem Einfluss von drei Tendenzen statt: einer tiefen Krise des Kapitalismus, dem Niedergang der Vorherrschaft der USA und der Entstehung neuer Machtzentren. Es ist eine Situation systemischer Instabilität, die durch tiefe soziale Widersprüche, akute politische Krisen und immer gefährlichere militärische Konflikte gekennzeichnet ist.

Die aktuelle Krise betrifft die verschiedenen Regionen, Länder, Wirtschaftszweige und gesellschaftlichen Bereiche nicht in gleichem Maße. Es handelt sich um eine globale Krise *urbi et orbi*, die Finanzen, Produktion, Energie, Umwelt, Sozialwesen, Politik, Ideologie, Militär, Handel und Ernährung ergriffen hat. Dies ist nicht nur eine Krise des liberalen Denkens, der neoliberalen Politik oder der Finanzspekulationen. Das ist sie auch, aber im Rahmen einer Akkumulationskrise ähnlich der Krisen vom 1930 und 1970. Zusammenfassend kann man sagen, dass diese Art systemischer Krisen in immer kürzeren Abständen auftritt, wobei die Möglichkeit, intelligente und dauerhafte Auswege zu finden, immer weiter schrumpft.

Zur Zeit ist weder ein kurzfristiger Ausweg, noch ein Ausweg struktureller, dauerhafter Art zu erkennen. Es ist nicht klar, welches Ende die Krise mittel- bzw. langfristig nehmen wird, da dieses von den gegenwärtig ablaufenden Konflikten



zwischen den sozialen und politischen Gruppen in den einzelnen Ländern sowie zwischen den Staaten und Blöcken im globalen Maßstab abhängt.

Wie bei früheren historischen Gelegenheiten ist es durchaus möglich, dass der Kapitalismus die Krise, mit der er heute konfrontiert ist, überlebt. Hier sind jedoch die unannehmbaren Kosten dieser Konfrontation für die Menschheit zu bedenken: die für den Kapitalismus typische gnadenlose Ausplünderung der Umwelt, der Widerspruch zwischen dem maßlosen Akkumulationsdrang und den beschränkten Naturressourcen als Quelle des angesammelten Reichtums.

Es kann auch geschehen, dass der Kapitalismus in verschiedenen Spielarten in einigen Regionen der Welt fortexistiert, während gleichzeitig in anderen Regionen Gesellschaften sozialistischen Charakters erhalten bleiben oder neu entstehen. Es wird aber immer das Risiko geben, dass die kapitalistischen Kräfte im Kampf um die Aufrechterhaltung des Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems den Fortbestand der Menschheit aufs Spiel setzen.

Wir leben und handeln in einem historischen Moment voller Gefahren und Möglichkeiten. In unserem Amerika, wo wir linken und fortschrittlichen Kräfte zahlreiche Länder, die Demokratie, sozialen Wohlstand, nationale Souveränität und kontinentale Integration ausgebaut haben, schon länger als ein Jahrzehnt regieren, ist Hoffnung das beherrschende Gefühl.

Es gibt einen klaren Kontrast zwischen der von diesen fortschrittlichen Regierungen eingeführten Politik sowie der Politik der USA und Europas, wo die Interessen der imperialistischen Finanzplutokratie im Vordergrund stehen.

Die USA versuchen mit allen Mitteln die globale Vorherrschaft zurückzuerobern, ohne die ihre Wirtschaft nicht funktioniert. Von seinem Amtseintritt 2009 bis Anfang 2013 kämpfte Präsident Barack Obama an vielen Fronten: Rettung der finanziellen Plutokratie, Dollarabwertung, Freihandelsabkommen mit der Region, Erlangung der Energiesouveränität, Anpassungen in der Sicherheitspolitik, Destabilisierung gegnerischer Regierungen.

Diese und weitere Aktionen wie die „Transpazifische Partnerschaft“, das „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union“ oder die Unterstützung der sogenannten „Pazifik-Allianz“ sind als Hintergrund der Schlussfolgerungen eines vor kurzem erstellten Berichts des National Intelligence Council über globale Entwicklungstendenzen zu verstehen, der signalisiert, dass im Jahr 2030 die Wirtschaft Asiens die von USA und EU zusammengenommen überflügeln wird. Das bedeutet, dass wir uns dem Ende der „Pax Americana“ nähern.

Es scheint, dass die Herrschenden der USA dem Ratsschlag eines bekannten Finanzblatts folgen, es sei besser, jetzt zu handeln, da sie noch die Hälfte der Weltwirtschaft repräsentieren und die globalen Standards bestimmen können, als in fünf Jahren, wenn es dafür bereits zu spät sein werde.

In der ersten Amtszeit Obamas betrieb der Staat höchste Aufwendungen, um den Banken und dem privaten Sektor zu helfen. So versuchte die Regierung die Krise zu stoppen, die zusammen mit dem Defizit aufgrund der US-Sicherheitspolitik, der Invasion und Besetzung von Irak und Afghanistan das Land an die Grenze der vom Gesetz erlaubten Verschuldung gebracht hat.

Gleichzeitig mit der Unterstützung der Plutokratie versucht die Regierung Obama die US-Wirtschaft durch eine Abwertung des Dollars anzukurbeln, wobei die von der Zentralbank (FED) ausgegebenen Geldmittel in Wertpapieren anderer Länder angelegt werden. Dadurch werden deren Inlandswährungen im Verhältnis zum US-Dollar aufgewertet, was den Exporten dieser Länder schadet, da ihre Produkte „in Dollar“ teurer werden.

Zeitgleich mit dieser großen Dumpingaktion strebt die US-Regierung Freihandelsabkommen mit der Region an. Neben den bereits geschlossenen Abkommen mit Ländern und Regionen Lateinamerikas wie Chile, Peru, Kolumbien und Mittelamerika – hinzu kommt noch das ältere Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA – arbeitet die US-Regierung an der „Transpazifischen Partnerschaft“ und dem „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommen“. Abgesehen von den Besonderheiten jedes dieser Abkommen ist es wichtig, ihr gemeinsames strategisches Ziel zu erkennen. Dieses läuft darauf hinaus, sowohl nationale Projekte und unabhängige Blöcke von Regionen zu zerschlagen als auch dem BRICS-Block Paroli zu bieten.

In diesem Zusammenhang verfolgen die USA die Absicht, die nationale Energieautonomie zu gewinnen. Offenbar sind sie nahe daran, dies durch eine Kombination von Faktoren wie der Umkehr des Verhältnisses von Import und Export bei Erdöl und Erdgas sowie der Förderung von Erdöl und Erdgas nach der Fracking-Methode in großem Stil tatsächlich zu erreichen.

Hier besteht ein Zusammenhang zur Revision der militärischen Strategie der USA, die nun ihre Hauptaufmerksamkeit der asiatisch-pazifischen Region zuwendet. Es ist wichtig, klar zu erkennen, dass alle diese Aktionen ein eindeutiges Ziel haben: die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der USA.

Wenn man die Geschichte der USA bedenkt, dann überrascht nicht, dass sie diese Ziele vorwiegend mittels militärischer Gewalt anstreben. Ebenso wenig überrascht, dass sie ihre inneren Brüche zu kitten versuchen, was heute vor allem die Lösung der Einwanderungsfrage bedeutet.

Während die USA daran arbeiten, ihre globale Führungsposition wiederzugewinnen, geht in Europa die Zerschlagung dessen vor sich, was sich viele für die Zukunft bereits als einen mit den USA konkurrierenden Block vorgestellt haben. Die in Europa herrschenden Kreise betreiben die Demontage des Sozialpaktes, der auf der nördlichen Halbkugel nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen wurde. Dieser kam in zwei grundlegenden Bestandteilen zum Ausdruck: dem Sozialstaat und der Tarifautonomie von Gewerkschaften und Unternehmen. Dieser Pakt, der in großem Maße durch die imperialistische Ausbeutung anderer Regionen der Erde finanziert wurde, soll durch die Senkung der Löhne der europäischen Arbeiterklasse demontiert werden, um die Rettung des Finanzkapitals zu finanzieren und maximale Erträge der produktiven Investitionen zu sichern.

Seit 2007 ist das „Drehbuch“ mehr oder weniger dasselbe: Aufwendung enormer Beträge um dem Finanzsystem zu helfen; Steuergeschenke, um angeblich die produktiven Sektoren der Wirtschaft zu stimulieren; Privatisierungsprozesse; eine rigide Steuerpolitik gegenüber den Werktätigen, um die vom Finanzsektor geforderten Summen aufzubringen. So werden wichtige Geldmittel umverteilt, die für die Investitionen der öffentlichen Hand, für Sozialversicherung, öffentli-



che Dienstleistungen, für die Bezahlung der Staatsbeamten bestimmt sind, und die Kaufkraft der Masse der Bevölkerung untergraben.

Die wirtschaftlichen Folgen dieses Kurses sind ein mageres Wachstum im Durchschnitt der Europäischen Union, in den USA und Japan, in einigen Fällen wie in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Zypern Rezession und akute Krisen.

Der strenge Austeritätskurs ist für den Kapitalismus nicht die einzige Option. In anderen Weltregionen überwiegt eine kapitalistische Politik, die auf die Förderung produktiver Investitionen und der Binnenmärkte orientiert. Ohne diese Art von Politik wäre die Weltkrise des Kapitalismus noch tiefer. Die Existenz verschiedener Arten von Kapitalismus im Unterschied zum Neoliberalismus der angelsächsischen Achse ist einer der Gründe dafür, dass wir nicht glauben sollten, der Zusammenbruch des Weltkapitalismus stehe unmittelbar bevor.

Es ist eine Sache, auf der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Überwindung des Kapitalismus zu bestehen, der in jeglicher Form von seiner Struktur her im Gegensatz zu unseren Werten, Idealen und Erfordernissen steht. Eine andere aber ist es, die antikapitalistischen Kräfte der Gegenwart und die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, die er schon mehrfach in der Geschichte bewiesen hat, zu unterschätzen.

Der Unterschied der Politik der von den USA geführten angelsächsischen Achse zu der von den BRICS-Staaten geführten Achse ist Ausdruck einer Auseinandersetzung zweier unterschiedlicher Entwicklungsmodelle, die aber beide kapitalistischer Art sind. Zugleich resultiert dieser Unterschied aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, der die Kluft und die relativen Unterschiede zwischen den Ländern des kapitalistischen Zentrums und den großen Schwellenländern (besonders den BRICS-Staaten) vertieft.

Wenn es zwischen den beiden Blöcken auch Elemente der Kooperation gibt und die Rolle Chinas noch gründlicher zu diskutieren ist, sollten wir eines klar erkennen: Um aus der Krise zu kommen, um ihre imperialistische und neoliberale Hegemonie in Afrika, Nahost und Lateinamerika wieder durchzusetzen, müssen die von den USA geführten Länder den BRICS-Staaten eine Niederlage zufügen. Deswegen nehmen die Kriege zu, ebenso die Drohung mit Atomwaffen. Deswegen der Währungs- und Handelskrieg, der sich negativ auf die Wirtschaft der anderen Länder auswirkt. Deswegen betreffen die strukturellen Anpassungspakete oder die strengen Sparmaßnahmen in Europa nicht die Rüstungsindustrie. Deswegen die Unfähigkeit der UNO, ihre Beschlüsse in die Tat umzusetzen, wenn sie den Interessen der USA zuwiderlaufen.

Einerseits ist das, was in den USA, Europa und Japan passiert, Produkt der dynamischen Natur des Kapitalismus. Andererseits ist es eine politische und ideologische Spielart der Hegemonie der Finanzplutokratie in den imperialistischen Ländern. Hier sei daran erinnert, dass die gegenwärtigen Inhaber solcher Schlüsselposten wie der Leitung der Europäischen Zentralbank und des US-Finanzministeriums zumeist aus dem privaten Finanzsektor kommen und einige sogar bei Banken wie Lehman Brothers, einer der Verantwortlichen für den Ausbruch der Finanzkrise, angestellt waren.

Die Banken und Investmentfonds sind entschlossen, die erwarteten Erträge aus den Spekulationen und Darlehen zu

erzielen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob das zum Konkurs von Ländern in schwieriger Lage und zur Verarmung ganzer Völker führt. Dabei ist ihnen die Unterstützung der mit dem Finanzsystem verbundenen staatlichen Behörden gewiss.

Als ein wenig zitierter Beweis dafür, dass eine andere Politik möglich ist, muss der Fall Island gelten. Island war auf Grund der Insolvenz seines Finanzsystems wegen hemmungsloser Spekulationen seiner wichtigsten Banken das erste von der Krise betroffene Land Europas. Sein Finanzsystem wurde nicht gerettet, und einige seiner Banken gingen in Konkurs. Die Bevölkerung sprach sich gegen die Rettung dieser Banken mit öffentlichen Finanzmitteln aus, da die dafür notwendige Summe viermal größer als das Bruttoinlandsprodukt Islands gewesen wäre. Das Land unterwarf sich nicht den Bedingungen des IWF für ein Darlehen, und die isländische Wirtschaft konnte eine relative Stabilität wahren. Jetzt ist sogar davon die Rede, die betroffenen Banker vor Gericht zu stellen.

In den Ländern Südeuropas, in Irland und Zypern dagegen lautet das Rezept: Privatisierung, Entlassung von Beamten und Lohnkürzung für jene, die im Amt bleiben, Rentenkürzung, Abbau von sozialen Rechten wie dem Recht auf Arbeitslosengeld. Selbst in anderen europäischen Ländern, die nicht den Bedingungen der „Troika“ (IWF, Europäische Zentralbank und EU-Kommission) unterworfen sind, kommt es zu Haushaltskürzungen, die die Fähigkeit des Staates zur Ankurbelung der Wirtschaft und die Qualität der Sozialpolitik beeinträchtigen.

Die von der Krise betroffenen kapitalistischen Industrieländer werden Jahre brauchen, um das Entwicklungsniveau von 2009 wieder zu erreichen. Die Arbeitslosigkeit hat im Durchschnitt der OECD-Länder bereits die Marke von 11 Prozent überschritten. Unter der Jugend beträgt sie mindestens das Doppelte.

Eines der wenigen Länder, wo die Arbeitslosigkeit auf niedrigem Niveau verharrt, wenn auch bei einem steigenden Anteil von Zeitarbeitsverträgen und niedrigen Löhnen, ist Deutschland. Es ist das am höchsten industrialisierte und wettbewerbsfähigste Land Europas, hat aber auch eine Regierung, die über die EU-Kommission einen strikten Sparkurs durchsetzt, insbesondere gegenüber Ländern, die bei deutschen Banken verschuldet sind. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird aus der Parlamentswahl im September wohl siegreich hervorgehen, da ihr es bisher gelungen ist, die deutsche öffentliche Meinung für die Austeritätspolitik zu gewinnen.

Aber auch in Deutschland schreitet der Sozialabbau voran, sind die kulturellen bzw. subjektiven Auswirkungen der sozialen Krise in ganz Europa zu spüren: Frust und Trauer, Zerfall der sozialen Bindungen, allgemeines Misstrauen gegenüber Immigranten und Minderheiten, Zulauf zu rechtsextremen Bewegungen.

Von den Auswirkungen der Krise auf die europäische Politik profitiert bislang vor allem die Rechte, die das einfache Argument ins Spiel bringt: „Man kann nicht mehr ausgeben als man erwirtschaftet“ und damit den Sparkurs als Alternative zu unpopulären Steuererhöhungen durchzusetzen versucht. Aber auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dieser Politik der Rechtsregierungen wächst, die – wie in Spanien – Schwierigkeiten haben, ihre parlamentarischen Mehrheiten zu halten.

Viele sozialdemokratische Parteien haben sich dem Chor für den Austeritätsskurs angeschlossen. In Griechenland, Spanien und Portugal waren sie diejenigen, die die strukturellen Anpassungsmaßnahmen durchgesetzt haben. Dafür wurden sie von den Wählern bestraft. In vielen Ländern hat das Wechselspiel zwischen den großen Parteien, die die gleiche Grundorientierung vertreten, zwei Phänomene erzeugt: zum einen das Anwachsen der extremen Rechten sowie der Politikverdrossenheit weiter Teilen der Bevölkerung. Zum anderen die Duldung „technischer Regierungen“, das Anschwellen des Lagers der Nichtwähler und des Stimmenanteils für „Antipolitiker“ wie die Partei des Komikers Beppe Grillo bei der letzten Wahl in Italien.

Neben der Austeritätspolitik und dem Fehlen machbarer Alternativen der Linken tragen zum wachsenden Abscheu gegen die Politik und die Politiker auch viele Korruptionsfälle bei wie der neuerliche Vorwurf der Bestechlichkeit von Mitgliedern der regierenden Partido Popular in Spanien einschließlich dem aktuellen Premierminister.

In den von der Austeritätspolitik besonders schwer betroffenen Ländern reagieren Gewerkschaften und soziale Bewegungen mit starker Mobilisierung und Generalstreiks. Dies reicht allerdings noch nicht aus, um die Richtung der aktuellen Politik zu verändern. Auch die Jugend und verschiedene Gruppen haben wichtige Manifeste verkündet und Initiativen gestartet wie das „Manifest der Empörten“ und „Occupy Wall Street“. Aber am Ende lösen sich diese Bewegungen nach einiger Zeit aus vielen Gründen auf, darunter der Skepsis gegenüber politischen Parteien und der geringen Kreativität der linken Parteien im Umgang mit solchen Bewegungen.

Die Linke steht vor der Herausforderung, programmatische Alternativen zu entwickeln, die soziale Mobilisierung zu unterstützen und Wahlalternativen zu schaffen. In diesem Zusammenhang haben die Ereignisse in Griechenland bei so manchen fortschrittlichen Kräften Interesse geweckt. Dort haben die Linken eine Alternative mit sozialer Mobilisierung und Wahlstärke präsentiert. Sie stellen sich sowohl der Rechten als auch der extremen Rechten entgegen.

Wenn wir jedoch Europa als Ganzes betrachten, steckt der Kontinent tief in einer schwierigen strategischen Situation und trägt innere Konfrontationen aus, die ihm in der Auseinandersetzung mit den BRICS-Staaten, mit unserem Amerika und den Ländern, die die Vorherrschaft der von den USA geführten Achse nicht akzeptieren, nur eine Nebenrolle neben den USA zuweisen.

Afrika und Nahost sind wichtige Schauplätze der offenen Konfrontation zwischen den genannten Blöcken. Aus diesem Grunde haben die USA und Europa sofort auf die politische Krise in der arabischen Welt reagiert, sind gegen Libyen, Mali und Syrien aktiv geworden und planen einen Angriff gegen den Iran. Was in Irak, Libyen, Mali und Syrien geschehen ist, was man gegen den Iran im Schilde führt, ist eine rücksichtslose Missachtung der nationalen Souveränität, eine Rückkehr zu imperialen und nicht nur imperialistischen Haltungen der großen Mächte. Ebenso waren es im Februar 20 Jahre seit der Ausrufung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) als freier und unabhängiger Staat, ohne dass Marokko seine Kolonialherrschaft über die Sahaouris aufgegeben hätte.

Deshalb ist auch Israel immer noch ein wichtiger Verbündeter der USA im Nahen Osten und der größte Empfänger

amerikanischer Auslandshilfe. Deswegen haben die USA alles versucht, um die Durchsetzung des Rechtsanspruchs zu verhindern, den die Anerkennung Palästinas als UN-Beobachter-Staat bedeutete, auch wenn das Land wegen des US-Vetos im Sicherheitsrat noch nicht als UN-Vollmitglied aufgenommen wurde. Diese Entscheidung bestätigt erneut das Anliegen eines großen Teils der Menschheit, dass das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf die Gründung eines eigenen Staates in Frieden und Respekt zu seinen Nachbarn und den übrigen Völkern der Welt anerkannt wird.

Die imperialistischen Länder, besonders die USA und Frankreich, aber auch Israel und Saudi-Arabien wollen die Achse Iran, Syrien und Hisbollah im Libanon zerschlagen, weil sie die Rolle der radikalen Opposition gegen die Einmischung von außen im Nahen Osten spielen.

Die Interventionen und Aggressionen, die Irak, Afghanistan, Libyen und Mali seitens der kapitalistischen Mächte unter Führung der USA erleiden mussten, und die Bedrohung, der sich Syrien, Iran und Nordkorea ausgesetzt sehen, stellen eindeutige und unzulässige Verletzungen der nationalen Souveränität dieser Völker dar. Die Straflosigkeit, mit der die USA und ihre Verbündeten diesen Kurs fortsetzen, ist eine unerhörte Missachtung des geltenden Völkerrechts, insbesondere, was den Respekt vor der nationalen Souveränität der Völker betrifft. Solches Verhalten ist absolut reaktionär. Diese Staaten spielen sich als Weltgendarmen auf, verletzen Staatsgrenzen, zerstören Länder, wechseln nach ihrem Gutdünken Regierungen aus, ohne das geringste Verantwortungsbewusstsein für ihre verbrecherischen Aktionen zu empfinden. Niemand soll Zweifel haben, dass die USA versuchen werden, auf die gleiche Weise gegen die Völker unseres Amerikas vorzugehen, die demokratische und fortschrittliche Prozesse vorantreiben.

Die Parteien des Forums von São Paulo sehen es als ihre Pflicht an, eine Bilanz der Haltung der Regierungen ihrer Länder zu den genannten Vorgängen im UNO-System, sei es in der Generalversammlung, im Sicherheitsrat, im Rat für Menschenrechte oder in anderen Organen zu ziehen.

Wenn wir die Gewissheit teilen, dass unsere demokratische und fortschrittliche Vision uns zu möglichen Angriffszielen der USA und ihrer Verbündeten macht, dann müssen wir darauf vorbereitet sein, jegliche Einmischungsversuche in unserer Region anzuzeigen, zu stoppen, und zu neutralisieren.

Die Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel müssen sowohl aus der nationalen Perspektive, d.h., der Perspektive eines geteilten Volkes, das sich eines Tages wiedervereinigen will, als auch vor dem Hintergrund der Konfrontation zwischen den genannten Blöcken gesehen werden. Der anhaltende Konflikt auf der koreanischen Halbinsel ist eine Folge der Teilung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der permanenten Besetzung Südkoreas durch Regierung und Streitkräfte der USA sowie der von den Feinden des Friedens stets von neuem aufgebauten Hindernisse gegen die Wiedervereinigung.

Sowohl in Südkorea als auch in Japan sind die rechten Kräfte auf dem Vormarsch. Die Liberaldemokratische Partei (LDP), die Japan seit Ende des Zweiten Weltkriegs regierte und 2009 die Wahl an die Sozialdemokraten von der Demokratischen Partei (DPJ) verlor, ist 2013 erneut an die Regierung gelangt. Dies ist der Unfähigkeit der DPJ geschuldet,



mit der Krise umzugehen, ihren nicht erfüllten Wahlversprechen wie der Schließung des US-Stützpunktes auf Okinawa und dem unqualifizierten Umgang mit der Katastrophe im Atomkraftwerk von Fukushima. Wirtschaftlich und sozial bedeutet das die Rückkehr der neoliberal-orthodoxen Politik und die Verschärfung des kriegerischen Tons der japanischen Regierung. Die LDP fordert für Japan das Recht zurück, eigene Streitkräfte aufzubauen, das ihm nach dem Zweiten Weltkrieg entzogen wurde. Diese Rhetorik hat sich angesichts des dritten Atomversuchs der KDVR verschärft, ebenso auf Grund der Tatsache, dass dieses Land in Kürze die Technologie für den Abschuss von Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen beherrschen wird. Gleichzeitig liegen Japan und China im Streit um die Senkaku- (auf Japanisch) bzw. Diaoyu- (auf Chinesisch) Inseln, was die Spannung im Fernen Osten erhöht.

China seinerseits signalisiert, dass es die geopolitische Konfrontation durch eine Stärkung der BRICS-Staaten annimmt. In diesem Zusammenhang ist sowohl das Studium der im März 2013 in Durban gefassten Beschlüsse als auch eine Analyse jedes einzelnen Mitglieds dieses Bündnisses wichtig. Es ist klar, dass die BRICS-Staaten, ohne ein einziger homogener Block sein zu wollen, eine gewichtige Rolle in der Weltpolitik spielen werden.

China ist entschlossen, seinen Binnenmarkt zum Nachteil des exportorientierten Wirtschaftswachstums verstärkt zu entwickeln. Daraus hat sich 2012 eine Verlangsamung des Wachstums des BIP auf zirka 7 Prozent ergeben. Diese Wachstumsrate ist jedoch immer noch eine der höchsten der Welt.

Die geschilderte internationale Lage, insbesondere die Gegenoffensive der USA und ihrer Verbündeten, erfordert eine rasche, wirkungsvolle und geschlossene Reaktion der Parteien, sozialen Bewegungen, fortschrittlichen, bzw. Linkeregierungen mit dem Ziel, die Integration in unserer Region zu beschleunigen, die Operation Pazifischer Feuerring zu neutralisieren, zum Erfolg des Verhandlungsprozesses zwischen den FARCS und der Regierung Kolumbiens beizutragen, die Institutionen unserer Regierungen zu verstärken und außerdem Solidarität mit linken Kräften zu üben, die soziale Kämpfe führen und an Wahlen teilnehmen.

## 2. Die Lage in Lateinamerika und in der Karibik

Zwei Projekte stehen sich in Lateinamerika und in der Karibik gegenüber. Eines ist Interessen außerhalb der Region unterworfen und hat als Symbol das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), die Amerikanische Freihandelszone (ALCA) und etliche Freihandelsabkommen. Auf der anderen Seite stehen die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUL), die Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA) und der Gemeinsame Markt des Südens (MERCOSUL).

Das Integrationsprojekt unserer Region hat eine lange Geschichte. Seine neueste Etappe steht in direktem Zusammenhang mit dem Zyklus des Machtantritts fortschrittlicher bzw. linker Regierungen, der mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 seinen Ausgang genommen hat. Unsere Pluralität ist eine Tatsache, die positiv bewertet wird, aber wir haben gemeinsame Feinde und bewegen uns auf „gemeinsamen Alleen“.

Wir bekämpfen das Erbe des Kolonialismus, das auf den Malwinen, in Puerto Rico, in einigen Ländern der Karibik, in Französisch-Guayana, im Rassismus und der Diskriminierung von Völkern indigener und afrikanischer Abstammung weiterlebt.

Wir setzen den historischen Kampf gegen die konservative Entwicklungspolitik fort, die Wachstum gebracht hat, aber ein Wachstum mit Abhängigkeit, Ungleichheit und beschränkter Demokratie.

Wir bekämpfen den Imperialismus und den Neoliberalismus, dessen Einflüsse in unserer Region und in der ganzen Welt immer noch zu spüren sind, die Demokratie, Wohlstand, Souveränität, ja sogar das Überleben der Menschheit bedrohen. Wir schreiten weiter voran – jeder auf seine Art und nach seinem Schrittmaß, auf den Alleen eines Wirtschaftswachstums mit Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Souveränität, Integration, und, in vielen Fällen, in Richtung des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft. Es ist notwendig, die Errungenschaften der Kräfte für Veränderungen in der Region zusammenzufassen: Wiedereroberung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit; Betonung von auf Entwicklung, Wachstum und Umverteilung gerichteten Alternativen; Demokratisierung der Wirtschaft; Abbau von Armut und Ungleichheit; eine neue Stellung des Staates; Vertiefung der Demokratie und Schaffung neuer Räume für die Beteiligung der Bevölkerung; Teilhabe der Bürgerinnen und der Bürger an der öffentlichen Amtsführung; Erfüllung der Grundrechte der Bevölkerung; politische Stabilität; Einführung von effizienten und innovativen Mechanismen in die öffentliche Amtsführung; Sicherheit der Bürger und Kampf gegen Gewalt; Lösungen für die Probleme der Städte.

Der 1998 begonnene fortschrittliche und linke Zyklus hat Stärke, weil er nicht gleichförmig ist. Er entwickelt sich im Rahmen unterschiedlicher historischer und sozialer Formationen mit Kräften, die verschiedene strategische Visionen haben, die unterschiedliche Akkumulationsebenen bzw. Erlebnis-Hintergründe aufweisen. Deswegen ist es uns gelungen, in Ländern mit unterschiedlicher Geschichte, Kultur, sozialen und politischen Strukturen zu siegen. Die Pluralität der nationalen Strategien soll aber zunehmend mit einer kontinentalen Strategie verbunden werden, die auf der Integration der Region basiert und die gemeinsamen Merkmale der laufenden alternativen Modelle herausarbeitet.

Ohne die Integration, die den Konsens unserer nationalen übereinstimmenden Projekte stärkt, werden unsere Programme keinen Erfolg haben und der Opposition, der Sabotage, der Umzingelung und den Angriffen der Feinde von innen und außen nicht widerstehen können. Deswegen soll das 19. Treffen des FSP eine Bilanz der aktuellen Etappe des Integrationsprozesses in der Region, seiner Fortschritte, Schwierigkeiten und Rückschläge ziehen. Besonders soll es den MERCOSUL, die UNASUL, die ALBA und die CELAC analysieren; ebenso die Initiativen, sie aufzuhalten oder zu sabotieren, wie die Putsche in Honduras und Paraguay oder die Pazifische Allianz.

Die Pazifische Allianz wurde im April 2011 in Lima auf Initiative des schon am Ende seines Mandats stehenden damaligen peruanischen Präsidenten formalisiert. Offenbar wurde damit die Absicht verfolgt, die Handelsintegration zwischen Peru, Chile, Kolumbien und Mexiko – Länder, die Freihandelsabkommen mit den USA haben – zu vertiefen.



Die nächste Gipfelkonferenz der Pazifischen Allianz soll am 24.8.2013 in der kolumbianischen Stadt Cáli stattfinden. Der Pazifische Feuerring gehört zu Obamas Projekt der Schaffung einer Zone der Wiedererrichtung der Macht der USA im pazifischen Raum.

Das 19. Treffen des FSP soll auch die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Region analysieren.

Die Rezession in Europa, das geringe Wachstum der USA und das verlangsamte Wachstum Chinas haben sich moderat auf die lateinamerikanische Wirtschaft ausgewirkt – wahrgenommen hauptsächlich im Handel der Region, da nach CEPAL-Angaben der lateinamerikanische Export 2012 nur einen Zuwachs von 1,6 Prozent gegenüber von 23,9 Prozent im Jahre 2011 aufwies.

Ebenso wird geschätzt, dass das BIP im Durchschnitt der Region 2012 um 3,6 Prozent wachsen wird. 2011 waren es 4,3 Prozent. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit gesunken, besonders unter den Frauen, und die Löhne sind gestiegen, obwohl die geschaffenen Arbeitsplätze von niedriger Qualität sind und aufgrund der Krisendauer und der protektionistischen Maßnahmen der entwickelten Länder noch Unsicherheiten über die Wirtschaftslage 2013 bestehen.

Wenn die Währungsabwertung der entwickelten Länder anhält und sich der Druck in Richtung einer Aufwertung der Währungen Lateinamerikas mit seinen schädlichen Auswirkungen auf den Export der Region erhöht, dann werden Maßnahmen zu ergreifen sein, um die Wirtschaft der Region zu schützen, insbesondere die industrielle Basis, die von Tendenzen der Rückkehr zum Primärsektor bedroht ist.

Es gibt beunruhigende Signale, die auf eine Entstaatlichung der Industrie und eine Deindustrialisierung der Länder der Region oder wichtige Veränderungen in ihrer industriellen Basis hindeuten, da die Reduzierung des Verbrauchermarkts in den entwickelten Ländern aufgrund der Krise sich auf die lateinamerikanischen Produzenten auswirkt und die Unternehmen aus der Nordhalbkugel als aggressive Konkurrenten auf dem lateinamerikanischen Markt auftreten.

Man muss aber feststellen, dass das Wachstum der Beschäftigung – hauptsächlich ein Ergebnis der Entwicklung der Binnenmärkte unserer Region, der Einführung einer wirksamen Sozialpolitik und der Stärkung der Rolle der Staaten – in vielen Ländern Lateinamerikas mit Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit die zum Neoliberalismus alternative Politik über ein Jahrzehnt lang bewahrt hat.

Die Rechten haben bisher in Ländern Wahlsiege errungen, deren Regierungen nicht an der 1998 begonnenen Welle beteiligt waren. Im Falle von Paraguay und Honduras haben die Rechten zum Mittel des Putsches gegriffen, um an die Regierung zurückzukehren.

Das 19. Treffen des FSP soll eine Bilanz des Beitrags von Hugo Chávez zu dem Veränderungsprozess in der Region ziehen. Sowohl die USA als auch ihre Verbündeten in Europa und unserer Region glauben, dass Hugo Chávez' Tod eine Bresche geschlagen hat, durch die sie eindringen können und in der Lage wären, den venezolanischen Prozess zu destabilisieren, um auf diese Weise die Linke der Region als Ganzes zu treffen. Der Imperialismus und seine Helfershelfer werden alles tun, was in ihrer Macht steht, um das Funktionieren der venezolanischen Regierung und Wirtschaft zu sabotieren, um das ideologische, theoretische, programmatische und kulturelle Erbe des Chavismus anzugreifen.

Das Forum von São Paulo muss die gesamte Linke dazu bewegen, das Vermächtnis der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Transformation der Regierung Chávez (1999 – 2003) zu verteidigen, denn die venezolanische Erfahrung ist ein Beispiel für die Möglichkeiten einer Strategie zur Überwindung des Neoliberalismus bzw. für den Übergang zum Sozialismus auf dem Wege von Wahlen unter den aktuellen Bedingungen Lateinamerikas und der Karibik. In diesem Zusammenhang sei an Chávez' Rolle bei der Integration der Region, im Kampf gegen die ALCA und für andere Integrations- und Solidaritätsmechanismen zwischen den Völkern Lateinamerikas und der Karibik wie die ALBA erinnert.

Die im Forum von São Paulo vereinigten politischen Parteien haben also eine dreifache Aufgabe zu erfüllen: unsere Regierungen zu orientieren, damit sie die Veränderungen vertiefen und die Integration beschleunigen; die sozialen Kräfte zu organisieren, damit sie unsere Regierungen unterstützen oder Opposition gegen die Regierungen der Rechten betreiben und ein lateinamerikanisches bzw. karibisches integrierendes, volksdemokratisches und sozialistisches Massendenken zu entwickeln.

Das FSP muss auch die Bedeutung der Verhandlungen zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) und der Regierung Santos hervorheben. Die letzten Friedensprozesse in Kolumbien haben einen gemeinsamen Nenner: Jeder ihrer Misserfolge hatte wachsende Gewalt zur Folge. Ein neuer Misserfolg würde das Land in einen neuen tiefen Zyklus brudermörderischer Gewalt stürzen.

Im Unterschied zu den 80er Jahren, als man in Kolumbien von der Existenz heimlicher Friedensfeinde sprach, arbeiten die Feinde eines verhandelten Friedens heute offen und aktiv, um die gegenwärtig in Havanna laufenden Gespräche zu sabotieren. Die extremen Rechten Kolumbiens unter der Führung von Uribe Vélez stigmatisieren und attackieren den aktuellen Friedensprozess. Sie haben angekündigt, dass sie im Falle eines Wahlsieges zur Kriegspolitik zurückkehren werden. Ein Fehlschlag des Friedensprozesses in Kolumbien würde die Stabilität in der Region, besonders im nördlichen Teil Südamerikas und in der Karibik ernsthaft gefährden.

Der kolumbianische Krieg kann genauso wie das bolivarianische sozialistische Projekt in Venezuela und der Streit um die argentinischen Malwinen heute mehr als je zuvor nicht allein als nationales Problem gesehen werden, sondern ist im Zusammenhang der ganzen Region zu betrachten. Der kolumbianische Krieg ist der Krieg Lateinamerikas, der kolumbianische Frieden ist der Frieden Lateinamerikas. Eine Gewaltspirale und ein kriegerisches Klima in der Region zu vermeiden ist eine Verpflichtung von größter historischer Bedeutung für die gesamte kolumbianische, lateinamerikanische und karibische Linke. Der Frieden in Kolumbien wird uns helfen, die militärische Anwesenheit des Imperialismus der USA in der Region zurückzudrängen.

Der Kampf um die Verteidigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit, gegen Kolonialismus und Imperialismus hat eines seiner intensivsten Beispiele in der Verteidigung Kubas. Die wirtschaftliche, finanzielle bzw. Handelsblockade der USA gegen Kuba seit Oktober 1960 wird heute von den meisten Ländern der Welt verurteilt, die im November 2012 in der UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit dagegen gestimmt haben. Das 19. Treffen des Forums von São Paulo bringt seine feste Solidarität und Unterstüt-





zung der Bevölkerung und der Regierung Kubas zum Ausdruck und schließt sich den Forderungen nach endgültiger Einstellung der Blockade an. Ebenso fordert es von den USA die Freilassung der in ihrem Land gefangenen kubanischen Helden, die ihre Heimat gegen die terroristischen Pläne der USA verteidigt haben.

Alle dargelegten politischen Aufgabe werden nur erfüllt werden, wenn die im Forum von São Paulo vereinigten fortschrittlichen und linken Kräfte die fundamentale Bedeutung ihrer Einheit klar erkennen. Es gibt für sie keine dringendere Aufgabe als die Einheit der Kräfte auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene. Eine Einheit, welche unsere Unterschiede berücksichtigt und anerkennt, welche die allen unseren Völkern gemeinsamen Ziele als prinzipielle Basis hat. Die Einheit der Linken ist der Weg zur tatsächlichen Integration unserer Völker.

## Kein Wunder in Brasilien

Von Gerhard Dilger, Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo; aus: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

*Das Bild des freundlichen Riesen vom Amazonas zeigt schon seit Langem deutliche Risse. Die Schattenseiten einer beispiellosen wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte treten immer klarer zutage. Für Dilma Rousseffs Arbeiterpartei (PT) wird es höchste Zeit, Farbe zu bekennen. Bislang hat sie sich höchst pragmatisch in das herrschende System gefügt und mit allen und jedem Kompromisse gesucht und Bündnisse geschlossen.*

Brasília, 15. Juni 2013, vor dem Fußballspiel Brasilien gegen Japan: Joseph Blatter und Dilma Rousseff möchten zum Auftakt des Confederations Cup – einer Art Generalprobe für die WM im kommenden Jahr – ein Grußwort sprechen. Als der skandalumwitterte Fifa-Vorsitzende zu reden anhebt, bricht in der prächtigen Mané-Garrincha-Arena ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert los. Als Blatter die Staatschefin Rousseff namentlich erwähnt, werden die Pfiffe und Buhrufe noch einmal deutlich lauter. Schließlich erklärt die genervte Präsidentin das Turnier mit einem einzigen Satz für eröffnet.

Auch wenn den Millionen Brasilianern, die diese Szene über TV Globo mitverfolgten, der akustische Pegel des Unmuts auf den Rängen verborgen blieb – Mimik und Gestik der Präsidentin sprachen Bände. Tage zuvor waren in mehreren Großstädten Zehntausende gegen Fahrpreiserhöhungen und Polizeigewalt auf die Straßen gegangen. Dass auch das Fifa-Spektakel zur Zielscheibe des Volkszorns wurde, ist dabei kein Zufall. Die weitgehend aus Steuergeldern finanzierte WM soll nach jüngsten Zahlen rund 10 Milliarden Euro kosten, fast viermal so viel wie die letzte WM 2010 in Südafrika. Mit den 500 Millionen Euro, die allein das Stadion in Brasília verschlang, hätten 150 000 Sozialwohnungen gebaut werden können, rechnete der Abgeordnete, Fifa-Kritiker und Exfußballstar Romário vor.

Eine ähnlich breite gesellschaftliche Aufbruchsstimmung wie in diesen Tagen hat Brasilien zuletzt vor knapp 30 Jahren erlebt. Gegen Ende der Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 dauerte, verlangte die Bevölkerung ein Jahr lang einen klaren Bruch und direkte Präsidentenwahlen. Damals behielten Militärs und konservative Politiker die Oberhand; realisiert wurde die Forderung erst eine Legislaturperiode später.

Heute sind die Proteste heterogener, die Forderungen vielfältiger. Und die linke Arbeiterpartei PT, die damals noch Sprachrohr der sozialen Bewegungen war, ist nach einem langen Marsch durch die Institutionen und zehn Jahren an der Regierung selbst zum Establishment geworden. Dafür hat sie einen hohen Preis bezahlt.

### Die Basis macht sich selbstständig

Angestoßen wurde die Protestwelle dieses Jahres von der Bewegung für den Nulltarif (Movimento Passe Livre, MPL), die sich seit dem Weltsozialforum 2005 für ein kostenloses öffentliches Nahverkehrssystem einsetzt. Ihre wichtigsten Prinzipien lauten ganz zeitgemäß: keine Hierarchien und Unabhängigkeit von politischen Parteien. Von der brasilianischen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, war in Porto Alegre bereits im März, nach Demonstrationen unter Führung des MPL, die Fahrpreiserhöhung für städtische Busse zurückgenommen worden. Das beflügelte die Proteste auch in anderen Großstädten.

In Brasilien ist der Nahverkehr in der Hand privater Unternehmen und, gemessen an den Realeinkommen, einer der teuersten der Welt. In der Regel müssen die Fahrgäste in jedem Bus eine neue Fahrkarte lösen. Das belastet insbesondere die Ärmern, die kein eigenes Auto haben. Zudem müssen Nutzer, die in weit entfernten Außenbezirken leben, jeden Tag Fahrzeiten von mehreren Stunden in Kauf nehmen. Deshalb werden die Forderungen der MPL, die vorwiegend aus Studierenden der Mittelschicht besteht, von einer breiten Mehrheit mitgetragen.

In den tonangebenden Medien wurden die Demonstrierenden lange Zeit pauschal als „anarchistische Randalierer“ denunziert. Nach einem brutalen Polizeieinsatz in São Paulo, bei dem am 13. Juni auch mehrere Journalisten verletzt oder festgenommen wurden, begann sich die öffentliche Stimmung zu drehen. Jetzt wurde die vielfach dokumentierte Polizeigewalt auch in den Massenmedien thematisiert, was die Protestbewegung stärkte.

Eine gute Woche lang gingen im ganzen Land Millionen Menschen auf die Straße. Das Spektrum der Forderungen reichte von „Schulen und Krankenhäusern mit Fifa-Standard“ über die Respektierung der Rechte von Frauen, Homosexuellen oder Leuten, denen Zwangsumsiedlung drohte, bis hin bis zur Bestrafung korrupter Politiker.<sup>1</sup> Besonders medienwirksam waren die Demonstrationen an den Austragungsorten des Confederations Cup, also in Fortaleza, Salvador, Brasília, Belo Horizonte und Rio. Mit der Zeit beteiligten sich auch immer mehr Bewohner der ärmeren Stadtviertel an den Protesten. In São Paulo und anderen Städten wurden die Fahrpreiserhöhungen von 20 Centavos (circa 7 Eurocent) wieder zurückgenommen.

Die Rechnung des PT-Vorsitzenden Rui Falcão, durch die Mobilisierung von Parteimitgliedern noch den Anschluss an die Bewegung zu finden, ging nicht auf. In mehreren Städten prügelten rechte Schläger rabiat auf bekennende Anhänger linker Parteien und Bewegungen ein, rissen ihnen die roten Fahnen und Spruchbänder aus den Händen und weckten damit Befürchtungen vor einer gezielt geschürten Destabilisierung der Regierung oder gar vor einem Staatsstreich.<sup>2</sup> Auffällig war, wie der mediale Mainstream versucht hat, die Proteste in seinem Sinne zu instrumentalisieren. Sowohl TV Globo als auch die großen Qualitätszeitungen *O Estado de São Paulo*, *Folha de São Paulo* und *O Globo* und natürlich auch



das reaktionäre Wochenmagazin *Veja* hatten die Demonstranten lange ignoriert und nur über die Gewalt militanter Gruppen berichtet. Jetzt auf einmal machten sie die Korruption zu ihrem Hauptthema.

Die Standardgeschichte in diesen Medien lautet im Wesentlichen so: Spätestens seit der Korruptionsaffäre Mensalão<sup>3</sup> im Jahr 2005, die unter PT-Staatschefs Luiz Inácio Lula da Silva (2003 – 2010) und dessen Nachfolgerin Dilma Rousseff lief, sei „die Politik“ verkommen als je zuvor. 2012 verurteilte das oberste Bundesgericht nach einem monatelangen Prozess mehrere führende PT-Politiker wegen ihrer Beteiligung am Mensalão zu hohen Haftstrafen. Unabhängige Untersuchungen zeigen allerdings, dass der Anteil korrupter Parlamentarier in den Reihen der großen Oppositionsparteien oder der amorphen Zentrumspartei PMDB (Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens), die den Vizepräsidenten stellt, um ein Vielfaches größer ist als in der PT.<sup>4</sup>

Unbestreitbar ist jedoch, dass sich die Arbeiterpartei, nachdem sie sich gut 20 Jahre lang als „ethische“ Opposition aufgespielt hatte, unter Lula höchst pragmatisch in das politische System einfügte. Da die PT selbst nur etwa 20 Prozent der Sitze im Bundesparlament hat, ist sie auf Koalitionen angewiesen, die weit ins konservative Spektrum hineinreichen. Das macht die Mitte-links-Regierung erpressbar, wofür die Affäre Mensalão nur das spektakulärste Beispiel war. Auch die alte PT-Forderung nach einer grundlegenden politischen Reform scheiterte an den Mehrheitsverhältnissen und wurde von Rousseff erst jetzt wieder aufgegriffen.

Die Justiz steht der Legislative in Sachen Korruption und Vetternwirtschaft kaum nach, und das gilt noch stärker für die auf bundesstaatlicher Ebene organisierte Polizei. Viele Verstöße werden nicht geahndet. So wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres in den 93 Polizeibezirken der Megalopole São Paulo 55 300 Gewaltverbrechen registriert. Doch zu Festnahmen kam es lediglich in 1 700 Fällen, das sind weniger als 3 Prozent.<sup>5</sup>

In anderen Regionen Brasiliens sind die Verhältnisse eher noch dramatischer. Hinter Schloss und Riegel landen gewöhnlich nur Leute, die über keine gewieften Anwälte verfügen. Kein Wunder, dass die Forderung nach mehr Sicherheit auf der Wunschliste der Brasilianer ebenfalls ganz oben steht.

Die beschriebenen gewaltsamen Attacken vom 20. Juni markierten einen Wendepunkt: Viele progressive Demonstranten zogen sich vorläufig zurück. Doch die Politisierung der brasilianischen Jugend ist nicht aufzuhalten. Vielerorts wurde nun auf Volksversammlungen unter freiem Himmel über das weitere Vorgehen beraten. Der „Frühling“ ist noch längst nicht vorbei.

Zugleich ging Dilma Rousseff in die Offensive: In ihrer Fernsehrede vom 21. Juni lobte sie die Demonstranten und erklärte, der „Impuls dieser neuen politischen Energie“ könne dazu beitragen, „viele in Brasilien besser und schneller zu ändern, als es früher aufgrund politischer und ökonomischer Hemmnisse möglich war“. Doch diese Rede kam wohl zu spät: Umfragen zeigen, dass die Zustimmungswerte der Staatschefin seit den Demonstrationen dramatisch eingebrochen sind.

Ende Juni ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Datafolha, dass nur noch 30 Prozent der Befragten die Amtsführung Rousseffs als gut oder sehr gut bewerten; drei Wochen zuvor waren es noch 57 Prozent gewesen.<sup>6</sup> Auch die

Chancen auf ihre bis vor Kurzem als sicher geltende Wiederwahl im Oktober 2014 sanken deutlich: In einer Stichwahl würde sie derzeit ihrer früheren Kabinettskollegin, Lulas Umweltministerin Marina Silva, unterliegen. Doch das sind Momentaufnahmen – auch die Wiederwahl Lulas schien 2005 keineswegs sicher.

Drei Tage nach ihrer Rede an die Nation signalisierte die Präsidentin Tatendrang: Sie regte die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung an, machte aber schon einen Tag später angesichts des geballten Widerstands der Opposition, der Justiz und der Medien einen Rückzieher. Nun sollen die Wähler in den kommenden Monaten in einer Volksabstimmung über einige konkrete Veränderungen des Wahlrechts befinden. Allerdings stellte sich Anfang Juli der wichtigste Koalitionspartner PMDB quer.

## Die soziale Bewegung erlebt ihre Midlife-Crisis

Parallel dazu suchte Rousseff mit einem zuvor nie erlebten Eifer das direkte Gespräch mit den sozialen Bewegungen und vorrangig mit der MPL. Solche Kontakte hatte bis dahin ihr Präsidentschaftsminister Gilberto Carvalho wahrgenommen. Der hatte dabei versucht, umstrittene Positionen, etwa in der Agrarpolitik oder im Hinblick auf den Bau des Riesenstaudamms Belo Monte in Amazonien, auch bei regierungskritischen Gruppen innerhalb der eigenen Wählerbasis durchzudrücken – zum Beispiel bei der Landlosenbewegung MST oder den Vertretern der Indigenen. Anders als zu Lulas Zeiten war es also kaum mehr zu einem echten Dialog mit der Präsidentin gekommen. Ob diese nun aber auch inhaltlich auf die sozialen Bewegungen zugehen wird, muss sich noch zeigen.

Rousseffs wirtschaftsfreundlicher Kurs, der Wachstum um jeden Preis favorisierte und vor allem auf den Export von mineralischen und agrarischen Rohstoffen setzte, lag zwar durchaus auf der Linie, die Lula in seiner zweiten Amtszeit verfolgt hatte. Doch im Gegensatz zu dem charismatischen Exgewerkschafter verstand es die bis weit ins bürgerliche Lager hinein respektierte Technokratin Rousseff nicht mehr, ihre linke Basis zu begeistern.

Der Großteil der „organisierten Zivilgesellschaft“ – die großen NGOs, die Gewerkschaften und die „klassischen“ sozialen Bewegungen wie die der Landlosen, der Frauen, Homosexuellen oder Obdachlosen, deren Blütezeit parallel zur langen Aufbruchphase Lulas und der Arbeiterpartei in den 1980ern und 1990ern lag – hatte sich dennoch mit den Verhältnissen abgefunden. Sie sind nun angesichts der Proteste der Jungen fast ebenso ratlos wie die PT selbst.

Man könnte also fast von einer Midlife-Crisis dieser Szene sprechen, die größtenteils von dem PT-geführten Regierungslager kooptiert worden war.<sup>7</sup> Allerdings verschafft der „brasilianische Frühling“ diesen Gruppen ganz neue Chancen, ihre langjährigen Forderungen einer breiteren Öffentlichkeit tatsächlich nahezubringen. Dazu gehört etwa die These, eine echte politische Reform müsse auch Elemente direkter Demokratie beinhalten.<sup>8</sup> Diese regierungsnaher Linke hat den 11. Juli zu einem großen Protesttag ausgerufen.

Auch innerhalb der Arbeiterpartei sind die Hoffnungen auf einen Linksschwenk der Präsidentin gestiegen. Das PT-Vorstandsmitglied Valter Pomar kritisiert die „konservative Haltung gegenüber den indigenen Völkern“ im eigenen Lager und die Nachgiebigkeit gegenüber der Rechten. Auch habe die PT die Fußball-Weltmeisterschaft oder auch den Bau von



Wasserkraftwerken mit „falschen Argumenten“ verteidigt. Pomar verlangt von seiner Partei, sowohl auf der Straße als auch im Parlament aktiv zu werden: „Wir müssen die Strategie und das allgemeine Verhalten der PT und der Linken ändern.“ Mit der Rechten solle man sich nicht nur in den sozialen Netzwerken auseinandersetzen; vielmehr müsse die Regierung endlich dem konservativen Medienoligopol entgegenreten.<sup>9</sup>

Als hätten sie auf solche Mahnungen nur gewartet, beeilten sich Parlamentarier, Bürgermeister und Gouverneure, auch mit Blick auf die Wahlen 2014, einige Forderungen der Demonstrierenden in die Realität umzusetzen. So wurde ein Gesetzesentwurf gekippt, der die Ermittlungsbefugnisse der Volksanwaltschaft<sup>10</sup> gegenüber korrupten Politikern beschnitten hätte. Künftig wird es weniger geheime Parlamentsabstimmungen geben, und auch ein schwulenfeindlicher Gesetzesentwurf, der „Heilung“ durch psychologische Berater vorsah, verschwand in der Schublade. Und vielerorts wurden die Busfahrpreise weiter gesenkt.

Dennoch ist klar, dass die überwältigende Mehrheit des Kongresses alles dafür tun wird, eine politische Reform im Sinne der Präsidentin zu verhindern. Die PT, die sich in den 1980er Jahren als eine neuartige pluralistische Linkspartei jenseits von Sozialdemokratie, Kommunismus oder Sektierertum formierte, hat sich in ihren Regierungsjahren – ähnlich wie die Sozialdemokratie Europas – um die soziale Abfederung des kapitalistischen Systems bemüht. Dabei hat sie zugleich auf jede systemimmanente Strukturreform verzichtet. Sozialökologische Ansätze, die etwa noch in Lulas Wahlprogramm von 2002 zu finden waren, sind im Wachstumsrausch der letzten Jahre völlig untergegangen.

Die Arbeiterpartei steht heute vor der wohl größten Herausforderung ihrer 33-jährigen Geschichte: Entweder findet sie zurück zu ihrem radikaldemokratischen Impetus, der einmal den Bürgerhaushalt<sup>11</sup> und das Weltsozialforum hervorgebracht hat, oder sie bleibt im Labyrinth der Realpolitik gefangen. Diese Gefahr könnte durch die heraufziehende Wirtschaftskrise verstärkt werden. Dann allerdings droht – das haben die Proteste klargemacht – im kommenden Jahr die Wahlniederlage.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe [www.taz.de/Debatte-Proteste-in-Brasilien/!118813/](http://www.taz.de/Debatte-Proteste-in-Brasilien/!118813/).
- 2 Vgl. Antonio Martins, „Brasilianischer Frühling oder rechter Putsch?“, [www.rosalux.de/publication/39690/brasilianischer-fruehling-oder-putsch-von-rechts.html](http://www.rosalux.de/publication/39690/brasilianischer-fruehling-oder-putsch-von-rechts.html).
- 3 Auf Deutsch etwa: „Monatsbatzen“. Gemeint sind Schmiergeldzahlungen der PT, um rechte Politiker der Regierungskoalition bei der Stange zu halten.
- 4 Etwa die Erhebungen der „Bewegung zum Kampf gegen die Wahlkorruption“: [pt.wikipedia.org/wiki/Dossi%C3%AA\\_do\\_Movimento\\_de\\_Combate\\_%C3%A0\\_Corrup%C3%A7%C3%A3o\\_Eleitoral](http://pt.wikipedia.org/wiki/Dossi%C3%AA_do_Movimento_de_Combate_%C3%A0_Corrup%C3%A7%C3%A3o_Eleitoral).
- 5 *O Estado de São Paulo*, 9.6.2013: [www.estadao.com.br/noticias/cidades,delegacias-fazem-em-media-3-prisoas-a-cada-10-0-crimes-violentos-na-capital,1040628,0.htm](http://www.estadao.com.br/noticias/cidades,delegacias-fazem-em-media-3-prisoas-a-cada-10-0-crimes-violentos-na-capital,1040628,0.htm).
- 6 *Folha de São Paulo*, 29.6.2013: [www1.folha.uol.com.br/poder/2013/06/1303541-popularidade-de-dilma-cai-27-pontos-apos-protestos.shtml](http://www1.folha.uol.com.br/poder/2013/06/1303541-popularidade-de-dilma-cai-27-pontos-apos-protestos.shtml).
- 7 Kristina Michahelles, „Eine brasilianische Erfolgsgeschichte“, *Deutsche Welle*, 2.7.2013.
- 8 So forderte das NGO-Netzwerk „Plattform für eine politische Reform“ am 3.7.2013, das von Rousseff vorgeschlagene Plebiszit müsse „über wahltechnische Fragen hinausgehen“: [www.reformapolitica.org.br/component/content/article/26-em-destaque/828-o-plebis-cito-precisa-ir-alem-de-questoes-eleitorais.html](http://www.reformapolitica.org.br/component/content/article/26-em-destaque/828-o-plebis-cito-precisa-ir-alem-de-questoes-eleitorais.html).
- 9 Valter Pomar, „A saída é pela esquerda“, *Outras Palavras*, 30.6.2013: [outraspalavras.net/brasil/a-saida-e-pela-esquerda/](http://outraspalavras.net/brasil/a-saida-e-pela-esquerda/).
- 10 Anders als die Staatsanwaltschaft kümmert sich die Procuradoria

(Ministério Público) überwiegend um Gesetzesverstöße von Behörden und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst.

- 11 In Porto Alegre und anderen PT-regierten Städten organisierten sich die Bewohner der Armenviertel und wirken bei der Verteilung der städtischen Haushaltsmittel mit. Das Modell ist bis heute ein Vorbild für viele Kommunen in Süd und Nord.

## Die Lösung kann nur eine linke sein. Zu den jüngsten Protesten in Brasilien

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der BAG Friedens- und Internationale Politik, August 2013

### Das Dilemma der Regierung Dilma

Obwohl die Partei der Werktätigen (PT) die Wahl 2010 gewann, verfügt sie im Kongress und im Senat des Landes über nicht mehr als ein Drittel der Stimmen. Mit Dilma Rousseff konnte sie zwar die Präsidentin stellen, musste aber eine breite Regierungskoalition von Mitte-Links bis Mitte-Rechts eingehen. Die Hälfte der fünfzehn Koalitionsparteien ist dem Mitte-Rechtsspektrum zuzuordnen. Damit sind in der Regierung Dilma neben Ministern der PT sowohl solche neoliberaler Prägung als auch des Agrobusiness vertreten. Diese Regierung ist ein Spiegelbild des realen Kräfteverhältnisses der brasilianischen Gesellschaft.

Für die Beurteilung der Situation in Brasilien ist eine genauere Betrachtung der Entwicklung des kapitalistischen Systems des Landes unerlässlich. In den Jahren der PT-Regierungen unter Lula bildete sich eine neue Kapitalfraktion heraus, eine – wie sie in Brasilien genannt wird – interne Bourgeoisie mit eigenen politischen und ökonomischen Zielstellungen. Sie unterscheidet sich von den alten Eliten, die sich stets den Interessen des internationalen Kapitals unterordneten. Diese Fraktion der brasilianischen Bourgeoisie unterstützt die Regierungskoalition, die ihrem Charakter nach heterogen und in sich widersprüchlich ist. Politisch wird sie repräsentiert durch die PT, die unteren Schichten der Mittelklasse und große Teile der Bauernschaft. Seit Ende 2012 ist die Regierung Dilma besonderem Druck des internationalen spekulativen Kapitals ausgesetzt. Sie nahm einige Maßnahmen der Kontrolle des ausländischen, besonders des spekulativen Kapitals zurück. So wurde u. a. eine Erhöhung der Zinssätze vorgenommen. Die Wechselkurspolitik wurde zu Gunsten des ausländischen Kapitals verändert. Über die Medien lief eine scharfe Kampagne gegen Planungsminister Guido Mantega, einen Vertreter des Neodesarrollismus.<sup>1</sup>

Eine harte Auseinandersetzung findet im Moment um die Versteigerung von Parzellen/Abschnitten des Erdölfeldes Libra statt.<sup>2</sup> Nach einem Gesetz aus dem Jahr 2010 hat der Staat das Vorrecht, Gewinne aus der Erdölproduktion für sich zu nutzen. Diese werden für Bildung, Gesundheit; Wohnungsbau etc. eingesetzt. Von den Interessen ausländischer Ölkonzerne beeinflusst, sind die rechten Kräfte, auch solche in der Regierung Dilma, bestrebt zum alten Modell der Konzessionserteilung zurückzukehren. Das ist ein Beispiel für das Zurückweichen der Regierung vor dem Druck des Kapitals.

Die Regierung Dilma Rousseff steht mitten in einer Auseinandersetzung, die zwischen den Kapitalfraktionen ausgetra-



gen wird. Beteiligt sind auch die Volkskräfte, die weitere politische und wirtschaftliche Reformen fordern. Nicht wenige Vertreter linker Auffassungen haben auf die Möglichkeit der Zuspitzung dieser Auseinandersetzungen hingewiesen und betonen, dass sich die Regierung in einem Dilemma befindet.

Dies ist ein besonderer Moment in der Geschichte Brasiliens. Die alten und neuen Eliten üben ökonomisch weiterhin die Hegemonie in der Gesellschaft aus. Politisch und ethisch konnte die PT in der öffentlichen Meinung die Führung behaupten, da sie den Kampf gegen soziale Misere und Armut aufnahm und mit den bisherigen Wahlsiegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Frage stellte. Dessen Auswirkungen sind aber nicht überwunden.

## Der Lulismus als politisches Phänomen

Mit den von Präsident Lula in seinen beiden Amtszeiten von 2003 bis 2011 realisierten Sozialprogrammen wurden ca. 40 Millionen Menschen aus der schlimmsten Armut geholt und rückten in die ohnehin stark differenzierte Mittelklasse auf. Die neu entstandenen Schichten mit niedrigeren Einkommen sind politisch kaum organisiert und folgen in ihren Wahlentscheidungen häufig politischen Repräsentanten, die ihnen den sozialen Aufstieg ermöglichten.

Über zwei Wahlperioden hinweg vermochte es die Regierung Lula, sich gegen den konservativen Block durchzusetzen. Sie war eine Regierung, „die die korporativen Interessen der Arbeiterschaft und der Unternehmer in Übereinstimmung brachte, bei widerstreitenden Interessen vermittelte und eine Politik für die Gesellschaft formulierte.“<sup>3</sup> Dieses Phänomen wird in Brasilien inzwischen als Lulismus bezeichnet. Er stellt eine starke Identifikation des Subproletariats mit der Person des damaligen Präsidenten dar. 2006 gehörten 47 Prozent der Wahlberechtigten dieser Bevölkerungsgruppe an. Das Paradoxe der Wahl im Jahre 2006: Das Wahlvolk teilte sich auf in Menschen mit niedrigem Einkommen und solche der reicheren Schichten, die sich durch die Lula-Politik bevorteilt sahen. Lula fuhr einen äußerst pragmatischen Kurs des Vermittlers zwischen den Klassen. Seine Nachfolgerin Dilma Rousseff setzt ihn im Wesentlichen fort.

In gewissem Sinne wurden durch diese Politik Volksbewegungen ins Regierungslager kooptiert, was ein Abflauen des Volkskampfes und eine Schwächung der sozialen Bewegungen nach sich zog. Damit wurde der eigentliche Konflikt, d. h. die weitere Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, in den Hintergrund gedrängt.

## Ein besonderer Moment in der Geschichte Brasiliens

Die Proteste und großen Massendemonstrationen in den Monaten Juni und Juli, die in ihrer Mehrzahl friedlich verliefen, haben in Brasilien eine neue Situation geschaffen. Regierung, Medien und politische Parteien rechts wie links wurden vom Ausmaß der Mobilisierung überrascht. Rund eine Million Menschen nahm an den Protesten vom 20. Juni teil. Die Bewegung „Movimento Passe Livre“, die die Forderung nach Rücknahme von Fahrpreiserhöhungen auf die Straße trug, und u. a. in Sao Paulo durch den Gouverneur Alckmin (PSDB) und den Bürgermeister Fernando Haddad (PT) mit polizeilicher Gewalt beantwortet wurde, war das Signal zur Ausweitung der Massenproteste.

Brasilien ist nicht mehr so, wie es vorher war. Die Protes-

te und Manifestationen sind Ausdruck einer sozialen Unzufriedenheit, die besonders die städtische Jugend erfasst hat. Sie sind eine Reaktion auf steigende Mieten, die durch Immobilienspekulationen hervorgerufen wurden. Löhne und Gehälter halten mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht mehr Schritt. Zu geringe Investitionen in die öffentlichen Dienstleistungen verschlechtern Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsfürsorge. In den großen städtischen Zentren sind die öffentlichen Verkehrsmittel in schlechtem Zustand, so dass den arbeitenden Menschen im öffentlichen Verkehr Stunden verloren gehen.

Im Gegensatz zu den sozialen Explosionen in anderen Ländern Lateinamerikas fanden und finden die sozialen Proteste in Brasilien nicht vor dem Hintergrund einer außerordentlichen Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung statt. Die Proteste sind vor allem Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem existierenden politischen System, durch das sich eine Mehrheit nicht vertreten sieht.

Auf die Straße ging weniger die etablierte Mittelklasse, auch weniger die Arbeiter. Es waren vor allem Jugendliche und Studenten, die in den 90er Jahren, in der Zeit der Durchsetzung des Neoliberalismus geboren wurden. Jener Teil der Mittelklasse, der weniger Anteil an den Sozialprogrammen hat und sich in seinen Möglichkeiten eingeschränkt sieht, drückte durch seine Teilnahme an den Protesten die Unzufriedenheit mit der Politik Lulas und Dilmas aus. Auf der Straße waren und sind nicht die Ärmsten, die von den sozialen Maßnahmen der PT-Regierungen profitiert haben.

All das macht sichtbar, welche Veränderungen sich in der Zusammensetzung der sozialen Basis des Landes, in der demografischen Entwicklung (ca. 90% der Bevölkerung leben in den Städten) und in der Klassenstruktur vollzogen haben. Die Proteste richten sich gegen Korruption und Verschleuderung von Volksvermögen, das in die Großprojekte der kommenden Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele investiert wird. Protestiert wird gegen die Dominanz und Korruption großer Medienkonzerne wie dem „O Globo“ des Multimillionärs Roberto Marinho.

Die Gewerkschaften waren an den Demonstrationen zunächst nicht beteiligt, gaben aber dann einen Aufruf zu Protesten am 11. Juli heraus, der landesweit befolgt wurde. Ihre konkreten Forderungen: mehr Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen (eingeschlossen die Befürwortung des Einsatzes kubanischer Ärzte, der von rechten Kräften und Ärzteverbänden heftig abgelehnt wird), Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, Durchführung einer politischen Reform und eines Referendums, Realisierung der überfälligen Agrarreform.

Obwohl die Anzahl der Streiks in den letzten Jahren ständig zugenommen hat und es immer wieder Aktivitäten und Proteste der Bewegungen der Landlosen, vor allem der MST, gab, war insgesamt ein Rückgang der Volksbewegung zu verzeichnen. Die Explosion der sozialen Proteste in den letzten Monaten signalisiert einen Aufschwung, eine neue Welle sozialer und politischer Auseinandersetzungen.

## Die Regierung Dilma Rousseff und die PT am Kreuzweg

Das Modell des Neodesarrollismus, mit dem eine Phase des Post-Neoliberalismus eingeleitet wurde, hat seine Möglichkeiten offenbar erschöpft. Zu den Unzulänglichkeiten der letzten Jahre zählt, dass strukturelle Reformen, eine politi-



sche Reform, vor allem aber die Agrarreform nicht durchgeführt wurden. Die Massenproteste werfen genau diese Fragen auf. Das sind die aktuellen Paradoxien, die Brasilien zu bieten hat.

Nach einer Periode der Sprachlosigkeit und Passivität ging Präsidentin Dilma in die Offensive. In einer Fernsehansprache am 21. Juni unterstützte sie die Massenforderungen und schlug einen Nationalen Pakt vor, der fünf Vorschläge umfasst: die Durchführung eines Referendums über eine politische Reform, Maßnahmen gegen die Korruption, Investitionen in Gesundheits-, Verkehrs- und Bildungswesen.

Die politische Reform würde eine konstitutionelle Veränderung erfordern, insbesondere die Annullierung der Finanzierung von Wahlkampagnen durch Großunternehmen, die Festschreibung von Referenden, die Absenkung der Zahl der notwendigen Unterschriften für Volksbegehren, die Abschaffung des Senats und neue Mechanismen für die direkte Beteiligung des Volkes. Dilma äußerte sich positiv zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Bei einem Treffen mit Gouverneuren und Bürgermeistern versprach die Präsidentin in Ergänzung zum Nationalen Pakt die Erarbeitung eines Nationalen Planes der öffentlichen Verkehrsmittel. Gleichzeitig versicherte sie, die Erlöse aus der Erdölproduktion zu hundert Prozent für die Verbesserung des Bildungswesens einzusetzen. Weiter sollen einige Tausend ausländische Ärzte zur Stabilisierung des Gesundheitssystems angeworben werden.

Präsidentin Dilma traf sich auch mit Vertretern der Bewegung „Movimento Passe Livre“, die sich mit der inhaltlichen Vorbereitung der Präsidentin unzufrieden zeigten. Allerdings konnte die Bewegung den Erfolg verbuchen, dass die Tarifierhöhungen im öffentlichen Verkehr zurückgenommen wurden.

Die Präsidentin verurteilte die während der Demonstrationen verübten Gewalttaten, ohne jedoch die Verursacher zu benennen, d.h. besonders auf die Gewalt seitens der Polizeikräfte einzugehen. Die Reaktion der Präsidentin auf die Juni-Ereignisse wurde in weiten Teilen der Linken und der demokratischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen und als Schritt nach vorn gewertet. Ihre Ankündigungen können ein Ausgangspunkt sein, die gegenwärtige Stagnation aufzubrechen und eine neue Phase der politischen Entwicklung einzuleiten.

Das Land steht unter diesen Vorzeichen vor entscheidenden politischen Auseinandersetzungen:

### **1. Die Veränderung der politischen Strukturen und das Referendum zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung**

Kurz nach Bekanntwerden der Rede der Präsidentin im staatlichen Fernsehen reagierte der liberale Koalitionspartner Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB). Ihr Vorsitzender und Vizepräsident der Republik, Michel Temer, warnte Präsidentin Dilma sofort vor der Gefahr des Auseinanderbrechens der Koalition. Der Fraktionsvorsitzende der PMDB im Kongress, Eduardo Cunha, erklärte, der Kongress sei gegen ein Referendum. Den Vertretern der PMDB schloss sich die gesamte rechte Opposition an und lehnte die Durchführung eines Referendums ab.

Offensichtlich wird, dass die PT die Forderungen der Massen aufnehmen muss, um die Position der Präsidentin zu stärken und dem Druck der bürgerlichen Opposition zu begegnen. Gleichwohl reagierte Präsidentin Dilma mit Zuge-

ständnissen an die PMDB, die in dem Referendum nur Veränderungen des Wahlsystems zur Abstimmung stellen will.

### **2. Die Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der Volksbewegung**

Schon während der Protestbewegung traten Kräfte auf, die sich gegen linke Forderungen und Demonstranten stellten und versuchten, die Demonstrationen gegen die PT-Regierung zu lenken. Provokateure traten in Aktion und organisierten gewalttätige Zwischenfälle. Rechte Medien, die anfangs die Bewegungen kriminalisiert hatten, stellten sich plötzlich „an die Seite“ der Volksbewegung und forderten „Weg mit der Regierung Dilma“. Die Möglichkeit, dass die Masse der Protestierenden durch Medien und Parteien beeinflusst wird, ist vorhanden. Die Gefahr, dass deren positive und progressive Forderungen in eine Konfrontation mit der PT-Regierung umgelenkt werden, ebenfalls.

Zwei Szenarien erscheinen mit Blick auf die Positionierung der Bewegung möglich:

Die Opposition unter Führung der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB)<sup>4</sup> wird versuchen, die Bewegung zu beeinflussen. Das ist leichter möglich, wenn die Forderungen der Protestierenden nicht erfüllt werden und diese in stärkerem Maße auf die Straße zurückkehren. Offen ist, ob die Jugend der Mittelklasse die rechten Parteien als Alternative zur PT-Regierung betrachtet.

Ein weiteres Szenarium ist denkbar, wenn die Protestierenden eine Alternative „außerhalb des existierenden Systems“ suchen. Die Ex-Senatorin Marina Silva<sup>5</sup> gründete im Februar 2013 eine eigene Partei „Netzwerk Nachhaltigkeit“, der durchaus 30 Prozent der Wählerstimmen der protestierenden Jugend zufallen könnten.

Mit Blick auf das Wahljahr 2014 wird der Kampf um „die Straße“ die kommende Zeit wesentlich beeinflussen. Medien und Oppositionsparteien werden alles daran setzen, eine Anti-PT und Anti-Dilma-Front zusammenzubringen. Gelingt es der Linken und der PT, den Kurs auf die Umsetzung des Nationalen Paktes zu konzentrieren, dann kann die gesamte Entwicklung nach links verschoben werden. Die Zukunft dieser PT-Regierung wird von ihrer Fähigkeit abhängen, die Forderungen der Protestierenden umzusetzen, um die in mehr als zehn Jahren Regierungen der PT erreichten politischen Veränderungen nicht zu gefährden.

### **3. Die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung**

In den Erklärungen der Präsidentin war – im Allgemeinen wenig wahrgenommen – von „fiskalischer Verantwortung“ die Rede. Gemeint sind damit wirtschaftliche Stabilität und die Kontrolle der Inflation. Die fiskalische Verantwortung ist in einem Gesetz von 2000 geregelt, wonach die Ausgeglichenheit des Staatsbudgets gegeben sein muss, was vor allem durch eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben erreicht werden soll. Hinter dieser Bemerkung der Präsidentin steht die Befürchtung, dass die nun zugesagten Finanzmittel für soziale Programme, besonders für die öffentlichen Verkehrsmittel, negative Folgen für die vorgesehenen Konzessionsvergaben für Straßen und Eisenbahnen haben können, weil sich interessierte Investoren zurückziehen. Die Regierung, die gegenwärtig von einem Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent im ersten Quartal 2013 ausgeht, rechnet bei neuen privaten Investitionen in das Verkehrswesen für das Wahljahr 2014 mit einem Wachstum von 3,5 Prozent. Wenn Präsidentin Dilma die „fiskalische Verantwortung“ in den



Vordergrund stellt, steht das im Gegensatz zum Gesamtkonzept des Nationalen Paktes, der mit finanziellen Ausgaben für die sozialen Projekte steht und fällt.

An Stelle „fiskalischer Verantwortung“ braucht das Land ein Projekt der Entwicklung Brasiliens, das eine gerechte Verteilung des Reichtums, die nachhaltige Entwicklung seiner Industrie und eine Abkehr von der neoliberalen Orthodoxie beinhaltet. Deren Beibehaltung, auch eine partielle, versperrt den Weg für grundlegende Veränderungen. Mit diesen Entscheidungen steht die Regierung an einem Kreuzweg.

#### **4. Gelingt es der politischen und sozialen Linken, neue Wege zu gehen?**

In der positiven Beurteilung der Reaktion von Präsidentin Dilma auf die Proteste stimmt die Mehrheit des linken Spektrums überein. Wie aber auf die Herausforderung, auf die konkreten Widersprüche in der Regierungskoalition zu reagieren ist, bleibt offen. Für Vertreter des linken Spektrums heißt das, der Regierung Unterstützung gegen die Widerstände aus der eigenen Koalition und der Opposition zu geben. Ein Zurück in neoliberale Zeiten muss ausgeschlossen werden. Die zentrale Frage bleibt die Umsetzung der Forderungen der Protestbewegung, struktureller Veränderungen und die Verhinderung der Vereinnahmung der Bewegung durch rechte und neo-konservative Kräfte.

Gegenwärtig ist eine Reihe neuer Aktivitäten zu verzeichnen: Soziale Bewegungen stimmen sich untereinander ab, die linken Kräfte in der PT machen mobil, Treffen von Intellektuellen und Gespräche mit den neuen Bewegungen finden statt, darunter auch mit der Bewegung „Movimento Passe Livre“.

Die politische und soziale Linke war nicht auf die neuen Entwicklungen in den Bewegungen vorbereitet und hat deren Charakter zunächst nicht erfasst. Die Massenaktionen brachen spontan aus, liefen aber nicht unorganisiert ab. Sie haben ihren Ausgangspunkt in den sozialen Netzwerken, wo konkrete Personen wirken. Sie praktizieren direkte Demokratie, die im politischen Alltag der gewählten Repräsentanten verloren gegangen ist. Die Linke in ihrer Gesamtheit muss alte Gewohnheiten überwinden und neue Wege gehen, um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

Für die PT beginnt ein Prozess des Lernens und der Überwindung des Lulismus. Für die Partei geht es um die Gestaltung der kommenden Zeit, die mit den bisherigen Mitteln einer Wahlpartei nicht zu bewältigen ist. Das betrifft nicht nur die PT, sondern alle linken Kräfte, selbst diejenigen, die bisher einen Anti-PT-Kurs gefahren haben. Die Einheit der politischen und sozialen Linken ist notwendiger denn je. Eine Veränderung der Strategie und der Aktivitäten ist erforderlich. Nur auf diesem Wege wird die Linke in der Lage sein, Tausende von Arbeitern in Stadt und Land, Tausende von Menschen in den Randgebieten der Städte und unterschiedlichste gesellschaftliche Kräfte gegen die Gegner des brasilianischen Volkes zu mobilisieren.

#### **Anmerkungen**

- 1 Als Neodesarrollismus wird eine post-neoliberale Politik bezeichnet, die den Staat als wichtigen Akteur betrachtet und – wie im Falle Brasiliens – Sozialprogramme im Kampf gegen die Armut realisiert.
- 2 Es handelt sich um einen Teil des Tupi-Erdölvorkommens, das im Santosbecken liegt.
- 3 Conjuntura da Semana Especial. „A reorganização do capitalismo brasileiro“, IHU On-Line, 11.11.2009.
- 4 Die PSDB (gegr. 1988) ist die Partei des ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, der in den Jahren 1995–2002 eine Politik im Sinne des Neoliberalismus und der herrschenden Eliten betrieb.

- 5 Marina Silva war von 2003–2008 Ministerin für Umwelt, verließ die PT und gab den Ministerposten aus Protest gegen Lulas Umweltpolitik auf. Sie trat der Grünen Partei (PV) bei, für die sie 2010 kandidierte. Sie errang 19,4 Prozent der Stimmen. Das war Platz drei hinter Dilma Rousseff und Serra, dem Kandidaten der PSDB.

## **Gabriel erntet Zorn der Internationale. Die SPD hat der SI den Kampf angesagt**

*Von Uwe Kalbe, aus: Neues Deutschland, 23. Mai 2013*

„Mit der ‚Progressive Alliance‘ wollen wir in Leipzig nun ein Netzwerk aufbauen, das leistet, was die SI leider nicht mehr kann: Eine Plattform sozialdemokratischer Debatten im globalen Rahmen zu bieten.“ Dieser Satz ist der Kern eines Beitrages von Sigmar Gabriel auf der Internet-Seite der SPD. In ihm begründet der SPD-Parteichef, was gestern in Leipzig am Vorabend der heutigen Feier zum 150. Gründungstag der Partei geschah. Die Gründung eines Dachverbands sozialdemokratischer Parteien neben der Sozialistischen Internationale nämlich, die gleichzeitig eine Kampfansage an diese ist.

Als eine solche wird das neue Netzwerk dort auch verstanden. In einem Offenen Brief an alle 162 Mitgliedsverbände, der gestern bekannt wurde, weisen SI-Präsident Giorgos Papandreou und Generalsekretär Luis Ayala die Vorwürfe Gabriels zurück, die dieser als Begründung anführt für den Schritt zu einer neuen Organisation. Und dass die Sozialistische Internationale keine „Plattform sozialdemokratischer Debatten im globalen Rahmen“ mehr böte, versuchen die Autoren auf sieben Seiten mit Verweisen auf zahllose Gipfel, Stellungnahmen und Gremien zu widerlegen.

Ausführlich wird dabei auch auf die einzelnen Vorwürfe Gabriels eingegangen. Einer davon: Unter dem Dach der SI versammelten sich auch die Parteien von Diktatoren und Despoten, so die der gestürzten Machthaber von Tunesien und Ägypten. Die scharfe Entgegnung der Briefautoren verweist auf die eigens zur Kontrolle entsprechender Normen geschaffene Ethik-Komitee der SI. Ein Ausschluss der RCD von Ben Ali in Tunesien oder der NDP von Hosni Mubarak in Ägypten sei von diesem Komitee nicht thematisiert worden; einige Mitgliederparteien, darunter die deutsche Sozialdemokratie, habe dagegen bilaterale Beziehungen zu den jetzt inkriminierten Parteien gepflegt. Noch in der Woche vor der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi, die die Proteste in Tunesien auslöste, sei eine hochrangige SPD-Parlamentarierdelegation zum offiziellen Besuch nach Tunesien gereist. Um die Integrität der SI zu wahren, hätten schließlich Präsident und Generalsekretär, also die Unterzeichner des Briefes, die Mitgliedschaft der beiden Parteien beendet.

Süffisant weist der Brief auf die Verantwortung der deutschen Sozialdemokraten für die ökonomische Debatten des Dachverbandes hin, die sie jetzt als unzureichend schildern. Die SPD habe die Leitung zweier ständiger Komitees für Wirtschaft, ökonomische Politik, sozialen Zusammenhalt und Umwelt in den Jahren 2000 bis 2012 übernommen. Regelmäßig habe man sich in verschiedenen Teilen der Welt getroffen, Stellungnahmen und Dokumente veröffentlicht, so die Briefautoren. In seinem Text auf der SPD-Seite hatte Gabriel ihnen vorgeworfen: „Nüchtern muss man feststellen,



dass die Sozialistische Internationale (SI) in den letzten Jahren weder zu den Exzessen der Finanzmärkte noch zu den anderen globalen Herausforderungen – vom Klimawandel bis zu Bekämpfung des Hungers – irgendeinen substantziellen Beitrag geleistet hat.“

Auch mit anderen Vorwürfen findet Gabriel keine Gnade bei Papandreou und Ayala. „Völlig inakzeptabel“ nennen sie es, wenn die Organisation mit Korruption in Verbindung gebracht werde. „Es ist bedauerlich, dass die Führung unserer deutschen Mitglieder die weltweite Bewegung progressiver Kräfte spalten will, statt sie zu vereinen und zu stärken. Ebenso bedauerlich ist, dass dabei falsche Argumente benutzt werden.“

50 Parteien haben ihre Mitgliedschaft in der „Progressive Alliance“ erklärt. Die SPD, Urheber und treibende Kraft der Gründung, lässt ihre Mitgliedschaft in der SI nunmehr ruhen, ihre Beiträge schmilzt sie von knapp 120 000 auf 6 000 Euro ab. Wenngleich Austrittspläne in der SPD bisher dementiert werden, haben die deutschen Sozialdemokraten mit 50 Parteien eine Gegenmacht in Stellung gebracht, die fortan um die Deutungsmacht im globalen linken Lager zu streiten aufbricht. Auf europäischer Ebene funktionieren die Kooperation mit den sozialdemokratischen Schwesterparteien immer besser, schreibt Sigmar Gabriel – darunter in der gemeinsamen Fraktion im Europarlament, die den selben Namen trägt wie die neue Dachorganisation – „Progressive Alliance“.

Für die Sozialistische Internationale kommt die Kampfansage zu einem ungeeigneten Augenblick. Die Präsidentschaft ist nach dem Machtverlust Papandreous als griechischer Regierungschef und PASOK-Vorsitzender geschwächt. Sein Hinweis auf die goldenen Zeiten der Internationale mit Willy Brandt als Präsidenten klingt fast wie eine Bestätigung der Vorwürfe Gabriels.

## Die Sozialistische Internationale, die „Progressive Allianz“ und die Linke Europas

*Von Stephan Peter, Kovorsitzender der Internationalen Kommission der Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA), geringfügig gekürzt, Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger*

**„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“**  
(Wilhelm von Humboldt)

Im Jahre 2011 besuchte ich die Zentrale der niederländischen Partei der Arbeit (PvdA) in Amsterdam und sprach dort mit einem Mitarbeiter der Internationalen Abteilung. Zu meiner Überraschung erzählte er mir, dass seine Abteilung an einer grundsätzlichen Kritik der Sozialistischen Internationale (SI) mitarbeite, die offenbar von der deutschen Sozialdemokratie initiiert worden war. Diese erschien dann tatsächlich in Nr. 2/2011 von „Intern“, einem Bulletin für Funktionäre und Aktivisten der SPD.

### Die Vorwürfe der SPD an die SI

Diese Begebenheit fällt mir ein, wenn ich über die kürzliche Gründung der „Progressiven Allianz“, eines hauptsächlich auf Initiative der SPD geschaffenen internationalen Netz-

werks, nachdenke. Es besteht neben der SI und könnte eines Tages an deren Stelle treten. Dem ging 2011 ein Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zu einer Reform der SI voraus. Heute behauptet Gabriel, seine Ideen für eine SI-Reform seien nicht gut aufgenommen worden und hätten nichts gebracht.

Gabriels Reformvorschlag bestand aus vier Hauptpunkten:

Erstens benötige die SI ein Instrument zum sofortigen Eingreifen, wenn Mitgliedsparteien Menschenrechte verletzen. Das Verfahren zur Überprüfung der SI-Mitgliedschaft von Parteien bei Verletzung von Grundwerten der Internationale müsse beschleunigt werden.

Zweitens müsse die SI ihr politisches Gewicht verstärken. Sie müsse internationale Anerkennung als ein Ort anstreben, wo über Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gesprochen werde. Dafür müsse die SI transparenter und demokratischer werden.

Drittens solle sich die SI für neue progressive Parteien, NGOs und weitere Partner öffnen. Sie solle neue Möglichkeiten für Partizipation schaffen und in sich partizipativer werden. Sie müsse sich zu der Stelle entwickeln, an die sich Menschen vor allem wenden, die für Freiheit, Gleichheit und Solidarität kämpfen.

Viertens müssten von der SI langfristige, nachhaltige Konzepte für die Lösung von Konflikten ausgehen; sie müsse zu einer Triebkraft für die Einleitung und Unterstützung entsprechender Kampagnen werden. Beispiele seien ein längerfristiges Engagement im Nahen Osten oder der Kampf um eine gerechte Verteilung der knapper werdenden Ressourcen.

Der Reformvorschlag der SPD endete mit der Erwartung, dass diese Reformschritte rasch umgesetzt werden. Natürlich bis 2013, da die Partei ihr 150-jähriges Bestehen zu feiern gedachte. Im April 2011 schrieben über zwei Dutzend Chefs sozialdemokratischer Parteien an SI-Präsident Papandreou einen Brief, in dem sie auf Veränderung drängten: „Wir müssen diese Reformchance nutzen, um unsere Allianz für die Zukunft fit zu machen, was bedeutet, sie als politisch relevante, in der Öffentlichkeit sichtbare globale Organisation zu etablieren – mit transparenten und demokratischen Verfahren und mit Mitgliedsparteien, die derartigen Standards gerecht werden. Sie forderten eine „Taskforce SI-Reform 2011“.

Doch im Mai 2013 trafen sich über 70 sozialdemokratische und linksliberale Parteien, darunter die Demokraten aus den USA, die britische Labour Party und die Indische Kongresspartei in Leipzig, wo sie ein globales Netzwerk progressiver Parteien mit dem Namen „Progressive Allianz“ aus der Taufe hoben. Zugleich senkte die SPD ihren Beitrag zur SI von jährlich 100 000 auf 5 000 Britische Pfund, was auf eine Beendigung ihrer aktiven Mitarbeit hinausläuft. Nebenbei behauptete sie auch noch, die brasilianische Arbeiterpartei (PT) sei der Allianz beigetreten, obwohl diese das dementierte. Die Behauptung wurde erst jüngst in der Juni-Ausgabe 2013 des SPD-Mitgliedermagazins „Vorwärts“ wiederholt.

### Die Reaktion der SI

In einem umfangreichen Offenen Brief vom 19. Mai 2013 an die Mitgliedsparteien weisen SI-Präsident Papandreou und Generalsekretär Ayala die Kritik der SPD zurück: „Die SPD hat die Internationale in der Frage des Ausschlusses von Ben



Ali in Tunesien und von Mubarak in Ägypten erst kritisiert, als diese bereits aus ihren Ämtern geschieden waren.“ Die SI-Spitze wies darauf hin, dass die SPD dem für eventuelle Sanktionen gegen Mitgliedsparteien zuständigen Ethikausschuss der SI angehörte, der jedoch nie aktiv geworden ist. Überdies unterhielt die SPD direkte bilaterale Beziehungen zu den angesprochenen Regimen, „was der Besuch einer hochrangigen Delegation in Tunesien beweist, der nur eine Woche vor der tragischen Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 und dem Beginn der demokratischen Revolution in diesem Land stattfand“.

„Im Hinblick auf die Exzesse der Finanzmärkte oder andere globale Herausforderungen hat die SI keinerlei substanziellen Beitrag geleistet“, erklärte Sigmar Gabriel. Dazu stellen die SI-Repräsentanten fest: „Seit dem Jahre 2000 bis zum letzten SI-Kongress im September 2012 hatte den Vorsitz in den mit Wirtschaftsfragen befassten SI-Ausschüssen die SPD inne.“

Die Bemühungen der SPD um den Aufbau einer konkurrierenden „Progressiven Allianz“ schätzt die SI-Spitze als den Versuch ein, durch persönliche Angriffe und irreführende Vorwürfe eine Spaltung herbeizuführen. Sie räumt ein, dass „ein neuer Internationalismus und eine neue Solidaritätskultur notwendig sind“, stellt aber zugleich fest, dass die SI „Völkern und Parteien aller Regionen mit unterschiedlichen Kampftraditionen und Geschichte“ eine Heimstatt bietet.

### Eine wirklich progressive Allianz?

Zu diesen Vorgängen ist folgendes zu sagen:

1. Im Rahmen ihres transatlantischen Dialogs hat die SPD in den letzten zwanzig Jahren zunehmend die Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei der USA sowie ihr nahestehenden Denkfabriken und Instituten gesucht. Das ist in gewissem Maße legitim, da dies Strukturen von Macht und Einfluss sind. Früher hat die SPD aber auch US-Sozialisten und Gewerkschaften in diesen Dialog einbezogen. Heute scheint das immer weniger der Fall zu sein. Wie stark die Weltsicht der US-Demokraten bereits in das Denken der SPD Eingang gefunden hat, zeigt der Name der neuen Organisation: „Progressive Allianz“. Auf den Begriff „progressiv“ verliehen die bedrängten Demokraten in den USA, als ihr ursprüngliches Label „liberal“ mit dem verpönten „hohe Steuern und hohe Staatsausgaben“ oder dem „ausufernden Staat“ gleichgesetzt wurden. „Progressiv“ ist aber verschwommener als „liberal“ oder gar „sozialistisch“. Es erinnert an die „Progressive Group of Insurance Companies“, heute einer der größten privaten Autoversicherer der USA.

2. Die Gründung der „Progressiven Allianz“ wurde unter beträchtlicher Geheimhaltung vollzogen. Das soll nicht heißen, dass eine politisch bewusste und aktive SPD-Mitgliedschaft von ihren Führern absichtlich im Unklaren gelassen worden wäre. Nein – es ist der Zustand einer Partei im Koma, der alle Ideen, alle Energie und alle Visionen abhanden gekommen sind. Dass der legendäre Willy Brandt, der 16 Jahre lang Präsident der SI war, diese zu einer weltweiten Organisation aufgebaut hat, macht das Thema für die heutigen SPD-Mitglieder nicht interessanter. Auf die heutige SPD könnte gemünzt sein, was August Bebel auf dem Dresdener Parteitag von 1903 ausrief: „O diese kleinlichen Standpunkte, diese Engstirnigkeit, diese Zaghafteigkeit, dieses ewige Versöhnertum ...“ Bei einer solchen politischen Kultur können Parteiführer ungestraft tun, was sie wollen.

3. Sigmar Gabriel ist durchaus zuzustimmen, dass es der SI an Transparenz, Basisdemokratie und Biss fehlt. Dass sie den Mitgliedsorganisationen und NGOs keine ausreichende Gelegenheit für eine effektive Mitwirkung bietet. Darin ist ihr selbst die Partei der Europäischen Sozialisten (PES) mit ihrer Webseite „PES Activists“ oder dem Blog „Social Europe Journal“ voraus. Aber Gabriels Antwort, die „Progressive Allianz“, bedeutet einen Schritt nach rechts. Die Gemeinschaft von US-Demokraten, der britischen Labour Party und der SPD wirkt doch sehr wie eine Fortsetzung oder gar Vertiefung solcher Konzepte wie die „Neue Mitte“ oder der „Dritte Weg“, die sich Clinton, Blair und Schröder in den 1990ern einfallen ließen.

### Zwei Empfehlungen

Für die Linke zu beiden Seiten des Atlantiks bedeutet die neue Situation Verschiedenes. Hier ist nicht der Ort, umfassende Lösungen zu präsentieren, aber zwei Überlegungen scheinen doch angebracht:

Erstens kann die DSA, nach wie vor die größte Organisation von Sozialisten in den USA, nach wie vor davon ausgehen, dass es in der SI, vielleicht sogar in der „Progressiven Allianz“, immer noch genügend Leute gibt, mit denen zusammenzuarbeiten sich lohnt. Zugleich sollte sie der europäischen Linken jenseits der Sozialdemokratie mehr Aufmerksamkeit schenken, deren Parteien heute in ganz Europa präsent sind und Einfluss haben. Und sei es nur deshalb, weil die Tage offenbar gezählt sind, da die amerikanischen Sozialisten von den Ideen der Mainstream-Sozialdemokraten Europas noch viel Inspiration erwarten können.

Zweitens führen die linken Parteien Europas heute einen Dialog über ein soziales Europa und – im philosophischen Sinne – über die Zukunft des demokratischen Sozialismus. Zu diesem Diskurs haben viele europäische Intellektuelle beigetragen: Elmar Altvater, Nicos Poulantzas, Ota Sik, André Gorz, Hermann Scheer oder Oskar Lafontaine, um nur einige zu nennen. Hier sollte es eine neue Offenheit gegenüber der fortgeschrittenen angelsächsischen Debatte geben, die von Occupy, solidarity economics, Left Forum oder cooperative commonwealth inspiriert wird. Ein guter Anfang wäre die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Nordamerika bei der Partei der Europäischen Linken (EL).

## Die aufgebahrte Tote wird beerdigt

*Die SPD verpasst der Sozialistischen Internationalen den Todesstoß*

*Von Wolfgang Gehrcke, MdB, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN, und Jan Schalauske, Stadtverordneter der Fraktion Marburger LINKE*

Es hat eine gewisse Logik, dass die SPD ausgerechnet im Umfeld ihrer 150-Jahr-Feierlichkeiten in Leipzig den internationalen Dachverband Sozialistische Internationale (SI) links liegen gelassen und einen neuen Verband, die „Progressive Allianz“, aus der Taufe gehoben hat. Die Historie der SPD ist eine Geschichte des langen, aber gründlichen Abschieds vom Sozialismus. Die Etappen auf diesem Weg sind hinlänglich bekannt.





Mit Hilfe der „Progressiven Allianz“ soll nun im internationalen Bereich die Idee und Tradition des Sozialismus endgültig in die Geschichtsbücher verbannt werden. In der Gründungserklärung des neuen Zusammenschlusses sucht man den Begriff vergeblich. Stattdessen ist die Rede davon, das „21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert des demokratischen, sozialen und ökologischen Fortschritts“ zu machen. Wohin die Reise gehen soll, welche konkreten Schritte unternommen werden sollen, darüber liest man wenig. Die Überwindung des Kapitalismus steht für die Allianz jedenfalls nicht auf der Tagesordnung. Stattdessen gehe es darum, den „Kapitalismus ein zweites Mal zu bändigen“, wie Parteichef Sigmar Gabriel betont. Dabei verschweigt er geflissentlich, wie etwa die in der SI tonangebenden SPD und Labour Party um die Jahrtausendwende die Finanzmärkte liberalisiert, den Sozialstaat zerschlagen und Krieg wieder zum Mittel der Politik gemacht haben.

In der Gründungserklärung findet sich kein Bezug auf die Traditionen des Sozialismus, weder aus der europäischen Perspektive, noch zu den Konzeptionen der Befreiungsbewegungen in der Peripherie. Von letzteren wird sich in offiziellen Stellungnahmen der Parteiführer mit Hinweis auf die aktuelle Regierungspraxis besonders deutlich distanziert. Zudem öffnet sich das Netzwerk für politische Formationen, die ausdrücklich nicht der (europäischen) sozialistischen Tradition entstammen und der SI bisher nicht angehörten und eher liberalen Ursprungs sind, wie etwa die US-Demokraten.

Zweifelsohne versetzt die SPD mit der Neugründung der ohnehin im Sterben begriffenen Sozialistischen Internationalen den Todesstoß. Letztere wurde 1951 als Zusammenschluss sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien neukonstituiert – in scharfer Abgrenzung zu kommunistischen Parteien und zum Realsozialismus. Die SI blieb in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert zumeist eine unverbindliche Austauschplattform für die an ihr beteiligten Parteien bzw. diente lediglich zum Geldumlauf unter den Mitgliedsorganisationen. Allerdings war sie, ähnlich wie die Ebert-Stiftung, eine gute Adresse für Konterrevolution, häufig in Lateinamerika, aber auch in Europa. So trug sie etwa dazu bei, die Hoffnungen auf eine sozialistische Revolution in Portugal 1974 zu beenden. Unter der Ägide Willy Brandts fanden ehemalige Befreiungsbewegungen aus Afrika, aus Mittel- und Lateinamerika den Weg in die SI. Nach 1989 kamen einige ehemalige kommunistische Staatsparteien hinzu, die sich in sozialdemokratische Organisationen umgewandelt hatten. Von ihren einstmaligen formulierten sozialistischen Ansprüchen ist ohnehin nicht viel geblieben. Was nur wenige wissen, in den turbulenten Wendejahren stellte auch die SED-PDS 1990 einen Aufnahmeantrag auf eine assoziierte Mitgliedschaft. Über das Begehren wurde freilich nie entschieden. Da haben wir aber nochmal Glück gehabt.

Der Gedanke internationaler Solidarität ist tief verwoben mit der sozialistischen Bewegung, seine Wurzeln reichen bis in die Anfänge der Arbeiterbewegung zurück. „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ schrieb Eugène Pottier nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Commune 1871. Der französische Komponist und Revolutionär würdigte mit diesen Zeilen die 1864 gegründete Internationale Arbeiter-Association (IAA), die unter maßgeblicher Beteiligung von Karl Marx als erster internationaler Zusammenschluss der europäischen Arbeiterparteien entstanden war. Marx und sein Freund und Mitstreiter Friedrich Engels er-

kannten schon im Kommunistischen Manifest (1848) die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, sich global auszubreiten und die „Welt nach ihrem Bilde zu gestalten“. Die Antwort der Arbeiterbewegung könne daher nur die internationale Zusammenarbeit sein. „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ lautete ihre bekannte Schlussfolgerung. Nach der Spaltung der IAA in eine anarchistische und eine marxistische Richtung konnte letztere am 14. Juli 1889, dem 100. Jahrestag der französischen Revolution, feierlich die Sozialistische Internationale, auch II. Internationale genannt, in Paris gründen. Aus der Taufe hoben die Delegierten der wichtigsten Arbeiterparteien Europas zudem den 1. Mai als globalen Kampftag der Arbeiterbewegung. Sie forderten die Einführung des Acht-Stunden-Tages und riefen später den 8. März als Internationalen Frauentag aus.

Unter dem Banner des Marxismus folgte eine beispiellose Aufstiegsperiode der sozialistischen Bewegung in Europa um die Jahrhundertwende. Doch 1914 brach die Sozialistische Internationale mit Beginn des Ersten Weltkriegs zusammen. Die Mehrheit ihrer Parteien stellte sich auf die Seite ihrer kriegführenden nationalen Bourgeoisien und verriet die Grundsätze der internationalen Solidarität, die vorher auf mehreren internationalen Konferenzen verabredet worden waren. „Ich kenne keine Parteien, nur noch Deutsche“ rief der deutsche Kaiser, und die einst stolze und kämpferische deutsche Sozialdemokratie ergab sich dem patriotischen Taumel. Nur ihr Abgeordneter Karl Liebknecht weigerte sich und stimmte im Reichstag mutig gegen die Kriegskredite. Rosa Luxemburg, die nach Kräften gegen den tobenden Weltkrieg agitierte und den Verrat der sozialdemokratischen Führer geißelte, verfasste 1915 die berühmt gewordene „Junius-Broschüre“.

Das Ende der II. Internationalen und die russische Oktoberrevolution 1917 brachten die endgültige Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Fortan standen sich Sozialdemokraten und Kommunisten, Reformer und Revolutionäre unversöhnlich gegenüber. Auf Initiative der Bolschewiki gründete sich 1919 die Kommunistische Internationale (KI). Ihre Mitgliedsparteien verstanden sich als nationale Abordnungen der kommunistischen Weltbewegung mit der KI als Zentrale der Weltrevolution. Doch die herbeigesehnte Revolution in den kapitalistischen Zentren blieb aus und an die Stelle von freier und kontroverser Diskussion trat ab Mitte der 1920er Jahre – Stalin war zum Generalsekretär der KP(d)SU aufgestiegen – die Formel vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Mehr und mehr wurden die revolutionären Ziele der nationalen KP'en den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion faktisch untergeordnet. Voluntarismus machte sich breit.

Nach 1945 sicherte das Kommunistische Informationsbüro (Kominform, 1947 – 1953) seinen Einfluss auf die kommunistischen Parteien Ost- und Westeuropas. Nach Auflösung des Kominform suchten sich die kommunistischen Parteien um ihren Kern der „Staatsparteien“ auf großen internationalen Konferenzen abzustimmen. Zunehmende Differenzen, wie etwa der chinesisch-sowjetische Konflikt, die Diskussionen um den Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag 1968 oder die Emanzipationsbestrebungen des Eurokommunismus, machten gemeinsame Aktionen eher zur Ausnahme als zur Regel.

Eine weitere Strömung des Sozialismus ging naturgemäß einen anderen Weg: die antikolonialistischen und antiimpe-



rialistischen Bewegungen, die sich mehrheitlich als „sozialistisch“ verstanden und ihre Länder von nationaler Unterdrückung und der Abhängigkeit vom Weltmarkt befreien wollten und überwiegend von der Sowjetunion unterstützt wurden. Die siegreichen Revolutionen in China, Vietnam und Kuba sind ebenso Ausdruck dieser Epoche, wie Aufstieg und Krise des säkularen arabischen Nationalismus und die häufig blutigen und langwierigen Umstürze auf dem afrikanischen Kontinent.

Die welthistorische Zäsur von 1989 bis 1991 hat die sozialistische Bewegung in eine tiefe Krise gestürzt. Gleichwohl ist das „Ende der Geschichte“ ausgeblieben. Krieg und Krise prägen das neue Jahrhundert eines global entfesselten Kapitalismus. Die wachsende soziale Ungleichheit in den kapitalistischen Metropolen geht einher mit sich dramatisch zuspitzenden Verelendungserscheinungen in der Peripherie.

Die politische Linke jenseits der Sozialdemokratie befindet sich nach 1989 in einem fortwährenden Prozess der Neu- und Umgründung. Die Partei der Europäischen Linken (EL) entstand 2004 als Bündnis reformkommunistischer, (links-)sozialistischer und grün-linker Parteien. So unterschiedlich ihre Traditionen, so vielfältig sind die Positionen ihrer Mitgliedsparteien, etwa zur Europafrage oder zu Regierungsbeteiligungen. Die sich fortlaufende zuspitzende europäische Krise ruft förmlich danach, verstärkt an einer gemeinsamen Strategie für den Widerstand gegen die EU-Austeritätspolitik zu arbeiten. Bisher ist es noch nicht ausreichend gelungen, die EL in dieser Auseinandersetzung theoretisch und praktisch wirksam werden zu lassen. Viele Hoffnungen ruhen auf Lateinamerika, wo sich u. a. die Regierungen von Venezuela, Bolivien und Ecuador auf den Weg zum Sozialismus im 21. Jahrhundert gemacht haben. Das Foro de São Paulo führt linke Parteien in Lateinamerika und in der Karibik zusammen. Die Aufstände in der arabischen Welt brachten einerseits autoritäre Regime zu Fall, konnten aber bisher die Hoffnungen auf einen tiefgreifenden sozialen und demokratischen Umwälzungsprozess nicht erfüllen. Lose Zusammenschlüsse arabischer Linksparteien und ähnliche Kooperationen in Afrika signalisieren jedoch den Wunsch auf mehr Gemeinsamkeit.

Internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert wird die Heterogenität linker Kräfte anerkennen und diese gleichzeitig weiter bündeln müssen. Dabei werden Organisationen und Parteien, die aus der Tradition des Sozialismus kommen, eine wichtige Rolle spielen. Die antimilitaristische Losung von Karl Liebknecht „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und der kategorische Imperativ in Anlehnung an das kommunistische Manifest „Proletarier und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ verweisen noch heute auf die nicht zu vernachlässigende Bedeutung des Kampfes von Sozialist/-innen in den Zentren des globalen Kapitalismus, um die Kräfteverhältnisse im Sinne internationaler Solidarität weltweit zu verändern. Es gilt, Formen der internationalen Kooperation zu festigen und auszubauen und es bedarf der vertieften Zusammenarbeit linker Parteien, Bewegungen und Regierungen. Die Gründung eines neuen internationalen Zusammenschlusses weltweit steht heute nicht auf der Tagesordnung, ist aber dessen ungeachtet eine historische Notwendigkeit. 2014 jährt sich die Gründung der Internationalen Arbeiter-Association zum 150. Mal. Ein Jubiläum, welches die sozialistische Linke nicht der Sozialdemokratie überlassen sollte.

## Internationale Umschau

Eurokrise

### Wir brauchen wieder ein europäisches Währungssystem

Von Oskar Lafontaine; aus: <http://transform-network.net/de/programs/euro-in-debate/news/detail/Programm/we-need-to-restore-the-european-monetary-system.html>, 30. April 2013

Die Europapolitik der Bundeskanzlerin gerät immer mehr unter Druck. Neben dem europäischen Kommissionspräsidenten Barroso hat jetzt auch der von dem italienischen Präsidenten Napolitano mit der Regierungsbildung beauftragte Politiker Enrico Letta die ins Desaster führende Austeritätspolitik Merkels abgelehnt. Schon lange wissen Europas Politiker nicht mehr weiter. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Monat zu Monat und die Arbeitslosigkeit erreicht ein Ausmaß, das die demokratischen Strukturen mehr und mehr in Frage stellt.

Die Deutschen haben noch nicht erkannt, dass die Südeuropäer einschließlich Frankreichs angesichts der wirtschaftlichen Misere früher oder später gezwungen sind, sich gegen die deutsche Hegemonie zur Wehr zu setzen. Insbesondere das deutsche Lohndumping, das von Anfang der Währungsunion an ein Verstoß gegen den Geist der Verträge war, setzt sie unter Druck. Merkel wird aus ihrem selbstgerechten Schlaf erwachen, wenn die unter dem deutschen Lohndumping leidenden europäischen Länder sich verbünden, um eine Wende in der Krise zu Lasten der deutschen Exportwirtschaft zu erzwingen.

Die einheitliche Währung hätte von Bestand sein können, wenn die beteiligten Staaten eine aufeinander abgestimmte produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt hätten. Weil ich diese Lohnkoordination für möglich hielt, habe ich in den 90er Jahren die Einführung des Euro befürwortet. Aber die Institutionen zur Koordinierung, wie vor allem der makroökonomische Dialog, sind von den Regierenden unterlaufen worden. Die Hoffnung, dass durch die Einführung des Euro auf allen Seiten ökonomische Vernunft erzwungen würde, hat getrogen. Heute ist das System aus den Fugen. Um eine annähernd ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erreichen, müssten, so Hans-Werner Sinn kürzlich im Handelsblatt, Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien gegenüber dem Durchschnitt der EU-Länder um 20 bis 30 Prozent billiger und Deutschland um 20 Prozent teurer werden.

Die letzten Jahre haben aber gezeigt, dass eine solche Politik keine Realisierungschance hat. Eine reale Aufwertung über steigende Löhne, wie sie im Falle Deutschlands notwendig wäre, ist mit den deutschen Unternehmerverbänden und dem diesen folgenden neoliberalen Parteienblock, bestehend aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, nicht zu machen. Die reale Abwertung über sinkende Löhne, die 20 bis 30 prozentige Einkommensverluste in Südeuropa und sogar in Frankreich verlangt, führt – wie wir in Spanien, Griechenland und Portugal schon sehen können – zur Katastrophe.



Wenn reale Auf- und Abwertungen auf diesem Wege nicht möglich sind, dann muss man die einheitliche Währung aufgeben und zu einem System zurückkehren, das, wie beim Vorläufer der Währungsunion, dem Europäischen Währungssystem, Auf- und Abwertungen erlaubt. Im Kern geht es darum, kontrollierte Abwertung und kontrollierte Aufwertung über ein von der EU getragenes Wechselkursregime wieder möglich zu machen. Dazu sind im ersten Schritt strikte Kapitalverkehrskontrollen unumgänglich, um die Kapitalströme zu regulieren. In Zypern hat Europa diesen ersten Schritt ja schon gemacht.

In der Übergangsphase muss man den Ländern helfen, ihre Währungen, die mit Sicherheit abwerten werden, auch durch Intervention der EZB zu stützen, um einen Absturz zu verhindern.

Voraussetzung für ein europäisches Währungssystem, das funktioniert, ist auch, dass der Finanzsektor nach dem Vorbild der öffentlichen Sparkassen neu geordnet und streng reguliert wird. Die Zockerbuden müssen verschwinden.

Der Übergang zu diesem System, das kontrollierte Auf- und Abwertungen wieder ermöglicht, sollte schrittweise erfolgen. In Griechenland und Zypern hätte man anfangen können. Die Erfahrungen, die Europa mit der Währungsschlange und dem europäischen Währungssystem gemacht hat, müssen dabei genutzt werden.

## Der politische Euro. Eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft hat keine Zukunft

Von Elmar Altvater, Ökonom, Berlin;

aus: <http://transform-network.net/de/programs/euro-in-debate/news/detail/Programm/the-political-euro.html>

(Erstveröffentlichung in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2013, S. 71 – 79)

Die Eurokrise geht ins fünfte Jahr und überrollt ein Land nach dem anderen. Die Gemeinschaftswährung wird von den frei schaltenden Akteuren auf den Finanzmärkten als Vehikel der wilden Spekulation genutzt; zurück bleiben Spekulationsruinen, die die schönsten Landschaften verschandeln, und eine in Armut und Elend abgedrängte Bevölkerung. Nicht allgemeiner Wohlstand, sondern soziale Exklusion ist das Ergebnis der unsichtbaren Hand auf freien Märkten und der fühlbaren Funktionsmechanismen der europäischen Währungsunion.

Ähnliche Erfahrungen wie derzeit in Europa mussten die Menschen in der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ in den 1980er Jahren machen, die asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer ein Jahrzehnt später oder die Hypothekenschuldner der USA in der Subprime-Krise nach 2007. In jeder der erwähnten Krisen hatten sich private Finanzinstitute radikal verspekuliert und wurden mit viel Geld gerettet, wenn sie als „systemrelevant“ definiert wurden. Diese Manöver haben die öffentlichen Schulden nach oben getrieben. Gemessen am Sozialprodukt betragen sie im Euroraum durchschnittlich bereits 90 Prozent, obwohl bei 60 Prozent die Maastricht-Latte liegt; in Italien sind es etwa 120 Prozent und in Griechenland 150 Prozent.

Die neoliberale Rosskur der Schuldenbremse, europaweit mit dem Fiskalpakt verordnet, verunmöglicht es, die Bankenrettung durch neue Schulden zu finanzieren. Höhere Einkommens- oder Körperschaftssteuern verhindert der Steuerwettbewerb, der auf unregulierten Finanzmärkten Anreize bietet, das Kapital dort zu versteuern, wo die Sätze besonders niedrig sind. Denn: Die Attraktivität von Finanzplätzen ist umso größer, je niedriger die Steuerlast. Also wird eine rigorose Kürzung derjenigen Staatsausgaben erzwungen, die nicht durch den Schuldendienst gebunden sind. Die Konservativen, die überall in Europa das Sagen haben, folgen ihren selbst verordneten Regeln und demontieren auf „brutalstmögliche“ Weise den Sozialstaat. Die soziale Substanz der Demokratie wird eliminiert und übrig bleibt eine leere Hülle, „Kapitalismus ohne Demokratie“, wie Wolfgang Streeck zu Recht diagnostiziert.<sup>1</sup> Menschliche Sicherheit, seit Anfang der 1990er Jahre ein explizites Ziel der UNO, weicht zunehmender Unsicherheit – nicht zuletzt weil dem sozialen Kahlschlag öffentliche Güter zum Opfer fallen, die für menschliche Sicherheit unverzichtbar sind.<sup>2</sup> Viele Menschen verlieren im Furor des Brutalo-Sparens ihren Job und damit die sichere Einkommensquelle als wichtigsten Eckpfeiler menschlicher Sicherheit. Wenn dann noch wie in den mediterranen Staaten die Gesundheitsdienstleistungen eingeschränkt oder sogar eingestellt und Einrichtungen des Bildungssystems geschlossen werden, dann zerbricht das in den vergangenen Jahrzehnten sozial gestaltete Dreieck von Menschenrechten, menschlicher Sicherheit und menschlicher Entwicklung.

Kurzum: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kehrt das Elend nach Europa zurück, das in den keynesianisch geprägten „sozialdemokratischen Jahrzehnten“ nach 1945 erfolgreich verdrängt worden war. Hier erschließt sich die bittere Wahrheit des Wortes von Tony Judt, gesprochen kurz vor seinem Tod 2010, wonach die Linke vom „extremen 20. Jahrhundert“ auch etwas zu verteidigen hat – jene sozialen Errungenschaften nämlich, die Europa augenblicklich verspielt.

### Der autoritäre Durchgriff der Troika

Auch wenn sich alle europäischen Länder unter den Zumutungen der Krise winden, ist deren Betroffenheit, trotz gemeinsamer Währung im Euroraum, doch höchst ungleichmäßig verteilt. Besonders deutlich lässt sich dies an den „Target2-Salden“ des Europäischen Währungssystems ablesen.<sup>3</sup> Danach hatten deutsche Banken zu Jahresbeginn 2013 Forderungen von etwa 700 Mrd. Euro, südeuropäische Länder entsprechend hohe Verpflichtungen. Das ist eine Ungleichheit, die schon einen qualitativen Unterschied ausmacht. Wer das kleine Einmaleins beherrscht, kann sich ausrechnen, dass die Reduktion dieser öffentlichen Schulden nur gelingen kann, wenn sich erstens statt des öffentlichen Sektors private Unternehmen verschulden, um Investitionen zu finanzieren, und wenn zweitens mit den öffentlichen Schulden auf der einen Seite der Vermögensbilanz auf der anderen Seite die entsprechenden privaten Vermögen durch eine Vermögensabgabe und –steuer reduziert werden. Beide Maßnahmen fehlen im herrschenden Austerity-Programm, und deshalb kann es nur scheitern.

Zwar herrscht in den Euro-Mitgliedsländern das Prinzip der Nationalstaatlichkeit, und daraus leitet sich die formale Gleichheit aller Staaten ab. Aber es ist unübersehbar, dass diese von unterschiedlichem Gewicht sind, wenn es um Einfluss im Währungsraum geht. Zypern bringt 0,2 Prozent des



EU-Sozialprodukts auf die Waage, Malta 0,1 Prozent, Slowenien 0,4 Prozent – Deutschland aber 27,5 Prozent, Frankreich 21,2 Prozent und Italien 16,8 Prozent. Die Optionen der Länder der Eurozone sind trotz formaler Gleichheit folglich unterschiedlich. Das wäre auch der Fall, wenn die Eurozone gar nicht existierte, wenn also der Euroraum aufgelöst würde, nationale Währungen zurückkehrten und mit ihnen ein wirtschaftspolitisches Instrument für die Nationalstaaten, das seit Maastricht nicht mehr verfügbar ist: der Wechselkurs und daher die Möglichkeit einer Auf- und Abwertung der Währung.

### Zurück zur nationalen Währung?

Dennoch werden derzeit nostalgische Erinnerungen wach: Hat nicht die Politik der Unterbewertung der DM die deutsche Exportstärke ermöglicht und ihren Beitrag zum „Wirtschaftswunder“ geleistet? Hat Japan nicht ebenfalls diese Strategie so erfolgreich verfolgt, dass die USA das Land im Plaza-Abkommen von 1985 zur Aufwertung des Yen zwingen mussten, um nicht tiefer ins Defizit der Leistungsbilanz konkurriert zu werden? Haben nicht Schwellenländer wie Brasilien die Unterbewertung der Währung eingesetzt, um der Entwicklung Schubkraft zu verleihen? Auch China nutzt schließlich den Wechselkurs als wirtschaftspolitisches Instrument und lässt sich da nicht hineinreden, wie die Auseinandersetzungen mit den USA, aber auch mit der EU um die angemessenen Währungsrelationen zeigen.<sup>4</sup>

### Zurück also in die Zeit vor Maastricht?

Nein, die Uhr der Geschichte kann man nicht einfach zurückstellen. Was bei der Beschlussfassung über den Maastricht-Vertrag zu Beginn der 1990er Jahre versäumt wurde, die Schaffung einer wirklichen, politischen Union, war schon zehn Jahre später, als das Euro-Bargeld in Umlauf gesetzt wurde, nicht mehr nachzubessern.<sup>5</sup> Geld ist das „wahre Gemeinwesen“, formulierte Marx, und eine europäische Währungsunion ist folglich immer auch die Konstituierung eines europäischen Gemeinwesens. Zu Recht verlangte daher Jean-Pierre Chevenement schon 1997: „Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen.“<sup>6</sup> Und umgekehrt gilt: Wer vom Euro redet, kann die Politik nicht aus dem Spiel lassen. Der Traum des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer von einem „unpolitischen Euro“ war schon vor 20 Jahren Nonsens. Bemerkenswert ist allerdings, dass die deutsche Bundesbank zur Zeit des Maastricht-Vertrags weiter war. Sie konnte sich zu Beginn der 1990er Jahre die Währungsunion ohne politische Integration nicht gut vorstellen.<sup>7</sup>

An dieser Stelle macht es Sinn, sich auch an Margaret Thatchers Feststellung zu erinnern: „There is no such thing as society. There are individual men and women, and there are families.“ Die eiserne Lady hat auf schreckliche Weise recht: Denn eine europäische Gesellschaft gibt es nicht (nach Thatcher gibt es sie sogar nirgendwo). Das ist jedoch kein Zufall. Denn Architektur und Bauausführung der Währungsunion hat man von Anfang an den neoliberalen Monetaristen überlassen. Die kümmerten sich einen Dreck um „such thing as society“ und haben Europa, den Verkehrsregeln ökonomischer Gesetze gehorchend, vor die Wand gefahren. Um Konsens und Kooperation haben sich die monetaristischen Hardliner niemals geschert, sie haben in der Tat den Tietmeyer-Versuch unternommen, einen unpolitischen Euro zu erfinden. Das ist je nach Betrachtungsweise gran-

dios oder kläglich gescheitert. Der große Ökonom Joseph A. Schumpeter hat völlig recht: „Nichts sagt so deutlich, aus welchem Holz ein Volk geschnitzt ist, als das, was es währungspolitisch tut.“<sup>8</sup> Die Völker Europas haben zugelassen, dass im Euroraum die Finanzmärkte unzureichend reguliert werden, die Einlagensicherung wie das Haftungsrecht unvollkommen ist und dass das Rating immer noch Sache profitorientierter Unternehmen und keine öffentliche Angelegenheit ist. Schattenbanken dürfen unkontrolliert mit abenteuerlichen Finanzprodukten in Turbo-Geschwindigkeit spekulieren – und keine Aufsicht kann sie wirksam daran hindern, wie die Enthüllungen des ICIJ soeben schlagend bewiesen haben.<sup>9</sup> Die freien Finanzzonen gibt es immer noch und der Kapitalverkehr erfreut sich aller Freiheiten – zum Profit der Jongleure auf Finanzmärkten und zum Schaden der Gesellschaften. In Europa ist also ein seltsamer Zwitter entstanden: eine Währungsunion mit allen Freiheiten des Kapitalverkehrs, doch ohne die zum Funktionieren erforderliche gesellschaftliche Legitimierung und die politische Regulierung.

Wie aber nun weiter? Wenn das gegenwärtige Durchwurschteln und Zeitschinden keine Perspektive bieten, gibt es nur die Alternative einer Auflösung der Währungsunion und der Rückkehr zu nationalen Währungen einerseits und der Vertiefung der Integration durch mehr politische Regulierung andererseits. Hic Rhodus, hic salta.

### Die trügerischen Hoffnungen auf eine Währungsabwertung

Währungen sind Geld und Geld ist ein soziales Konstrukt. Die Währungsunion ist daher keine Sachzwangsjacke, auch wenn sie von der Troika gegenüber den Schuldnerstaaten zur brutalen Disziplinierung eingesetzt wird. Man kann sich dieser Zwangsjacke auch entledigen, wie es schon oft in der Geschichte mit nationalen oder mit Gemeinschaftswährungen geschehen ist. Auch Deutschland hat seine Erfahrungen mit mehreren Währungen allein im Lauf des 20. Jahrhunderts. Aus diesen Erfahrungen ist die Lehre zu ziehen: Mit der Währung muss auch das politische Gemeinwesen umgestaltet werden. Denn unpolitisches Geld gibt es nur im von Pierre Bourdieu verspotteten „l'Europe Tietmeyer“.

Die Auflösung des Euroraums oder die Veränderung dadurch, dass das eine oder andere Land, Griechenland oder Zypern zum Beispiel, austritt und zu einer nationalen Währung zurückkehrt, ist ohne Zweifel ein politisches Projekt. Befürwortet wird es von rechten Demagogen ebenso wie von manchen Strömungen in der europäischen Linken. Ein solcher Schritt wäre das Ende des wichtigsten politischen Projekts der Nachkriegsepoche auf dem europäischen Kontinent, ein Treppenwitz der Geschichte.

Und dieser Witz wäre so gar nicht zum Lachen, auch wenn er von einigen derjenigen erzählt wird, die noch bis vor kurzem auf die sozialdemokratische Variante der neoliberalen Karte gesetzt haben. Beispielsweise von Wolfgang Streeck: Ende der 1990er Jahre Verfechter der sozialdemokratischen Neuen Mitte der Clinton, Blair und Schröder, dann Mitgestalter der rot-grünen Agenda 2010, sieht er nun in der Verteidigung der nationalen Demokratie und der nationalen Währung gegen den „europäischen Konsolidierungsstaat“ und gegen die „Vollendung der Währungsunion“ die „erstbeste Lösung“ der europäischen Probleme.<sup>10</sup> Das ist eine politische Kapitulation, auch vor den Folgen des eigenen Tuns.



Denn Agenda 2010 und Hartz IV haben die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht nur mit hoher Produktivität, sondern auch mit politisch erzwungenem Lohnverzicht gesteigert. Die Leistungsbilanzdefizite der mediterranen Staaten und deren nachfolgende Verschuldung sind das Ergebnis, das nun durch Währungsabwertung und nationale Demokratie korrigiert werden soll. Wenn Wolfgang Streeck wenigstens konsequent genug wäre und nicht nur Anpassungen der Schuldnerländer verlangen würde, sondern auch solche in den Gläubigerstaaten!

Auch Thilo Bode plädiert für mehr nationale Währungsautonomie, das heißt für eine Auflösung des Euroraums. Denn das „Kernproblem der Währungsunion ist ... die zu niedrige Produktivität der Privatwirtschaft in den Krisenstaaten. Deshalb verschulden sich diese immer weiter bei ihren Nachbarn. ... Wären die Wechselkurse der Krisenstaaten veränderbar, könnten diese sich mit einer Abwertung der drohenden Verschuldung entziehen.“<sup>11</sup> Das gerade könnten sie jedoch nicht, wie auch Thilo Bode schreibt. Die Schulden müssten vielmehr gestrichen werden, wie schon immer in der Geschichte, wenn Schulden untragbar geworden sind. Die Beispiele reichen von der Schuldenstreichung in Solons Athen im Jahr 594 v. u. Z. über das biblische Jubeljahr der Schuldenvergebung bis zum Londoner Schuldenabkommen, durch das Deutschland 1953 aus der Schuldenklemme befreit wurde. Darauf verweist heute, exakt 60 Jahre nach dem Abkommen, Alexis Tsipras,<sup>12</sup> der Vorsitzende der „Koalition der radikalen Linken“ (Syriza) in Griechenland, um anzudeuten, in welcher Richtung nach einer Lösung der europäischen Finanzkrise gesucht werden sollte.

In der Geschichte kann die Uhr nicht zurückgestellt werden. Der Fehler einer Währungsunion ohne die ökonomische Basis eines „optimalen Währungsraums“<sup>13</sup> und ohne gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik hätte zu Beginn der 1990er Jahre nicht gemacht werden dürfen. Heute ist er nicht mehr zu korrigieren. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

### Die Sinnlosigkeit einer Rückkehr zu nationalen Währungen

Die Rückkehr zu nationalen Währungen würde aus vielen Gründen nichts bringen, im Gegenteil: Der Fehler von 1992 würde durch neue Fehler getoppt, wenn die europäische Währungsunion zugunsten nationaler Währungen aufgelöst würde. Ein Grexit ist ebenso Bullshit wie ein Spexit oder Italexit. Quod est demonstrandum:

Erstens muss das eher triviale Argument ernst genommen werden, dass die Transaktionskosten mit der Zahl der Währungen in den Handelsbeziehungen steigen. Märkte sind Orte des geldvermittelten Austausches, und bei deren Integration erleichtert ein Geld, also eine Währung, die Ausübung der ökonomischen und sozialen Standardisierungsfunktion. Viele nationale Gelder, deren Kurse auf einem hochspekulativen Markt bestimmt werden, erschweren folglich die Transaktion, und Termingeschäfte zur Vermeidung von Kursverlusten sind teuer und angesichts der Volatilität der Finanzmärkte nicht risikolos.

Zweitens hat in den vergangenen Jahrzehnten der wilden Deregulierung ein Quantensprung im Bereich der Finanzgeschäfte stattgefunden. Nur ein fast zu vernachlässigender Rest der täglichen Umsätze auf Devisenmärkten von mehr als 4 000 Mrd. US-Dollar verdankt sich Geschäften der „rea-

len“ Wirtschaft, also Handelsgeschäften und Direktinvestitionen. Fast 98 Prozent der Devisenmarkttransaktionen dienen offensichtlich der kurzfristigen Spekulation auf globalen Finanzmärkten. Diese übt denn auch den entscheidenden Einfluss auf die Bildung des Wechselkurses, auf eine Auf- oder Abwertung der Währungen aus. Angesichts dieser Verhältnisse ist die Annahme von Thilo Bode oder Wolfgang Streeck regelrecht „heroisch“, dass Wechselkursbewegungen die realwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa ins Lot bringen könnten.

Der ausgleichende Wechselkurs hängt heute weniger als je zuvor in der Geschichte von durch reale Geschäfte „induzierten“, sondern von „autonomen Kapitalbewegungen“ ab, wie Heinrich von Stackelberg unterschied.<sup>14</sup> Autonom sind die Kapitalbewegungen gegenüber Handel und Investitionen, nicht gegenüber den an der Rendite interessierten Entscheidungen der Finanzmarktakteure. Ob die so ausfallen, wie im Modell vorgerechnet, darf eher bezweifelt werden.

Das war einer der Gründe, weshalb James Tobin seinen Vorschlag eingebracht hatte, die Währungsräume zu „segmentieren“, also Kapitalbewegungen zwischen ihnen zu verteuern und so die Währungsspekulation uninteressant zu machen.<sup>15</sup> Dies ist auf jeden Fall ein Hinweis darauf, dass die Rückkehr zu nationalen Währungen bestenfalls eine halbe Sache wäre. Es müssten auch Maßnahmen der Kontrolle der Finanzspekulation vereinbart werden. Denn wenn finanzielle Instabilitäten und monetäre Spekulation ohne Bezug zu realen Prozessen (zu den sogenannten fundamentals) in die Bildung der Wechselkurse intervenieren, hilft nur die politische Regulation.

Drittens müssen die Wirkungen der autonomen Kapitalbewegungen auf die „Wettbewerbsfähigkeit“ von „Standorten“ in Betracht gezogen werden. Mit der Möglichkeit der Währungsabwertung steigen nur in der Modellwelt die Exportchancen. Die Kurzfristigkeit von Währungsbewegungen, der Mangel an Erwartungssicherheit, die erratischen Schwankungen der Kurse und Zinsen sind keine guten Voraussetzungen für die Ausbildung von ökonomisch-politisch-gesellschaftlichen Netzwerken stabiler nicht-marktmäßiger Beziehungen zwischen Marktakteuren. Hier zeigt sich inzwischen auch das Gewicht der Geschichte. Denn die Netzwerke sind nach Jahrzehnten der europäischen Integration, so unzureichend sie in vieler Hinsicht sein mag, bereits europäisch gespannt. Die Rückkehr zu nationalen Währungsräumen würde mit dieser Realität massiv konfliktieren.

Viertens verhindert man mit der Beendigung des Euroraums nicht die verstärkte Regionalisierung oder „Triadisierung“ der Weltwirtschaft, die sich auch schon in der Vergangenheit – also vor der Bildung der Eurozone – als D-Mark-, Dollar- oder Yen-Raum gezeigt hatte. In der Zukunft dürfte es, nach dem unterstellten Verschwinden des Euro, den Dollarraum, einen DM-Club und eine BRICS-Währungsunion mit dem Renminbi als Hegemonialwährung geben. Die Vorstellung, dass kleine Währungen in der Geopolitik der Währungskonkurrenz mithalten und ihre ökonomischen Probleme lösen könnten, ist naiv. Dass die Stabilität und Stärke einer Währung auch keineswegs allein oder auch nur hauptsächlich von den realökonomischen Verhältnissen bestimmt sind, lässt sich an der Entwicklung des US-Dollar studieren. Trotz Währungsturbulenzen und eines strukturellen Defizits in der Leistungsbilanz, trotz nachhinkender Produktivitätsentwicklung und eines Bergs von Auslandsschulden ist der



US-Dollar eine stabile Anlagewährung und verteidigt die Stellung als Ölwährung. Offensichtlich interpretieren Anleger Währungsstabilität nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und entsprechend der militärischen Potenz des Landes mit der Anlagewährung.<sup>16</sup>

Fünftens ist eine Währungsabwertung nicht nur den Exporten förderlich, sie verteuert auch die Importe. Darauf machen griechische und zyprische Ökonomen aufmerksam, wenn sie die Vorschläge eines Austritts aus dem Euroraum, etwa von Paul Krugman, zurückweisen.<sup>17</sup> Bei hundertprozentiger Abhängigkeit von Ölimporten verteuert eine Abwertung den wichtigsten Input für die Industrie, die Energieversorgung, dramatisch. Ob dies durch verbesserte Exportchancen kompensiert werden kann, hängt primär von den Export- und Importelastizitäten in den beteiligten Ländern ab.

### Die Vertiefung der Integration als einzige taugliche Alternative

Sechstens schließlich ist zu bedenken, dass nationale Währungsräume nicht immer homogener sein müssen als eine supranationale, europäische Währungsunion. Mahnendes Beispiel ist die Geschichte des italienischen Mezzogiorno, die als Resultat der Wirkungsweise eines „einheitlichen Mechanismus“ erklärt werden kann. Die Modernisierung des Nordens und die Unterentwicklung des Südens sind Kehrseiten des gleichen „mechanismo unico“. Eher ironisch hatte in den 1980er Jahren der italienische Zentralbankchef Ciampi für eine Währungsgrenze etwas südlich von Rom plädiert, um die Entwicklungschancen des Mezzogiorno durch eine Politik der Abwertung verbessern zu können. Dieses Argument ist auch in der Diskussion um die Auflösung der Entwicklungsblockaden Ostdeutschlands eingebracht worden, und da zeigte sich denn auch sofort die Absurdität, mit Wechselkursveränderungen Wirtschaftspolitik betreiben zu wollen.

Ostdeutschland die DM wieder wegzunehmen, aus wirtschafts- und entwicklungspolitischen Beweggründen, also zum „eigenen Besten“, nachdem Millionen für ihre Einführung auf die Straße gegangen sind, wäre sicherlich keine gute Idee gewesen. Das ist der beste Beleg dafür, dass eine Währung immer ein Politikum und kein Setzbaukasten ist, mit dem man Wunschschlösser basteln kann. Also lautet die entscheidende Frage, welches heute der richtige Raum der Politik ist, der auch für den Währungsraum maßgeblich ist.

Derzeit betragen die weltweiten Devisenreserven etwa 10 000 Mrd. US-Dollar, davon sind nur etwa 55 Prozent zuzuordnen.<sup>18</sup> Von den angehäuften Reserven werden rund zwei Drittel in US-Dollar gehalten, nicht wenige davon von China, und etwas mehr als ein Viertel in Euro. Der Rest entfällt auf alle übrigen rund 180 Währungen.<sup>19</sup> Das wird sich in Zukunft mit Sicherheit ändern. Denn die BRICS-Länder, insbesondere China, Indien und Brasilien, werden auch währungspolitisch ihre Muskeln spielen lassen. Wir haben es also mit einer Verstärkung der Tendenz in Richtung eines Triaden-Währungssystems zu tun. Angesichts dieser Entwicklung ist der Vorschlag einer Rückkehr zu nationalen Währungen eher Kleinmützig, auch wenn er von Thilo Bode als Kritik an der „mutlosen Linken“ formuliert wird. An der Mutlosigkeit ist durchaus etwas dran, aber aus völlig anderen Gründen, als Thilo Bode sie vorträgt.

In Zeiten von Internet und globalem Containerverkehr, angesichts der Energie- und Klimakrise, auch eingedenk der

Gewissheit von Naturwissenschaftlern, dass die Menschheit inzwischen ins „Anthropozän“ eingetreten ist, also dabei ist, selbst Erdgeschichte zu machen – vor diesem Hintergrund ist heute selbst der europäische Horizont in vieler Hinsicht zu eng. Die Bändigung des entfesselten Kapitalismus, die Regulierung von Finanzmärkten, sozial gesicherte Arbeitsplätze und die Wende zu erneuerbaren Energien sind Millenniumsaufgaben; in jedem Fall lassen sich diese besser in einem vereinigten Europa bewältigen, als in einem durch den Spaltplatz der Finanzkrise und die Nullsummenspiele der Abwertungsraserei getrennten und vermutlich zerrütteten Europa. Anders ausgedrückt: Die Renationalisierung der Währungen wäre angesichts der gewaltigen Probleme in anderen Politikbereichen kontraproduktiv.

Es geht also gar nicht anders, als der voreilig geschaffenen Gemeinschaftswährung das Gemeinwesen mit Fiskal- und Sozialpolitik sozusagen nachzuliefern. Dafür kommt es darauf an, Ideen und Vorschläge der 1960er Jahre dem Vergessen zu entreißen, insbesondere Robert Mundells Konzept des „optimalen Währungsraums“ oder Helmut Schmidts „Krönungstheorie“, nach der eine gemeinsame Währung nur der krönende Abschluss eines sehr weit gehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Integrationsprozesses sein kann. Das gilt heute noch weit mehr als damals: Heute kann Europa nicht ohne eine politische Regulation der entbetteten Finanzmärkte bestehen, sonst gehen die europäischen Gesellschaften in den Strudeln der Finanzmarktkrisen unter. Daher muss das alte Projekt der negativen Integration Europas, durch bloße Liberalisierung der Märkte und Deregulierung der Politik, beerdigt und das der positiven Integration gestärkt werden – wenn denn ein derart politischer Euro tatsächlich Gemeinschaftswährung bleiben oder genauer: endlich werden soll.

#### Anmerkungen:

- 1 Wolfgang Streeck, Was nun, Europa? In: „Blätter“, 4/2013, S. 57 – 68.
- 2 Zum Konzept der menschlichen Sicherheit vgl. grundlegend: Commission on Human Security, Human Security Now, New York 2003; Birgit Mahnkopf, Zum Konzept der human security und zur Bedeutung globaler öffentlicher Güter für einen gerechten Frieden, in: Birgit Mahnkopf (Hg.), Globale öffentliche Güter – für menschliche Sicherheit und Frieden, Berlin 2003, S. 11 – 34; Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit, Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster 2002.
- 3 Diese Salden entstehen aus Forderungen und Verpflichtungen der Finanzinstitute an die Europäische Zentralbank, die als eine Art Clearingstelle die Konten der grenzüberschreitenden Transaktionen der Banken der beteiligten Länder führt.
- 4 Zur Strategie der Unterbewertung der Währung, um Entwicklung anzukurbeln vgl. Hansjörg Herr und Michael Heine, Monetäre und reale Akkumulation, in: „PROKLA“, 3/1996.
- 5 Zu den Versäumnissen bei der Bildung der Währungsunion habe ich mich mehrfach geäußert, z. B. in: Elmar Altvater, Die DM ist tot! Es lebe der EURO? Die 50jährige Geschichte der DM und die Perspektiven des Euro, in: PROKLA, 3/1998, S. 395 – 432; ders., Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster 2010.
- 6 In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 17.1.1997.
- 7 Deutsche Bundesbank, Monatsberichte Oktober 1990, S. 41 ff.
- 8 Zit. nach „Wirtschaftswoche“, 10.6.1988.
- 9 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 4.3.2013, oder die Seite des ICIJ (The International Consortium of Investigative Journalists, www.icij.org/offshore); vgl. auch Nicola Liebert, Rainald Ötsch und Axel Troost, Der graue Markt der Schattenbanken, in: „Blätter“, 6/2012, S. 83 – 90.
- 10 Wolfgang Streeck, Was nun, Europa? A. a. O., S. 68.
- 11 Thilo Bode, Europa und die mutlose Linke, in: „Blätter“, 4/2013, S. 39 – 42, hier: S. 40.
- 12 Alexis Tsipras, Unsre Lösung für Europa – ein Vorschlag, in: „Le Monde diplomatique“ (dt. Ausgabe), 2/2013, S. 16.



- 13 Robert A. Mundell, A theory of optimum currency areas, in: „American Economic Review“, 1961, S. 657 – 665.
- 14 Vgl. Heinrich von Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1951; vgl. auch Hans Möller, Heinrich von Stackelberg und sein Beitrag für die Wirtschaftswissenschaft, in: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 105. Band, Tübingen 1949, S. 395 – 428.
- 15 Vgl. James Tobin, A Tax on International Currency Transactions, in: UNDP, Human Development Report, Oxford und New York 1994, S. 70.
- 16 Vgl. dazu ausführlicher das 6. Kapitel in Elmar Altvater, Der große Krach, a. a. O.
- 17 Vgl. Christian Schlötzer, Keine Experimente mit der Zukunft, in: SZ, 2.4.2013.
- 18 Diese extrem hohe Intransparenz ist unter anderem die Folge der grassierenden lichtscheuen Finanzkriminalität, für die in Fußnote 9 ein Beispiel zitiert worden ist.
- 19 Genauere Daten finden sich in der COFER-Datenbank des IWF, [www.imf.org/external/np/sta/cofer/eng/index.htm](http://www.imf.org/external/np/sta/cofer/eng/index.htm).

## Es geht nicht um den Euro, sondern um die Europäer

*Über linke Alternativen zum Kurs von Merkel und der Krisen-Troika*

Von Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN;  
aus: <http://transform-network.net/de/programs/euro-in-debate/news/detail/Programm/on-the-future-of-the-euro.html>, 10. Mai 2013

Der Vorschlag von Oskar Lafontaine zur Herstellung eines europäischen Währungsverbundes hat sicherlich auch in Teilen der Partei für Irritationen gesorgt. Gleichzeitig hat er zwischenzeitlich eine inhaltliche Diskussion über unsere Positionen zur Europapolitik ausgelöst. Diese Diskussion ist dringend notwendig und kann zur Klärung unserer Positionierung beitragen. Sie kann auch die Debatte um unseren Entwurf des Wahlprogramms beleben. Mit diesem Artikel will ich gerne dazu einen Beitrag leisten.

Linke Ökonomen haben schon in den 1990er Jahren darauf hingewiesen, welche Probleme es bereiten wird, eine einheitliche Währung ohne gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik herzustellen. Unter diesen Bedingungen war klar, dass der Euro die Starken stärker und die Schwachen schwächer macht. Ohne die Möglichkeit bei Wettbewerbsverlust die eigene Wirtschaft zumindest zeitweise durch Abwertung der eigenen Währung zu schützen, verbleibt nur noch die nackte Konkurrenz um die günstigsten Lohnstückkosten oder wie Altvater formuliert, „die negative Integration Europas durch bloße Liberalisierung der Märkte und Deregulierung der Politik“. Die Stabilitätskriterien von Maastricht drückten aus, dass sich die großen Geldbesitzer mit ihrem Interesse an der Geldwertstabilität gegenüber den sozialen Interessen der Menschen in Europa durchgesetzt hatten. Kein einziges soziales Kriterium (Mindestlöhne, Sozialstandards, usw.) fand Eingang in den Katalog der Bedingungen für die Gemeinschaftswährung.

Die ohnehin vorhandenen wirtschaftlichen Ungleichgewichte wurden und werden durch das deutsche „Exportmodell“ verschärft. Gestützt auf optimale Weltmarktausrichtung in Kernbereichen der Industrie, hohe Produktivitätsstandards und die politisch durch die Agenda 2010 erzwungene Absenkung des Lohnniveaus erzielte und erzielt die deutsche Wirtschaft gigantische Exportüberschüsse, die die

Leistungsbilanzdefizite der mediterranen Länder und deren Verschuldung erhöhen. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland lebt deutlich unter den Möglichkeiten dieses Landes und wird um die Resultate der eigenen Arbeitsleistung gebracht.

### Merkel als Hassfigur der Krisenbetroffenen

Die Rettung der Banken und Investmentgesellschaften, die sich auf den internationalen Finanzmärkten verspekulierten, kostete alleine die Staaten der EU über eine Billion Euro und trieb die Staatsverschuldung deutlich in die Höhe. Die unter der Führung der Merkel-Regierung verordnete Austeritätspolitik führt zur weiteren Demontage des Sozialstaates. Geschichtlich gibt es kein Beispiel, dass es funktioniert, in die Krise hinein Sparpolitik zu verordnen. Die Folge dieser Politik wird unweigerlich die Krise verschärfen und die Massenarbeitslosigkeit mit allen sozialen Folgen in die Höhe treiben. Das ist ein wesentlicher Grund, warum Merkel immer mehr zur Hassfigur in den Krisenregionen von Europa wird.

Die Formation des finanzgetriebenen Kapitalismus nährt sich ohnehin in hohem Maße aus den Resultaten der gewaltigen Umverteilung zugunsten der Geld- und Kapitalbesitzer in den letzten 20 Jahren. Ein neues Wachstums- und Akkumulationsmodell hat diese Formation nicht entwickeln können. Im Gegenteil, sie hat nicht nur die größte Finanzkrise nach 1929 hervorgebracht, sondern gewaltige Destruktionsprozesse in Gang gesetzt. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinandergegangen, die Sozialsysteme wurden geopfert und teilweise oder ganz zerschlagen, die Massenarbeitslosigkeit erhöht, die Zahl der prekär Beschäftigten krebsartig ausgedehnt, ganze Volkswirtschaften werden in den Ruin getrieben. Die Mehrheit der politischen Eliten sieht keinen Ausweg aus der Unterordnung unter das Diktat der Finanzmärkte und ist dafür sogar bereit, Elemente der bürgerlichen Demokratie zur Disposition zu stellen.

Es ist völlig klar, dass ein weiteres ökonomisches Auseinanderdriften der Länder in der Eurozone die Basis des Euro aushöhlt. Im Namen der Eurorettung wird die Basis des Geldsystems Euro zerstört. Es ist jedoch noch weniger vorstellbar, dass die Legitimation gewählter Regierungen bei einer Massenarbeitslosigkeit von über 20 Prozent in Griechenland, Spanien und Portugal, von über 12 Prozent in der EU und einer Jugendarbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern von 50 Prozent und mehr länger aufrecht erhalten werden kann.

### Der Preis für den deutschen Eurokurs ist zu hoch

Welche Perspektive haben diese Regierungen ihrer Bevölkerung anzubieten, bei negativem Wirtschaftswachstum, erodierenden Sozialsystemen, wachsender Armut und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums?

Der Preis für eine Politik, die zum Ziel hat, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, ist für Millionen Menschen zu hoch und es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie ihn länger bezahlen werden. Kanzlerin Merkel spricht offen aus, was sie will: „Wie können wir sicherstellen, dass wir in den nächsten Jahren auch eine Kohärenz in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der gemeinsamen Währungsunion erreichen? Und damit meine ich nicht eine Kohärenz in der Wettbewerbsfähigkeit irgendwo im Mittelmaß der europäischen Länder, sondern eine Wettbewerbsfähigkeit, die sich daran bemisst, ob sie



uns Zugang zu globalen Märkten ermöglicht.“ Die Reaktion der Völker in Europa auf die Politik der rücksichtslosen Unterordnung unter die nackten Kapitalverwertungsinteressen des weltmarktorientierten Kapitals kann reaktionäre oder progressive Richtungen annehmen. Es besteht durchaus die Gefahr, dass rechtspopulistische oder gar faschistische Kräfte Zuwachs bekommen und den Protest gegen diese Politik in gefährliches Fahrwasser lenken.

Dass dies nicht geschieht wird in hohem Maße davon abhängen, ob es den linken Parteien und Organisation gelingt, eine überzeugende Alternative zu entwickeln und gesellschaftlich zu verankern. Diese muss geeignet sein, dem bereits vorhandenen Unmut und dem Widerstand gegen die Politik der Troika eine politische Orientierung und Perspektive zu geben. Aus vielen Gründen glaube ich nicht, dass die Forderung nach einem Währungsverbund mit politisch regulierter Auf- und Abwertung dafür eine Perspektive bietet. Sie wäre allerdings für den Fall eines Zerbrechens des Euro-Systems oder eines Austritts einzelner Länder die bessere Alternative gegenüber einem völlig unkontrollierten Prozess.

Ich will nur kurz einige wenige Gründe nennen, die dagegen sprechen:

- Aus gutem Grund ist SYRIZA gegen einen Austritt Griechenlands aus dem Euro, denn eine Währungsabwertung würde zwar die Exporte billiger machen, aber eben auch die Importe teurer. Importiertes Erdöl und andere lebenswichtige Produkte würden sofort teurer, fraglich ist, was Griechenland billiger exportieren kann. Eine eigene deutsche Währung müsste wahrscheinlich sofort um 30 oder mehr Prozent aufgewertet werden.
- Kleine Währungen könnten sich gegen die Spekulation der internationalen Finanzmärkte kaum wehren. Altwater schreibt: „Die Vorstellung, dass kleine Währungen in der Geopolitik der Währungskonkurrenz mithalten und ihre ökonomischen Probleme lösen könnten ist naiv“. Soweit würde ich nicht gehen, aber die Lösung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte über die Währungsfrage greift zu kurz.
- Die wirtschaftliche Verflechtung ist längst europäisch, wenn nicht international. Es stellt sich doch die Frage, ob wir es hier auch nur annähernd noch mit homogenen nationalen Wirtschaftsräumen zu tun haben, die wieder in eine Europäische Währungsunion gefasst werden können.

Ein soziales Europa kann nur von unten entstehen

Entscheidend für die Durchsetzung linker Positionen ist jedoch, dass sie geeignet sind, von fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften aufgegriffen zu werden. Eine Alternative zur Politik von Merkel und der Troika wird sich in Europa nur von unten entwickeln. Die Positionen der Linken müssen also an die Auseinandersetzungen, Kämpfe und sozialen Bewegungen in Europa andocken und von diesen aufgegriffen werden.

Zahlreiche Menschen in Europa gehen nicht für oder gegen den Euro auf die Straße, sondern gegen die Angriffe der Troika, gegen Lohn- und Rentenkürzungen, Massenarbeitslosigkeit, gegen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums, gegen die Übermacht der Banken, ungerechte Vermögensverteilung, gegen die Zerschlagung der Tarifautonomie und den Abbau demokratischer Rechte oder auch für höhere Löhne und größere soziale Sicherheit. Wenn sich auch die deutschen Gewerkschaften an der Beteiligung von europä-

weiten Protesten nach wie vor schwer tun, so gibt und gab es auch länderübergreifende koordinierte Generalstreiks und Protestaktionen, zum Beispiel im November in Portugal, Spanien, Griechenland und Italien.

In diesen und anderen Auseinandersetzungen bilden sich, optimistisch gesehen, neue Kräfteverhältnisse heraus, die die Linke mit beeinflussen kann und in denen sie eine politische Orientierung für eine progressive Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa aufbauen kann. Der ehemalige Präsident der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FIOM-CGIL, Giorgio Cremaschi, bringt es gut auf den Punkt: „Man sollte nicht bei der Währung anfangen, sondern bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik und den Institutionen, auf die sie sich stützt. Was demontiert werden muss, ist das Europa der neoliberalen Verträge und Auflagen. ... Die Entwertung der Arbeit zum Zwecke der Exportförderung, die der gemeinsamen Währung zugrunde liegt, muss aufhören. Ebenso muss die Austeritätspolitik umgekehrt werden, und dazu ist eine demokratische Konsultation der Bevölkerung nötig. Europäische Verträge und Auflagen sind Referenden zu unterziehen. Die Frage der Währung stellt sich erst danach, wenn die neoliberale Politik gekippt ist.“

## Antworten der Linkspartei

Die Antworten der Partei DIE LINKE gehen in die gleiche Richtung:

- In Deutschland müssen die Löhne dringend steigen und durch ein Zukunftsprogramm der Binnenmarkt gestärkt werden. Die hohen Exportüberschüsse müssen abgebaut werden.
- Statt der Austeritätspolitik brauchen wir ein europäisches Investitionsprogramm für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für den sozialökologischen Umbau.
- Regulierung der Finanzmärkte, Schließung der Steueroasen, Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte, Verkleinerung und Vergesellschaftung der Banken und Umbau des Bankensystems.
- Europäische Vermögensabgabe für Millionäre, Milliardäre, reiche Kapitalbesitzer, anstatt Beschäftigte, Rentner und Erwerbslose die Schulden bezahlen zu lassen. Für diese Forderung und für eine Kampagne der europäischen Linksparteien hat sich gerade die Partei DIE LINKE stark gemacht, damit die Auseinandersetzung in Europa um die Bezahlung der Schulden nicht zu einem Konflikt zwischen den europäischen Völkern nationalpopulistisch gewendet werden kann, sondern in einem Konflikt zwischen „Oben“ und „Unten“ ausgetragen wird.
- Die öffentliche Kreditaufnahme muss von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden. Direktfinanzierung durch eine zu gründende öffentliche europäische Bank.
- Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die durch Lohn- und Sozialdumping verschärft werden, müssen überwunden werden. Dazu gehört auch eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die die Deindustrialisierungsprozesse und den wirtschaftlichen Kahlschlag ganzer Regionen und Länder in Europa beendet und eine gegenteilige Entwicklung einleitet.
- Wir wenden uns gegen den Abbau der Demokratie gewählter nationaler Parlamente und fordern den Ausbau der Rechte des europäischen Parlaments und verstärkte basisdemokratische Elemente.





„Dazu müssen in Zukunft die Wirtschafts-, Fiskal-, -Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken der Euro-Mitgliedsländer enger abgestimmt und der heute vorherrschende Wettbewerb durch Steuer- Sozial- und Lohndumping unterbunden werden“ (Auszug aus dem Entwurf des Wahlprogramms).

## Es gibt keine Abkürzung auf unserem Weg

Die LINKE hat inhaltliche Positionen entwickelt, die geeignet sind, an die tatsächlichen Auseinandersetzungen gegen die neoliberale Hegemonie anzuknüpfen und zumindest Bausteine für die Entstehung eines sozialen, demokratischen, solidarischen, friedlichen und ökologischen Europas zu formen. Eine Abkürzung zu den dafür erforderlichen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, der Verbreiterung sozialer Kämpfe und der Herausbildung europäischer und internationaler Solidarität gibt es nicht.

Die diskutierte Frage, ob dafür eher der nationale oder der europäische Schauplatz gewählt werden soll, ist falsch gestellt. Natürlich muss auf nationaler Ebene für soziale Forderungen und demokratische Rechte mit aller Entschlossenheit gekämpft werden, aber es kann doch keinen Zweifel geben, dass das Kapital und die Konzerne längst europäisch und international verflochten und vernetzt sind und diese ökonomische Macht auch politisch zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen. Das ist doch gerade die materielle Basis der neoliberalen Hegemonie in Europa. Die Beschäftigten internationaler Konzerne machen in immer kürzeren Abständen die Erfahrung, wie ihre Standorte gegeneinander ausgespielt werden, und wie ohnmächtig sie sind, wenn sie nicht in der Lage sind, grenzübergreifende Solidarität herzustellen.

Deshalb führt an der Zusammenarbeit, Koordination und Verständigung der Gewerkschaften, Linksparteien und Gruppen der sozialen Bewegungen kein Weg vorbei. Unser Programm und unsere Politik müssen dazu beitragen, diesen Prozess zu befördern. Um mit dem Politikwissenschaftler Elmar Altvater zu schließen: „Die Bändigung des entfesselten Kapitalismus (oder seine Überwindung B. R.), die Regulierung von Finanzmärkten, sozial gesicherte Arbeitsplätze und die Wende zu erneuerbaren Energien sind Millenniumsaufgaben; in jedem Falle lassen sich diese besser in einem vereinten Europa bewältigen, als in einem durch den Spaltpilz der Finanzkrise und die Nullsummenspiele der Abwertungsraserei getrennten und vermutlich zerrütteten Europa.“

## Die Macht der Schwachen

*Von Michael Brie, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung; aus: <http://transform-network.net/de/programs/euro-in-debate/news/detail/Programm/the-power-of-the-weak.html> 17. Mai 2013*

Die Linke hat in Deutschland endlich eine offene Diskussion zu Alternativen in der Krise der europäischen Integration begonnen. Anlass ist die Frage nach Sinn oder Unsinn des Exits von Ländern aus der Währungsunion.

Eine solche offene Diskussion ist zwingend erforderlich. Es reicht nicht, den Beschlüssen von Troika, Rat oder Kommission jeweils eigene schöne Vorschläge entgegenzustellen. Der Gebrauchswert der Linken muss sich konkret erweisen am realen Einfluss auf Handlungsoptionen. Auch die Par-

tei DIE LINKE kann sich dem nicht mehr entziehen. Gefährlich wird dies nur dann, wenn die offene Diskussion sich vor allem als innerparteilicher Machtkampf darstellt. Ganz anders aber, wenn der Gebrauchswert dieser Partei sich auch daran zeigen würde, dass man mit ihr ein öffentliches Gespräch von links führen könnte, das Auswege aus der von oben betriebenen Fortführung neoliberaler Politik mit leicht veränderten Mitteln aufzeigt.

Bislang waren die herrschenden Differenzen innerhalb der Parteiensystems zur europäischen Krisenpolitik eher marginal. Mit der Allianz für Deutschland wurde nun eine nationalliberale Alternative eröffnet. Ihr Kern ist ein Wirtschaftsnationalismus, der zugleich die in Deutschland tätigen „Leistungsträger“ und „Kerngruppen“ schützen soll vor den Krisenkosten. Die Alternative von links ist weniger klar. Deswegen sollte über sie strategisch offen und ohne Angst beraten werden. Das Ausstiegsszenario zwingt, die Prämissen möglicher Antworten offen zu legen. Es gibt vor allem zwei Gründe, die die Linke zu einer Politik bewegen könnten, sich nicht für eine andere Politik innerhalb der EU und der Währungsunion zu entscheiden, sondern für eine Politik direkt gegen die EU und für den Ausstieg.

Dazu eine klärende Vorbemerkung: Die Option, einfach die Währungsunion zu verlassen bzw. andere dazu zu drängen oder deren Exit aktiv zu befürworten, ist zugleich eine Option gegen die heutige EU. Die EU selbst und der Lissaboner Vertrag, die Orientierung auf eine Wettbewerbsintegration und die Verweigerung einer sozialen, einer demokratischen und ökologischen Union mit gemeinsamen Mindeststandards und Korridoren, die zum Wettbewerb um bessere soziale Leistungen führen, gehören untrennbar mit dem Projekt der Währungsunion zusammen. Letztere sollte die währungspolitischen Bedingungen eines global wettbewerbsfähigen, exportorientierten Kerneuropas schaffen.

Welche zwei Gründe aber sprechen vor allem gegen die EU als Handlungsraum einer Linken. Erstens ist dies die Annahme, dass es die EU mit ihrer grundsätzlichen institutionellen Verfasstheit ist, die Handeln von unten, Handeln von links, Handeln mit solidarischen demokratischen Zielen prinzipiell unmöglich macht. Über die europäische Ebene würde all das durchgesetzt, was nationalstaatlich nicht möglich sei. Mittels der europäischen Union seien die Kräfteverhältnisse irreversibel zugunsten der herrschenden Kreise und der dominierenden Kapitaloligarchien verschoben worden. Um Handlungskraft wiederzugewinnen, müsste deshalb die EU selbst verlassen werden, insofern sie mehr sei als ein Raum von positiven demokratischen Grundwerten. Dem steht eine doppelte Erfahrung entgegen: Erstens hat gerade Großbritannien deutlich gemacht, dass die herrschenden finanzkapitalorientierten Kreise der „Insel“ sich keinesfalls dem „Brüsseler Diktat“ beugen. Von „oben“ her betrachtet war Brüssel nie ein wirksames Hindernis. Zweitens zeigte sich z. B. am Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA), dass ein starker Widerstand in wichtigen Ländern auch die Regierungen zum Einlenken zu bewegen vermag. Wer also annimmt, dass die Möglichkeit besteht, das Handeln der nationalen Regierungen nachhaltig zu beeinflussen, kann auch davon ausgehen, dass dies europäische Auswirkungen hat. Und selbst einseitige Schritte wie Moratorien von Beschlüssen auf EU-Ebene durch einzelne Mitgliedsländer, die Verweigerung der Umsetzung neoliberaler Richtlinien sind möglich, wenn auf nationaler Ebene ein entsprechender Konsens da



ist. Schon jetzt gibt es dafür eine ganze Reihe von Beispielen. Es ist nicht so, dass die nationalen Parlamente und Regierungen keinen realen Handlungsspielraum haben, sondern dass sie ihn gar nicht im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Forderungen nutzen wollen.

Zweitens gibt es die Annahme, dass ein Verlassen der EU bzw. der Währungsunion gerade die schwächeren Länder und deren Bevölkerung stärken würde. Man müsse sich dann ja nicht mehr den Beschlüssen aus „Brüssel“ beugen. Die Frage ist nur, ob diese Rechnung aufgehen würde. Die realwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse bleiben definitiv auf absehbare Zeit bestehen, während die formellen Handlungspotentiale innerhalb der europäischen Institutionen für die Regierungen dieser Länder, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder (nicht zuletzt die Freizügigkeit des Sitzes von Arbeit und Erwerb) wegfallen. Angesichts der realen geringen ökonomischen Handlungsmacht dieser Länder und ihrer Bevölkerungen könnte der Verlust der institutionellen Mitsprachemöglichkeiten innerhalb der EU und das damit verbundene Potential auch der Blockade deutlich stärker zu Buche schlagen als der Gewinn aus der formellen Eigenständigkeit an der Peripherie der EU, auch als ein Gewinn aus der Abwertung der dann wieder nationalen Währung.

Mir scheint, dass die Frage nicht darin besteht, aus der Währungsunion, geschweige denn aus der EU auszusteigen, sondern dass so oder so die Notwendigkeit besteht, an der Handlungsfähigkeit vor Ort, kommunal, regional und auch nationalstaatlich zu arbeiten und dies durch Vernetzung zugleich als europäische Handlungsfähigkeit von links zu entwickeln. Es bedarf auch des Thatcherschen Muts zum Nein, wenn denn linke Kräfte tatsächlich die Regierung tragen würden. Man muss sich vor allem fragen, warum die Handlungskraft von links insgesamt so gering ist und warum es keine starken linken Regierungen gibt, die die Fähigkeit zum Nein haben und dafür die volle Rückendeckung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir dies ändern würden, dann könnten wir auch souverän fragen, ob nicht eine andere, eine soziale, demokratische und ökologische Union mit solidarisierenden Handlungsformen in der Welt die bessere Option für das 21. Jahrhundert ist.

TTIP

## Kein Deal mit J. R. oder: Wer will eine Wirtschafts-NATO?

*Interview von „europa rot“, Ausgabe 12/2013, mit Helmut Scholz, MdEP, Berichterstatter des Ausschusses für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments*

● **In den Nachrichten hören wir derzeit viel über ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Die Abkürzung heißt TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Was hat es damit auf sich?**

Dieses Abkommen wird das größte und weitestgehende Abkommen über Handel und Investitionen, das die Welt bislang gesehen hat. Es wird sehr direkte Auswirkungen auf unser Leben haben.

● **Aber wo ist das Problem? Ist es nicht gut für unsere Wirtschaft, wenn wir den Amerikanern künftig mehr verkaufen können?**

Dieses Abkommen ist keine Einbahnstraße. Die Einfuhrzölle sollen ja auf beiden Seiten abgeschafft werden. Einige Hersteller aus Deutschland werden vielleicht mehr verkaufen können, zum Beispiel Autos oder chemische Produkte. Für andere wird jedoch die Konkurrenz größer werden. Sorgen machen sich hier besonders die Landwirte.

● **In der Industrie sind doch viel mehr Menschen beschäftigt als in der Landwirtschaft.**

Das stimmt, aber wir alle sind auch Verbraucher. Bei diesem Abkommen geht es nicht nur um Einfuhrzölle, sondern auch um die Regeln, die für die Qualität von Produkten gelten. Gerade beim Essen ist es den Menschen bei uns in Europa wichtig, dass wir möglichst natürliche Produkte auf den Tisch bekommen. Da haben wir eine andere Kultur. Wir wollen keine Chemikalien im Bier. Wir wollen keine gentechnisch veränderten Getreide im Brot. Wir wollen kein Fleisch von Tieren, die durch Klonen „hergestellt“ wurden und mit Hormonen behandelt worden sind, oder Hühnerfleisch, das durch ein Chlorbad gezogen wurde, um es künstlich heller zu machen. In den USA werden all diese Methoden eingesetzt, um billiger produzieren zu können.

● **Aber bei uns ist doch „bio“ beliebt und es gibt europäische Gesetze, was auf den Verpackungen angegeben werden muss.**

Wenn es den Amerikanern in den Verhandlungen gelingt, diese Produkte auf den europäischen Markt zu bringen, indem wir zum Beispiel unsere Kennzeichnungspflicht auf Verpackungen für genetisch veränderte Inhaltsstoffe abschaffen müssen, stehen unsere Bauern plötzlich unter einem noch viel stärkeren Kostendruck. Einige würden wohl notgedrungen diese Methoden übernehmen. Gerade wer weniger Geld in der Tasche hat und nicht im Bioladen einkaufen kann, hätte dieses Zeug schon bald im Kühlschrank stehen.

● **Gibt es weitere Regelungen, die am Verhandlungstisch abgeschafft werden könnten?**

Wir wurden im Europäischen Parlament informiert, dass die EU-Kommission bereit ist, alle Themen zu diskutieren. Handelskommissar De Gucht, der von den belgischen Liberalen kommt, wollte keinerlei „rote Linien“ in seinem Verhandlungsauftrag haben. Er will nun nach zwei Strategien vorgehen: entweder Annäherung der gesetzlichen Vorschriften beider Seiten oder wenn das zu kompliziert scheint, die wechselseitige Anerkennung von Standards und Zulassungen zum Markt. Das finden wir zum Beispiel bei Medikamenten oder Finanzprodukten sehr problematisch. Schließlich fing diese ganze Krise mit den miesen Tricks amerikanischer Banken an, durch die zahllose Familien in den Ruin getrieben wurden, nachdem man ihnen einen Wucherkredit für ein Haus aufgeschwatzt hatte. Erinnern wir uns, dass auch europäische Banken damals gierig mitverdienen wollten. Von allein regelt sich gar nichts, da braucht es starke Gesetze, um die Verbraucher zu schützen.

● **Darf die Kommission denn jetzt tatsächlich über alles verhandeln?**



Eine Ausnahme konnten wir im Europäischen Parlament durchsetzen: Eine Mehrheit der Abgeordneten schloss sich unserer Forderung an, dass über Maßnahmen zur Kulturförderung in Europa nicht verhandelt werden darf. Wir wollten als Linke noch viel mehr erreichen, zum Beispiel den Schutz von öffentlichen Dienstleistungen wie in den Bereichen Wasser, Gesundheit und Bildung. Dafür bekamen wir leider keine Mehrheit.

### ● **Entscheidet denn darüber überhaupt das Europäische Parlament?**

Die Kommission verhandelt im Auftrag von Kanzlerin Merkel und den anderen Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU. Deshalb durfte ihre Runde – der Europäische Rat – auch bestimmen, worüber verhandelt wird. Die Kultur haben sie herausgenommen, alles andere blieb drin. Aber am Ende wird das Verhandlungsergebnis dem Europäischen Parlament vorgelegt. Wir Abgeordneten können auch Nein sagen, wie wir es zum Beispiel bei ACTA getan haben.

### ● **Im Europäischen Parlament gibt es eine Mehrheit aus konservativen und liberalen Parteien und auch die meisten Sozialdemokraten haben sich für ein Abkommen ausgesprochen. Ist eine Ablehnung da nicht sehr unwahrscheinlich?**

Diese Entscheidung wird erst das nächste Parlament treffen. Es wird im Mai 2014 neu gewählt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir ein starkes Ergebnis für DIE LINKE erhalten. Denn nur dann haben wir eine Chance, dass das Abkommen mit den USA vom Europaparlament abgelehnt wird, wenn es für die Menschen in Europa eine Verschlechterung ihres Lebens bedeuten würde.

### ● **Wissen die Bürgerinnen und Bürger denn genug über dieses Abkommen, damit es bei ihrer Wahlentscheidung überhaupt eine Rolle spielen könnte?**

Ich fürchte, noch nicht. Ich bin in den letzten Wochen aber bereits von vielen Gewerkschaftsvertretern, Umweltschutzverbänden und Verbraucherschutzorganisationen angesprochen worden, die mehr über das Thema erfahren wollen. Meine Veranstaltungen und Interviews zu diesem Thema häufen sich. Leider ist es für die meisten Menschen und auch für ihre Organisationen schwierig, etwas über den konkreten Inhalt der Verhandlungen zu erfahren. Die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt. Eine meiner wichtigsten Forderungen lautet daher: Wir brauchen volle Transparenz der Verhandlungen. Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die Unterhändler zu vereinbaren beabsichtigen. Dann können sie auch eine informierte Entscheidung darüber treffen, ob sie dieses Abkommen wollen oder nicht.

### ● **Wie hat die Kommission auf diese Forderung reagiert?**

Wir 30 Abgeordnete im Handelsausschuss werden nun tatsächlich besser informiert. Jeweils vor und nach einer Verhandlungsrunde berichtet uns der Chefunterhändler. Aber auch das findet hinter verschlossenen Türen statt. Die Kommission argumentiert damit, dass die amerikanischen Verhandlungspartner ein Recht darauf hätten, dass ihre Angebote vertraulich behandelt würden. Gerade durch den aktuellen Abhörskandal wird dieses Argument natürlich lächerlich.

Schließlich spioniert die US-Regierung die Europäer ja systematisch aus. Die amerikanische Seite beschwert sich sogar über Datenschutzregeln in der EU und versucht aktuell, einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Bürgerrechte zu sabotieren.

### ● **Wie geht es nun weiter?**

Die erste Verhandlungsrunde fand vom 8. bis 12. Juli in Washington statt. Die zweite Runde soll in der ersten Oktoberwoche in Brüssel tagen. Um die Verhandlungen zu beeinflussen, arbeite ich daran, mit Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Kräften ein Bündnis aufzubauen, das die Schritte aufmerksam verfolgt und Zwischenergebnisse auf den Prüfstein legt. Nur so können wir die Mehrheiten bilden, die nötig sind, um ein schlechtes Ergebnis abzulehnen. Abgeordnete der SPD haben zum Beispiel gesagt, dass sie gegen das Abkommen stimmen würden, falls die Kommission ihre Absicht wahr macht, Unternehmen ein Klagerecht gegen Regierungen zu schaffen, falls zum Beispiel neue Gesetze zum Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz den erwarteten Profit verringern. Nageln wir sie gemeinsam darauf fest.

### ● **Besteht denn eine Alternative zu diesem Abkommen?**

Als LINKE sind wir nicht grundsätzlich gegen Handel oder gegen die amerikanische Bevölkerung. Aber wir wollen keine Abkommen, mit denen die jetzigen Probleme nur noch verstärkt würden. Amerikanische Politiker haben dieses Abkommen eine „Wirtschafts-NATO“ genannt. Das beschreibt ganz gut, dass andere Teile der Welt das Gefühl haben werden, zwei der größten Wirtschaftsmächte würden sich gegen sie zusammenschließen. Wir treten jedoch für einen fairen und gerechten Welthandel ein. Wir wollen ein hohes gemeinsames Ziel bei Verbraucherschutz, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten. Die Regeln müssen wir gemeinsam mit allen Partnern multilateral entwickeln, statt sie gemeinsam mit Washington einfach zu bestimmen. Wird das Abkommen wie geplant geschlossen, droht für Umwelt und Beschäftigte ein Wettlauf nach unten und es würden in Europa jene Unternehmen und Staaten profitieren, die schon heute besonders stark exportieren. Die Kluft zu den anderen würde sogar noch größer werden und die Weltwirtschaft noch instabiler.

## **Kulturelle Vielfalt nicht verhandeln!**

*Was Kino-Mitteilung, Tariflohn und das TTIP miteinander zu tun haben*

*Von Lothar Bisky und Nora Schüttpelz, Langfassung eines Beitrages für „europa rot“, Ausgabe 12/2013*

Kulturelle Ausnahme: Was das ist ...

Dass Kultur mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, scheint uns Europäern ganz normal. Ja, wir halten es mit Blick auf unsere Geschichte und Zukunft für notwendig, unser historisches und kulturelles Erbe sowie Ausdrucks- und Meinungs-freiheit zu schützen und zu fördern. „In Vielfalt geeint“ ist Selbstverständnis und Selbstverpflichtung der Europäischen Union. Sie folgen aus der Erkenntnis, dass Identifikation mit



der EU auch davon abhängt, in welchem Maße das Zusammenwachsen in Europa als kulturelle Bereicherung erlebt wird und ob regionale Kultur in Europa als gut aufgehoben und gefördert erlebt wird. Kultureller Austausch und das internationale Agieren (nicht nur) der Kunstschaffenden werden vielfach als Motoren europäischer Einigung begriffen. In der Tat ist gerade die nur scheinbar komplizierende und kostspielige Vielsprachigkeit Teil dessen: Europa ist der Kontinent der Übersetzungen. Dialoge zwischen Sprachen eröffnen andere Denkweisen, Ansichten, Lebensweisen, die nur denjenigen nicht verborgen bleiben, die in mehreren Sprachen denken müssen, wollen und können.

Kulturförderung hat unterschiedliche Formen: Buchpreisbindung, die Sonderstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Urheberrecht, Subventionen für künstlerische und Filmproduktionen und Synchronisierung, Finanzierung von Theatern, Bibliotheken, Museen, reduzierte Mehrwertsteuer für Kulturgüter, Austausch- und Kooperationsprogramme für Kulturschaffende und natürlich auch Förderprogramme für den Austausch im Bildungsbereich. Wenn auch manch konkrete Regelung wie der neue Rundfunkbeitrag nicht jedem gefällt – fast alle Steuerzahler sind im Grunde einverstanden, dass Kultur, einschließlich öffentlich-rechtlicher Medien, nicht reine Handelsware, sondern auch öffentliche Aufgabe ist und deshalb besonderen Regeln unterliegt.

### ... und wo es steht

Das ist gemeint, wenn von der „kulturellen Ausnahme“ oder vom Schutz kultureller Diversität gesprochen wird. International vereinbart ist dieses Prinzip in der UNESCO-Konvention zum „Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“. 130 Staaten sowie die EU selbst haben die Konvention seit 2005 ratifiziert. Durch sie ist das „sovereäne Recht [der Vertragspartner], ihre Kulturpolitik zu formulieren und umzusetzen sowie Maßnahmen zu beschließen, um die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern“ im Völkerrecht verankert. Ausdrücklich ist vereinbart, dass dieses Übereinkommen nicht anderen Verträgen – etwa Freihandelsabkommen – unterzuordnen ist.

Die EU ist primärrechtlich auf die Wahrung der „nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitige Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ verpflichtet (Art. 167 AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union von 2009). Ausdruck findet dies zum einen in der Kulturförderung durch die EU selbst. Im neuen Programm „Kreatives Europa“ sind die bisherige Filmförderung durch das MEDIA-Programm und die Kulturförderung aus dem KULTUR-Programm zusammengefasst. Durch sie wurden bislang und werden auch in Zukunft Fördermittel von Bund und Ländern ergänzt.

Zugleich können derartige staatliche Kulturfördermaßnahmen vom allgemeinen Verbot staatlicher Beihilfen im EU-Binnenmarkt ausgenommen werden nach Art. 107.3d AEUV – und sind es aktuell auch noch.

### Alles Kultur-gut? Mitnichten.

Doch Verfechtern internationalen Freihandels, der Binnenmarktfreiheiten sowie der Austeritätspolitik ist die „kulturelle Ausnahme“ ein Dorn im Auge. Sowohl das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA, zu dem die Verhandlungen im Juli 2013 begannen, als auch die geplante Neugestaltung der „Kino-Mitteilung“ der EU-Kommission bei

gleichzeitiger Kürzung des EU-Haushalts durch die Regierungen der Mitgliedstaaten gefährden die Kulturlandschaft, wie wir sie kennen. Es gibt sicherlich mehr Beispiele, doch diese mögen zur Veranschaulichung der aktuellen Notwendigkeit, die Sonderstellung der Kultur zu verteidigen, zunächst genügen.

### Wettbewerb der Kulturen

In den USA funktioniert Förderung von Kultur und Medien ganz anders als in Europa, ist mehrheitlich privatwirtschaftlich oder über Steuervergünstigungen organisiert. Kulturgüter werden vielmehr als Produkte angesehen. Es ist souveränes Recht dieses Landes, den Bereich der audiovisuellen Dienstleistungen entsprechend der eigenen Philosophie zu organisieren. Doch das geplante Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen EU und USA könnte die besondere Rolle, die Europa der Kultur aufgrund der hier vorhandenen Bedingungen und Unterschiedlichkeiten zuschreibt, zur Disposition stellen. Zumal die USA die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt nicht ratifiziert haben. Kritiker befürchten, US-Filmproduktionsfirmen könnten im Falle der Liberalisierung des audiovisuellen Sektors gegen die in Europa gängige Sonderbehandlung des Kultur- und Kreativsektors klagen. Wahrscheinlicher noch wäre, dass sie die sowieso knappen Fördergelder ebenfalls einforderten. Denn Kernziel von Freihandelsabkommen ist ja, dass die Vertragspartner sich gegenseitig als „Markt-Inländer“ behandeln: Was einer darf, muss auch dem anderen gewährt werden. Heraus käme, so die Befürchtung, mehr Kommerzialisierung, weniger Kulturvielfalt: Schon jetzt liegt der Marktanteil europäischer Filme in den USA bei nur 6,5 Prozent, während US-amerikanische Kinofilme in der EU im Durchschnitt über 60 Prozent ausmachen, in einigen Ländern sogar deutlich mehr (Zahlen von 2010). Frankreich, das sich noch vergleichsweise besonders hohe Subventionen und Schutzquotenregelungen „leistet“, bringt es immerhin noch auf einen Marktanteil eigener Filmproduktionen von 40 Prozent.

Ein Aufschrei von Film- und Medienschaffenden und einem Teil der Politiker in den Mitgliedstaaten, aber vor allem auch im Europaparlament, hat bewirkt, dass die Liberalisierung des Kultursektors zunächst nicht Eingang ins Verhandlungsmandat der EU-Kommission fand. Was genau aber am nicht-öffentlichen Verhandlungstisch besprochen und letztlich dem Europaparlament als Vertragsentwurf zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt wird, muss sich erst noch zeigen: Der für internationalen Handel zuständige EU-Kommissar Karel de Gucht hat bereits angekündigt, eine Erweiterung seines Mandats anzustreben, sollten Zugeständnisse zur Liberalisierung von Film und Fernsehen im Verhandlungsverlauf aus seiner Sicht erforderlich werden. Er scheint die audiovisuellen Dienstleistungen schlicht als Verhandlungsmasse im Ringen um wirtschaftliche Vorteile anzusehen.

Nun schreibt die EU-Kommission selbst: „Die EU verfügt über Regeln zum Schutz der reichen kulturellen Vielfalt Europas ... In der EU und in den Mitgliedstaaten gibt es Gesetze, die die kulturelle Vielfalt schützen und fördern, z. B. bei der Produktion von Filmen und Fernsehprogrammen, dem sogenannten audiovisuellen Sektor. Die EU wird das Recht und die Fähigkeit, Europas kulturelles Erbe zu schützen, keiner Gefahr aussetzen.“<sup>1</sup>

Tatsächlich aber geht sie auch innerhalb der EU ganz direkt den Weg, Kultur immer mehr zu einem „normalen“ Wirt-



schaftssektor umzudefinieren, indem genau diese Schutzregeln aufgeweicht werden.

## Kulturmarkt – Binnenmarkt – globaler Markt

Die oben angeführte Sonderregelung über staatliche Beihilfen für die Kultur haben Marktgläubige längst im Visier. Sie besagt, dass Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes als mit den Binnenmarktregeln vereinbar angesehen, also erlaubt werden können. In Bezug auf die Filmförderung regelte die EU-Kommission in der so genannten Kino-Mitteilung<sup>2</sup>, welche Grenzen den Staaten und Regionen bei der Finanzierung von Filmproduktionen gesetzt sind.

Das Filmfördersystem in Deutschland und einer Reihe anderer EU-Mitgliedstaaten baut bislang stark auf Subventionen, vor allem auch durch die Bundesländer. Solche Subventionen werden damit gerechtfertigt, dass sie in den Wirtschaftskreislauf derjenigen Region zurückfließen, von der sie – meist aus Steuermitteln – gewährt werden. Mittels Förderauflagen zur so genannten Territorialisierung kann bisher verlangt werden, dass bis zu 80 Prozent der Produktionssumme vor Ort ausgegeben werden. Die Kino-Mitteilung von 2001 erlaubt diese Praxis, denn es galt als einsichtig, dass mit dieser Maßnahme Markt- und Handelsbeziehungen keineswegs unverhältnismäßig gestört, dafür aber kulturelle und gesellschaftlich wichtige Zielstellungen angemessen unterstützt werden. Indem ein Großteil der Waren und Dienstleistungen aus der fördernden Region verwendet werden müssen, soll „Subventionstourismus“ vermieden, filmwirtschaftliche Infrastruktur vor Ort gestärkt und regionale Filmkultur erhalten werden. Letztlich ist das auch ein Aspekt, der Publikum anzieht: Wer fühlt sich nicht einem Film besonders verbunden, in dem die Kneipe nebenan oder Produkte, die in der Region hergestellt werden auftauchen, oder an dem ein früherer Schulfreund mitgewirkt hat?

Die Möglichkeit territorialer Auflagen will die EU-Kommission nun im Rahmen der turnusgemäßen Überarbeitung der „Kinomitteilung“ stark einschränken, weil sie ihrer Auffassung nach dem Prinzip des freien Wettbewerbs widersprechen.

Erneut regt sich Protest bei Künstlern, den verschiedenen Interessengruppen der Filmwirtschaft<sup>3</sup> und Kulturpolitikern, selbst sonst konservativen. Denn der Kultursektor ist sowie so schon ein Bereich, der in Krisenzeiten oft zuallererst unter Kürzungen zu leiden hat: In Griechenland schließt die Regierung in Finanznot den staatlichen Rundfunk. Anderenorts stehen Theater, Kinos und Museen vor dem Aus. Im EU-Haushalt ist für 2014 weniger Geld für Kulturausgaben vorgesehen als noch in diesem Jahr, obwohl die EU größer geworden ist. Angesichts echter oder vermeintlicher Sparzwänge würden wohl Mitgliedstaaten und Regionen noch weniger Rechtfertigungsgründe für Film- und Kulturförderung sehen, wenn die Subventionen künftig nicht mehr als Hebel für die regionale und lokale (Kultur-)Wirtschaft funktionierten. „Schwierige“ Filme – wie Kurzfilme, Erstlingswerke, Dokumentarfilme oder solche mit kompliziertem, besonders kritischem Inhalt oder in „kleinen“ Sprachen – würden vermutlich noch weiter aus dem geförderten Repertoire verschwinden. Leider obliegt die Überwachung des Wettbewerbsrechts allein der EU-Kommission: Weder die Mitgliedstaaten noch das EU-Parlament haben bei der Überarbeitung der Beihilferegeln ein verbindliches Mitspracherecht – übrigens

dies ein Punkt, den das Europaparlament bei der nächsten Revision der EU-Verträge dringend geändert sehen will. Der Kommission jedoch scheint vor allem an der Durchsetzung der Binnenmarktprinzipien gelegen. Was aber die alleinige Geltung von Prinzipien des freien Binnenmarkts ohne übergeordnete Schutzbestimmungen an anderer Stelle bewirkt, lässt sich beim Thema Mindestlohn erkennen: Es ist nicht möglich, die Fördermittelbewilligung für Filmproduktionen von der Zahlung deutscher Tariflöhne für an der Filmproduktion beteiligte Arbeitnehmer aus anderen Ländern abhängig zu machen, wenn entsprechende Tarifverträge in Deutschland nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Und jede weitere Liberalisierung im EU-Binnenmarkt macht es wahrscheinlicher, dass die betroffenen Güter auch unter Freihandelsverträge fallen.

Im Herbst 2013 stehen sowohl die Entscheidung über die neue Kino-Mitteilung als auch die nächste Verhandlungsrunde zum TTIP an. Bei beiden geht es um die Frage, ob die kulturelle Vielfalt, die doch entscheidend für das Selbstverständnis des Europäischen Projekts ist, ein weiteres Stück einem einheitlichen Unterhaltungsmarkt Platz machen muss.

### Anmerkungen

- 1 [http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/questions-and-answers/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/questions-and-answers/index_de.htm)
- 2 „Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu bestimmten Rechtsfragen im Zusammenhang mit Kinofilmen und anderen audiovisuellen Werken (KOM(2001)534).“
- 3 Siehe auch Stellungnahmen zum Konsultationsverfahren zur Kino-Mitteilung: [http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_state\\_aid\\_films/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_state_aid_films/index_en.html)

## Sonderrecht für Konzerne?

*Interview mit Peter Fuchs, Sprecher der globalisierungskritischen Organisation PowerShift; aus: Neues Deutschland, 2. August 2013, Interviewer: Rolf-Henning Hintze*

### ● Sie warnen vor der Gefahr, dass mit dem geplanten Freihandelsabkommen EU-USA internationale Schiedsgerichte bei Investitionsstreitigkeiten aufgewertet werden sollen. Was hat es damit auf sich?

Im Kern geht es darum, die Eigentumsinteressen von Investoren aus den USA in Europa und europäischer Investoren in den USA vor öffentlicher Regulierung zu schützen, also das Eigentum der Investoren sakrosankt zu halten. Die EU hat in ihrem Verhandlungsmandat festgeschrieben, dass Investoren zukünftig außerhalb der Rechtssysteme der USA und Europas eigene Klagerechte bekommen sollen, wenn sie sich in ihren Eigentumsrechten eingeschränkt sehen. Diese Klagerechte sind nicht mehr Teil unseres Rechtssystems, das sind Tribunale von Investitionsschiedsrichtern. Und es ist egal, ob eine Maßnahme mit dem Verfassungsgebot hier oder dem US-Rechtssystem übereinstimmt, es wird allein entschieden nach Investitionsregeln, die im Freihandelsvertrag festgeschrieben werden. Das kann dann dazu führen, dass wichtige Regulierungen von Umweltmaßnahmen und im Sozialbereich unter Beschuss geraten und Konzerne dagegen hohe Entschädigungen einklagen.

### ● Unterwirft sich die europäische Seite damit von vorn herein diesen Schiedssprüchen?



In der Tat unterwerfen sich die Verhandlungsparteien dem sich entwickelnden eigenen Recht für Konzerne. Der Schiedsspruch, den die Tribunale am Ende eines Streitverfahrens zwischen einem Konzern und einem beklagten Land verabschieden, muss von den Verhandlungsparteien wie eine letztinstanzliche Entscheidung und in Deutschland beispielsweise vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert werden. Es gibt es keine Berufungsinstanz.

#### ● **Wird damit quasi ein Parallelrecht geschaffen?**

Genau. Das ist in der rechtspolitischen Debatte ein heißes Eisen, aber erst recht müsste es in unserer demokratiepolitischen und der umweltpolitischen Debatte ein heißes Eisen sein. Wir haben in den USA und in Europa Rechtssysteme, die sind mit eigenen Mechanismen der Sicherstellung von Unabhängigkeit und auch von Überprüfung von Rechtsurteilen versehen. All das soll in dieser Schiedsgerichtsbarkeit demnächst nicht mehr gelten.

#### ● **Wie muss man sich ein Schiedsgerichtsverfahren vorstellen?**

Deutschland wurde in den letzten Jahren zweimal vor ein Investitionsschiedsgericht gezerrt. Das geschah auf der Basis eines anderen Vertrags, den es in Europa im Energiebereich schon gibt: der Energiecharta. Der schwedische Konzern Vattenfall sagt, der Atomausstieg geht ans Eigentum, und verklagt deshalb Deutschland vor einem internationalen Schiedsgericht in Washington. Vattenfall verlangt 3,7 Milliarden Euro! Das Verfahren geht so, dass Vattenfall einen Schiedsrichter bestimmt, die beklagte Bundesregierung ebenso, und in der Regel versuchen sich die Parteien auf einen dritten Schiedsrichter zu einigen. Das Gremium fällt die endgültige Entscheidung.

#### ● **Das Papier mit dem Verhandlungsmandat für die EU-Kommission ist eigentlich geheim.**

Die EU meint offensichtlich, es gehöre nur in die Hände der Diplomaten und Bürokraten, die dieses Abkommen aushandeln, und die Bürger sollten das nicht wissen. Dagegen müssen wir uns schon aus fundamentalen Demokratiegründen aussprechen.

## Griechenland – Unter Räubern

*Von Sahra Wagenknecht, Erste stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag; aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), 4. September 2013*

Die „Griechen-Rettung“ der Bundesregierung gleicht einem Bankraub. Aber: Nicht die Banken wurden beraubt, sondern die Steuerzahler von den Banken. Ermöglicht hat dies eine Räuberbande aus Regierung und vermeintlicher Opposition. Genauer: Merkel, Schäuble, Rösler, Steinbrück und Trittin.

### Griechen-Rettung? Banken-Rettung!

Die angeblichen Hilfen für Griechenland über rund 210 Milliarden Euro flossen nahezu vollständig an den Finanzsektor. Unter Berücksichtigung von Zinszahlungen landeten etwa 94 Prozent der „Hilfen“ bei Banken und privaten Gläubigern. Unter den wichtigsten Gläubigern befanden sich unter anderem deutsche und französische Banken. Im April 2010 waren noch etwa 90 Prozent der griechischen Staatsschulden in privater Hand, nunmehr sind es nur noch 15 Prozent. Deutsche Geschäftsbanken, Versicherer und Investmentfonds haben ihre Forderungen gegenüber Athen weitgehend bereinigt. Der unvermeidliche Schuldenschnitt wird daher nun überwiegend die Steuerzahler treffen. Denn die Alternative – die korrupte griechische Oberschicht über eine Vermögensabgabe in die Pflicht zu nehmen – ist für die Bundesregierung tabu. Dabei wäre einiges zu holen, nicht nur in Griechenland: Allein das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die 11 Billionen Euro beträgt.

### Merkels Märchenstunde

Das Nein der Kanzlerin zu einem Schuldenschnitt ist so glaubwürdig wie das einstige Versprechen von Franz Müntefering, die SPD würde die Mehrwertsteuer nach der Wahl nicht erhöhen. Für Deutschland lässt sich das Risiko grob abschätzen: Das erste Griechenland-Paket umfasste Finanzhilfen von rund 53 Milliarden Euro, Deutschlands Anteil daran betrug rund 15 Milliarden Euro. Danach wurde im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ein zweites Griechenland-Paket über 145 Milliarden Euro geschnürt. Davon sind etwa 130 Milliarden Euro ausgezahlt. Der deutsche Anteil an der EFSF beträgt 29 Prozent. Deutschland haftet daher für etwa 38 Milliarden Euro der bisher ausgezahlten Griechenland-Gelder des zweiten Griechenland-Pakets. Der EFSF-Rettungsschirm leiht sich aber selbst Geld auf den Finanzmärkten. Günstige Zinsen gibt es jedoch nur mit einer Spitzennote der Ratingagenturen. Daher muss die Bürgschaft für den EFSF noch höher ausfallen, dies nennt man eine Übersicherung. Berücksichtigt man die Übersicherung, bürgt Deutschland für rund 62 Milliarden Euro der bisher ausgezahlten „Rettungsgelder“ des zweiten Griechenland-Pakets.

Ein Schuldenschnitt müsste etwa 30 Prozent betragen, um Griechenlands Staatsverschuldung – wie von der Troika angestrebt – auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückzuführen. Ein Schuldenschnitt könnte daher Verluste für die Steuerzahler in Deutschland von bis zu rund 23 Milliarden Euro verursachen. Nicht berücksichtigt sind dabei Forderungen der Europäischen Zentralbank (EZB) aus dem Securities Market Programme (SMP) sowie des Internationa-



len Währungsfonds (IWF) von jeweils etwa 30 Milliarden Euro. Der IWF hat vorrangigen Gläubigerstatus und der Status der EZB ist umstritten. Vorrangige Gläubiger erhalten ihr Geld bei einem Zahlungsausfall vor allen anderen Gläubigern. Es ist somit noch unklar welche Auswirkungen ein Schuldenschnitt auf die Forderungen der EZB aus dem SMP-Programm bzw. den IWF hätte. Kauft die EZB zukünftig Banken Staatsanleihen im Rahmen des Outright Monetary Transaction Programme (OMT) ab, wird sie jedoch bei einem Zahlungsausfall haften und daher geringere Notenbankgewinne an die Staatshaushalte ausschütten. Hinzu kommen die aktuelle Finanzierungslücke von etwa 4,5 Milliarden Euro des ersten Griechenland-Paktes sowie Gerüchte über ein drittes Griechenland-Paket über mindestens 10 Milliarden Euro.

### Operation gelungen, Patient tot

Gleichzeitig wurde die „Rettung“ Griechenlands mit dem größten Angriff auf Demokratie und Sozialstaat in Europas Nachkriegsära verbunden. Die brutalen Kürzungspakte haben die Krise weiter verschärft. Griechenland hat seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise über 20 Prozent seiner Wirtschaftskraft verloren, die Schuldenquote ist von 130 Prozent des BIP auf über 170 Prozent explodiert. Die Arbeitslosigkeit beträgt mittlerweile 27 Prozent. Unter Jugendlichen sind gar zwei von drei oder 62 Prozent ohne Arbeit. Die Gewerkschaft des Privatsektors in Griechenland erwartet, dass die Arbeitslosenquote noch mindestens zwanzig Jahre über 10 Prozent verharren wird. Griechenland hätte dann ein viertel Jahrhundert Ausnahmezustand hinter sich. In den Krankenhäusern fehlt es an lebenswichtigen Medikamenten, Schwangere werden dort abgewiesen und Kinder hungern. Eine Schande mitten in Europa.

### Nach der Wahl wird abgerechnet

Doch nicht nur Griechenland wurde an die Wand gefahren. Es drohen weitere Risiken, etwa in Irland. Kürzlich machten sich führende Manager der Anglo Irish Bank am Telefon über Politiker lustig, die in ihrer Schrott-Bank ohne Sinn und Verstand Geld versenkten. Nun soll Dublin bereits zum Jahresende das Geld ausgehen. Nicht viel besser sieht es in Portugal aus, die Gelder werden dort bestenfalls noch bis Juni 2014 reichen. Zypern gilt jetzt schon als technisch bankrott. Werden die verschiedenen Rettungstöpfe ausgeschöpft, haftet Deutschland unter dem Strich etwa für 211 Milliarden Euro der EFSF. Der permanente Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) löst die EFSF nun ab. Laut Bundesregierung bürgt Deutschland hier für etwa 190 Milliarden Euro. Die Räuber in Europas Hauptstädten drängen überdies zunehmend darauf, ihre Zombie-Banken unmittelbar aus dem ESM zu finanzieren.

### Euro-Krise privat

Viele, die von der Politik in die private Altersvorsorge gedrängt wurden, erleben jetzt schon ihre persönliche Euro-Krise. Die EZB hält aufgrund der geringen Investitionsbereitschaft der Unternehmen die Zinsen niedrig. Die sinkenden Zinsen werden von den Lebensversicherern an die Kleinsparer weitergereicht und gleichen in vielen Fällen nicht einmal mehr die Inflation aus. DIE LINKE fordert daher eine Anhebung des gesetzlichen Garantiezinses der Lebensversicherer und eine Abwicklung des privaten Renten-Casinos zugunsten einer starken gesetzlichen Rente.

### Nein zur Rettung der Euros von Banken und Vermögenden

DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag den giftigen Cocktail aus Bankenrettung und Sparbomben abgelehnt. Die privaten Gläubiger und Eigentümer der Banken sollen haften. Nur seriöse Unternehmenskredite und die Einlagen der Kleinsparer sind abzusichern. Wir wollen die Profiteure der Krise zur Kasse bitten und fordern eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre. Um das Geschäft mit der Staatsverschuldung zu beenden, muss die EZB Investitionen durch direkte Kredite ohne Umweg über die Banken unterstützen. Die Krisenstaaten brauchen Investitionsprogramme statt Bankenrettungsmilliarden. Den Euro-Crash-Kurs der anderen Parteien wird DIE LINKE auch nach der Wahl weiter bekämpfen.

Nahost

## Spaltung der Gesellschaft überwinden

*Interview mit Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, über den Machtwechsel in Ägypten, Perspektiven für die Länder des sogenannten Arabischen Frühlings und Optionen für einen grundlegenden außenpolitischen Kurswechsel Deutschlands; aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), 5. Juli 2013*

### ● Hätten Sie sich vorstellen können, dass die erste demokratisch gewählte ägyptische Regierung nach gerade mal einem Jahr scheitert?

Nein, eigentlich nicht. Andererseits: Nach Jahrzehnten der Diktatur in Ägypten und in den anderen Ländern des Arabischen Frühlings war zu befürchten, dass der Übergang in demokratische und pluralistische Strukturen nicht so einfach geht. Es ist toll, dass sich die Zivilgesellschaft auch unter Mursi gegen die erneuten Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte gewehrt und sich die Revolution nicht hat stehlen lassen. Problematisch ist aber die Rolle des Militärs: Hoffentlich wird es im zukünftigen Ägypten nie wieder in der Lage sein, gewählte Präsidenten abzusagen.

### ● Ist die aktuelle Krise in Ägypten hausgemacht oder wurde sie auch durch Faktoren von außen beeinflusst?

Die Ägypterinnen und Ägypter haben mit Mubarak einen Diktator verjagt, der sie jahrzehntelang unterdrückt hat. Aber Armut und soziale Ungerechtigkeit sind mit dem neuen Präsidenten nicht verschwunden. Mursi hat seine Wahlversprechen gebrochen und es nicht geschafft, die Spaltung der ägyptischen Gesellschaft zu überwinden. Im Gegenteil: Mit der stark islamisch geprägten Verfassung hat er die Spaltung noch forciert. Hierfür hat er nun die Quittung erhalten. Natürlich spielen die USA und andere Kräfte von außen in Ägypten immer eine Rolle. Aber ich denke, die aktuelle Krise kam tatsächlich mehr von innen.

### ● Jahrzehntlang spielte Kairo eine Vermittlerrolle in regionalen und internationalen Konflikten. Eine Zeit lang sah es so aus, als wolle Ankara diese Rolle übernehmen, das jetzt aber selbst mitten in einer innenpoli-



## **tischen Krise steckt. Läuft es wieder einmal darauf hinaus, dass die USA und ihre Verbündeten nach ihren Maßstäben für Ordnung in der Region sorgen?**

In der ganzen Region findet im Augenblick eine massive Veränderung statt – mit ungewissem Ausgang. Das geht wie im furchtbaren Bürgerkrieg in Syrien bis zur ganz offenen Unterstützung von Kriegsparteien mit Waffen und Ausbildung. Natürlich sind EU, Russland, USA und die Türkei hier dabei und versuchen brutal, auch ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Auch Qatar spielt eine ganz offensive Rolle, sowohl als Unterstützer syrischer Rebellengruppen wie auch als Unterstützer der Muslimbrüder in Ägypten. Wer am Ende in welchem Land Oberwasser bekommen wird, ist schwer zu sagen. Aber es könnten sich tatsächlich ganz neue Konstellationen ergeben, sich ganz neue Ordnungsmächte und Statthalter der USA und ihrer Verbündeten entwickeln.

### **● Aus Berlin ist bis zur Bundestagswahl kaum ein grundlegender außenpolitischen Kurswechsel zu erwarten. Was erwarten Sie von Kanzlerin Merkel und ihrem wahrscheinlich nächsten Juniorpartner SPD auf diesem Gebiet?**

Ob die SPD wirklich Juniorpartner wird, bleibt abzuwarten. Ich traue denen sogar eine Koalition mit FDP und Grünen zu. Und sie alle sind außenpolitisch gleichermaßen auf Macht und Militär gepolt. Ohne DIE LINKE wird es auch nach der Wahl keine friedlichere, keine gerechtere Außenpolitik geben, so traurig das ist. Nur wenn es weltweit gerechter zugeht, werden wir perspektivisch in Frieden leben können. Dieser Einsicht verschließen sich Schwarz und Gelb, Rot und Grün gleichermaßen. Sie alle werden die Welt auch nach der Wahl unfriedlicher machen, mit Waffenexporten und Auslandseinsätzen – wenn wir ihnen nicht als starke linke Opposition im Bundestag in den Arm fallen.

### **● Welche Alternative gäbe es hierzu rein hypothetisch mit einer Regierungskoalition, an der DIE LINKE beteiligt wäre?**

Es ist nicht kompliziert: Deutschland hört auf, Krieg zu führen und Waffen zu exportieren. Wir werden Methoden und Expertinnen und Experten der zivilen Krisenprevention exportieren und dazu beitragen, dass der gesellschaftliche Reichtum gerechter verteilt wird – in Deutschland und weltweit. Das Problem ist allerdings, dass diese einfachen Schritte mit den anderen Parteien im Bundestag nicht zu gehen sind. Denn auch SPD und Grüne wollen auf Krieg als letztes Mittel ihrer Politik nicht verzichten. Sie selbst haben die deutschen Rüstungsexporte immer weiter voran getrieben. Das ist also wirklich extrem hypothetisch ...

### **● Gibt es ein aktuelles Beispiel, das die Unterschiede zwischen der Außenpolitik der LINKEN und der der anderen Fraktionen im Bundestag illustriert?**

Wenn ich mir etwa den Fall Snowden anschau, habe ich schon ärgste Probleme, mir vorzustellen, mit dieser jämmerlichen SPD zusammen Politik zu machen. Die Sozialdemokraten sind sich nicht zu schade, jetzt sogar gegen eine Aufnahme von Snowden in Deutschland Stellung zu beziehen. Der Mann ist ein Held, er wird massiv von den USA verfolgt, ihm haben wir es zu verdanken, dass wir noch konkreter von dem massiven Eingriff der USA in unsere Privatsphäre erfahren haben. Und die Sozen wollen ihn den Amerikanern ans

Messer liefern. Da geht wenig zusammen. Und wer jetzt argumentiert, wir könnten unseren Verbündeten USA doch nicht so dupieren: Hallo? Wer hat denn hier wen ausspioniert? Wenn hier jemand das transatlantische Verhältnis belastet, ist es doch wohl Washington, oder? Aber das scheinen Steinbrück und Konsorten schon wieder vergessen zu haben.

## **Ägypten nach Mursi: gemeinsames Regieren oder Spaltung der Gesellschaft?**

*Von Peter Schäfer und Mai Choucri, aus: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) (Peter Schäfer leitet das im Aufbau befindliche Regionalbüro Nordafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis. Mai Choucri arbeitet als Programmmanagerin im Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis.)*

Viele wussten es natürlich schon vorher: Die ägyptische Muslimbruderschaft, oder auch „die Islamisten“ im Allgemeinen hatten keinen politischen Plan und ihr Absturz war lediglich eine Frage der Zeit. Am 30. Juni 2013 rief die Tamarod-Kampagne zu Protesten gegen Präsident Mohammed Mursi auf. Millionen folgten und demonstrierten mehrere Tage lang. Am 1. Juli stellte das Militär daraufhin ein Ultimatum: Binnen 48 Stunden sollte die Krise gelöst sein – aussichtslos. Am 3. Juli übernahm die Armee wieder das Ruder und setzte den ein Jahr zuvor gewählten Mursi ab.

Tamarod („Rebelliere“) hat wirklich alle überrascht. Die Graswurzelkampagne wurde erst Ende April von AktivistInnen ins Leben gerufen, die Verbindungen zur Kifaya-Bewegung hatten. Kifaya („Es reicht“) protestierte bereits gegen die Regierung des ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak. Die Kampagne wuchs schnell und dezentral, getragen von Freiwilligen, die in ihrer Ablehnung von Präsident Mursi vereint waren und Unterschriften für dessen Absetzung im ganzen Land sammelten. Mit dem zunehmenden Anwachsen der Kampagne fragten sich die Menschen in Ägypten: „Was wird am 30. Juni passieren?“ – in einer Mischung aus Angst, Erwartung und Hoffnung auf Veränderung nach dem politischen Stillstand unter der Muslimbruderschaft. Das Land litt unter Nahrungsmittel- und Treibstoffknappheit sowie häufigen Unterbrechungen der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Politische Frustration durch die Vetternwirtschaft und das Sektierertum der „Bruderschaft“ führte die Kampagne zu ungeahnter Popularität. Ende Juni gab Tamarod an, 22 Millionen Unterschriften für den Rücktritt Mursis und vorgezogene Neuwahlen gesammelt zu haben – immerhin ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung.

Auf die Mobilisierung der letzten Monate folgte am 30. Juni 2013 die größte Demonstration, die Ägypten jemals erlebt hatte, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande. Schätzungen gehen von 17 Millionen Menschen aus, die an diesem Tag auf der Straße waren. Tamarod forderte den Rücktritt Mursis und drohte damit, falls dieser nicht ginge, eine Kampagne des sozialen Ungehorsams im ganzen Land zu beginnen. Angesichts der unglaublichen Zahl an Demonstrant/-innen und ihrer Forderungen stellte das Militär den politischen Akteuren – hauptsächlich Mursi – ein Ultimatum von 48 Stunden, um ihre Differenzen beizulegen, ansonsten





würde ein „eigener Fahrplan“ implementiert. Das Präsidialamt ließ das Ultimatum verstreichen, die Menschen drängten weiter auf die Straße und die Armee setzte Mursi ab. Der Schritt wurde begrüßt vom massivem Jubel und Applaus der „Protestierenden“, und deutlich abgelehnt von einer großen Anzahl von „Mursi-Unterstützern“, so die vereinfachte Darstellung.

Jetzt, wo die Straßenkämpfe und Schießereien zwischen den verschiedenen Lagern die Szene beherrschen, muss eine nationale Übergangsführung gewählt werden. Die Freude ist der Angst vor einem Bürgerkrieg gewichen, wenn auch die meisten Kommentare ein „algerisches Szenario“ ausschließen.<sup>1</sup> Noch gibt es jedoch keine programmatischen Gespräche über einen politischen Weg nach vorne und Möglichkeiten, die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise zu beenden. Und die Herausforderungen sind riesig: Die Arbeitslosigkeit steht derzeit bei 12,7 Prozent (offizielle Zahl), ein dramatischer Anstieg seit 2010. Seit dem Jahr 2011 mussten 4500 Fabriken geschlossen werden, das ägyptische Pfund hat 22 Prozent an Wert verloren. Die Devisenreserven schrumpften von 36 auf 16 Milliarden US-Dollar.<sup>2</sup>

### Abgelaufenes Heilmittel: Kapitalismus

Für manche ist die Lösung einfach: „Was die arabische Welt vor allem braucht, ist nicht Demokratie, sondern Kapitalismus.“<sup>3</sup> Vergessen wird offenbar, dass bereits mit Präsident Sadats Einführung der Infitah, der Marktöffnungspolitik der 1970er Jahre, der Kapitalismus Einzug in Ägypten hielt. Diese Entwicklung wurde in der Ära Mubarak mit der Privatisierung verschiedener Industrien, die mit steigenden Arbeitslosenzahlen und Armut einherging, weiter beschleunigt. Die sich daraufhin formierende Streikbewegung war aktiv und gut organisiert. Sie unterstützte die Anti-Mubarak-Proteste Anfang 2011 und die Massenstreiks waren auch für das Militär ein überzeugender Grund, Präsident Mubarak des Amtes zu entheben. Die Wirtschafts- und andere Eliten wussten, dass sie in Gefahr waren.

An dem Argument, dass Demokratie in Ägypten nicht gebraucht wird, ist jedoch auch etwas Wahres, zumindest wenn Demokratie über transparente Wahlen, starke Parlamente und legale, institutionelle Möglichkeiten zur Absetzung der Regierung definiert wird. Demokratie existierte in Ägypten in dieser Form bisher nicht. Die Wahlen des Jahres 2011/2012 wurden unter der Herrschaft der Militärführung abgehalten. Sie zeigte damit, dass sie in der Lage ist, einen Urnengang nach international anerkannten Regeln zu organisieren und durchzuführen. Aber welchen Nutzen hätte eine Wahlbeteiligung für die Muslimbruderschaft? Und auch falls es ihnen möglich wäre, sich ungehindert zu beteiligen, würden andere politische Kräfte und das Militär einen weiteren Sieg oder eine starke Opposition der Bruderschaft akzeptieren? Eine Sache ist gewiss: Derzeit haben die alten Vorurteile, Wahlen seien oberflächliches Werkzeug eines verwestlichten politischen Systems, innerhalb der islamistischen Bewegungen der gesamten Region wieder Hochkonjunktur.

Welchen Sinn hätten baldige Neuwahlen außerdem, wenn keine der politischen Kräfte ein realistisches und strategisches Konzept für den Weg aus der Krise hat? Es ist einfach, nach sozialer Gerechtigkeit zu rufen, wenn man keine konkreten Informationen und Kalkulationen zu ihrer Umsetzung vorlegen muss.

Für die politische Linke, aber auch für jede andere Kraft, die über Alternativen zum Kapitalismus nachdenkt, sind diese Fragen so wichtig wie für die Muslimbruderschaft. Wie würde eine Militärführung, die weite Teile der ägyptischen Wirtschaft und des Staatshaushalts kontrolliert, darauf reagieren? Die Antwort ist offensichtlich, und die Debatte darüber, ob in Ägypten nun ein Militärputsch stattgefunden hat oder nicht, ist sinnlos. Es geht vielmehr darum, einen Weg zu finden, soziale Gerechtigkeit in einer Weise einzuführen, mit der die Militärführung leben kann. Ein revolutionärer Weg wäre hingegen, den Moment als solchen zu ergreifen und soziale Gerechtigkeit jetzt umzusetzen, wie es manche linke Gruppen bereits forderten. Dafür müsste die Volksbewegung ihre Forderungen jedoch präzisieren, Druck gegen die Allianz von rechten PolitikerInnen mit dem Militär ausüben und sich selbst als unabhängigen Akteur im politischen Prozess organisieren.<sup>4</sup>

### Linke Ansichten

Wie sieht nun die Linke in Ägypten die Ereignisse? Welche Lösung hat sie vorgeschlagen? Wie sieht sie die Rolle der Armee? Hat sie ihren eigenen „Fahrplan“, der sich von jenem der Armee unterscheidet? Die Nationale Rettungsfront (NSF) ist eine Koalition bestehend aus 20 Parteien von politisch links bis rechts. Sie wurde nach der Verfassungserklärung Präsident Mursis vom letzten November gebildet. Ihre Schlüsselfiguren sind Mohammed Baradei, Hamdeen Sabahi und Amr Moussa. Die liberal dominierte NSF ist die stärkste säkulare Opposition zu den Muslimbrüdern und zeitweise scheint dies auch die einzige Gemeinsamkeit des Bündnisses zu sein. Die NSF ist der Tamarod-Kampagne Anfang Mai beigetreten. Die Front nimmt eine defätistische Haltung gegenüber dem Eingreifen der Armee ein. Sie hat deren „Fahrplan“ nicht kritisiert und übt auch keinen Druck auf die Armee aus. Dies könnte die NSF in eine sehr schwache Position in künftigen Verhandlungen, auch mit dem Militär bringen. Aber für das Militär ist es der politische Deckmantel für diese erneute Übergangsphase.

Die Partei Sozialistische Allianz gilt als eine der linken Parteien, die den Weg für die Revolution vom 25. Januar 2011 ebneten. Ihre Mitglieder waren damals noch in verschiedenen Parteien und Bewegungen aktiv und entschieden sich dazu, diese linken Strömungen zu vereinen. Die Allianz ist der Tamarod-Kampagne Ende Mai beigetreten und am 22. Juni erklärte sie ihre Position für die Zeit nach der Absetzung Präsident Mursis. Sie forderte die Übertragung der Autorität an den Präsidenten des Verfassungsgerichts für maximal sechs Monate und die Bildung einer technokratischen Übergangsregierung, geführt von einem Politiker/einer Politikerin. Die Übergangsregierung sollte eine Versammlung zur Formulierung einer neuen Verfassung einberufen sowie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorbereiten. Kontrolliert werden sollte dies mittels eines temporären Rates aller Parteien. Die Allianz ruft zur basisorientierten Organisation politischer Teilhabe und zum Management der Übergangsphase durch Volkskomitees auf. Überhaupt formulierte die Allianz ihre starke Ablehnung eines militärischen Eingreifens zur Beendigung von Mursis Präsidentschaft und gegen die Wiederkehr der Armee zur Kontrolle der Regierungsangelegenheiten und zur Einmischung in das politische Leben.

Die Revolutionären SozialistInnen, eine kleinere, aber sehr aktive Gruppe, hatten vor dem 30. Juni drei Forderungen



gen gestellt: 1. Sofortige Einleitung eines Prozesses zur Erreichung sozialer Gerechtigkeit zum Nutzen der drei Millionen Armen und GeringverdienerInnen, die mehr als alle anderen unter dem Scheitern Mursis und zuvor der Armeeführung litten. 2. Die Wahl einer repräsentativen Versammlung zur Ausarbeitung einer zivilen Verfassung. 3. Formulierung eines Gesetzesentwurfs für ein Justizsystem, das die Muslimbrüder, die Militärführung und die Angehörigen des Mubarak-Regimes für ihre Verbrechen zur Rechenschaft ziehen sollte.

Sameh Naguib, eine Revolutionärer Sozialist aus Ägypten<sup>5</sup>, fordert eine einigende revolutionäre politische Alternative zur Entlarvung der NSF, da diese seiner Meinung nach zugunsten der Machterlangung die Ziele der ägyptischen Revolution und „das Blut ihrer Märtyrer“ verrät. Er fügt hinzu, dass dieses revolutionäre Programm und Projekt die Massen zum Nachteil der islamistischen und liberalen Eliten überzeugen werde. So sollten die Institutionen des alten Regimes erneuert werden, darunter die Militär- und Sicherheitsorgane, die das Herz der Konterrevolution bildeten. Naguib meint, dass alle fortschrittlichen Kräfte die Folter und Repression gegen die Islamisten (Verhaftungen, Schließung von Fernsehstationen und Zeitungen nach dem 3. Juli) strikt ablehnen sollten. Diese Formen der Unterdrückung würden unter dem Vorwand der „Gewährleistung der Sicherheit“ sehr bald auch gegen die Arbeiterbewegung und die Massenproteste eingesetzt.

## Die Einbeziehung aller wichtigen politischen Kräfte

Verschiedene Parteien von der Rechten und der Linken forderten eine neue Verfassung. Das Militär ignorierte dies jedoch und entschied sich für eine Anpassung der bestehenden. Alle Akteure befinden sich in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber der starken Stellung der Armee. Es bleibt, an die lange Liste von Menschenrechtsverletzungen der Armee während der Übergangsperiode 2011 und 2012 zu erinnern. Linke PolitikerInnen und AktivistInnen sind deshalb in Bezug auf die kommende Zeit nicht optimistisch gestimmt. Unabhängig davon, ob die ÄgypterInnen das nächste Mal zur Wahl gehen oder nicht, die Zukunft ihres Systems hängt von der Fähigkeit und dem Willen der PolitikerInnen zur Zusammenarbeit und der Einigung auf gemeinsame Ziele ab.

In diesem Zusammenhang bedeutet die Absetzung Mursis weder das Ende des politischen Islams noch das der Muslimbrüder in Ägypten. Die Bewegung wird eine gesellschaftliche, politische und kulturelle Kraft bleiben. Es wurde jedoch deutlich, dass ein autoritärer Regierungsstil strategisch nicht funktioniert, ganz egal, wer regiert. Um die Forderungen des Arabischen Frühlings nach Brot, Freiheit und Würde angemessen zu erfüllen, muss die ägyptische Gesellschaft zunächst einen Weg finden, um soziale Gerechtigkeit für alle zu gewährleisten und muss akzeptieren, dass keine politische Kraft in der Lage sein wird, die Probleme in nächster Zeit zu lösen.

Für die Ägypter/-innen ist jedoch eines sicher: Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung als traditionell eingestellt gilt und religiöse Zugehörigkeit und Werte für die meisten sehr wichtig sind – der simple Slogan „Islam ist die Lösung“ funktioniert nicht mehr. Die Menschen erwarten konkrete Lösungen für konkrete Probleme. Essen auf dem Tisch ist wichtiger als Kulturkampf. Die Muslimbruderschaft hat bereits damit begonnen, über vergangene Fehler zu diskutieren und

wird sich dementsprechend ausrichten, auch wenn nun zunächst die Verteidigung ihrer politischen Führung und ihrer Position ansteht. Die Bruderschaft ist eine heterogene Bewegung, die sicherlich eine Weile brauchen wird, um sich neu zu positionieren. Es ist derzeit noch unklar, ob sie ihre Schwerpunkte nicht eher von der parlamentarischen Teilnahme weg verlegen und sich auf das konzentrieren, was sie am besten können: Menschen in Notlagen konkret zu helfen.<sup>6</sup> So können sie sich ihre Basis sichern und die Zeit zur besseren Vorbereitung für die politische Bühne zu nutzen. Der Aufbau starker vertrauenswürdiger Institutionen wird aber nur durch gemeinsame Bemühungen aller wichtigen politischen Kräfte möglich sein. Die jahrzehntelange Herrschaft der NDP (Nationaldemokratische Partei, die jetzt verbotene Mubarak-Partei) machte große Teile des Regierungsapparats für andere Parteien unkontrollierbar, besonders für jene mit Vorstellungen, die sich von denen des alten Regimes unterscheiden.

In der ersten Hälfte des Jahres 2011, als die Hoffnung in Ägypten noch groß war, beantworteten die Menschen die Frage danach, was passieren werde, falls sich eine Regierung nicht bewährte, so: „Wir werden wieder auf die Straße gehen und sie vertreiben.“ Wer diese Antwort damals als naïv empfand, wurde am 30. Juni eines Besseren belehrt. Und wenn es nicht passt, werden sie es wieder tun.

## Anmerkungen

- 1 „Why Egypt is not Algeria“, 2.7.2013, Khaled Fahmy, <http://www.madamasr.com/content/why-egypt-not-algeria>. „Will Egypt become another Algeria?“ (Arabic), Ghada Tantawi, (6.7.2013), <http://on.fb.me/12oRVHs>.
- 2 Alle Zahlen aus „Egypt's next government faces major economic challenges“, *Ahram Online*, 4.7.2013, <http://english.ahram.org/News/75742.aspx>.
- 3 It is capitalism, not democracy, that the Arab world needs most, *The Telegraph*, online, 4.7.2013, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/egypt/10159983/It-is-capitalism-not-democracy-that-the-Arabworld-needs-most.html?fb>
- 4 Statement: The end and the beginning ... Revolution continues in spite of all its enemies!, *Khamassin*, (4.7.2013), (Arabic) <http://on.fb.me/18bmWmP>.
- 5 Sameh Naguib, (4 July 2013), „The Four days that rocked the world“, (Arabic), <http://revsoc.me/politics/rb-ym-hzt-ilm>.
- 6 Angesichts der Feindschaft Saudi-Arabiens und der Vereinten Arabischen Emirate gegenüber der Muslimbruderschaft wird deren Finanzlage im Vergleich zu der Zeit vor dem Wahlsieg allerdings schwieriger werden. Etwaige Einflüsse der Veränderungen in der Führung Qatars sind noch nicht abschätzbar.

## Die ägyptische Demokratie steht noch ganz am Anfang

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Die Stimmung in Ägypten ist nach wie vor gespannt. Immer noch kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Anhängern Mursis und der Polizei oder Anhängern und Gegnern der Muslimbruderschaft. Nach der gewaltsamen Räumung deren Protestlager am 14. August gab es bei Auseinandersetzungen mit der Polizei über 600 Tote. Gegen die Muslimbruderschaft wurden seither zahlreiche Restriktionen verhängt. Viele ihrer Anführer sitzen in Gefängnissen. Ein mögliches Verbot wird diskutiert. Die Regierung hat Anfang



September 55 000 Imamen die Lizenz entzogen, Freitagsgebete abzuhalten.<sup>1</sup> Ein ägyptisches Gericht hat angeordnet, vier Fernsehsender zu schließen, darunter den ägyptischen Ableger von Al-Jazeera.<sup>2</sup> Die Geheimpolizei, die im März 2011 abgeschafft worden war, wurde wieder eingesetzt.<sup>3</sup> Die Militärregierung hat den landesweiten Ausnahmezustand am 12. September um zwei weitere Monate verlängert.

Erleben wir eine Neuauflage des alten Regimes ohne Mubarak? Der Putsch vom 3. Juli wurde von vielen Ägypterinnen und Ägyptern begrüßt. Zuvor hatte es eine landesweite Unterschriftensammlung, organisiert vom Bündnis Tamarod, gegen Präsident Mursi gegeben, an der sich (hierzu gibt es unterschiedliche Angaben) zwischen 17 und 22 Millionen Menschen beteiligten. Bis zu 30 Millionen Menschen sollen am 30. Juni zu Protesten auf der Straße gewesen sein. Auch wenn diese Zahlen zu hoch angesetzt sein mögen, ist deutlich, dass es einen breiten Widerstand gegen Mursis Politik gab, der auf der Straße Ausdruck fand. Das Militär unter General el-Sisi nutzte die Gunst der Stunde, stellte Mursi ein Ultimatum und übernahm am 3. Juli die Führung des Landes.

Wie kann es sein, dass dieselben Menschen, die schon im Januar 2011 für mehr Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit auf die Straße gegangen waren, nun der Konterrevolution Tür und Tor öffneten? Wie kommt es, dass die ägyptische Bevölkerung, die einst gegen Mubarak demonstrierte, sich nun mit Militär und Vertretern des alten Regimes verbündete? Wo bleibt der Widerstand gegen die neue alte Regierung?

Hier können diese Frage nicht in allen Facetten erörtert und geklärt werden. Doch bringt vielleicht ein Blick zurück auf das Jahr unter Präsident Mursi und ein Blick auf die ägyptische Opposition ein bisschen Licht in das Chaos.

Im Februar 2011 übernahm der Oberste Militärrat die Führung des Landes. Die Parlamentswahlen, die im Januar 2012, ein Jahr nach dem Sturz Mubaraks, durchgeführt wurden, brachten für viele ein überraschendes Ergebnis. Die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder gewann dabei 45,7 Prozent der Stimmen, die radikalere salafistische Al-Nur-Partei erhielt 24,6 Prozent. Die Muslimbruderschaft hatte sich zu Beginn der Januar-Revolution nicht besonders hervorgetan, ja sogar die Revolution am Anfang noch abgelehnt. Wie kam die große Zustimmung bei den Wahlen zustande?

Eine mögliche Erklärung ist wohl die große Vielfalt der Opposition, deren liberale, demokratische Kräfte sich nicht auf einen gemeinsamen Wahlantritt einigen konnten. Eine andere Erklärung ist, dass die Muslimbruderschaft lange Zeit verboten war und daher nicht öffentlich auftreten konnte. Sie war in Ägypten sozusagen ein politisch unbeschriebenes Blatt, dem die Verfehlungen der vergangenen Jahre nicht angelastet werden konnten. Und die Muslimbruderschaft hatte schon unter Mubarak trotz Verbot zahlreiche Wohlfahrtsorganisationen unterhalten, die unter anderem Lebensmittel an Arme verteilten. Eine weitere Erklärung könnte sein, dass Menschen gerade in unruhigen Zeiten, in denen die Zukunft unsicher erscheint, sich eher an konservativen Werten orientieren und sich daher den konservativen islamistischen Parteien eher verbunden fühlten. Nicht zuletzt ist Ägypten trotz der urbanen Mittelschicht, die in den letzten Jahren angewachsen ist und dem geringen Altersdurchschnitt der Bevölkerung eine eher konservative, religiös geprägte Gesellschaft.

Da das Parlament über die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung mitbestimmen konnte, war auch diese stark von islamistischen Kräften geprägt. In der Versammlung waren unter den 100 Mitgliedern gerade einmal sechs Frauen.

Im Juni 2012 fanden die Präsidentschaftswahlen statt. In der ersten Runde hatten sich Ahmed Shafik, ein Vertreter des alten Regimes, und Mohammed Mursi, Vertreter der Muslimbruderschaft, durchgesetzt, die nun in der Stichwahl gegeneinander antraten. Für viele Ägypter, die die Proteste gegen Mubarak unterstützt hatten, war dies eine Wahl zwischen Pest und Cholera, was zur Folge hatte, dass die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent blieb, und etliche sich für Mursi als das kleinere Übel entschieden. Noch vor dieser Stichwahl hatte ein Gericht das Parlament auflösen lassen und für ungültig erklärt. Das Gericht begründete sein Vorgehen mit dem Wahlrecht: Mehrere Kandidaten der Parteien hatten zur Parlamentswahl auch auf Listenplätzen kandidiert, die unabhängigen Kandidaten vorbehalten waren. Mursi gewann die Wahlen mit 51 Prozent der Stimmen.

So wurde ein Islamist Präsident eines Landes, das große Umbrüche erlebt hat, das demokratische Mechanismen neu entwickeln muss, in dem zahlreiche Probleme gleichzeitig angegangen werden müssen, die nur gemeinsam mit anderen Akteuren erfolgreich gelöst werden können, ein Land, das eine Übergangsphase durchläuft, für die es keinen klaren Fahrplan und kein einheitliches Rezept gibt. Doch ohne Parlament fehlte der politische Raum für die dringend notwendigen Debatten und politischen Aushandlungsprozesse.

Anstatt mit anderen Teilen der Opposition zusammenzuarbeiten, war Mursi bestrebt, seine Macht und die der Muslimbruderschaft zu festigen. Als einen der ersten Schritte versuchte er, die Armeeführung auszutauschen, und ersetzte den umstrittenen General Tantawi durch ebenjenen al-Sisi, der ihn ein Jahr später stürzen sollte. Doch blieb es bei dieser eher kosmetischen Änderung. Die Privilegien des Militärs, das über fast 40 Prozent der Wirtschaftsunternehmen Ägyptens verfügt, wurden nicht angetastet. Ähnlich wirkungslos blieben Mursis Versuche, sich in der Justiz einzumischen, die ihm mehrmals Steine in den Weg legte und z. B. die Entwürfe zu einem Wahlgesetz immer wieder ablehnte, so dass eine neue Parlamentswahl nicht stattfinden konnte. Hingegen war Mursi bei den Medien sehr erfolgreich. Die Chefredaktionen der staatlichen Medien wurden mit Anhängern der Muslimbruderschaft besetzt. Mehrmals wurden Journalisten wegen Beleidigung des Präsidenten angeklagt. Den Höhepunkt bildete im November ein Selbstermächtigungsgesetz, mit dem sich der Präsident uneingeschränkte Macht einräumte. Nach heftigen landesweiten Protesten musste Mursi dieses Verfassungsdekret wieder zurücknehmen. Doch reichte dieser Schritt nicht aus, um die Stimmung zu beruhigen.

Die Konfrontationen in der Verfassungsgebenden Versammlung zwischen liberaler Opposition und Islamisten spitzten sich so stark zu, dass mehrere liberale Politiker die Versammlung verließen. Trotz allem wurde ein Verfassungsentwurf erarbeitet und im Dezember zur Abstimmung gestellt, der höchst umstritten war, und den viele als großen Schritt in Richtung Errichtung eines islamistischen Gottesstaates sahen. So kam es zwar zu einigen auf den ersten Blick fortschrittlichen Veränderungen, die sich auf den zweiten Blick aber als problematisch herausstellten. Zum Bei-

spiel gab es im Vergleich zur früheren Verfassung einen Artikel, der die Religionsausübung von Christen und Juden schützt. Doch ermöglicht die Einschränkung auf diese monotheistischen Religionen zugleich die Diskriminierung anderer Religionsgemeinschaften inklusive islamischer Ausrichtungen wie Schiiten, Alawiten etc., da als Islam nur die sunnitische Ausrichtung hervorgehoben wurde. Hinzu kam ein neuer Passus, der den Staat verpflichtet, religiöse Werte zu schützen. Auch wurde der Passus gegen religiöse Diskriminierung aus der alten Verfassung nicht übernommen, sondern nur durch einen allgemeinen Text ersetzt, der besagt, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich seien. Dazu kam ein neuer Artikel, der das Beleidigen eines „Gesandten Gottes“ oder Propheten verbot. Die Prinzipien der Scharia sollten laut neuer Verfassung auch nicht mehr „eine“ sondern „die“ Hauptquelle der Gesetzgebung sein.<sup>4</sup> Mit dieser Verfassung wäre die islamische Prägung des ägyptischen Staates deutlich stärker geworden als zuvor. Frauen- und Minderheitenrechte wurden nach Ansicht der Opposition kaum berücksichtigt, oder gestalteten sich konservativer als unter Mubarak.

Die ägyptische Opposition rief daraufhin zum Boykott des Verfassungsreferendums auf. An der Abstimmung über die Verfassung beteiligten sich daher nur 33 Prozent der Wahlberechtigten. Davon stimmten 64 Prozent für die Verfassung. Doch trotz der geringen Zustimmung zur Verfassung hielt Mursi an seinem Kurs fest. Einer der Hauptvorwürfe seiner Gegner ist, dass er die Spaltung der Gesellschaft vorantrieb.

Christen in Ägypten leiden schon seit Jahren unter einer Zunahme der Gewalt, die sich unter Mursis Regierung noch weiter verschärfte. Nach der Räumung der Protestcamps der Muslimbruderschaft im August steckten Islamisten als Racheakte landesweit zahlreiche Kirchen in Brand.<sup>5</sup> Am 23. Juni ereignete sich in einem Dorf in der Nähe von Kairo ein grausamer Fall religiöser Verfolgung. Eine Gruppe Schiiten wurde beim Gebet in ihrer Moschee von einem Mob angegriffen und gejagt, vier von ihnen wurden mit Messerstichen getötet.<sup>6</sup> Der gestiegene Hass auf Schiiten, die gerade einmal ein Prozent der ägyptischen Bevölkerung ausmachen, wird unter anderem den Islamistenführern zugeschrieben, die ihn in ihren Reden schüren.

Auch für Frauen ist die Situation in Ägypten seit Mursis Herrschaft deutlich angespannter. Sie werden in Ägypten seit Ausbruch der Revolution im Januar 2011 regelmäßig von Gruppen junger Männer auf der Straße angesprochen und unter Druck gesetzt, wenn sie ohne Kopftuch ausgehen. Besonders häufig werden sie Opfer sexueller Übergriffe. Diese reichen von verbaler Belästigung über Grapschen bis zu Vergewaltigung und Mord. Viele der Übergriffe finden auf offener Straße, oft sogar auf Kundgebungen mitten in einer Menschenmenge statt. Der Tahrir-Platz, auf dem alles begann, ist mittlerweile für viele Frauen eine No-Go-Area geworden. Mit den Übergriffen sollen Frauen systematisch eingeschüchert und davon abgehalten werden, sich politisch zu engagieren. Mittlerweile gibt es zahlreiche Initiativen, die diese Vorfälle dokumentieren, z. B. Harassmap<sup>7</sup>. Die Informationen, die dort zu lesen sind, und die Berichte von Betroffenen sind mehr als gruselig.

Die Wirtschaftslage hat sich unter Mursi noch weiter verschlechtert, die Sicherheitsprobleme haben sich verschärft. Eine Lösung dieser Probleme schien für die Opposition unter

Mursis Regierung nicht in Sicht. Im Gegenteil, von vielen seiner Gegner wurde seine Amtszeit sogar mit dem Begriff „Faschismus“ beschrieben.

All das macht nachvollziehbar, warum sich nicht nur breiter Widerstand gegen Mursi bildete, sondern viele auch die Unterstützung des Militärs bei der Absetzung des neuen „Diktators“, den man in Mursi sah, willkommen hießen.

Als erste Reaktion auf den 3. Juli meldeten sich zahlreiche Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen zu Wort, die der Deutung der Absetzung Mursis als „Militärputsch“ durch den Westen und die Muslimbruderschaft widersprachen und die Rolle des Volkes in diesem Aufstand hervorhoben. Die meisten dieser Aufrufe waren zugleich mit einer Aufforderung an die Armee verbunden, den zivilen Charakter des Staates zu bewahren und die Führung des Landes so schnell wie möglich in die Hände einer demokratisch gewählten Regierung zu übergeben.<sup>8</sup>

Doch spätestens nach der gewaltsamen Auflösung der Protestcamps der Mursi-Anhänger und deren massiver Verfolgung sowie nach der erneuten Beschränkung politischer Freiheiten sollte deutlich geworden sein, dass das Militär nicht im Sinne der Ziele der ägyptischen Revolution handelt, und sich das alte Regime wieder in seine Sessel gesetzt hat. Die Verfolgung, die die Muslimbruderschaft jetzt erlebt, wird sich sehr wahrscheinlich auf weitere Kräfte der Opposition ausweiten.

Haben die verschiedenen Vertreter der Opposition ihre Sichtweise auf die Machtübernahme durch das Militär nach dieser Entwicklung geändert? Ein cursorischer Blick durch die Oppositionslandschaft zeigt dieser Tage viel Widersprüchliches.

Der Twitter-Kanal des Internet-Aktivisten Wael Ghonim, der für sein Engagement in der Revolution 2011 vom Time-Magazin in die Liste der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten aufgenommen wurde, ist seit dem 3. Juli verstummt.

Die Anhänger der Tamarod-Bewegung, die zunächst der Rückkehr des „Tiefen Staates“ den Weg geebnet hatten, riefen noch im August zur Unterstützung des Militärs „im Kampf gegen den Terrorismus“ auf. Seither machten sie unter anderem mit der Forderung auf sich aufmerksam, den Friedensvertrag Ägyptens mit Israel aufzukündigen, und unterstützen angeblich eine mögliche Kandidatur al-Sisis bei Präsidentschaftswahlen.<sup>9</sup> Die mangelnde Kritik an der Militärregierung durch die Führungsfiguren der Bewegung und das erschreckende Ausmaß der Gewalt gegen die Muslimbruderschaft Mitte August hatten zur Folge, dass etwa 150 Unterstützer der Tamarod-Bewegung den Rücken kehrten, um nun Pro-Mursi-Gruppen zu unterstützen.<sup>10</sup>

Auch Mohammad El-Baradei, der nach dem 3. Juli als Vizepräsident eingesetzt worden war und dem vorgeworfen wurde, er habe damit dem Militärputsch zur Legitimation verholfen, legte infolge der gewaltsamen Ausschreitungen am 14. August sein Amt nieder. Nun soll er sich dafür in Ägypten vor einem Gericht verantworten.<sup>11</sup>

Besonders deutlich äußert sich hingegen die Bewegung 6. April, die auch schon maßgeblich an der Revolution von 2011 beteiligt war. Sie protestiert gegen das von der Regierung verhängte Notstandsgesetz, kritisiert die juristische Verfolgung von Zivilpersonen durch Militärgerichte und die jüngsten Verhaftungen, doch nahmen an der Protestkundgebung am 16. September gerade einmal 300 Personen teil.<sup>12</sup>

Auch die Sozialistische Volksallianz, eine Partei, die 2011



gegründet wurde, wirft der Regierung vor, die Phase der Transition zu sabotieren.<sup>13</sup> Unter dem Slogan „Unsere Verfassung“ plant die Partei eine Kampagne, die sich mit den Themen auseinandersetzt, die Bestandteil der neuen Verfassung sein sollen.

Die Frage, ob die Machtübernahme des Militärs in Ägypten ein Putsch, nur ein bisschen Putsch oder kein Putsch war, wird im Lande selbst wohl auch in zwanzig Jahren noch ganz unterschiedlich bewertet werden. Die Fragen, die jetzt im Raum stehen, sind: Wie kann unter den gegenwärtigen Bedingungen der Weg in die Demokratie fortgesetzt und weiter erstritten werden? Wie können die zahlreichen Probleme des Landes zum Wohle aller gelöst werden? Wie können Parteien und Politik-Aktivist\*innen sich organisieren, gemeinsam streiten und in der Bevölkerung Vertrauen gewinnen? Und so weiter und so fort.

In ihrem sehr lesenswerten Essay „Demokratie braucht Zeit“ im Onlineportal „zenith“ sieht die ägyptische Politikwissenschaftlerin Hoda Salah Grund zur Hoffnung: „Ägypten hat binnen drei Jahren zwei autoritäre Systeme zu Fall gebracht. Es handelt sich eben nur oberflächlich um einen Kampf um Islam oder Demokratie. Es geht vorwiegend um die neue Identität des Landes, sowie weiterhin um soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung von Ausbeutung und Armut. Eine Revolution ist immer ein Prozess und die ägyptische Revolution steht noch ganz am Anfang.“<sup>14</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Siehe <http://www.middleeastmonitor.com/news/africa/7328-egyptian-authorities-close-55000-mosques>
- 2 Siehe <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/fernsehsender-egypten-verbot>
- 3 Siehe <http://www.theguardian.com/world/2013/jul/29/egypt-restores-secret-police-units>
- 4 Siehe auch Beitrag vom 25.8.2013 von Bodo Straub auf [alsharq.de](http://alsharq.de), <http://www.alsharq.de/2013/nordafrika/egypten/16-08-2013-die-wuerde-des-propheten-ist-unantastbar-der-islam-in-den-aegyptischen-verfassungen-von-1971-und-2012/>
- 5 <http://www.dw.de/erst-erfolgt-dann-vergessen-christen-in-%C3%A4gypten/a-17087828>
- 6 Siehe Human Rights Watch, Beitrag vom 27.6.2013, <http://www.hrw.org/news/2013/06/27/egypt-lynching-shia-follows-months-hate-speech>
- 7 Siehe <http://harassmap.org/en/>
- 8 In einer Erklärung von 66 Menschenrechtsorganisationen vom 7. Juli 2013 heißt es: „In ihrem Glauben an die Werte der Menschenrechte und der Gesetze sowie der Staatsbürgerschaft und Gleichheit richten die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft ihren Ruf an die Welt und die internationale Gemeinschaft, welche die Revolution vom 30. Juni – ein Wunder an Menschlichkeit, das die ganze Welt in Erstaunen versetzt hat – nach einem dogmatischen Konzept definieren, das auf Gesetzestexten einiger Länder oder überholten regionalen Konventionen, bzw. auf politischen und strategischen Interessen beruht, und sie als einen Militärputsch, nicht als eine Volksrevolution bezeichnen.“ <http://allafrica.com/stories/201307091769.html>
- 9 Siehe <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/80318/Egypt/Politics-/Rebel-backtracks-on-support-for-possible-EISisi-pr.aspx>
- 10 Siehe <http://www.middleeastmonitor.com/news/africa/7106-150-tamarod-members-join-pro-legitimacy-movement>
- 11 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/aegypten-elbaradei-prozess>
- 12 <http://www.dailynewsegyp.com/2013/09/17/6-april-protests-emergency-law/>
- 13 <http://english.ahram.org.eg/NewsContentP/1/81864/Egypt/Beblawi-Cabinet-heading-for-failure,-says-Egypt%E2%80%99s.aspx>
- 14 <http://www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft/artikel/demokratie-braucht-zeit-003767/>

## Rechtsruck bei den Wahlen in Pakistan

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Am 11. Mai 2013 fanden in Pakistan Wahlen zur Nationalversammlung und zu den parlamentarischen Versammlungen in den vier Provinzen statt. Mehr als 86 Millionen der über 180 Millionen Pakistani waren aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Die Wahlbeteiligung lag mit 60 Prozent deutlich höher als bei früheren Wahlen (2008: 44 Prozent). Es war die erste Parlamentswahl in der Geschichte Pakistans, bei der eine Regierung nach der regulären Amtszeit von 5 Jahren neu gewählt wurde. Der Wahlkampf wurde von zahlreichen Anschlügen der Taliban auf Parteibüros und Wahlveranstaltungen mit mehr als 130 Toten von April bis Mai überschattet. Auch am Wahltag selbst gab es Bombenattentate mit über 20 Toten.

Vor dem Hintergrund der Gewalt im Wahlkampf ist die hohe Wahlbeteiligung als positive Entwicklung zu werten. Gewählt wurden 272 Mitglieder der Nationalversammlung sowie die Regionalparlamente der vier Provinzen Punjab, Sindh, Khyber-Pakhtunkhwa und Baluchistan. Zu den 272 gewählten Volksvertretern in der Nationalversammlung kommen weitere 60 Sitze, die für Frauen reserviert sind und 10 für religiöse Minderheiten. Diese werden von den Parteien entsprechend ihrem jeweiligen Wahlergebnis besetzt. In Pakistan gilt nach dem Vorbild der ehemaligen britischen Kolonialmacht das Mehrheitswahlrecht. Der Kandidat, der in einem der 272 Wahlkreise die Mehrheit erhält, gewinnt das Mandat. Alle anderen Stimmen verfallen.

Laut Berichten von Wahlbeobachtern kam es bei den Wahlen zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten – Einschüchterung von Wählerinnen und Wählern, Manipulationen und Wahlbetrug. So soll in einigen Wahllokalen die Wahlbeteiligung über 100 Prozent betragen haben, ein klarer Hinweis darauf, dass mehr Stimmen abgegeben wurden, als Wähler gemeldet waren. In anderen Bezirken wurden Wähler und Wahlbeobachter bedroht oder gar attackiert.<sup>1</sup> In mehreren Wahlbezirken fanden bis in den Juni hinein Nachwahlen statt, doch die Mehrheitsverhältnisse waren schon am Wahlabend deutlich sichtbar. Die Pakistanische Muslim-Liga – Nawaz (PML-N) ging mit ihrem Kandidaten Nawaz Sharif als Sieger hervor, verfehlte aber mit 126 Sitzen die absolute Mehrheit. Nawaz Sharif war bereits zwei Mal Premierminister, bevor er von General Musharraf ins Exil getrieben wurde. Die PML-N gilt als religiös-konservative rechte Partei.

Die Pakistanische Volkspartei (PPP), die zuvor mit der Awami National Party (ANP) die Regierung gestellt hatte, musste große Verluste hinnehmen. Korruption, das Steigen der Lebenshaltungskosten bei gleichbleibend niedrigen Löhnen und weitere Probleme führten zu diesem starken Stimmenverlust. Die PPP erhielt lediglich 33 Sitze. Zu den Wahlen 2008 waren es noch 97 Mandate gewesen. Die PPP wurde 1967 als sozialistische Partei gegründet. Im Laufe der wechselvollen Geschichte Pakistans hat sie sich zu einer neoliberalen Partei entwickelt, die überwiegend die Interessen der Großgrundbesitzer und der Unternehmer vertritt. Sie wird als Aushängeschild der Bhutto-Zardari-Familie gesehen. Ihre Vorsitzende und Premierministerin Benazir Bhutto wur-



de 2007 ermordet. Auf Grund der ständigen Bedrohung durch die Taliban traten die Kandidaten der PPP im Wahlkampf kaum öffentlich in Erscheinung. Das Missmanagement in der Regierung hatte dem Ansehen der Partei schwer geschadet.

Die Pakistanische Gerechtigkeitsbewegung (PTI) des Kriketstars Imran Khan kam auf den dritten Platz mit 28 Sitzen, deutlich weniger als in den Umfragen vorausgesagt worden war. Die PTI warb für sich als „dritte Kraft“ für ein neues Pakistan ohne Korruption und äußere Einmischung. Doch Imran Khan gilt auch als ein Populist, der sich gut inszenieren kann. Blickt man genauer auf die programmatischen Inhalte der Partei, wird klar, dass sie die bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen in Pakistan nicht in Frage stellen und lediglich kleine Reformen durchführen will.<sup>2</sup> Kritisch zu bewerten ist ebenfalls Imran Khans Suche nach Bündnispartnern sowohl in den Reihen des Militärs als auch unter islamistischen Gruppierungen.<sup>3</sup> In ihrem Kern unterscheidet sich die PTI daher kaum von anderen religiösen Rechtsparteien. Auch sie war von der Gewalt rund um die Wahlen betroffen: Ihre stellvertretende Vorsitzende Zahra Shahid Hussain wurde am Samstag nach den Wahlen vor ihrem Haus von Unbekannten erschossen.

Als vierte Kraft zog die Vereinigte Volksbewegung (MQM) mit 18 Sitzen ins Parlament ein. Sie gilt als liberale Partei und ist besonders in der Provinz Karachi stark. Die MQM steht im Verdacht, einen eigenen bewaffneten Arm zu unterhalten und Verbindungen zum organisierten Verbrechen zu pflegen. Die islamistische Jamaat-Ulema-e-Islam-F (JUI-F), die 2008 noch die Wahlen boykottiert hatte, wurde mit 11 Abgeordneten fünftstärkste Partei. Die übrigen Mandate gingen an Vertreter kleinerer Parteien und an unabhängige Kandidaten, darunter die sozialdemokratische Awami National Party (ANP), die zuvor mit der PPP die Regierung gestellt hatte. Sie erreichte nur noch ein Mandat. Die ANP und ihre Kandidaten waren im Wahlkampf besonders häufig Ziel von Anschlägen. In den vergangenen fünf Jahren sind über hundert ihrer Anhänger und Aktivisten getötet worden. Auch nach den Wahlen setzte sich die Anschlagsserie fort.<sup>4</sup>

Die Wahlergebnisse verteilen sich regional sehr unterschiedlich, besonders die Ergebnisse der Provinzwahlen, was die Fragmentierung, bzw. „Balkanisierung“ Pakistans verdeutlicht. So konnte die nationale Wahlsiegerin PML-N in der Provinz Sindh lediglich 4 von 130 Sitzen für sich gewinnen, und wurde auch in Baluchistan und Khyber Pakhtunkhwa nur dritte, erhielt aber im Punjab 214 von 297 Mandaten. Sieger in Sindh und Khyber Pakhtunkhwa wurde die PPP, in Baluchistan die Pukhtoonkhwa Milli Awami Party, eine paschtunische sozialdemokratische Partei.<sup>5</sup>

Nach den Wahlen schlossen sich mehrere unabhängige Kandidaten der PML-N an. Nach der Aufteilung der 60 für Frauen und der 10 für Nichtmuslime reservierten Sitze auf die Parteien erreichte die PML-N insgesamt 184 Mandate<sup>6</sup> und bildet nun mit der islamistischen JUI-F und zwei weiteren Parteien die Regierung. Bei den nachfolgenden Präsidentschaftswahlen<sup>7</sup> am 30. Juli setzte sich Mamnoon Hussain von der PML-N mit großer Mehrheit gegen seinen Mitbewerber Wajihuddin Ahmed von der PTI durch.

Im Vergleich zu 2008 kandidierten zur Wahl der Nationalversammlung und der Provinzversammlungen doppelt so viele Frauen wie 2008, dennoch stellten Frauen insgesamt nur 2,9 Prozent aller Kandidaten. Mehr als 60 Prozent der Stim-

men gingen an rechte und religiöse Parteien, was einen Rechtsruck im Wahlverhalten deutlich macht.

Aus dem linken Lager kandidierten Anhänger der Awami Workers Party (AWP), die jedoch weder in der Nationalversammlung noch in den Provinzen einen Platz erringen konnte. Die AWP entstand 2012 aus einer Fusion dreier kleinerer linker Parteien und trat zum ersten Mal zu Wahlen an. Neben der AWP, die als erfolgreichste unter den linken Parteien gelten kann, beteiligte sich auch die Kommunistische Partei Pakistans (CPP) an den Wahlen, allerdings mit sehr wenigen Kandidaten. Andere linke Gruppen wie die Sozialistische Bewegung Pakistans (SMP) traten gar nicht erst an. Unter den Linken Pakistans herrscht eine große Skepsis gegenüber der Beteiligung an Wahlen.

Bei den millionenschweren Wahlkampagnen der großen Parteien, die viele Unternehmensspenden bekommen, konnten die linken Kräfte nicht mithalten. Zudem lässt das Mehrheitswahlrecht kleinen Parteien praktisch keine Chance. Die Wählerstimmen aller linken Kandidaten lagen landesweit bei rund 100 000. Dennoch gilt die Wahl für die linken Kräfte nicht als erfolglos. Der sehr jungen AWP gelang es, sich unter den Wählerinnen und Wählern bekannter zu machen. Ihr Generalsekretär Farooq Tariq führte 65 sogenannte „Corner Meetings“ durch, zu Kundgebungen kamen bis zu 4 000 Menschen zusammen. Hashim bin Rashid, Generalsekretär der AWP in Lahore, sieht die Wahl als einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg der Neuformierung der pakistanischen Linken.<sup>8</sup> An Themen wird es in nächster Zukunft in Pakistan jedenfalls nicht mangeln. Farooq Tariq schätzt ein, dass unter der Regierung der PML-N starke neoliberale Einschnitte wie Massenprivatisierungen und Einsparungen im öffentlichen Sektor zu erwarten sind. Er befürchtet, dass den Gewerkschaften harte Zeiten bevorstehen und die weiche Strategie der PML-N gegenüber den Taliban zum Aufstieg weiterer rechter Kräfte führen wird.<sup>9</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Siehe Presseveröffentlichungen des FAFEN – Free and Fair Election Network, [www.fafen.org/site/v6/press-releases/preliminary\\_statement\\_on\\_general\\_election\\_2013\\_2013\\_05\\_13\\_1278](http://www.fafen.org/site/v6/press-releases/preliminary_statement_on_general_election_2013_2013_05_13_1278)
- 2 Lal Khan (Gewerkschaftsaktivist) in einem Artikel vom 13.6.13 im Online-Magazin Viewpoint: <http://www.viewpointonline.net/why-the-tsunami-ebbed.html> (abgerufen am 23.8.2013)
- 3 Siehe dazu Wasimul Haque (Journalist) in einem Artikel vom 4.4.2013 im Online-Magazin Viewpoint: <http://www.viewpointonline.net/imran-khan-harbinger-of-hope-or-despair.html> (abgerufen am 23. August 2013).
- 4 Am 17. August wurde die ANP-Politikerin Najma Hanif in ihrem Haus erschossen, [www.welt.de/newsticker/news2/article119122704/Pakistanische-Taliban-Gegnerin-erschossen.html](http://www.welt.de/newsticker/news2/article119122704/Pakistanische-Taliban-Gegnerin-erschossen.html)
- 5 Siehe <http://elections.com.pk>
- 6 Siehe <http://ecp.gov.pk/overallpartyposition26072013.pdf>, Übersicht der pakistanischen Wahlkommission über die Sitzverteilung.
- 7 Der Präsident wird von den Abgeordneten der Nationalversammlung, des Senats (zweite Kammer des nationalen Parlaments) und der Provinzparlamente gewählt.
- 8 Die Wahlanalyse von Hashim bin Rashid, Generalsekretär der AWP in Lahore siehe: <http://www.viewpointonline.net/elections-lessons-for-pak-left.html>
- 9 Farooq Tariq in einem Gastbeitrag auf der Webseite der Green-Left Australiens: <http://www.greenleft.org.au/node/54104>



## Zur Außenpolitik der VR China nach dem 18. Parteitag der KP Chinas

Vortrag von Helmut Ettinger vor dem Gesprächskreis  
Grundfragen der internationalen Politik beim Bereich  
Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle  
der LINKEN am 23. 4. 2013

Die Außenpolitik der VR China ist ein riesiges Feld, das gründlich zu beackern in einer Diskussionsgrundlage von ca. 50 Minuten nicht möglich ist. Konzentration auf einige wichtige Themen ist daher angesagt. Ich möchte mich äußern: zu der auf dem 18. Parteitag der KP Chinas sichtbar gewordenen außenpolitischen Strategie

- zu Fragen der chinesischen Rüstung
- zu den Beziehungen Chinas mit den USA, mit Russland, Japan, mit Afrika, der EU und der BRD sowie
- zu einigen aktuellen Konflikten im Umkreis Chinas.
- Weitere Fragen, die natürlich zu dem Thema gehören, überlasse ich der Diskussion.

Die Außenpolitik stand auf dem 18. Parteitag der KP Chinas im November 2012 und auch auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im April 2013 nicht im Mittelpunkt des Geschehens. Die Highlights waren der statuten- und verfassungsgerechte Antritt der neuen, der „Fünften Führungsgeneration“, des neuen Generalsekretärs und Staatspräsidenten Xi Jinping sowie des Ministerpräsidenten Li Keqiang, die Bilanz der 10-jährigen Amtszeit ihrer Vorgänger von 2002 bis 2012, die künftigen Aufgaben in der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Aufgabe der Außenpolitik bleibt es auch weiterhin, stabile, „harmonische“ äußere Bedingungen zu schaffen, um die radikalen Umbrüche im Inneren gestalten zu können und die territoriale Einheit des Landes zu sichern.

Die 2000er Jahre sind, was die Gesamtentwicklung Chinas betrifft, eine Erfolgsgeschichte. Das BIP hat sich im Zeitraum 2002 bis 2012 mehr als verfünffacht. Dabei hat China 2008 die BRD und 2010 Japan überholt. Es ist zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt nach den USA und zum Exportweltmeister aufgestiegen. Die Orientierung des 16. und 17. Parteitages auf die Lösung der von dem schnellen Wirtschaftswachstum hervorgebrachten sozialen Probleme, der großen Einkommensunterschiede und der schweren ökologischen Folgen hat sich bewährt. Der Anfang des Umsternens ist gemacht. Da es sich aber um tiefgreifende strukturelle, zum Teil seit langem schwelende Probleme handelt, können sie nur in einem längeren Prozess überwunden werden. Daher orientierte der scheidende Generalsekretär Hu Jintao auf die Fortsetzung dieser Politik. Dies allerdings unter veränderten innen- und außenpolitischen Bedingungen: geringere Wachstumsraten der Wirtschaft, Inflation, das Schrumpfen der Exportmärkte, höhere Erwartungen der Bevölkerung an soziale Gerechtigkeit und an die Bekämpfung der Korruption.

In der Außenpolitik ist nach Parteitag und NVK-Tagung zu erwarten, dass die VR China an dem auf Deng Xiaoping zu-

rückgehenden Konzept festhält, dessen Devise lautet: Zurückhaltung üben, aber eine angemessene Rolle spielen. Dieses Konzept ist auf internationale Zusammenarbeit, politische Konfliktlösungen, keine unilateralen Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten, auf Stärkung der UNO und des Völkerrechts gerichtet. Auch hier wird das Umfeld jedoch nicht einfacher. China steht auch in der Außenpolitik vor neuen Herausforderungen. Dazu gehören:

- die ungelöste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise,
  - zunehmende Territorialstreitigkeiten, Konflikte auf See, die Verbreitung von Kernwaffen,
  - die Energieknappheit, die Verteuerung der Rohstoffe,
  - der weltweite Klimawandel,
  - die Sicherung der eigenen Handelswege vor Piraterie,
  - Aktivitäten tibetischer und uighurischer Separatisten,
  - wachsende Widersprüche mit Indien und Vietnam, die ihrerseits zunehmend intensivere Beziehungen zu den USA entwickeln. (Welttrends Nr. 88, Wang Jisi, S. 42)
- Seine eigene Rolle definiert China nach wie vor zurückhaltend. Es sieht sich selbst durchaus widersprüchlich und damit dialektisch
- als stärkstes Entwicklungsland, dessen Abstand zu den USA, der EU und Japan beim gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstand, beim allgemeinen Niveau von Wissenschaft und Technik, Bildung und Kultur immer noch groß ist,
  - als eine asiatische Großmacht mit rasch wachsendem globalem Einfluss, aber nicht als Führungsmacht oder „Sprecher“ Asiens,
  - als sozialistisches Land mit einem einzigartigem Wertesystem, das sich jedoch in einem tiefgehenden Transformationsprozess mit komplizierten sozialen Widersprüchen befindet, das territorial nicht voll vereinigt und von Separatismus bedroht ist,
  - als Teilnehmer und Nutznießer der gegenwärtigen Weltordnung, der aber Beschränkungen durch vom Westen festgelegte und dominierte Regeln unterworfen ist. (Ebd., S. 39)

Neuer chinesischer Außenminister ist seit März 2013 der 59-jährige Wang Yi, der als Japankenner und erfahrener Krisenmanager gilt. 2003 war er der Chefunterhändler bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zu den Atomwaffen der KVDR. Von 2004 bis 2006 arbeitete er als Botschafter in Japan, erreichte nach längerer Eiszeit den Besuch von Premierminister Shinzo Abe in China nach dessen erster Wahl, was ihm den Ruf eines „Eisbrechers“ einbrachte. Danach organisierte er das Tauwetter mit Taiwan. Seine jetzige Ernennung zum Außenminister ist ein Signal für die Fortsetzung der besonnenen Außenpolitik der VR China unter der Losung von der „friedlichen Entwicklung“ (Süddeutsche Zeitung [SZ], 18.3.2013)

Bei der Berichterstattung über die Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2013 wurde von den Medien die weitere Erhöhung der chinesischen Rüstungsausgaben stark hervorgehoben.

Bereits auf dem 18. Parteitag hat Hu Jintao gefordert, die Modernisierung der Streitkräfte zu beschleunigen. Bis 2020 soll das Militär bedeutende Fortschritte bei Einführung der Informationstechnologien erreichen, neue IT-Waffen entwickeln, eine moderne Logistik organisieren, hochqualifiziertes Personal schulen und militärische Übungen unter den Bedingungen der Computerisierung durchführen. Große Bedeu-

tung wird der Sicherheit zur See, im Weltraum und im Internet beigemessen. Inzwischen hat Präsident Xi Jinping demonstrativ auch Armeeeinheiten besucht.

Hintergrund dieser Bemühungen ist die Tatsache, dass längs der etwa 3 200 km langen Küstenlinie Chinas in einem Streifen von 500 bis 1 000 km Tiefe der größte Teil der Bevölkerung und des Wirtschaftspotenzials, fast alle Metropolen des Landes konzentriert sind. Über die Seehäfen wird der überwiegende Teil der Importe und Exporte abgewickelt. Als Hauptbedrohung empfindet China die USA, die Taiwan mit modernen Waffen aufrüsten und die militärische Zusammenarbeit mit Japan gegenwärtig wieder intensivieren. Die USA haben mit Atomwaffen ausgestattete Truppen in Japan und auf Inseln im Pazifik stationiert. Sie verfügen über zahlreiche Flugzeugträger und U-Boote, denen China bislang wenig entgegenzusetzen hat.

Die USA und Japan schüren ihrerseits die Angst vor einem sich militärisch aufrüstenden, immer gefährlicher werdenden China. Ich erlaube mir, dazu eine ungewöhnliche Quelle zu zitieren – Das Blättchen (Nr. 7/2013). Hier ein paar Auszüge aus einem Artikel von Lutz Unterseher:

„Ende 2008 wurden zwei relativ moderne Zerstörer und ein Hochsee-Versorger der chinesischen Marine in Richtung Indischer Ozean in Marsch gesetzt. ... Piraten hatten chinesische Schiffe bedroht. Für die Volksrepublik ist die ungehinderte Passage durch den Indischen Ozean von vitalem Interesse: nicht nur wegen des Warenstroms durch den Suez-Kanal ..., sondern auch wegen des Öls und anderer Rohstoffe, die seine rapide wachsende Wirtschaft aus dem Nahen Osten und aus Afrika bezieht.

Der Anteil der Verteidigungsausgaben ist jedoch relativ bescheiden. Er dürfte – kaufkraftbereinigt und in anderen Etats versteckte Ausgaben berücksichtigend – 2012 in der Größenordnung von unter zwei Prozent des BIP oder knapp 200 Milliarden US-Dollar gelegen haben (das SIPRI-Institut schätzt sie auf 166 Mrd. \$ – Neues Deutschland [ND], 16.4.2013; die Bundesakademie für Sicherheitspolitik [BAKS] auf 114,3 Mrd., [www.baks.bund.de](http://www.baks.bund.de)). Ein relativ konstanter Anteilswert zwischen 1,5 und zwei Prozent war offenbar auch schon in der vergangenen Dekade die Regel. Die Verteidigungsausgaben haben also im Tempo des allgemeinen Wirtschaftswachstums zugenommen, aber nicht mehr ...

Um einen Vergleich mit den USA zu ziehen: Dort hatte das Budget des Pentagons am Ende der Ära Clinton einen Anteil von etwas über drei Prozent am BIP, während der entsprechende Wert gegenwärtig bei fast fünf Prozent liegt (laut SIPRI – 682 Mrd. \$). Die chinesische Rüstung ist – auch jenseits der Propaganda – zwar durchaus eindrucksvoll, aber sie geschieht maßvoll ...

Der Aufwuchs bis heute erscheint vor dem Hintergrund US-amerikanischer Rüstung wenig beeindruckend. Das langsam wachsende Arsenal spricht für eine Konzeption der Minimalabschreckung mit Atomwaffen als letzter Zuflucht bei einer atomaren Bedrohung. Es wurde angenommen, dass der geplante Aufbau eines umfassenden Raketenabwehrsystems durch die USA und ihre Verbündeten China veranlassen könnte, viel mehr in Raketen großer Reichweite zu investieren, um das eigene Abschreckungspotential vor tenenzieller Entwertung zu bewahren. Doch die Realität sieht anders aus: Chinas Führung lässt sich kein Wettüben aufnötigen.“ (Siehe dazu auch <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58585>)

Das Verhältnis zu den USA bleibt die Schlüsselfrage der chinesischen Außenpolitik.

Das bilaterale Verhältnis hat für beide zentrale Bedeutung.

Für China sind die USA der Haupthandelspartner und zugleich sein größtes außenpolitisches Problem. China widersetzt sich dem auch unter Präsident Obama anhaltenden Hegemoniestreben der USA. Es fährt aber keinen Konfrontationskurs, sondern ist bestrebt, die Beziehungen in einem normalem Rahmen zu halten. Dem dienen zahlreiche hochrangige Kontakte und gegenseitige Besuche.

China hat ca. 40 Prozent seiner gewaltigen Devisenreserven über die Jahre in US-Staatsanleihen angelegt. (ND, 5./6.3.2011) Der Hauptgrund dafür sind die USA als Chinas wichtigster Markt, wo es weltweit die höchsten Überschüsse erwirtschaftete. Diese wiederum sind durch den hemmungslosen Import billiger chinesischer Konsumgüter durch die USA und das gleichzeitige Embargo auf den Export wichtiger Hightec-Güter entstanden, an denen China besonders interessiert ist. Jahrelang boten sich China in den USA auch die größten Anlagemöglichkeiten. Die chinesische Zentralbank wählte aus ihrer Sicht die risikoärmste und konservativste Anlageform – US-Staatsanleihen, denn die USA können nicht pleite gehen. (Felix Lee, Die Gewinner der Krise, Rotbuch 2011, S. 34) So wurde China zum Hauptgläubiger der US-Notenbank FED. Seit dem Einbruch der US-Finanzen in der weltweiten Finanzkrise ist dies zu einem Problem geworden. Die gegenwärtige Politik der FED ist auf eine Verbilligung des Dollars gerichtet. Die Folge ist eine schleichende Entwertung der chinesischen Dollar-Guthaben. Das wird unter den heutigen Bedingungen der Medientransparenz von vielen Menschen in China mit wachsendem Unmut beobachtet. Bereits als der Prozess 2009 einsetzte, stellten chinesische Blogger im Internet die bohrende Frage, wer denn für diese einseitige Verteilung des nationalen Reichtums verantwortlich sei und ob nicht konkrete Personen dafür haftbar gemacht werden müssten. China ist zwar dabei, seine Devisenreserven zu diversifizieren, hält aber nach wie vor einen hohen Anteil von US-Staatsobligationen. Darin sieht es eine gewisse Kontrollmöglichkeit und eine Art Sicherheitsgarantie gegen allzu große Unwägbarkeiten in der US-Außen- und Wirtschaftspolitik.

Für die USA ist China der strategische Hauptrivale, der langfristig neutralisiert werden muss. Zugleich ist das Land ihr wichtigster Absatzmarkt und eine bedeutende Investitionssphäre. Das Gewicht Chinas wird heute von ihnen realistischer eingeschätzt.

Die USA haben China – wie früher die Sowjetunion – mit einem Ring von Militärbasen umgeben. Diese befinden sich in Südkorea, auf Okinawa und Guam, in Pakistan, Afghanistan und Kirgistan. Nicht chinesische Schiffe kreuzen vor der amerikanischen Küste, sondern amerikanische vor der Küste Chinas. Seit Jahren führen die USA Kriege in großer Entfernung vom eigenen Staatsgebiet, während China in seiner langen Geschichte nie weitab vom eigenen Land militärisch aktiv wurde und seit über 30 Jahren an keinem Krieg beteiligt ist. (Heiducoff, Junge Welt, 3.5.2012)

China hat die Abrüstungsgespräche zwischen den USA und Russland unter Präsident Obama begrüßt. Es tritt für atomare Abrüstung ein, ist jedoch der Meinung, dass die USA und Russland wegen des riesigen Vorsprungs ihrer Arsenale vorangehen müssen. Aber China ist nach wie vor die





einzige Atommacht der Welt, die an ihrem Versprechen festhält, Atomwaffen nicht als erste einzusetzen.

Dabei ist das internationale Klima für China in der letzten Zeit insgesamt rauer geworden. Präsident Obama hat am Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 2012 seine Asia-First-Strategy, die erneute Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik zum asiatisch-pazifischen Raum, erklärt. Diese wird von Freund und Feind als Kurs zur Eindämmung des wachsenden ökonomischen, politischen und militärischen Einflusses Chinas verstanden. Alte Allianzen – u. a. mit Australien, einigen ASEAN-Staaten, Japan und Südkorea werden revitalisiert, neue geschmiedet. Konkrete Vorhaben erläuterte US-Verteidigungsminister Chuck Hagel in einer Grundsatzrede an der National Defense University in Washington: Es geht um den Aufbau hochmobiler, schlagkräftiger Spezialkräfte, den verstärkten Einsatz von Kampfdrohnen und den Cyberwar (Birnstiel, ND, 9.4.2013). Die scharfen einseitigen Erklärungen der US-Regierung zu dem Konflikt im Südchinesischen Meer oder zu dem Inselstreit zwischen China und Japan können als Symptom einer neuen Phase der Auseinandersetzung angesehen werden. (Welttrends Nr. 88, Benedikter, S. 55f.). Damit wären wir bei einigen brisanten Konfliktsituationen im Umfeld der VR China. Eine von ihnen betrifft Japan.

Japan ist der drittgrößte Handelspartner Chinas nach den USA und der EU, zugleich eine wichtige Quelle von Direktinvestitionen. Aber die politischen Beziehungen sind gestört durch die japanische Haltung zum 2. Weltkrieg, zu den Gräueln und Kriegsverbrechen japanischer Truppen, zu den medizinischen Experimenten an chinesischen Kriegsgefangenen, zu den Zivilschäden durch zurückgelassene chemische Kampfstoffe. Zu all diesen Fragen hat in der japanischen Öffentlichkeit nach 1945 nie eine ernsthafte Aufarbeitung stattgefunden. Erst im August 2010 – 65 Jahre nach Kriegsende – gab der damalige Premierminister Naoto Kan gegenüber allen Ländern, die unter japanischer Besatzung gelitten haben, eine allgemeine Entschuldigung ab. Nachfolgende Regierungschefs beginnen schon wieder sie zu verwässern.

Der im Herbst 2012 eskalierte Streit um die von Japan nach wie vor besetzten Senkaku-Inseln, die die Chinesen Diaoyutai nennen und in deren Umfeld Erdgasvorkommen vermutet werden, hat die ohnehin bestehenden starken anti-japanischen Stimmungen in der chinesischen Bevölkerung angeheizt. China beruft sich auf das Potsdamer Abkommen, wonach alle durch Japan rechtswidrig okkupierten Territorien zurückzugeben sind. Die USA hatten die Inseln zusammen mit dem Okinawa-Archipel nach 1945 besetzt und nach dem Abzug ihrer Truppen unter Missachtung des Potsdamer Abkommens Japan überlassen. Dadurch tragen sie eine Mitverantwortung für die entstandene Lage. Bei der jüngsten Zuspitzung erklärte der damalige US-Verteidigungsminister Panetta, der Sicherheitspakt mit Japan erstreckte sich auch auf die Senkaku-Inseln. Damit haben die USA in einer umstrittenen Territorialfrage völkerrechtswidrig Partei ergriffen. Das passt in die Eindämmungsstrategie gegen China. Dieses muss die Angelegenheit ernst nehmen. In einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung wird darauf hingewiesen, dass ca. 90 Prozent des von China importierten Erdöls auf Schifffahrtslinien transportiert werden, die in der Nähe der Inseln vorbeiführen. (Asia Policy Brief Nr. 3/2013). Und die Financial Times schrieb, dass Japan mit diesen Inseln Chinas Zugang zum Pazifik kontrollieren könne. (www.ft.com,

1.12.2012) Zudem gilt der Schutz der territorialen Einheit des Landes in China als hohe Pflicht jeder Regierung, als wichtiges Kriterium für ihre Legitimation. Allerdings würde ein militärischer Konflikt um ein paar Felsen im Meer Chinas Ansehen in der Region sehr schaden. Es muss darauf achten, Ängste nicht zu nähren, die wegen seiner wachsenden Stärke in einigen Nachbarländern ohnehin aufkommen.

Zu einem weiteren akuten Konflikt: Große Teile des Südchinesischen Meeres mit den dortigen Inseln werden von China traditionell als chinesische Binnengewässer beansprucht. Dem widersprechen die Anrainer Vietnam, die Philippinen, Indonesien, Malaysia und Taiwan. Es handelt sich überwiegend um unbewohnte Atolle – allerdings mit reichen Fischgründen und vermuteten Rohstoffvorkommen. Wichtige internationale Schifffahrtsrouten durchqueren das Gebiet, die jedoch bisher von keiner Seite in Frage gestellt werden. China belegt mit anerkannten schriftlichen Überlieferungen aus den Jahrhunderten vor und nach der Zeitenwende, dass Chinesen die Inseln und Atolle entdeckt und sporadisch besetzt haben. Das chinesische Kaiserreich hat sie schon als zum chinesischen Kulturkreis gehörig angesehen, als es in seinem Umfeld noch keine Nationalstaaten und entsprechende Verträge gab. Die Ansprüche der anderen Anrainer wurden erstmalig von den Kolonialmächten Frankreich und England im 19. Jahrhundert erhoben, als China durch die Opiumkriege der imperialistischen Mächte des Westens geschwächt war. Im Gefolge einer Abgrenzung der Territorien zwischen der VR China und der DVR Vietnam 1957 erkannte Ministerpräsident Pham Van Dong in einer diplomatischen Note an Zhou Enlai ein Jahr später Chinas Souveränität über die Paracel- und Spratly-Inseln an. Das wurde von Vietnam nach der Vereinigung für nichtig erklärt. Sporadisch kommt es zu Zusammenstößen, wenn Vietnam Rohstoffexploration und Fischfang in den umstrittenen Gebieten versucht. Die letzten datieren vom Sommer 2011, wonach Verhandlungen aufgenommen wurden. (Siehe dazu auch den Artikel des Sinologen und Ethnologen Ingo Nentwig in diesem Heft, Seiten 76 – 82.)

Die USA haben in dem umstrittenen Gebiet gemeinsam mit den Philippinen Militärmanöver durchgeführt und damit in dem Konflikt Partei ergriffen. China fordert Verhandlungen zwischen den betroffenen Staaten ohne Einmischung von außen. (Welttrends, Benedikter, S. 53f.)

Nentwig ist der Meinung, dass sich die Territorialfragen zur Zeit nicht lösen lassen, auf dem viel wichtigeren Gebiet der Fischerei und der Rohstoffexploration eine friedliche Zusammenarbeit aller Beteiligten aber durchaus möglich sei. China hat dafür Vorschläge gemacht.

Mit großer Sorge beobachtet China die gefährliche Zuspitzung der Lage auf der koreanischen Halbinsel. Von dem unberechenbaren Nachbarn und Verbündeten KDVR ist es Abenteuer gewohnt. Die gehörten zum Arsenal des Staatsgründers Kim Il Sung, seines Sohnes Kim Jong Il und nun offenbar auch des jüngsten Herrschers Kim Jong Un. Damit versuchten die Führer Nordkoreas immer wieder die USA zu direkten Gesprächen über die Regelung der brisanten Lage und einen Friedensvertrag zu bewegen. Zum ersten Mal hat nun Kim Jong Un den Kriegszustand ausgerufen, die Armee mobilisiert, alle Kontakte zu Südkorea gekappt, die wirtschaftliche Sonderzone Kaesong geschlossen, eine Mittelstreckenrakete an die Küste verlegt, die Reaktivierung der stillgelegten Atomanlage Yongbyon verkündet und gar den



USA, Südkorea und Japan im Falle bewaffneter Angriffe mit Atomschlägen gedroht.

Die gegenwärtige Eskalation ist nicht die größte in der wechselvollen Geschichte. Dies ist die „Pueblo-Affäre“ aus dem Jahre 1968. Damals brachte die Marine der KDVR das US-Spionageschiff dieses Namens samt 82 Mann Besatzung in ihren Hoheitsgewässern auf, trotzte allen Drohungen der USA und hielt es über ein Jahr lang fest. Erst nach einer schriftlichen Entschuldigung Präsident Johnsons wurden Schiff und Mannschaft wieder freigegeben.

Wie damals sind auch jetzt der militanten Propaganda bislang keine militärischen Aktionen gefolgt. Damit ist das militante Auftreten vordergründig wohl wiederum vor allem als politisches Manöver aufzufassen. Dessen Ziel ist klar. Wie seinen Vorgängern geht es Kim Jong Un darum, die USA zu zwingen, die KDVR endlich als gleichberechtigten Partner anzuerkennen. Mit dem militärischen Muskelspiel sollen sie davon abgehalten werden, Pläne eines regime change nach dem Muster des Iraks, Libyens und gegenwärtig Syriens ins Auge zu fassen. Die Drohung mit der Atomwaffe gilt ihm als Lebensversicherung gegenüber einem übermächtigen Gegner. Die Furcht der KDVR-Führung ist nicht unbegründet. Bereits US-Präsident Reagan ordnete die KDVR in seine „Achse des Bösen“ ein. Alle seine Nachfolger einschließlich Obama sahen und sehen in der KDVR ein von ihnen nicht zu kontrollierendes Ärgernis, das beseitigt werden muss.

Mit dem Frühjahrsmanöver Foal Eagle, das sie gemeinsam mit Südkorea durchführen, haben die USA den Anlass für die jetzige Zuspitzung geliefert. Dabei haben auch sie die Eskalation nicht gescheut. 200 000 Soldaten Südkoreas, 10 000 Mann US-Truppen, dazu die 28 500 ständig in Südkorea stationierten GIs sind beteiligt. Weitere 30 000 stehen auf Okinawa einsatzbereit. Erstmals warfen zwei US-Tarnkappenbomber Bombenattrappen vor der Küste der KDVR ab. Ein Flugzeugträger und B-52 Bomber, die Atomwaffen tragen können, wurden nahe der koreanischen Halbinsel in Stellung gebracht. Das hat in Pjöngjang die historische Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff der USA, vielleicht sogar mit Atomwaffen, wiederbelebt. So kam es zu der heftigen Reaktion der KDVR, die nun ihrerseits mit Atomwaffen droht. Durch die Aufregung, die das im Westen auslöste, fühlt sich die KDVR darin bestätigt, jetzt als Atommacht angesehen zu werden.

Damit aber wird die koreanische Halbinsel zu einem Testgelände für Obamas Strategie der Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum. Im Grunde hat die KDVR durch ihre abenteuerliche Reaktion den USA die Steilvorlage geliefert, um diese Strategie voranzutreiben, weitere Truppen, modernstes Gerät, Raketen und Raketenabwehr-Anlagen dorthin und damit in den Vorhof der VR China zu verlegen. Das ist der Grund für die tiefe Sorge in Beijing.

Das demonstrative Säbelrasseln auf beiden Seiten beschwört eine reale Kriegsgefahr herauf. Die koreanische Halbinsel beherbergt gegenwärtig die größte Ansammlung von Truppen und Waffen weltweit. Beide Seiten führen regelmäßig Manöver durch. Das Rote Telefon ist abgeschaltet. Die Lage kann rasch eskalieren. Unbedachtsamkeiten oder Fehler sind auf beiden Seiten möglich.

China unterstützt die KDVR traditionell, lässt sich aber nicht für deren Atompolitik als Geisel nehmen. Es ist an Stabilität und Aufrechterhaltung des Status quo auf der koreanischen Halbinsel interessiert. Die Waren- und Energieliefer-

ungen aus China beliefen sich 2011 auf 5,5 Mrd. US-Dollar oder 70 Prozent des KDVR-Außenhandels. Südkorea hat nur noch einen Anteil von 21 Prozent. China befürchtet bei einer plötzlichen Destabilisierung der Lage gewaltige Flüchtlingsströme über die gemeinsame Grenze, die in Nordostchina soziale Unruhen auslösen könnten. Außerdem fiele der Puffer zu den US-Streitkräften in Südkorea weg, die dann direkt an der chinesischen Grenze stünden. (SZ, 5.4.2013)

China hat das Manöver Foal Eagle scharf kritisiert. Die Nachrichtenagentur Xinhua erklärte: „Washington ... facht selbst die Flammen an“ ... Aufrüstung und Manöver in der Region seien „eine dramatische Darstellung präventiver Macht“ der USA. (ND, 15.4.2013)

China kann aber die sich selbst isolierende KDVR bei dieser Politik, vor allem dem ungehemmten Streben nach Atomwaffen, nicht bedingungslos unterstützen. Deren Regime schottet sich auch gegen China ab, wird immer unzugänglicher und unberechenbarer. Der Bevölkerung Nordkoreas werden schwere Entbehrungen auferlegt. In China nehmen die Debatten über die künftige Politik zu. Nach einem erneuten Atomtest der KDVR im Februar hat China gemeinsam mit Russland am 7.3.2013 Sanktionen der UNO gegen die KDVR unterstützt. Diese stellten einen weiteren Anlass zur neuerlichen Verschärfung der Haltung der KDVR dar.

Vor einigen Tagen hat Präsident Xi Jinping erstmals betont: „Niemandem darf erlaubt werden, eine Region oder sogar die Welt für selbstsüchtige Zwecke ins Chaos zu stürzen.“ (ND, 9.4.2013) Der Adressat ist klar, aber die Formulierung etwas chinesisch verschleiert – auch die USA könnten gemeint sein.

Die Lage ist verfahren. Außenminister Wang Yi hat die Grundposition Chinas bekräftigt: Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel, Frieden und Lösung des Problems durch Dialog. Gegenüber UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erklärte er in einem Telefongespräch: „Mit Diplomatie hätte sich das Nordkoreaproblem längst lösen lassen.“ (ND, 8.4.2013) Gemeint sind direkte Gespräche USA-KDVR, die die USA bisher beharrlich verweigern oder an Bedingungen knüpfen, die die KDVR nicht zu erfüllen bereit ist.

Das Verhältnis zu Russland ist für China eine strategische Partnerschaft von hohem Symbolgehalt. Beide Staaten haben ein enges politisches Zusammenwirken gegen die Hegemoniebestrebungen der USA entwickelt, verfolgen aber strikt auch eigene Interessen. Identische oder ähnliche Positionen vertreten sie zum Thema einer multipolaren Welt, der Achtung des Völkerrechts, der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle, einer neuen Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum, dem Kampf gegen Terrorismus und Drogen. Die Kooperation in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOC) und der BRICS gestaltet sich zunehmend enger. Darin sehen beide wichtige Formate bei der Errichtung einer multipolaren Welt.

Der bilaterale Handel wächst schnell. Im Jahre 2012 nahm er um 11,6 Prozent zu und betrug 88 Mrd. Dollar. Damit bleibt er allerdings noch weit hinter dem Handelsvolumen zwischen China und den USA zurück, das in Kürze die Marke von 500 Mrd. Dollar übersteigen wird. China und Russland arbeiten in der Luft- und Raumfahrt, beim Schiffbau, bei der Nutzung von Atomenergie, Wasserkraft und alternativen Energien eng zusammen. Die gegenseitigen Verrechnungen werden zunehmend in Yuan und Rubel getätigt. Ein Problem des Handels ist die hohe positive Bilanz Chinas.



Beim russischen Export überwiegen Rohstofflieferungen. China löst Deutschland schrittweise als wichtigster Handelspartner Russlands ab. Eine offene Frage ist die immer noch nicht vorhandene Gaspipeline, über die seit Jahren verhandelt wird. China ist an der Zusammenarbeit bei der Erschließung der Wasser- und Energieressourcen Sibiriens hoch interessiert. Das nehmen russische Nationalisten zum Anlass, um mit der Gefahr einer drohenden chinesischen Überfremdung und Eroberung des russischen Fernen Ostens zu agitieren. Das relativ neue Phänomen, dass jährlich ca. 500 000 Menschen aus der Region nach China abwandern – Geschäftsleute, technisches Personal, aber auch Rentner, die bei den niedrigeren Lebenshaltungskosten in China mit ihren dürftigen russischen Renten besser leben können, bringt solchen Kräften weiteren Zulauf. (Nowaja Gaset, 17.8.2011)

Für China sind die Importe von Rüstungsgütern und Know-how aus Russland wichtig. Allerdings gehen sie in der letzten Zeit zurück. In den Jahren 2008 bis 2010 betrugen sie noch 5,148 Mrd. Dollar, nur wenig mehr als jene Algeriens. Indien dagegen importierte aus Russland im gleichen Zeitraum Waffen im Umfang von 12,384 Mrd. \$. (Russland-Analysen, Nr. 254, 22.3.2013) Ein erstes gemeinsames Militärmanöver hielten China und Russland im Mai 2008 ab.

Den neuen Präsidenten der VR China, Xi Jinping, führte der erste Auslandsbesuch nach seiner Wahl nach Russland. Damit trat er in die Fußstapfen seines Vorgängers Hu Jintao, der zehn Jahre zuvor das Gleiche getan hatte. Seit der strategischen Hinwendung Obamas zum asiatisch-pazifischen Raum ist Russland für China als Gegengewicht noch wichtiger geworden. Beide haben die Aufstellung weiterer Abfangraketen der USA an der Küste Alaskas zu den bereits vorhandenen wegen der militanten Äußerungen aus der KDVR kritisiert und angekündigt, ihre Reaktion darauf zu koordinieren. (SZ, 22.3.2012). Während des Besuches bezeichnete Präsident Putin das Verhältnis zwischen Russland und China als „tonangebend für die Weltpolitik“. Es wurden 30 neue Abkommen unterzeichnet. (ND, 23./24.3.2013)

Eine große Entwicklung haben die Beziehungen Chinas zu Afrika genommen. Die Zusammenarbeit ist für afrikanische Staaten lukrativ, weil China selbst Entwicklungsprobleme zu lösen hat. China kauft in Afrika Rohstoffe und beteiligt sich an deren Aufschluss. Wo gewünscht, bietet es im Gegenzug ein Komplettpaket aus Handel, Investitionen, technischem Know-How und Personal an. Der Außenhandel mit Afrika ist in dem Jahrzehnt von 2000 bis 2010 auf das Zwölfwache gestiegen. 2010 hat China die USA als wichtigster Außenhandelspartner Afrikas abgelöst. 2012 betrug das Handelsvolumen rund 200 Mrd. Dollar. In den nächsten 3 bis 5 Jahren wird ein Umfang von 300 Mrd. Dollar für möglich gehalten. China hat seinen Markt für 400 Produkte Afrikas geöffnet. Es führt aus Afrika mehr ein, als es nach dorthin ausführt. Es baut in Afrika Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Telekommunikationsnetze. Es hat allen 35 Ländern des subsaharischen Afrikas die Schulden erlassen. China baut Umweltprojekte auf, bildet Fachkräfte aus, entsendet medizinisches Personal und realisiert gemeinsame Forschungsprojekte in Bereichen wie Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Medizin. Das geschieht ohne politische Vorbedingungen. Das Agieren Chinas in Afrika kann jedoch nicht unkritisch gesehen werden. Bei einer Kooperation dieses Ausmaßes entstehen Reibungen und Konflikte.

Ein Beispiel ist der Umweltschutz, wo China bekanntlich während seiner Industrialisierung selbst in schwere Probleme geraten ist. Diese sind nicht nur Fehlern in der staatlichen Politik geschuldet, sondern auch einem noch niedrigen Umweltbewusstsein. Solche Entwicklungen wirken sich natürlich auch auf das Agieren chinesischen Personals in Afrika aus. Ebenso der Umgang mit Arbeitskämpfen bei chinesischen Projekten – für China eine neue Erfahrung.

Unmut erregt in afrikanischen Ländern die Tatsache, dass chinesische Unternehmen schnell dabei sind, auf eigenes Personal zurückzugreifen, wenn vor Ort keine qualifizierten Arbeitskräfte in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Bei der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten afrikanischen Ländern ein echtes Problem.

Der neueste Trend in der chinesisch-afrikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die Förderung von Industrieansiedlungen auf dem schwarzen Kontinent im beiderseitigen Interesse. Im Unterschied zu vielen pessimistischen Prognosen sieht China in Afrika mit seiner jungen, rasch wachsenden Bevölkerung, die sich nach demographischen Hochrechnungen binnen 40 Jahren verdoppeln und mehrheitlich in Städten leben wird, einen gewaltigen Zukunftsmarkt. (Ausführlicher siehe dazu <http://www.vip-ev.de/text626.htm>)

Die EU ist seit 2004 der zweitgrößte Handelspartner Chinas. Es finden regelmäßige Gipfeltreffen statt. China wünscht sich von der EU eine von den USA unabhängige Außenpolitik. Um die Schuldenkrise im Euroraum mildern zu helfen, hat China in beträchtlichem Maße Staatsanleihen bedrängter südeuropäischer EU-Länder gekauft. Das ist beileibe kein altruistischer Akt. Erstens bietet dies China die Möglichkeit, einen gewissen Teil seiner Devisenreserven umzuschichten. Zweitens entsteht in finanziell solventen Staaten mehr Nachfrage nach chinesischen Waren. Drittens belebt sich durch diese Maßnahme – anders als bei den strikten Sparauflagen aus Brüssel – auch die Wirtschaft der betroffenen EU-Länder wieder. Der Boom auf dem chinesischen Binnenmarkt bietet ihnen neue Chancen für Exporte nach China. Eine klassische win-win-Situation. (Ausführlicher siehe ebenda.)

Die EU hat bilaterale Koordinierungsmechanismen zur Ostasienpolitik mit den USA, Japan und Indien aufgebaut, die angesichts der amerikanischen Asia First Strategy zunehmend an Bedeutung gewinnen. China sieht diese als gegen sich gerichtet. Ein weiterer Reibungspunkt ist das Waffenembargo, das die EU 1989 nach den Tiananmen-Ereignissen gegen China verhängt und bis heute nicht aufgehoben hat. In China wird sehr wohl registriert, dass die EU ihren Mitgliedsländern dagegen Waffenexporte in Krisengebiete wie den Nahen Osten keineswegs verbietet. Auch an Staaten in der unmittelbaren Umgebung Chinas wie Südkorea, Malaysia, Indonesien und Singapur verkauft vor allem Deutschland in großem Umfang Waffen.

Die KP Chinas führt seit mehreren Jahren hochkarätige Foren mit den politischen Parteien auf europäischer Ebene durch, um gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln und die politischen Parteien zur Entwicklung der Beziehungen zu motivieren. In der vergangenen Woche hat das dritte derartige Treffen in Suzhou stattgefunden.

Die BRD als das bedeutendste EU-Mitgliedsland ist auch der wichtigste politische und Wirtschaftspartner Chinas in Europa. Hohe chinesische Vertreter betonen immer wieder, dass sie mit der BRD keine grundlegenden Interessenkonflik-



te sehen. Die bilateralen Beziehungen haben inzwischen einen hohen Stand erreicht. Der chinesische Botschafter Shi Mingde bezeichnete sie kürzlich in einem Vortrag vor der Lichtenberger Bezirksorganisation der LINKEN als beispielhaft. Seit 2010 besteht zwischen beiden Staaten eine strategische Partnerschaft. Mit keinem anderen Land hat China einen derart breiten Mechanismus der Zusammenarbeit etabliert, der in den jährlichen Regierungskonsultationen gipfelt, an denen große Teile beider Kabinette teilnehmen. Das Außenhandelsvolumen hat im Jahre 2011 169 Mrd. Dollar betragen, so viel wie mit Frankreich, Großbritannien und Italien zusammengenommen

Deutschland gehört inzwischen zu den Top Ten der Zielländer chinesischer Kapitalanlagen. Ende 2010 haben chinesische Direktinvestitionen in der BRD die Grenze von 1 Milliarde Euro überschritten. Deutschland ist vor allem wegen seines hohen technologischen Niveaus und seiner Lage mitten in Europa attraktiv. Chinesische staatliche Unternehmen und Fonds kaufen Beteiligungen an deutschen Firmen oder gründen selbst Produktionsstätten. Anfängliche Befürchtungen, sie könnten auf Heuschreckenart agieren – kommen, kaufen, die Technologien mitnehmen und bald wieder gehen – haben sich nicht bestätigt. Auch der befürchtete Arbeitsplatzabbau kommt eher selten vor. Zwar werden hin und wieder Bereiche nach China verlagert, die dort billiger produzieren können, aber die hochwertigen Arbeitsplätze bleiben in Deutschland und werden zum Teil noch ausgebaut. Zugleich entstehen neue Verbindungen zu chinesischen Unternehmen, werden Zugänge zum chinesischen Markt eröffnet und Aufträge akquiriert. (Berliner Zeitung, 18./19.12.2010) Selbst Daimler hat auf die Nachricht, dass ein chinesischer Staatsfonds 4 bis 10 Prozent seiner Anteile kaufen will, positiv reagiert.

Botschafter Shi Mingde teilte mit, dass China 2012 mehr in Deutschland investiert habe als die BRD in China. Über die letzten 30 Jahre betrügen die chinesischen Investitionen allerdings nur 10 Prozent der deutschen.

Aus der engen ökonomischen Kooperation können sich auf lange Sicht auch beträchtliche Widersprüche und Konkurrenzen ergeben. China baut Industriezweige intensiv aus, die auch für die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Rolle spielen – zum Beispiel die Automobilproduktion, die Herstellung von Baumaschinen oder von Technik für erneuerbare Energien. Der Zusammenbruch deutscher Solarfirmen wegen der Konkurrenz aus China ist nur ein Beispiel.

Von den 80 Millionen chinesischer Touristen, die jährlich ins Ausland fahren, reisen 10 Prozent nach Europa und die Hälfte davon nach Deutschland. Zwischen beiden Ländern bestehen 69 Städtepartnerschaften und über 500 Partnerschaften von Hochschulen und Universitäten. Mit rund 30 000 Studenten steht China mit Abstand an erster Stelle der ausländischen Studierenden in Deutschland. 5 400 Deutsche studieren in China. (Shi Mingde)

Nicht unbemerkt bleibt in China, dass die BRD neuerdings auch auf eine starke Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit den entwickelten Staaten der ASEAN wie Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Thailand und Vietnam orientiert, deren BIP seit 2000 um 71 Prozent gewachsen ist. (<http://www.bmw.de> 2.11.2012) Offenbar will die BRD am Aufbau von Gegengewichten gegen die Dominanz Chinas, den die USA betreiben, unbedingt beteiligt sein.

Zum Schluss möchte ich drei Kronzeugen für einen nüchternen Blick auf China und die Welt zitieren: Botschafter Shi Mingde sagte in dem genannten Vortrag: „Die Welt lebt im Zeitalter der Globalisierung. Alle Staaten sind aufeinander angewiesen. China strebt eine win-win-Situation an, von der alle Völker profitieren, kein Nullsummenspiel, bei dem der Vorteil des einen der Nachteil des anderen ist.“

Der bekannte Politologe Eberhard Sandschneider, Leiter der Forschungsstelle Politik Chinas und Ostasiens am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, bezeichnete kürzlich Chinas Aufstieg als einen normalen und völlig legitimen Prozess. Nach 30 Jahren beeindruckender ökonomischer Entwicklung gehe die VR China jetzt daran, ihre ökonomische Leistungsfähigkeit in politischen Einfluss zu übersetzen und auch ihre militärischen Einflussmöglichkeiten zu steigern. Die Zeiten seien vorbei, da wir (Europäer) getragen von einem überheblichen Werterigorismus glaubten, China Vorschriften zu seiner Werteordnung machen zu können. (SZ, 2.2. 2013)

Und der britische Politikwissenschaftler Mark Leonard, Direktor des European Council on Foreign Relations, der kluge Bücher über China geschrieben hat, weist darauf hin, dass es für die Bewältigung der neuen Herausforderungen, vor denen China steht, keine Modelle gibt. Chinas bisheriger Weg der Reformen hat riesige Erfolge und riesige Probleme gebracht. Das westliche Modell ist durch die Krise diskreditiert. Die chinesische Führung betritt Neuland. (SZ, 8.1.2013)

#### Aktuelle Literaturhinweise:

- Welttrends Nr. 88, Januar/Februar 2013, China und die Welt, mit Artikeln deutscher, chinesischer, europäischer und amerikanischer Autoren, die ein breites Meinungsspektrum wiedergeben.
- Henry Kissinger, China – zwischen Tradition und Herausforderung, und zwar die Paperback-Ausgabe des Pantheon-Verlages vom Oktober 2012, mit einem aktuellen Vorwort des Autors zu Gegenwart und Zukunft des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses.
- „Die Linke International“ Nr. 1/2013 mit mehreren Artikeln zu China, darunter meine Analyse vorwiegend zu den innenpolitischen Aspekten des 18. Parteitag der KP Chinas, Chen Shuoying zu EU-China, Achim Wahl zu BRICS und der lateinamerikanischen Linken sowie Julia Wiedemann zu Syrien mit der Darlegung der Rolle Chinas.

## Der Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer

### Teil 1: Zur Geschichte des „Meeres der Menschheit“

Von Ingo Nentwig, Sinologe und Ethnologe an den Universitäten Zürich und Peking; aus: *Junge Welt*, 17. Juli 2013

Am 15. Juni 1972 tobt der Taifun Kongsing über das Südchinesische Meer. Westlich der philippinischen Insel Mindoro kämpft ein einsames Boot, die „E Pluribus Unum“, gegen die Wogen – vergeblich. Sie sinkt und reißt alle sechs Reisenden mit sich in die Tiefe, darunter einen Exkönig und einen amtierenden Staatschef: Willis Alva Ryant war bis 1963 König des Kingdom of Humanity (Königreich der Menschheit) gewesen, Christopher Schneider ist der Staatschef der Republic of Morac-Songhrati-Meads, mit der sich das Königreich 1963 vereint hatte. Die kleine Gruppe, fast das gesamte Regierungskabinet der Republik, war auf dem Weg nach Manila gewesen und wollte weiter nach New York zur Sitzung der 27. Generalversammlung der Vereinten Nationen, die im



September des Jahres eröffnet werden sollte. Dort wollte sie eine Reihe von Anträgen bekräftigen und neue stellen. Wie bei den vorherigen Versuchen wäre sie wohl nicht gehört worden.

Königreich der Menschheit? Republik Morac-Songhrati-Meads? Nie gehört? Es klingt wie Politsatire, ist in diesem Fall aber eine Facette der besonderen Geschichte des Südchinesischen Meeres bzw. des „Meeres der Menschheit“, wie es im Königreich mit dem gleichen Namenszusatz genannt wurde.

Bereits 2000 Jahre zuvor hatten vereinzelt chinesische Schiffe in der Regierungszeit des Han-Kaisers Wu (141–87 v. u. Z.) Inseln im großen Meer südlich von China erreicht. Diese und weitere Erkundungs- und Handelsfahrten sind im „Nanzhou Yiwu Zhi“ („Wunderliches aus den Südregionen“) des Wang Zhen und im „Funan Zhuan“ („Bericht über Funan“) des Kang Tai beschrieben worden, zwei Büchern aus der Zeit der Drei Reiche (208–280 u. Z.). Wang Zhen schrieb vor über 1700 Jahren über die Schifffahrt von der Malaischen Halbinsel zum chinesischen Festland: „Nordostwärts fahrend erreicht man Daqitou und fährt dann durch das seichte Zhanghai, das eine große Menge von Magnetsteinen in sich birgt.“ Zhanghai war der damalige Name des Südchinesischen Meeres, und mit den „Magnetsteinen“ waren die zahlreichen Sandbänke und Riffe der Nansha- und Xisha-Inseln gemeint, die unterhalb der Wasseroberfläche liegen und auf die man so leicht auffuhr, dass der Eindruck entstand, man würde von einem Magneten angezogen.

Wang Zhen hätte sich wohl nicht träumen lassen, dass aus dieser gefährlichen Route mit dem damals spärlichen Handelsverkehr einmal eine der wichtigsten und meistbefahrenen der Welt werden würde. Fast die Hälfte der jährlichen Tonnage in der internationalen Handelsschifffahrt, ein rundes Drittel der globalen Rohöltransporte zur See und über die Hälfte der weltweiten Flüssigerdgas-Transporte werden heute durch die Straßen von Malakka, Sunda und Lombok gefahren und kreuzen später das Südchinesische Meer teilweise oder zur Gänze. Öltanker und Containerschiffe fahren hier inzwischen fast so dicht hinter- und nebeneinander wie Autos im Berliner Feierabendverkehr.

Im Südchinesischen Meer wurden außerdem große Erdöl- und Erdgasreserven gefunden, deren Erschließung gerade erst begonnen hat. Weitere Lagerstätten werden vermutet. Die strategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres, ökonomisch wie militärisch, kann also kaum überschätzt werden. Dementsprechend prallen hier Interessen verschiedener Staaten, nicht nur der Anrainer, aufeinander. Militärische Zwischenfälle und Friedensinitiativen wechseln sich ab, und die rhetorische Aufrüstung, insbesondere die des Westens, erreicht immer wieder Spitzenwerte. Der möglicherweise kommende Krieg wird ideologisch vorbereitet und hat jetzt schon seinen Schuldigen: China.

### Ansprüche auf die Inseln

Das Südchinesische Meer hat eine Fläche von fast 3,7 Millionen Quadratkilometern. Im Norden grenzt es an China, im Westen an Vietnam, im Osten an die Philippinen und im Süden an Malaysia, Brunei und Indonesien. Am Rande sind auch Singapur, Thailand und Kambodscha Anrainerstaaten, allerdings ohne besondere Ansprüche. Die anderen genannten Staaten beanspruchen jeweils einige oder alle küstenfernen Inseln des Südchinesischen Meeres und verbinden

damit auch einen Anspruch auf Hoheitsgewässer. Dabei hat allerdings keine der beteiligten Parteien bisher die internationalen Schifffahrtswege in Frage gestellt.

Es sind besonders vier Inselgruppen, die in den daraus entstandenen Konflikten immer wieder eine Rolle spielen: die Dongsha-, die Zhongsha-, die Xisha- und die Nansha-Inseln, im europäischen Sprachgebrauch besser unter ihren kolonialen Namen Pratas-Inseln, Macclesfield Bank, Paracel- und Spratly-Inseln bekannt. Die wichtigsten Akteure in den aktuellen Konflikten sind China, Vietnam und die Philippinen, während Malaysia, Brunei und Indonesien eher eine Nebenrolle spielen.

China ist dafür doppelt vertreten, nämlich als Volksrepublik China und als „Republik China“, die auf der Insel Taiwan de facto noch weiterbesteht. Die Ansprüche der Volksrepublik und der „Republik“ sind deckungsgleich, sie erstrecken sich auf alle vier Inselgruppen zur Gänze. Was hingegen deren aktuelle Kontrolle angeht, gibt es zwischen den Regierungen in Peking und Taipeh offenbar ein stillschweigendes Übereinkommen: Egal, welche der beiden chinesischen Regierungen eine Insel kontrolliert, es wird als Status quo von der jeweils anderen Seite akzeptiert und toleriert. Eine weitere Klärung kann getrost auf den Zeitpunkt einer zukünftigen Wiedervereinigung Chinas verschoben werden und ist aktuell nicht vonnöten.

Damit sind die Dongsha-Inseln nicht mehr Teil der aktuellen Konflikte, denn keine andere Nation erhebt Ansprüche auf sie. Die Volksrepublik China betrachtet sie als zur Stadt Lufeng der Provinz Guangdong gehörend, während die „Republik China“ sie als Teil des Bezirks Qijin der Stadt Gaoxi-ong auch tatsächlich verwaltet.

Ähnlich verhält es sich mit den Zhongsha-Inseln, wenn es da nicht eine Diskrepanz zwischen der westlichen Bezeichnung „Macclesfield Bank“ und dem chinesischen Namen gäbe. Die „Macclesfield Bank“ ist – wie der Name schon sagt – nur eine Ansammlung von Untiefen, ein versunkenes Atoll mit unter Wasser liegenden Riffen. Der chinesische Name „Zhongsha“ schließt aber auch die Insel Huangyan Dao (kolonialer Name: Scarborough-Riff) ein, die auch von den Philippinen beansprucht wird. Tatsächlich kontrolliert wird Huangyan Dao – wie auch das Gebiet der Zhongsha-Untiefen – von der Volksrepublik China.

Die Xisha-Inseln werden von der Volksrepublik China kontrolliert und von Vietnam zur Gänze beansprucht. Hier hat es mehrfach militärische Zwischenfälle gegeben.

Die Nansha-Eilande sind der komplizierteste Fall des gesamten Konflikts. China und Vietnam beanspruchen die Inseln zur Gänze, die Philippinen, Malaysia und Brunei jeweils nur einen Teil. Alle Parteien, auch beide chinesischen Regierungen, halten jeweils ein paar der Inseln unter ihrer tatsächlichen Kontrolle. Hier ist die Gefahr militärischer Zwischenfälle besonders groß.

### Alte chinesische Reiseberichte

Entdeckt wurden die Inseln im Südchinesischen Meer zweifellos von den frühen chinesischen Seefahrern, die oben bereits erwähnt wurden. Alle Inseln der vier genannten Gruppen waren unbewohnt und wurden bis ins 20. Jahrhundert hinein auch nicht dauerhaft besiedelt. Das lag vor allem daran, dass ihre Landfläche insgesamt nur wenige Quadratkilometer beträgt und die meisten nicht einmal ein Süßwasservorkommen haben.



Da Fischer sie für Zwischenaufenthalte – etwa zum Schutz vor Taifunen und gelegentlich als Lagerplätze – nutzten, gibt es in der chinesischen Literatur zahlreiche Werke, in denen über die Inseln, ihre Lage und ihren Zustand berichtet wird. Vom „Mengliang Lu“ („Aufzeichnungen eines Tagträumers“) aus der Song-Zeit (13. Jahrhundert) über das „Daoyi zhilüe“ („Kurzbericht über die Inseln“) der Yuan-Zeit (frühes 14. Jh.) und das „Shunfeng Xiangsong“ („Günstiger Wind für das Geleit“) der Ming-Dynastie (16. Jh.) bis zum „Haiguo Wenjian Lu“ („Über Dinge, gesehen und gehört in den Küstengebieten“) aus der Qing-Dynastie (18. Jh.) reichen, um nur einige Beispiele zu nennen, die zahlreichen Schriften chinesischer Seefahrer und Fischer. Hinzu kommen archäologische Funde auf den Xisha- und den Nansha-Inseln, die die zumindest zeitweise chinesische Präsenz zurückreichend bis zur Tang-Dynastie (618–907) bestätigen.

Aber auch die chinesische Regierung versuchte, die Randgebiete ihres Reiches zu erforschen und dessen Territorium zu vergrößern. Vieles spricht dafür, dass die im Buch „Wujing Zongyao“ („Abriss der militärischen Angelegenheiten“) aus dem frühen 11. Jahrhundert erwähnte Fahrt einiger Patrouillenboote der chinesischen Marine die Xisha-Inseln erreichte, damals Jiuruluo Zhou genannt. Auch zu Marco Polos Zeiten, als der mongolische Kaiser Kublai Khan über China herrschte, war es eine Regierungsmission, die die Xisha-Inseln erreichte. In kaiserlichem Auftrag errichtete der Astronom Guo Shoujing ein Observatorium, das nach allen Berechnungen mit den damaligen Ortsangaben auf der heutigen Hauptinsel Yongxing Dao gelegen haben muss.

In den Jahren 1710 bis 1712 hatte eine chinesische Marinepatrouille unter Vizeadmiral Wu Sheng die Xisha-Inseln erneut besucht. 1876 passierte Guo Songtao, der Gesandte der chinesischen Qing-Dynastie in Großbritannien, auf dem Weg nach London die Inseln und beschrieb ihre Lage sowie ihr Aussehen. 1883 legte die Qing-Regierung erfolgreich bei Deutschland Protest ein, da dessen Marine Vermessungen auf den Xisha- und Nansha-Inseln durchführte. 1887 kam es schließlich zu einem Vertrag zwischen Frankreich und dem Kaiserreich China, der die Grenzfrage im Südchinesischen Meer regeln sollte. Frankreich hatte sein Kolonialreich nach Indochina ausgedehnt, wollte aber einen offenen Konflikt mit China vermeiden. So wurde eine Abgrenzungslinie bei 108 Grad und drei Minuten östlicher Länge auf den Seekarten eingetragen (Sino-Tonkin delimitation line) und festgelegt, dass alle Inseln westlich von ihr zu Frankreich, die östlich zu China gehören sollten. Xisha- wie auch Nansha-Inseln liegen östlich der Linie. So trat China mit einer ziemlich eindeutigen völkerrechtlichen Legitimation für seine Besitzansprüche in seine Neuzeit.

## Eingriffe des Westens

Wie auch in vielen anderen Fällen von Grenzstreitigkeiten zwischen Ländern des Trikont gehen die heutigen Konflikte im Südchinesischen Meer auf die Kolonialzeit zurück. Am 29. März 1843 sichtete der britische Kapitän Richard Spratly von seiner „Cyprus“ aus einige der Nansha-Inseln und gab ihnen seinen Namen, dokumentiert in *The Nautical Magazine*, Nr. 697 des gleichen Jahres. 1864 wurden sie von einem britischen Kriegsschiff für die Krone „in Besitz“ genommen. Die heutigen Ansprüche Malaysias und Bruneis auf einen Teil der Nansha-Inseln werden damit begründet. Doch dies war keineswegs die erste koloniale Namensgebung. Bereits 1791

erreichte ein anderer britischer Kapitän, Henry Spratly – die Namensidentität ist hier reiner Zufall – ein Riff der Nansha-Inseln und ließ seinem deutschen Mannschaftsmitglied Heribert Mischief bei der Namensgebung den Vortritt. Das „Mischief-Riff“ heißt heute Meiji Jiao und besteht aus ein paar Felsbrocken, die etwa einen Meter aus dem Wasser ragen. Sie wurden inzwischen von der Volksrepublik China mit 13 mehrstöckigen Gebäuden überbaut und militärisch befestigt, da neben Vietnam auch die Philippinen hier Ansprüche erheben.

Im späten 19. Jahrhundert war ein anderer britischer Kapitän namens James George Meads mit seiner HMS „Modes- te“ in diesem Gebiet unterwegs. Er „entdeckte“ die Nansha-Inseln 1877 oder 1879 – die Angaben widersprechen sich da – und nahm sie „im Namen der Unterdrückten und Verfolgten“ in Besitz. Er gab ihnen den Namen „Königreich der Menschheit“ (oder „Menschlichkeit“), und das umliegende Meer nannte er „Meer der Menschheit“. Als König James I. regierte er sein Inselreich bis 1888, ihm folgten König Georg I. (Reg. von 1888 bis 1914), König Franklin I. von 1914 bis 1945 und nach einem Interim des ungekrönten Josiah 1945 dann König Morton I. von 1946 bis 1959. Mit dem nachfolgenden König Ryant wurde eine Übergangszeit eingeleitet, in der schrittweise die Wiedervereinigung mit der unter Christopher Schneider (siehe vorn) abgespaltenen „Republik Morac-Songhrati-Meads“ vollzogen wurde. 1963 war dieser Prozess abgeschlossen und die Republik unter Schneider der einzige „Mikrostaat“ auf den Nansha-Inseln.

Spätestens zu Beginn der 1970er Jahre vertrieben dann Marinesoldaten der Anrainerstaaten, die jetzt nach und nach jede noch so kleine Insel, jede Sandbank und jedes Riff unter ihre Kontrolle nahmen, die „Einwohner“ der Republik. Einige suchten mit ihren Segelbooten das Weite, einige gründeten „Exil“-Einrichtungen (in Australien, den USA und Großbritannien), einige riskierten aber auch immer wieder, auf der einen oder anderen kleinen Insel anzulanden. Nach dem eingangs beschriebenen schrecklichen Unglück – von dem nur Morton F. Meads verschont blieb, er war nicht an Bord gewesen – nahmen die Aktivitäten der „Republik“ – heute hauptsächlich im Internet – drastisch ab und scheinen inzwischen ganz eingestellt worden zu sein.

Doch im „Meer der Menschheit“ gab es noch einen weiteren „Mikrostaat“, dessen Anliegen nicht ganz so altruistisch und politispaßig war wie das soeben geschilderte. Tomás Cloma (1904–1996), ein philippinischer Rechtsanwalt und Geschäftsmann, besaß eine kleine Fischereiflotte. 1947 „entdeckte“ diese einige kleine Inseln und begann, sie als Stützpunkte zu nutzen. Am 11. Mai 1956 schließlich nahm Cloma zusammen mit 40 Männern diese Inseln, gut 610 Kilometer westlich des Südens von Palawan gelegen, offiziell „in Besitz“ und gab ihnen den Namen „Freedomland“ („Land der Freiheit“). Am 6. Juli des Jahres erklärte die Regierung von Freedomland auf der Insel Feixin Dao, auch als „Flat Island“ bekannt, ihre Souveränität. In den 1970er Jahren, nachdem der philippinische Präsident Ferdinand Marcos ihn ins Gefängnis hatte werfen lassen, verkaufte er sein Land der Freiheit – wohl nicht ganz freiwillig – dem philippinischen Staat. Es sind exakt diese Freedomland-Inseln, die heute den Kern der philippinischen Ansprüche auf einen Teil der Nansha-Inseln ausmachen. Darum befindet sich auf Feixin Dao der größte philippinische Militärstützpunkt der ganzen Inselgruppe.



Nach der Kapitulation Japans 1945 wurde mit dem Friedensvertrag von San Francisco am 8. September 1951 beschlossen, dass Japan auch auf die widerrechtlich besetzten Xisha- und Nansha-Inseln verzichten müsse. Zwar wurde nicht ausdrücklich erwähnt, an wen die Souveränität übergehen solle, doch ein Jahr später publizierte Japan einen Weltatlas, auf dessen Karte 15, persönlich abgezeichnet von Außenminister Katsuo Okazaki, die Xisha- und Nansha-Inseln als chinesisches Territorium verzeichnet sind. Unabhängig von diesen völkerrechtlichen Entwicklungen hatten Vertreter der Republik China (d. i. zu diesem Zeitpunkt ganz China) bereits im November und Dezember 1946 mit einem Kriegsschiff die beiden Hauptinseln Yongxing Dao (Xisha) und Taiping Dao (Nansha) besucht und dabei Grenzsteine und Stein tafeln errichtet, die die Souveränität Chinas dokumentieren sollten.

### Erste kleine Seegefechte

Bis dahin hatten die Meinungsverschiedenheiten und Konflikte im Südchinesischen Meer aber keine besondere Brisanz. Für alle Parteien handelte es sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges um einen unwichtigen Randaspekt, und dementsprechend spielte das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung keine nennenswerte Rolle. An Erdöl und Erdgas dachte noch niemand, Fische gab es noch genug in allen Ozeanen, und die Schifffahrtsrouten standen sowieso nicht zur Diskussion, geschweige denn zur Disposition.

So ist auch die heute unglaubliche Tatsache erklärbar, dass ausgerechnet an diesem Knotenpunkt von Machtinteressen aller Art Politaktionisten und Abenteurer kleine Spaßstaaten errichteten und die Welt mit Phantasiepässen und „diplomatischen Noten“ aufheitern konnten. Und schließlich kann so auch die Blauäugigkeit erklärt werden, mit der letztlich alle beteiligten Staaten in die Konflikte gingen, die sich nun, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, entfalten sollten.

Aus dem „Land der Freiheit“ im „Meer der Menschheit“, aus einer verstreuten Schar von Inselparadiesen mit weißen Stränden, grünen Palmen und blauem Korallenmeer, gegen die heutige Urlaubsorte auf den Seychellen und Malediven eher blass aussehen, wurde binnen weniger Jahrzehnte ein Seegebiet mit teils latenten, teils offenen Konflikten, mit sporadischer Gewaltanwendung und durchsetzt von waffenstarrten Burgen, die sich auf Felsbrocken auftürmen, die am Fundament gerade einmal zwei oder drei Quadratmeter Platz bieten. Zunächst von den Auswirkungen des Kalten Krieges heimgesucht kam es zu den ersten kleinen Seegefechten und einem „Insel-Hopping“ mit dem Ziel, möglichst schnell möglichst viele der Inseln unter die eigene Kontrolle zu bringen.

In den letzten zwei Jahrzehnten bestimmte vor allem die Interessenpolitik der USA das Klima. Sie wollen ein stärker werdendes China eindämmen, und die Gelegenheit nutzen, sich als großer Bruder der kleinen Nationen (Vietnam, Philippinen, Malaysia, Brunei) aufzuspielen, als einzige Macht, die diesen gegen die „bösen Chinesen“ helfen kann. Denn seit Geschichte in erster Linie Gegenstand der Dekonstruktion ist, erscheinen Ansprüche Chinas plötzlich ganz und gar unverständlich.

## Teil II: Die Konflikte und ihre (un-)möglichen Lösungen

Aus: *Junge Welt*, 18. Juli 2013

Der Effekt ist immer der gleiche, und er ist ganz simpel: Ein Blick auf die Karte mit der gestrichelten Linie führt zu dem Gedanken „Frechheit!“ und „Das gibt’s doch gar nicht!“. Die Linie zeigt die Ansprüche Chinas (sowohl der Volksrepublik als auch der Regierung in Taipeh) auf das Südchinesische Meer als territoriales Gewässer. Sie verläuft in Form einer vom Festland im Norden ausgestreckten Zunge in einem Abstand von 50 bis 150 Kilometern parallel zu den Küsten aller Anrainerstaaten und schließt im Süden ihren Bogen vor der Küste Borneos. Hier liegt auch der südlichste Punkt, auf den China explizit Anspruch erhebt: Zengmu Ansha (kolonialer Name: „James Shoal“) ist ein Riff mit einer Gesamtfläche von 2,12 Quadratkilometern. An seiner flachsten Stelle liegt es 17,5 Meter unter dem Meeresspiegel, im Durchschnitt zirka 22 Meter. Die Volksrepublik China errichtete bzw. versenkte hier dreimal – 1994, 2005 und zuletzt im April 2010 – Grenzmarkierungen und Hoheitszeichen.

Das genau ist auch der Kern des Problems. Der historische Rückblick hat bereits gezeigt, dass Chinas Ansprüche auf die Inseln im Südchinesischen Meer nicht aus der Luft gegriffen und historisch durchaus vernünftig begründet sind. Die Frage ist nur, ob diese historische Begründung heute völkerrechtlich greifen kann. Denn die Volksrepublik ist dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (United Nations Convention on the Law of the Sea, UNCLOS) beigetreten, das am 16. November 1994 in Kraft trat. Diesem Abkommen nach rechtfertigen unbewohnbare Riffe und Felsen keine „Ausschließliche Wirtschaftszone“ (AWZ); Hoheitsrechte sind an bewohnte oder bewohnbare Inseln gebunden. Dagegen argumentiert die Volksrepublik historisch. Sie vertritt den Standpunkt, dass die Xisha- und Nansha-Inseln schon vor Inkrafttreten des Abkommens chinesisches Territorium gewesen und demnach auch nicht von dieser Regel betroffen seien. Dieser Widerspruch ist juristisch nicht lösbar, und deswegen verweigert sich China auch einem möglichen Schiedsverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof.

Doch wie ist die heutige, überaus komplizierte Situation entstanden? Dazu ist es hilfreich, auf die Entwicklung der Konflikte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zurückzublicken. Oft wird unter Hinweis auf den 7. Mai 2009, als China eine Karte mit der sogenannten Neun-Strich-Linie bei der UNO einreichte, behauptet, die Volksrepublik stelle „neue“ Ansprüche oder „dehne“ ihre Ansprüche im Südchinesischen Meer aus. Das trifft aber nicht zu. Ursprünglich hatte es sich um eine Elf-Strich-Linie gehandelt, und diese wurde von der Kuomintang-Regierung Chinas im Jahre 1947 auf einer Karte als Grenze des chinesischen Hoheitsgebiets angegeben. Nach Gründung der Volksrepublik wurde der Verlauf der Linie vereinfacht mit neun Strichen dargestellt und von Ministerpräsident Zhou Enlai als Bekräftigung dieses Anspruchs verkündet. Mit anderen Worten: Seit 1947 hat sich – bis heute – der chinesische Anspruch auf die Inseln im Südchinesischen Meer um keinen Deut „ausgedehnt“, er ist nur im Zuge der Vermessung und Erschließung präzisiert worden.



## Konflikte mit Südvietnam ...

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahm die Republik China die Inseln in Besitz und stationierte eine kleine Militäreinheit auf Yongxing Dao („Woody Island“). Doch die Xisha-Inseln zerfallen in die östlichen Xuande- und die westlichen Yongle-Inseln. Yongxing Dao ist die größte Xuande-Insel. China war in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren nicht in der Lage, weitere Eilande effektiv zu kontrollieren und dort Garnisonen einzurichten. Da die völkerrechtliche Lage klar zu sein schien, hielt es das offenbar auch nicht für nötig. So war es möglich, dass Frankreich – immer noch Kolonialmacht in Indochina – nach dem Abzug der Japaner stillschweigend Shanhu Dao („Pattle Island“, die Yongle-Hauptinsel) besetzte und dort Soldaten stationierte.

Nach der Niederlage Frankreichs im vietnamesischen Befreiungskrieg 1954 und der damit einhergehenden Teilung Vietnams kamen Shanhu Dao und die anderen Yongle-Inseln unter südvietnamesische Kontrolle. Dies wurde von der jungen Volksrepublik zunächst ignoriert, da man sowieso nur diplomatische Beziehungen mit der DRV (Nordvietnam) hatte und Grenzfragen lieber mit der dortigen Regierung klärte. China demonstrierte seinen guten Willen, indem es 1957 Bach Long Vi (chinesisch: Bailong Wei), eine Insel im Golf von Tonkin, die bis dahin zur chinesischen Provinz Guangdong gehört hatte, der nordvietnamesischen Regierung schenkte. Bach Long Vi ist bis heute und völlig unumstritten vietnamesisches Territorium. Im Gegenzug erkannte Ministerpräsident Pham Van Dong in einer diplomatischen Note an Zhou Enlai ein Jahr später Chinas Souveränität über die Xisha- und Nansha-Inseln an. Damit war für Peking die rechtliche Lage erneut bestätigt worden. Im nächsten Schritt erfolgte der Ausbau der bis dahin nahezu inexistenten Marine. Der Vietnamkrieg und die Unterstützung Chinas für den Norden und für den südvietnamesischen Vietcong, führten dann zu einer Situation, in der Peking seine tatsächliche Kontrolle auch auf die Yongle-Inseln ausdehnen konnte.

Südvietnam hatte selbstverständlich den Verzicht des Nordens auf die Inseln nicht anerkannt. In den 60er Jahren, als die chinesische Marine noch schwach war, vertrieben südvietnamesische Patrouillenboote regelmäßig chinesische Fischer mit Gewalt aus den Gewässern der westlichen Xisha-Inseln. Um seine Kräfte im Vietnamkrieg zu konzentrieren, reduzierte das Regime aber ab etwa 1966 seine militärische Präsenz auf einen einzigen Stützpunkt – Shanhu Dao. China nutzte diese Situation und errichtete nach und nach, offenbar zunächst weitgehend unbemerkt, zivile Stützpunkte für Fischer auf drei Yongle-Inseln: Jinqing Dao („Drummond Island“), Ganquan Dao („Robert Island“) und Chenhang Dao („Duncan Island“).

### ... mit Einsatz von Waffen

Am 15. Januar 1974 entdeckte eine südvietnamesische Marinepatrouille dies, wobei auf Chenhang Dao auch Soldaten der chinesischen Volksbefreiungsarmee beim Bau einer Bunkeranlage gesichtet wurden. Zwei Tage später, nachdem Verstärkung eingetroffen war, stürmten 30 Marinesoldaten Jinqing Dao und Ganquan Dao. Sie rissen die chinesischen Fahnen nieder und vertrieben die Fischer, die keinen Widerstand leisteten. Am 18. Januar traf schließlich der Oberkommandierende der südvietnamesischen Kriegsmarine mit weiterer Verstärkung ein.

Inzwischen waren drei Fregatten und eine Korvette zusammengezogen worden. China hatte vier uralte Korvetten und zwei U-Jagdboote geschickt. Am nächsten Morgen landeten die Südvietnamesen auf Chenhang Dao und wurden nach kurzem Gefecht von der Inselmiliz zurückgeschlagen. Am späten Vormittag begannen die Südvietnamesen eine Seeschlacht, die keine Stunde dauerte und für sie in einem Desaster endete. Obwohl technisch weit unterlegen und erheblich leichter bewaffnet, manövierten die chinesischen Boote geschickt in toten Winkeln der südvietnamesischen Geschütze. Die Korvette wurde versenkt und zwei der Fregatten schossen sich versehentlich gegenseitig kampfunfähig.

Am 20. Januar schickte China dann einige Flugzeuge der Luftwaffe, die auf Hainan stationiert waren und bombardierte die Yongle-Inseln, die noch unter südvietnamesischer Kontrolle waren. Kurz danach stürmten amphibische Landtruppen der Volksbefreiungsarmee Shanhu Dao. Der militärische Zwischenfall endete nach vier Tagen mit einem vollständigen Sieg Chinas. Südvietnam hatte 53 Tote und 16 Verletzte zu beklagen, China 18 Tote und eine unbekannte Zahl von Verletzten. Vier der sechs chinesischen Schiffe waren beschädigt, konnten aber bis auf eines, das geschleppt werden musste, aus eigener Kraft abziehen. China machte 49 Kriegsgefangene, darunter war ein US-amerikanischer Verbindungsoffizier, die zwei Wochen später in Shenzhen an der Grenze zu Hongkong dem Internationalen Roten Kreuz übergeben wurden.

Entgegen der üblichen diplomatischen Verfahrensweise in solchen Fällen gratulierte die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, also des Nordens, der chinesischen Führung nicht zu ihrem Erfolg. An dieser Kleinigkeit konnte schon ein Teil der weiteren Entwicklung abgelesen werden: Obwohl formal neutral, tendierten die vietnamesischen Kommunisten in der damals gespaltenen internationalen kommunistischen Bewegung mehr zur sowjetischen Seite. Nach Ho Chi Minhs Tod im Jahr 1969 wuchs langsam die politische Distanz zum nördlichen Nachbarn. Nach der Befreiung des Südens 1975 und der Wiedervereinigung ganz Vietnams 1976 nahm man dann auch von Pham Van Dongs diplomatischer Note des Jahres 1958 Abstand und reklamiert bis heute die Xisha- und Nansha-Inseln zur Gänze als vietnamesisches Territorium.

Weitere nennenswerte Zwischenfälle hat es in den Gewässern der Xisha-Inseln bis heute nicht mehr gegeben. Seit 1997 hat China die Inseln für die touristische Nutzung freigegeben, und am 24. Juli 2012 wurde auf Yongxing Dao die Stadt Sansha als dritte bezirksfreie Stadt der chinesischen Provinz Hainan gegründet. Formal gehören neben den Xisha auch die Nansha-Inseln und Huangyan Dao zur Stadt Sansha, die damit als administrative Verkörperung der chinesischen Ansprüche anzusehen ist. Was speziell die Xisha-Inseln angeht, ist die tatsächliche Integration in den chinesischen Staat, inklusive Besiedlung, ökonomischer Nutzung und Ausübung aller staatlichen Hoheitsrechte über einen Zeitraum von nunmehr fast 30 Jahren, derart fortgeschritten, dass eine nochmalige Änderung auch dem unvoreingenommenen Beobachter als völlig unrealistisch erscheinen muss.

### Konflikte um die Nansha-Inseln

Wesentlich komplizierter ist die Auseinandersetzung um Nansha. Im November 1946 hatte die Republik China die Inselgruppe offiziell in Besitz genommen und auf Taiping Dao





(„Itu Aba“), derem größten Eiland eine kleine Basis errichtet. Doch nach der Niederlage der Kuomintang im chinesischen Bürgerkrieg 1949, nach dem Rückzug der Regierung der Republik China auf die Insel Taiwan zog man die Soldaten stillschweigend wieder ab, vermutlich weil man alle Kräfte auf eine damals noch geplante „Rückeroberung des chinesischen Festlands“ konzentrieren wollte. Erst als der im Teil I erwähnte Tomás Cloma 1956 versuchte, sein „Land der Freiheit“ auf die Insel auszudehnen, kehrten die nationalchinesischen Truppen zurück. Insgesamt blieb das Engagement der Taiwaner aber bis heute sehr zurückhaltend, außer Taiping Dao brachten sie nur noch das fünf Kilometer östlich davon liegende Zhongzhou-Riff unter ihre tatsächliche Kontrolle.

In den frühen sechziger Jahren brachte Südvietnam Nanwei Dao („Truong Sa“), die viertgrößte Insel der Gruppe, sowie zahlreiche kleinere Eilande, Sandbänke und Riffe, die bedeutendsten wohl Nanzi Dao und Jinghong Dao, unter seine Kontrolle. Dabei nutzte es die internationale Situation, das fehlende Engagement der Regierung in Taipeh und den schlechten Zustand der chinesischen Volksmarine, die sich noch nicht einmal in der Lage sah, in diesen Gewässern regelmäßige Patrouillen zu fahren. 1975 vertrieb die nordvietnamesische Marine die südvietnamesischen Soldaten, und 1976 übernahm das vereinigte Vietnam die ursprünglich südvietnamesischen Ansprüche auf alle Nansha-Inseln. Heute kontrolliert es um die 30 Eilande, Riffe und Sandbänke, darunter sechs Inseln, von denen auf dreien nicht nur wie üblich Truppen stationiert sind, sondern auch Zivilbevölkerung lebt.

Im Jahr 1987 begann die Volksrepublik China mit der Exploration der Nansha-Inseln. Um Konflikte zu vermeiden, widmete man sich dabei ausschließlich Riffen, die bisher von keinem anderen Staat besetzt worden waren: Chigua Jiao, Nanxun Jiao und Yongshu Jiao.

Im Februar 1988 startete China auf Chigua Jiao den Bau eines Meeresobservatoriums. Um dessen Sicherheit zu gewährleisten, waren auch drei Fregatten der Marine in das Gebiet verlegt worden. Als die vietnamesische Marine diese Aktivitäten bemerkte, begann sie, möglichst schnell Riffe und Sandbänke zu besetzen, auf denen sich noch keine eigenen Einrichtungen befanden. Am 18. Februar kam es dabei zu einer kuriosen Situation, als gleichzeitig vietnamesische Landungstruppen von der einen, chinesische von der anderen Seite Huayang Jiao stürmten und ihre Flaggen aufpflanzten. Der dreistündige Streit endete mit dem Rückzug der Vietnamesen, angeblich wegen „schlechter Wetterbedingungen“. Mit herangezogener Verstärkung, einem Landungsboot und zwei bewaffneten Transportern, griffen die Vietnamesen dann am 14. März die chinesischen Bauten auf Chigua Jiao an, betraten sie und versuchten, eine vietnamesische Flagge zu hissen.

Der zunächst verbale Streit zwischen vietnamesischen und chinesischen Offizieren endete in einem Schusswechsel, in den sich nun die Transportboote einmischten. Sie begannen, Chigua Jiao von See aus zu beschießen. Eine Dreiviertelstunde später war die chinesische Fregatte „Nanchong“ herbeigeeilt und konnte erfolgreich eingreifen. Die vietnamesischen Transporter wurden versenkt, das Landungsboot schwer beschädigt; es blieb auf Guihan Jiao zurück. Nachdem vereinzelt vietnamesische Soldaten von den Riffen, die China schon vor dem Zwischenfall kontrolliert hatte, vertrie-

ben worden waren, endete das Gefecht mit einem Rückzug aller vietnamesischer Kräfte nach Nanwei Dao.

Vietnam hatte alle beteiligten Schiffe verloren, 64 gefallene und neun verletzte Soldaten zu beklagen. Auf chinesischer Seite gab es sechs Tote und 18 Verwundete, die Schiffe waren nicht einmal beschädigt. Danach versuchte Vietnam nicht mehr, die sechs Riffe, die bis heute unter chinesischer Kontrolle stehen, anzugreifen. China tolerierte im Gegenzug, dass Vietnam alle noch nicht besetzten Riffe und Sandbänke in den umliegenden Gewässern unter seine Kontrolle brachte.

In den Jahren 1995 und 2011 errichtete China auf weiteren drei Riffen im Nordosten der Nansha-Inseln Gebäude und militärische Strukturen. Diese Riffe (Meiji Jiao, Zhubi Jiao und Xinyi Jiao) liegen so weit von dem vietnamesisch kontrollierten Gebiet entfernt, dass es zu keinen Zwischenfällen kam. Hier protestierten allerdings die Philippinen, die insgesamt sieben Inseln und drei Riffe für sich beanspruchen, darunter mit Zhongya Dao und Xiyue Dao die zweit- und drittgrößten Inseln des Archipels. Seit 1986 kontrolliert auch Malaysia eine Insel, fünf Riffe und eine Sandbank.

Huangyan Dao, eigentlich ein Riff mit wenigen aus dem Wasser ragenden Felsbrocken, ist gewissermaßen ein Sonderfall. Sie liegt abseits aller Archipele und wird von China hauptsächlich deshalb zu den Zhongsha-Inseln gezählt, weil es damit dessen einzige Überwasserformation ist. Huangyan Dao liegt rund 250 Kilometer westlich von Luzon und ist vor allem als gefährliche Untiefe für seine zahlreichen Schiffswracks bekannt. Noch in den sechziger Jahren hatten die Philippinen das Riff für Bombentests und Kanonenbeschuss seiner Marine genutzt. In den achtziger und neunziger Jahren unternahmen die chinesische Marine und auch Schiffe der Regierung Taiwans erste Expeditionen in das inzwischen wieder verlassene Seegebiet. Beide chinesischen Regierungen erneuerten danach ihre Ansprüche; China errichtete sogar eine Grenzmarkierung, die allerdings 1997 von den Philippinen wieder entfernt wurde. Im April 2012 kam es hier zu einem kurzen Seegefecht zwischen philippinischen und chinesischen Kriegsschiffen (ohne Verluste), denn zuvor hatte die philippinische Marine mehrere chinesische Fischkutler in der Lagune festgesetzt. Danach nahm China die Felsen unter seine effektive Kontrolle und errichtete eine meteorologische Station.

## Militärische Konflikte vermeiden

Welche Lösung ist in diesem Konflikt möglich? China hat allen beteiligten Parteien bilaterale Verhandlungen angeboten, verweigert sich aber einem multilateralen Ansatz. Die USA unterstützen vor allem die Position der Philippinen und Malaysias und nutzen das Thema, um Chinas wachsenden Einfluss auch diplomatisch zurückzudrängen. Die Kernfragen aber sind zum einen Ausbeutung der Rohstoffe und zum anderen Sicherheit der Schifffahrtsrouten. Da letztere von niemandem in Frage gestellt wird, unabhängig von der Lösung des Territorialkonflikts, bleibt die Klärung des Rechts auf die Ausbeutung der Rohstoffe (Erdöl, Erdgas) als Problem.

Dies betrifft, realistisch gesehen, nur noch die Gewässer der Nansha-Inseln, da alle anderen Konflikte lediglich theoretischer Natur sind. Auch hier liegt ein Angebot Chinas vor: Verhandlungen über die gemeinsame Ausbeutung der Rohstoffe. In diesem Zusammenhang ist es kontraproduktiv, dass z. B. Vietnam kurz nach der Unterzeichnung eines Ab-

kommens mit China zur Eingrenzung des Konflikts (September 2011) einen Vertrag mit einer indischen Ölfirma zur Erschließung von Reserven im Nansha-Gebiet abschloss. Kurz gesagt: Der territoriale Konflikt ist unlösbar, da keine Seite bereit sein wird, auf ihre formalen Ansprüche zu verzichten.

Ein möglicher militärischer Konflikt ist aber vermeidbar und die Beibehaltung eines friedlichen Status quo ist möglich, wenn die beteiligten Nationen sich nicht von den USA zu unüberlegten Schritten anstacheln lassen. Das schließt eine mögliche gemeinsame Ausbeutung der Erdöl- und Erdgasvorräte ein. In der internationalen Diskussion besteht die Tendenz, China als Bedrohung und nicht als Chance wahrzunehmen. Für Vietnam, die Philippinen und Malaysia könnte die Lösung des Problems ganz einfach sein: Der prinzipielle Streit wird auf unbestimmte Zeit verschoben, die konkreten Interessen werden in direkten Gesprächen mit China koordiniert.

Die Geschichte hat gezeigt, dass Peking in Grenzfragen einen außerordentlich großzügigen Standpunkt einnimmt, wenn ernsthaft verhandelt und auf Polemik verzichtet wird. Mit zwei Ausnahmen sind alle diese Streitigkeiten inzwischen beigelegt worden, überwiegend mit weitreichenden Zugeständnissen von chinesischer Seite. Ein vergleichender Blick auf die Grenzen der Republik China von 1945 und die der heutigen Volksrepublik demonstriert das überdeutlich. Der Grenzkonflikt mit Indien und Bhutan im Himalaja, einer der beiden verbliebenen, ist auf dem langsamen Weg zur Lösung, die darin liegen wird, dass der Status quo zur völkerrechtlichen Verbindlichkeit wird. Das, was überall sonst im Wirkungsbereich der Volksrepublik möglich war, sollte auch im Südchinesischen Meer gelingen. Wenn auch möglicherweise mit der Einschränkung, dass alle Beteiligten noch für lange Zeit darauf verzichten, sich in der sowieso nur theoretischen Grenzfrage einigen zu wollen.

## Neoliberalismus mit südlichem Antlitz

Von Vijay Prashad, Büro New York der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

### Vorbemerkung: Lokomotiven des Südens?

Jahrhundertlang haben die Nationen des Globalen Südens dafür gekämpft, sich politisch zu behaupten. Dieses Ansinnen äußerte sich ursprünglich im Widerstand gegen den Kolonialismus. Mit dem Zusammenbruch der europäischen Imperien entstanden dann neue Staaten in Afrika und Asien. Im Jahr 1955 kamen die Führungen dieser hoffnungsvollen Nationen im indonesischen Bandung zusammen, um ihre Kämpfe auf internationaler Ebene voranzubringen. Es war dieser „Geist von Bandung“, der Institutionen wie der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) und der G77, ihrer Gruppe innerhalb der UNO, in den nachfolgenden Jahren zugrunde lag. In wirtschaftlicher Hinsicht fand diese Idee ihren Ausdruck in der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), während die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

(UNESCO) eine alternative kulturelle Agenda vorantrieb. Diese Organe bildeten die institutionelle Entsprechung des „Dritte-Welt-Projekts“, des kollektiven Traums von einer anderen Welt, die von Frieden, Kooperation und Wohlstand für alle gekennzeichnet sein sollte.

In den 1980er Jahren kollabierte dieses Projekt, das bereits durch innere Widersprüche gefährdet war, unter dem Gewicht des nordatlantischen Neoliberalismus. Das „Dritte-Welt-Projekt“ war von einer nationalen Einheit über Klassen Grenzen hinweg ausgegangen; es brach in sich zusammen, als lokale Eliten sich mit den Interessen des internationalen Kapitals gemein machten und Liquiditätskrisen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Tür für seine Programme der „Strukturanpassung“ öffneten – Programme, die diese Nationen ihrer Fähigkeit beraubten, die eigene wirtschaftliche Zukunft zu gestalten. Für die nachfolgenden Jahrzehnte würde der Neoliberalismus seinen triumphalen und destruktiven Siegeszug quer über den Planeten fortsetzen – bis die schlimmste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression die Tücken dieses Konzepts zum Vorschein brachte.

Schon vor dem Ausbruch der Finanzkrise hatten Brasilien, Russland, Indien, China und schließlich auch Südafrika ihre Zusammenarbeit begonnen – hieraus ging später der BRICS-Block hervor. Im Gegensatz zu den führenden Ländern des Globalen Nordens erfreuen sich diese „Lokomotiven des Südens“ hoher Wachstumsraten, verfügen über extensive Naturressourcen und haben große, junge und gebildete Bevölkerungen. Wie beeinflussen ihr Aufstieg und ihre Kooperation globale Machtbeziehungen und die Geopolitik? Neigt sich die Dominanz des Nordens dem Ende zu?

In dieser Analyse bietet Vijay Prashad, Professor für Südasiatische Geschichte am Trinity College in Connecticut, Antworten auf diese Fragen. Seiner Ansicht nach ist, obwohl es teilweise eine Verbindung zwischen dem „Geist von Bandung“ und dem BRICS-Projekt gibt, letzteres keineswegs revolutionär. Das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern entsteht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der Umwelt, und die BRICS-Eliten versuchen nicht, das bestehende System der globalen Ordnung umzustürzen, sondern lediglich daran teilzuhaben. Die BRICS-Staaten gewinnen jedoch an wirtschaftlicher Stärke. Sie sind im Begriff, ihre politische Stimme zu finden und die arrogante Dominanz des Nordens in globalen Angelegenheiten in Frage zu stellen. Prashad kommt zu dem Schluss, dass wir aufgrund des Aufstiegs der BRICS-Staaten bereits heute in einer multipolaren Welt leben.

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg,  
Leiter des Büros New York, Mai 2013*

### Der Aufstieg des BRICS-Blocks

Als der indische Premierminister Manmohan Singh Generalsekretär der Kommission des Südens war, wurde er von zwei Faktoren ausgebremst: der katastrophalen Schuldenkrise, die die Fähigkeit der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten hemmte, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, sowie dem durch den Norden forcierten rechtlichen Regime des geistigen Eigentums. Letzteres führte dazu, dass diese Staaten von jeglichen wissenschaftlichen und technologischen Neuerungen abgeschnitten waren. Die Länder des Globalen Südens schienen für Jahrtausende zu Armut und Elend verdammt. Das Problem des Südens lag jedoch nicht nur in internen Defiziten. Vielmehr waren es – so



Singh – die größtenteils vom Norden und zu dessen eigenen Gunsten diktierten Regeln, welche dem Süden die Luft zum Atmen nahmen.

Während einer Pressekonferenz im schweizerischen Genf am 18. Juli 1988 legte Singh sein Augenmerk auf den entsetzlichen Schuldenüberhang, der auf der „Dritten Welt“ lastete. Neue Wege des Umgangs mit dieser Schuldenkrise müssten erdacht werden. „Dies ist die raue Wirklichkeit“, sagte er, „und bevor die Organisation nicht öffentlich ist, bevor die kollektiven Sichtweisen der Dritten Welt nicht in einem konstruktiven Dialog ausgesprochen werden können, wird keinerlei rein technische Lösung das Schuldenproblem lösen.“ Diesen Gedankengang weiterführend, erklärte er: „Was wir in der Dritten Welt benötigen, ist eine globale Perestroika, eine Umstrukturierung der wirtschaftlichen Beziehungen, bei der die legitimen Erwartungen von den vier Fünfteln der Menschheit, die in der Dritten Welt leben und sich ein besseres Leben für ihre Mitmenschen erhoffen, Berücksichtigung finden.“

Die Verwendung des Begriffs „Perestroika“ war provokant. Er hatte im Jahr zuvor große Berühmtheit erlangt, als Michail Gorbatschow ihn für die Neustrukturierung der Sowjetunion benutzt hatte. Singh verwendete ihn, um auf die Notwendigkeit einer Reform globaler Institutionen zu verweisen, etwa des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank oder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Im Jahr 1988 gab es allerdings wenig Hoffnung, dass die Sichtweisen des Südens ernst genommen werden würden. Von den späten 1980er Jahren bis Mitte der 2000er Jahre gab es keine Fortschritte in Bezug auf eine globale Perestroika.

Der erste wichtige Impuls für eine derart erweiterte Umstrukturierung war das Hervortreten von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als BRICS-Staatenblock. Im September 2006 kamen die Außenminister von Brasilien, Russland, Indien und China in New York zusammen, um über die Schaffung eines institutionellen Rahmens für die Diskussion verschiedener Themen zu sprechen. Darauf folgte eine Reihe weiterer Treffen, die von der Schwere der Kreditkrise ab dem Jahr 2007 überschattet wurden. Damals begann der Globale Norden den Globalen Süden aufzufordern, die Weltwirtschaft dabei zu unterstützen, aus einer Situation herauszukommen, die zu einer Dauerkrise zu werden schien. Am 16. Mai 2008 gründeten die vier Staaten im russischen Jekaterinburg den BRIC-Block. Zwei Jahre später, im Dezember 2010, nahm man Südafrika in die Gruppe auf, die damit zum BRICS-Block wurde.

Der erste große BRIC-Gipfel im Juni 2009 fand während der dunkelsten Phase der Kreditkrise statt. Deshalb ist der Charakter der ersten gemeinsamen Erklärung geprägt von der Finanzkrise und ihrer Lösung durch den G20-Aktionsplan und Reformen des internationalen Finanzsystems. Alle weiteren Elemente der politischen Ausrichtung der BRIC (und späteren BRICS) waren bereits ersichtlich: multipolarer Regionalismus, eine Bekräftigung der Agenda des Rio-Gipfels zum Klimawandel (UNCED 1992), technologische Zusammenarbeit und die Betonung des Dialogs anstelle der Anwendung von Gewalt. Die Regierungschefs der BRICS-Staaten trafen sich jährlich zu ihrem Gipfeltreffen. Bisher haben die BRICS-Länder fünf Gipfel abgehalten: 1. BRIC-Gipfel in Jekaterinburg (Russland) am 16. Juni 2009; 2. BRIC-Gipfel in Brasilia (Brasilien) am 16. April 2010; 3. BRICS-Gipfel in Sanya (China) am 14. April 2011; 4. BRICS-Gipfel in Neu-Delhi (Indien)

am 29. März 2012; 5. BRICS-Gipfel in Durban (Südafrika) am 26. und 27. März 2013.

Zwischen diesen Gipfeln trafen sich zusätzlich die Minister der einzelnen Regierungskabinette. Manchmal, um als Sherpas (Chefunterhändler) die Agenda der Gipfel zu erarbeiten, und bisweilen auch, um Themen zu beraten, die einer Weiterentwicklung bedurften (beispielsweise die Zusammenkünfte der Finanzminister wegen der BRICS-Entwicklungsbank). Diese Treffen führten nicht zur Bildung eines BRICS-Sekretariats, um es der „Gruppe der 8“ (G8) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – beides institutionelle Sekretariate des Nordatlantisch-Japanischen Blocks – gleichzutun. Anders formuliert: Die BRICS haben eine Struktur errichtet, um einen neuen politischen Raum, neue politische Initiativen und einen neuen Mechanismus der Koordination zu schaffen. Dies ist ein bescheidener Anfang.

## Kraftwerk BRICS

Der Block der BRICS-Staaten ist auf demographischem Gebiet ein Gigant. Er stellt 40 Prozent der Weltbevölkerung und macht 25 Prozent der weltweiten Landmasse aus. Vom insgesamt auf der Erde geschaffenen Bruttoinlandsprodukt produzieren die BRICS-Staaten ein Viertel. Die fünf Länder unterscheiden sich in ihren Kulturen, in Sprache, Religion, Sitten und Gebräuchen. Auch in ihrem Wirtschaftskurs sind sie verschieden: Einige Staaten folgen einer Logik der exportorientierten Industrieproduktion, während andere auf den Export von Rohstoffen setzen.

Derartige Unterschiede schmälern jedoch nicht den politischen Stellenwert des Blocks. Nach konventionellen Maßstäben sind die Mitglieder keine unbedeutenden Staaten – drei der fünf sind Atomkräfte, zwei verfügen über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und zwei weitere sind Anwärter auf solch einen Sitz. Bislang haben sie eine multilaterale Plattform geschaffen. Die BRICS-Staaten streben danach, ihr gemeinsames politisches Gewicht gegen den Überlegenheitsanspruch des Nordens in Stellung zu bringen sowie als Forum zu fungieren, das Themen und Analysen beleuchtet, die bislang nicht an die Oberfläche gelangen konnten. Eine Einmischung in heikle politische Angelegenheiten (etwa in den Israel-Palästina-Konflikt) sowie in die Debatte um die Finanzreform wie auch um die Entwicklungsstrategie illustrieren die Bemühungen der BRICS-Länder, sich auf der Weltbühne als politische Plattform in Szene zu setzen. Doch ihre Einmischungsbemühungen werden begrenzt durch die zögerliche Haltung der Führungen innerhalb des BRICS-Blocks, dem, von China angeführt, jede Kampfentscheidung gegenüber dem Norden schwerfällt. Sie bevorzugen daher ein passives Vorgehen, indem sie Handelsbeziehungen untereinander aufbauen und mit der potenziellen BRICS-Bank ein Entwicklungsprogramm für den Süden formen, das sich um ihre eigenen Wachstumsprogramme drehen soll. Ein frontaler Angriff auf die institutionelle Hegemonie des Nordens oder den neoliberalen politischen Rahmen findet nicht statt. BRICS ist – bis jetzt – ein konservativer Versuch der treibenden Kräfte des Südens, sich selbst dorthin zu befördern, wo ihrer Ansicht nach ihr Platz auf der Weltbühne ist.

Trotzdem war der Norden verblüfft über das Aufkommen der BRICS-Staaten. Während der dunkelsten Phase der Kreditkrise versuchte die G8, jene Staaten des Südens, die ei-



nen Überschuss erwirtschafteten, in ihre eigene Agenda zu integrieren. Die G20 wurde einzig zu diesem Zweck wiederbelebt und hielt ihren ersten Gipfel 2008 in Washington unter der Führung von US-Präsident George W. Bush ab. Die Angelegenheit schien so ernst, dass die G20 in den Jahren 2009 und 2010 sogar zweimal jährlich zusammenkam – mit den Gipfeln in London und Pittsburgh 2009, die gehalten wurden, um den Süden zu überreden, seinen Überschuss zugunsten des kränkelnden Nordens zurückzufahren. Es wurde bemerkenswert viel über eine Partnerrolle der aufkommenden BRICS-Staaten gesprochen. Bei einem Treffen in Neu-Delhi 2008 erklärte der französische Präsident Nicolas Sarkozy gegenüber Wirtschaftsvertretern, er wünsche sich, dass „der nächste G8- sich in einen G13-Gipfel verwandelt.“

Diese öffentlichen Erklärungen blieben Lippenbekenntnisse. Eine viel ehrlichere Einschätzung kam vom US-Botschafter in Frankreich, Craig R. Stapleton, der im Oktober 2010 gegenüber dem früheren französischen Premierminister Michel Rocard erklärte: Wir brauchen ein Vehikel, mit dem wir Lösungen für diese Herausforderungen [das Wachstum Indiens und Chinas] finden können, so dass wir, wenn diese Monster in zehn Jahren ankommen, in der Lage sind, mit ihnen umzugehen.

## Die Entstehung des BRICS-Blocks

Um die BRICS zu verstehen, muss man bis in die 1980er Jahre zurückgehen, als mit dem Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“ auch die Entwicklungsagenda zusammenbrach. Die neue Gruppierung entstand im Zuge dieser Niederlage und der katastrophalen Politik der neoliberalen Ära. Lässt man diesen Kontext außer Acht, könnte man schlichtweg meinen, die BRICS-Staaten wären eine Gruppe von Ländern, die sich aus opportunistischen Gründen in einem Moment der Schwäche des Nordens (angesichts der Finanzkrise und der Überschuldung durch die Kriege der 2000er Jahre) zusammengenagt hätten. Tatsächlich leitet sich ihre Agenda nicht aus dem Opportunismus ab, sondern vom IBSA-Dialogforum (IBSA für Indien, Brasilien, Südafrika). Dieses wiederum entstand aus einem neuen Impuls des Südens heraus, der sich in Lateinamerika und den „Lokomotiven des Südens“ offenbarte. Diese geschichtliche Entwicklung liefert die beste Erklärung für die Art von Dynamik, die bei den BRICS-Staaten sichtbar wird, ebenso wie für deren Grenzen. Die Vorgeschichte des BRICS-Blocks muss in zwei miteinander verbundenen Prozessen verortet werden: a) dem Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“, und b) dem Aufkommen des vom Norden angeführten Neoliberalismus.

### Das Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“

Das „Dritte-Welt-Projekt“ war ein ideologischer und institutioneller Anstoß der neuen Nationalstaaten aus der ehemals kolonialisierten Welt. Es basierte auf den Ideen der politischen Blockfreiheit sowohl vom westlichen Atlantischen Bündnis als auch von der Sowjetunion (institutionell verortet in der Bewegung der Blockfreien Staaten, NAM), des wirtschaftlichen Dirigismus und der Strategien der Importsubstitution (institutionell verortet in der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, UNCTAD) und sozialen und kulturellen Verflechtungen gegen rassistische Hierarchien (institutionell verortet in UN-Organen wie der UNESCO). Die Staaten der Dritten Welt schufen mittels der

UNO – insbesondere durch die UNCTAD – ihre eigenen institutionellen Grundlagen: durch ihren Block in den Vereinten Nationen, die G77; durch ihre eigene multilaterale Plattform, die NAM; und durch eine Vielzahl von anderen regelmäßigen Foren und Organisationen. Mittels dieser Institutionen war das „Dritte-Welt-Projekt“ in der Lage, seine eigene ideologische und strategische Sicht geltend zu machen – gegen die kolonialen Gepflogenheiten der politischen und wirtschaftlichen Dominanz des Nordens.

Das „Dritte-Welt-Projekt“ entwickelte eine weitreichende Agenda, um gegen das Erbe der Kolonialherrschaft und der dadurch in der Neuen Welt hervorgerufenen Ungleichheit der 1950er und 1960er Jahre anzukämpfen. Ein zentraler Aspekt des Projektes war ökonomischer Wandel. Die koloniale Gewohnheit, Territorien in Monokulturproduzenten zu verwandeln, lieferte viele der kleineren neuen Staaten dem Weltmarkt aus, wo die Preise für ihre einzige Anbaukultur festgesetzt wurden. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass das Projekt auf die Schaffung von Rohstoffkartellen setzte, von denen das erfolgreichste die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) war. Aufgrund der Schwankungen bei den Rohstoffpreisen versuchte das Projekt im Rahmen der UNCTAD einen Stabilisierungsfonds einzurichten, der die Preisausschläge nach oben und unten abfedern sollte. Dieser sinnvolle politische Vorschlag wurde auf Druck des Nordens vom Tisch gefegt.

Das Projekt konstituierte sich politisch um die Theorie der Blockfreiheit, was praktisch eine Ablehnung der Logik des Kalten Krieges bedeutete. Wenn die neuen Staaten das Lager der einen oder der anderen Supermacht betraten, war es unausweichlich, dass sie ihre militärische Schlagkraft erweiterten. Der damit verbundene Kostenaufwand unterminierte schließlich ihre Fähigkeit, ein Entwicklungsprogramm umzusetzen. Der Druck der Supermächte war jedenfalls zu groß, als dass die NAM ihrer Agenda einen hegemonialen Charakter hätte verschaffen können.

Die kulturelle Politik des Projekts entsprach völlig der postkolonialen Ansicht, wonach für die neuen Nationalstaaten keine Notwendigkeit bestand, sich in Bezug auf ihr kulturelles Wohl einzig auf ihre frühere Kolonialmacht zu beziehen. Kulturelle Organisationen und der Austausch von Kulturprodukten zwischen neuen Nationalstaaten sorgten dafür, dass neue Verbindungen geknüpft wurden. Die Ideen des Panafricanismus, Panasianismus, Lateinamerikanismus und natürlich des Tiersmondismus sind zentral für diesen Aspekt. Nur Teile dieser Ideen überlebten den Kollaps des „Dritte-Welt-Projekts“ in den 1980er Jahren.

Die Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre, erzeugt durch den Volcker-Schock 1979, zerschmetterte die Basis des „Dritte-Welt-Projekts“. In US-Dollar gezeichnete Schulden nahmen zu und häuften sich aus einer Vielzahl von Gründen an, angefangen bei größeren Konsumbedürfnissen der neuen Eliten, inklusive Waffenkäufen, bis hin zu einem höheren Bedarf an ausländischem Kapital für die Infrastrukturentwicklung. Die einfache Verzinsung von Darlehen in US-Dollar stieg um 21 Prozent. Haushaltsüberschüsse verwandelten sich in katastrophale Defizite, weil Länder nicht länger in der Lage waren, ihre grundlegendsten Finanzverpflichtungen zu erfüllen. In diesem Moment brach das Projekt einer vereinten Dritten Welt zusammen.

Es war das Geld, das eine einheitliche Front der Dritten Welt gegen ihre Kreditgeber verhinderte. Eine solche hatte



Fidel Castro auf dem NAM-Treffen in Neu-Delhi 1983 vorgeschlagen. Man hörte ernsthaft zu, ließ den Vorschlag aber unbeachtet. Der Pariser Club (der offiziellen Geberländer) und der Londoner Club (der privaten Geldgeber) setzten sich mit jedem verschuldeten Staat einzeln zusammen – alles im Namen der Vertraulichkeit und des Handels. Jedes Land erhielt so seine Reformdosis, meistens unter dem Titel der „Strukturanpassungen“. Dies bedeutete natürlich, dass ein kurzfristiges Zahlungsbilanzproblem nicht länger als Liquiditätsproblem behandelt werden konnte. Es wurde zu einem Problem der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und der Werte gemacht, und das bedeutete, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und seine zahlreichen Organisationen nun Eingang finden und den weiteren Weg eines Landes bestimmen konnten.

### Das Aufkommen des vom Norden angeführten Neoliberalismus

Aus den Ruinen des „Dritte-Welt-Projekts“ erwuchs die ideologische und institutionelle Hegemonie des Neoliberalismus. Der aufstrebende Neoliberalismus eroberte die Welt auf dem Rücken der Schulden- bzw. Liquiditätskrise der 1980er Jahre.

Das zentrale Dogma des Neoliberalismus besagt, dass der Staat weder im wirtschaftlichen noch im sozialen Sektor tätig sein soll. Mit dem Zusammenbruch des „Dritte-Welt-Projekts“ und der europäischen Sozialdemokratie in den 1980er Jahren rückten ehemals marginale neoliberale Ideen in den Fokus. Die vom Norden dominierten Institutionen und der globale Finanzsektor drängten auf eine Reduzierung der Rolle des Staates im sozialen Bereich und auf eine eingeschränkte Souveränität der Staaten insgesamt. Ein Weg, dieses Ziel zu erreichen, bestand für den IWF beispielsweise darin, eine politische Agenda zu setzen, die den Staat dazu aufrief, Sozialausgaben für die Bedürfnisse der Menschen zu kürzen und diese Aufgabe – im Namen der Effizienz – dem privaten (Unternehmens-)Sektor zu überlassen. Privatisierung war, kurz gesagt, die scharfe Klinge des neoliberalen Programms. Diese politischen Ratschläge kamen nicht im politischen oder ideologischen Gewand daher, sprich: als Ergebnis der neoliberalen Logik. Vielmehr bedrängten der IWF und die mit ihm verbundenen Organisationen die Staaten der Dritten Welt, Wirtschaft nicht länger als ein Set ideologischer und politischer Praktiken anzusehen. Sie wurden aufgefordert, alles der „Effizienz“ unterzuordnen, oder anders ausgedrückt: einem vermeintlich technokratischen Ansatz des Umgangs mit der öffentlichen Ordnung. Der Neoliberalismus trug eher eine technokratische als eine ideologische oder politische Maske.

Die politische Agenda des Neoliberalismus erschien gemeinsam mit einer neuen Architektur für globale Produktion und globalen Handel auf der Bildfläche – nämlich der Globalisierung. Aus vielen Gründen waren Löhne im Norden erheblich höher als im Süden; vor allem in Ostasien wurden für ähnlich gut ausgebildete Facharbeiter viel niedrigere Löhne gezahlt. Die Unternehmen waren begierig darauf, sich in diesen neuen Regionen anzusiedeln, doch dafür musste zunächst zweierlei implementiert werden: neue Technologien, die diese Neuansiedlung von Produktionslinien möglich machten, und neue Rechtsvorschriften, um das Eigentum der Firmen zu sichern. Computer, Containerschiffe und Netzwerke für sichere Kommunikation versetzten Unternehmen in die Lage, ihre Produktionslinien in Regionen wie den

Asien-Pazifik-Raum, die Karibik oder Zentralamerika auszulagern. Die Technologie ermöglichte es Unternehmen, den Produktionsprozess aufzuteilen und einzelne Glieder der Produktionskette in verschiedene Länder zu verlegen. Dies bedeutete, dass Staaten nicht länger die Kontrolle über den Produktionsprozess ausüben könnten. Verstaatlichte ein Land seinen Teil der Handelskette, wäre es trotzdem auf die Gnade des multinationalen Konzerns angewiesen, dessen letztendliche Kontrolle über die gesamte Produktionskette es dem nationalisierenden Staat unmöglich macht, seinerseits irgendeine Kontrolle über die Interaktion auszuüben. Die Globalisierung schwächte nicht nur die Fähigkeit des Staates, seine eigene Politik festzulegen, sondern reduzierte auch die möglichen politischen Optionen von Staaten (Verstaatlichung), ihre Volkswirtschaften zu stärken.

Im Herzen des neuen internationalen Eigentumsrechts steht das Recht am geistigen Eigentum. Diese neue Ordnung heißt „Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum“ (TRIPS) und ist das Hauptergebnis der Uruguay-Runde zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Durch das TRIPS-Abkommen wird nicht mehr die Herstellung einer Ware patentiert, wodurch Wettbewerber bislang die Möglichkeit hatten, neue Wege zur Produktion desselben Endprodukts durch Reverse-Engineering oder unabhängige Entwicklungen zu finden. Patente werden nun stattdessen auf das Produkt selbst vergeben. Für die im Norden angesiedelten transnationalen Unternehmen war dies ein entscheidender Faktor für die Verlagerung ihrer Produktion nach Übersee und den Erhalt der Kontrolle über ihre im Ausland hergestellten Waren. Staaten konnten nicht länger die Kontrolle über diese Firmen ausüben, deren Urkunden nun dem Gesetz und der Macht des Nordens unterstanden. Darin bestand der Zauber der Globalisierung.

Während der Ära des „Dritte-Welt-Projekts“ versuchten die Staaten des Südens, politische und Handelsbeziehungen über Staatsgrenzen hinweg zu entwickeln, um Wohlergehen und Solidarität – die Basis ihres Projekts – zu fördern. Nun hatten diese Staaten Anweisungen aus dem IWF-Hauptquartier entgegenzunehmen. Angesichts der abnehmenden Machtbasis der Sowjetunion waren alle Augen auf das IWF-Hauptquartier in Washington gerichtet. Auch in Sachen Politik hatten sich alle in Richtung Washington zu wenden – dieses Mal, um Marschbefehle in Fragen der Sicherheit zu erhalten.

Das „Nabe-und-Speichen“-Modell (hub and spokes system) begann in den 1980er Jahren und besteht noch immer, wobei es sich jetzt auf Theorien der Terrorismusbekämpfung stützt. Die Vereinigten Staaten stellen dabei die Nabe dar und deren Verbündete die Speichen, welche die Kräfte des Chaos (den Reifen) in Schach halten sollen. Als Teil dieser Strategie wurde das Modell der US-Militärbasen und ihrer extraterritorialen Rechtsprechung unerlässlich. Militärische Allianzen mit dem Westen wurden geschmiedet, und man begann, gemeinsame Militärübungen abzuhalten. Das Pentagon entwickelte die Theorie der „Interoperabilität“, wonach die US-Streitkräfte mit denen ihrer Alliierten und befreundeter Staaten abgestimmt werden. Ihre Manöverübungen erlaubten es den US-Streitkräften, die Operationen bewaffneter Truppen rund um den Globus ihren eigenen Vorstellungen anzupassen. Militärbasen aus der Zeit des Kalten Krieges wurden zu Cooperative Security Locations ausgebaut, zu „unauffälligen Stützpunkten“, wie es die US-Botschafterin



für die NATO Victoria Nuland bezeichnete, geleitet von einem „pensionierten Nicht-Kriegsteilnehmer“, der die notwendigen Arbeiten für den laufenden Betrieb der Basis auslagert oder dafür Subunternehmen unter Vertrag nimmt. Terroristische Bedrohungen und Piraterie ermöglichten es den Vereinigten Staaten, ihr Programm über das der Regionen zu stellen, in denen sie operierten. Dies kulminierte im Krieg gegen den Terror in den 2000er Jahren, als die Vereinigten Staaten versuchten, ihre eigene Agenda zur Sicherheitsagenda des Planeten zu machen. Dies stellte den Höhepunkt der US-Vormachtstellung dar.

Die Staaten des früheren „Dritte-Welt-Projekts“ waren in den beginnenden 1990er Jahren nicht länger in der Lage, ihre Souveränität zu behaupten. Ihnen wurden vom Norden und dessen Institutionen (inklusive und immer häufiger von der UNO und ihren Organen) Beschränkungen auferlegt. Am Ende dieses Jahrzehnts fanden sich die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in einem Abhängigkeitsverhältnis (Klientelismus) wieder mit sehr wenig Raum, sich um ihre eigenen Bedürfnisse zu kümmern. Die Bush-Agenda der 2000er Jahre verdeutlichte nicht nur die veränderte Position dieser drei Kontinente, sie zelebrierte sie auch noch in abgeschmackten Zurschaustellungen des Amerikanismus. Bei einer 2004 durchgeführten Umfrage der BBC wurden Bewohner aus 21 Ländern gefragt, wie sie zu einer möglichen Wiederwahl von Präsident George W. Bush stünden, der zur Verkörperung des Siegeszuges des Nordens geworden war. Eine absolute Mehrheit der Menschen in 16 Ländern und eine relative Mehrheit in zwei weiteren glaubten, dass seine Wiederwahl schädlich für den Weltfrieden und die Sicherheit sei. Dass Bush dann wiedergewählt wurde, bestätigte den allgemeinen Eindruck, dass die übrige Welt einen Mechanismus finden musste, sich vom Druck der Vereinigten Staaten, und im Grunde der Vorherrschaft des Nordens, zu befreien.

### Die blutleere Macht des Nordens

Die ersten Signale für eine solche kollektive Plattform des Südens sollten in den frühen 2000er Jahren zu sehen sein, als sich verschiedene Dynamiken gleichzeitig entwickelten.

Als die Vereinigten Staaten ihre beiden Fronten im Krieg gegen den Terror eröffneten – gegen Afghanistan und den Irak – konnten die großen sozialen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik relativ frei zur Entfaltung kommen. In Venezuela hatten Wahlen bereits die Regierung von Hugo Chávez an die Macht gebracht (1999), der bald regionale Unterstützung durch die Wahl von linksgerichteten Regierungen in Chile (2000), Brasilien (2003), Argentinien (2003), Uruguay (2005), Bolivien (2006), Honduras (2006), Ecuador (2007), Nicaragua (2007), Paraguay (2008), El Salvador (2009) und Peru (2011) erhalten sollte. Ein von den USA gestützter Putschversuch gegen Chávez im Jahr 2002 scheiterte, und abgesehen vom Erfolg der von den USA unterstützten Putsche in Honduras 2009 und in Paraguay 2012 konnte die Dynamik des sogenannten Bolivarianismus ihren Einfluss in der Region festigen.

Die geschwächte Wirtschaft und schwindende militärische Macht des Nordens ermöglichten es den Ländern Lateinamerikas, diese Wahlsiege in eine offene Kampfansage an die Hegemonie des Nordens umzumünzen. Venezuela führte die Bewegung an, die auf Druck der USA eingeführte neoliberale Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA, 2005) aufzulösen, und ersetzte sie durch die Bolivarianische

Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA). Diese sollte aufbauen auf der Petro-Dollar-Diplomatie Venezuelas (durch Petrocaribe und Petrosur) und auf die neu geschmiedete Handelsallianz zwischen Venezuela und Kuba (2004). Mittels der Bank des Südens und der virtuellen Währung des Sucre sollte sie zu bescheidenen Verbindungen im Währungssektor führen.

Die Regierung Chávez verfolgte auch eine kulturelle Agenda mittels eines regionalen Fernsehkanals (TeleSur) und des Austausches innerhalb der Hemisphäre, um enge Bindungen von Mensch zu Mensch zu schaffen als das menschliche Antlitz der wirtschaftlichen Vereinbarungen. Im Jahr 2010 erhielt die Einheit der Region mit der Schaffung der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) eine organisatorische Klammer, an der die Vereinigten Staaten – anders als an der 1948 gegründeten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – nicht länger beteiligt waren. ALBA und CELAC untermauerten das Ende der US-Vorherrschaft in der Region, eine Folge der bolivarianischen Agenda von Chávez. Sogar Kolumbien als wichtigster Verbündeter in der Region, musste, sehr zum Verdruss Washingtons, der CELAC beitreten. Südamerika war die erste Region, die das rigide System des Neoliberalismus verließ.

Die blutleere Macht des Nordens ermöglichte den lateinamerikanischen Durchbruch. Eine umfassende, nach innen gerichtete Analyse der Schwäche des Nordens hatte es bis zur Kreditkrise des Jahres 2007 nicht gegeben, obgleich die Anzeichen aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des politischen Durchbruchs, den die Lateinamerikaner bewirkt hatten, offensichtlich waren. Der Norden erkannte langsam, dass, ungeachtet des Schutzes des geistigen Eigentums, der Export von Jobs zwar seine multinationalen Unternehmen und sein reichstes ein Prozent reicher gemacht, gleichzeitig aber seine eigenen Volkswirtschaften ausgehöhlt hatte. Diese basierten nun auf kreditinduziertem Konsum, auf einer Immobilien- und Finanzspekulation, die in vielen Fällen mit Hilfe von Kreditkartenschulden, Hypothekenschulden und der Altersvorsorge finanziert wurde. Bereits vor der Kreditklemme 2007 begann der IWF in seinen Berichten vor „globalen Missverhältnissen“ zu warnen. So erklärte Raghuram Rajan, Leiter der IWF-Forschungsabteilung, im Jahr 2005: „Die USA müssen ihren schuldengetriebenen Konsumismus drosseln, und China muss die Möglichkeiten der eigenen Bevölkerung verbessern, mehr zu konsumieren.“

Das fehlende Eingeständnis der Finanzprobleme der nordatlantischen Staaten drückte sich in einer dreisten politischen Attitüde gegenüber dem Rest der Welt aus, und zwar in beiden Sphären: der politischen und der militärischen. Eine aggressive Haltung, die durch den Menschenrechtsinterventionismus gerechtfertigt wurde, begann die Manöver des Nordens in internationalen Organisationen zu charakterisieren. Dieses Auftreten, für das es auf militärischem Gebiet zweifelsfrei eine faktische Entsprechung gab, war bei ökonomischen Debatten trügerisch. Die Arroganz begann mit den neu aufstrebenden Ländern des Südens zu kollidieren, die ihr demographisches und ökonomisches Entwicklungspotenzial nicht hinreichend auf der Weltbühne gewürdigt sahen. 2003 versuchte der Vorsitzende der NAM, der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki, dem überstürzten Krieg der USA gegen den Irak eine friedliche Lösung entgegenzusetzen. Massive Straßenproteste quer durch den Süden (und den Norden) schienen eine friedliche Einigung zu stützen.



Die USA drängten Südafrika, den irakischen Botschafter auszuweisen – und scheiterten. Sie zogen dann trotzdem in den Krieg, unter Missachtung der Stimme der Straße und der NAM. Der US-Einmarsch in den Irak stellte eine schrille Warnung vor einem außer Kontrolle geratenen Weltsystem dar, in dem es einem Staat möglich ist, sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um sich seiner Gegner zu entledigen. Endloses Kriegstreiben, beginnend 2001 mit Afghanistan und sich intensivierend 2003 im Irak, sowie eine kostspielige Expansion der Militärmacht in den Pazifik, in den Indischen Ozean und nach Afrika hinein führten zu einem gleichzeitigen Rückgang der Fähigkeit der USA zur Machtprojektion – ihre Kapazitäten waren zu ausgedünnt, und sie gaben einen zu hohen Anteil ihres Haushalts für das Militär aus (die Kosten des „Krieges gegen den Terror“ beliefen sich in den ersten zehn Jahren auf 7,6 Billionen US-Dollar).

Der in Kriege versunkene und mit einem Finanzsystem am Rande des Zusammenbruchs konfrontierte Norden sah, dass die demographisch bedeutsamen Länder des Südens, allen voran China und Indien, inzwischen ihre eigene Version des Neoliberalismus entwickelt hatten, um ihre Wachstumsraten zu steigern. Die gewaltige industrielle Antriebskraft Chinas und Indiens Hervortreten als Dienstleister legten nahe, dass diese Länder nun bereit dafür waren, entweder dem Norden beim Management des Planeten behilflich zu sein oder ihn zu ersetzen. Ersteres schien realistischer und dem Temperament der Führung des Südens eher zu entsprechen, weshalb sie dem Vorschlag zustimmten, die G20 als Mechanismus für das Management des Planeten zu nutzen. Das Aufkommen des Südens basierte jedoch auf hohen Rohstoffpreisen und niedrigen Löhnen, auf den Widersprüchen der Globalisierung, die nun den Staaten des Südens zugutekamen, selbst wenn deren Bevölkerungen nicht davon profitieren konnten.

Der rechtliche Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums und die rigiden Handelsbestimmungen begannen an die Grenzen dessen zu stoßen, was vom Süden her möglich war. HIV/AIDS-Medikamente boten einen ebenso geeigneten Test dafür, wie es die Baumwollsubventionen im Globalen Norden taten. Die Länder des Nordens verweigerten sich einem ehrlichen Dialog über Handel und Entwicklung. Sie beharrten darauf, dass Subventionen für die Landwirtschaft des Nordens ihre eigenen Freihandelsvorgaben nicht verletzen. Das erzürnte den Süden auf dem Treffen der Welthandelsorganisation (WTO). Brasilien, China, Indien, Südafrika, die „Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder“ (Least Developed Countries, LDC) und der Block der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) hielten dem Druck des Generalsekretärs der WTO, Pascal Lamy, stand, die Organisation zu einem „Kompromiss zu führen“, was einen Sieg des Nordens bedeutet hätte. Der Süden setzte sich durch, und Lamy lamentierte, die WTO bleibe „eine mittelalterliche Organisation“, womit er meinte, dass sie dem Norden gegenüber nicht fügsam war. Nicht einmal die nachgiebigeren Staaten des Südens, wie China und Indien, konnten mit dem Norden einer Meinung sein, denn dessen Überlegenheitsanspruch verhinderte eine echte Partnerschaft innerhalb der G20. Unterschiedliche nationale Interessen auf der Achse der Nord-Süd-Beziehungen bedeuteten, dass die G20 zum Scheitern verurteilt war.

## Das IBSA-Dialogforum

Dies war der Hintergrund, vor dem die Außenminister Brasiliens, Indiens und Südafrikas im Juni 2003 im französischen Evian zusammenkamen. Celso Amorim (Brasilien), Yashwant Sinha (Indien) und Nkosazana Dlamini-Zuma (Südafrika) formulierten ein Protokoll zur Gründung einer neuen Organisation. Die drei trafen sich erneut in Brasilien, wo sie die „Deklaration von Brasilia“ veröffentlichten. Aus diesen Debatten entstand das Indien-Brasilien-Südafrika-Dialogforum (IBSA-Dialogforum), das seither jährlich abgehalten worden ist und zudem unzählige Arbeitsgruppen ins Leben gerufen hat.

Die Deklaration von Brasilia ist zurückhaltend formuliert. Sie stellt eine Zusammenfassung ähnlicher, von den drei Ländern über die Jahre unterstützter Initiativen dar. Die Idee einer neuen Vereinigung war schon früher vorgeschlagen worden, als eine Art G7 des Südens oder, wie es in einem südafrikanischen Handelsdokument von 2001 heißt, als G-Süden (G-South). Nichts deutet im Ton oder in der Wortwahl des neu geschaffenen IBSA-Dialogforums auf eine Revision der Weltordnung hin. Das Dialogforum begann behutsam, indem es die bisherigen Prinzipien der Weltordnung hochhielt und lediglich darum bat, deren Rahmen zu erweitern, um ein Aufrücken dieser drei Länder in die Führungsriege zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund des Irakkrieges und der Durchsetzung von Washingtons Vorherrschaft verwundert es nicht, dass das zentrale Prinzip des IBSA-Dialogforums die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit war. Am Anfang ihres Kommunikations warben die Außenminister für die „Bedeutung der Achtung des Internationalen Rechts, gestützt durch eine Stärkung der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrats sowie durch die Priorisierung der Diplomatie als Mittel zum Erhalt des weltweiten Friedens und der Sicherheit.“ Statt für einen Umbau der internationalen Institutionen zu plädieren, wollte das IBSA deren Erweiterung erreichen, um sie dadurch demokratischer zu machen. Konkret bedeutete dies, dass die IBSA-Mitglieder einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und mehr Stimmen bei IWF und Weltbank einforderten.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Idee der Multipolarität, bzw. der multilateralen Diplomatie in den 1990er Jahren aufkam, um das Agieren der Länder außerhalb des Orbits der US-Vorherrschaft zu beschreiben. Als China die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO) ins Leben rief, um sich mit dem Problem der Taliban in Afghanistan (1996) zu befassen, sprach es von der Notwendigkeit einer multipolaren und regionalen Lösung dieser Gefahr. Nach dem 11. September 2001 erklärte Chinas Präsident Hu Jintao vor einer europäischen Zuhörerschaft: „Multipolarität bildet eine wichtige Grundlage für den Weltfrieden, und die Demokratisierung der internationalen Beziehungen ist ein essenzieller Garant für den Frieden.“ In einer Erklärung, die von der chinesischen und der indischen Regierung im Januar 2005 unterzeichnet wurde, argumentieren diese, „dass die gegenwärtige, durch Globalisierung gekennzeichnete internationale Situation sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung darstellt.“

Die Lage erfordert, dass internationale Beziehungen demokratisch und deshalb multipolar sind. Im Dezember 2004 versammelten sich die Länder Südamerikas im peruanischen Cusco, um die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) ins Leben zu rufen. Deren internationale Beziehungen „basieren auf der Bekräftigung der tatsächlichen Ausübung des



Multilateralismus, wodurch wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der weltweiten Agenda eng und effektiv miteinander verbunden werden.“ Es waren genau diese Ansätze eines multipolaren Regionalismus, die zuerst ihren Weg in das IBSA-Dialogforum und später in den BRICS-Block finden sollten.

Das zweitwichtigste Prinzip des IBSA-Dialogforums bestand darin, „den Nutzen der Globalisierung zu maximieren und sicherzustellen, dass daraus eine positive Kraft für nachhaltiges Wachstum in allen Entwicklungsländern erwächst.“ Die Idee des „nachhaltigen Wachstums“ an der Seite der Globalisierung deutet darauf hin, dass das IBSA-Dialogforum nichts gegen die Vorstellung einzuwenden hat, dass das exportorientierte Wachstum („Globalisierung“) selbst nicht für die entsetzliche soziale Krise verantwortlich ist, die auf dem Planeten ausgebrochen ist. Es gibt keinen großen alternativen Entwurf, der wegführte vom Neoliberalismus, wie er in den späten 1980er Jahren vom Norden etabliert wurde – der neue Aufbruch muss innerhalb der Grenzen einer Politik entstehen, die den Privatsektor gegenüber dem öffentlichen Sektor favorisiert, Finanzkapital über industrielles Kapital (und zweifelsohne auch über die Arbeiterinnen und Arbeiter) sowie durch Kredite ermöglichten Konsum über die Produktion gesellschaftlicher Güter stellt.

Auf diesen beiden Prinzipien fußt das IBSA-Dialogforum. Drei Länder, egal wie bedeutend sie sind, können jedoch keinen Einfluss auf eine Welt ausüben, die von der Macht der Nordatlantikmächte gefesselt ist. Beim Treffen der NAM-Staaten in Kubas Hauptstadt Havanna im September 2006 betonte Mbeki, dass „uns die Menschenmassen immer drängen, mit einer Stimme zu sprechen“ und „die Stärkung der Süd-Süd-Kooperation geholfen hat, eine kräftigere Stimme für die Entwicklungsländer in multilateralen Foren zu entwickeln.“ Ab dem Jahr 2003 beanspruchte das IBSA-Dialogforum, als Teil der NAM, für den Süden zuzusprechen.

Das IBSA-Dialogforum stellte – ebenso wie später die BRICS-Staaten – gegenüber dem Globalen Norden keine konfrontative Agenda auf. Die grundlegende Feststellung bestand darin, dass unfaire Praktiken des Nordens die Wachstumsmöglichkeiten des Südens bei Fragen der Handelsbestimmungen (Terms of Trade), Subventionen, Technologietransfers und Finanzen behinderten. In Cancún (2003) wurden Subventionen und Handelsbestimmungen als Problem behandelt, bei den verschiedenen Klimakonferenzen war es der Technologietransfer. Und am Rande der G8-Gipfel wurden die fehlenden Hilfen und die Willkür ausländischer Direktinvestitionen problematisiert. Aufgrund der Unnachgiebigkeit des Nordens in vielen dieser Fragen begann das IBSA-Dialogforum von „Süd-Süd-Kooperation“ zu sprechen, um auf die Notwendigkeit des Handels innerhalb des Südens im Allgemeinen und zwischen ihren drei Staaten im Besonderen hinzuweisen. Man sah darin einen Weg, die – in den eigenen Augen – unfaire und durch den Norden beförderte Geographie des Handels zu umgehen.

In Cancún und Kopenhagen gesellte sich China zu den Gesprächen hinzu und unterstützte das IBSA-Dialogforum und dessen Süd-Süd-Konstellation durch sein Gewicht. Das war ein beispielloser Vorgang. Auf der Ministerkonferenz der WTO 2005 in Hongkong hatte China sich noch zurückgehalten. Seit das Land 2001 der WTO beigetreten war, hatte Pekings diplomatische Linie darin bestanden „zu helfen, die Dominanz auszugleichen“ – die Dominanz der Vereinigten

Staaten, Japans, der Europäischen Union und Kanadas (der Vierergruppe). Einige Jahre später sah die Sache ein wenig anders aus. Der enorme chinesische Handelsüberschuss gegenüber Europa und den Vereinigten Staaten, ebenso wie Chinas Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht weltweit (nach den USA), führten zu einem beträchtlich gesteigerten Vertrauen darin, dass China internationale Beziehungen gemäß seiner eigenen Interessen gestalten konnte. Chinas Außenpolitik war nicht länger von der Frage nach Taiwans Rolle in der Welt gefangen. Peking begann jetzt in diesen Weltforen als ein zurückhaltender Führer des Südens zu agieren. Eine entnervte NAM hatte versucht, sich selbst mittels der G15 voranzubringen. Deren Scheitern führte dann zur Bildung des IBSA-Dialogforums. Es war offensichtlich, dass die Hauptfolge des Dialogforums zu verzeichnen waren, seit es von China unterstützt wurde. „China ist das Schwergewicht der Gruppe“, sagte diesbezüglich ein Analyst. „Es hat die großen Reserven. Es ist der größte potenzielle Markt.“

Der Einzug von China und Russland in die Debatten des IBSA-Dialogforums im Jahr 2005 markierte den Beginn des Entstehungsprozesses der BRICS.

## Goldman Sachs

In den frühen 2000er Jahren wurden die Forschungsanalysten der größten Investmentbank, Goldman Sachs, auf den neuen Block des Südens aufmerksam. Einer der führenden Analysten, Jim O'Neill, prägte 2001 den Begriff BRIC für Brasilien, Russland, Indien und China. O'Neill hatte keinen Sinn für Politik, bei ihm drehte sich alles um die Ökonomie. Für die Goldman-Sachs-Analysten war die Größe ausschlaggebend: Die BRIC-Staaten umfassten riesige Landflächen, auf denen große Bevölkerungen lebten, die nun begonnen hatten, enorme Mengen an Gütern und Dienstleistungen hervorzubringen. Brasilien und Russland exportierten Rohstoffe nach Indien und China, die im Gegenzug Fabrikwaren und Handelsdienstleistungen lieferten. Der Transit zwischen diesen Giganten hatte das Potenzial, ohne Europa, Japan und die Vereinigten Staaten auszukommen, die bisher als Mittler für den größten Teil des Welthandels fungiert hatten. Die BRIC-Staaten würden nicht nur als größte Wirtschaftseinheiten des Planeten hervortreten, die Analysten hatten auch den Eindruck, dass der BRIC-Block das Potenzial besaß, den Norden zu verdrängen. Das Goldman-Sachs-Team schrieb 2003, die BRIC würden zum wichtigsten „Motor eines neuen Nachfragewachstums und einer neuen Kaufkraft“ werden, wodurch „der Effekt der alternden Bevölkerungen und des langsameren Wachstums in den fortgeschrittenen Industrieländern“ ausgeglichen würde. Goldman Sachs hoffte, dass das Potenzial der BRIC-Staaten den Norden vor der Krise der Deindustrialisierung und finanzieller Instabilität retten würde.

Endlich war eine Region der Welt aufgetaucht, um den finanziellen Überschuss aufzunehmen und vielfältigste Güter zu kaufen. Goldman Sachs prognostizierte 2004, dass die BRIC-Staaten ihr Jahreseinkommen verdoppeln und somit Konsumenten des Nordens werden würden. China würde vorangehen, danach Indien mit rund 500 Millionen Menschen aus der BRIC-Bevölkerung folgen, die in der Lage wären, ein Pro-Kopf-Einkommen in Höhe der G7-Staaten zu erreichen. Ungleichheit bestünde weiter, doch das war für Goldman Sachs nicht von Interesse. Sie sahen die BRIC (oder die aufkommenden Märkte) als Investitionssphäre: „Wenn das Potenzial der BRIC ausgeschöpft ist, werden lo-





kale Aktienmärkte möglicherweise weiterhin auf lange Sicht gute Investitionen ermöglichen“, heißt es in einem Goldman-Sachs-Papier von 2005.

Für Goldman Sachs spielten die BRIC nur eine ökonomische Rolle. Damit übersahen sie völlig die Dynamik, die sich von den G15 über das IBSA hin zum IBSA+C (auch BASIC genannt) erstreckte. Diese Bündnisse hatten gleichermaßen einen politischen Willen und wirtschaftliches Potenzial. Die wachsende ökonomische Bedeutung dieser Länder mündete jedoch nicht in entsprechendes politisches Gewicht. Es war der Widerspruch zwischen ihrer neuen wirtschaftlichen Macht und ihrer schwachen politischen Rolle, der den Raum für die Schaffung zunächst des IBSA-Dialogforums, dann der BASIC und schließlich der BRICS eröffnete.

## Die BRICS-Agenda

Im IWF-Bericht von 2011 wird angedeutet, dass die Vereinigten Staaten 2016 nicht länger die größte Wirtschaftsmacht der Welt sein werden. Dies ist – um einen Ausspruch des Historikers Fernand Braudel zu entlehnen – ein „Anzeichen des Herbstes“ der atlantischen Hegemonie. Signale des Niedergangs sind in den fragilen wirtschaftlichen Grundlagen der atlantischen Staaten erkennbar, wo die rote Warnlampe angesichts der Vorherrschaft des Finanzsektors in der Wirtschaft und des Anstiegs der Militärausgaben hell leuchtet. Seit 2001 haben allein die Vereinigten Staaten 7,6 Billionen US-Dollar für ihre Kriege und ihren nationalen Sicherheitsapparat ausgegeben. Hinzu kommen massive Kürzungen der Sozialausgaben und Steuervergünstigungen für Reiche. Als 1925 deutlich wurde, dass der Herbst des Vereinigten Königreichs bevorstand, erklärte Winston Churchill: „Ich würde es lieber sehen, der Finanzsektor wäre weniger stolz und die Industrie zufriedener.“ Diese Worte treffen auch auf die Herrschaft der Wall Street, der City of London und anderer Börsen über die Lebensadern der Gemeinwirtschaft zu.

Prognosen des IWF zufolge wird China im Jahr 2016 die größte Volkswirtschaft sein, doch scheint das Land es nicht darauf anzulegen, sich allein an die Spitze zu stellen. China scheint damit zufrieden zu sein, sich die Bühne mit den anderen BRICS-Staaten zu teilen und auf Multipolarität und ökonomische Vielfalt zu drängen. Tatsächlich betont China bei jeder Gelegenheit, dass es weder an einer Ära der Pekinger Vorherrschaft interessiert sei noch die verschiedenen multilateralen Plattformen nutzen wolle, um einen BRICS- oder einen Pekinger Konsens durchzusetzen. Es weist darauf hin, dass es ein Ungleichgewicht der Macht zum Vorteil des Nordens gebe und dieses Ungleichgewicht korrigiert werden müsse – mehr nicht. Die umfassendste Erklärung der BRICS-Prinzipien war die „Deklaration von Neu-Delhi“ (2012). Viele der bereits 2009 bestehenden Elemente haben dort ihren vollständigsten Ausdruck gefunden.

### 1. Finanzreform

Die Finanzkrise seit 2007 wirft weiterhin ihre Schatten auf die BRICS-Staaten. Ihr Wachstumsmodell, das auf Exporte in den Norden sowie Handel untereinander basierte, hat unter dem Rückgang der Nachfrage aus dem Norden gelitten. Deshalb obliegt es den BRICS-Staaten, entweder ein Programm zu erarbeiten, um sich aus der Abhängigkeit von der Nachfrage des Nordens zu befreien, oder dazu beizutragen, einen Weg zu finden, die Nachfrage im Norden wiederzubeleben.

Bis jetzt haben die BRICS beides getan, vorwiegend mit einem kurzzeitigen Fokus auf die Neubelebung der Nachfrage des Nordens.

Insgesamt hat sich die Unterstützung für den vom IWF vorangetriebenen Neoliberalismus langsam abgenutzt. In der „Deklaration von Neu-Delhi“ drängen die BRICS-Staaten den Norden, eine „verantwortliche makroökonomische und finanzielle Politik“ zu verfolgen und entschlossener Reformen ihres Finanzsystems vorzunehmen. Die Ansicht, dass der Norden nicht länger das Monopol auf gute Ideen zur Finanzpolitik innehat, führte zum Ruf nach einer institutionellen Verschiebung von der Kontrolle des Nordens hin zu einer Nord-Süd-Partnerschaft. Die G20 sollte das vorrangige Forum zum Schmieden eines globalen Aktionsplans werden, die Führung in IWF und Weltbank (inklusive der höchsten Führungsebene) auf eine breitere Basis gestellt und die UNCTAD – ein globales Organ, dessen politische Perspektive dem neoliberalen Konsens häufig kritisch gegenüberstand – gestärkt werden.

Im UNCTAD-Bericht von 2011 findet sich eine sorgsam erarbeitete Analyse über Macht und Einfluss des Finanzkapitals. Im Kapitel über Rohstoffmärkte wird argumentiert, dass der Rohstoffboom nicht mit einer wachsenden Nachfrage der BRICS-Staaten erklärt werden kann. Schuld daran seien hingegen Index-Investoren, Spekulanten, deren Rohstoffgeschäfte motiviert sind durch „Faktoren, die überhaupt keinen Bezug zu den Grundlagen der Rohstoffpreise haben.“ Im Bericht erklärt sich der Anstieg der Rohstoffpreise, einschließlich derer für Nahrungsmittel und Öl, mit der größeren Präsenz von Finanzinvestoren, welche Warentermingeschäfte als eine Alternative zu Finanzanlagen in den Management-Entscheidungen ihres Portfolios ansehen. Da diese Marktteilnehmer jedoch kein Interesse am physischen Rohstoff haben und nicht auf der grundlegenden Basis von Angebot und Nachfrage handeln, können sie – einzeln oder als Gruppe – sehr große Anteile an den Rohstoffmärkten halten und dadurch einen beachtlichen Einfluss auf die Funktionsweise dieser Märkte ausüben.

Es kann keine Entwicklungsagenda geben ohne ernsthafte Überlegungen zu einer Finanzreform.

### 2. Entwicklungsagenda

Seit der faktischen Paralyse der Entwicklungsagenda von Cancún (2003) – oder vielleicht bereits seit Seattle (2000) – hat es wenig Bewegung bezüglich der Kernfragen sozialer Entwicklung gegeben. Das Gerede über die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) hat sich als Vernebelungstaktik für unzureichende Maßnahmen auf globaler Ebene herausgestellt. Bei den MDGs handelt es sich um Ziele, deren Erreichung von den einzelnen Staaten verlangt wird. Es handelt sich nicht um einen möglichen Ersatz für eine umfassende Vereinbarung zu Rohstoffpreisen, Subventionen, Entwicklungsfinanzierung und Technologietransfers. Seit den 1970er Jahren, als die UNCTAD der zentrale Ort für derartige Debatten war, hat es keine substanzielle Diskussion dieser Angelegenheiten mehr gegeben. Seit die Rolle der UNCTAD marginalisiert wurde, hat der Süden seinen Platz am Verhandlungstisch verloren. Folglich hat es weniger einen Entwicklungsdialog, sondern vielmehr einen Entwicklungsmonolog mit dem IWF und der Strukturanpassungsagenda der Weltbank gegeben, die in der Maske einer Entwicklungsagenda daherkamen.



Die BRICS-Staaten rufen nun zu einer Neubelebung der Debatten über Entwicklung auf, inklusive der Schaffung einer neuen Entwicklungsbank (einer BRICS-Bank), der Wiederbelebung der Doha-Runde in multilateralem Gewand, der Einführung eines Technologietransfers jenseits des rigorosen Regimes intellektueller Eigentumsrechte des TRIPS-Abkommens und inklusive der Kooperation bei wichtigen Angelegenheiten, wie etwa Gesundheitsfürsorge, landwirtschaftlicher Produktion und Produktivität.

Weil er sich außerstande sieht, eigene Vorstellungen innerhalb der Weltbank durchzusetzen, wird der BRICS-Block nun eine BRICS-Entwicklungsbank mit einem Startkapital von ungefähr 50 Mrd. US-Dollar einrichten. Die Bank soll von China als Recycling-Mechanismus genutzt werden, um chinesische Überschüsse in Infrastruktur nicht nur in den anderen BRICS-Staaten (wo Indien und Südafrika die wichtigsten Beispiele sind), sondern auch im Rest des Südens zu investieren. Es wird geschätzt, dass die Kosten für die Infrastrukturentwicklung innerhalb der BRICS-Staaten sich auf rund 15 Billionen US-Dollar belaufen. Die Weltbank ist von einem derartigen Kostenaufwand wenig begeistert und auch nicht einverstanden mit der Art der von den BRICS-Staaten für ihre Binnenmärkte und für die internationale Ebene erarbeiteten Entwicklungsvision.

### 3. Multipolarer Regionalismus

Letztlich haben die BRICS-Staaten begonnen darauf hinzuweisen, dass sie dem Norden mit den Vereinigten Staaten an der Spitze nicht länger erlauben wollen, die internationalen Angelegenheiten zu dominieren. Seit den späten 1980er Jahren hat der Norden die Kontrolle bei der Entscheidungsfindung in den Vereinten Nationen (mittels des Sicherheitsrates) übernommen und versucht, den meisten multinationalen Organen seine eigene Agenda überzustülpen. Das „Nabe-und-Speichen“-Modell für die Handhabung internationaler Beziehungen kam Ende der 1990er Jahre auf. US-Militärbasen und extraterritoriale Rechtsprechung, begründet mit einem Menschenrechtsinterventionismus, bildeten die Architektur der „Neuen Weltordnung“ des George H. W. Bush. Mit der US-Macht am Rande ihrer Möglichkeiten und regionalen Instanzen, die nun begannen, in die Bearbeitung regionaler Konflikte einzugreifen, beginnt sich das System aufzulösen.

Die BRICS-Staaten unterstützen jetzt die Idee einer UN-Reform, die auch eine Begrenzung der Befugnisse der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates vorsieht. Sie unterstützen zudem das Konzept einer „multilateralen Diplomatie“ anstatt der US-Vorherrschaft. Darin besteht eine signifikante Abkehr von der allgemeinen Zurückhaltung der BRICS-Staaten – vor allem Chinas –, die sich mit dem Eingreifen in Konflikte außerhalb ihrer Grenzen sehr schwer tun.

Diese drei Punkte – Finanzreform, eine Entwicklungsagenda und multipolarer Regionalismus – bilden die Kernelemente der BRICS-Agenda.

### Gipfel-Politik

Der 5. BRICS-Gipfel 2013 endete im südafrikanischen Durban mit minimalen Ergebnissen. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika brachten keine größeren Initiativen ein. Sogar die lang erwartete BRICS-Entwicklungsbank (Punkt 9 der „eThekweni-Deklaration“ von Durban) wurde in einer kühlen Art und Weise angekündigt: „Wir sind übereingekommen,

die neue Entwicklungsbank zu gründen.“ Dies scheint der Stil des BRICS-Blocks zu sein: Eine Art scheues Betreten der Weltbühne ohne das Ausbreiten bedeutender politischer Alternativen und ohne größere PR-Kampagnen. Einer der Gründe für diese Schüchternheit besteht darin, dass die BRICS-Staaten keinen substanziiell neuen Ansatz für die Themen der Welt haben. Das liegt einerseits daran, dass sie durch die umfassende Übernahme neoliberaler Politik in ihren eigenen Ländern eingeschränkt sind, und andererseits, dass sie in einem Teufelskreis der Billigproduktion für die kreditgestützten Enklaven des Globalen Nordens gefangen sind. Die schwülstigen Worte von „nachhaltiger Entwicklung“ und „Armutszureduzierung“ tauchen zusammen mit altbekannten Plattitüden von der Notwendigkeit der Erhöhung ausländischer Direktinvestitionen und „der Unterstützung von Wachstum und dem Fördern finanzieller Stabilität“ auf. Angesichts eines zunehmenden Konsenses darüber, dass die in diesen Staaten verfolgten Wachstumsstrategien eher die Ungleichheit zu vergrößern als Armut zu verringern vermögen, werden die guten Vorsätze, die Armut auszumerzen, vom Mantra des Wachstums unterminiert.

Der BRICS-Block möchte seine neue wirtschaftliche Stärke in politische Macht ummünzen, besonders indem er sich selbst als führende Kraft für einen neuen Entwicklungsdialog positioniert. Indikatoren für einen alternativen Ansatz zum Fundamentalismus des freien Marktes des Nordens sind auf den BRICS-Foren und in der eThekweni-Deklaration deutlich geworden. So stellt der BRICS-Block nicht zwangsweise den privaten Sektor über den öffentlichen, verbunden mit der Anerkennung „der bedeutenden Rolle, die öffentliche Unternehmen in der Wirtschaft spielen.“ Zwar arbeitet der öffentliche Sektor seit Längerem nicht mehr allein zum Wohle der Menschen, da staatliche Unternehmen oft als Steckenpferde der reichen Eliten fungieren. Dennoch ist der öffentliche Sektor ein entscheidender Wegbereiter für soziale Entwicklung in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ebenso ist der Staat notwendig als Bollwerk gegen Spekulanten in Rohstoff- und Finanzmärkten, wo die natürlichen Schwankungen häufig zugunsten kurzzeitiger finanzieller Gewinne manipuliert werden, statt für die Sicherheit der Produzenten zu sorgen. Der BRICS-Block hat mit dem Contingency Reserve Arrangement (CRA) einen Fonds im Wert von 100 Mrd. US-Dollar geschaffen, der die Staaten des Südens vor kurzzeitigen Liquiditätsproblemen schützen soll – eine Bedingung, die oft vom IWF dazu genutzt wurde, Ländern mit knappen Finanzen die Übernahme neoliberaler Politik („Konditionalitäten“) zu diktieren. Dies ist auch der Grund, weshalb der BRICS-Block seine eigene Entwicklungsbank eingerichtet hat, obwohl diese erst einmal ruht, da Indien und Russland zunächst die möglichen Wirkungen der Bank untersuchen wollen. Teil der Debatten um die Bank und die Sicherheitsreserve war auch die Möglichkeit, eine Ratingagentur des Südens zu gründen, um sie den Ratingagenturen des Nordens, wie etwa Moody's und Standard & Poor's, an die Seite zu stellen.

Die Schaffung ihrer eigenen Institutionen – des Contingency Reserve Arrangements und der BRICS-Bank – ersetzen nicht die Ambitionen der einzelnen BRICS-Staaten, in den älteren Institutionen das Heft in die Hand zu nehmen. Unter Reformen des IWF oder der WTO wird jetzt ein größeres Stimmgewicht der Staaten des Südens verstanden. Im Falle der WTO hat der BRICS-Block zudem zu verstehen ge-



geben, dass er eine Koalition des Südens anführen möchte, um einen Vertreter des Südens zum nächsten Generalsekretär zu machen. Im letzten Jahr versuchte der Norden in Doha, angeführt von der Schweiz, das Mandat der UNCTAD zu torpedieren, indem er darauf drängte, die eigenen Sichtweisen auf die Reform des Finanzsektors zurückzustellen. Die BRICS unterstützten in der „Deklaration von Neu-Delhi“ und der „eThekwi-Deklaration“ erneut die Arbeit der UNCTAD zu „miteinander zusammenhängenden Fragen des Handels, der Investitionen, Finanzen und Technologie aus einer Entwicklungsperspektive.“ Entscheidend sind hier die Worte „miteinander zusammenhängend“ und „Finanzen“ als Hinweise auf das Urteil des UNCTAD-Berichts zu Handel und Entwicklung aus dem Jahr 2011. Dort wird betont, dass die spekulative Macht des globalen Finanzsystems nicht nur wirtschaftliche Einöden in den Ländern des Nordens schuf, sondern auch jegliche Entwicklungsprojekte im Süden behinderte.

## Grenzen der BRICS-Plattform

Die BRICS-Plattform hat verschiedenartige Begrenzungen. Zuerst einmal folgt die Innenpolitik der BRICS-Staaten dem allgemeinen Tenor dessen, was man als „Neoliberalismus mit südlichem Antlitz“ bezeichnen kann – mit dem Verkauf von Rohstoffen und niedrigen Arbeitslöhnen neben dem recycelten Überschuss, der als Kredit an den Norden geht, während die Lebensqualität des Großteils der eigenen Bevölkerung niedrig bleibt. Die indische Bevölkerung ist beispielsweise mit hohen Armutsraten und Hunger konfrontiert, obwohl die Wachstumsraten stetig weiter steigen. Statt den sozialen Reichtum in Transferzahlungen und in die Schaffung stabilerer sozialer Löhne umzuwandeln, scheint das Land dem Rat des Weltbankpräsidenten Robert Zoellick zu folgen und seinen Überschuss dafür zu verwenden, „der Weltwirtschaft zu helfen, sich von der Krise zu erholen.“ Es hat etwas Obszönes, die „Lokomotiven des Südens“ vor die Wagen des Nordens spannen zu wollen (vor allem angesichts des Unwillens des Nordens, die eigenen Überschüsse in den 1980er Jahren dafür zu nutzen, die damalige Schuldenkrise zu bekämpfen).

Zweitens war das BRICS-Bündnis bisher nicht in der Lage, eine neue institutionelle Grundlage zu schaffen, die seiner wachsenden Macht gerecht würde. Es plädiert weiterhin für demokratischere Vereinte Nationen und mehr Demokratie in IWF und Weltbank. Diese Appelle haben wenig bewirkt. Als die Finanzkrise ihren Höhepunkt erreichte, versprach die G8, sich aufzulösen und die G20 für ihre Zwecke zu nutzen – dies ist nun vergessen. Eine blutleere Zunahme von Stimmübertragungen im IWF hat den Süden nicht in die Lage versetzt, im Sommer 2011 einen gemeinsamen Kandidaten als Direktor zu ernennen.

Drittens hat die BRICS-Formation keine ideologische Alternative zum Neoliberalismus vorgelegt. Es gibt viele Vorschläge zur Schaffung einer nachhaltigeren Wirtschaftsordnung, doch diese wurden an den Rand gedrängt. Die Rio-Formel eines „separaten und differenzierten Umgangs“ erlaubt es dem Süden, Zugeständnisse zu fordern, die der Norden verweigert (nicht zuletzt beim Klimawandel). Dies ist eine defensive Haltung. Bislang wurde keinerlei positive Alternative vorangetrieben. Möglicherweise wird sie den Erschütterungen von unten entspringen, wo man keine Lust verspürt, an einem System herumzudoktern, das viele, wenn nicht die

meisten Menschen, als grundsätzlich gescheitert ansehen.

Und schließlich fehlt dem BRICS-Projekt die Fähigkeit, die militärische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und der NATO zu brechen. Wenn die Vereinten Nationen dafür stimmen, „den Mitgliedstaaten alle notwendigen Maßnahmen“ zu erlauben, wie es bei der Resolution 1973 zu Libyen der Fall war, ist dies im Grunde ein Blankoscheck für die NATO, militärische Mittel einzusetzen. Regionale Alternativen, die funktionieren würden, gibt es nicht. Die Fähigkeit der Vereinigten Staaten zur Machtprojektion bleibt weltweit bestehen – mit Militärbasen auf allen Kontinenten und der Fähigkeit, fast überall zuzuschlagen. Diese globale Präsenz von NATO und USA schwächt die Kapazität regionaler Mechanismen für Friedensmaßnahmen und Konfliktlösungen. Überbordende Militärmacht übersetzt sich in politische Macht.

Regionalismus und Multipolarität stehen im Mittelpunkt der jüngsten Debatten. Nebenabsprachen verbesserten die regionale wirtschaftliche Entwicklung und schufen die Basis für Regionalpolitik ohne US-Vorherrschaft. So leiteten Afghanistan, Indien und Iran am Rande des 16. Gipfels der NAM im Jahr 2012 einen Prozess ein, um ihre gegenseitigen Verbindungen mittels des im Südosten Irans gelegenen Hafens von Tschabahar zu intensivieren. Das von den USA besetzte Afghanistan importiert ungeachtet der US-amerikanischen und europäischen Sanktionen 50 Prozent seines Erdöls aus Iran. Die US-Bestrebungen, Teheran zu isolieren, sind in einer multipolaren Welt schlichtweg nicht durchsetzbar.

Die aufstrebende und von den BRICS-Staaten unterstützte Politik der NAM zielt nicht länger auf Blockfreiheit, sondern auf Regionalismus und Multipolarität ab. Schuldenkrisen und Sparmaßnahmen im Norden werden gleichermaßen Druck auf dessen Fähigkeit ausüben, die eigene militärische Macht auf dem ganzen Planeten auszuüben. China, das die weltgrößte Wirtschaft haben wird, hat sich der Multipolarität verschrieben. Deshalb ist auch eine neue geistige Orientierung (Regionalismus und Multipolarität) des BRICS-Blocks viel realistischer als die erneute Durchsetzung der Vorherrschaft des Nordens. Es wird kein weiteres amerikanisches Jahrhundert geben. Wir stehen am Beginn eines neuen multipolaren Experiments.

Das BRICS-Projekt bedeutet keine Freiheit (Uhuru) für den Süden. Dennoch: Das politische System erhält frischen Sauerstoff. Das IBSA-Dialogforum und die BRICS-Plattform verleihen älteren Ideen der Süd-Süd-Kooperation neues Gewicht – Konzepte, die sich in den 1990er und 2000er Jahren in Gefahr befanden, zu Anachronismen zu werden. Felgen und Speichen des Reifens mussten erst durch die Nabe hindurch (die Vorherrschaft der USA und des Globalen Nordens), um miteinander in Kontakt zu kommen. Das ist wie der Versuch, von Bamako nach Niamey fliegen zu wollen und feststellen zu müssen, dass dies nur über eine Verbindung von Air France via Paris möglich ist. Oder der Versuch einer Hindi, einen Roman auf Swahili lesen zu wollen, und herausfinden zu müssen, dass dies nur über das Englische möglich ist. Wir verfügen jetzt über institutionelle Plattformen, durch die umfassendere Visionen geformt werden könnten.

## Perspektiven des BRICS-Blocks

Die gegenwärtigen Führungen der einzelnen BRICS-Staaten lassen nicht erkennen, dass die BRICS-Agenda einen stärker progressiven Kurs einschlagen würde. Seit den 1990er Jah-



ren lag ein Ungleichgewicht vor, weil der Norden den Kurs von Politik und Macht strikt gemäß den eigenen Interessen und denen seiner Unternehmen ausrichtete. Die BRICS-Staaten versuchen nun schlicht, die Kompassnadel nach ihren eigenen Interessen auszurichten, damit ihre eigenen Entwicklungsprogramme aus dem Schatten der Schuldenkrise und des Regimes der geistigen Eigentumsrechte ausbrechen können. Ihre Unternehmen sollen dadurch mit im Norden angesiedelten transnationalen Firmen in den Wettbewerb treten, und das Konzept der Süd-Süd-Kooperation soll als Argument für eine bevorzugte Behandlung angewandt werden können. Brasiliens Versuch, die progressive Agenda der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank, der Bank des Südens (Banco del Sur), zu bremsen, ist ein Indikator für die engen Grenzen der Politik der BRICS-Staaten. Wenn die gegenwärtigen Regierungen in den BRICS-Staaten an der Macht bleiben, ist nicht zu erwarten, dass die Dynamik des BRICS-Blocks sich von dem unterscheiden wird, was wir bisher gesehen haben.

Sollten jedoch progressive Regierungen in den BRICS-Ländern an die Macht gelangen, so wie es in Lateinamerika in den letzten 15 Jahren der Fall war, ist eine andere Politik des BRICS-Blocks denkbar. Ein aggressives Umschwenken, bei dem Überschüsse des Südens in die eigenen Bevölkerungen transferiert werden, begleitet von Änderungen am Wachstumsmodell der einzelnen Staaten, hätte eine unmittelbare Auswirkung auf die Verwendung von Institutionen wie der BRICS-Bank. Eine neue Stiftung für Wirtschaftsabkommen im Binnenhandel, bei denen Mechanismen der Preisgestaltung sowohl Produzenten als auch Konsumenten begünstigen, ohne dass das private Kapital die Gelegenheit erhält, den Löwenanteil des Handels abzuschöpfen, könnte ebenso auf Grundlage des eigenen Süd-Süd-Handels eingerichtet werden. Eine derart progressive Agenda könnte die Länder des Südens, und vor allem die BRICS-Staaten, befähigen, wirtschaftlich nicht länger vom Norden abhängig zu sein (beispielsweise in Sachen Märkte und Technologien) und auf diese Weise auch die politische Abhängigkeit von Washington zu brechen.

Dies wäre eine mögliche Aussicht für den Süden. Sie ist jedoch angesichts der gegenwärtigen Klassenzusammensetzung in der Führung der BRICS-Staaten nicht die wahrscheinlichste Variante für den BRICS-Block. Gegenwärtig geht es nur um eine Neujustierung der Machtbeziehungen, nicht um deren Transformation. Dies ist bis auf Weiteres das Programm des BRICS-Blocks und im Kern auch sein Versprechen.

## Der Sandinismus in Nicaragua: Grundlage einer revolutionären Option

*Zusammenfassung eines Interviews mit Jacinto Suárez, Sekretär für internationale Beziehungen der Sandinistischen Front der nationalen Befreiung (FSLN); aus: Nachrichtenportal Argenpres.info, 12. Juli 2013. Interview: María Julia Mayoral, Prensa Latina, Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko*

*Ehemalige geschworene Feinde sitzen heute in Nicaragua gemeinsam am Beratungstisch unter Führung einer ehemaligen Guerillabewegung, die zur politischen Partei geworden, aus der Regierung ausgeschieden ist und dann die Macht wieder zurückgewonnen hat: Wie soll man diese Geschichte von Bruch und Kontinuität in der sandinistischen Revolution einschätzen? Prensa Latina sprach über dieses Thema mit dem Sekretär für internationale Beziehungen der FSLN, einem Mann von 64 Jahren, der in seiner Jugend Gefängnis, Verfolgung und Folter erfahren hat, zu einer Zeit, als Sandinist sein, dem Gedankengut des Vorkämpfers Augusto C. Sandino anhängen in diesem Land ein Vergehen war.*

### Zeiten der Diktatur

Nicaragua ist eine Nation von Guerilleros und Poeten mit langer Tradition des bewaffneten Kampfes. Es ist kein Zufall, dass hier Sandino erstand als Symbol der Souveränität und der Revolution, meint Suárez, der auch Abgeordneter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments ist.

In der Manipulation der öffentlichen Meinung während der Diktatur der Somoza-Familie war Sandino ein Bandit, ein Wegelagerer und Räuber, und als solche brandmarkte man diejenigen, die sich seine Ideen zu eigen gemacht hatten, erinnert er sich. Ende Juli 1960 gingen die jungen Leute zum ersten Mal in Massen auf die Straßen von Managua und riefen dem Diktator Anastasio Somoza den Namen Sandino entgegen. Somoza hatte eine der Hauptstraßen der Stadt nach einem Präsidenten der USA benannt. Die Jungs damals taufte die Allee Roosevelt um, es gab Tote, Unterdrückung und Gefängnis. Den Pinsel in der Hand, übermalten sie die Straßenschilder und setzten den Namen Sandino ein, erzählt Suárez. Spontan begannen sie sich zu organisieren und nannten sich Patriotische Jugend Nikaraguas (JPN). Der damalige Botschafter Kubas, Quintín Pino Machado, stellte ihnen einen Raum für die Gründungsversammlung zur Verfügung und nahm an dem Treffen teil. „Es gab hier eine unglaublich frühe politische und revolutionäre Reife; es gab Gefangene von 14, 15 Jahren. Daniel (Daniel Ortega, der heutige Präsident Nikaraguas) kam zum ersten Mal ins Gefängnis, als er 14 war, und die ältesten Führer der JPN waren Jungen von höchstens 20 oder 21 Jahren.“

Niemals gelang es der Diktatur der Somozas, die im Juli 1979 gestürzt wurde, sich eine eigene soziale Basis zu schaffen, sie war und blieb Anhängsel der US-Okkupationstruppen, gegen die Sandino gekämpft hatte. Ohne die finanzielle und materielle Unterstützung der Vereinigten Staaten wäre dem Somoza-Regime ein kurzes Leben beschieden gewesen. Es gewährte keine bürgerlichen und politischen Freiheiten und wurde allein durch jene ausländische Macht legi-



timiert – eine demütigende Situation für ein Volk mit starker Tradition der Verteidigung seiner nationalen Souveränität.

Das Vorhaben, den Somozismus auf bewaffnetem Wege zu stürzen, ergab sich ganz natürlich. Aber zu Anfang lagen die Verschwörungen in dieser Richtung in den Händen von gewissenlosen Politikern, die den Abgang von Somoza durch eine neue US-Militärintervention herbeiführen wollten.

Unter den Gegnern der Diktatur gab es zwei entgegengesetzte Tendenzen: die Verdrängung der Diktatur, um eine bürgerlich-demokratische Regierung einzusetzen, und ihren Sturz als revolutionärer antikapitalistischer Ausweg, präzisiert unser Interviewpartner. Als im Januar 1959 die kubanische Revolution siegte, sah sich die FSLN in ihrem bewaffneten Kampf und ihren Guerilla-Aktionen bestätigt.

Die Strömung für den revolutionären Sturz der Diktatur gewann 1967 weiter an Kraft, nachdem die letzte bewaffnete Verschwörung oligarchischer Kräfte am 22. Januar jenes Jahres blutig erstickt worden war. Viele Unzufriedene hatten sich damals einer Massenkundgebung, einer Mahnwache in den Straßen Managuas angeschlossen, mit der die konservative Opposition ein Chaos schaffen und das Eingreifen von US-Truppen herbeiführen wollte, in der Weise, wie es 1965 unter dem Schirm der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Santo Domingo geschah, erklärt Suárez. Die Volksschichten schlossen sich der Erhebung an, aber es fehlte eine militärische Organisation, die ihnen Unterstützung geben konnte. Nach dem Massaker kehrten die Politiker ruhig in den Nationalkongress zurück und fanden sich mit Somoza ab.

Die Leute begriffen, dass sie betrogen worden waren, und wandten sich der Sandinistischen Front der nationalen Befreiung zu, die bereits mit Guerilla-Aktionen hervortrat. Als die Elitetruppen des Regimes sich auf die Menschen in Managua stürzten, waren es die Kämpfer der FSLN, die sich ihnen entgegenstellten. „Ich kann das mit Recht sagen, denn ich war dabei. Wir feuerten auf diese Mörderbande von Somoza, damit sie aufhörten, die Leute umzubringen“, erinnert sich Suárez.

Es gab keinerlei bürgerliche Rechte. Für angebliche kommunistische Betätigung wanderte man automatisch sechs Monate ins Gefängnis, und zwar ohne Gerichtsurteil, es genügte die Anzeige eines Denunzianten.

## Der Zug und seine Waggons

Die mit dem Regime Schluss machen wollten, sammelten sich auf die eine oder andere Weise und einigten sich nach und nach auf das, was die Konzeption der Sandinisten war: eine Front der nationalen Befreiung zum Kampf gegen die Diktatur unter einer revolutionären Führung. Wir nannten uns „Front“, weil es ein Zusammenschluss unterschiedlicher Kräfte war. „Die Revolution ist wie ein Zug, ein leninistisches Konzept, das wir uns zu eigen machten, indem wir sagten: Werfen wir die Lokomotive an und bringen wir den Zug in Fahrt, und dann können wir Waggons anhängen, die den verschiedenen Ausdrucksformen des nationalen Lebens entsprechen“, erklärt Suárez. Der letzte Wagen, der angehängt wurde, war der der Oligarchie, die auf Grund ihrer Widersprüche mit Somoza 1979 den finalen Aufstand akzeptierte. Das Konzept von Einheit und Dialog ist nicht neu, obgleich wir weder im Kampf gegen die Diktatur noch heute erwarten, dass die traditionell mit der Macht verbundenen Kräfte die FSLN als Avantgarde für den Wiederaufbau und den Fortschritt des Landes anerkennen.

Als wir im Juli 1979 siegten, waren die letzten Wagen, die sich an den Zug angehängt hatten, die ersten, die sich verdrückten, als sie den revolutionären Charakter des Prozesses unter der Vorherrschaft der FSLN erkannten. Mit dem Sieg des Volkes kam die Transformation des Eigentums an Grund und Boden und damit der erste große Interessenkonflikt, denn das bedeutete, gegen die Latifundisten der Baumwollkulturen, des Kaffeeanbaus und der Viehwirtschaft vorzugehen. Sie bewaffneten die Konterrevolution gegen uns, und die USA überzogen uns mit einem schmutzigen Krieg, stellt Suárez fest.

Es reicht aus, an die Klage zu erinnern, die Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gewonnen hat, um die historische Wahrheit zu erkennen: Nach fünf Jahren Krieg mussten wir Schäden durch die USA-Regierung dokumentieren, die sich auf 17 Milliarden Dollar beliefen, aber der schmutzige Krieg dauerte weitere fünf Jahre bis 1989 an. Dann hatten wir erreicht, den Verhandlungsprozess mit der Konterrevolution zu konsolidieren, was bedeutete, dass die Demobilisierung begann und sich Perspektiven des Friedens abzeichneten.

Aber es kam die US-Invasion in Panama. „Unsere Antwort war, die USA-Botschaft mit Panzern zu umstellen und mit der Losung ‚Hier und dort, der Yankee wird sterben!‘ die Leute auf die Straßen zu holen. Die Menschen sahen, dass der Krieg weitergeht. Das ist der Hauptfaktor, um das Votum gegen die Sandinistische Front in den Wahlen von 1990 zu verstehen. Das Wahlergebnis brachte die Forderung des Volkes zum Ausdruck, die Fortsetzung von Konfrontation und Tod zu verhindern“, sagt Suárez

## Von unten regieren

In ihrer Angst, dass der Krieg weitergeht, stimmten die Menschen für den Frieden. So setzte sich die Sicht von Daniel durch, die Niederlage zu akzeptieren und uns, die FSLN, als Regierung von unten, von den sozialen Organisationen, den Gewerkschaften her, im Kampf auf den Straßen zu bezeichnen.

1990 verbreitete die Rechte die Idee, mit der Bildung einer Regierung, die sich gegen den Sandinismus durchgesetzt hätte, kämen die Nordamerikaner mit Koffern voller Dollars, um Nicaragua wiederaufzubauen. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Wir hatten die Regierung, das Hauptinstrument der Macht, verloren, aber uns blieben die Streitkräfte, die aus der sandinistischen Guerilla hervorgegangen waren. Zudem war als Ergebnis der Revolution eine Umverteilung des Reichtums vor sich gegangen, die die alte Oligarchie daran hinderte, sich wie zu Zeiten Somozas wieder festzusetzen.

„In den 90er Jahren gab es denkwürdige Schlachten, um das Voranschreiten des Neoliberalismus aufzuhalten. Es kam der Moment, wo die Regierung von Frau Violeta Barrios bei Daniel anrief und ihm sagte: Wenn ihr uns nicht regieren lasst, treten wir eben zurück und gehen! Die Antwort von Daniel war ein entschiedenes Nein. Ein solches Vorgehen war nicht zu vertreten, und er empfahl ihr, sie müsse eben mit den Leuten verhandeln, denn die Zumutungen für das Volk seien nicht zu akzeptieren“, erinnert sich der FSLN-Abgeordnete.

Durch ein Dekret versuchte die Präsidentin den von der sandinistischen Revolution in den 80er Jahren konfiszierten Besitz von Somoza-Leuten ihren früheren Herren zurückzu-



geben. Das provozierte fast einen nationalen Aufstand, es kam zu Blockaden von Straßen und Autobahnen, das Land wurde paralytisiert. In diesen Kämpfen wurde eine neue gesetzliche Regelung gefordert, und der FSLN strömten neue Kräfte zu, die sich durch die kapitalistische Restitution und den Neoliberalismus benachteiligt fühlten.

### Verpflichtungen erfüllt, Illusionen werden nicht verkauft

Im Ergebnis der Somoza-Diktatur, des Krieges gegen die US-Intervention und 16 Jahren Neoliberalismus sank Nicaragua von der Position der ehemals ökonomisch stärksten Wirtschaft Mittelamerikas auf den Platz des zweitärmsten Landes Lateinamerikas und der Karibik herab. Für Jacinto Suárez ist der Wiederaufbau des Landes nach der Rückkehr der FSLN an die Regierung im Januar 2007 „ein Banner des Friedens, der Einheit und der Versöhnung für alle außer den Feinden des Fortschritts und des Wohlergehens der Familien“. Es handelt sich um eine neue Etappe der sandinistischen Revolution „mit der Rückgabe des Rechts auf Eigentum, Bildung und Gesundheit, mit den Programmen, die dazu dienen, die tiefen Wunden zu heilen, die der Neoliberalismus geschlagen hat“.

Internationale Institutionen, mit denen wir heute Beziehungen der Achtung und Verständigung pflegen, sind die gleichen, die in der neoliberalen Etappe die Aushöhlung der sozialen Errungenschaften forderten, bemerkt er. Der Internationale Währungsfonds zum Beispiel verlangte die Rücknahme der gesamten Agrarreform der ersten Etappe der Revolution und die Rückkehr zu den großen Latifundien. Aber solchen Forderungen stellten wir das Recht der Familien auf Landbesitz und Wohnung entgegen. Die Eigentumsfrage zu klären war einer der zentralen Punkte der Wahlkampagne von Ortega bei der Parlamentswahl von 2006. Dieses Programm wird erfüllt mit der Übergabe von Eigentumstiteln an die Bauern, begleitet von finanzieller Unterstützung und von Hilfe bei der Vermarktung ihrer Produkte.

Ohne die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerika (ALBA) wären viele unserer Absichten unerfüllbar. Hinsichtlich des Eigentums schafft sie uns die Möglichkeit, mit Fonds für die Landvermessung, die Aktualisierung der Kataster und die kostenlose Übergabe der Dokumente an die Familien zu rechnen.

Viele Forderungen bleiben noch unerfüllt und sind keineswegs leicht zu lösen. Fachleute schätzen, dass Nicaragua 10 Jahre mit einem stabilen Wirtschaftswachstum von mindestens neun Prozent jährlich brauchen würde, um alle Probleme zu lösen und die ererbte Armut zu überwinden. Es gibt innere und äußere Mauern, die uns daran hindern, das Tempo zu beschleunigen. Deshalb hat das Projekt eines Kanals zwischen Atlantik und Pazifik für uns solche Bedeutung. „Daraus kannst du dir erklären, warum die Reaktion seitens der Regierungsgegner derart giftig ist,“ konstatiert Suárez. Der Kanal würde helfen, die tiefen Gräben schwerer Ungerechtigkeit zu überwinden. „Wenn wir als Regierung die soziale Kluft schließen, die immer noch besteht, bleiben der Rechten keine Angriffsmöglichkeiten, es wäre eine umfassende Festigung unseres Systems“.

Indem hier das Volk die Schlüsselfragen der nationalen Revolution herausfindet, „entdeckt es Sandino als wichtigstes Symbol der Souveränität. In ihm findet es eine klassenmäßige, Lateinamerika entsprechende und revolutionäre

Konzeption der Geschichte“, positioniert sich der ehemalige Guerillakämpfer.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Nicaragua bedeutet Sandinist sein sich an dem nationalen Werk des Wiederaufbaus und für die Überwindung der Armut zu beteiligen. Da Sandino zum nationalen Symbol wurde, versuchen gegenwärtig einige konservative Kreise, ihn für etwas in Anspruch zu nehmen, das sie einen erneuerten Sandinismus nennen, das heißt „ihn seines antiimperialistischen und klassenmäßigen Gehalts zu berauben und zu nichts anderem als einem nationalistischen Schreihs zu machen“.

Nach Suárez' Meinung entwickelt sich die zweite Etappe der sandinistischen Revolution „im besten Moment der lateinamerikanischen und karibischen Geschichte, in dem die Bedingungen entstanden sind für das, was wir wollen: den friedlichen Wiederaufbau Nicaraguas“. Politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit als Außenpolitik sind drei unveränderbare Grundlagen des inklusiven Entwicklungsmodells, das die Revolution seit ihren Ursprüngen vorgesehen hat, betont er. Die Gegner der FSLN „haben nie eine Wirtschaftspolitik akzeptiert, die die Umverteilung des Reichtums als Gegenposition zur Logik der Konzentration und Akkumulation des Kapitals zum Ziel hat“.

In vielen Teilen der Welt stellen Wahlen gewöhnlich „einen Jahrmarkt der Illusionen dar, die dann in der Regierungsausübung verschleißt“, sagt der Vertreter der FSLN. „Daniel verkaufte keine Illusionen, er stellte ein Programm vor und ist dabei, es zu erfüllen. Deshalb hat sich die Regierung mit den Jahren immer weiter gefestigt, wie verschiedene nationale und internationale Meinungsumfragen anerkennen.“ Die FSLN ist dabei, ein neues soziales Bewusstsein auf der Basis christlicher und sozialer Werte aufzubauen, die die Beteiligung der Volksmassen anregen, um Räume der wirtschaftlichen und politischen Macht des Volkes und die Praxis der Solidarität zu konsolidieren.

Die Privatwirtschaft geht nicht aus freien Stücken darauf ein. Sie hegt Befürchtungen, denn im Ergebnis der Politik und der Sozialprogramme der sandinistischen Regierung kommen neue ökonomische Akteure ins Spiel. „Diese Macht darf das Volk nicht verlieren; nur so sind wir bis zu dem Punkt gelangt, wo beide Seiten daran interessiert sind, sich am Verhandlungstisch ins Einvernehmen zu setzen“, urteilt er.

Die traditionellen Feinde des Sandinismus haben die Fähigkeit eingebüßt, ihre Interessen durchzusetzen. „Es gibt keine gute Rechte, es ist der Verlauf des sozialen Kampfes in diesem Lande, der den Wandel hervorbringt“, erklärt Suárez.

**Anmerkung:** Die USA, eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt, halten weiterhin die Entschädigungszahlungen von 17 Milliarden Dollar zurück, zu denen sie am 27. Juni 1986 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag für materielle und menschliche Verluste, die sie Nicaragua zugefügt haben, verurteilt worden sind: über 38 000 Tote, die Zerstörung von Brücken, Häfen, elektrischen Anlagen, Staudämmen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, landwirtschaftlichen Produktionsanlagen. Diese Forderung bleibt offen, auch wenn die damalige Präsidentin Nicaraguas, Frau Violeta Barrios de Chamorro, 1991 eine Verzichtserklärung abgab. Die Regierung Ortega hat den Verzicht annulliert. Im Gegensatz zu den USA hat Nicaragua seit 25 Jahren Entschädigungen für konfisziertes Eigentum von USA-Bürgern



geleistet und diese oft strittigen Ansprüche bis auf wenige Fälle befriedigt.

Gegenwärtige Unterstützungsleistungen der USA für Nicaragua können nur als kleine Vorschüsse auf diese unbeglichene Schuld angesehen werden. Auch wenn kein Geld der Welt die Leiden der Bevölkerung infolge des von den USA finanzierten und gelenkten Krieges in den 80er Jahren wiedergutmachen kann, so könnten diese Entschädigungen doch bei der Milderung der Armut eine Rolle spielen. Die jüngsten Zahlen ergeben, dass 42,7 Prozent der Einwohner Nicaraguas als arm, 7,6 Prozent als extrem arm einzustufen sind. Dabei war 2012 das vierte Jahr in Folge, in dem, wie die UNO anerkennt, durch die Sozialprogramme der sandinistischen Regierung die Armut spürbar zurückging (Angaben der Fundación Internacional para el Desafío Económico y Global, Fideg).

## Neue Impulse für eine alternative regionale Integration Lateinamerikas und der Karibik

*Von Helma Chrenko, AK Lateinamerika der BAG Friedens- und Internationale Politik*

Für die Verteidigung und Weiterführung der progressiven Veränderungen in Lateinamerika ist die Vertiefung und Beschleunigung der regionalen Integration unabdingbar. Eine alternative regionale Integration war eines der Hauptziele des Wirkens von Hugo Chávez, für das er sich überzeugend und mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit einsetzte. Sein Vermächtnis wird vor allem in der ALBA<sup>1</sup> weitergeführt, die sich auf ihrer kürzlichen XII. Gipfeltagung zu dem Ziel bekannte, „unsere Länder nicht in Zonen des freien Handels, sondern in Zonen frei von Hunger, Analphabetismus, Elend und Marginalisierung umzuwandeln.“

Aber auch der Mercosur<sup>2</sup> empfängt durch die Aufnahme Venezuelas und jetzt Boliviens als Vollmitglieder neue Impulse. In den letzten Monaten – auf der Ministerkonferenz lateinamerikanischer Staaten gegen die Schädigung durch transnationale Unternehmen in Guayaquil Ende April, auf der XII. Gipfeltagung der ALBA-Staaten in Guayaquil am 30. Juli und auf dem Treffen der Staatsoberhäupter des Mercosur in Montevideo am 12. Juli 2013 – wurden für die weitere Entwicklung wichtige Weichenstellungen in ALBA und Mercosur vorgenommen. Zwischen beiden Organisationen treten zunehmend Verflechtungen, insbesondere in der sich entwickelnden regionalen Finanzarchitektur, die gegenseitige Passfähigkeit der Wirtschaften sowie gemeinsame ökonomische und soziale Projekte auf die Tagesordnung. Über die strategischen Fragen der regionalen Wirtschaftsbeziehungen hinaus werden Probleme aufgeworfen und Forderungen erhoben, die die gegenwärtigen globalen Verhältnisse der kapitalistischen Weltwirtschaft in Frage stellen – den Umgang mit ausländischen Investoren, die Umgestaltung der Institutionen der Weltwirtschaft, die Abwehr der Spionage- und Kontrollaktivitäten der USA, die Einmischung westeuropäischer Nichtregierungsorganisationen in die Wirtschafts- und Umweltpolitik lateinamerikanischer Staaten.

Zugleich machen die sozialen Organisationen der Mitgliedsländer beider Integrationsformationen ihre Ansprüche auf Mitwirkung an den Entscheidungen und dem Vorantreiben der Entwicklung geltend und richten entschiedene weiterreichende Forderungen an die Regierungen.

### Zwei entgegengesetzte Integrationsprozesse

Die neue Offensive für eine alternative Integration der Region verläuft in Auseinandersetzung mit der entgegengesetzten Integrationsrichtung unter der Vorherrschaft der USA, die unter anderem die 2012 gegründete Pazifikallianz (Chile, Peru, Kolumbien, Mexiko, Kostarika sowie eine Reihe von Assoziierungen, zum Teil außerhalb Lateinamerikas) repräsentiert.

Im Analysedokument, das dem XIX. Treffen des Forums von Sao Paulo zur Diskussion vorlag, wird zu den gegenwärtigen Integrationsprojekten in Lateinamerika gesagt:

„Zwei Projekte stehen sich in Lateinamerika gegenüber. Das eine ist äußeren Interessen untergeordnet und hat in der ALCA, der NAFTA, den Freihandelsverträgen und jetzt auch in dem sogenannten Transpazifischen Brückenschlag seine Orientierungspunkte. Das andere basiert auf den regionalen Interessen und wird von CELAC, UNASUR, ALBA und Mercosur repräsentiert.

Der von progressiven und linken Kräften dominierte Zyklus, der 1998 begonnen hat, gewinnt gerade dadurch an Kraft, dass er nicht einheitlich oder uniform ist, da er sich auf unterschiedlichen historischen und sozialen Grundlagen entwickelt, mit Kräften, die differenzierte, wenn auch im ganzen linke strategische Horizonte haben und verschiedene Ebenen der Kräfteakkumulation besitzen. Darum konnten wir in Ländern mit unterschiedlichen Geschichtsverläufen, Kulturen, sozialen und politischen Strukturen erfolgreich sein. Aber die Pluralität der nationalen Strategien muss immer dringender mit einer kontinentalen Strategie kombiniert werden, die sich auf die regionale Integration gründet, und mit der Bestimmung der gemeinsamen Merkmale der sich entwickelnden alternativen Modelle.

Ohne Integration, die unsere gemeinsame Richtung stärkt, ohne das Zusammenwirken der nationalen Projekte werden unsere Programme keinen Erfolg haben und dem Widerstand, der Sabotage, den Isolierungsversuchen und Angriffen der inneren und äußeren Feinde nicht widerstehen können.“<sup>3</sup>

### Die Last der Abhängigkeit und die Kräfte zu ihrer Überwindung

Die Auseinandersetzung mit der „Struktur und Hierarchie der kapitalistischen Weltordnung“ sieht auch der argentinische linke Ökonom Julio Gambina (Vorsitzender der linken Stiftung für soziale und politische Forschungen, FISYP) als Hintergrund der Beschlüsse der Staatschefs des Mercosur auf ihrer XLV. Ratstagung in Montevideo. „Der Antiimperialismus erhebt sich wieder als Herausforderung der Epoche“, stellt Gambina fest. „Das Problem ist die Abhängigkeit der südamerikanischen Länder vom hegemonialen Kapitalismus, nicht nur im Hinblick auf die Außenpolitik der USA oder Europas. Es besteht eine Abhängigkeit im Handel, beim Export wie beim Import in einer Region, deren kommerzielle Abhängigkeit vertieft wird durch den Export von Primärprodukten wie Erdöl, Erdgas, Kupfer, Boden und dessen Erzeugnissen an die hegemonialen Länder des globalen Kapitalis-



mus, aber auch durch den Import von Produktionsmitteln, die unter Lizenz transnationaler Gesellschaften aus den Ländern des entwickelten Kapitalismus produziert werden. Es besteht auch eine technologische Abhängigkeit auf der ganzen Linie der Produktion und Dienstleistungen, in der Landwirtschaft, der Industrie, im Handel, im Bankwesen, in Tourismus und Kommunikation. Auf diesem Hintergrund festigt sich die finanzielle Abhängigkeit, die in den Jahrzehnten der Liberalisierung der internationalen Kapitalbewegungen verstärkt worden ist, wobei die öffentliche Verschuldung nur einen Teil, wenn auch einen sehr wichtigen, dieser Unterwerfung unter das Regime des Kapitals darstellt.

Die abhängige Stellung innerhalb des Kapitalismus ist in jeder unserer ökonomischen und sozialen Ordnungen gegenwärtig. Die Abhängigkeit ist ein äußeres und inneres Phänomen in unseren Ländern. Die Herrschaft des Kapitalismus wirkt durch die Auslandsinvestitionen und die nach außen gerichtete Bestimmung der Kapitale, die aus unseren Ländern stammen. Dazu kommt eine regionale und globale institutionelle Ordnung, die dem Interesse dieser transnationalen Kapitale untergeordnet ist, gleich, welchen Ursprungs sie sind. ... Unabhängig von politischen Äußerungen, die mehr oder weniger kritisch zu den USA oder Europa sind, muss man in der ganzen Region die strukturellen (ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen) Bedingungen analysieren und die Fähigkeit, sie zu verändern. Das ist es, was die Mobilisierungen von gestern (in den 80er und 90er Jahren) erstrebten, die die Möglichkeit für den politischen Wandel in Südamerika zu Anfang des 21. Jahrhunderts trugen, und was die Mobilisierungen von heute erstreben. Das haben die Regierungen nicht immer im Blick, die in ihrer Tätigkeit auf das Feld des ‚Möglichen‘ beschränkt sind, auf das Aushandeln der Unterordnung, was in einer verstärkten Abhängigkeit vom hegemonialen Kapitalismus endet.

Das Treffen der Präsidenten der Länder des Mercosur in Montevideo behandelte wichtige Themen der politischen und wirtschaftlichen Agenda, neben den institutionellen Fortschritten, die erzielt wurden, wie die Aufnahme Boliviens als Vollmitglied oder Guyanas und Surinams als assoziierte Länder ... Die Übernahme der Präsidentschaft pro tempore durch Venezuela, zum ersten Mal seit seiner Aufnahme als Vollmitglied, ohne Zustimmung Paraguays, hat keine geringe Bedeutung. Aber über die offiziellen Verlautbarungen und die deutlichen Worte der Regierungsvertreter hinaus erhoben die Völker ihre Stimme durch Aktionen in Chile, Brasilien und Argentinien, die sich mit umfangreichen Forderungen zur Verteidigung der Natur und der öffentlichen Güter äußerten. Diese Kundgebungen der Völker zeigten sich in gleichzeitigen Treffen der Volksbewegungen in Montevideo.

In diesem Zusammenhang erheben sich einige Fragen: Wie reagiert die Region auf die augenfällige imperialistische Politik der USA und Europas? Warum werden weiter Freihandelsabkommen zwischen der Region und Europa verhandelt? Warum verbleiben die Staaten in Strukturen wie dem ICSID (Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten), das dem Schutz der Interessen der ausländischen Investoren dient? Die Herausforderung beginnt mit der Entlarvung der internationalen Verträge, die unsere Länder Institutionen unterstellen, die von den USA und dem mit ihnen assoziierten Europa beherrscht werden. ... Diese anzufechten erfordert Veränderungen im nationalen Rahmen, die regional verknüpft werden müssen. ... Gemeinsames Handeln

zur Durchsetzung der Volkssouveränität mit dem Blick auf eine alternative Integration ist zwingend. ... Es geht nicht darum, die Erinnerung an frühere Kämpfe zu pflegen, wie gegen die ALCA, sondern an die aktuellen zu denken, wie die Pazifikallianz oder die vielfältigen Abkommen und Verträge, die für die juristische Absicherung der transnationalen Investoren gelten. Sie alle wirken gegen jeglichen Gedanken oder Anspruch auf ein emanzipatorisches Projekt. Wie immer haben die Völker das letzte Wort, insofern sie als bewusste Subjekte gegen die Kommerzialisierung der Bildung, der Gesundheit, der Energie, des Verkehrs, zur Verteidigung der öffentlichen Güter, der Löhne und des Volkseinkommens eintreten, wie im *Vivir bien* oder *Buen vivir*, das aus den Kulturen der Urvölker und Bauern der Anden wieder aufgegriffen wird.“<sup>4</sup>

### ALBA-Staaten gegen die Willkür transnationaler Unternehmen

Vom 22.-26. April 2013 fand in Guayaquil, Ekuador, eine Ministerkonferenz lateinamerikanischer Staaten statt, die sich durch transnationale Unternehmen beeinträchtigt sehen. Daran nahmen neben den ALBA-Staaten (Bolivien, Kuba, Ekuador, Nicaragua, Dominikanische Republik, St. Vincent und die Grenadinen, Venezuela) auch Vertreter aus Argentinien, Guatemala, El Salvador, Honduras, Mexiko und Uruguay teil. Neben konkreten Fällen der Tätigkeit transnationaler Unternehmen, die Wirtschaft und Umwelt schädigen und die Arbeitsgesetze missachten, vor allem bei der Ausbeutung von Naturressourcen, waren Hauptpunkte der Beratung die Probleme der den Ländern aufgezwungenen bilateralen Investitionsverträge und die Prozesse gegen die Staaten, die sich gegen die Willkür ausländischer Unternehmen wehren, vor dem internationalen Schiedsgericht der WTO. Lateinamerika ist die Region, gegen die die meisten Prozesse geführt werden. Teilnehmer sprachen von einer „Industrie der internationalen Schiedsurteile“, die vor allem in den Händen von Juristen der USA, der EU und Kanadas liegt.

In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich die Teilnehmer für die Schaffung einer Konferenz der Länder des Südens für gegenseitigen Beistand in Konflikten mit transnationalen Unternehmen, für die Gründung einer internationalen Beobachtungsinstitution und für die Bildung regionaler Instanzen für die Lösung von Kontroversen mit solchen Unternehmen aus. Dies entspricht dem Vorhaben der südamerikanischen Regionalorganisation UNASUR, ein eigenes Schiedsgericht für Probleme von Handel und Investitionen zu schaffen, um die nationale und regionale Souveränität der Länder, die sozialen und ökonomischen Entwicklungsprozesse einschließlich der Umwelterhaltung und die Rechtssicherheit zu stärken.

Die ALBA-Staaten beschlossen, ein Exekutivkomitee zur Koordinierung weiterer Aktionen zu bilden, dem Ekuador, die Dominikanische Republik und Venezuela angehören. Die gemeinsame Erklärung, die die ALBA-Staaten verabschiedeten und den übrigen lateinamerikanischen Staaten unterbreiteten, hat folgenden Wortlaut:





## Erklärung der I. Ministerkonferenz lateinamerikanischer Staaten, die durch transnationale Interessen geschädigt sind

Guayaquil, Ekuador, 22. April 2013

(übermittelt vom Außenministerium Ekuadors, [http://cancilleria.gob.ec/wp-content/uploads/2013/04/22abr\\_declaracion\\_transnacionales\\_esp.pdf](http://cancilleria.gob.ec/wp-content/uploads/2013/04/22abr_declaracion_transnacionales_esp.pdf))

Die Vertreter des Plurinationalen Staates Bolivien, der Republik Kuba, der Republik Ekuador, der Republik Nicaragua, der Dominikanischen Republik, von St. Vincent und den Grenadinen und der Bolivarischen Republik Venezuela, die in Guayaquil, Ekuador, am 22. April 2013 zusammengekommen sind, beschließen folgende Erklärung:

### In Betrachtung dessen,

- dass wir als Entwicklungsländer über wertvolle Ressourcen verfügen, die für die Entwicklung unserer Völker nachhaltig genutzt werden müssen;
- dass die Staaten Verträge mit ausländischen Investoren abschließen, eine Beziehung, die von gegenseitigem Vorteil für die Investoren und für unsere Völker sein sollte;
- dass die gegenwärtigen Vorgänge in verschiedenen Ländern der lateinamerikanischen Region im Hinblick auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten und transnationalen Unternehmen gezeigt haben, dass es Fälle von Urteilssprüchen gibt, die das Völkerrecht und die Souveränität der Staaten sowie ihre juristische Institutionen verletzen auf Grund der ökonomischen Macht bestimmter Unternehmen und der Mängel der internationalen Systeme für die Lösung von Kontroversen auf dem Gebiet der Investitionen, Tatsachen, die mit aller Gründlichkeit durch die Staaten auf Regierungsebenen, die für diese Zwecke eingerichtet sind, untersucht werden müssen;
- dass verschiedene bilaterale Verhandlungen mit transnationalen Unternehmen im Gange sind, die solidarischen Beistand unter den Staaten der Region erfordern, um diese Prozesse zu Ergebnissen zu führen, die zum Wohl der Völker des Südens ausfallen;

### vereinbaren wir,

- unsere Solidarität mit jenen lateinamerikanischen Ländern zu erklären, die vor internationalen Foren für Schiedsverfahren in Auseinandersetzungen mit transnationalen Gesellschaften verwickelt waren oder sind.
- die Bildung und die Arbeitsaufnahme regionaler Instanzen für die Lösung strittiger Fragen auf dem Gebiet von Investitionen zu unterstützen, die gerechte und ausgewogene Regeln bei der Schlichtung von Konflikten zwischen Transnationalen und Staaten garantieren; UNASUR aufzufordern, den gegenwärtig diskutierten regionalen Mechanismus dafür zu beschließen und die Einbeziehung anderer lateinamerikanischer Staaten in diesen Mechanismus zu fördern.
- ein Internationales Beobachtungsgremium zu schaffen, das durch Beiträge der Staaten finanziert wird und das, unter anderen Aufgaben, 1) periodisch Rechenschaft ablegt über den Stand der internationalen Streitigkeiten auf dem Gebiet der Investitionen vor regionalen und globalen

Instanzen, 2) Verfahren erarbeitet, um die Tätigkeit der internationalen Schiedsgerichte zu Investitionsfragen zu verfolgen, 3) Mechanismen für die Reform dieser Schiedsinstanzen prüft, analysiert und vorschlägt, 4) die Schaffung alternativer Mechanismen der Vermittlung gerechter, vernünftiger und definitiver Lösungen für Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten und Transnationalen prüft, analysiert und unterstützt, 5) sich als ein Forum des Austausches zwischen Experten konstituiert, die bei internationalen Zwistigkeiten zu Investitionsfragen mit den Ländern des Südens zusammenarbeiten, 6) die Schaffung von Mechanismen der gegenseitigen Koordination und Konsultation zwischen den juristischen Systemen der lateinamerikanischen Staaten fördert, um die Wirksamkeit der nationalen gerichtlichen Entscheidungen hinsichtlich der Konflikte zwischen Staaten und transnationalen Unternehmen zu sichern, 7) ein Compendium der Gesetzgebung, der Politik sowie der Handels- und Investitionsabkommen für die Verhandlungsprozesse zwischen Staaten und Transnationalen erarbeitet, um die Anwendung gemeinsamer Strategien seitens der Staaten zu erleichtern, 8) technische, juristische und politische Elemente prüft, analysiert und den Staaten vermittelt, um die effektive Verwirklichung ihrer Interessen in den Handels- und Investitionsverträgen mit transnationalen Unternehmen zu sichern, 9) Mechanismen des Austausches mit sozialen Bewegungen schafft.

Es wird vereinbart, dass die Republik Ekuador, die Dominikanische Republik und die Bolivarische Republik Venezuela innerhalb von drei Monaten gemeinsam einen Vorschlag zur Schaffung eines solchen Organs vorlegen.

- die Anwendung dieser Vereinbarung in den Bereichen der globalen Koordination der Länder des Südens, wie die Gruppe der 77 plus China, vorzuschlagen, um globale Abkommen innerhalb multilateraler Räume wie der Organisation der Vereinten Nationen, der Organismen des Welthandels und der internationalen Finanzierung anzustreben, mit dem Ziel, die Gewinne und die Vorteilsnahme der transnationalen Unternehmen in den Entwicklungsländern, den Beitrag, den sie zur Entwicklung leisten, und ebenso die möglicherweise vorkommenden Missbräuche in ihren Beziehungen zu den Staaten sichtbar zu machen.
- das Exekutivkomitee der Ministerkonferenz lateinamerikanischer Staaten, die durch transnationale Interessen geschädigt werden, zu konstituieren, dessen Aufgabe es sein soll, Aktionen der gegenseitigen Unterstützung auf politischem und juristischem Gebiet zu planen und durchzuführen, darunter 1) in einer Art Frühwarnaktionen aktuelle und genaue Informationen über juristische Streitigkeiten zu übermitteln, die einen der Unterzeichnerstaaten betreffen, 2) bei juristischen Verfahren die gemeinsame Verteidigung durch internationale Expertengruppen und Fachjuristen zu koordinieren, 3) Kanäle des ständigen Austausches mit den sozialen Bewegungen aufzubauen, 4) als Gegengewicht zu den globalen Kampagnen der transnationalen Unternehmen Medienstrategien für die Verbreitung der rechtlichen, technischen und politischen Aspekte der vorliegenden Fälle zu entwerfen. Mit der Koordinierung dieses Komitees wird zunächst Ekuador beauftragt. Es soll innerhalb von vier Wochen in Caracas, Venezuela, zusammentreten.



Die Vertreter der Republik Argentinien, der Republik Guatemala, der Republik El Salvador, der Republik Honduras und Mexikos, die als Gäste teilnahmen, danken Ecuador für die Einberufung der 1. Ministerkonferenz lateinamerikanischer Staaten, die durch transnationale Interessen geschädigt werden, nehmen die Schlussfolgerungen und Erklärungen dieser Konferenz entgegen und werden sie ihren Regierungen unterbreiten.

## Gipfeltreffen der sozialen Bewegungen der ALBA. Erklärung von Guayaquil

Aus: *ALAI, América Latina en Movimiento*, 31. Juli 2013,  
<http://www.alainet.org/active/66089>,

Wir, soziale Bewegungen Lateinamerikas und der Karibik, die in Guayaquil, Ecuador, am 29. und 30. Juli 2013 zum Gipfeltreffen sozialer Bewegungen der ALBA mit der Aufgabenteilung zusammengelassen sind, unsere Vorhaben der Partizipation als Protagonisten beim Aufbau dieses großen Bündnisses der Völker zu vertiefen und die Volksmacht in unseren Ländern und in der Region zu stärken, erklären in Würdigung des Vermächnisses von Hugo Chávez:

Die ALBA ist das Ergebnis des Kampfes der Völker, der im Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus und sein Modell von Freihandelsverträgen eine alternative und umgestaltende Vision von Integration hervorgebracht hat, die auf den Prinzipien von Kooperation, Ergänzung, Solidarität und Gerechtigkeit beruht. Das sind Prinzipien, die eigenständigen Formen des Zusammenlebens zugrunde liegen und die heute die Richtung des Neuen, des Zukünftigen angeben, das sich in Unserem Amerika Bahn bricht.

Eine Integration der Völker und für die Völker setzt einen unerhörten Sprung in Sachen Demokratie voraus, der über die Neugestaltung der Instanzen der Entscheidungsfindung, ihre Erweiterung im Sinne der Symmetrie von Regierungen und sozialen Bewegungen vor sich geht. Deshalb fordern wir, zu einer organischen und vollen Einbeziehung der Volksmacht in den Entscheidungsprozess der ALBA zu kommen.

Wir bekräftigen den Anspruch unserer Völker auf Souveränität, wir erkennen uns wieder in der Perspektive einer integralen Umgestaltung, die die ALBA aufstellt, in ihren Prinzipien und in ihren Strategien für das Gemeinwohl. Wir verstehen uns als Teil ihrer Anstrengungen zur Schaffung neuer politischer und geopolitischer Beziehungen, die von eigenständigen Ideen aus der Region Lateinamerika und der Karibik, diesem Raum einer endogenen Geoökonomie, geprägt werden.

Wir setzen uns entschieden für die Vision der ALBA von einer neuen multipolaren und plurizentrischen Weltwirtschaftsordnung ein, die sich auf horizontale politische und ökonomische internationale Beziehungen gründet, welche das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur achten.

Wir ermutigen unsere Regierungen, den Aufbau eines von allen Überresten des Patriarchats, des Rassismus, des Kolonialismus, des Neokolonialismus, der Kapitalherrschaft, der Kontrolle durch die Finanz- und Medienzentren und der Macht der transnationalen Konzerne befreiten Lateinamerikas und Karibischen Raumes zu vertiefen.

Wir rufen die ALBA auf, einen intensiven und integralen Prozess in Angriff zu nehmen, um patriarchalische Verhältnisse in den Staaten zu überwinden. Wir ermuntern sie, ihre öffentliche Politik auf die Anerkennung der sexuellen und geschlechtlichen Unterschiede auszurichten und so das Recht aller Menschen herzustellen, über ihren Körper und ihre Sexualität frei zu bestimmen.

Wir sehen es als eine Grundaufgabe an, Engagement, Aktionen und Kreativität zusammenzuführen, um einen strukturellen und umfassenden Wandel in den ALBA-Ländern zu vertiefen, in dem unsere Kämpfe für Gerechtigkeit in Wechselwirkung mit dem Recht auf Existenz und Anerkennung der Geschichte aller Urvölker und afrostämmigen Bevölkerungen fruchtbar werden in den Visionen des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts, des Buen Vivir oder Vivir Bien und anderer Transformationsprozesse. Die Fortschritte und Ergebnisse dieser Prozesse sind zweifellos der beste Beitrag der Völker und Bewegungen, die sich in ihren Widerstandskämpfen gegen den Kapitalismus das Projekt ALBA zu eigen gemacht haben.

Auf dem Wege zum Aufbau sozial ausgerichteter und solidarischer wirtschaftlicher Verhältnisse in unseren Territorien sind die Erfahrungen, die die ALBA mit Erfolg entwickelt, mit ihrem Ansatz von Kooperation und Komplementarität von größter Bedeutung. Wir setzen uns ein für die Stärkung und Vervielfältigung von Initiativen wie die nationalen Großbetriebe und Petrocaribe, die Formen der Verflechtung und des gerechten, komplementären wirtschaftlichen Austausches erproben, welche weitere Möglichkeiten der ökonomischen Effizienzsteigerung und Nachhaltigkeit eröffnen.

Die Rolle der ALBA bei der unabwiesbaren Aufgabe der Nahrungsmittelsouveränität unserer Territorien ist von strategischer Bedeutung, vor allem unter den Bedingungen der weltweiten Ernährungskrise, die hauptsächlich durch die spekulativen Praktiken des Agrobusiness erzeugt wird, durch die Jagd nach der universellen Anwendung von Biotechnologien, die unser Erbe von eigenen Produktions- und Selbstversorgungskapazitäten zu zerstören drohen. Wir fordern unsere Regierungen dringend auf, alle von der ALBA vorgesehenen Mechanismen auszuschöpfen, um zu sichern, dass die Prozesse der Produktion, des Handels und des Konsums von Nahrungsmitteln sich vorrangig auf eine wirkliche Agrarrevolution, auf die Befriedigung der Bedürfnisse unserer Völker richten und unsere eigenen Kapazitäten gestärkt werden, hergebrachtes Wissen zurückgewonnen wird und Methoden der Agroökologie und des gerechten Handels gefördert werden.

Wir unterstützen die Initiativen unserer Länder, die regionalen Institutionen auszubauen und zu konsolidieren, die auf die Interessen unserer Völker gerichtet und in der Lage sind, den vielfältigen Dimensionen einer regionalen Einheit auf bolivarianischer Grundlage Rechnung zu tragen, einer Einheit, die sich von den außerregionalen Interessen und der neoliberalen Logik, verkörpert in den Freihandelsverträgen und Investitionsabkommen, welche darauf gerichtet sind, die Rechte des Kapitals auf Kosten der Rechte der Völker uneingeschränkt zu sichern, unterscheidet und ihnen entgegenwirkt.

Wir regen an, dass die Länder der ALBA über bilaterale Investitionsvorhaben öffentliche Anhörungen durchführen, um deren Wirkungsweise transparent zu machen und von ihnen wie von allen Handelsinstrumenten, die die Reproduk-



tion des Kapitals über die Reproduktion des Lebens stellen, Abstand zu nehmen.

Wir fordern dringend, die Entwicklung und Ausgestaltung einer eigenständigen Finanzarchitektur zu beschleunigen, die auf sozialistischen Grundlagen und den Prinzipien des Buen Vivir/Vivir Bien als innovative Finanzinstrumente beruht, die sich von der Spekulation abgrenzen. Wir verlangen, die Aufwertung und Anwendung der vielfältigen Formen des Austausches, die der ökonomischen und produktiven Diversität in der Region innewohnen, schneller wirksam werden zu lassen.

Wir weisen jeglichen Versuch der Rückkehr zum Neoliberalismus, zur direkten Herrschaft des Sektors des privaten Unternehmertums zurück. Wir wenden uns gegen die Versuche, die imperialistische Hegemonie in unserer Hemisphäre neu zu beleben, wie sie sich unter anderem in den Impulsen für die sogenannte Pazifikallianz ausdrücken. Wir verurteilen die Willfährigkeit jener Regierungen, die bereit sind, zum Wohle elitärer und privater Interessen, die vom Gemeinwohl weit entfernt sind, auf den Ausbau eines Geflechts ineinandergreifender Mechanismen der regionalen Integration zu verzichten.

Wir unterstützen die Achtung gebietende Haltung, die unsere Regierungen bei der Verteidigung der Rechte der Völker auf Selbstbestimmung und der Personen auf Privatsphäre gezeigt haben. Wir beglückwünschen sie zu ihren Bemühungen, die Mechanismen imperialistischer Kontrolle wie Spionage, Datenraub und -speicherung gegenüber Ländern und Einzelpersonen aufzudecken. Wir ermuntern sie, ihre souveränen und entschiedenen Positionen beizubehalten, um die Rechte der von Spionage Betroffenen zu schützen wie auch derer, die sie enthüllen.

Wir warnen vor der Gefahr, die jegliche Sperre, jedes Abkommen und jeder Vertrag über Spionage darstellt, sich zum Komplizen bei der territorialen Okkupation und Militarisierung zu machen, die die Vereinigten Staaten in ihrem Anspruch auf Universalkontrolle anderen Staaten auf allen Ebenen aufdrängen.

Wir unterstützen die Initiativen für technologische und Wissenssouveränität, die in unseren Ländern gefördert werden, wir drängen sie, ihre Anstrengungen zur Entwicklung eigenständiger Telekommunikationssysteme und freier Software zu verstärken.

Wir rufen alle Länder der ALBA auf, ihre Prozesse der Demokratisierung der Kommunikation zu vertiefen, und regen an, die Gesetzgebung auf diesem Gebiet zu entwickeln, um das Recht der Völker auf freie Kommunikation zu bekräftigen.

Wir begrüßen die strategische Absicht unserer Länder, die verschiedenen Mechanismen und Prozesse der regionalen Integration, der Integration vom Süden aus, zu konsolidieren. Vereinigen wir unsere Einheitsbestrebungen für ein Großes und Sozialistisches Vaterland.

## ALBA: Erklärung von der Küste des Pazifiks

*Abschlussklärung des XII. Gipfels der ALBA-Staaten in Guayaquil, Ekuador, am 30. Juli 2013*

Aus: ALAI, *América Latina en Movimiento*, 31. Juli 2013, <http://www.alainet.org/active/66091>

Als erstes begrüßen wir den Beitritt von St. Lucia zur Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerika. Er unterstreicht erneut die Lebenskraft dieses Projekts der Integration und gegenseitigen Ergänzung.

Die progressiven Kräfte sind im Laufe der letzten Jahre in der Region wesentlich vorangekommen, nachdem die neoliberale Politik und die Bestrebungen gescheitert sind, unseren Völkern Freihandelssysteme aufzuzwingen, mit denen man sie zu Werkzeugen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Märkte machen wollte. Diese Fortschritte haben zu Zugewinn von Macht bei der Mehrheit geführt, ausgehend von der wachsenden Kampfkraft der sozialen Bewegungen und der Amtsübernahme revolutionärer Regierungen in Lateinamerika und der Karibik. Dadurch hat sich die Lebensqualität unserer Völker spürbar verbessert.

Aber gegenwärtig erleben wir im Zuge der Ausbreitung von Freihandelsverträgen das Aufkommen neuer Formen von Ausbeutung in Gestalt von Instrumenten wie den bilateralen Investitionsschutzabkommen und dem Wirken internationaler Schiedsinstanzen wie des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), die die Interessen des Kapitals über die Interessen der Gesellschaft, der Natur und selbst der demokratischen Institutionen stellen. Mit Hilfe dieser neuen Herrschaftsmechanismen wird die Stabilität unserer Länder – bis hin zu ihrem wirtschaftlichen Zusammenbruch – durch Gerichtsurteile, die wegen Rechtsmissbrauch und Interessenverquickung eindeutig als nichtig zu brandmarken sind, in Gefahr gebracht. Die Fälle der Erdölunternehmen Oxy und Chevron in Ekuador bilden klare Beispiele für diese Praktiken, und wir bekunden unsere Unterstützung für dieses Bruderland, das durch sie geschädigt wurde. Solche Beispiele mehren sich auch in anderen Ländern.

Das alles rechtfertigt nicht eine generelle Ablehnung ausländischer Direktinvestitionen, sondern verlangt einen überlegten Umgang mit ihnen, so dass sie zum Wohle der Nationen eingesetzt und nicht auf ihre Kosten ausgenutzt werden. Deshalb ist ein Integrationsgebilde wie die ALBA notwendig, denn als Block können wir die Bedingungen durchsetzen und vermeiden, dass die Interessen des Kapitals Vorrang vor denen der Bevölkerung haben.

Wir bekräftigen das Recht unserer Völker und die Notwendigkeit, ihre nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen in verantwortlicher und nachhaltiger Weise zu nutzen, denn sie stellen mit ihrem Potential eine wichtige Quelle dar, um wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und letztlich den Wohlstand unserer Völker zu finanzieren, wobei klar sein muss, dass die soziale Hauptforderung unserer Zeit in der Region die Bekämpfung von Armut und Elend ist.

In diesem Sinne weisen wir die extremistische Position bestimmter Gruppen zurück, die sich unter der Losung des Antiextraktivismus grundsätzlich gegen die Ausbeutung unserer Naturressourcen wenden, indem sie fordern, dass man dies nur bei vorherigem Einverständnis der Menschen und



Gemeinden tun dürfe, die in der Nähe dieser Quelle des Reichtums leben. In der Praxis würde das bedeuten, dass es unmöglich wäre, diese Alternative zu nutzen, und in letzter Instanz würde es die auf sozialem und ökonomischem Gebiet erzielten Erfolge aufs Spiel setzen.

Die ALBA stellt sich das Ziel, dafür zu arbeiten, dass Bildung, medizinische Versorgung, die Betreuung von behinderten Menschen und andere öffentliche Dienstleistungen kostenlos und von hoher Qualität gewährt werden. Wir müssen den Sozialprogrammen in allen Ländern der ALBA neue Impulse verleihen. Daher nehmen wir uns vor, unsere Länder nicht in Zonen des freien Handels umzuwandeln, sondern in Zonen, die frei sind von Hunger, Analphabetismus, Elend und Marginalisierung.

Wir streben danach, dieses Herangehen auf ganz Lateinamerika, auf Afrika und andere Regionen der Welt auszudehnen, so dass wir im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation den Nutzen dieser Programme vervielfachen können. Während einige transnationale Großunternehmen sich diesen Regionen mit Plünderungsabsichten nähern, versucht die ALBA überall, wo ihr das möglich ist, den Menschen Nutzen zu bringen und sie an die erste Stelle zu setzen.

Weiter vereinbaren wir, eine Kommission von hochrangigen Experten und direkten Vertretern der Regierungschefs zu bilden, um einen Vorschlag für die Schaffung einer komplementären Wirtschaftszone zwischen Ländern der ALBA, des Mercosur und von Petrocaribe zu erarbeiten, der diesen Instanzen vorgelegt werden soll. In diesem Sinne sollen wechselseitige Ergänzung und Solidarität als Richtlinien der ökonomischen Integration über die Konkurrenz zwischen unseren Ländern gestellt werden. Dies sehen wir als den einzigen Weg an, um die materielle Basis des alternativen Projekts, das die ALBA darstellt, zu stärken und auf diese Weise die Weiterführung und die neuen Impulse für die erfolgreichen Sozialprogramme zu sichern, die das Bündnis auszeichnen.

Dies erfordert eine umfassende und alternative Auffassung von Entwicklung, die sich nicht darauf beschränkt, reine Handelsabkommen anzustreben, die uns der Diktatur der Märkte, der Privatisierung grundlegender Dienstleistungen oder der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ausliefern, um Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Wir müssen im Gegenteil eine produktive Entwicklung in jenen Bereichen garantieren, in denen wir Synergien aufbauen können, wo wir in unseren Ländern über deutliche Stärken verfügen, besonders in Bereichen wie der Energiewirtschaft, des regionalen Handels, der Nahrungsmittelproduktion, der Herstellung von Zwischenprodukten, bei Investitionen und Finanzierung. Ebenso muss man neue Beziehungen auf internationaler Ebene suchen. Dafür bieten sich u. a. die Länder an, die der sogenannten BRICS gehören.

Zusätzlich vereinbaren wir die Gründung einer ständigen multidisziplinären Konsultativgruppe der ALBA, die über Gefahren wachen soll und jene Erfordernisse von Ländern oder Gruppen von Ländern im Auge hat, die wegen der Komplexität ihrer sozioökonomischen Probleme hochqualifizierte Analysen benötigen.

Andererseits erfordern Instanzen wie die Organisation Amerikanischer Staaten sowie verschiedene mit ihr verbundene Strukturen wie das Interamerikanische System der Menschenrechte tiefgreifende Veränderungen, damit sie wirksam in den Dienst unserer Völker, ihrer Menschenrechte

gestellt werden können und nicht den Interessen bestimmter mächtiger Gruppen wie den Medienzentren dienen oder jenen, die sich unter dem Mantel von NGOs verbergen. Gerade deshalb betrachten wir es als notwendig, dass der Sitz der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in einen Staat verlegt wird, der Mitglied der Amerikanischen Konvention der Menschenrechte ist. Da wir das Prinzip der Unteilbarkeit der Menschenrechte vertreten, halten wir es für nicht tolerierbar, dass bestimmte Menschenrechte über andere gestellt werden. Auch die unzeitgemäße Idee der westlichen NGOs muss überwunden werden, dass allein Staaten die Menschenrechte verletzen können. Unzweifelhaft gibt es auch andere Mächte wie wirtschaftliche Großunternehmen, die ebenfalls Verletzer dieser Rechte sein können.

Die ALBA ruft zu einem Treffen gegen den Faschismus in Caracas am 11. September zur Ehrung des Genossen Präsidenten Salvador Allende anlässlich des 40. Jahrestages seiner Ermordung auf.

Die ALBA beschließt, eine technisch-juristische Gruppe zu konstituieren, die die Vorbereitung einer Klage gegen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Einrichtung eines weltweiten umfassenden Spionagesystems, mit dem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere internationale Normen verletzt werden, für die nächste Sitzung der UNO-Vollversammlung prüft.

Unter Berücksichtigung der bedeutenden Ergebnisse, die bei der Zusammenarbeit in Haiti erzielt worden sind, haben die ALBA-Länder beschlossen, eine unverzügliche Evaluierung des Spezialplans zu Haiti vorzunehmen, ihm neue Impulse zu verleihen und Alternativen für die Finanzierung zu prüfen, um den darin enthaltenen Sozialprogrammen nachhaltigen Charakter zu verleihen.

## Erklärung des XV. Sozialgipfels des Mercosur

*Veröffentlicht vom uruguayischen Bildungsinstitut für regionale Integration (CEFIR), Montevideo,  
<http://cefir.org.uy/wp-content/uploads/downloads/2013/07/Declaraci%C3%B3n-y-resoluciones-Cumbre-Social.pdf>*

Die sozialen, gewerkschaftlichen und Volksorganisationen, die zum XV. Sozialgipfel des Mercosur in Montevideo am 10. und 11. Juli 2013 zusammengekommen sind, erklären:

In den letzten Jahren haben sich in unserem Umfeld zahlreiche Veränderungen vollzogen, die mit der Entstehung von Volksregierungen verbunden sind, mit dem Bestreben, die härtesten Erscheinungen des Neoliberalismus abzustellen. Das ist das Ergebnis langer Jahre des Kampfes unserer Völker, in denen neue politische Ausdrucksformen entstanden sind. Die Verbindungen dieser Regierungen untereinander, der Weg zur Herausbildung eines geopolitischen Pols für eine multipolare Welt sind Aufgaben, denen sich, wie wir denken, zu ihrer wirksamen Lösung soziale und politische Akteure annehmen und denen sie sich in ihrer konkreten Praxis zuwenden müssen. In diese Probleme müssen wir uns vertiefen und sie aus neuer praktischer Sicht behandeln.

In diesem Zusammenhang muss die Bedeutung der Vertiefung der regionalen Integration Unseres Amerika hervorgehoben werden. Die Entwicklung des Mercosur sehen wir



als einen grundlegenden Prozess an, um dieses Ziel zu erreichen.

In letzter Zeit verzeichnen wir eine starke Gegenoffensive des Imperialismus zur Rückeroberung von Positionen in Lateinamerika und der Karibik. Das gefährlichste daran ist, dass einigen Regierungen Lateinamerikas die sogenannte Pazifikallianz aufgedrängt wird, die die neoliberale Konzeption der ALCA wieder einführt. Die ALCA wurde von unseren Völkern im November 2005 in Mar del Plata zum Scheitern gebracht, aber mit der Strategie der bilateralen Freihandelsverträge werden die Ziele dieses Projekts weiter verfolgt. Wir weisen die Vorstellung zurück, die von den konservativen Kräften eingebracht wird, dass die Pazifikallianz ein Prozess der regionalen Integration sei. Sie stellt eine Erweiterung des Marktes für die transnationalen Unternehmen dar und fügt sich in die Strategie ein, die die USA mit der Unterzeichnung des Transpazifik-Abkommens eingeschlagen haben. Sie soll dazu dienen, die Fortschritte in der lateinamerikanischen Integration, die mit UNASUR und CELAC erreicht wurden, zu stören, und weist eine starke Tendenz zur Militarisierung auf, die von den USA forciert wird.

Zu dieser Strategie gehören die Staatsstriche in Honduras und Paraguay, die Reaktivierung der IV. US-Flotte, die Errichtung von US-Militärbasen, die jüngste Aufdeckung der verbrecherischen Spionage gegen die Kommunikation, mit der die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen und die Souveränität unserer Länder angegriffen werden.

Angesichts der allgemein bekannten Handlungen gegen die persönliche Sicherheit, das Leben und die Immunitätsrechte des Präsidenten Evo Morales und seiner Begleitung sowie die Souveränität des bolivianischen Volkes fordern wir die Staatsoberhäupter der Mercosur-Staaten dringend auf, den Prozess der iberoamerikanischen Gipfeltreffen, an denen Spanien und Portugal interessiert sind, zu unterbrechen, bis die in der Deklaration von Cochabamba geforderten Erklärungen erfolgt sind. Zugleich fordern wir von der Europäischen Union, dass sie die notwendigen Maßnahmen ergreift, damit die vier in die Ereignisse verwickelten Staaten, wie gefordert, eine baldige Erklärung abgeben.

Da Paraguay und das paraguayische Volk Gründungsmitglied des Mercosur sind und mit Blick auf die schweren Rechtsverletzungen, die im Prozess gegen die 12 Angeklagten wegen des Massakers von Curuguaty (gemeint ist die Ermordung von 17 Menschen, darunter 6 Polizisten, während einer Landbesetzung im Juni 2012 auf einem Latifundium, die ansässigen Bauern in die Schuhe geschoben wird – d.Ü.) begangen worden sind, fordern wir von den Mitgliedstaaten des Mercosur, dass sie gegenüber dem Staat Paraguay darauf bestehen, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um ein gerechtes Urteil zu garantieren. Vor allem muss auf eine unparteiische Ermittlung der Vorgänge bei den tragischen Ereignissen gedrängt werden. Da sich in diesem Fall die dramatische Situation des paraguayischen Volkes wie in einem Brennglas widerspiegelt, schlagen wir vor, dass die Staaten bei diesem Prozess als internationale Beobachter auftreten.

Die Menschenrechtsverletzungen in der Region erfordern entschiedene Maßnahmen seitens der Regierungen. In einer demokratischen und vielseitigen Gesellschaft darf nicht geduldet werden, dass die individuellen und kollektiven Rechte auf Grund eigensüchtiger Interessen und abwegiger Intoleranz der Feinde des Friedens verletzt werden. Um eine stärkere Beachtung der Menschenrechte zu erreichen, schlagen

wir die Schaffung einer Kommission vor, die auf die Erfüllung der Garantien der Menschenrechte drängt und ihre Einhaltung durch die Staaten kontrolliert.

Wir unterstützen die angekündigten Untersuchungen zum Tod des brasilianischen Präsidenten João Goulart (1976 im argentinischen Exil nach seinem Sturz 1964 durch das Militär – d.Ü.) und fordern die Länder dringend auf, diesen Prozess, der einen weiteren Schritt zur Bestätigung der Verpflichtung zu Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit für unsere Völker bedeutet, entsprechend zu begleiten

Wir begrüßen die legitime Präsidentschaft von Nicolás Maduro in der Bolivarischen Republik Venezuela, wir bekunden die Verpflichtung, uns dafür einzusetzen, dass diese Präsidentschaft ein weiterer Meilenstein im Prozess der Vertiefung der regionalen Integration wird und weitere Fortschritte bei der Bewältigung der kommenden Herausforderungen ermöglicht:

Wir müssen bei der Vertiefung der Beziehungen im Mercosur als Instrument der fruchtbaren Entwicklung unserer Staaten weiter vorankommen. Es ist unerlässlich, die vereinbarten Schritte bei der Integration und Ergänzbarkeit der Produktion konsequent zu gehen. Die Einbeziehung der sozialen Akteure in diesen Prozess und der notwendige Wandel der ursprünglichen ökonomischen, produktiven, distributiven und sozialen Grundansätze ist zu fördern.

Wir verlangen, dass die Regierungen Maßnahmen treffen, damit der Fonds für die strukturelle Konvergenz des Mercosur (FOCEM, ein Ausgleichsfonds, geschaffen 2006, finanziert Projekte zugunsten der schwächeren Wirtschaften dieses Integrationsraumes – d.Ü.) zu einem Instrument für die fortgesetzte Angleichung der Produktion und der sozialen Inklusion wird.

Wir fordern unverzügliche Reaktionen der Staaten und der entsprechenden Akteure, damit die Maßnahmen umgesetzt werden, die im Aktionsplan für die Herausbildung des Statuts der Bürgerschaft des Mercosur und im Strategischen Plan der sozialen Aktion des Mercosur genannt werden, um die Ausübung der Rechte des Einzelnen innerhalb der Region zu sichern.

Wir bekräftigen, dass das wirksame Funktionieren des Sozialen Instituts des Mercosur, des Instituts für Menschenrechtspolitik im Mercosur und des Büros des Hohen Generalvertreter des Mercosur sowie seiner Abteilung für soziale Partizipation eine dringende Notwendigkeit ist. Wir unterstreichen außerdem dass durch direkte Wahlen die volle Funktionsfähigkeit des Parlaments des Mercosur hergestellt werden muss.

Es ist unabweisbar, in der Agenda für Arbeit auf regionaler Ebene voranzukommen. In der letzten Zeit haben unsere Regierungen verschiedene Schritte der sozialen Inklusion eingeleitet, aber für die Verringerung der sozialen Ungleichheiten ist es unerlässlich zu garantieren, dass alle Arbeitenden menschenwürdige Arbeit haben und unter zumutbaren Bedingungen mit gleichen Chancen für Männer und Frauen leben. Deshalb fordern wir die unverzügliche Ratifizierung und effektive Umsetzung der Konvention 189 und der Empfehlung 201 der Internationalen Arbeitsorganisation über menschenwürdige Arbeit für Haushaltsangestellte (vom 16. Juni 2011 – d.Ü.).

Wir begrüßen den Fortschritt in der Untergruppe 10 bei der Erarbeitung des Plans für die Erleichterung der Bewegung von Personen im Mercosur, aber wir drängen die Be-

hörden, für die Schaffung von Bedingungen zu arbeiten, die die Gesamtheit der Arbeits- und sozialen Rechte garantieren, damit sich tatsächlich ein gemeinsamer Raum des Zusammenlebens herausbildet, ausgehend von den fortgeschrittensten Initiativen, die es in der Region gibt, um das Recht der Völker zu sichern, zu wandern oder nicht zu wandern.

Die gemeinsame Plattform zu Fragen des Arbeitsrechts, die sich auf die beste Praxis und auf bereits vorhandene Rechte auf regionaler Ebene stützt, muss unbedingt ausgebaut werden. Wir heben die zentrale Bedeutung der Agenda für Beschäftigung und gute Arbeit für die Strategie von Entwicklung und Wachstum im Mercosur hervor. Wir fordern, dass der Kommission für Arbeit und Soziales alle Bedingungen geschaffen werden, damit sie die Erfüllung der Erklärung über soziale und Arbeitsfragen garantieren kann, die sich im Prozess der Überarbeitung befindet. Unerlässlich sind die Einrichtung und das effektive Funktionieren der Beobachtungsstelle für den Arbeitsmarkt, um die Einflussnahme der regionalen Politik zu verbessern. Diese Fragen gehören vorrangig auf die Tagesordnung der regionalen Fachbereiche. Ihre Bedeutung sollte in den Beschlüssen der Präsidenten wirksam hervorgehoben werden.

Wir unterstreichen unsere Sicht auf die Integration als ein kollektives Werk und betonen die Notwendigkeit, alle möglichen Kanäle der Partizipation zu suchen und zu erweitern. Wir schlagen vor, dass die Mitgliedsländer als ergänzende Maßnahme zu den Beschlüssen der Sozialgipfel Arbeitstreffen unter Beteiligung von Funktionsträgern der entsprechenden Bereiche und Mitgliedern der sozialen Organisationen durchführen.

Wir haben ein Konsultativforum, das nicht konsultiert wird. In Anerkennung der Bedeutung des Ökonomischen und Sozialen Konsultativforums des Mercosur fordern wir die Regierungen dringend auf, dessen Rolle aufzuwerten und anzuerkennen, dass es zum Prozess der Vertiefung der regionalen Integration beizutragen vermag.

Wir erklären uns solidarisch mit den Kämpfen und Mobilisierungen der Völker des Mercosur, um die sozialen Errungenschaften in unseren Ländern weiter voranzubringen.

Wir bekräftigen Punkt 8 der Erklärung des XIV. Sozialgipfels, der sich auf die Demokratisierung der Medien bezieht, und sehen es übereinstimmend als Erfordernis an, dass der Mercosur über eine Medienpolitik verfügen muss, um unseren Völkern sowohl die Errungenschaften und Erfolge bei der Ausübung der Rechte zu vermitteln als auch Angriffen gegen diese zu begegnen.

Ebenso bekräftigen wir Punkt 11 der Erklärung des XIV. Sozialgipfels bezüglich der Legitimität des Souveränitätsanspruchs Argentiniens über die Malwinen, Süd-Georgia und die Süd-Sandwich-Inseln sowie die dazugehörigen Seegebiete und Inseln.

Angesichts der Formierung der Pazifikallianz ist eine engere Verbindung zwischen dem Mercosur und der ALBA dringender denn je.

Das Territorium der Völker und Regierungen des Mercosur und Lateinamerikas ist ein Territorium des Friedens. Für den Konflikt, der über Jahrzehnte das Brudervolk Kolumbiens in Trauer versetzt hat, öffnet sich ein Raum für eine friedliche und durch Verhandlungen erzielte Lösung, um Gewalt und Bürgerkrieg zu beenden. Wir, die sozialen, Gewerkschafts- und Volksbewegungen, bekräftigen unsere Unterstützung für den Friedensprozess. Wir fordern die kolumbia-

nische Regierung und die Aufständischen auf, zusammen mit ihrem Volk den Prozess für Frieden und Gerechtigkeit abzuschließen, wie es die ganze kolumbianische Gesellschaft erhofft.

Entsprechend dem Vorschlag des Sozialgipfels in Brasilia 2012, den Freihandelsvertrag zwischen dem Mercosur und Israel auszusetzen, fordern wir als zeitweilige Maßnahme die unverzügliche Anwendung der Mechanismen für den Boykott aller Produkte, die teilweise oder ganz aus den illegalen Siedlungen auf palästinensischen Territorien stammen.

Wir lehnen jegliche Außenbeziehungen des Mercosur ab, die auf Verhandlungspunkten im Sinne der Freihandelskonzeption beruhen und die nicht gekennzeichnet sind durch das Gleichgewicht von Sozial- und Wirtschaftspolitik und die Respektierung der Asymmetrien.

Für einen Mercosur der Völker, inklusiv und demokratisch.

#### Anmerkungen

- 1 Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerikas – politisches und wirtschaftliches Bündnis von derzeit neun Staaten Lateinamerikas und der Karibik, siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Bolivarische\\_Allianz\\_f%C3%BCr\\_Amerika](http://de.wikipedia.org/wiki/Bolivarische_Allianz_f%C3%BCr_Amerika)
- 2 Abgekürzt für Gemeinsamer Markt Südamerikas, siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Mercosur>
- 3 Documento Base del XIX Encuentro del Foro de São Paulo, 16.5.2013.
- 4 Julio C. Gambina, La cumbre del Mercosur y los desafíos para la región, 15.7.2013, [juliogambina.blogspot.com.ar/2013/07/la-cumbre-del-mercosur-y-los-desafios.html](http://juliogambina.blogspot.com.ar/2013/07/la-cumbre-del-mercosur-y-los-desafios.html)

## Wiederaufnahme direkter israelisch-palästinensischer Gespräche: Was kann davon erwartet werden?

*Kommentar von Karin Kulow, Mitglied der BAG FIP und des BAK „Gerechter Frieden in Nahost“*

Nun sollen also nach dreijähriger Funkstille erneut direkte israelisch-palästinensische Gespräche unter der Ägide der Obama-Administration stattfinden.<sup>1</sup> Mit seiner Shuttlediplomatie und einem gewissen Druck ist es Außenminister Kerry überraschenderweise gelungen, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zurückzubringen.

Natürlich müsste es jeder, der ehrlich an der dauerhaften, friedlichen Lösung dieses Jahrhundertkonflikts interessiert ist, ohne Wenn und Aber begrüßen, wenn zwischen Israel und Palästinensern wieder verhandelt wird. Wie anders sollte eine Lösung zustande kommen? Auch wäre durchaus gutzuheißen, wenn seitens der US-Administration weiter entsprechender Druck erfolgte. Denn ohne ihn wäre kaum ein tragfähiges Ergebnis zu erwarten. Wegen der benachteiligten Stellung der Palästinenser sitzen nun einmal keine gleichberechtigten Partner am Verhandlungstisch.

Dennoch muss man arge Zweifel daran hegen, dass dieser Verhandlungsrunde mehr Erfolg beschieden sein soll als der 2010 gescheiterten, beziehungsweise all den anderen zuvor. Ist doch allein die kurz nach dem offiziellen Beginn schon wieder erfolgte Unterbrechung kein gutes Omen. Stattdessen kommt der Verdacht auf, dass Kerrys Drängen



in erster Linie dazu dienen soll, das wegen der ziemlich verkorksten Nah- und Mittelostpolitik angeschlagene Image der Obama-Administration etwas aufzupolieren. Manche Analysten wie Jeff Halper von der israelischen zivilgesellschaftlichen Organisation ICAHD hingegen vermuten, dass es dabei um nichts anderes gehe als den Versuch, den Palästinensern eine „Pax Israeliana“ zu oktroyieren.<sup>2</sup> Zwischen beidem muss durchaus kein Widerspruch bestehen.

Es ist doch nicht zu übersehen, dass sich Kerrys eigentlicher Druck zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gegen die palästinensische Seite gerichtet hat. Dieser ist der Verzicht auf ihre völlig berechtigten beiden Grundforderungen abgerungen worden: Sie wollte erst unter der Voraussetzung an den Verhandlungstisch zurückzukehren, dass Israel seinen Siedlungsbau nachweislich stoppt und die Grenzen von 1967 als Verhandlungsgrundlage dienen. Lediglich die Freilassung von 104 palästinensischen Gefangenen ließ sich von ihr schließlich noch durchsetzen.<sup>3</sup> Und wenn Kerry dann auch noch vollmundig ein Verhandlungsergebnis in neun Monaten in Aussicht stellt, wird die Skepsis nur noch weiter genährt. Hatte seinerzeit doch George W. Bush mit einem analogen Zeitfenster operiert, wonach der Palästina-Staat bereits seit 2009 hätte existieren müssen. Von allen davor immer wieder ins Spiel gebrachten konkreten Jahreszahlen,<sup>4</sup> die sich dann doch stets in Schall und Rauch aufgelöst haben, gar nicht zu reden.

### Parteilichkeit bisheriger US-amerikanischer Vermittlung

Bei aller notwendigen bilateralen Einigung über die wichtigsten Streitfragen müsste angesichts des gegebenen Ungleichgewichts der Kräfte unbedingt auch die Voraussetzung einer unparteiischen Vermittlerrolle erfüllt sein. Genau daran aber hat es bislang stets gehapert.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Obama-Administration keinesfalls von ihrer Vorgängerin unter George W. Bush. Selbst als seine Partei im US-Kongress noch über die Mehrheit verfügte, hat es Obama an Konsequenz fehlen lassen. Zwar wartete er gleich am Beginn seiner ersten Amtszeit mit der strikten Forderung nach einem dauerhaften Stopp des israelischen Siedlungsbaus auf, kapitulierte dann aber recht schnell vor der Weigerung der israelischen Regierung. Als sich die palästinensische Seite dazu entschloss, den Antrag um Aufnahme als UN-Mitglied auf der Grundlage der völkerrechtlich für den Palästina-Staat definierten Grenzen von 1967 zu stellen, war es die Obama-Administration, die diesen Schritt mit der Androhung ihres Vetos im Sicherheitsrat blockierte.<sup>5</sup>

Überschaut man den sich über reichlich zwei Jahrzehnte hinziehenden Verlauf der israelisch-palästinensischen Verhandlungen unter US-amerikanischer Ägide – von der Madrider Konferenz 1991 bis zur Annapolis-Konferenz 2007 oder den beiden von Obama initiierten Runden – so offenbart sich die ganze Parteilichkeit der US-Vermittlung. Statt die ohnehin extrem ungleiche Kräftebalance zwischen den beiden Verhandlungspartnern auszugleichen, ließ sie sie zu, dass sich diese Schere noch weiter zugunsten Israels öffnete. Dabei sind die Chancen für die Errichtung eines lebensfähigen Staates Palästina an der Seite Israels immer weiter geschwunden. Denn nicht nur stehen nach wie vor dieselben Streitfragen auf der Tagesordnung; vielmehr scheint deren Lösung zumindest in wesentlichen Bestandteilen heute noch

aussichtsloser als zum Zeitpunkt der Aufnahme direkter israelisch-palästinensischer Gespräche zu Beginn der 1990er Jahre. In der Zwischenzeit hat Israel seine Siedlungen und die damit verbundene Infrastruktur, einschließlich der nur von den Siedlern zu benutzenden Straßen, zielstrebig weiter ausgebaut und die Trennmauer mancherorts weit auf palästinensisches Gebiet vorgeschoben. Auf diesem Wege hat es sich quasi nahezu die Hälfte der den Palästinensern völkerrechtlich zugesprochenen 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina einverleibt – die so genannte Zone C (rund 60 Prozent der Westbank), die nach den Vereinbarungen von Oslo zeitweilig israelischer Kontrolle unterstellt worden war.<sup>6</sup>

Während Israel unter US-amerikanischer Vermittlung mit den Palästinensern am Verhandlungstisch gesessen hat, um sich mit ihnen über eine Konfliktlösung zu einigen, ist es von niemandem daran gehindert worden – außer von Zeit zu Zeit abgegebenen Statements, mit denen die Siedlungspolitik verbal als illegitim gerügt wurde – seine ohnehin schon stärkere Verhandlungsposition durch die Schaffung weiterer „facts on the ground“ auszubauen und die der palästinensischen Seite zusätzlich zu schwächen. Illegitim angeeignetes fremdes Territorium soll so irgendwann auch von äußeren Betrachtern als selbstverständliches israelisches Gebiet angesehen werden.<sup>7</sup>

Offensichtlich ist es der US-Administrationen, wenn auch mit graduellen Abstufungen, in ihrer Vermittlertätigkeit bei allen diesen Verhandlungsrunden weniger um eine tragfähige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts unter Berücksichtigung auch der legitimen nationalen Interessen der Palästinenser gegangen. Statt dessen will sie diesen Konflikt so managen, dass er den eigenen Interessen und denen des strategischen Verbündeten Israel am ehesten gerecht wird. Das schließt partielle Interessenkollisionen keineswegs aus, denn gegebenenfalls erdreisten sich israelische Regierungschefs sogar, US-Präsidenten vor aller Welt vorzuführen. Darin scheint insbesondere der israelische Premier Netanjahu ein Meister zu sein. Nach Meinung von Insidern verfüge er über größeren Einfluss im US-Kongress als der jetzige Präsident Obama.<sup>8</sup>

### Festgezurrtes israelisches Lösungsverständnis

Vielleicht plagt Netanjahu insgeheim ja wirklich die Sorge, dass ein endgültiges Scheitern der Zwei-Staaten-Option *no lens volens* zu einem bi-nationalen Staat zwischen Mittelmeer und Jordan-Fluss führen könnte.<sup>9</sup> Dennoch ist er an ernsthaften Verhandlungen über die von der palästinensischen Seite eingeforderte und durch das Völkerrecht gedeckte Zwei-Staaten-Lösung sichtlich nicht interessiert. Ihm liegt vielmehr an der Aufrechterhaltung des Status Quo, basierend auf der Durchsetzung des Rechts des Stärkeren. Viel lieber möchte er das Palästina-Problem von der Prioritätenliste verschwinden lassen, indem er sich auf die Frage der Verbesserung der sozialökonomischen Lage der Palästinenser, auf einen „ökonomischen Frieden“, fokussiert.

Wenn sich Netanjahu nun doch von Kerry sichtlich lustlos zur Wiederaufnahme der direkten Gespräche mit der palästinensischen Seite hat überreden lassen, so vor allem, um international nicht als handlungsunwillig dazustehen. Aber zugleich hat er seine Prinzipien für derartige Gespräche erneut festgezurrt. So wurde Westerwelle während seines Israel-Besuchs im August 2013 ausdrücklich davor gewarnt, die



von der EU beschlossenen Richtlinien zum künftigen Umgang mit in israelischen Siedlungen hergestellten Produkten zur Anwendung zu bringen. Mit ihnen würde der Friedensprozess gefährdet; denn sie dienen lediglich dazu, die Palästinenser zu ermuntern, unrealistische Forderungen zu stellen. Indessen könne die Lösung nur durch direkte Gespräche und nicht durch internationale Diktate erfolgen.<sup>10</sup>

Etwas anderes als diese fragwürdigen Unterstellungen dürfte wohl auch kaum zu erwarten gewesen sein, steht doch Netanjahu seit dem 18. März 2013 einer Koalitionsregierung vor, die als die bislang Siedler freundlichste überhaupt gilt und deren erklärte Maxime die historische Bindung an Erez Israel ist. Will heißen, Israel unter Einschluss der palästinensischen Westbank – im offiziellen Sprachgebrauch ohnehin nur als Judäa und Samaria bezeichnet.<sup>11</sup>

Über die Jahre hat Israel die internationale Öffentlichkeit im Grunde daran gewöhnt, dass die Ankündigung des Baus weiterer Siedlungen als eine Art Strafmaßnahme gegen als missliebig empfundene Aktionen erfolgt, sei es nun der Gang der Palästinenser zur UNO oder die US-amerikanische Aufforderung zur Rückkehr an den Verhandlungstisch. Nunmehr soll auch die berüchtigte E1-Zone zwischen Jerusalem und Maaleh Adumim zielstrebig besiedelt werden, womit dann schließlich die Westbank in der Mitte geteilt und die wichtigste Straßenverbindung der Palästinenser zwischen der nördlichen und der südlichen Westbank durchschnitten wäre. Ost-Jerusalem als mögliche Hauptstadt eines Staates Palästina wird mittlerweile in verschiedensten internationalen Berichten schon wie selbstverständlich als unrealistisch angesehen.

Die als israelische Verhandlungsführerin bestellte und im Kabinett Netanjahu auch für das Justizressort zuständige Tzipi Livni hatte bereits im Vorfeld der wieder angesetzten Verhandlungsrunde kundgetan, dass nicht von außen festgelegte Grenzverläufe – sprich die völkerrechtlich definierten Linien von 1967 – zur Verhandlungsgrundlage zu nehmen sind. Vielmehr seien diese erst auszuhandeln. Auf diese Weise sollen die besetzten palästinensischen Gebiete als so genannte umstrittene Gebiete betrachtet werden. Allein der Kulanz der israelischen politischen Klasse solle obliegen, auf welche Teile der Westbank Israel zu verzichten bereit wäre. Die Jordansenke gehörte mit Sicherheit nicht dazu; höchstwahrscheinlich auch nicht die beiden bereits über Stadtrecht verfügenden Ansiedlungen Maaleh Adumim und Ariel, beide beträchtlich von der 1967er Grenzlinie entfernt auf palästinensischem Territorium gelegen. Wie Ost-Jerusalem so gelten auch die großen Siedlungsblöcke quasi als israelisches Gebiet.

Deshalb also will man die Siedlungsfrage lediglich als ein erst im Verhandlungsprozess zu regelndes Problem gelten lassen. Was sie inzwischen auch ist. Bestehen mittlerweile doch schon 120 Siedlungen nebst ungezählten „Außenposten“ mit weit über 500 000 Kolonisten. Netanjahu selbst spricht von um die 650 000. Von denen ist eine wachsende Zahl religiös-nationalistisch und mithin besonders Palästinenser feindlich ausgerichtet – in der wahnhaften Überzeugung, sich auf den Juden von Gott verheißenem Land niederzulassen.<sup>12</sup> Die Forderung nach einem Stopp des Siedlungsbaus vor Verhandlungsbeginn – zweifellos eine vertrauensbildende Maßnahme – hätte indessen zur Folge, dass während des laufenden Verhandlungsprozesses keine weiteren „facts on the ground“ geschaffen werden könnten.

Von der Politik einst dafür instrumentalisiert, dem Staat Israel durch Kolonisierung der palästinensischen Gebiete zusätzliche Kontrollmöglichkeiten bis hin zu territorialen Zugewinnen zu erschließen, verkörpern die Siedler heute bereits einen solchen Kräftepol, an dessen Interessen auch eine nicht so Siedler freundliche Regierung wie die jetzige nicht mehr so einfach vorbeikommt. Bei entsprechendem politischen Willen gäbe es jedoch selbst dafür Lösungen.

### Interne palästinensische Dilemmata

Für die palästinensische Seite kommt die Wiederaufnahme der direkten Gespräche zum jetzigen Zeitpunkt höchst ungelogen, da ihre unter den gegebenen Rahmenbedingungen ohnehin schwache Position durch eigene Querelen zusätzlich geschwächt ist. Vermochte sie doch die seit 2007 bestehende politisch-geografische Spaltung bisher nicht zu überwinden. Damit stellt sich die Frage nach der Legitimation der Verhandlungsführerschaft.

Wenn auch zu keiner Zeit völlig einig, stellte die PLO beim Zustandekommen der Osloer Vereinbarungen vor 20 Jahren unumstritten die einzig legitime Vertreterin der Palästinenser dar. Mit dem Entstehen und Wirken von Hamas hat sich jedoch die politische Kräftekonstellation grundsätzlich verschoben. Alle Bemühungen, die Hamas in die PLO zu integrieren, sind trotz deren mehrfach bekundeter Beitrittsabsicht bis heute fehlgeschlagen. Ein entscheidender Punkt ist zweifellos die Haltung zum Staat Israel, dessen Recht auf Existenz die Hamas zumindest offiziell nach wie vor in Abrede stellt. Nichtsdestoweniger ist ohne Einbeziehung der Hamas jedes Ergebnis von Verhandlungen mit Israel á priori in Frage gestellt. Damit bliebe zugleich die Möglichkeit erhalten, die beiden politischen Hauptkräfte Fatah und Hamas auch fürderhin gegeneinander auszuspielen. Das hat Israel bislang weidlich für sich ausgenutzt. Vor allem ist die Fatah, die sich expressis verbis zu einer politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bekennt, gegenüber Hamas dadurch in hohem Maße desavouiert worden, dass sie im bisherigen Verhandlungsprozess die versprochene Gründung eines palästinensischen Staates schuldig bleiben musste. Währenddessen trafen die Israelis mit der offiziell politisch boykottierten Hamas hinter den Kulissen Absprachen verschiedenster Art: Waffenstillstände oder Gefangenaustausche bis hin zur Freilassung der über 1000 palästinensischen Gefangenen, die Hamas natürlich als großen politischen Erfolg für sich zu verbuchen wusste.

Angesichts dessen kann es kaum verwundern, dass die von Abbas erklärte Bereitschaft zur Wiederaufnahme direkter Gespräche unter den Palästinensern auf deutlichen Unmut gestoßen ist. Dies um so mehr, als Kerry Abbas auch noch zum Verzicht auf die dafür eigens fixierten Prämissen zu drängen vermochte.<sup>13</sup> Selbst innerhalb des Exekutivkomitees der PLO hat er sich deswegen Kritik von PFLP, DFLP und PPP sowie von Al-Mubadira eingehandelt.

Kritik übt selbstredend auch Hamas, die die Gespräche für unsinnig hält. Steht sie doch einer ausgehandelten Zwei-Staaten-Lösung skeptisch bis ablehnend gegenüber. Lieber wäre ihr die Vereinbarung eines längerfristigen Waffenstillstandes mit Israel. Denn Palästina sei niemandes Eigentum, es stehe weder zum Tausch noch gar zum Verkauf.<sup>14</sup> Dem widerspricht nicht, dass sich einige ihrer Vertreter, darunter Politbüro-Chef Khaled Mashal, bereits wiederholt zu der Zwei-Staaten-Lösung bekannt haben, wenn sie in den Gren-





zen von 1967 erfolge und von den Palästinensern per Referendum bestätigt werde.

Auch der Gang der Palästinensischen Administration zur UNO ist anscheinend von Hamas akzeptiert und die Aufnahme Palästinas am 29. November 2012 als beobachtender Nichtmitgliedstaat begrüßt worden, insbesondere das überzeugende positive Votum von 138 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen (darunter Israel) sowie 41 Enthaltungen. Immerhin ist so die Möglichkeit entstanden, sich zur Verbesserung der palästinensischen Position gegenüber Israel wegen der israelischen Siedlungs- und Landnahmepolitik an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu wenden.

Dass sich Hamas und Fatah bei der Überwindung der bestehenden Gräben so schwer tun, hat natürlich damit zu tun, dass sich beide Parteien inzwischen im Status Quo eingerichtet haben und keine Seite die derzeitig ausgeübte Kontrolle aufgeben will. Inwieweit der Sturz von Mursi und der politische Niedergang der Muslimbruderschaft in Ägypten Konsequenzen für beider Verhältnis haben wird, da Hamas einer seiner bedeutsamsten Stützen verlustig gegangen ist, muss abgewartet werden. Ebenso, ob Qatar sich weiterhin so intensiv darum bemühen wird, kraft seines Einflusses innerhalb der Arabischen Liga und seiner beträchtlichen Finanzspritzen Hamas in die Rolle des politischen Meinungsführers der Palästinenser zu hieven.

Die palästinensische Seite wurde ohne vorherige Versöhnung und interne Verständigung in die neuerliche Verhandlungsrunde gedrängt. Das lässt darauf schließen, dass es dabei nicht um die dringend gebotene tragfähige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gehen soll, sondern in erster Linie um die Interessen der USA und Israels.

### Hat sich das Zwei-Staaten-Konzept überlebt?

Während des gesamten bisherigen Verlaufs der Verhandlungen über die Zwei-Staaten-Option haben sich die Realitäten in gegenläufiger Richtung entwickelt, sind die Voraussetzungen für diese Option mehr und mehr geschwunden. Damit hat die Debatte, ob dieses Konzept nicht überhaupt schon gänzlich obsolet geworden sei, sichtlich an Fahrt aufgenommen. In intellektuellen Kreisen unterschiedlicher Provenienz wird seit geraumer Zeit die Frage nach der Notwendigkeit von Alternativkonzepten aufgeworfen. Im Fokus steht dabei die Idee eines bi-nationalen Staates bzw. der Ein-Staatlichkeit.<sup>15</sup> Diese ist allerdings keinesfalls so originell wie sie auf den ersten Blick erscheint.

Hat doch die Idee des bi-nationalen Staates schon in den 1930er Jahren die intellektuelle Debatte bestimmt. Wie bereits dargestellt, scheint sie heute selbst unter rechten israelischen Kreisen Verbreitung zu finden. Auch die PLO hat ihr angehangen, bevor sie sich zum Zwei-Staaten-Konzept bekannte – politisch ausgedrückt in der Proklamierung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 an der Seite Israels auf ihrem Nationalkongress 1988 in Algier.

Daran hält sie nicht ohne Grund bis heute fest, weil sie darin am ehesten die Möglichkeit sieht, das legitime Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung in einem unabhängigen Staat zu verwirklichen. Auch die Arabische Liga bekennt sich gemäß den Beschlüssen ihres 24. Gipfeltreffens Ende März 2013 in Doha weiterhin dazu. Dabei beruft sie sich auf die von der Gipfelkonferenz 2002 in Beirut verabschiedete und dann 2007 in Riad erneuerte „Arabische Initiative“. Diese stellt Israel volle diplomatische Beziehun-

gen in Aussicht, wenn es der Errichtung eines Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt sowie der Regelung der Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der UN-Resolution 194 aus dem Jahre 1948 zustimmt. Mit dem Schritt von Abbas, die Palästinafrage wieder zu einer Pflichtangelegenheit der UNO zu machen, wurde insofern ein Durchbruch erzielt, als Palästina seit November 2012 zwar nicht wie gewünscht Vollmitglied, aber doch Beobachterstaat in der UNO ist und zuvor seine Aufnahme in die UNESCO erfolgte. Das eindeutige Mehrheitsvotum innerhalb der UN-Vollversammlung bekräftigte nachdrücklich das legitime Recht der Palästinenser auf Existenz in einem unabhängigen Staat an der Seite Israels. Somit ist der Staat Palästina zumindest international gesehen ein politisches Faktum, an dem auch Israel nicht ohne weiteres vorbeikommt.

Von Interesse sind Überlegungen von Ex-Knesset-Präsident Avraham Burg, der seit jeher zu den zionistischen „Tauben“ zählt und sich unter anderem seit zwei Jahren im Wiener Bruno-Kreisky-Forum für Internationalen Dialog engagiert. Auch er tritt nachdrücklich für einen seiner Meinung nach zwingend gebotenen Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern ein, der sich auf die Erkenntnis stützen müsse, wonach das Schicksal beider Völker unauflöslich miteinander verbunden sei, beide Teil der nahöstlichen Region wären und folglich niemandem das Recht auf Privilegien oder exklusive Souveränität über das gesamte Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer zustehe.<sup>16</sup>

Davon ausgehend brachte er die gleichfalls schon einmal in der Vergangenheit kursierende Idee der Konföderation ins Spiel.<sup>17</sup> Obwohl auch diese sicherlich mit vielerlei Widerständen zu rechnen hätte, schiene sie ihm dennoch am ehesten praktikabel, weil sie eine Art Bindeglied zwischen der Zwei-Staaten-Option und dem bi-nationalen Ein-Staatenkonzept darstellt.<sup>18</sup> Sicherlich nicht ganz belanglos in diesem Kontext ist, dass vor kurzem sogar Hamas-Chef Khaled Mashal, obzwar seitens anderer Hamas-Vertreter schnell wieder dementiert, einen solchen Föderationsgedanken zumindest schon einmal ausgesprochen hat – unter der Bedingung, dass zuvor ein unabhängiger Staat Palästina proklamiert worden sei.

Die Crux indessen ist, dass weder die Arabische Liga noch jene westlichen Staaten, darunter Deutschland, die sich in ihren politischen Statements gleichfalls für die Zwei-Staaten-Lösung aussprechen, den notwendigen Willen erkennen lassen, sich für deren Realisierung auch konsequent zu verwenden. Damit nehmen sie, ob nun gewollt oder nicht, jedoch in Kauf, dass sich das Zeitfenster für die Zwei-Staaten-Lösung mehr und mehr schließt.

Zumal sich auch gerade unter der heranwachsenden jungen Generation auf palästinensischer Seite, geleitet von der Überzeugung, ohnehin mit Israel zu keinem fairen Abkommen gelangen zu können, die Auffassung verbreitet, dass es keine Eile mehr hat, sich in Verhandlungen mit Israel zu begeben. Ihnen ist vielmehr daran gelegen, endlich ein besseres Leben führen zu können – mit einer sicheren Perspektive für sich und ihre Familien.

Jeder, der in erster Linie für die Interessen Israels eintritt, sollte bedenken, dass ohne eine tragfähige Lösung des Palästina-Problems letztlich auch die Sicherheit Israels und ein friedliches Zusammenleben der Völker in Frage stehen.<sup>19</sup>



## Anmerkungen

- 1 Bekanntlich waren die vom US-Präsidenten gleich zu Beginn seiner ersten Amtszeit mit großer Verve angeregten und im September 2009 gestarteten Verhandlungen im Oktober 2010 wieder zum Erliegen gekommen. Der von Obama als Vermittler eingesetzte und wegen seiner erfolgreichen Vermittlung im Irlandkonflikt von großen Hoffnungen begleitet George Mitchell gab seinen Auftrag jedoch ziemlich schnell wieder zurück.
- 2 Siehe dazu: From Jeff's Desk, „Kerry's ‚Pax Israeliana‘ has failed. What next?“, [www.altro.co.il](http://www.altro.co.il)
- 3 Obwohl die meisten dieser Gefangenen bereits mehr als 20 Jahre in Haft waren und ohnehin bald hätten freigelassen werden müssen, rief dies in Israel einen verstörenden Sturm der Empörung hervor. Was umso auffälliger war, als beispielsweise die Freilassung von über 1 000 Häftlingen im Austausch gegen Gilad Shalit, die seinerzeit mit Hamas ausgehandelt worden war, keine vergleichbare Reaktion ausgelöst hatte.
- 4 1999 als Ziel der Oslo-Vereinbarungen; 2005 gemäß der „Road Map; 2009 im Ergebnis von Annapolis; 2011 entsprechend dem von westlicher Seite verbal unterstützten „Fayyad-Plan“.
- 5 In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2011 hatte Präsident Obama den Palästinensern zwar bescheinigt, schon viel zu lange auf ihren Staat warten zu müssen. Zugleich stellte er klar, dass sie von den USA keine wirkliche Unterstützung erhoffen könnten, weil es seines Erachtens keinen kurzen Schnitt für die Beendigung eines jahrzehntelangen Konflikts gäbe. Und es sei schon gar nicht Sache der UNO, darüber zu entscheiden, sondern ausschließlich die Angelegenheit von Palästinensern und Israelis, „die ein Abkommen über die zwischen ihnen bestehenden Streitfragen erreichen müssen: über Grenzen und Sicherheit, über Flüchtlinge und Jerusalem“.
- 6 Schon allein, wenn man der im Jahre 2000 vom damaligen US-Präsidenten Clinton verkündeten Richtlinie für Jerusalem folgen wollte: Wo Palästinenser konzentriert sind, ist Jerusalem palästinensisch und wo Israelis konzentriert sind, ist es israelisch.
- 7 Dies widerspiegelt beispielsweise eine Morgenkolumne von Josef Joffe in Zeit online vom 15.8.2013. Dort polemisiert er gegen einen völlig berechtigten Kommentar der FAZ, wonach der im Vorfeld der neuen Verhandlungsrunde seitens der israelischen Regierung bekannte Bau weiterer Siedlungen ein Indiz dafür sei, dass diese deren Scheitern willentlich in Kauf nehme und an einem Frieden kein Interesse habe. Den angekündigten Siedlungsbau sucht er dadurch zu rechtfertigen, dass es sich nicht um neue Siedlungen handele, sondern nur „um neue Wohneinheiten in einem alten Gebiet, nämlich Gilo am Rande von Jerusalem, das in jedem Abkommen im Rahmen eines Gebietsaustausches israelisch bleiben wird“. Dieses Argument benutzte auch Premier Netanjahu in seiner Rede vor dem American Israeli Public Affairs Committee (AIPAC) im März 2010 in Washington: „Jerusalem ist keine Siedlung. Es ist unsere Hauptstadt.“ Wer nicht akzeptieren wolle, dass die jüdischen Nachbarschaften jenseits der „Grünen Linie“ (sprich in Ost-Jerusalem) integraler Bestandteil Israels seien, schließe die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung aus. „Womit Siedlungen wie Gilo oder auch Pisgat Ze'ev gemeint sind, die über die Jahre, was ihre Bevölkerung betrifft, weit über Kleinstadtgröße hinausgewachsen sind. So waren in Gilo im Jahre 2007 reichlich 27 000 und in Pisgat Ze'ev bereits über 40 000 Einwohner registriert.“
- 8 Dies bestätigte sich besonders anschaulich zu Beginn der ersten Amtszeit Obamas, als dieser von Israel den Stopp des Siedlungsbaus als Voraussetzung für die von ihm angeregten israelisch-palästinensischen Verhandlungen forderte. Daraufhin wurde innerhalb des Netanjahu-Kabinetts äußerst despektierlich über den US-Präsidenten hergezogen. Zudem mobilisierte der israelische Premier seine Unterstützer im US-Kongress und in AIPAC, bis sich Obama schließlich zum Einlenken gezwungen sah und von seiner völlig berechtigten Forderung abrückte.  
Auch Ex-Premier Shamir hatte 1991 Präsident Bush sr. die Stirn geboten, als dieser die Gewährung von Kreditgarantien für Israel an die Beendigung des Siedlungsbaus koppeln wollte. Stattdessen sah er sich mit einer großen Kundgebung in Washington und der Forderung nach Rücknahme der Entscheidung konfrontiert.
- 9 Sicherlich nicht zufällig meldet sich sein Likud-Parteikollege, Ex-Verteidigungsminister und Ex-Außenminister Moshe Arens, seit geraumer Zeit immer wieder mit verschiedensten Zeitungskolumnen zu Wort, in denen es ihm – ausgehend von der These, wonach Israel als Staat schon längst bi-national verfasst sei – sichtlich darum zu gehen scheint, Politik wie Öffentlichkeit seines Landes, den Schrecken vor einem solchen Staat zu nehmen. Notwendig sei es, die Palästinenser besser in die israelische Gesellschaft zu integrieren und gleichzeitig jüdische Einwanderung zielstrebig zu befördern, um so die jüdische

- Majorität auch zukünftig gewährleisten zu helfen. Zugleich macht er kein Hehl daraus, dass die für ihn mit einem solchen Konzept zu realisierende territoriale Vergrößerung Israels von besonderer Relevanz ist. So sei Israel, wie er in einem Tweet in Haaretz vom 13.5.2013 konstatiert, bereits jetzt bi-national. Die Befürworter der Schaffung eines Staates Palästina wollten einfach nicht noch mehr Araber im Staat Israel haben. Hinter der Losung „Zwei Staaten für zwei Völker“ stehe schlicht der Gedanke „Keine weiteren Araber mehr“. Es ließe sich darüber streiten, wie viele Araber zu akzeptieren wären. Die Regierung aber sollte sich darauf konzentrieren, weitere jüdische Einwanderung nach Israel zu befördern sowie die arabischen Bürger besser in die israelische Gesellschaft zu integrieren.
- Was Ahrens mit Letzterem gemeint hat, ließe sich nicht zuletzt daran festmachen, dass beispielsweise die Löhne der in den israelischen Siedlungen beschäftigten Palästinenser (ungefähr 12 Prozent) durchschnittlich zwischen dem Doppelten (Westbank) und Dreifachen (Gaza-Streifen) höher liegen.
- Einer der Hauptbeweggründe für Arens ist offensichtlich die Furcht, dass Israel in jedwedem Abkommen mit den Palästinensern auf jetzt kontrolliertes Territorium verzichten müsste, was er für fatal hält. Über ein kleineres Territorium die Kontrolle zu haben, bedeute schwächer und angreifbarer zu sein.
- 10 Siehe dazu „Netanjahu warns German FM: EU's settlement guidelines will undercut peace“, Haaretz, 12.8.2013.
  - 11 Siehe dazu die Einschätzung von Angelika Timm „Das dritte Kabinett Netanjahus: Neue Koalition – alte Politik“, in Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel, 29.3.2013.
  - 12 Manche gehen sogar so weit, dieses von Nichtjuden säubern zu müssen. Diese Siedlergruppe verfügt über gewaltige politische Macht. Sie lebt über alle besetzten palästinensischen Gebiete verstreut. Ihr Einfluss reicht weit in die Armee und den Regierungsapparat hinein.
  - 13 Sicher spielten bei Abbas' Entscheidung auch finanzielle Aspekte eine erhebliche Rolle. Bei einer Ablehnung hätte er das von Kerry Ende Mai 2013 bekannt gegebene Vier-Milliarden-Dollar-Hilfsprogramm für die palästinensische Wirtschaft und die Autonomiebehörde wohl abschreiben müssen. Diese Mittel werden jedoch dringend benötigt. Laut laufendem Haushaltsplan veranschlagt die Autonomiebehörde ein Volumen von über 3,8 Milliarden US-Dollar. Nahezu die Hälfte ist für die Bezahlung von Dienstleistungen und die Gehälter der 145 000 Angestellten, darunter 62 000 im Gazastreifen, vorgesehen. Siehe den Augenzeugenbericht von Reiner Bernstein vom 13.6.2013, [www.reiner-berstein.de](http://www.reiner-berstein.de)
  - 14 Selbst der Arabischen Liga spricht Hamas das Recht ab, sich in die palästinensischen Belange hinsichtlich der Territorial- und Staatenregelung einzuschalten. Deshalb unterstützte sie auch nicht die Arabische Initiative von 2002/2007.
  - 15 Dafür ließen sich zwei Bücher aus beiden Lagern anführen: *Es war einmal ein Palästina* des israelischen Historikers Tom Segev, München 2005, und *Es war einmal ein Land* des Rektors der palästinensischen Al Quds-Universität Sari Nusseibeh, Frankfurt/Main 2009. Beider Grundaussagen tendieren in Richtung Einstaatlichkeit.
  - 16 Seines Erachtens fokussiert sich die Debatte um die Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts viel zu sehr auf die Staatsfrage – ob nun Zweistaatlichkeit oder Einstaatlichkeit in Gestalt eines bi-nationalen Staates. Für ihn handelt es sich dabei um eine eindimensionale Sicht, nämlich vom nationalen Standpunkt aus. Selbst wenn ein Staat Palästina an der Seite Israels entstünde, würde dieser bestenfalls Ausdruck und Ergebnis eines unbefriedigenden Interimsabkommens sein. Weil kaum anzunehmen wäre, dass territoriale Konzessionen auf Dauer hingenommen würden – insbesondere von jenen auf beiden Seiten, die Anspruch auf das ganze historische Palästina erheben. Das ihm vorschwebende und am allegorischen Bild eines dreistöckigen Bauwerks dargestellte dreidimensionale Herangehen basiert auf den folgenden Grundsätzen: a) Jeder zwischen Jordan und Mittelmeer lebenden bzw. Residenzstatus besitzenden Person werden gleiche persönliche, politische, ökonomische und soziale Rechte garantiert; b) die kollektiven Rechte von jüdischen Israelis und Palästinensern – sprachlich, kulturell, religiös und politisch – werden in jedem politischen Rahmen garantiert sein; c) alle aktuell bestehenden exklusiven Privilegien der jüdischen Israelis werden abgeschafft, darunter der Landbesitz und Zugang zu den natürlichen Ressourcen; d) das palästinensische Recht auf Rückkehr gemäß UN-Resolution 194 wird anerkannt unter Berücksichtigung aktueller Realitäten sowie des Prinzips, keine neuen Ungerechtigkeiten zu schaffen; e) die neuen politischen Institutionen erlassen ein demokratisches Einwanderungsgesetz zur regulierten Staatsangehörigkeit. Haaretz, 29.3.2013.
  - 17 Darauf weist auch Uri Avnery hin und verbindet das mit der Frage: „Eine Föderation – Warum nicht?“ Sich expressis verbis auf Avraham



Burg beziehend, hat Uri Avnery in seinem Blog vom 10.8.2013 dessen schon auf Ende der 1940er Jahre zurückgehende Geschichte am eigenen Erleben nachgezeichnet. Nachzulesen auf seiner deutschsprachigen Webseite unter der Adresse [www.uri-avnery.de](http://www.uri-avnery.de)

- 18 In einem in Haaretz am 6.8.2013 von Avraham Burg publizierten Tweet stellt sich dies für ihn wie folgt dar: Auf der unteren Etage des neuen Gebäudes würde es darum gehen, jene Fundamente des künftig zu bauenden Staates zu schaffen, die auf dem gleichen Recht für alle zwischen Jordan und Mittelmeer ansässigen Menschen basieren. Die mittlere Etage würde getrennt nach den beiden Mietparteien sein – und zwar in Gestalt der Existenz zweier unabhängiger Staaten mit eigener innen- wie außenpolitischer Ausrichtung. Die dritte Etage würde dann dazu bestimmt sein, einen gemeinsamen Überbau zu schaffen, der die beiden Staaten in einer Föderation zusammenschließt
- 19 Von einer solchen Erkenntnis getrieben sahen sich offenkundig gleichfalls jene 100 jüdisch-amerikanischen Persönlichkeiten, die Anfang April in einem offenen Brief an Israels Ministerpräsident Netanjahu appellierten, „konkrete vertrauensbildende Schritte zu unternehmen und so Israels Einsatz für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nach dem Prinzip ‚Zwei Staaten für zwei Völker‘ zu demonstrieren“. Siehe [www.israelpolicyforum.org](http://www.israelpolicyforum.org)
- Im Gefolge des Obama-Besuches in Israel sollte Netanjahu mit diesem Brief dazu veranlasst werden, eng mit Kerry zu kooperieren und in Übereinstimmung mit den israelischen Sicherheitserfordernissen geeignete Schritte zu unternehmen, die Israels Bereitschaft zu „schmerzlichen territorialen Opfern“ im Interesse der Friedenssuche belegen.

## Konterrevolution in Ägypten

Von Wolfgang Bator, Botschafter a. D.

Die mit dem „Arabischen Frühling“ und dem Sturz Mubaraks in Ägypten eingeleitete Periode gesellschaftlicher und sozialer Veränderungen wird zumeist als „Revolution“ bezeichnet. Nach dem Putsch der ägyptischen Militärs unter General Abdul Fattah al-Sisi am 3. Juli 2013 scheint es berechtigt, nunmehr von einer Periode der „Konterrevolution“ in Ägypten zu sprechen.

Ziel der konterrevolutionären Kräfte, vor allem der Militärs und der Anhänger und Nutznießer des ehemaligen Mubarak-Regimes, ist es, die nach dem Sturz Mubaraks eingeleiteten gesellschaftlichen, staatlichen und sozialen Veränderungen rückgängig zu machen, die alte Staatsmacht zu restaurieren und gleichzeitig mit den „Revolutionären“ abzurechnen.

Die aktuelle Entwicklung in Ägypten, dem Staat, in dem die vom „Arabischen Frühling“ ausgelösten Veränderungen am weitesten gegangen waren, kann dabei möglicherweise als Muster dienen, dem andere, ebenfalls vom revolutionären „Arabischen Frühling“ erfaßte, arabische Staaten folgen könnten.

### Die gestohlene „Revolution“

Am 17. Dezember 2013 jährt sich zum dritten Mal der Tag, an dem sich der sechszwanzig Jahre alte tunesische Student Mohamed Bouazizi öffentlich verbrannte und damit eine Welle von Aufständen in einigen arabischen Ländern auslöste, die man bald „Arabischen Frühling“ nannte. Diese Aufstände wurden von den Beteiligten und von den Medien zumeist als „Revolution“ bezeichnet. Exakter scheint mir zu sein, von „Aufständen“ zu sprechen, die in eine Revolution übergehen könnten. Doch unabhängig davon, welchen Terminus man für dieses erste Stadium sozialer und gesellschaftlicher Veränderungen in arabischen Ländern verwendet, scheint es angesichts der sich gegenwärtig abzeichnenden Entwicklungen voll gerechtfertigt zu sein, bei diesen gegen

die Veränderungen gerichteten Aktivitäten, von einer Konterrevolution zu sprechen.

Die Ursachen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Ägypten, Tunesien und Libyen werden in den Medien und bürgerlichen wissenschaftlichen Analysen entweder als Überwindung diktatorischer Machtstrukturen oder als aus dem Gegensatz zwischen unterschiedlichen islamischen Glaubensauffassungen, d. h. zwischen Sunniten und Schiiten, erwachsend oder auch als Auseinandersetzung zwischen säkularen und religiös-islamischen Auffassungen dargestellt. Dabei wird übersehen, das es sich bei diesen zur Erklärung herangezogenen Widersprüchen lediglich um Probleme der Staatsstruktur oder um Fragen der Ideologie handelt. Die eigentlichen Ursachen sind in sozialen und ökonomischen Widersprüchen zu sehen. Zu einem Verständnis dieser jüngsten Entwicklungen in einigen arabischen Staaten kann man deshalb nur kommen, wenn man sie unter dem sozialen Aspekt betrachtet – als Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen sozialen Klassen und Schichten.

In Ägypten kamen die Anhänger der islamischen Partei der Muslimbruderschaft auf dem Wege über eine legale, von allen Beobachtern als korrekt und frei bezeichnete Wahl 2012 an die Macht. Die Mitglieder der bis dahin in Ägypten verbotenen Partei und ihre Wähler waren in erster Linie Angehörige der ägyptischen unteren und Mittelschichten, kleine Händler, Handwerker, Arbeiter oder arme Bauern. Sie stammten vorrangig aus gesellschaftlichen Schichten, deren ständige Hoffnung auf Verbesserung ihrer sozialen Lage sich nicht erfüllt hatte. Weder die Beseitigung des englischen Kolonialsystems noch der Aufschwung des arabischen Nationalismus von denen sie jeweils Veränderungen ihrer Lage erwarteten, hatte ihre Hoffnungen erfüllt. Ebenso enttäuscht wurden linke Gruppen und Parteien, die sich Veränderungen durch eine sozialistische Entwicklung erhofft hatten.

Vielmehr kam es zu einer Entwicklung, die letztlich zur diktatorischen Alleinherrschaft Mubaraks führte. In der Zeit seiner Herrschaft vertieften sich die sozialen Gegensätze, die miserable Lage der ärmeren Schichten verbesserte sich nicht, doch gleichzeitig bereicherte sich die ägyptische bürgerliche Oberklasse in bis dahin unbekanntem Maße.

### Die Rolle des Militärs in Ägypten

Die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung vollzog sich seit den fünfziger Jahren in Ägypten bei einer alles dominierenden Stellung des Militärs, das im Verlaufe der Jahrzehnte zu einem immer gewichtigeren Machtfaktor wurde. Die gegenwärtigen Ereignisse sind daher nur zu erklären, wenn man dessen Rolle berücksichtigt.

Unter Nasser hatte sich die ägyptische Armee als die am besten organisierte gesellschaftliche Kraft erwiesen, um grundsätzliche ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen einzuleiten. Nasser führte einschneidende Maßnahmen durch, vor allem die Bodenreform, die Großgrundbesitzer enteignete und große Teile des Landes unter der armen Landbevölkerung neu aufteilte. Vor allem befreite sich das Land von der britischen Kolonialherrschaft – was weitgehende Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur zur Folge hatte. Von Nassers Zeit an war in Ägypten die Armee der letztlich entscheidende Machtfaktor.

Die positive Entwicklung „ging jedoch auf Kosten der Entstehung einer Offiziersrepublik in der die militärischen Institutionen über allen anderen standen, auch über den gewähl-



ten Volksvertretern.“<sup>1</sup> Mit Recht gab der Autor Anouar Abdel-Malek, der diesen Aspekt der ägyptischen Geschichte umfassend dargestellt hat, seinem Buch den Titel: *Egypte – Société Militaire*.<sup>2</sup>

Seit 1971 hatte unter Mubarak ein sogenannter National Defense Council bestanden, dem 15 Mitglieder angehörten. Acht von ihnen wurden durch die Militärführung ausgewählt, und an seiner Spitze stand als Vorsitzender der ägyptische Präsident. „In den vierzig Jahren seiner Existenz“, also bis zum Sturz Mubaraks, „blieb der National Defense Council völlig inaktiv. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen jedoch, im Juni 2012 verlieh ihm der Oberste Militärrat (SCAF) nunmehr eine neue Bedeutung hinsichtlich seiner politischen Aufgaben.“<sup>3</sup> Der National Defense Council wurde zu einem Faktor, der von nun an in allen politischen Fragen ein Mitspracherecht verlangte.

Ihre dominierende politische Stellung verdankten die Militärs vor allem der Tatsache, dass die Mehrzahl der Spitzenpositionen im ägyptischen Staat und in der Wirtschaft von ehemaligen hochrangigen Militärs besetzt worden waren. Das heißt, dass die politische Macht in Ägypten in hohem Grade in den Händen von ehemaligen Militärs gelegen hat und weiterhin liegt. Alle gesellschaftlichen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und der aktuellen Entwicklung müssen im Zusammenhang mit dieser Verflechtung von Armee und politischer Kaste ehemaliger Militärs gesehen werden.

Die ägyptische Staatsmacht wurde nach dem Beginn des Arabischen Frühlings, also ab dem Frühjahr 2011 offen geleitet und beherrscht von dem Supreme Council of the Armed Forces (SCAF) dem Obersten Rat der Bewaffneten Kräfte. Die Ereignisse des Jahres 2011 bedrohten den seit Nassers Zeiten bestehenden status quo, vor allem die dominierende Rolle der Armee in der ägyptischen Politik.

Als die Muslimbruderschaft die freien Wahlen gewann, an die Macht kam und die Mehrheit der Sitze im Parlament einnahm, wurde ihre Haltung zur Armee zur wichtigsten Frage, die vor dieser Partei und dem neuen Präsidenten Mursi stand. Einerseits konnte sie die alles beherrschende Rolle der Armee nicht ohne weiteres in Frage stellen und musste deren Interessen Rechnung tragen. Andererseits musste sie versuchen, die Macht der Militärs einzuschränken, weil sie darin mit Recht einen gefährlichen, ernstzunehmenden Rivalen sah.

Die Minimalforderungen der im Arabischen Frühling siegreichen ägyptischen Aufständischen im Hinblick auf die Armee waren deshalb: Reform der Sicherheitsdienste, demokratische Kontrolle über die Streitkräfte, Kontrolle der zivilen und der Militärpolizei durch zivile Institutionen, Rechenschaftslegung gegenüber den gewählten Volksvertretern und Transparenz des Militärbudgets. Damit rührte die Muslimbruderschaft an Probleme, die bisher tabuisiert gewesen waren.

Der SCAF seinerseits wollte drei Forderungen garantiert wissen: Einspruchsrecht in allen Fragen von politischer Bedeutung, Unabhängigkeit bei der Gestaltung des Militärbudgets und des Wirtschaftsimperiums der Armee sowie Immunität in allen Sachen, die als Korruption und Unterdrückung ausgedeutet werden konnten. Die Militärs wollten diese Anliegen abgesichert sehen und forderten deshalb dafür verfassungsmäßige Garantien.

Um ihren Forderungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen, veröffentlichten die Militärs, nachdem sie beim

Verfassungsgericht durchgesetzt hatten, dass dieses Teile des Wahlgesetzes als nicht verfassungskonform erklärte, mit der Verfügung Nummer 350 vom 30. Juni 2012,<sup>4</sup> also nur wenige Tage bevor der erste zivile Präsident Ägyptens offiziell seinen Amtseid ablegte, eine Ergänzung zur Verfassung, die den Militärs das Recht gab, sich über die Entscheidungen des ersten nachrevolutionären Parlaments, also auch die des Präsidenten, hinwegzusetzen, wenn es ihre Interessen erforderten. Diese Verfügung als Anlage zur Verfassung übertrug letztlich alle gesetzlichen Rechte dem SCAF.

Der Einfluss und die Machtstellung der Militärs beruhte nicht zuletzt auf deren wirtschaftlich-militärischem Imperium, das heißt ihrer Verankerung in der ägyptischen staatlichen Wirtschaft. Es wird eingeschätzt, dass von der Armee geleitete Produktionskonglomerate 20 Prozent der ägyptischen Wirtschaft ausmachen. Die militärischen Wirtschaftskombinate waren von Steuern und Zöllen befreit, hatten Eigentumsrechte an Grund und Boden und das Recht Land zu konfiszieren, ohne verpflichtet zu sein, den Staat dafür entschädigen zu müssen. Dieses militärische Wirtschaftsimperium funktionierte dank einer Armee von Lohnarbeitern aus einberufenen oder zwangsverpflichteten Soldaten.

Es lag nahe, dass es die nach der Revolution neu gewählten Politiker und Abgeordneten versuchen würden, die schlechte wirtschaftliche Situation Ägyptens zu verbessern, indem sie gegen die Vorrechte und die Alleinherrschaft der Militärs und deren wirtschaftlichen Besitz vorgingen. Selbstverständlich stieß dies auf heftigsten Widerstand bei den Militärs. Im März 2012 wandte sich der im SCAF für die Finanzangelegenheiten verantwortliche General Mahmoud Nasr mit einer Warnung an die Öffentlichkeit und erklärte: „... wir werden niemals erlauben, dass irgend jemand die Projekte der Streitkräfte antastet.“<sup>5</sup>

Doch trotz ihrer beherrschenden Rolle in Politik und Wirtschaft Ägyptens, die von den Militärs erbittert verteidigt wurde, gab es einige Faktoren, die sie berücksichtigen mussten. Einmal war dies die Abhängigkeit der Armee von den USA, die dieser Armee jährlich 1,3 Milliarden US-Dollar Militärhilfe zur Verfügung stellten und von denen sie deshalb in allen Fragen der Bewaffnung, Ausbildung und Ausrüstung abhängig waren. Dank ihrer Position vermochten die USA jederzeit Druck auf die ägyptischen Militärs auszuüben. Zum anderen waren diese sensibel angesichts der gewaltigen Straßenproteste breiter Teile der Bevölkerung, die im Arabischen Frühling gegen die Alleinherrschaft Mubaraks aufgetreten waren und nach dessen Beseitigung Veränderungen, vor allem aber demokratische Freiheiten forderten. Es bestand die Gefahr, dass diese Forderungen auch von Teilen der Armee erhoben werden könnten.

Die Militärs waren sich angesichts der entstandenen Lage bewusst, dass möglicherweise die Einheit und Geschlossenheit der Armee auf dem Spiel stand. Die Geschichte der nahöstlichen arabischen Staaten bietet genügend anschauliche Beispiele für das Auseinanderbrechen und für Meutereien innerhalb einer Armee. Es stand außer Frage, dass viele der zumeist aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung stammenden Soldaten und unteren Chargen mit den Aufständischen und vor allem mit deren islamischen Tendenzen sympathisierten.

Die Wahrung des Zusammenhalts der Armee bedurfte vor allem eines eindeutigen Feindbildes, auf das man Offiziere und Mannschaften orientieren konnte. Die sozial und vor al-



lem in der Frage der Auslegung des Islams tief gesplante ägyptische Gesellschaft lieferte dafür geeignete Ansatzpunkte. Als Objekt boten sich angesichts der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Terror die in der Muslimbruderschaft organisierten ägyptischen Islamisten an. Diese wurden von den ägyptischen Militärs systematisch als Feindbild aufgebaut. Ihre Dämonisierung stieß in großen Bevölkerungskreisen, vor allem unter den weitgehend weltlich beeinflussten städtischen Ober- und Mittelschichten, auf offene Ohren.

Unter Beachtung dieser Faktoren muss die passive Haltung der Armee angesichts des Sturzes Mubaraks und des Aufbaus der Muslimbruderschaft als zentrales Feindbild gesehen werden. Die neutrale, angeblich nur die Interessen der ägyptischen Nation verteidigende und über den rivalisierenden Parteien stehende Haltung der Militärs war eindeutig das Ergebnis des Druckes der Volksmassen auf den Straßen, die Demokratie und Freiheit forderten, sowie der Sorge um die Erhaltung der Einheit und Geschlossenheit der Armee selbst. Darüber hinaus hatten die Militärs bei ihrer Haltung zu Mubarak und seiner Herrschaft stets auch die Politik der USA, die weltweit Demokratie und bürgerliche Freiheiten propagierten, zu berücksichtigen.

### Die Kompromisse der Muslimbruderschaft

Um es nicht zu einer Konfrontation zwischen den militärischen und den zivilen Kräften kommen zu lassen, war der 2012 neu gewählte Präsident Mohammed Mursi von Anfang an zu Kompromissen bereit. Er versuchte die Beziehungen zwischen den Militärs und den zivilen Kräften auszubalancieren.

Die Kompromisse von Seiten des Präsidenten und der Partei der Muslimbrüder verlangten ihren Preis, der seinen Niederschlag in der neuen Verfassung fand. Nicht nur, dass der Verteidigungsminister stets ein Militär zu sein hatte (Artikel 165) sondern auch die Formulierung, dass der National Defence Council in seiner Mehrheit aus Offizieren bestehen sollte (Artikel 197). Vor allem mit letzterem Artikel erhielten die Militärs das von ihnen geforderte Einspruchsrecht in allen Fragen der nationalen Sicherheit und deren außenpolitischen Wirkungen: „Es ist der National Defense Council, der entscheidet, ob der Präsident bzw. das Parlament ägyptische Streitkräfte außerhalb des Landes einsetzen können, oder ob ein Krieg erklärt wird. Er entscheidet auch darüber welche Strategien zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Land angewendet werden ... Mit Hilfe des National Defense Council entzog sich das Militär weitgehend der Kontrolle durch das Parlament. Auch die politische Rolle der Armee wurde von ihm festgelegt.“<sup>6</sup>

Mit diesen Zugeständnissen erkaufte sich Präsident Mursi die Neutralität der Armeeführung. Mit Recht weist Angelika Bator in ihrem Artikel „Ägypten nach den Präsidentschaftswahlen“ darauf hin, dass „die neue Verfassung der EAF (Egyptian Armed Forces) eine größere Autonomie sowie eine privilegiertere politische Rolle als in der alten Verfassung festgeschrieben hat ... Da ihre Interessen in der Verfassung berücksichtigt waren, schlossen sie sich zunächst nicht der breiten Koalition ägyptischer staatlicher Institutionen an, die sich gegen Mursi und seine Regierung gebildet hatte.“<sup>7</sup>

Mursi war überzeugt, die Führung der Armee auf seiner Seite zu wissen, und schenkte deren Beteuerungen Glauben, für ein demokratisches Ägypten einzutreten. Die Stärke seiner eigenen Position überschätzend, begann er Maßnahmen

einzuweisen, um die Rolle der Armee im gesellschaftlichen Leben einzuschränken. So sprach er mit einem Dekret der Armee das Recht ab, sich in die Angelegenheiten der Justiz und in die Erarbeitung einer neuen Verfassung einzumischen.

Im August 2012 ernannte der Präsident Hisham Qandil zum neuen Premierminister. Dieser bildete eine neue Regierung, deren Mitglieder vorrangig Islamisten und Technokraten waren. Im gleichen Monat ließ Mursi nicht nur die von der Armee veröffentlichte Ergänzung zur Verfassung vom Juni 2012 einfrieren, sondern versetzte auch Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawy und dessen Stellvertreter General Sami Anan, die Autoren der Verfassungsergänzung, in den Ruhestand. Er hütete sich jedoch, einige grundlegende Privilegien und Interessen der Militärs anzutasten. So wurden das Sonderverhältnis der Armee zu den USA, die Frage der amerikanischen Militärhilfe von jährlich 1,3 Milliarden US-Dollar und die Problematik des Wirtschaftsimperiums des Militärs ausgeklammert.

Der Armee und deren angeblich über den Parteiinteressen stehenden neutralen Position vertrauend, wechselte Mursi so die Militärführung aus und besetzte sie mit Personen, denen er glaubte vertrauen zu können. Zum neuen Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der ägyptischen Streitkräfte wurde General Abdel Fattah al-Sisi ernannt. Der in Armeekreisen hoch geschätzte General, der als Mann der Amerikaner und vor allem Saudi-Arabiens bekannt war, hatte eine brillante Militärkarriere hinter sich. Nach einem Studium an Nassers Militärakademie<sup>8</sup> setzte er seine Ausbildung am britischen Staff College fort und besuchte 2005 das amerikanische Army College in Pennsylvania, das er mit dem Masters Degree abschloss. In der ägyptischen Armee hatte er mehrere verantwortliche Posten im Bereich der Infanterie und später des militärischen Geheimdienstes inne, dessen Chef er schließlich wurde.

Ironischerweise ernannte Mursi ihn nicht nur wegen seiner militärischen Fähigkeiten, sondern vor allem wegen seiner Religiosität. Al-Sisi gilt als eine tief religiöse Persönlichkeit, die einen konservativen islamischen Standpunkt vertritt. Es hieß sogar, er sei heimliches Mitglied der Muslimbruderschaft. „Mursi sah in dem ernsthaften Fünfzigjährigen den idealen Mann, um die Gedanken der Muslimbrüder auch in die Armee zu tragen.“<sup>9</sup>

Damit täuschte er sich, wie sich bald zeigen sollte. „Seine ganze Religiosität war nichts weiter als eine Art seiner persönlichen Vermarktung“, schreibt Mahmoud Khalifa, ein Universitätslektor und Mitglied der Muslimbrüder.<sup>10</sup>

Präsident Mursi jedoch vertraute al-Sisi und überschätzte seine eigene Macht im Glauben an die Stärke der spontanen, durch die Muslimbruderschaft organisierten islamischen Volksbewegung, deren Anhänger sich hinter ihn gestellt hatten. Zugleich rechnete er offensichtlich damit, dass das Wahlergebnis, das den Willen der Bevölkerungsmehrheit zum Ausdruck gebracht hatte, von allen Seiten, auch von den Militärs, respektiert würde.

Doch die Zeiten und die Rolle der ägyptischen Armee hatten sich seit Nasser grundlegend gewandelt. Während die Armee unter Nasser ihre vorrangige Aufgabe, neben dem Schutz der Landesgrenzen vor allem darin gesehen hatte, gesellschaftliche Veränderungen einzuleiten, um die postkoloniale Abhängigkeit Ägyptens zu überwinden, waren al-Sisi und die ranghohen Militärs, die hinter ihm standen, in erster Linie an der Erhaltung des status quo und der entscheidenden



den politischen Stellung der Streitkräfte interessiert, womit sie konterrevolutionäre Positionen vertraten.

Al-Sisi und seine Anhänger unter den ranghohen Militärs erkannten, dass die Muslimbrüder trotz aller gegenteiligen Rhetorik dabei waren, die Rolle der Armee einzuschränken und sie den Interessen des Landes unterzuordnen. Sie sahen die Stellung der Armee und damit in erster Linie auch ihre eigene Rolle ernsthaft bedroht. Zweifelsohne hatten sie dabei auch die Entmachtung der Armee in der Türkei unter Erdogan vor Augen, der die Vorrangstellung des Militärs konsequent zerschlagen und dessen Rolle den gesamtstaatlichen Interessen der Türkei untergeordnet hatte.

### Politik und Strategie der Muslimbruderschaft

Die durch die Wahlen an die Macht gekommenen und bis dahin im Untergrund arbeitenden Muslimbrüder können als die am besten organisierte politische Organisation Ägyptens gelten, die zwar im kommunalen Bereich, vor allem dank ihres großen Engagements auf dem Gebiet der Wohlfahrt Beachtliches geleistet hat, jedoch in der Regierungsarbeit und im politischen Leben kaum Erfahrung besitzt. Vor allem gibt es einerseits in dieser Organisation nur wenige erfahrene Politiker und Fachleute für die Leitung der einzelnen Bereiche des Staates. Andererseits gehören die Massen ihrer Anhänger, die für sie gestimmt haben, zu den Ärmsten des Landes. Sie stammen aus den unteren Klassen der Gesellschaft, haben zumeist ein relativ niederes Bildungs- und Kulturniveau und besitzen in der Mehrheit keine Erfahrung auf politischem und administrativem Gebiet.

Die Muslimbrüder sahen sich einer doppelten Aufgabe gegenüber: einerseits die ökonomische Situation Ägyptens, insbesondere die Lage der rebellierenden arbeitslosen Jugendlichen zu verbessern und andererseits die gesetzlichen Grundlagen für den Aufbau einer auf den Prämissen des politischen Islams basierenden Gesellschaft zu schaffen. Dies war nur im Bündnis oder in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Kräften zu erreichen. Diese Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Arbeit in Politik und Staatsverwaltung wurde von den Muslimbrüdern nicht erkannt, beziehungsweise im Glauben an die eigene Stärke bewusst negiert. Mehr noch: Statt sich zu bemühen, zur Zusammenarbeit bereite Partner in den anderen Parteien und Organisationen zu finden, besetzten die Muslimbrüder die entscheidenden Posten im Staatsgefüge mit ihren eigenen Vertretern, die zumeist keine Erfahrungen in der administrativen Tätigkeit besaßen.

Als eine der dringendsten Aufgaben sahen die Muslimbrüder die Erarbeitung einer neuen, auf den Prämissen des Islam basierenden Verfassung an. Als deren Erarbeitung durch das dafür gebildete Komitee auf zu große Schwierigkeiten stieß und sich durch lange Diskussionen mit den anderen im Komitee vertretenden gesellschaftlichen Kräften hinzog, entschlossen sich die Muslimbrüder ihre Mehrheit zu nutzen, um einen neuen Verfassungsentwurf, der ihre religiösen Prinzipien eindeutig zum Ausdruck brachte, mit Gewalt durchzusetzen. Damit stießen sie ihre vorwiegend säkular eingestellten Partner ein weiteres Mal vor den Kopf.

Konzentriert auf diese internen Auseinandersetzungen und in dem Bemühen, die islamischen Grundsätze ihrer Politik notfalls mit Gewalt durchzusetzen, versäumten es die Muslimbrüder, sich in erforderlicher Masse der Lösung dringender ökonomischer Probleme zu widmen. Die ökonomische Lage verschlechterte sich, statt sich spürbar zu ver-

bessern. Nach Ablauf des ersten Jahres ihrer Herrschaft konnten die Muslimbrüder keine sichtbare Verbesserung der sozialen Lage vorweisen, wie ihre Wähler erhofft hatten.

Die konterrevolutionären Kräfte erreichten, dass die dringend notwendige finanzielle Hilfe anderer Staaten auf ökonomischen Gebiet schrumpfte und die oft willkürlich aufgebauten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchsen. Weder der Internationale Währungsfonds, noch die reichen arabischen Erdölstaaten – Saudi-Arabien, die Golfstaaten, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate – erklärten sich bereit, Ägypten mit Krediten zu Hilfe zu kommen, um die ökonomische Lage zu verbessern. Im Gegenteil, deren Führungskräfte, die sich insgeheim mit den ägyptischen Militärs arrangiert hatten, taten alles, um die ökonomischen Schwierigkeiten noch zu vergrößern. All das wurde von den in regimfeindlichen Händen befindlichen Medien als völliges Versagen der Herrschaft der Muslimbrüder dargestellt.

Angesichts des Ausbleibens von Erfolgen, begann die Politik der Muslimbrüder, die sich vor allem auf die Autorität und Machtposition von Präsident Mursi stützte, auf immer größeren Widerstand anderer gesellschaftlichen Kräfte zu stoßen. Zudem ließ die Muslimbruderschaft keinen Zweifel daran, dass sie bereit war, ihre Politik auch mit Gewalt durchzusetzen.

An diesen offensichtlichen Schwächen der Regierungstätigkeit der Muslimbrüder setzten die Konterrevolution bei ihrer immer massiver werdenden Kritik an deren Herrschaft an.

### Die Konterrevolution organisiert sich

Der Arabische Frühling hatte die Gesellschaft in den arabischen Ländern tief gespalten und die Kluft zwischen arm und reich weiter vertieft. Die unteren und mittleren Volksschichten, die Arbeiter, kleinen Händler, die im Dienstleistungssektor Beschäftigten und die Bauern kämpften für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage und wollten gesellschaftliche Veränderungen. Die Anhänger und Mitglieder der Oberschichten, die unter dem alten Regime die Stützen der bestehenden Ordnung bildeten, waren jedoch in erster Linie an der Erhaltung der alten Ordnung interessiert, ebenso wie die nach wie vor existierenden Anhänger des ehemaligen Feudalregimes, die Großgrundbesitzer und Landeigentümer. Angesichts der Veränderungen, die der Arabische Frühling herbeizuführen drohte, stellten sich diese Kräfte auf die Seite der Konterrevolution.

Die sich vertiefende Spaltung der Gesellschaft und die daraus resultierenden Klassenauseinandersetzungen sind keineswegs nur typisch für Ägypten. Sie treffen in noch größerem Maße auf die arabischen Länder zu, wo nach wie vor feudale Gesellschaftsstrukturen bestehen, in erster Linie auf Saudi-Arabien und die Golfstaaten. Deren Herrscher unterstützten die Konterrevolution und bekämpften unter Einsatz ihres Machtapparates entschieden alle gesellschaftlichen Kräfte, die auf eine Verbesserung ihrer Lage hinarbeiteten. Sie setzten ihre ganze Macht ein, um die sich abzeichnenden Veränderungen, die der arabische Frühling mit sich brachte, mit brutaler Gewalt zu unterdrücken.

Das zeigte sich am deutlichsten im feudalen Bahrain, wo die Bewegung des Arabischen Frühlings durch die Streitkräfte des benachbarten feudalen Saudi-Arabien im Keim erstickt wurde. Die Herrscher dieser Feudalstaaten erkannten klar die Gefahr, die ihren Regimes drohte, wenn sich der



arabische Frühling im Zeichen des politischen Islams durchsetzen sollte.

Al-Sisi und die ägyptischen Generäle sahen deshalb mit Recht in den feudalen arabischen Staaten ihre Verbündeten, die wie sie eine Stärkung des politischen Islams und eine Herrschaft der Muslimbrüder als Gefahr für sich erkannten. So kam es zu einer weitgehenden Interessenübereinstimmung der Generäle mit den arabischen Feudalstaaten, besonders mit Saudi-Arabien. Beide stigmatisierten und sabotierten die zur Macht gelangten Muslimbrüder und waren sich einig in der Bekämpfung dieser „terroristischen Islamisten“. Die einen Putsch vorbereitenden ägyptischen Militärs erreichten ihr Ziel: Die Mitglieder der gläubigen Partei der Muslimbruderschaft wurden wie in den Jahrzehnten zuvor, besonders unter der Herrschaft Mubaraks, als die eigentlichen Feinde des ägyptischen Volkes dargestellt und sollten verfolgt werden.

Auch die Position der USA wurde von den ägyptischen Militärs berücksichtigt. Ohne offiziell Position zu beziehen, schienen diese anfangs sogar bereit, sich mit den Muslimbrüdern in Ägypten zu arrangieren. Doch die Militärs kalkulierten mit Recht, dass die USA sich im Falle einer Auseinandersetzung keinesfalls offen auf deren Seite stellen würden.

Den USA, die Ägypten jährlich mit 1,3 Milliarden US-Dollar Militärhilfe unterstützen, waren die Hände gebunden, denn sie konnten laut dem Militärabkommen Aktionen der ägyptischen Militärs nur dann offen verurteilen und ihre Militärhilfe einstellen, wenn es sich um einen „Militärputsch“ (coup) handelte. Daher vermieden es die USA, die ägyptische Konterrevolution als „coup“ zu bezeichnen. Diese Sprachregelung wurde von den führenden westeuropäischen Medien im Wesentlichen übernommen.

Die ägyptischen Militärs bemühten sich außerdem intensiv um einheimische Bundesgenossen, da sie sich bewusst waren, dass ein demonstrativer Einsatz militärischer Macht zur Beseitigung der Herrschaft der Muslimbrüder auf den Widerstand breiter Kreise der Bevölkerung stoßen und das Image der Armee als Hüter der Revolution zerstören würde.

Viele Maßnahmen der Muslimbrüder, deren erklärte Absicht es ist, eine Politik des politischen Islams in Ägypten durchzusetzen, werden von Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Dazu gehören in erster Linie die in den Städten lebenden Angehörigen der Mittelschichten und des Bürgertums, die weitgehend säkular eingestellt sind, sich politisch und kulturell auf die Welt Westeuropas und der USA orientieren. Diese natürlichen Gegner eines islamischen Regimes haben sich in der politischen Sammlungsbewegung „Tamarod“- (Rebellen) zusammengeschlossen. Der aktivste und am besten organisierte Teil dieser Bewegung sind die Massen der zumeist gut ausgebildeten arbeitslosen Jugendlichen, die die Straßen bevölkern und keinerlei Perspektive für ihr weiteres Leben sehen.

Die Tamarod-Bewegung begann eine Unterschriftenkampagne zu organisieren, um nachzuweisen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung mit den Ergebnissen der Politik der Muslimbrüder, die nunmehr ein Jahr regierten, unzufrieden waren und Änderungen verlangten. Unterstützt wurde sie dabei auch von Anhängern des untergegangenen Mubarakregimes. Ihr Aktion erbrachte die Unterschriften von 22 Millionen Ägyptern. Dies galt als Beweis, dass die Politik der Muslimbrüder gescheitert sei und geändert werden müsste. Die Bewegung forderte anfangs nur eine Änderung der Poli-

tik, doch bald rief sie zum Sturz von Präsident Mursi und der Regierung auf. In der Armee sah sie einen Partner, der auf ihrer Seite stand und ihre Forderungen unterstützte. Die Ziele der Tamarod-Bewegung wussten die putschenden Generale geschickt auszunutzen,

## Der Militärputsch

In der Gewißheit, dass die rebellierenden Mittelschichten, vor allem die Jugendlichen und Arbeitslosen in den Städten, die säkular eingestellten früheren Nutznießer des Mubarakregimes und die unter dem Regime der Muslimbrüder zu kurz gekommenen auf ihrer Seite standen, planten Al-Sisi und die ägyptischen Generäle einen Militärputsch, um die Herrschaft der Muslimbrüder zu beenden. Dabei waren sie sicher, dass sich andere arabische Staaten hinter sie stellen würden und den USA die Hände gebunden waren.

Die Spannungen zwischen der Muslimbruderschaft und der Opposition nahmen schnell zu. Zugleich verschlechterte sich die ökonomische und soziale Lage weiter. Stromabschaltungen und Mängel in der Versorgung mit Gas, das für die Haushalte zum Kochen wichtig ist, traten immer häufiger auf.

Am 2. Juni 2013 rief Präsident Mursi zu einem nationalen Dialog auf und schlug die Bildung eines Nationalen Versöhnungskomitees vor. Das wurde von der Opposition abgelehnt. Es kam zu Zusammenstößen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Tote forderten. Ebenfalls am 2. Juni erklärte der Oberste Verfassungsgerichtshof (SCC) das offiziell gewählte Oberhaus für illegal, erlaubte jedoch, dass es die gesetzgebende Gewalt bis zu Neuwahlen behalten sollte. Der Shura-Rat stimmte den vom Verfassungsgerichtshof vorgenommenen Änderungen am Wahlgesetz zu und erklärte sie für gültig. Damit stellten sich auch die Vertreter der ägyptischen Justiz eindeutig auf die Seite der Konterrevolution. Mit dieser Rückendeckung setzten die Regimegegner nun alles daran, die Herrschaft der Muslimbrüder zu brechen. Deren Anhänger widersetzten sich, was die politischen Spannungen verschärfte.

Zum Kristallisationspunkt der Opposition wurden Massendemonstrationen auf dem Tahrirplatz in Kairo. Dort versammelten sich hunderttausende von Mursi-Gegnern, die den Sturz des Regimes verlangten. Die Proteste wurden in erster Linie von aufständischen Jugendlichen vorgetragen, die sich an die Spitze der Rebellierenden stellten. Bald begannen auch die Kräfte der Opposition, die sich auf die liberalen, säkularen Tendenzen in der ägyptischen Gesellschaft stützten und sich bisher zurückgehalten hatten, eine stärkere Rolle zu spielen. Ihr Einfluss wuchs, nicht zuletzt, weil sich bekannte liberale Persönlichkeiten, die eng mit dem Mubarak-Regime verbunden gewesen waren, wie der ehemalige Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa, aber auch Friedensnobelpreisträger El-Baradei, der die Atomenergiekommission der UNO geleitet hatte, an ihre Spitze stellten und die Herrschaft der Muslimbruderschaft offen angriffen.

Das erste Regierungsjahr der Mursi-Regierung hatte zu vielfältigen Konflikten zwischen der Regierung und den verschiedenen Institutionen und Sektoren des Staatsapparates geführt. In den Augen vieler Ägypter erschien das, so auch durchgängig in den Medien interpretiert, als ein Versagen der islamischen Regierung, als Beweis für das Scheitern des politischen Islams und zugleich als Unfähigkeit der Muslimbrüder, die vielfältigen sozialen und ökonomischen Probleme

des Landes zu lösen. Anlässlich des ersten Jahrestages der Einsetzung von Präsident Mursi am 30. Juni 2013 rief daher die Tamarod-Bewegung zu Massendemonstrationen für den Sturz Mursis auf. Millionen von unzufriedenen Ägyptern gingen auf die Straße und forderten den Rücktritt des offiziell gewählten Präsidenten samt seiner Regierung.

Angesichts der immer eindeutiger erkennbaren Versuche, die mit dem Arabischen Frühling in Ägypten begonnenen Veränderungen rückgängig zu machen, mobilisierte die Muslimbruderschaft nun ihrerseits ihre Anhänger. Sie kündigte an, dass auch sie von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen werde, und rief ihre Anhänger zu friedlichen Demonstrationen auf. Es kam zu Protestaktionen, an denen Hunderttausende von Mursi-Anhängern teilnahmen. Auch sie besetzten nun zwei große Plätze in Kairo, den Nahda Platz und den Platz Rabia Al-Adawiya. Sie erklärten, so lange demonstrieren zu wollen, bis Präsident Mursi wieder in sein Amt eingesetzt werde.

Die Militärs nahmen diese Auseinandersetzungen zum Anlass und entschlossen sich zum Handeln. Am 1. Juli 2013 erklärte General al-Sisi, falls Präsident Mursi und seine Regierung nicht innerhalb der folgenden 48 Stunden den Forderungen der protestierenden Massen nachkommen, sähe sich die Armee gezwungen zu intervenieren und ihren eigenen Plan (roadmap) für die Lösung der Probleme anzuwenden. Dieser ultimativen Forderung kam die Muslimbruderschaft nicht nach. Präsident Mursi wandte sich entschieden gegen die Drohungen und berief sich auf die Tatsache, dass er das legitime Staatsoberhaupt sei.

In der Nacht vom 3. zum 4. Juli 2013 erklärte al-Sisi als Oberkommandierender der Bewaffneten Streitkräfte Präsident Mursi für abgesetzt und hob die Verfassung auf. Am 4. Juli ernannte er den Obersten Richter des Verfassungsrates und Präsidenten des Verfassungsgerichts Adly Mansour zum Interimspräsidenten an der Spitze einer Regierung von Technokraten.

Mursi selbst wurde unter Hausarrest gestellt und soll des Mordes, sowie der Verbindung zur Hamas angeklagt werden. Hunderte führender Persönlichkeiten und Mitglieder der Muslimbruderschaft wurden verhaftet. Mansour verkündete als eine seiner ersten Maßnahmen einen Erlass zur Auflösung des Parlaments und ernannte ein Interimskabinett ohne Beteiligung islamistischer Parteien. Zugleich wurde ein Komitee eingesetzt um die Verfassung zu überarbeiten.

Die Muslimbruderschaft erklärte das neue Kabinett für illegitim. Mursi-Anhänger hielten die Besetzung der von ihnen eroberten beiden Plätze weiterhin mit täglichen Demonstrationen aufrecht. Dort entstanden Zeltstädte, die Besetzer verschanzten sich hinter einem Wall aus Pflastersteinen und Barrikaden. Mursis Anhänger erklärten, die Plätze erst dann räumen zu wollen, wenn Mursi wieder eingesetzt sei. Sie erklärten, ihre Stellungen notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen.

General al-Sisi forderte daraufhin die Mursi-Gegner auf, der Armee mit einer großen Demonstration am 26. Juli „ein Mandat zu geben, gegen mögliche Gewalt und gegen Terrorismus vorzugehen“. Zugleich verlangte er von den Mursi-Anhängern, die von ihnen besetzten Plätze zu räumen und drohte, sie mit Gewalt räumen zu lassen, denn sie stellten „eine Bedrohung der nationalen Sicherheit dar“.

Es kam es zu Zusammenstößen zwischen konterevolutionären Kräften und Anhängern der Muslimbruderschaft, von

denen über 80 getötet wurden, außerdem ein Armeeeoffizier. Bis dahin waren bei den Demonstrationen und Zusammenstößen insgesamt 250 Menschen, zumeist Anhänger Mursis, ums Leben gekommen.

Die Außenbeauftragte der Europäischen Union, Ashton, besuchte Ägypten und versuchte vergeblich zu vermitteln. Die Lage war bereits zu weit eskaliert.

Am 14. August 2013 erteilte al-Sisi den Befehl zur gewaltsamen Räumung des Nahda-Platz und den Platz Rabia al-Adawiya. Bulldozer und Wasserwerfer walzten ohne Rücksicht auf die Menschen die Zeltstädte nieder. Armee und Sicherheitskräfte gingen mit großer Brutalität und unter Einsatz von scharfer Munition und Tränengas rücksichtslos gegen die Besetzer vor. Auch in anderen ägyptischen Städten kam es zu Zusammenstößen, so in Alexandria und Suez. Am folgenden Tag stürmten die Sicherheitskräfte die Al-Fath-Moschee in Kairo, wo sich Mitglieder der Muslimbruderschaft verschanzt hatten. Al-Sisi ließ den Notstand erklären und für die Städte galt ein Ausgehverbot, das seitdem immer wieder verlängert wird.

Bei der gewaltsamen Besetzung der beiden Plätze in Kairo durch die Sicherheitskräfte und die Armee soll es nach offiziellen Angaben 638 Tote gegeben haben. Die Muslimbruderschaft bezifferte die Anzahl der Toten auf mehr als 2 200.<sup>11</sup> Mit einer Welle von Verhaftungen wurden laut Angaben des Innenministeriums etwa 1 000 Mitglieder der Muslimbruderschaft verhaftet, darunter die führenden Persönlichkeiten Khairat al-Shater und Mohammed Badie, denen der Prozess gemacht werden soll. Präsident Mursi steht seit seiner Absetzung an einem unbekanntem Ort unter Hausarrest.

Die Muslimbruderschaft, die im März 2013 als Nichtregierungsorganisation registriert worden war, wurde am 23. September 2013 von einem Gericht in Kairo mit der Begründung verboten, sie hätte bewaffnete Milizen aufgestellt. Ein erster großer Gerichtsprozess gegen die Muslimbruderschaft und ihre führenden Vertreter soll am 29. Oktober 2013 beginnen.

Die Niederschlagung des Arabischen Frühlings, der in den Jahren und Monaten zuvor vom Ausland und besonders von den Medien überschwänglich als „Sieg der Freiheit und der Demokratie“ gefeiert worden war, rief nur ein schwaches internationales Echo hervor. Bezeichnenderweise forderte allein der türkische Ministerpräsident Erdogan sofortige Schritte der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga. UNO Generalsekretär Ban erklärte, Gewalt werde den Weg zur Demokratie nur erschweren, und die EU Außenbeauftragte Ashton forderte beide Seiten auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Die Reaktion der USA beschränkte sich zunächst auf eine Erklärung des Sprechers des Weißen Hauses: „Wir haben das ägyptische Militär mehrfach dazu aufgefordert, sich zurückzuhalten und die Rechte seiner Bürger zu achten.“ Doch diese scheinbar unparteiische Haltung kann nicht über die wahre Rolle der USA bei dem Putsch hinwegtäuschen. Die USA sind in höchsten Maße daran interessiert, dass die Ausschaltung der Muslimbruderschaft und die folgende Übergangsperiode nicht die amerikanische Kontrolle über den ägyptischen Staat und dessen Militär in Gefahr bringt. Eine Großmacht wie die USA läßt ihren wichtigsten militärischen Verbündeten im Nahen Osten, den sie jährlich mit 1,3 Milliarden US-Dollar unterstützt, nicht so ohne weiteres fallen und nach eigenem Gutdünken schalten und walten.





Der russische Autor Michel Chossudovsky schreibt: „Man sollte sich keine Illusionen machen. Wenn es auch beachtliche Disharmonien unter den Militärs gibt, Ägyptens Top-Militärs erhalten letztlich ihre Befehle vom Pentagon. General al-Sisi stand von Anfang an in ständigem telefonischen Kontakt mit US-Verteidigungsminister Chuck Hagel. Presseberichte bestätigen, dass er ihn in den Tagen vor dem Staatsstreich mehrfach konsultierte. Es ist unwahrscheinlich, dass General al-Sisi gehandelt hat, ohne vom Pentagon grünes Licht erhalten zu haben.“<sup>12</sup>

## Die Zukunft der Konterrevolution

Die Armee hat sich in Ägypten erneut als die stärkste Kraft etabliert. Sie agiert wie ein Staat im ägyptischen Staate. Dabei stützt sie sich vor allem auf ihr Wirtschaftsimperium, das einen bedeutenden Teil der gesamten ägyptischen Wirtschaftskraft ausmacht. Alles deutet daraufhin, dass al-Sisi und die ägyptischen Militärs, gestützt auf die Sicherheitskräfte, alles tun werden, um die alten Machtverhältnisse und damit auch die Herrschaft von Korruption, Gewalt und Unterdrückung, die sie vom Mubarak-Regime geerbt haben, wieder fest zu etablieren.

Wohl nicht zu Unrecht darf man Gerüchten Glauben schenken, General al-Sisi werde sich zur kommenden Präsidentenwahl als Kandidat aufstellen lassen. In Nasser und dessen Rolle als Präsident Ägyptens sieht er offensichtlich sein Vorbild. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass in den vergangenen sechzig Jahren jeder gewählte ägyptische Präsident – außer Mursi – aus den Reihen der Armee gekommen ist.

Was die künftige politische und ökonomische Entwicklung Ägyptens angeht, so legte der Interimspräsident Adly Mansour jüngst Pläne vor, wie der politische Übergangsprozess weiter gestaltet werden wird, in dessen Ergebnis Anfang 2014 Neuwahlen stattfinden sollen. Das größte Problem ist dabei die wirtschaftliche Lage Ägyptens.

Die seit dem Sturz Mubaraks mit immer größeren Schwierigkeiten kämpfende ägyptische Ökonomie erleidet durch die Verhängung des Ausnahmezustandes weitere Verluste. Der ägyptische Minister Ziada schätzte die dadurch entstehenden Verluste während der letzten Monate auf monatlich etwa 200 bis 350 Millionen US-Dollar. Hilfe kommt nun allerdings auch von den Staaten, die sich bisher geweigert hatten, der Regierung Mursi unter die Arme zu greifen. Die USA setzen ihre Unterstützung fort, Saudi Arabien hat sich bereit erklärt, als erstes einen Kredit von 5 Milliarden US-Dollar zu gewähren. Die Golfstaaten, Kuwait und die Arabischen Emirate haben ihrerseits bereits finanzielle Hilfe zugesagt.

## Werden sich die Pläne der Konterrevolution verwirklichen lassen?

Alles deutet darauf hin, dass sich die Muslimbruderschaft nicht so ohne weiteres ausschalten und mundtot machen lässt. Trotz der Repressionen hält sie an ihrer Linie fest, durch friedliche Demonstrationen die Rückkehr des gewählten Präsidenten zu erzwingen. Kann sie doch seit den Zeiten Nassers auf die Erfahrungen einer verfolgten, stets im Untergrund arbeitenden Partei zurückgreifen. Bisher ist es noch keiner ägyptischen Regierung gelungen, die Muslimbruderschaft völlig auszuschalten. Stets war sie in der von den Militärs gelenkten ägyptischen Politik ein Faktor, der berücksichtigt werden musste. Gegenwärtig organisiert sie trotz

ihres erneuten Verbotes und der brutalen Verfolgung immer wieder Protestdemonstrationen, an denen Tausende Anhänger teilnehmen. Und immer wieder kommt es dabei zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, gibt es Verletzte und Tote.

Absicht der Militärs und ihrer Regierung ist es, die Muslimbrüder nicht nur mit brutaler Gewalt zu unterdrücken, sondern sie vollständig zu beseitigen. Gegenwärtig tobt ein wahrer Krieg zwischen Regierung und Muslimbruderschaft. Obwohl die Muslimbrüder die größte politische Niederlage ihrer Geschichte hinnehmen mussten, ihre Führer verhaftet oder in den Untergrund gegangen sind und ihre Mitglieder als Terroristen gebrandmarkt werden, führen sie ihren Widerstand entschlossen fort. Dabei stützen sie sich vor allem auf die zahlreichen Anhänger und Sympathisanten, denen ihre Arbeit auf sozialem Gebiet und ihre Wohltätigkeit zugute kommt, welche die Partei tief in den ärmeren Schichten der Gesellschaft verankert hat. „Der brutale Einsatz von Gewalt gegen sie verrät nur die Unsicherheit, die hinsichtlich der ‚neuen Revolution‘ besteht.“<sup>13</sup>

Was das weitere Schicksal der ägyptischen Gesellschaft angeht, so schreibt ein palästinensischer Autor prophetisch: „Echte Demokratie hat sich für die Militärs als unerreichbar und unvereinbar erwiesen mit den korrupten politischen und ökonomischen Eliten, für die sie stehen. Nun ist das rosige Bild von einer friedlichen, durch die Militärs gelenkten Revolution mit dem Ziel einer besseren Zukunft zerstoßen. Alle Masken sind gefallen und die Wirklichkeit hat sich sehr viel hässlicher präsentiert als gedacht. Ägyptens wahrer Kampf für Freiheit und politische Gestalt hat gerade erst begonnen.“<sup>14</sup>

## Anmerkungen

- 1 Dr. Omar Ashour, BBC Internet, 21.8.2013
- 2 Anouar Abdel-Malek, *Egypte – Société Militaire*, Paris 1962
- 3 Bator, Angelika, „Die Lage in Ägypten nach den Präsidentschaftswahlen“, Internet unter [www.bator.eu](http://www.bator.eu)
- 4 Ashour, ebenda.
- 5 Ashour, ebenda S. 2
- 6 Bator, Angelika, ebenda.
- 7 Bator, Angelika, ebenda, S. 4.
- 8 Nach seinem Putsch berief Sisi sich wiederholt auf Nasser, in dem er das Vorbild auch für seine eigene Rolle sah.
- 9 „La démocratie au Moyen-Orient selon le général égyptien Al-Sisi“, in: *France 24*, 12.8.2013
- 10 BBC im Internet, 27.8.2013
- 11 Eine Überprüfung dieser Zahlen erwies sich als unmöglich, da die betroffenen Stadtteile hermetisch abgeriegelt waren und Journalisten keinen Zutritt erhielten.
- 12 Michel Chossudovsky, „Was Washington behind Egypt’s coup d’état?“, in: *Russia Today*, Internet, 5.7.2013
- 13 Sommerville, Quentin, „The resilience of Egypt’s Brotherhood“, in: BBC News, 7.10.2013
- 14 Ramzy Baroud, *Asia Times Online*, 28.8.2013.



# Aufstand in der Türkei – eine Revolution?

Von Cem R. Sey, Journalist

Die heftigen Proteste in der Türkei gegen die von Premierminister Recep Tayyip Erdogan geführte Regierung im Juni stellen einen neuen Meilenstein der türkischen Geschichte dar. Sie werden kaum zum Sturz der Regierung in Ankara führen, die in der Wirtschaftspolitik neo-liberal, in der Sozialpolitik konservativ ist und einen zunehmend autoritären Führungsstil an den Tag legt. Doch die ereignisreichen Juniwochen prägten das politische Bewusstsein einer ganzen Generation. Langfristig könnte diese Generation den Konservatismus in der Türkei insgesamt vor unüberwindbare Herausforderungen stellen.

## Urbanisierung als Teil der politischen Strategie der AKP

Primäre Ursache für den plötzlichen Aufstand waren die Urbanisierungspläne der Regierung. Die AKP versucht seit Jahren vor allem in Istanbul eine Gentrifizierung durchzuführen, die allen voran die eigene Klientel bedienen soll. Denn die machtbewussten Konservativen der AKP wissen, dass Macht am einfachsten mit Geld zu sichern ist und durch zielgerichtete Stadtentwicklung viel Geld verdient werden kann.

Diese Pläne werden seit Jahren kritisiert. Es gab bereits früher oft kleine Demonstrationen gegen einzelne Gentrifizierungsprojekte. Obwohl durch manche Projekte ganze Stadtteile umstrukturiert wurden, in denen vor allem Angehörige ethnischer Minderheiten bzw. sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zu Hause waren, gingen die Proteste bis vor kurzem nicht allzu weit.

Deshalb wird der 29. Mai 2013 in die türkische Geschichte eingehen. An diesem Tag im Morgengrauen überfielen Hundertschaften der Istanbuler Polizei einige Dutzend friedliche Demonstranten im Gezi-Park im Zentrum Istanbuls. Die hatten sich dort versammelt, um gegen den Abriss des Gezi-Parkes zu demonstrieren. Die Mitglieder der örtlichen Bürgerinitiative „Taksim Dayanismasi“ wollten mit ihren Aktionen das millionenschwere Stadtbauprojekt verhindern, das bereits seit Monaten Gegenstand kontroverser Diskussionen war. Die Aktivisten schlugen im Park Zelte auf und versuchten die Bauarbeiten durch gewaltfreien Widerstand zu verhindern. Es war ein Protest, den die Bevölkerung bis zu diesem Zeitpunkt kaum wahrgenommen hatte. Doch mit dem brutalen Polizeieinsatz änderte sich das schlagartig.

Die Polizisten schossen mit Gasgranaten in die Zelte der Schlafenden und knüppelten auf diese ein. Mehrere Menschen, unter anderem zwei Oppositionsabgeordnete, wurden verletzt.

Wer auch immer den Befehl zu diesem Einsatz gab, hat es mittlerweile sicher bereut. Aus einer kleinen Bürgerinitiative erwuchs eine der größten Protestwellen in der Geschichte der Türkei. So heftig, dass die Staatsmacht tagelang die Kontrolle über die 16-Millionen-Metropole verlor. Mehrere Millionen Menschen gingen in dieser Zeit auf die Straße. In allen Provinzen des Landes gab es kleine oder große Protestdemonstrationen, an denen wiederum weitere Millionen Menschen teilnahmen.

Denn eine große Mehrheit der türkischen Bürger konnte nicht verstehen, warum eine Regierung, die einerseits den

seit Jahrzehnten andauernden Krieg gegen die Kurden beenden will, andererseits mit einer solchen Gewaltorgie gegen einen harmlosen, kleinen und friedlichen Protest vorging.

Die bis dahin schwache Proteste gewohnten Männer der Macht hatten diese Reaktion nicht erwartet. Ministerpräsident Erdogan selbst tat zunächst so, als sei nichts geschehen. Als die Umstände und das Chaos nicht länger zu ignorieren waren und die Protestierenden immer entschlossener auftraten, ließ er verlauten, die Regierung habe ihre Entscheidung bezüglich des Parks getroffen und diese sei nicht mehr rückgängig zu machen.

Mit solcher zur Schau getragenen Gleichgültigkeit goss Erdogan nur Öl ins Feuer. Eine der spektakulärsten Aktionen fand am 1. Juli in Istanbul statt. Mehrere zehntausend Menschen aus dem anatolischen Teil der Stadt formierten sich in den frühen Morgenstunden zu einem Demonstrationzug auf der Brücke, die Asien und Europa verbindet. Der Polizei gelang es nicht, die Protestierenden mit Gasgranaten und Wasserwerfern zu vertreiben. Das Bild von den Demonstranten auf der Bosphorus-Brücke ging um die Welt.

Am 2. Juli erklärte der türkische Innenminister Muammer Güler, innerhalb einer Woche hätten in 67 Provinzen des Landes Proteste stattgefunden.<sup>1</sup> Binnen weniger Tage stürzten die Börsenkurse und die türkische Börse büßte ein Viertel ihres Wertes ein. 13 Milliarden US-Dollar flossen aus dem Land ab.<sup>2</sup> Die Währung des Landes, die türkische Lira, stürzte in ein bedenkliches Tief.

## Vom „Demokraten“ zum Autokraten

Richtete sich der Ärger der Bürger anfangs noch gegen die übermäßige Polizeigewalt und die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes, so wuchs die Wut auf Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan von Tag zu Tag an. Denn viele Menschen zweifelten bereits seit einigen Jahren an seiner Ehrlichkeit, obwohl sie am Anfang seiner Regierungszeit Hoffnungen auf ihn gesetzt hatten.

Spätestens nachdem er und seine Partei die wichtigen demokratischen Reformpakete im EU-Beitrittsprozess im Parlament durchgesetzt hatten, wurde Erdogan nicht nur im Ausland sondern auch in der Türkei selbst von vielen als ein Politiker angesehen, der es versteht, die alten verkrusteten Strukturen der türkischen Politik zu zerschlagen, ohne dabei den Sinn für die Realitäten zu verlieren. Er war im Lande selbst nicht so populär wie im Ausland, dennoch reichte es zur Wiederwahl mit überwältigender Mehrheit.

Nachdem aber seine wichtigsten Gegner, die Militärs und ihre Schattenstrukturen, wegen ihrer Putschpläne diskreditiert und außer Gefecht gesetzt waren, änderte sich auch Erdogans Politikstil. Er fühlte sich zunehmend selbstsicherer. Er glaubte die unerschütterliche Unterstützung der Bevölkerung zu haben. Seine engsten Berater und das Ergebnis der Wahlen von 2011, bei denen seine Partei fast 50 Prozent der Stimmen holte, bestärkten ihn in dieser Annahme. Seitdem strebt er an, das politische System der Türkei von einer parlamentarischen Demokratie zu einem Präsidialsystem umzubauen, in dem das Parlament nur noch eine beratende Rolle spielen soll. Die politischen Parteien sollten nach seiner Auffassung weiterhin existieren, aber keinen Einfluss mehr haben. Er möchte der erste Präsident der Türkei werden, koste es, was es wolle.

Als er aber zunächst am Widerstand der Oppositionsparteien scheiterte, auf deren Unterstützung er zumindest teil-



weise angewiesen war, wurde Erdogan autoritärer – in der Hoffnung, mit Unterstützung der Bevölkerung den Widerstand der Politiker brechen zu können.

Doch auch die Bürger spüren, dass er sich zunehmend autoritär verhält, wenn es darum geht, seine konservative Weltanschauung durchzusetzen. Zum Beispiel rät er den Bürgern, mehr Kinder zu zeugen. Das liberale Abtreibungsgesetz, das vor allem von wirtschaftlich schwachen Familien und Frauen in Anspruch genommen wird, hat er eingeschränkt. Der Ministerpräsident startet immer heftigere Verbalattacken gegen nicht strenggläubige Landsleute. Er beschimpft sie als Alkoholiker, unterstellt ihnen unmoralisches Verhalten. Er nennt die Minister, „meine Minister“, den Staat, „meinen Staat“ und die Bürger, „meine Bürger“. Erdogan und seine Partei zwingen ihre Politik der Bevölkerung auf, selbst wenn sie in den eigenen Reihen unpopulär ist wie ihre AKW-Projekte oder die Syrien-Politik.

Dieser Umschwung vom „Demokraten“ zum Autokraten wurde Erdogan in den Tagen des Gezi-Parks zum Verhängnis. Nun wurde er zur Zielscheibe heftiger Kritik. Vereinzelt griffen Demonstranten sogar die Büros seiner Partei an und setzten sie in Brand.

### Gezähmte Medien

Die kritisierten Machthaber aber reagierten genau so, wie es die Demonstranten in ihrer Kritik bereits vorausahnend formuliert hatten, nämlich unverantwortlich. Die Polizeigewalt eskalierte, Istanbul, Ankara und andere anatolische Städte wurden eingenebelt von Pfefferspraywolken, was dann auch noch die bis dato unbeteiligten Anwohner in Rage versetzte. Die Zahl der Demonstranten stieg und mit ihr die Brutalität der Sicherheitskräfte.

Je selbstbewusster sich die Bevölkerung verhielt, desto schweigsamer wurden die Medien. Sie hatten Angst vor der Regierung. In den letzten Jahren war diese immer häufiger mit allen Mitteln des Staatsapparates gegen oppositionelle Medien vorgegangen. Dieser ließ sie finanziell ausbluten.

Die Regierung forderte unverhüllt, die Berichterstattung über die Demonstrationen einzustellen. Dutzende kritische Journalisten wurden demonstrativ entlassen, weil sie sich weigerten, den landesweiten Aufstand zu ignorieren. Gegen manche Medienvertreter wurde sogar Anklage erhoben.

Was folgte, war eine der eigenartigsten Erfahrungen, die die Menschen in der Türkei je gemacht haben. Während die türkischen Medien die größten Proteste in der Geschichte der Republik verschwiegen, konnten die Bürger die Ereignisse nur noch über ausländische Medien und immer mehr über das Internet verfolgen. Während zum Beispiel CNN International die Demonstrationen live übertrug, strahlte CNN Türk, der türkische Ableger des US-Senders, einen Dokumentarfilm über Pinguine aus. Die wenigen Zeitungen, die überhaupt von den Massenprotesten berichteten, wurden von Regierungsvertretern als Landesverräter beschimpft. Im Rückblick kann man sagen, dass die Ereignisse im Gezi-Park auch den endgültigen Zusammenbruch der türkischen Medien unter dem Druck der Erdogan-Regierung markieren.

Trotz der Nachrichtensperre strömten immer mehr Menschen auf die Straßen. Das wiederum machte Erdogan und seine Anhänger zunehmend nervöser. Im Verlauf der Auseinandersetzungen benutzten die Polizisten ihre Gasgranatenwerfer wie Schusswaffen, richteten sie bewusst auf Körper und Köpfe der Demonstranten. Mehrere Menschen wurden

getroffen, verloren ihr Augenlicht oder erlitten schwere Kopfverletzungen. Manche Polizisten setzten Plastikgeschosse ein und das in unverantwortlicher Weise: Sie schossen selbst unbeteiligte Beobachter in die Beine. Bis zum Ende der Protestbewegung stieg die Zahl der Toten auf sechs. (Während dieser Text entstand, erhöhte sich die Zahl auf sieben.) Alle waren Opfer von Polizeigewalt.

### Risse in der AKP und gescheiterte Spaltungsversuche

Gleichzeitig starteten Erdogan und die unterdessen vor seiner Parteilinie strammstehenden Medien eine Schmutzkampagne gegen die Menschen, die auf die Straße gingen. Sie wurden beschuldigt, Marionetten ausländischer Kräfte zu sein. Erdogan vermutete öffentlich hinter dem Aufstand abwechselnd eine nebulöse „Zinsmafia“, dann „Plünderer“ oder „Kemalisten“, die angeblich einen Vorwand für einen neuen Militärputsch suchten.

Die Proteste im Gezi-Park haben der AKP nicht wirklich grundlegend geschadet. Erdogan war in der Lage, sein eigenes Lager zusammenzuhalten. Doch die ersten Risse in der politischen Elite seiner Partei sind nicht zu übersehen. Verschiedene Minister sinnierten öffentlich darüber, ob der eingeschlagene Weg vielleicht nicht doch falsch war. Der Druck im Regierungslager nahm zu: Wer in Erdogans Umgebung diese Verleumdungskampagne der Regierung nicht unterstützte, wurde selbst verleumdet.

Auch diese Strategie der Mächtigen war nur weiteres Öl ins Feuer der Bürgerwut. Während Erdogan für drei Tage fluchtartig das Land verließ und auf eine Reise nach Nordafrika entschwand, schwoll die Zahl der Demonstrationen und der Demonstranten ständig weiter an.

Erdogans Abwesenheit gab einigen besonneneren Politikern im Regierungslager die Gelegenheit, sich versöhnlich in die Diskussion einzubringen. Staatspräsident Abdullah Gül aber auch der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc betonten, die Regierung müsse auf die Forderungen und die Kritik der Protestbewegung eingehen. Gül rief die Sicherheitskräfte dazu auf, der Situation angemessene Methoden anzuwenden.<sup>3</sup> Die Lage entspannte sich etwas, obwohl weder die Demonstranten noch die Polizei vom Istanbuler Gezi-Park abrückten.

Kaum von seiner Nordafrika-Tour zurück, ließ Ministerpräsident Erdogan den Konflikt erneut eskalieren. Der Premier rief höchstpersönlich zu einer Gegendemo auf und versammelte seine Anhänger ebenfalls in den Straßen Istanbuls. „Ich kann die 50 Prozent kaum zurückhalten!“ drohte er und meinte damit die knapp 50 Prozent Wähler, die bei den letzten Wahlen im Juni 2011 seine Partei gewählt hatten.

Dann versuchte er die Protestbewegung zu spalten. Das Kalkül hinter diesem Schritt war deutlich zu erkennen. Erdogan wusste, dass er seine Reformpläne in der Vergangenheit gegen die Militärs nicht ohne die Unterstützung eines kleinen, aber wichtigen Teils der Bevölkerung hätte durchsetzen können. Eine Gruppe, die ihm diese Unterstützung umso schneller verweigerte, je autoritärer und konservativer er agierte: türkische Intellektuelle, Menschen, die libertär denken und sich in der Türkei eine moderne Demokratie nach westlichem Muster wünschen. Genau diese Menschen waren es, die den ursprünglichen Widerstand gegen die Umbaupläne am Gezi-Park organisiert hatten. Nun versuchte Erdogan diese Gruppe wieder auf seine Seite zu ziehen.



Plötzlich erklärte er, die ökologischen Bedenken, die die Proteste ausgelöst hatten, seien zum Teil berechtigt. Gleichzeitig stichelte er gegenüber denjenigen Kritikern und Demonstrierenden, die vor allem seinen Führungsstil und seine Regierung angriffen, und unterstellte ihnen, seine Regierung gewaltsam stürzen zu wollen. Dann wieder lenkte er ein und gab dem Drängen einiger seiner engsten Parteifreunde nach, die eine versöhnlichere Politik verlangten. Er erklärte sich bereit, eine Delegation der Protestbewegung zu empfangen, wollte dann aber doch nicht konstruktiv auf ihre Forderungen eingehen. Die Delegation forderte, dass der Gezi-Park nicht zerstört werde, die Verantwortlichen des gewalttätigen Polizeieinsatzes zur Verantwortung gezogen, alle Festgenommenen freigelassen werden und das Demonstrationsverbot auf dem Taksim-Platz sowie in allen anderen öffentlichen Räumen aufgehoben werde. Erdogan nahm lediglich zur ersten Forderung Stellung, verwies auf einen Gerichtsbeschluss, der die Regierungspläne ohnehin gestoppt hatte, und erklärte, seine Regierung werde diesen Beschluss anerkennen. Trotz der wenig konstruktiven Begegnung keimte Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes auf.

Am 15. Juni, einen Tag nach dem Treffen, warnte Erdogan die Aktivisten am Taksim-Platz, die Polizei werde den Platz notfalls mit Gewalt räumen. Am selben Tag fand im Gezi-Park ein Forum der Aktivisten statt. Manche bewerteten die Entscheidung Erdogans, seine Neugestaltungspläne für den Gezi-Park nach wochenlangen Protesten als Erfolg und schlugen vor, die Demonstrationen zu beenden. Andere dagegen kritisierten Erdogan, weil er bei den restlichen Forderungen stur geblieben war, und plädierten für weitere Aktionen.

Kurz darauf räumte die Polizei den Platz wieder einmal mit exzessivem Einsatz von Pfefferspray, Wasserwerfern und Knüppelschlägen. Allen, auch den Demonstranten war klar, dass die Proteste nicht mehr in der alten Weise weitergeführt werden konnten, obwohl die Wut durch die Räumung sogar noch einmal zunahm.

Die Demonstrationen hielten noch mehrere Wochen an, ebten aber mit der Zeit ab. Erdogan und seine Regierung dagegen blieben bei der harten Linie, ja, sie verschärften den Ton weiter. Auch die Justizmaschinerie wurde angeworfen: Mehrere Tausend Menschen warten zur Zeit auf ihren Prozess.

Die in den Junitagen entstandene Bewegung verlegte ihren Protest in die Parks der Metropole. Über den Sommer zogen sich die Aktivisten der heißen Junitage in verschiedene Stadtteile Istanbuls zurück, um in sogenannten Parkforen über ihre Forderungen und ihre künftigen Pläne zu beraten. Hin und wieder flammen erneut Straßenkämpfe auf, die oft genug von der Polizei selbst mit grober Gewalt provoziert werden. Das letzte Opfer der Polizei wurde ein junger Alewit. Nach dem Tod von Ahmet Atakan im September gab es erneut landesweite Demonstrationen.

### Wer ist auf die Straße gegangen?

Die massenhaften landesweiten Proteste vom Sommer 2013 sind von keiner bekannten oder bislang unbekanntem Organisation ins Leben gerufen worden. Weil sie spontan entstanden und die Teilnehmenden eine Vielzahl persönlicher Motive hatten, auf die Straße zu gehen, ist die Frage, wer da protestierte, für eine Analyse der türkischen Befindlichkeit von entscheidender Bedeutung.

Dass sich die Regierung offenbar keinen Reim auf die Vorfälle machen konnte, schien ein Grund gewesen zu sein, warum der Premier anfangs glaubte, aggressiv und mit maßloser Gewalt reagieren zu können oder sogar zu müssen. Die Oppositionsparteien wurden genauso überrascht. Obwohl einige Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der kurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) mitdemonstrierten, hatten ihre Parteien selbst kaum ein klareres Bild von den Ereignissen.

Umfragen, die bereits während der Proteste gemacht wurden, geben ersten Aufschluss über die türkischen „Wutbürger“ dieser heißen Junitage. Esra Ercan Bilgic und Zehra Kafkasli von der Bilgi-Universität in Istanbul befragten am 4. Juni dreitausend Demonstranten nach ihren Beweggründen.

Diese nicht repräsentative Umfrage ergab, dass die Menschen, die auf die Straße gingen, hauptsächlich junge, gut ausgebildete Jugendliche der Mittelschicht waren, die einen säkularen Lebensstil pflegten. Sie sind zwar sehr interessiert an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Land, zeigen aber kein Interesse, wenn es um Parteipolitik geht. Vor allem der autoritäre Politikstil Erdogans und der AKP-Regierung trieb sie auf die Straße. Auch die Polizeigewalt konnten sie nicht akzeptieren.

Diese jungen Menschen sehen den Krieg in Kurdistan als ungerecht gegenüber den Kurden und menschenverachtend an. Gleichzeitig haben sie gelernt, die Muslima mit Kopftuch zu tolerieren. Sie zeigen sich mit Muslimen solidarisch und unterstützen sogar jeden Versuch, die selbst unter der ehemals islamistischen AKP beibehaltenen Kopftuchverbote aufzuheben. Sie haben nichts dagegen, wenn an allen großen Plätzen der Stadt im Fastenmonat Ramadan öffentliche Iftar-Essen veranstaltet werden, möchten aber auch ungestört ihr Bier trinken können. Weder wollen sie sich von Erdogan vorschreiben lassen, drei Kinder zur Welt zu bringen, noch wollen sie eine Einschränkung des existierenden liberalen Abtreibungsgesetzes hinnehmen.<sup>4</sup>

Die liberale Mentalität des Leben und Leben Lassen bildet sich in der Türkei zwar schon seit zwei Jahrzehnten heraus, hat aber durch die EU-Beitrittspolitik und die damit einhergehenden demokratischen Reformen der AKP-Regierung ein neues Selbstbewusstsein hervorgebracht. In diesem Sinne sind die Demonstrierenden vom Gezi-Park die sichtbarsten Ergebnisse der 15 Jahre währenden Bemühungen um eine Integration in die EU. Sie sind soziologisch gesehen die Menschen, auf die sich eine künftige EU-Beitrittspolitik der Türkei stützen kann.

Eine andere, deutlich repräsentativere Umfrage, eine Woche später durchgeführt vom bekannten Meinungsforschungsinstitut KONDA, bestätigte die Ergebnisse der ersten nicht repräsentativen Umfrage.<sup>5</sup>

Mit der Umfrage des regierungsnahen Meinungsforschungsinstitut GENAR wurden zwar die Ergebnisse der beiden früheren Umfragen bestätigt, jedoch werden die Ergebnisse der ersten beiden Studien durch andere Fragestellungen relativiert.<sup>6</sup>

Die GENAR-Umfrage illustriert einmal mehr, warum die Bürger der Türkei den Politikstil der Regierung kritisieren. Die Umfrage versucht, wie auch die Politiker der AKP es oft tun, den Menschen das Wort im Munde umzudrehen. Wie diese Umfrage, die ganz offensichtlich die Blickrichtung verschieben soll, zerredet die Regierung die Kritik an ihrer Politik. Ankara, so wurde klar, nimmt die Sorgen der Bevölkerung



nicht ernst und begegnet ihnen mit derbem Populismus.

Schlimmer noch, Erdogan diffamierte die Demonstranten, indem er höhnte, die Aktivisten seien verwöhnte, kleinbürgerliche Jugendliche, die nicht selbstständig denken könnten und daher sowohl von der inländischen Opposition, vor allem den Kemalisten, als auch von ausländischen Mächten irreführt würden. Die ausländischen Mächte waren bald Israel, bald die USA, die EU oder allgemein „der Westen“, aber auch der Iran oder Syrien. Um diese halbargen Verschwörungsthesen medial zu untermauern, wurden während der Demonstrationen verschiedene Ausländer festgenommen und den Medien vorgeführt. Unter ihnen waren ein halbes Dutzend Erasmus-Stipendiaten, die für ein Jahr in Istanbul studieren, einige Beobachter verschiedener Konsulate und Journalisten.

## Eine neue Generation

Die Demonstrationen um den Gezi-Park brachten, soviel ist klar, Menschen politischer und sozialer Gruppierungen zusammen, die sonst kaum aufeinander zugehen würden. Einer der besonneneren AKP-nahen Zeitungskommentatoren, Yildiray Ogur, betont das gern und fasst die Gezi-Park-Mischung so zusammen: „Der Gezi-Park-Aufstand ist ein sanfter Konterrevolutionsversuch eines neuen Bündnisses, welches aus der Ersten Republik [so wird die von gegründete Türkische Republik oft genannt – C.R.S.], die gerade durch die Religiösen und Kurden in einer leisen Revolution zerschlagen wird, politisch und soziologisch verbundenen Kemalisten, Linken, Liberalen (und sogar manchen Religiösen) besteht.“<sup>7</sup> Ogur fügt hinzu, „dass wir eine neue Generation vor uns haben, die seit ihrer Geburt keinen anderen Ministerpräsidenten außer Erdogan erlebt hat“.<sup>8</sup>

Auch wenn das Geschehene sicherlich nicht „Konterrevolution“ genannt werden kann, reicht diese grobe, knappe Darstellung tatsächlich aus, um die soziologische Gruppe der Demonstrierenden wie in einer Momentaufnahme zu umreißen. Denn wie die genannten Umfragen darstellen, waren die meisten Menschen auf den Straßen Istanbuls keine Anhänger von Parteien und hatten sich bis zu diesen Tagen auch keine dezidiert politischen Gedanken gemacht.

Was die „Wutbürger“ verbindet, ist ein diffuses, aber starkes Unbehagen. Sie empören sich über die autoritäre Politik, die sich in alles, vor allem in ihr Leben, einmischt und ihnen die individuelle Freiheit raubt. Die Twitter-Generation überraschte damit nicht nur die traditionelle – und erfolglose – Opposition im Lande. Polizei, Regierung und Medien erwiesen sich als ebenso überfordert. In ihrem Bemühen die Demos zu stoppen, ließ die Polizei sogar zeitweise die Dienste der Mobiltelefonanbieter kappen, um die Internet- und damit die Kommunikationsverbindung zwischen den sich versammelnden Menschen zu behindern. Das ließ sich wiederum die Bevölkerung nicht bieten: Tausende Anwohner und Ladenbesitzer in den Stadtteilen, in denen demonstriert wurde, gaben ihre privaten Modems zur öffentlichen Nutzung frei. Die Zugangsdaten und Orte dieser Modems wurden in Sekundenschnelle über Facebook und Internet an alle kommuniziert.

Diese Machtlosigkeit des Staates gegenüber der kreativen Nutzung der neuen Medien führte dazu, dass der traditionelle Unterdrückungsapparat der türkischen Sicherheitskräfte dem Internet-Treiben nur noch zuschauen konnte. In seiner Verzweiflung sprach Ministerpräsident Erdogan, „von der Plage der sozialen Medien.“

Doch auch der türkische Staat lernte schnell. Innerhalb weniger Tage wurden unzählige IP-Nummern gespeichert, Facebook und Twitter Türkei unter Druck gesetzt und schließlich gegen Hunderte von Demonstranten, die mit ihren technischen Kenntnissen die Proteste unterstützten, strafrechtlich vorgegangen.

Doch ermöglichten es eben jene sozialen Medien, die bis dahin nichtpolitisierten, großen Bevölkerungsteile zu den von Ogur beschriebenen Gruppen aufschließen zu lassen. Wenn es damit sein Bewenden hätte, wären die AKP-Strategen vielleicht nicht so alarmiert und nervös. Doch sie mussten bald feststellen, dass manche der Demonstranten sogar im Lager der AKP-Wähler zu vermuten waren.

So hat sich zum Beispiel eine kleine, aber in intellektuellen Kreisen der türkischen Muslime nicht zu unterschätzende Gruppe namens „Antikapitalistische Muslime“ während der Auseinandersetzungen um den Gezi-Park endgültig von der AKP getrennt.

## Ein Schlag ins Gesicht der Regierung: die Fußballfans

Was die türkische Regierung doch wie kaum eine andere Tatsache schockierte, war schließlich die Politisierung der Fußballfans. Fußball war nach dem Militärputsch im Jahr 1980 der machferne Bereich, in den sich die türkische Gesellschaft zurückgezogen hatte. Die Fußballwelt der Türkei war die soziopolitische Heimat weiter Teile der Bevölkerung geworden. In den gefährlichen Jahren, in denen es ungesund war, sich mit Politik zu befassen, entstanden zahlreiche Fanclubs. Sie galten eher als unpolitisch. Wer offen politisch war, galt entweder als nationalistisch oder konservativ.

Die drei Istanbuler Mannschaften Besiktas, Fenerbahce und Galatasaray sind die ältesten Fußballteams der Türkei (gegründet im Osmanischen Reich von christlichen Minderheiten). Ihre Fanclubs sind die größten und einflussreichsten im Land. Untereinander eher verfeindet, werden sie seit Anfang des 20. Jahrhunderts allgemein „die Erzrivalen“ genannt, was unter den Fangruppen eher zu aggressiver Gewalt führt. Noch kurz bevor die Unruhen um den Gezi-Park ausbrachen, hatte ein Galatasaray-Fan einen Fenerbahce-Fan an einer Bushaltestelle erstochen, nur weil dieser ein Fenerbahce-Trikot trug. Die türkische Öffentlichkeit debattierte aufgeregt über die Gewalt unter den Fans der verschiedenen Clubs.

Umso überraschender war es dann, dass der schon fast traditionelle Krieg der Fans in den Tagen des Gezi-Parks plötzlich aufhörte. Zunächst hatten die Besiktas-Fans (die Carsi-Gruppe) beschlossen, die Demonstrationen zu unterstützen, dann folgten die anderen. Als die Bilder von tausenden Fans der drei Mannschaften, bekleidet mit ihren Trikots und Hand in Hand auf der Straße gegen die Polizeigewalt kämpfend über die Bildschirme liefen, war klar, dass etwas Besonderes vor sich ging.

Ausgerechnet die eher rowdyhaften Fußballfans blieben wochenlang die hartnäckigsten Protestler. Ihr Protestslogan, an die Polizei gerichtet, lautete schlicht und machohaft: „Leg deinen Helm ab, leg deinen Knüppel weg, dann sehen wir, wer ein Mann ist!“ Er wurde zu einem der meist gehörten Protestrufe dieser Tage.

Diese spontane Politisierung und mehr noch der Schulterchluss gegen die Regierung in Ankara, der bis heute in den Stadien des fußballverrückten Landes fortbesteht, beunru-



higt die Regierungspartei AKP durchaus. Die Regierung droht seitdem den Fans und ihren Clubs mit Konsequenzen, falls in den Stadien „Rufe politischen Inhalts“ skandiert werden. Die Drohungen verpufften und der Ruf, „Taksim ist überall, Widerstand ist überall!“ begleitet nun die türkische Fußballliga.

## Die Linken

Die linken Parteien der Türkei wurden von den spontanen Unruhen genauso überrascht wie die Regierung und andere Oppositionsparteien. Obwohl manche linke Politiker sich von Anfang an den Gezi-Park-Demonstrationen anschlossen und sogar an vorderster Stelle standen, hatte keine einzige linke Partei die gesellschaftliche Explosion vorausgesehen. Manche üben nun Selbstkritik, weil sie diese Entwicklung verpasst haben und damit unvorbereitet waren. Andere beauftragen ihre Vertreter damit, Brücken in die neue Bewegung zu bauen.

Die BDP, die sich vor allem auf ihre kurdische Basis stützt, reagierte zunächst widersprüchlich. Einerseits wurde der Abgeordnete Sirri Süreyya Önder durch seinen mutigen Widerstand in den ersten Stunden der Proteste zu einem der spontanen Führer der Widerstandsbewegung. Andererseits distanzierte sich die kurdische Parteibasis davon. Viele kurdische Aktivisten äußerten sich zynisch über den Widerstand – vor allem deshalb, weil sie nach ihrer Meinung selbst seit Jahren gegen einen noch brutaleren Gewaltapparat Widerstand leisten und dabei keine Solidarität der Türken erleben. Diese Haltung spiegelte sich auch in den ersten verbalen Erklärungen der Parteispitze und änderte sich erst, nachdem der inhaftierte Vorsitzende der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Abdullah Öcalan, die Ereignisse in Istanbul als „wichtig“ bezeichnet hatte und die kurdische Bewegung dazu aufrief, die Proteste zu unterstützen.

Die Angst, der Friedensprozess, den die Regierung, die BDP und die PKK jüngst eingeleitet haben, könne durch den Aufstand zum Stillstand kommen oder sogar zumindest von Teilen der Demonstranten in Frage gestellt werden, ist eine weitere Lesart für das anfängliche Zögern. Doch mit Öcalans Segen und der Tatsache, dass die Demonstranten trotz Anwesenheit einiger „nationalsozialistischer“ Gruppierungen unter den Demonstranten, immer wieder betonten, dass sie keineswegs die kurdischen Forderungen ablehnen, bzw. den Friedensprozess kritisieren, nahmen BDP-Aktivist\*innen immer couragierter an den Protesten teil.

Der Demokratische Kongress der Völker (HDK), ein Zusammenschluss der BDP mit mehreren linken türkischen Parteien und Gruppen, versucht nun sogar einen gemeinsamen Nenner der Forderungen des Widerstandes zu formulieren und Gemeinsamkeiten im türkischen Westen mit der angestrebten Selbstverwaltung im kurdischen Osten zu finden.<sup>9</sup> So erklärte die HDK kürzlich ihre Wahlstrategie für die kommenden Kommunalwahlen. Man habe vor, „die gemeinsame Stimme aller Kräfte zu werden, die sich beim Gezi-Widerstand zusammenfanden.“ Die HDK betonte, „was mit dem Gezi-Widerstand offenkundig wurde“, sei die HDK-Forderung nach mehr demokratischer lokaler Selbstverwaltung.

Die Partei der Freiheit und Demokratie (ÖDP), Mitglied der Europäischen Linken, sieht in dem Widerstand „vor allem eine Suche nach Freiheit, gegen die Politik der AKP, die Grenzen des neuen Regimes jeden Tag weiter auszudehnen.“ In einer Analyse meint die ÖDP, die AKP habe, mit einer „fa-

schistischen Politik, die sich auf die Mehrheit stützt, praktisch eine zivile Diktatur errichtet.“ Gleichzeitig wird in der Analyse betont, dass „der Volksaufstand die AKP ernsthaft erschüttert“ habe, aber „noch weit davon entfernt“ sei, „eine Alternative zur Macht zu bilden.“<sup>10</sup>

Der Kovorsitzende der ÖDP, Alper Tas, erklärte, dass sich die Linke im Lichte der neuen Situation erneuern müsse, „um die spontane Bewegung weiterzuentwickeln, sie zu begleiten.“ Tas glaubt auch, dass die Formen des Widerstandes für seine Partei keineswegs neu seien, sondern die ÖDP immer eine direkte Demokratie nicht nur befürwortet, sondern auch praktiziert habe. Aus Sicht des ÖDP-Chefs ist die Gezi-Park-Bewegung „ein Kampf um die säkulare Lebensweise.“<sup>11</sup>

Die Partei der Arbeit (EMEP) sieht in den Gezi-Park-Protesten vor allem einen Aufstand gegen die neoliberale Politik der AKP-Regierung, die „das Volk zum Armut verdammt.“<sup>12</sup>

Die neue Kommunistische Partei der Türkei (TKP) unterstreicht vor allem die spontanen Losungen vieler Demonstranten, die die Regierung zum Rücktritt aufrief.<sup>13</sup> Laut TKP ist die Liste der Beschwerden, die „das Problem“ widerspiegeln, sehr lang. Allerdings fasst die Partei die Liste in einem kurzen Satz zusammen, ohne weitere Ausführungen zu machen: „Dieses Land hat die reaktionäre, ausbeuterische, imperialistische Operation gegen sein Volk abgelehnt!“<sup>14</sup> In einer weiteren Erklärung rekurriert die TKP auf die Feststellung der AKP-nahen Medien, die Gezi-Bewegung sei unorganisiert und würde deshalb zu keinen politischen Folgen führen. Sie ruft die Protestierenden zum Eintritt in die Reihen der TKP auf.<sup>15</sup> Das Mitglied des ZK der TKP, Kemal Okuyan, argumentiert, dass der Aufstand an sich einen „linken Inhalt“ habe, der gegen liberale und nationalistische Tendenzen geschützt werden müsse. Diese hätten zwar an dem Aufstand teilgenommen, aber die AKP-Regierung nicht stürzen wollen.<sup>16</sup>

Die alte TKP, die heute unter dem Namen TKP 1920 agiert, denkt, dass „der Volkszorn die AKP politisch vernichtet“ habe. Dennoch sieht sie eine Schwäche der Gezi-Park-Bewegung. Die Beteiligung der „Arbeiterklasse und deren gewerkschaftlicher Organisationen“ sei schwach. Deshalb ruft sie die Gewerkschaften dazu auf, ihre Mitglieder zu den Park-Foren zu schicken, um dann „die Stimmung aus den Parks in die Betriebe zu tragen.“

Während der Demonstrationen brachten die türkischen Medien die Forderungen der Demonstranten vor allem mit der Grün-Linken Zukunftspartei (YGSP) in Zusammenhang. Die kürzlich als Zusammenschluss der Grünen und der Gruppe Freiheitliche Linke gegründete YGSP war tatsächlich in der Bürgerinitiative „Taksim Dayanışması“ sehr aktiv, noch bevor die Massenproteste begannen. Zudem decken sich ihre Grundprinzipien zum größten Teil mit den Forderungen der Aktivisten der Gezi-Park-Proteste. Sie ist gemeint, wenn andere linke Gruppen von „Liberalen“ sprechen. Obwohl die YGSP nur zum kleinen Teil von traditionellen Grünen getragen wird und ihre Kader zum größten Teil aus Sozialisten bestehen, wird sie international von der Grünen Bewegung Europas, vor allem von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Die YGSP glaubt, dass die Türkei eine Chance verpasst hat. „Die Forderungen der Verteidiger des Parks hätten eine neue und sehr wertvolle demokratische Öffnung in den Beziehungen zwischen den Behörden und den Bürgern ermöglichen können“, heißt es in der Erklärung zu einer Unterschriftenaktion, die von der YGSP initiiert wurde. „Doch weil die politische Führung es bevorzugte, diese Forderungen mit



Polizeigewalt zu unterdrücken, entstand ein Klima der Gewalt, das nicht zu akzeptieren ist, das die Zukunft der Demokratie in der Türkei und den Friedensprozess bedroht.“ Die YGSP betont, das Land könne nur durch Dialog und Verhandlungen aus dieser Krise herauskommen. Als einzige Partei hat die YGSP in dieser Unterschriftenkampagne auch konkrete Forderungen formuliert, die die Freiheit im Land vertiefen sollen.<sup>17</sup>

## Eine neue Partei?

Die meist gestellte Frage in In- und Ausland seit den Gezi-Park-Demonstrationen ist die, ob aus dem spontanen gesellschaftlichen Aufruhr eine neue politische Kraft, eine neue Partei entstehen kann. Und zwar eine, die in der Lage wäre, der AKP die Macht streitig zu machen.

Die Antwort darauf ist nein. Denn die Spontaneität der Proteste, die Vielfalt der Teilnehmer und das Fehlen des Willens zur politischen Organisation machen es nahezu unmöglich, aus dieser Bewegung eine Organisation zu schmieden. Zudem ist es eher unwahrscheinlich, dass sich existierende politische Gruppen oder Parteien nun an die Spitze dieser neuen Bewegung setzen können.

Die Oppositionsparteien im Parlament, die CHP und die BDP, hoffen bei den kommenden Kommunalwahlen in März 2014 von der Protestwelle profitieren zu können, doch aktuelle Umfragen stützen diese Hoffnung nicht.

Die meisten linken Parteien müssen erst Anschluss an die Bewegung finden und freuen sich zunächst einmal darüber, dass sie überhaupt dabei waren. Ob die alten leninistischen Organisationsmethoden dieser Parteien weiteren Schritten in dieser Richtung dienlich sind, kann bezweifelt werden.

Die einzige Partei, die eine reale Chance hat, aus den demonstrierenden Massen neue Mitglieder zu rekrutieren, wäre die YGSP. Doch auch sie wird womöglich nur geringfügig profitieren können. Denn die Partei ist noch sehr jung und hat deshalb kaum feste Strukturen, in die sie neue Aktivisten integrieren könnte.

Deshalb versuchen die meisten Parteien auch gar nicht erst, die Massen für sich zu gewinnen und zu organisieren. Die meisten linken Organisationen verstehen die Lage und versuchen einerseits die entstandene Dynamik nicht durch sektiererische Aktionen zu stören. Andererseits wollen sie die durch die Gezi-Park-Allianz neu erreichte Einheit verschiedener politischer Kräfte zumindest bis zu den Wahlen aufrechterhalten.

Das wäre auch die einzige Möglichkeit, das politische Gleichgewicht in der Türkei, welches bisher die AKP bevorteilt, mittelfristig zu verändern. Ob das für eine Verdrängung der AKP von der Macht ausreicht, hängt von mehreren Faktoren ab.

## Die Kommunalwahlen sind entscheidend

Der heftige Volkszorn hat die AKP-Wähler verunsichert. Die Regierungspartei und ihre Spitze sind sich dessen bewusst. Deshalb versuchen sie bis heute mit einer konfrontativen und verleumderischen Kampagne gegen die Demonstranten diese und die eigene Wählerschaft zu spalten, voneinander zu trennen und vor allem die eigenen Reihen zu disziplinieren.

Die Strategie der AKP sieht vor, den entstandenen Flurschaden bis zu den Kommunalwahlen einzuhegen, um danach wieder aufzubauen, was beschädigt wurde, damit die Partei und Erdogan auch aus den nächsten Parlaments-

Präsidentenwahlen wenigstens mit ihrer heutigen Stärke hervorgehen. Nur so könnte die AKP ihre erklärten Ziele erreichen: ein Präsidialsystem einzuführen, Erdogan zum ersten Präsidenten des Landes zu küren und mindestens bis 2023 an der Macht zu bleiben.

Doch trotz der großen Gegendemonstrationen, die mit allen Mitteln des Staates unterstützt wurden, sind auf Seiten der AKP Risse zu erkennen. Die Gewissheit, Erdogan könne durch nichts ins Stolpern gebracht werden, ist erschüttert. Auch in der Partei selbst bröckelt es. Erdogans Gegenspieler, der heutige Staatspräsident Abdullah Gül, war während der Demonstrationen von der harten Linie Erdogans abgegangen. Dass er gegen das Präsidialsystem ist und den Kampf um die Partei noch nicht aufgegeben, hat ist längst bekannt.

Als die Gezi-Park-Proteste ihren Höhepunkt erreichten, äußerten sich auch mehrere weitere Parteifreunde Erdogans besorgt. Die meisten dieser Zweifler befürchteten, die harte Linie Erdogans werde der Partei und damit ihren eigenen Machtpositionen in der Gesellschaft schaden. Wenn auch Erdogan und seine treuesten Strategen zunächst einmal für Ruhe in der AKP sorgen konnten, kommt den Kommunalwahlen am 30. März 2014 enorme Bedeutung zu. Verliert die AKP bei diesen Wahlen deutlich an Zustimmung, dann werden in der Partei die Karten neu gemischt.

Vor allem schaut man auf die bisherige AKP-Hochburg Istanbul, wo nahezu ein Viertel der Wähler des gesamten Landes lebt. Verliert die AKP mehr als 10 Prozent oder gar das Bürgermeisteramt, wird die islamisch-konservative Regierungspartei um ihre Zukunft bangen müssen. Andererseits glauben viele politische Beobachter, dass es kaum zu einem solchen Zusammenbruch kommen wird. Wahrscheinlicher sei es, dass die AKP einige Prozente an Stimmen verliert und dennoch die Wahlen gewinnt. In diesem Fall, da sind sich alle einig, wird sich an den Machtstrukturen des Landes kurz- und mittelfristig nichts ändern.

Doch die langfristige Perspektive sieht anders aus. Denn obwohl der Gezi-Park-Aufstand keine schnelle Veränderung der politischen Landschaft bewirken konnte, wird er womöglich eine ganze Generation politisch sozialisieren und prägen. Politikwissenschaftler vergleichen die neue Bewegung mit der 68er-Bewegung im Westen. Auch diese habe keine schnelle Veränderung gebracht, aber langfristig die politische Konstellation nachhaltig beeinflusst. Deshalb läßt die Gezi-Park-Bewegung Hoffnungen wieder aufkeimen, dass in der Türkei mehr Demokratie, mehr Toleranz und mehr soziale Rechte weiterhin möglich sind.

## Anmerkungen

- 1 Siehe <http://www.ahaber.com.tr/Gundem/2013/06/02/muammer-guler-bilancoyu-acikladi-797816077834>, zuletzt aufgerufen am 19.8.2013.
- 2 [http://www.zaman.com.tr/selim-isiklar/borsadaki-dususun-gezi-ile-ilgisi-yok-denilebilir-mi\\_2118718.html](http://www.zaman.com.tr/selim-isiklar/borsadaki-dususun-gezi-ile-ilgisi-yok-denilebilir-mi_2118718.html), zuletzt aufgerufen am 11.8.2013.
- 3 <http://www.radikal.com.tr/turkiye/cumhurbaskani-polis-uzucu-goruntulere-sebep-olmamali-1135870>, zuletzt aufgerufen am 19.8.2013.
- 4 <http://t24.com.tr/haber/gezi-parki-direniscileriyle-yapilan-anketten-cikan-iginc-sonuclar/231335>, zuletzt aufgerufen am 1.9.2013.

Die Umfrage ergibt, dass rund 70 Prozent der Demonstranten weder Mitglied einer politischen Partei sind noch einer Partei nahe stehen. Lediglich 15,3 Prozent gaben an, sie sympathisierten mit einer politischen Partei. 14,7 Prozent waren sich nicht sicher.

Das Bemerkenswerte war, dass 39,6 Prozent der Befragten zwischen



19 und 25 Jahren alt sind, 24 Prozent zwischen 26 und 30 Jahren. Etwas mehr als die Hälfte hatte noch nie an politischen oder anderen öffentlichen Aktionen teilgenommen.

Für 92,4 Prozent aller Befragten war das Motiv, das sie auf die Straße getrieben habe, ihre Empörung über den autoritären Führungsstil des Ministerpräsidenten Erdogan. Fast ebenso viele, 91,1 Prozent, gaben an, dass die demokratischen Rechte der Bürger durch die Regierungspolitik beschnitten würden. 84,2 Prozent waren unzufrieden mit der medialen Wiedergabe der „wahren Verhältnisse“ im Land und beschuldigten die Medien, die negativen Entwicklungen im Land zu verschweigen. Die bedrohten Bäume des Gezi-Parks, soviel war schnell klar, spielten für die Mehrheit der Befragten, nämlich 56,2 Prozent, nur eine nachrangige Rolle.

Entgegen den zahlreichen Verleumdungen durch Regierungsvertreter, bei den Demonstranten handele es sich um Menschen mit einer feindlichen politischen Agenda, bezeichneten sich 54,5 Prozent als „unpolitisch“. 81,2 Prozent der Befragten bezeichneten sich als „libertär“, 64,5 Prozent als „Laizisten“. Nahezu alle Demonstrierenden, 92,1 Prozent, gaben an, die AKP nicht gewählt zu haben, und drei Viertel der Befragten betonten, sie seien nicht konservativ.

Die Studie der Bilgi-Universität erfasste zudem die Forderungen und Erwartungen der Demonstrierenden. 96,7 Prozent forderten ein Ende der Polizeigewalt und in gleichem Maße auch mehr „Respekt vor der Freiheit der Bürger“. 37 Prozent forderten die Gründung einer neuen politischen Partei, die ihre Anliegen vertritt. Die Umfrage ergab, wie falsch die Einschätzung der Demonstranten durch Regierungsvertreter war. Während 8,9 Prozent der Demonstranten einen Militärputsch unterstützen würden, positionierten sich 79,5 Prozent der Protestierenden ganz klar gegen jegliche Einmischung der Armee.

- 5 Siehe <http://gundem.milliyet.com.tr/iste-konda-anketine-gezi-gundem/detay/1722329/default.htm>, zuletzt aufgerufen am 1.9.2013.

Laut KONDA gingen lediglich 15 Prozent der Demonstranten aus Protest gegen die Vernichtung der Grünanlagen auf die Straße. Die Hälfte protestierte gegen die Polizeigewalt. Auch hier ergab sich, dass mit 79 Prozent die Mehrheit der Protestierenden keiner politischen Partei oder Vereinigung angehörte. Bezeichnend ist, dass nahezu alle Demonstrierenden angeben, noch zu studieren oder bereits ein abgeschlossenes Studium zu haben. Den Durchschnittsalter der Protestbewegung gibt KONDA mit 28 an.

- 6 <http://yenisafak.com.tr/foto-galeri/genar%E2%80%99in-yaptigi-gezi-parki-anketi/5684>, zuletzt aufgerufen am 1.9.2013.

So heißt es in dieser Umfrage zum Beispiel, dass zwar „der Mangel an Freiheiten“ mit 18,9 Prozent der wichtigste Beweggrund der Demonstranten sei, dicht gefolgt, mit 16,3 Prozent, von Unzufriedenheit mit „Diskriminierung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit“. Alles Schlagwörter, die auch die Massen motivieren, die AKP zu wählen: Auch sie hatten angegeben, sich „diskriminiert, ungleich und ungerecht“ behandelt zu fühlen, weil sie Muslime sind. Andere Themen wie Arbeitslosigkeit, Bildung oder die Kurdenfrage wurden ebenso abgefragt. GENAR kommt zu dem Schluss, dass lediglich 8 Prozent der Befragten explizit Ministerpräsident Erdogan kritisieren.

Weiterhin stellt GENAR fest, dass der beliebteste Politiker der Demonstranten mit 54,8 Prozent Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk sei – das explizite Feindbild der islamistischen Bewegungen in der Türkei. Gefragt nach dem Grund, warum sie jetzt auf die Straße gehen, antworten 46,4 Prozent der Befragten: „um Widerstand zu leisten bzw. mich mit den Aktivisten zu solidarisieren“. Freiheit, Demokratie, Ökologie, Polizeigewalt, die Politikstil des Ministerpräsidenten oder der Regierung kommen in dieser Umfrage kaum zur Sprache und scheinen kein Motiv der Wut zu sein.

- 7 <http://www.ensonhaber.com/yildiray-ogurdan-direndemokrasi-yazisi-2013-06-09.html>, zuletzt aufgerufen am 10. September 2013.
- 8 <http://www.ensonhaber.com/yildiray-ogurdan-direndemokrasi-yazisi-2013-06-09.html>, zuletzt aufgerufen am 10. September 2013.
- 9 <http://t24.com.tr/haber/hdk-bizim-anlayisimiz-sergileyen-gezi-dinamiklerin-in-ortak-sesi-olacagiz/239110>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.
- 10 <http://odp.org.tr/odpden-direnis-uzerine-degerlendirme/>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.
- 11 <http://odp.org.tr/alper-tas-yanitladi-sol-geziden-hangi-dersler-cikarmali/>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.
- 12 <http://www.emep.org/news.php?id=1738>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.
- 13 <http://www.tkp.org.tr/basin-aciklamalari/tkpdn-turkiyeyi-sarsan-eyemlerle-ilgili-deklarasyon-2140>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.
- 14 <http://www.tkp.org.tr/basin-aciklamalari/mucadele-kardeslerimiz-2151>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.

- 15 <http://www.tkp.org.tr/basin-aciklamalari/kazanan-halktir-2189>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.

- 16 <http://www.tkp.org.tr/haber/kemal-okuyan-soru-isaretleri-ve-karamsarlik-asilmistir-2251>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.

- 17 <http://yesillervesolgelecek.org/adalet-ve-saygiya-cagri-gezinin-temsil-ettigi-demokrasi-zemininde-bulunsak/>, zuletzt aufgerufen am 11.9.2013.

## Simbabwe: Wenn die Wahlen nun nicht gefälscht waren? <sup>1</sup>

Von Jos Martens, Büro Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger

Seit die ersten Ergebnisse der Wahlen vom 31. Juli 2013 in Simbabwe veröffentlicht wurden, wird darüber debattiert, ob diese frei, fair und glaubhaft waren. Vor allem wird darüber gestritten, ob die Wählerlisten manipuliert wurden. Das Abstimmungsverhalten der Simbabwe an sich spielt dagegen kaum eine Rolle. Die Frage zum Beispiel, wieso – von den Fälschungen einmal abgesehen – sich so viele für den 89 Jahre alten Mugabe und die ZANU entschieden haben.

Einige Tage nach der Wahl sprach ich mit einer Frau, die in Ostsimbabwe mit Hingabe ein Stück Gemeindeland bearbeitet. Wie viele andere ist sie ZANU-Mitglied, unterstützt aber die MDC. Dass ZANU einen solchen Erdrutschsieg einfuhr, hat sie wie viele andere Menschen in ihrem Dorf überrascht: „So viele von uns haben gesagt, wir wollen Veränderung, wir wollen Veränderung“, erklärte sie und bezog sich dabei auf einen Wahlslogan der MDC. Auf die Frage, warum die Leute die MDC unterstützt haben, antwortete sie: „Die Menschen hassen Mugabe wirklich. Wir wissen alle, dass der MDC-Führer Tsvangirai (seit 2009 Ministerpräsident) ein Freund der Amerikaner ist, die uns helfen können. Mugabe hält es mit den Chinesen, und die sind sehr brutal. Sie haben die zuvor geschlossenen Fabriken nicht wiedereröffnet. Wir möchten auch die Briten gern zurückhaben, nicht als unsere Herren, sondern als Menschen, die hart arbeiten. Viele Leute, die ein Stück Land bekommen haben, bearbeiten es nicht. Was soll man da machen, wenn man selber nur eine Hacke hat? Die Briten könnten helfen. Vielleicht machen sie wieder Fabriken auf. Wir wollen, dass unsere Kinder Arbeit finden. Früher war das Leben auch hart, aber es war billiger. Ich habe mich nicht gefürchtet zu wählen, wie ich wollte. In der Wahlkabine bin ich allein, warum sollte ich mich fürchten?“

Natürlich ist eine Einzelperson nicht repräsentativ für die ganze Bevölkerung. Die besagte Frau lebt zum Beispiel in einem Dorf, wo es bei den Wahlen von 2008 nicht viel Gewalt gab. Regen fällt dort genug, die Bauern benutzen Kunstdünger und Saatgut vom Markt, wenn sie es bekommen. Viele erhalten auch Überweisungen von ihren Kindern, die im Ausland arbeiten, zumeist in Südafrika, aber auch in Großbritannien. Trotzdem zeigt schon dieses kurze Gespräch, dass sich die Menschen bei ihrer Wahlentscheidung vor allem von einem leiten lassen: Sie wollen ein besseres Leben – ein höheres Einkommen, niedrigere Preise, Arbeit, Dienstleistungen und Sicherheit ...





## Warum hat die MDC an Popularität verloren?

Diesen ungeheuren Sieg Mugabes und der ZANU hat niemand erwartet. Aber fast jeder, mit dem ich im vergangenen Jahr gesprochen habe, hatte Zweifel, ob sein Rivale Tsvangirai es bei den kommenden Wahlen schaffen könnte. Sie meinten, seiner MDC seien in den vergangenen fünf Jahren zu viele Fehler unterlaufen, während Mugabe und die ZANU unermüdlich daran gearbeitet hätten, verlorenen Boden gutzumachen.

Die Wahlen von 2008 waren ein massiver Protest gegen den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft unter dem Regime der ZANU-PF. Dieser konnte nicht einmal mit der massiven Gewalt unterdrückt werden, die die Partei entfesselte. Mugabe stand mit dem Rücken zur Wand und rettete sich nur, indem er zu dem Strohalm der GNU (Regierung der Nationalen Einheit) griff. Aber 2012, vier Jahre später, veröffentlichte das Freedom House in Washington, nicht gerade ein Freund von ZANU, die Ergebnisse einer Umfrage. In dem Papier findet sich folgender Satz: „Unter den Teilnehmern, die bereit waren, ihre politischen Sympathien mitzuteilen, war das Vertrauen zur MDC-T von 66 Prozent auf 39 Prozent gesunken, während das zur ZANU-PF von 36 Prozent auf 52 Prozent gestiegen war.“

Auf welche Faktoren ist dieser Umschwung zurückzuführen? Was waren die Hauptereignisse, die so viele Bürger Simbabwes in den vergangenen fünf Jahren bewogen haben, sich umzuorientieren?

### MDC-Abgeordnete bereichern sich ...

Kaum waren sie in den weichen Parlamentsesseln versunken und hatten die ersten Diäten erhalten, da vergaßen viele MDC-Politiker ganz schnell, wer sie aus welchem Grunde gewählt hatte, taten nichts Ernsthaftes, um etwas zu verändern, sondern genossen es, jetzt selbst ein Stück vom Kuchen zu bekommen. Zwar hieß es in einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), dass „65 Prozent der gegenwärtigen Parlamentarier Simbabwes eine intensive Unterweisung in Gesetzgebungs- und Haushaltsfragen benötigen, denn sie sind nicht kompetent genug, ihre Aufgaben zu erfüllen“. Dagegen erwiesen sie sich als überaus fähig, ihre Privatinteressen wahrzunehmen. Unter anderem forderten und erreichten die Abgeordneten ein monatliches Grundgehalt von 1400 US-Dollar, die Übernahme des Kredits von 30000 US-Dollar für den persönlichen Wagen und eine einmalige Sitzungsprämie von 15000 US-Dollar. Im Mai 2012 verlangten die Parlamentarier Wohnsitze zu subventionierten Preisen in „anständigen Gegenden“, womit sie endgültig demonstrierten, wie weit sie sich von ihren Wählern entfernt hatten. Ein Hauptstreitpunkt in den Parlamentsdebatten dieses Jahres über die neue Verfassung war die Höhe des Tagelohnes, das die Abgeordneten während dieser Sitzungszeit erhalten sollten. Natürlich verhielten sich die ZANU-Mandatsträger ähnlich, aber hatte nicht die MDC versprochen, mit derartigen Praktiken Schluss zu machen?

### ... während die Wähler unter der Sparpolitik leiden ...

Nach der ersten Erleichterung über die Einführung des US-Dollars im Juni 2009, wodurch Simbabwes Hyperinflation über Nacht abflaute,<sup>2</sup> kam die Wirtschaft kaum auf die Beine und wuchs nicht so schnell wie erwartet.<sup>3</sup> Auch später wur-

de es nur wenig besser. Während Finanzminister Tendai Biti von der MDC bei der Aufklärung des Diamantenskandals von Chiadzwa (illegale Übertragung der Abbaurechte in diesem Gebiet durch das Bergbauministerium an zwei Unternehmen – d.Ü.) kaum Fortschritte vorweisen konnte, empfing er humanitäre Hilfe in Höhe von einer Milliarde US-Dollar und im Jahre 2009 weitere 500 Millionen US-Dollar aus den Sonderziehungsrechten des IWF. Daraufhin strich er den Haushalt um die Hälfte zusammen und hob die Preiskontrollen auf. Ab Februar 2009 zahlte das Finanzministerium den Staatsangestellten, unabhängig von ihrem Rang, nur noch „Gehälter“ in Gutscheinen zu je 100 Dollar aus. Da dies sehr wenig war, drohten die Lehrer zu Beginn des Schuljahres im Mai 2009 mit Streik. Im Juli 2009 kündigte der Finanzminister daraufhin an, den Gehaltsfonds um 20 Prozent aufzustocken, wovon ein Teil benutzt wurde, um eine Skala von Gehaltsstufen von 150-250 Dollar im Monat einzuführen. Aber 2010 und 2012 froh Biti die Gehälter der Staatsangestellten erneut ein, während er in anderen Jahren vor Gehaltsforderungen kapituliert hatte, wenn auch nur im Falle von angedrohten oder durchgeführten Streiks. Gegenüber den zügellosen Wünschen der Parlamentarier gab er sich dagegen ganz anders. Tsvangirai billigte diese Maßnahmen nicht alle und legte sich zuweilen auch mit Biti an, aber in den Augen der Öffentlichkeit war es „sein“ MDC-Minister, der für die anhaltenden Konflikte mit seinen Angestellten die Verantwortung trug.

Mugabe nutzte den Streit und unterstützte in Einzelfällen Forderungen nach Gehaltserhöhungen. 2013 bezog die Mehrzahl der Staatsangestellten ein Monatsgehalt von 250 bis 300 US-Dollar. Laut dem Verbraucherrat von Simbabwe benötigt eine sechsköpfige Familie für ein normales Leben jedoch etwa 570 US-Dollar. Auch die Arbeitslosigkeit verharrte in schwindelnder Höhe. 2011 standen lediglich 31 Prozent der arbeitsfähigen Männer und 14 Prozent der Frauen in einem bezahlten Arbeitsverhältnis.<sup>4</sup> So bleibt Millionen von Simbabwern nur der inoffizielle Wirtschaftssektor, der seit dem Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes förmlich explodiert ist. Während viele dabei kaum überleben konnten, ging es anderen, zum Beispiel Grenzhändlern, Besitzern kleiner Geschäfte, Kleinunternehmern bei der Verarbeitung von Landwirtschaftsprodukten und Handwerkern ein wenig besser. Die von Mugabe 2005 gestartete Operation Murambatsvina hatte viele inoffiziell Tätige in den Städten ihres Lebensunterhalts beraubt und einen großen Teil gezwungen, in der Landwirtschaft Zuflucht zu suchen.<sup>5</sup>

Auch die Kleinbauern hatten wenig Grund, sich über die MDC zu freuen. Das halbstaatliche Getreidehandelsamt (GMB), unter Joseph Made von der ZANU versäumte es Jahr um Jahr, den Bauern rechtzeitig den gelieferten Mais zu bezahlen und schob das auf verspätete Überweisung der Gelder durch den Finanzminister von der MDC. Dabei galten die von dem durch das Finanzministerium finanzierten GMB festgesetzten Maispreise ohnehin als unangemessen. Dadurch waren die Bauern gezwungen, das GMB zu umgehen und ihr Getreide an private Händler zu verkaufen, die bar zahlten, aber die Preise noch weiter drückten.<sup>6</sup> Damit fielen sie allerdings aus dem Hilfsprogramm des GMB heraus.

Inzwischen startete Mugabe parallel dazu seinen eigenen Agrarförderungsplan des Präsidenten. 2011 gab die Vereinigung der Gemeinde-, Wiedereinrichter- und Kleinbauern ZFU eine Erklärung heraus, in der es hieß, dass 560000 Familien



durch den Plan des Präsidenten geholfen worden sei, was weit über dem GMB-Programm lag. „Nach unserer Einschätzung haben nur wenige Familien vom Programm des GMB profitiert. Der Plan des Präsidenten dagegen war erfolgreich, und die guten Ernten sind seinem rechtzeitigen Eingreifen zuzuschreiben“. Soweit Paul Zakariah, Geschäftsführer des ZFU. Natürlich sollten wir nicht übersehen, dass das ZFU als Sprachrohr der ZANU-PF angesehen werden kann, aber immerhin ...

... und die von der MDC regierten Städte wegen Korruption und Inkompetenz nicht funktionieren

Während die MDC bei Arbeitern und Kleinenbauern rasch an Glaubwürdigkeit einbüßte, verärgerte sie zunehmend auch viele ihrer Anhänger in Städten wie Harare, Chitungwiza, Bindura und anderen, wo sie bei den Wahlen von 2008 massive Siege errungen hatte und die Verwaltungen kontrollierte.

Im März 2009 forderte Transparency International Zimbabwe dringend eine gerichtliche Untersuchung der ausufernden Korruption unter hohen Beamten der Stadt Harare. Zwar wurden ein paar halbherzige Maßnahmen eingeleitet, um das Problem anzugehen (so beschloss der Stadtrat von Harare im Juni 2009, illegale Viehverkäufe und andere Geschäfte in seinen Farmen untersuchen zu lassen), aber die neuen Parlamentarier erwiesen sich als unfähig, die Beamten zu zügeln, und die Korruption blühte weiter. Erst im November 2012 wurde auf Anordnung des Ministers für Lokalverwaltung Chombo von der ZANU-PF eine interne Untersuchung der Zustände in Angriff genommen.

Die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, die bereits unter der ZANU-PF im Argen lagen (erinnert sei an die Choleraepidemie von 2008 und 2009) verschlechterten sich weiter, was im Januar 2012 in Harare zu einem Ausbruch von Typhus führte. Zugleich erhielten Einwohner der Stadt stark überhöhte Rechnungen für Dienste, die häufig gar nicht geleistet worden waren. Ihnen wurde mit Exmittierung gedroht, was zu Demonstrationen führte. Im November 2012 ging beim Oberbürgermeister und dem Minister eine Petition ein, in der gefordert wurde, die Schulden der Einwohner zu streichen.<sup>7</sup> Auch in anderen von der MDC regierten Städten wie Chitungwiza und Bindura kam es zu Bestechung und ausbleibenden Dienstleistungen.

2013 forderte der Vereinigte Verband der Ratenzahler von Harare von der MDC, dass die Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen danach ausgewählt werden sollten, ob sie kompetent und nicht in Korruptionsfälle verwickelt seien. Zwar beherzigte die MDC derartige Appelle, so entließ Tsvangirai zum Beispiel die kompletten Verwaltungen von Chitungwiza und zwölf anderen von Korruption geplagten Städten und prüfte für die Vorwahlen in der MDC aufgestellte Kandidaten, aber der Schaden war nicht mehr rückgängig zu machen.

Im Gegensatz dazu startete die ZANU eine populistische und nationalistische Charmeoffensive

Natürlich waren auch die Politiker der ZANU-PF nicht über Nacht zu Engeln geworden, ganz im Gegenteil. Aber während die MDC zunehmend an inneren Machtkämpfen litt, zeigte sich die ZANU immer einiger und geschlossener. Ihr gelang es auch, anders als die MDC, ihre Probleme unter der Decke zu halten, wobei ihr die absolute Kontrolle der Medien half.<sup>8</sup> Dadurch konnte sie ihre nationalistische Agenda vorantrei-

ben und den Massen von echten oder erfundenen Erfolgen berichten.

Der ZANU gelang es nicht nur, die Medien und die Sicherheitskräfte fest in der Hand zu behalten, sondern sie kontrollierte über die Ministerien für Boden und Wiederansiedlung auf dem Lande, über das Landwirtschafts- und das Bergbauministerium auch die Naturressourcen in Landwirtschaft und Bergbau.

## Bergbau

Der Diamantenskandal von Chiadzwa beschädigte das Ansehen Mugabes und der ZANU. Angesichts des enormen (illegalen) Profits aus den Diamanten und des lokalen Charakters des Konfliktes schien es ihnen die Sache aber wert zu sein. In scharfem Kontrast zu seinem Vorgehen in Chiadzwa begann das von der ZANU-PF geführte Bergbauministerium, das 2008 zunächst gegen illegales Schürfen vorgegangen war, nun den Kleinbergbau überall im Lande zu legalisieren und zu unterstützen. Damit gewann die Partei offenbar beträchtliche Zustimmung unter den betroffenen Bergarbeitern. Folgerichtig nannte der Kleinbergbaurat Simbabwes (ZASMC), der 25 000 registrierte Kleinbergarbeiter (von insgesamt geschätzten 1,5 Millionen) vertritt, den Wahlsieg der ZANU eine willkommene Entwicklung bei den Bemühungen um die Wiederbelebung der Wirtschaft des Landes.

Zugleich wuchs der offizielle Bergbausektor rapide. Während auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Simbabwe dort nur etwa 3 000 Arbeiter beschäftigt waren, stieg diese Zahl bis 2013 auf etwa 43 000 an.<sup>9</sup> Zahlreiche begehrte Arbeitsplätze waren geschaffen worden.

Im Januar 2010 startete der Minister für Jugendentwicklung, Indigenisierung und Förderung Saviour Kasukuwere (ZANU-PF) die Indigenisierungskampagne. Er veröffentlichte Bestimmungen, wonach Unternehmen, die in Simbabwe tätig werden wollten, bis zum 15. April 2010 spezifische Informationen, darunter einen Plan zur Durchführung der Indigenisierung, vorzulegen hatten. Nach längeren Auseinandersetzungen ging im Januar 2013 Impala Platinum (Implats), der zweitgrößte Produzent von Platin in der Welt, auf die Forderung der Regierung ein und überließ 51 Prozent seiner Betriebsanteile schwarzen Simbabwern. Nach dem Gesetz zur Indigenisierung und Wirtschaftsförderung von 2007 müssen „Unternehmen, die bei der Ausbeutung von Naturreichtümern, einschließlich Mineralien, tätig werden wollen, Pläne zur Gemeinschaftsbeteiligung annehmen“, „welche zehn Prozent ihrer Anteile für Gemeinschaftsbeteiligung vorsehen“. Das Gesetz schrieb weiterhin 28 Prozent der Anteile für Arbeitnehmer, davon maximal fünf Prozent für Leitungspersonal vor.

Wenn auch der Löwenanteil dieser Anteile möglicherweise wiederum der schwarzen Elite zufällt, so kann die Reservierung von Unternehmensanteilen für Arbeitnehmer und Gemeinschaften bei vielen Arbeitern und Landbewohnern die Hoffnung geweckt haben, zumindest ein kleines Stück von der Beute zu ergattern. Dagegen erklärte der ehemalige Stabschef im Büro von Ministerpräsident Morgan Tsvangirai, Crispin Mbanga, im Wahlkampf im Juli 2013 eindeutig, wenn die MDC-T gewählt werde, wolle sie Maßnahmen wie die Indigenisierung wieder rückgängig machen.<sup>10</sup>



## Das Programm für eine Bodenreform im Schnellverfahren

Auch bei der Landverteilung, die sich in den ersten zwanzig Jahren nach der Unabhängigkeit nur zögernd hinschleppte, zeigten sich ähnliche nationalistische und auf die Förderung der Schwarzen gerichtete Tendenzen. Während viele Aspekte der Bodenreform im Schnellverfahren (die Gewalt, die Verteilung der Filetstücke an die mit der ZANU verbundene Elite usw.) zu Recht, wenn auch einseitig kritisiert wurden, zeigen jüngste Zahlen, dass nicht nur die Elite davon profitiert hat, sondern auch etwa 200 000 landlose Bauern erstmals Boden erhielten. Wenn sie bisher auch nur wenig Unterstützung erfahren haben, kann man sich vorstellen, dass sie nicht gewillt wären, ihren fruchtbareren Boden an die ehemaligen Besitzer zurückzugeben. Im Jahre 2011 registrierte der Tabakverband von Simbabwe 67 000 Tabakpflanzler, die auf Land, das ehemals Weißen gehörte, angesiedelt wurden. Nach Daten der FAO verdoppelte sich nach der Einführung des US-Dollars die mit Tabak bepflanzte Fläche von 52 000 Morgen 2003 auf über 100 000 Morgen 2009. Mit anderen Worten, das Leben dieser Neuansiedler hat sich beträchtlich verbessert.

In den Jahren 2001/2002 wurden in Simbabwe etwa 250 000 bis 300 000 kleine Baumwollbauern – zumeist im Nordwesten und Norden des Landes – geschätzt. Die Kleinproduktion von Baumwolle war seit den 1980er Jahren, in der Liberalisierungszeit der 1990er Jahre und im Rahmen der Bodenreform im Schnellverfahren mit all ihren Problemen kontinuierlich gewachsen. Zwar haben die Baumwollbauern mit einer Reihe von Schwierigkeiten, darunter den niedrigen Preisen, zu kämpfen, trotzdem beabsichtigen zahlreiche neuangesiedelte Bauern, ihr Leben durch den Baumwollanbau zu verbessern. Es kann daher nicht überraschen, dass der Bauernverband von Simbabwe (ZFU), der nach eigenen Angaben eine Million Landloser, Neuangesiedelter und Kleinbauern vertritt, dazu der Verband kommerzieller Landwirte Simbawes (ZCFU), dem zumeist schwarze Großlandwirte angehören, den Sieg der ZANU Anfang August mit der Erklärung begrüßt haben, er sichere die Kontinuität und Aufrechterhaltung volksnaher Programme und einer entsprechenden Politik. Obwohl die MDC 2006 offiziell erklärt hatte, die Bodenreform nicht rückgängig machen zu wollen,<sup>11</sup> gelang es ihr nicht, die Kleinbauern Simbawes davon zu überzeugen. Immer wieder musste Tsvangirai während des jüngsten Wahlkampfes seine Zuhörer auf dem Lande in dieser Hinsicht zu beruhigen suchen.

Natürlich war nicht die gesamte Leistung der MDC so miserabel. Einiges ist durchaus anzuerkennen, insbesondere die Arbeit der Ministerien für Gesundheitswesen (unter dem MDC-T-Minister Henry Madzorera) und Bildung (unter Führung von David Coltart von der abgespaltenen MDC-M). Insgesamt scheint es der ZANU jedoch gelungen zu sein, die (geringen) Fortschritte, die von der Regierung der Nationalen Einheit erreicht wurden, sich selbst zuzuschreiben und die weiter bestehenden Mängel auf die MDC abzuwälzen.

### Wie hätten Sie gestimmt?

Wenn wir zu unserer Ausgangsfrage zurückkehren, dann bleibt nach wie vor offen, ob die MDC die Wahlen von 2013 gewonnen hätte, wenn es nicht zu Wahlfälschung gekommen wäre. Wie hätten Sie gestimmt, wenn Sie der Dorfbewohner

wären, der ein fruchtbares Stück Land erhalten hat, wenn Sie eine Genehmigung für Kleinbergbau erhalten hätten, wenn Sie zuvor ein arbeitsloser Landarbeiter gewesen wären und Ihr kleines Geschäft langsam auf die Beine käme? Wem hätten Sie es angelastet, wenn Sie in der Kampagne zur Säuberung der Städte von 2008 Ihren Lebensunterhalt verloren, wenn Sie auf einer Tabakauktion gerade 1 500 Dollar verdient hätten, wenn Sie mit korrupten MDC-Beamten um ein Grundstück für Ihr Haus hätten streiten müssen oder in einem Bergwerk arbeiteten und hofften, einen kleinen Anteil daran zu erhalten? Wenn ...

Selbst wenn es keinen positiven Grund für Sie gäbe, die ZANU zu wählen, könnten Sie es trotzdem tun, weil Sie sonst eine neue Welle der Gewalt gegen MDC-Wähler wie 2005 und 2008 befürchteten.

Viele MDC-Anhänger müssen sich auch gefragt haben, ob es all den Schmerz und Ärger wert sei, eine MDC weiter zu unterstützen, die nach fünf Jahren kaum mehr vorzuweisen hat als Politiker, die sich ganz offensichtlich nur um ihr eigenes Wohlergehen kümmern. Wenn man all das bedenkt, bleibt es eine offene Frage, ob die MDC tatsächlich gewonnen hätte, wenn es ohne Wahlfälschung abgegangen wäre.

### Um doppelt sicherzugehen

Die Diskussionen nach diesen Wahlen haben sich vor allem auf die Registrierung der Wähler, die Fälschung und späte Veröffentlichung der Wählerlisten konzentriert. Dabei ging die ZANU schon unmittelbar nach dem Desaster bei den Wahlen von 2008 daran, doppelt abzusichern, dass „so etwas nie, nie wieder passiert“. Die erste Etappe war der neue Zuschnitt der Wahlkreise. Gegen Ende 2009 gerieten MDC und ZANU darüber in Streit, dass die Wahlkommission von Simbabwe die Wahlkreise neu zuschnitt, um ihre Zahl von 120 auf 210 zu erhöhen. Die MDC behauptete, sie sei übers Ohr gehauen worden, da in ihren traditionellen Hochburgen nur 28 Wahlkreise hinzugekommen seien, während auf die drei ländlich geprägten Provinzen von Mashonaland, dem Kernland der ZANU, 62 entfallen seien. Außerdem erregte sich die MDC über die Registrierung von 800 000 neuen Wählern, zumeist im fortgeschrittenen Alter. Die Jüngeren sollten anschließend registriert werden. Im Juli 2013 meldete der britische Telegraph jedoch, dass nach seinen Informationen lediglich ein Viertel der Berechtigten zwischen 18 und 25 Jahren, die man in der Mehrzahl für Anhänger von Tsvangirai hielt, registriert worden seien.

Wenn man hinzunimmt, dass etwa zwei Millionen Wähler (fast ein Viertel aller Wahlberechtigten!), die außerhalb Simbawes leben, ausgeschlossen blieben und Armee- sowie Polizeispitzen offen damit drohten, sie würden Tsvangirai als Präsidenten nie akzeptieren, dann wird klar, dass der Rahmen für diese Wahlen viel früher gesetzt war. Allerdings zeigte sich im Wahljahr, dass die MDC viel zu wenig zu spät unternommen hatte, um daran etwas zu ändern.

Der ZANU kann nur vorgeworfen werden, dass sie in ihrem Bestreben sicherzustellen, dass „so etwas nie, nie wieder passiert“, übertrieben hat, denn ein so gewaltiger Sieg wie der von 2013 ist einfach nicht zu glauben.

Als zu all den bereits erwähnten Machenschaften auch noch offenbar wurde, dass ungeprüfte (und wahrscheinlich gefälschte) Wählerlisten zum Einsatz kommen sollten, verwundert es schon, dass die MDC-Führung trotz allem einmütig beschloss, an der Wahl teilzunehmen. Erst zwei Wochen



vor dem Urnengang wurde Tsvangirai im britischen Telegraph mit den Worten zitiert: „Obwohl relative Ruhe herrscht, ist die Organisation der Wahl so chaotisch, dass ich eine Katastrophe kommen sehe.“

## Quo vadis, Simbabwe?

Die unmittelbare Gefahr besteht jetzt darin, dass wegen des überwältigenden Sieges Arroganz und Rachegefühle in der ZANU die Oberhand gewinnen und sie entscheiden könnte, ein für allemal mit der Opposition abzurechnen. Immerhin hat Mugabe bereits mehrfach bewiesen, dass er weder vergibt noch vergisst. Zwar hätte es durchaus einen Sinn, die Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika (SADC) und die Afrikanische Union (AU) für ihre Unterstützung zu „belohnen“ sowie Großbritannien und die USA durch eine Friedensgeste zu beschwichtigen und der MDC in einer neuen Regierung der Nationalen Einheit einen unbedeutenden Posten anzubieten. Es gibt jedoch kaum eine Chance, dass die ZANU das tun wird. Höchstwahrscheinlich wird sie die MDC in die Opposition schicken.

Die einfachen Simbabweer kommen nun leider vom Regen in die Traufe. Sie haben „gewählt“, um die Ausbeutung durch eine von Egoismus und ausländischem Einfluss getriebene MDC-Elite an den Pranger zu stellen. Nun werden sie von einer rachsüchtigen, skrupellosen ZANU-Diktatur weiter manipuliert werden, die bei nationalistischer und pseudo-progressiver Rhetorik sich selbst und ihre Helfershelfer weiter bereichern wird.

Vor den Simbabweern liegt also noch ein langer Weg zu Freiheit und Wohlstand für die Massen. Daraus ergeben sich zwei Fragen nach Inhalt und Strategie. Wie soll ein künftiges Simbabwe aussehen? Wie und mit wem kann ein solches Ziel angegangen werden? Zu beiden Fragen bestehen zahlreiche Ideen und Meinungen.

Einige finden sich natürlich in den Wahlprogrammen der verschiedenen politischen Parteien. Zweifellos haben sich NGOs von Menschenrechtsorganisationen bis zu den mit wirtschaftlichen Themen befassten auch bereits über Nachwahl-Szenarien Gedanken gemacht. Eine der detailliertesten Optionen für die wirtschaftliche Entwicklung ist in den letzten Jahren im Auftrag des Gewerkschaftskongresses von Simbabwe (ZCTU) ausgearbeitet und in dem umfassenden Dokument „Jenseits der Enklave“ vorgelegt worden.<sup>12</sup> Nachdem es in eine verkürzte und vereinfachte Version gebracht wurde, wird es in einer landesweiten Kampagne von Zweigewerkschaften, NGOs und Kirchen bis hin zu den Medien, zuständigen Ministerien und Parlamentsausschüssen popularisiert. Es gibt auch radikalere Vorstellungen, zum Beispiel jene der ZANU-PF, aber wie bereits dargelegt, muss man fragen, wie aufrichtig ihre Rhetorik ist. Es gibt auch „echte“ Radikale wie den internationalen Sozialisten und ehemaligen Abgeordneten der MDC Munyaradzi Gwisai, der sehr deutlich sagt, was er will: politische Demokratie, Nationalisierung und internationalen Sozialismus. Er sieht allerdings keine Möglichkeit, diese Ziele mit der ZANU-PF oder der MDC zu erreichen.<sup>13</sup>

Die ZANU-PF hat eindeutig wiederum die Oberhand, um nicht zu sagen, die absolute Kontrolle gewonnen. Einzelpersonen, politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, soziale Bewegungen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft werden tief in sich gehen, ihre Mängel analysieren, anerkennen und aus ihnen lernen müssen. Ein erster Schritt könnte

sein, dass kleine Gruppen wirklich engagierter Gleichgesinnter zu offenen Gesprächen zusammenkommen, um durch eine gründliche Analyse der Entwicklung der letzten Jahre und ihrer jeweiligen Rolle einen Weg nach vorn zu finden. Sie müssen nicht unbedingt einer Partei oder Gruppierung angehören. Sie können über die Grenzen der verschiedenen politischen Parteien hinweg oder aus der Gesellschaft heraus zusammenarbeiten. Der nächste Schritt könnte sein, dass sie miteinander Kontakt aufnehmen, sich über Grundsätze einigen und bei der Suche nach einem gemeinsamen Ziel ihre Kräfte vereinen. Sie haben jedoch noch einen langen Weg vor sich.

## Anmerkungen

- 1 Mugabe gewann die Präsidentschaftswahl mit 61 Prozent, und bei den Parlamentswahlen deklassierte ZANU die oppositionelle MDC, indem sie 76 Prozent der 210 Mandate gewann.
- 2 Bei Wikipedia findet sich eine Tabelle mit den Inflationsraten Simbawes von 1980 bis November 2008: [http://en.wikipedia.org/wiki/Hyperinflation\\_in\\_Zimbabwe](http://en.wikipedia.org/wiki/Hyperinflation_in_Zimbabwe)
- 3 Zum 31. Oktober 2009 betrug Simbawes Gesamtverschuldung einschließlich Altschulden laut Finanzminister Tendai Biti im Zimbabwe Independent vom 3. Dezember 2009 5,4 Milliarden US-Dollar. Schätzungen von Simbawes BIP zu dieser Zeit sind sehr umstritten. Sie reichen von 2 bis 10 Milliarden US-Dollar. Daher sind auch Schätzungen des Wachstums des BIP sehr unzuverlässig. Es scheint über die Jahre zwischen 4 und 10 Prozent gelegen zu haben – allerdings von einem äußerst niedrigen Ausgangswert.
- 4 Zimstat, Women and men in Zimbabwe 2012 Report.
- 5 Genaue Zahlen sind schwer zu bekommen. Durch Kombination mehrerer Quellen kann folgendes geschätzt werden: Die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung Simbawes betrug 2010 etwa 6,6 Millionen (Weltbank 2012). Von ihnen haben zwischen 600 000 und einer Million ein reguläres Arbeitsverhältnis. Während etwa 3,3 Millionen regulär und irregulär in der Landwirtschaft beschäftigt sind (LO/FTF Council, Labor Market Profile 2012), müssen 2,5 bis 3 Millionen Menschen eine Beschäftigung im inoffiziellen Sektor außerhalb der Landwirtschaft suchen. Die Mitgliedschaft in Simbawes Gewerkschaften liegt bei etwa 165 000 (LO/FTF Council, Labor Market Profile 2012), die Mitgliedschaft in der Zimbabwe Chamber of Informal Economy Association (ZCIEA) bei etwa 440 000.
- 6 Die Lieferungen an das GMB sanken von 249 792 Tonnen Mais in den Jahren 2010/11 auf 212 622 Tonnen 2011/12 und 81 190 Tonnen 2012/13.
- 7 Kaum eine Woche vor den Wahlen von 2013 wies Minister Chombo die Lokalbehörden an, alle ausstehenden Schulden per 30. Juni 2013 zu streichen. Viele sahen das als einen Versuch der ZANU-PF an, Stimmen der Stadtbewohner zu kaufen.
- 8 Das Gesetz über den Zugang zu Informationen und den Schutz der Privatsphäre (AIPPA) von 2002, wonach alle Medien und Journalisten sich bei dem von der ZANU-PF kontrollierten Informationsministerium registrieren lassen müssen, wurde nie aufgehoben. Ebenso wenig das Gesetz über öffentliche Ordnung und Sicherheit (POSA) aus dem Jahre 2002, das für öffentliche Versammlungen enge Grenzen setzt. Wenn über zwei Personen zusammenkommen, gilt das als öffentliche Versammlung, die vom Staat genehmigt werden muss.
- 9 Dies erklärte Edward Mubvumba vom Nationalen Rat für Beschäftigung im Bergbau in einem Interview mit *IRIN News* am 11.4.2013.
- 10 Siehe *Bulawayo 24*, 11.7.2013, <http://bulawayo24.com/index-id-news-sc-national-byo-32924.html>
- 11 Im Programm einer umfassenden, transparenten und gleichen Agrar- und Bodenreform für Simbabwe, dem Standpunkt der MDC vom Februar 2006, heißt es: „Wie bereits erklärt, setzt sich die MDC keinesfalls für die Rückkehr zu den Eigentumsverhältnissen bei Grund und Boden vor dem Jahr 2000 ein. Sie wird aber auch die Ungleichheiten und irigen Landverteilungsmaßnahmen der Reform im Schnellverfahren der ZANU-PF nicht stillschweigend hinnehmen.“ „Die MDC beabsichtigt, die Bodenkrise in Simbabwe durch ein inklusives, partizipatorisches professionelles Verfahren zu beenden. Dieses neue Verfahren ist auf eine gleiche, transparente, gerechte und effiziente Landverteilung gerichtet. Zugleich wird es die grundlegenden strukturellen Probleme in der Landwirtschaft anpacken, die aus der allgemeinen und Wirtschaftspolitik der Kolonialzeit und der ZANU-PF herrühren.“
- 12 Siehe [www.ledriz.co.zw](http://www.ledriz.co.zw)
- 13 Munyaradzi Gwisai am 7.8.2013 in „Erdrutschsieg für Mugabe: Dorf-



armut stimmt gegen neoliberale Sparpolitik“: „Der (einzige) Weg vorwärts für die arbeitenden Menschen besteht darin, sich von der MDC loszusagen und das Fundament für eine neue Arbeiterbewegung zu legen, die den Kampf gegen das Regime fortsetzt. Eine Bewegung, die sich nicht erneut auf die bankrotte rechte Ideologie der MDC einlässt, sondern links von der ZANU-PF eine antikapitalistische, demokratische und internationalistische Position einnimmt. Eine solche Bewegung muss langsam und systematisch aus den Kämpfen der Armen entstehen, sich in den neuen radikalen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verankern. Sie kann nicht aus Sitzungssälen heraus aufgebaut und befohlen werden. Diese Bewegung wird nicht nur für politische Demokratie kämpfen, sondern auch für die vollständige Enteignung von Bergwerken, Banken, Großunternehmen und Großfarmen, die sich jetzt in den Händen neuer schwarzer Ausbeuter befinden. Sie wird sie der demokratischen Kontrolle der Arbeiter in Stadt und Land zum Nutzen aller unterstellen als ein Teil des regionalen und internationalen Kampfes, um den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen.“ Siehe <http://www.newzimbabwe.com/opinion-11969-Elections+rural+poor+vote+against+austerity/opinion.aspx>

## Es gibt heute mehr Raum für andere Entwicklungswege

Über verlorene Schlachten der Linken Südafrikas und neue Möglichkeiten alternativer Entwicklung im Land

Interview mit Jeremy Cronin, stellvertretender Generalsekretär der Südafrikanischen KP (SACP); aus: Neues Deutschland, 5. Oktober 2010

### ● Was bedeutet es heute in Südafrika, Kommunist zu sein?

Was Kommunismus oder Sozialismus bedeutet, ist meines Erachtens vom spezifischen Kontext abhängig. In den 90er Jahren war die Situation in Südafrika ganz anders als etwa in Deutschland. Damals kamen wir Kommunisten in Südafrika an die Macht und wir genossen bei den Menschen höchstes Ansehen für unseren Einsatz im Kampf gegen die Apartheid, bei dem viele unserer Genossen ihr Leben gaben, einige viele Jahre im Gefängnis verbrachten oder ins Exil gehen mussten. Die Situation in Südafrika Anfang der 90er Jahre ähnelte sehr der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa, als in Griechenland, Italien oder Frankreich viele Kommunisten gegen Nazi-Deutschland gekämpft hatten und damit zu Helden des Widerstands wurden. Anfang der 90er Jahre war denn auch unser Generalsekretär Chris Hani nach Nelson Mandela der beliebteste Politiker des Landes.

Doch denken Sie nicht, dass wir nicht auch eine Namensdiskussion geführt hätten. Auch wir stellten uns damals die Frage, ob angesichts des Scheiterns des real existierenden Sozialismus ein neuer Name notwendig sei. Ich wollte damals diese Diskussion, denn es war unumgänglich, sich mit dem Kollaps des Kommunismus und der friedlichen Beendigung des Sozialismus in Osteuropa zu beschäftigen. Nicht zu vergessen die schrecklichen Taten, die im Namen des Kommunismus begangen wurden.

Wir haben uns mit der Geschichte der kommunistischen Parteien in Osteuropa auseinandergesetzt. Joe Slovos damaliger Beitrag „Ist der Sozialismus gescheitert?“ war wichtig, denn man muss sich mit der Staatszentriertheit des realen Sozialismus und dem Autoritarismus der sozialistischen Staaten auseinandersetzen. Wir haben das als kommunistische Partei getan. Dem ANC steht eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte noch bevor, denn auch der ANC war stark

von der DDR und der Sowjetunion beeinflusst. In der Rückschau haben wir den Namen vor allem aus Tradition behalten. Viele neue Mitglieder strömten voller Euphorie nach dem Ende der Apartheid in die Kommunistische Partei Südafrikas. Für eine Namensänderung gab es keinen Anlass. Denn, das darf man nicht vergessen, wir waren nicht an der Macht, wir waren damals sozusagen im Gulag.

### ● Wie steht es heute, mehr als zwanzig Jahre später und nach den Umbrüchen der 90er Jahre, um die Linke in Südafrika?

Wir erleben auch in Südafrika eine große Krise des Kapitalismus, und wir wissen, dass in Krisenzeiten nicht unbedingt die Linke gewinnt. Gerade die deutsche Geschichte zeigt das auf schreckliche Weise. Ich glaube aber, dass wir weltweit eine Revitalisierung vieler linker Ideen sehen. Heute gibt es kein einheitliches linkes Projekt mehr wie noch im vergangenen Jahrhundert. Aber das ist auch gut so, denn die Linke ist plural. Das ist eine der wichtigen Lehren für die Linke aus der schwierigen Vergangenheit. Wir haben nicht die eine Blaupause, um die Welt vom Kapitalismus zu befreien.

Die Linke in Südafrika steht, so sehe ich das, vor zwei spezifischen Problemen: Die Linke ist geschwächt, weil viele im ANC sehr zynisch agieren. Die langen Jahre im Exil haben viele ANC-Führer in den politischen Zynismus getrieben. Diesen Leuten geht es heute in der Politik vor allem um ihre eigene Stellung, ihre persönliche Bereicherung mittels politischen Einflusses. Das schadet dem linken Projekt in Südafrika.

Darüber hinaus ist die Linke lange einem falschen sozialdemokratischen Ansatz in der Wirtschaftspolitik hinterhergelaufen. Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften sollten sich bloß einigen, dann werde nach der verhandelten Demokratie auch das große Geld ins neue Südafrika strömen, dachte viele all zu lange. Der unter dem Einfluss der Sozialdemokratien Schwedens und Deutschlands verfolgte Ansatz der nationalen Partnerschaft von Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften ist bis heute nicht überwunden. Auch der neue „Nationale Entwicklungsplan“ der Regierung ist stark sozialdemokratisch inspiriert. Nicht alles ist falsch im neuen Plan, doch der simple Glaube an einen sozialen Pakt, eine konzertierte Zusammenarbeit von Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften ist naiv. Denn die Zeiten haben sich geändert. Wir leben nicht mehr in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, sondern im globalen Finanzkapitalismus, wo die Rendite entscheidet, wohin das Kapital geht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Großunternehmen in Europa durch ihre Verstrickung mit Nazi-Deutschland geschwächt. Auch deshalb drohte vielen Unternehmen damals Verstaatlichung. Ein nationaler Pakt für Wachstum und Beschäftigung war nicht nur das kleinere Übel, sondern die einzig gangbare Überlebensstrategie für die Unternehmen. Und dann gab es ja auch noch die Marshall-Plan-Hilfe der USA, um mit wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen für die Menschen gegen den kommunistischen Block zu bestehen. Wir in Südafrika dachten auch, dass in unserem Land mit Mandela an der Spitze die Unternehmen brav investieren würden und so etwas wie Marshall-Plan-Hilfe dazu kommen werde.

### ● **Dazu kam es nicht?**

Nein, das Kapital ist in Südafrika nicht patriotisch. Statt hier zu investieren, gingen die Unternehmen nach dem Ende der Apartheid mit ihrem Kapital ins Ausland. Im Rückblick ist das kaum verwunderlich, denn die Apartheid war am Ende auch für die großen Unternehmen kein wirtschaftlicher Vorteil mehr. Lange Jahre hatten die Unternehmen von den billigen Arbeitskräften und natürlich dem billigen Strom aus unserer Kohle Profit geschlagen. Nicht umsonst kam Volkswagen in unser Land.

In den 80er Jahren drehte sich die Lage. Wegen der Sanktionen und der von der Apartheidregierung auferlegten Regulierungen des Finanzmarkts hatten die südafrikanischen Unternehmen viele wirtschaftliche Chancen der Globalisierung verpasst. Mit dem Ende der Apartheid war das anders und wir als Regierung halfen den Unternehmen auch noch dabei, außer Landes zu gehen. Wir folgten dem neoliberalen Credo, öffneten Türen und Fenster, schafften die Finanzmarktregulierungen der Apartheidregierung ab, doch nur „heißes Kapital“ auf der Suche nach hoher Rendite kam zu uns. Dagegen verloren wir durch Auslandsinvestitionen unserer Großunternehmen Kapital im Wert von 20 bis 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Von einem sozialen Pakt kann keine Rede sein. Nicht nur, dass die Unternehmen mehr im Ausland investierten, hier im Lande griff die Prekarisierung der Arbeit um sich. Die Leiharbeit nahm stark zu.

Die Linke verlor damals eine entscheidende Schlacht. Das Kapital hatte kein Interesse an einem sozialen Pakt. Und wir linken Politiker haben wegen zu großer Nähe vieler ANC-Politiker zum alten und neuen Geld eine andere Strategie nicht konsequent genug verfolgt. Wir haben damals im Grunde unsere eigenen Strukturanpassungsprogramme geschrieben. Weder IWF noch Weltbank mussten das tun, wir haben es selbst getan. Was wir deshalb heute brauchen, ist eine zweite, radikale wirtschaftliche Transformation.

### ● **Angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Ideen von Neoliberalismus, Privatisierung und Liberalisierung, in die Kritik geraten. Dennoch herrscht gerade in Europa der alte Austeritätsglaube weiter, der viele Länder im Süden des Kontinents in eine schreckliche Abwärtsspirale treibt. Gibt es in und für Südafrika Raum für eine alternative Politik?**

Ich glaube ja, im ANC wird heute über eine radikale wirtschaftliche Transformation ernsthaft diskutiert. Ich sehe den Neoliberalismus in der Krise. Aber natürlich sind seine Ideen nicht einfach verschwunden und natürlich auch nicht seine Anhänger. Klar ist aber, dass angesichts des Versagens der neoliberalen Rezepte und ihrer Mediziner wie Jeffrey Sachs ob in der Dritten Welt oder in der Zweiten Welt, etwa in der Sowjetunion, der Neoliberalismus in der Defensive ist. Die ganz große Arroganz der vielen Washingtoner Denkfabriken mit ihren Lawinen von wirtschaftspolitischen Ratschlägen ist vorbei. Es gibt heute mehr Raum für andere Entwicklungswege. Vor allem der Staat ist heute wieder mehr ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Überlegungen gerückt, und das ist gut so.

### ● **Für welche konkreten linken Alternativen streiten Sie in der Linken Südafrikas heute?**

Wir wollen eine produktive Wirtschaft für alle aufbauen. Bei Fragen der Umverteilung sind wir weit gekommen. Wenn

es etwa um neue Häuser oder Strom für alle geht. Und auch bei Sozialleistungen wie Kindergeld und Renten haben wir in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Doch unser Problem ist und bleibt eine Wirtschaft, die keine Jobs schafft. Wir sind noch nicht aus dem Gefängnis der Apartheidwirtschaft ausgebrochen.

Wir haben es beispielsweise lange nicht verstanden, die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen wirklich zu berücksichtigen. Wir haben viel zu sehr auf die großen Unternehmen wie Anglo-American oder das einst staatliche Energieunternehmen Sasol gestarrt. Dadurch haben wir viele Arbeitsplätze bei den kleinen Unternehmen und in der Landwirtschaft verloren. Wir haben lange nur eine makroökonomische Politik verfolgt. Wir haben für niedrige Inflation und freien Kapitalverkehr gesorgt. Was fehlte, waren eine klare Industriepolitik und mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik und bei der Entwicklung unserer Infrastruktur.

Mit der Hilfe kleiner und mittlerer Unternehmen und mit den sozialen Bewegungen, die echtes Interesse an Südafrika haben, müssen wir das Land aufbauen. Die Großunternehmen haben kein echtes Interesse an Südafrika. Sasol will dieses Jahr ein neues Werk mit Investitionen in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar errichten. Raten sie mal wo: in den USA. Das ist die größte Einzelinvestition in den USA seit vielen, vielen Jahren.

### ● **Welche Rolle spielt bei Ihren wirtschaftspolitischen Überlegungen die Frage öffentlichen Eigentums? Die Idee der Nationalisierung gerade der großen Bergbaukonzerne ist im Land sehr populär.**

Unsere Priorität war bisher der Stopp der Privatisierungsvorhaben. Thabo Mbeki, Vorgänger Jacob Zumas im Amt des Präsidenten, hatte stark auf Privatisierung gesetzt, nachdem die Liberalisierung nicht die gewünschten wirtschaftlichen Impulse, vor allem keine ausländischen Investitionen, erbracht hatte. Wir haben viel zu lange Zeit darauf verwendet, unsere Unternehmen bei ausländischen Investoren anzupreisen. Einige wie ESKOM haben wir zum Glück nicht losschlagen können. Unsere Fluggesellschaft SAA wurde von Swissair übernommen, die dann pleite ging, und SAA ist heute wieder in Staatsbesitz. Durch unsere Privatisierungsbemühungen haben wir es im Falle ESKOM versäumt, rechtzeitig den Strommonopolisten zu modernisieren, neue Kraftwerke zu bauen. Darunter leiden wir jetzt. Denn wir haben Stromengpässe.

Auf unseren Druck hin, das schließt den Druck vieler Basisinitiativen ein, konnten wir die Privatisierung stoppen. Nun müssen wir neue, auch öffentliche Unternehmen, etwa städtische Betriebe oder Genossenschaften, aufbauen, die in die südafrikanische Wirtschaft investieren, etwa in die erneuerbaren Energien. Wichtig ist aber, dass wir die korrupten Praktiken überwinden, denn nicht selten sind staatlich geförderte Unternehmen mehr dazu da, für eine primitive Akkumulation einiger weniger zu sorgen.

Um auf die Nationalisierung zurückzukommen: Ich finde den Begriff Sozialisierung besser. Verstaatlichungen hat auch das Apartheidregime vorgenommen, doch gerade diese staatlichen Unternehmen waren kaum bereit, innerbetriebliche Demokratie zuzulassen. Eine Nationalisierung ist auch kein einfaches Unterfangen, da wir ein Problem mit qualifizierten Arbeitnehmern haben. Um die Unternehmen gut zu führen, bedarf es eines qualifizierten Managements.



● **Stichwort starker und handlungsfähiger Staat: In Südafrika wird immer wieder China wegen seines hohen Wachstums und seiner Erfolge bei der Armutssenkung als Entwicklungsmodell genannt. Gibt es für Sie ein Modell der Entwicklung?**

Ich glaube nicht an Entwicklungsmodelle, ich glaube, dass man lernen kann, und dafür sollte man sich für viele Länder und deren Erfahrungen interessieren. Ich bin ein 1968er, damals kam ich in die Politik. Diese Kultur, offen zu sein für viele Dinge, die habe ich hoffentlich behalten, das ist entscheidend. Modelle haben für mich auch etwas Unpassendes, insbesondere im kolonialen Umfeld wie hier in Südafrika, wo der weiße Mann einst das Licht der Zivilisation bringen wollte. Von China können wir natürlich viel lernen. Aber der Kontext ist so unterschiedlich. In China gab es eine radikal egalitäre Gesellschaft vor der Reformperiode. Die Massen waren arm. Die Gesellschaft war nicht entwickelt und nicht wie in unserem Fall unter- oder falsch entwickelt. Die Reformen Deng Xiaopings haben den Staatskapitalismus ermöglicht. Wir sind seit dem Goldrausch im 19. Jahrhundert entwickelt. Wir haben auch keine patriotische Bourgeoisie wie die Chinesen. Und dann haben wir auch keinen autoritären Staat, und das ist ja auch gut so.

Wir schauen aber auch nach Deutschland. Der Versuch, nach 1990 eine neue Linke aufzubauen, ist für uns sehr interessant. Von der PDS bzw. der Linkspartei können wir beispielsweise lernen, wie man mit den sozialen Bewegungen, etwa der Frauenbewegung, gemeinsam Politik gestalten und damit eine vielgestaltige Linke aufbauen kann. Wir als SACP wollen auch nicht nur auf die Wahlen starren, wir wollen eine lebendige Linke sein, die mit den Menschen in Kontakt ist. Aber wenn ich an das deutsche sozialdemokratische Modell denke, dann ist das kein Vorbild für uns. Natürlich gibt es Dinge, die wir lernen können. Aber die Illusion, man könne einen sozialen Pakt schließen, ist falsch. Die Sozialdemokraten in Europa erscheinen mir heute entweder zynisch, einfach auf Wahlen und Einfluss fixiert, wie etwa Tony Blair, oder naiv, was die Machtverhältnisse im globalen Finanzkapitalismus angeht. Dennoch muss die Linke offen sein für Diskussionen mit der Sozialdemokratie und anderen.

● **Neben der Krise des Neoliberalismus erleben wir seit einigen Jahren das Ende der Dominanz der USA in der internationalen Politik. Südafrika ist seit zwei Jahren das „S“ in der BRICS-Gruppe (neben Brasilien, Russland, Indien und China). Erleben wir eine Umgestaltung der internationalen Beziehungen? Wächst der weltweite Einfluss von nicht-westlichen Staaten wie Südafrika?**

Für uns geht es bei BRICS in erster Linie um eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik, weniger um mehr globalen Einfluss. Wir sind nur das kleine S in der großen BRIC-Gruppe. Die USA bleiben weiterhin die wichtigste globale Macht, aber ihr Einfluss geht zurück. Mit der zunehmenden Multipolarität ergeben sich neue Möglichkeiten für progressive Projekte vor allem im Süden des Globus.

Durch unsere Beziehungen zu China, Brasilien oder Indien sind wir heute weniger abhängig vom Westen. Aber natürlich sollten wir nicht naiv sein. Das Interesse der Chinesen ist klar: Sie wollen vor allem unsere Rohstoffe, und da liegt das Problem, denn wir wollen ja eigentlich mehr als nur Rohstoffe exportieren. Wir wollen unsere Industrie aufbauen. Wir müssen also auch in den Beziehungen zu China auf Standards

achten, die es uns erlauben, wirklich von den neuen Beziehungen zu diesen aufstrebenden Mächten zu profitieren.

Für uns ist die BRICS-Gruppe aber auch deshalb wichtig, weil die verschiedenen südamerikanischen Entwicklungswege interessant sind, vor allem sehen wir viele Parallelen zu Brasilien. Trotz aller Sprachbarrieren sind wir sehr interessiert, denn unsere Gesellschaft und die brasilianische zeichnen sich durch viele Gemeinsamkeiten aus. Sie sind sozial sehr ungleich, Ethnizität spielt hier wie dort eine gewichtige Rolle, hohe Urbanisierung und Industrialisierung kennzeichnen beide Länder. Aber auch ein ähnliches politisches Erbe, nämlich dort Militärherrschaft und bei uns Apartheidregime, sind kennzeichnend. Und auch Brasiliens viele soziale Bewegungen sind für uns interessant.

● **Südafrika hat sich seit Beginn der 90er Jahre in Afrika stark engagiert. Die Gründung der Afrikanischen Union (AU) wurde von Südafrika zentral mitgestaltet. Südafrikas Engagement in Afrika ist aber auch militärisch. Südafrikanische Soldaten waren oder sind im Rahmen von UN- oder AU-Missionen in Sudan, in Burundi und in der DR Kongo präsent. Ist Südafrika der neue Gendarm Afrikas, gerade auch wenn man an die Zentralafrikanische Republik denkt, wo 15 Soldaten in einer undurchsichtigen Mission in Kämpfen mit Rebellen starben?**

Das ist eine schwierige Frage, auf die es keine einfache Antwort gibt. Der Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik zeigt die ganze Schwierigkeit. Die Gründe für diesen Einsatz sind der Öffentlichkeit bisher nicht richtig dargelegt worden. Es gibt Hinweise darauf, dass es bei dieser Militärmision mehr um die Absicherung von wirtschaftlichen Interessen einiger einflussreicher Südafrikaner ging als um die Sicherung von Stabilität und Frieden.

Unser Problem in Afrika ist es, dass wir es vielfach mit politischen Gebilden zu tun haben, die künstlich sind, da sie ein Resultat der Berliner Konferenz von 1884/1885 sind, wo die damaligen Kolonialherren Afrika unter sich aufgeteilt haben. Viele Staaten sind nur schwache Demokratien, sehr verwundbare Gebilde. Beherrscht werden sie von kleinen Eliten und neokolonialen Netzwerken. Ich mag den Ausdruck „Failed States“ (Gescheiterte Staaten) nicht, aber viele Bereiche Afrikas sind gerade auch durch die Plünderung der natürlichen Ressourcen in einer extrem schwierigen Lage. Es gibt natürlich auch Fortschritte und Entwicklung, das will ich gar nicht bestreiten. Die soziale Basis für eine demokratische Entwicklung ist aber einfach sehr schwach.

Unsere Demokratie ist im Vergleich sehr robust. Wir wollen in Afrika für Stabilität und Frieden sorgen. Die AU ist daher sehr wichtig. Deshalb wollen wir auch, dass die militärischen Missionen in Afrika von AU-Mitgliedsstaaten mit AU-Mandat durchgeführt werden. Interventionen von außen durch Mächte mit neokolonialen Interessen, vor allem Frankreich, lehnen wir ab. AU-Missionen tragen zur Stabilisierung Afrikas bei. So in Burundi oder auch in Ansätzen in Sudan und Somalia. Wir können die dortigen internen Entwicklungen nicht einfach ignorieren. Ohne Stabilität in Afrika werden wir eine massive Zuwanderung in unser Land erleben. Angesichts der riesigen Armut und der Gefahr fremdenfeindlicher Ausschreitungen in unserem Land können wir uns nicht einfach zurücklehnen und nichts tun, aber natürlich bringt die Einmischung große Gefahren mit sich.

# Pakistan nach den Wahlen – Grundprobleme ungelöst

Von Prof. Dr. Diethelm Weidemann, Vortrag im Linken Asien-Forum Berlin, 25. September 2013

Es ist immer wieder interessant, die Mechanismen der Medien zu beobachten. Die Bilder von der Welt, die sie präsentieren, haben nur periphere Berührungspunkte mit den tatsächlichen Prozessen und Problemen, die das Schicksal von Ländern und Völkern bestimmen. Ein klassisches Beispiel ist die Afghanistan-Berichterstattung, die in Deutschland bis heute kein fundiertes Bild von den wirklichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen in diesem Land geliefert hat. Auch das mediale Desinteresse an einem bedeutenden Staat wie Pakistan mit 180 Millionen Einwohnern, der zudem eine Kernwaffenmacht ist, gehört in diesen Zusammenhang.

Seit den Wahlen vom Februar 2008 beschränkte sich die Berichterstattung auf die blutigen Anschläge der bewaffneten islamistischen Opposition, auf die Drohnenangriffe der CIA und auf gelegentliche abwertende Meldungen über die Zivilregierung. Fanden die Parlamentswahlen vom Mai 2013 noch das kurzzeitige Interesse der Medien, so spielt Pakistan seitdem kaum eine Rolle, obwohl seine weitere Entwicklung von direkter Bedeutung für die Lageentwicklung in Afghanistan und in der gesamten Region ist.

## Pakistans Situation vor den Wahlen

In der Analyse der Wahlen von 2008 wurde eine Einordnung in die politische Gesamtentwicklung Pakistans vorgenommen.<sup>1</sup> An einige zentrale Thesen soll hier noch einmal stichwortartig erinnert werden:

1. Pakistan befindet sich seit Jahrzehnten in einer chronischen Staatskrise, die eine Krise des gesamten politischen Systems und darüber hinaus des nachkolonialen Staates und seiner Institutionen ist.

2. Die Spezifik der pakistanischen Krisensituation besteht in der Vernetzung und Interaktion von Ineffizienz, Korruption und drastischem Verlust der Glaubwürdigkeit des politischen Systems mit der Krise der Autorität und Legitimation der Staatsmacht. Sie trägt unübersehbare Züge einer tiefgehenden Gesellschaftskrise (Identitätsproblem, Reethnisierung der Politik, Ethnonationalismus, militanter und bewaffneter Islamismus).

3. Diese Krise existiert unabhängig davon, welche Regierung jeweils an der Macht ist. Auch die dreimalige Machtübernahme durch das Militär (1958–1970, 1977–1988, 1999–2008) hat an diesem Sachverhalt nichts geändert. Solange das 1947 geschaffene System existiert, wird es in Pakistan wirkliche Demokratie nicht geben.<sup>2</sup>

4. Daraus resultiert, dass alle Wahlen nach 1971 bislang nur ein formales Dekor für die jeweilige Neuverteilung von Macht, Einfluss und Bereicherungschancen für unterschiedliche Fraktionen der pakistanischen Oberschichten darstellten. Die Wahlbeteiligung erreichte seit 1970 niemals auch nur 50 Prozent der Wahlberechtigten.

Die Bilanz der von 2008 bis 2013 amtierenden Regierung der Pakistan Peoples Party (PPP) fiel sowohl wirtschaftlich als auch politisch sehr bescheiden aus. Sie hat die Chance, dass sie über 60 Prozent der Parlamentssitze verfügte und

starke Positionen in den Provinzversammlungen besaß, nicht für einen wirklichen Wandel nach der Militärherrschaft genutzt und statt dessen die unheilvolle Tradition pakistanischer Kabinette – Inkompetenz, Ineffizienz, Korruption und Vetternwirtschaft – fortgesetzt.

Das konnte angesichts der unveränderten Strukturen des politischen Systems, des Charakters der politischen Parteien, des Kompetenzdefizits der gesamten politischen Klasse und der wuchernden Korruption kaum überraschen. Die massive Abstrafung der amtierenden Regierung deutete sich daher lange vor dem eigentlichen Wahlgang an. Gleichzeitig muss darauf verwiesen werden, dass diese Regierung keineswegs die Alleinschuld an der gegenwärtigen Situation Pakistans zu tragen hat. Angesichts der herrschenden Strukturen und Machtmechanismen hatte sie keine Chance, die existierende Staats- und Gesellschaftskrise zu bewältigen oder auch nur zu entschärfen.

Die Gründe dafür waren

- die zunehmende Verschärfung der inneren Sicherheitslage durch die bürgerkriegsähnliche Insurrektion der Jihadisten, insbesondere der Tehrek-e-Taliban Pakistan (TTP);
- der drastische Autoritätsverlust der Regierung durch die Drohnenstrategie der USA und die faktische Destabilisierung Pakistans durch das AfPak-Konzept Barack Obamas;<sup>3</sup>
- das Fehlen einer wirklichen Unterstützung der Zivilregierung durch die Streitkräfte;
- der offene Antiregierungskurs der föderalen Justiz, in dem der Oberste Richter Iftikhar Muhammad Chaudhry, der 2000 das Militärregime Musharraf juristisch legitimiert hatte, einen persönlichen Rachefeldzug gegen Präsident Asif Ali Zardari und führende PPP-Politiker inszenierte.<sup>4</sup> Olaf Standke verweist mit Recht darauf, dass die Justiz selbst längst zum Akteur im politischen Machtkampf geworden sei;<sup>5</sup>
- die Obstruktionspolitik der Opposition unter Nawaz Sharif, die jegliche gemeinsame Anstrengungen für eine Lösung dringender wirtschaftlicher und sozialer, aber auch politischer Probleme verhinderte;
- eine markante Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage über das Versagen der Regierung hinaus durch das Zusammenwirken der existierenden inneren Krisenmomente mit ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen im Gefolge der internationalen Finanzkrise. Dennoch war der Wahlkampf, wie allgemein üblich, voll auf das Versagen der Regierung fokussiert, und die Machtinteressen wurden in den umfangreichen Wahlmanifesten der Opposition deutlich, die klar auf die Mittelklassen zielten und im übrigen nur die traditionellen wolkigen Versprechungen für jedermann enthielten.<sup>6</sup>

## Die Wahlen vom 11. Mai 2013

Angesichts der sich steigernden Gewaltakte in den Monaten vor den Wahlen gab es in Pakistan erhebliche Unsicherheiten, ob diese verschoben werden müssten. Noch am 8. Mai schrieben Vertreter der Asia Foundation in Pakistan: „Wenn die allgemeinen Wahlen entsprechend der Festlegung stattfinden, wird der 11. Mai eines der bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte Pakistans sein. Es wird zum ersten Mal in den 66 Jahren der Existenz des Landes beweisen, dass ein legitimer und demokratischer Machtwechsel stattgefunden hat ... Wenn man sagt, dass die Zukunft Pakistans auf die-





sen Wahlen ruht, dann ist das kein Understatement.“<sup>7</sup> Die Bedenken und Erwartungen waren angesichts der Erfahrungen in der Wahlkampagne gleichermaßen berechtigt, denn es gab ausgeprägt positive und negative Erscheinungen. Ein eindrucksvolles positives Zeichen war, dass sich 43 000 einheimische Wahlbeobachter freiwillig für die etwa 70 000 Stimmlokale in den 272 Wahlkreisen zur Verfügung stellten, um den ordnungsgemäßen Verlauf der Abstimmung zu überwachen.<sup>8</sup>

Konstruktiv war auch, dass zahlreiche Parteien, die 2008 die Wahl aus verschiedenen Gründen boykottiert hatten – wie die Pakistan Tehreek e Insaf (PTI), die Jamaat-e-Islami und einige ethnonationalistische Parteien aus Balochistan – ihre Bereitschaft erklärten, an der Wahl teilzunehmen. Nur die All Pakistan Muslim League (APML) erklärte am 10. Mai eine Boykottabsicht. Somit bewarben sich insgesamt 16 692 Kandidaten für die Sitze in der National Assembly (NA) und den Provinzparlamenten (PA), davon 5 000 für die NA (272 allgemeine Sitze, 60 reservierte Sitze für Frauen, 10 für Nicht-Muslime) und 11 692 für die vier Provinzparlamente.<sup>9</sup> Damit war die Zahl der Kandidaten allein für die National Assembly doppelt so hoch wie 2008. Für die Bestätigung der Kandidaturen galt Artikel 62 der Verfassung, in dem moralische Kriterien formuliert wurden – der Kandidat solle einen guten Charakter haben, keine islamischen Regeln verletzen, ein angemessenes Wissen in islamischer Lehre und Praxis besitzen und von großen Sünden frei sein. Er solle über Scharfsinn und Gerechtigkeit verfügen und nicht verschwenderisch sein.<sup>10</sup>

Negativ ist zu vermerken, dass nur 3,4 Prozent der Bewerber um die allgemeinen Sitze Frauen waren und man in den Wählerlisten 11 Millionen Frauen weniger als Männer registrierte.<sup>11</sup>

Die ausländischen Beobachtermissionen schätzten den Wahlkampf als sehr lebendig ein und konstatierten einen stärkeren politischen Wettbewerb als früher.<sup>12</sup> Aber sie stellten auch fest, dass es keinen freien Wettbewerb aller Parteien gab und zwar nicht durch Verschulden des Staates, sondern durch das Wirken nichtstaatlicher Akteure. Islamistische Kräfte, besonders die TTP und sunnitische Milizen gingen planmäßig mit brutaler Gewalt gegen als säkular eingeschätzte Kandidaten und Parteien vor. Das traf vor allem die moderate paschtunische Awami National Party (ANP), die in Karachi sehr starke Muttahida Quami Movement (MQM) und die PPP. In Balochistan, den Stammesgebieten (Federally Administered Tribal Areas, FATA) und Karachi existierte für Progressive weder Rede- noch Pressefreiheit. Der Chef der Anti-Terror-Einheit der Kriminalpolizei von Karachi, Aslam Khan, sprach von einer engen wechselseitigen Kooperation der Taliban mit dem kriminellen Untergrund in Karachi.<sup>13</sup> Die TTP kündigte am 9. Mai Angriffe auf die als „unislamisch“ bezeichneten Wahlen in allen vier Provinzen an.<sup>14</sup> In den letzten vier Wochen vor der Wahl kam es zu 130 Attacken, die 150 Todesopfer forderten. Dabei wurden nicht nur Politiker erschossen, sondern auch Familienmitglieder, selbst Kinder.<sup>15</sup> Bashir Jan, der Regionalsekretär der Awami National Party in Karachi, berichtete, dass die ANP keine öffentlichen Wahlveranstaltungen mehr durchführen könne: „Wir haben keinen Wahlkampf, hier herrscht Krieg.“<sup>16</sup> Die führende MQM-Politikerin Nasreen Dshalil machte auf das strategische Ziel des Terrors aufmerksam, als sie erklärte, die Jihadisten sorgten mit ihrem Terrorfeldzug dafür, dass die Kandidaten ihrer Ver-

bündeten in das Parlament einziehen. Bei der nächsten Wahl würden sie dann selbst antreten.<sup>17</sup> Selbst noch am Wahltag kam es zu 62 gewalttätigen Attacken mit 64 Toten und 225 Verletzten.

Ein weiterer Faktor war die Haltung der Medien. In Pakistan gibt es über 200 Zeitungen, 89 Fernsehsender und 166 UKW-Sender in Privatbesitz. In den Wahlsendungen waren faktisch nur die PML(N), die PTI, die PPP und die MQM präsent. Im staatlichen Fernsehen und Rundfunk kam überhaupt nur ein Viertel der Parteien zu Wort, womit der von der Wahlkommission für die Medien formulierte Code of Conduct ganz offen verletzt wurde. Allein die PML(N) und die PTI erhielten zusammen 40 Prozent der gesamten Sendezeit für Wahlbeiträge. Von einem fairen und gleichberechtigten Wahlkampf kann daher auch bei den hoch gelobten Wahlen von 2013 nicht gesprochen werden.

Die Registrierung der Wahlberechtigten erfolgte rechtzeitig und weitestgehend in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen. Bemerkenswert war das starke Interesse von jungen Erstwählern.

Insgesamt waren 2,7 Millionen Nichtmuslime registriert, davon 1,4 Millionen Hindus und 1,2 Millionen Christen. Die von den Sunniten als Ungläubige betrachtete islamische Ahmadiya-Sekte war weitgehend von einer Wahlteilnahme ausgeschlossen.<sup>18</sup>

Nicht zu übersehen ist, welches Übergewicht die Provinz Punjab bei allen Entscheidungen in Pakistan hat, stellt sie doch mehr als 50 Prozent aller Wahlberechtigten. Wenn man zugleich berücksichtigt, dass diese Provinz seit vielen Jahren fest in der Hand von Nawaz Sharifs PML(N) ist; ist auch das Wahlergebnis ziemlich prognostizierbar.

Es ist bemerkenswert, dass die Wahlbevölkerung sich trotz der sehr kritischen Sicherheitslage und der ständigen Terrorangriffe der Taliban nicht einschüchtern ließ. Gareth Aicken und Amina Ilahi schreiben, dass 50 Millionen Pakistaner zur Wahl gingen und dass eben diese höchste Wahlbeteiligung seit 1970 den „erfolgreichen Übergang von einer demokratisch gewählten Regierung zu einer anderen“ sicherte.<sup>19</sup>

Bemerkenswert ist nicht nur die Zunahme der abgegebenen Stimmen um 11 Prozent, sondern dass selbst in den am schlimmsten von den islamistischen Gewaltakten heimgesuchten Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Balochistan die Wahlbeteiligung um 11 bzw. 12 Prozent anstieg, was angesichts der Bedingungen hoch einzuschätzen ist. Für den Wahlausgang war jedoch auch von großer Bedeutung, dass Nawaz Sharif in seiner Hochburg Punjab in großem Umfang Wähler mobilisieren konnte. Mit 60 Prozent wurde eine Stimmabgabe in europäischen Größenordnungen erreicht.

Sowohl in der Nationalversammlung als auch in den Provinzparlamenten sind drastische Verschiebungen vor sich gegangen. Hinsichtlich des föderalen Parlaments ist festzustellen:

Die Muslimliga von Nawaz Sharif konnte ihre Fraktionsstärke verdreifachen und besitzt mit 183 von insgesamt 342 Sitzen eine deutliche absolute Mehrheit.

Die bisherige Regierungspartei PPP verlor die Hälfte ihrer Sitze und ist faktisch ohne Konzept und Führung. Einer der führenden pakistanischen Politikwissenschaftler, Hassan Askari Rizvi, führt als Ursache an: „Die PPP wurde abgewählt, weil sie in der Wirtschaft und der Versorgung mit Strom und Energie versagt hat.“<sup>20</sup>

Die PTI des ehemaligen Cricketstars und Playboys Imran Khan eroberte mit ihrem Wahlslogan „Für ein neues Pakistan“ und der Ankündigung, die Korruption in 90 Tagen ausrotten zu wollen, aus dem Stand 30 Sitze.

Die ehemalige Präsidentenpartei Musharrafis PML(Q) ist nicht mehr existent.

Trotz des massiven Terrors gegen die MQM konnte diese Partei, die eigentlich nur in Sindh eine stabile Wählerbasis besitzt, ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2008 noch verbessern.

Die moderate paschtunische ANP, wie die MQM einer blutigen Verfolgung ausgesetzt, erlitt nicht nur bei den Wahlen zur National Assembly eine vernichtende Niederlage, sondern auch in ihrer Heimatprovinz Khyber-Pakhtunkhwa.

Entgegen den Einschätzungen in manchen Medien haben die Wahlen deutliche Zugewinne für die prononciert islamistischen Parteien gebracht, die bislang im Parlament keine Rolle spielten. Das muss auch im Kontext mit der Tatsache gesehen werden, dass eine ganze Reihe im Parlament vertretener Parteien, auch Splitterparteien, den Positionen des politischen Islam ziemlich nahe steht.

Parteiübergreifend wird trotz des deutlichen Ergebnisses für die PML(N) eine erhebliche Zersplitterung der Stimmen und Sitze erkennbar – insgesamt bewarben sich 148 Parteien um Parlamentssitze.

Politisch gesehen, hat die Wahl zu einer erheblichen Schwächung der für pakistanische Verhältnisse säkularen oder zumindest liberalen Kräfte geführt. Die PML(N) und die PTI führten einen absolut populistischen Wahlkampf, der zudem dem politischen Islam deutliche Avancen machte. Beide Parteien sind als konservativ mit einer unverkennbaren Nähe zum Islamismus einzuschätzen.

Überschauend betrachtet, sind das sehr diffuse Perspektiven für die künftige Haltung des neu gewählten Parlaments.

Auch angesichts der Sitzverteilung in den Provinzparlamenten sind einige Anmerkungen erforderlich:

Im Punjab ist es Nawaz Sharif gelungen, für seine PML(N) neue Wähler zu mobilisieren. Das führte nicht nur nach der Hauptstadt Islamabad zur höchsten Wahlbeteiligung in Pakistan, sondern auch zu einem totalen Triumph. Mit 294 von 371 Sitzen wurden alle anderen Parteien in der PA faktisch zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Für die PPP ist der Rückgang von 78 Sitzen auf 6 nicht nur eine katastrophale Wahl-niederlage, sondern für eine sich gesamt-pakistanisch verstehende Partei auch ein Schlag gegen ihr Konzept und ihr Selbstverständnis. Reflektiert ein solches Resultat doch die tiefe Enttäuschung der Wähler mit der Politik der Partei. Die PTI konnte dagegen mit ihrem populistischen und auf die jungen Wähler ausgerichteten Wahlkampf auf Anhieb zur stärksten Oppositionspartei werden.

In Sindh konnte die PPP trotz ihrer vernichtenden Niederlage bei Wahlen zum föderalen Parlament ihre Position als stärkste Kraft behaupten und sich entgegen dem Landestrend sogar von 65 auf 90 Sitze steigern. Auch die MQM legte deutlich zu. Es ist einzuschätzen, dass sich dieses erstaunliche Ergebnis aus der verbreiteten Anti-Punjab-Haltung in der Bevölkerung Sindhs speist, die seit Jahren einem starken demografischen und politischen Druck aus dem Punjab ausgesetzt ist. Die PML(N) hat in Sindh nach wie vor keine Chance, weil sie und das entspricht der Sachlage, als Punjabi-Partei perzipiert wird.

In Khyber-Pakhtunkhwa erlitt die bisherige Regierungspar-

tei ANP eine totale Niederlage, die weniger auf ein konkretes Versagen zurückzuführen ist, sondern auf die Tatsache, dass diese Provinz in den zurückliegenden Jahren zur freien Wildbahn nicht nur für die legalen islamistischen Parteien, sondern auch für islamistische Milizen und offene Terrorformationen geworden ist, die hier nach Gutdünken operierten, während die pakistanische Staatsmacht im Wesentlichen zuschaute. Es ist daher keine Überraschung, dass die islamistischen Parteien wie JUI(F) und JI deutliche Erfolge einfuhren (zusammen 23 Sitze) und die PML(N) sich von 5 auf 16 Sitze steigern konnte. Andererseits war nicht zu erwarten, dass Imran Khans PTI einen Satz von 0 auf 45 Sitze machen und damit zur deutlich stärksten Partei im Provinzparlament werden würde. Einerseits wird dies zu einem existentiellen Lackmustest für das wirkliche Potential der PTI, andererseits liegt bei einer Analyse des Wahlergebnisses die Schlussfolgerung nahe, dass die künftige Politik der Provinzregierung eine deutliche Nähe zu den militanten islamistischen Paschtunen-Formationen aufweisen wird.

Im neuen Provinzparlament von Balochisten sind wiederum nur fünf Parteien vertreten, aber mit einer völlig veränderten Sitzverteilung. Faktisch sind nur die die PML(N) mit 17 und die PMAP mit 14 Sitzen in der Provinzversammlung mit insgesamt 65 Sitzen von Bedeutung. Wenn man berücksichtigt, dass die Provinz die territoriale Basis von drei gefährlichen Destabilisierungskräften ist – pakistanische Taliban, Al-Qaida und bewaffnete ethnonationalistische Belutschen-Gruppen – und zudem weiß, dass die Provinzhauptstadt Quetta seit 2002 die Kommandozentrale der afghanischen Taliban (Mullah Omars Quetta-Schura) darstellt, dann geht es dort nicht allein um eine katastrophale Sicherheitslage für die Bevölkerung – man spricht von der faktischen Unregierbarkeit der Provinz –, sondern um sehr spezifische Bedingungen für jegliche Regierungstätigkeit.

## Zur Einordnung der Wahlen

Wie bereits erwähnt, war angesichts des Terrors von Taliban und anderer Jihadisten-Gruppen und ihrem mit offenen Drohungen verbundenen Aufruf zum Wahlboykott allein schon das Stattfinden der Wahlen und ihr trotz vieler Toter im wesentlichen planmäßiger Verlauf – nur in einem einzigen Wahlkreis in FATA musste die Wahl aus Sicherheitsgründen abgesagt werden<sup>21</sup> – eindeutig positiv einzuschätzen. Die zahlreich in Pakistan anwesenden internationalen Wahlbeobachtermissionen bestätigten dies in ihren Berichten ausdrücklich.

Das deutliche Ansteigen der Wahlbeteiligung von 44 (2008) auf 55 Prozent der Wahlberechtigten, das erstmalige Überschreiten der 60-Prozent-Grenze in der Hauptstadt und im Punjab macht Hoffnungen auf ein künftig stärkeres politisches Interesse der Bevölkerung und ist ein erfreuliches Zeichen. Der Ausgang dieses Trends bleibt jedoch offen, wenn wir in Rechnung stellen, dass der starke Anstieg der Wahlbeteiligung im Punjab zum Erdrutschsieg der konservativen, proislamistischen Partei von Nawaz Sharif geführt hat.

Der langfristig wichtigste Aspekt war, dass zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans eine zivile Regierung tatsächlich über die volle Legislaturperiode im Amt blieb und die politische Macht an eine neue, gleichfalls gewählte Regierung übergab, statt wie bisher durch einen Militärputsch, politische Intrigen oder eine präsidiale Verfügung aus dem Amt gejagt zu werden. Die Armee musste lernen, dass es



auch ohne ihre Machtübernahme möglich ist, das Land zu regieren. Es ist zu hoffen, dass diese Botschaft bei der Armeeführung angekommen ist.

Die Einordnung der Wahlen kann allerdings nicht bei den genannten positiven Momenten stehen bleiben. Ohne zu stark ins Detail gehen zu wollen, ist eine Reihe von Aspekten zu nennen, die wesentlichen Einfluss auf die gesamte Legislaturperiode, ja sogar auf die Politik Pakistans darüber hinaus haben werden:

Die drastische Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in der National Assembly und den Provinzversammlungen macht deutlich, dass erstens der Bonus einer demokratischen Machtausübung in Pakistan heute keine Mehrheiten bei Wahlen mehr bringt; dass zweitens die schlechte Wirtschaftslage, die unbewältigten sozialen Probleme und der Zustand des Bildungswesens eine Wechselstimmung produzieren, die allerdings auf illusorischen Erwartungen an die Nachfolge-Regierung basiert; dass drittens die unübersehbare weitere Islamisierung der pakistanischen Gesellschaft und die ungehinderte Propagierung eines radikalen, fanatischen und militanten Islamismus sich zwangsläufig auch im Wahlverhalten reflektiert.

Der Südasien-Korrespondent des Neuen Deutschland, Hilmar König, berichtet: „Überschwänglich feiern Medien in Islamabad und im Ausland den Wahlsieg der Pakistanischen Muslimliga unter dem reichen Industriellen Nawaz Sharif als ‚historischen Meilenstein‘.<sup>22</sup> Und der politisch sehr aktive Generalleutnant a. D. Talat Masood erklärte nach der Wahl: „Pakistan sollte nun, wenn nicht als voll demokratisches Land, dann wenigstens als angemessen demokratisches Land behandelt werden.“<sup>23</sup> Die euphorischen Kommentare in Pakistan, aber auch im Ausland, über den Sieg der Demokratie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit der pakistanischen Wählerschaft keine wirkliche Beziehung zur Demokratie hat, denn „Demokratie“ trat ihr in Pakistan bislang vor allem in Tateinheit von Machtmissbrauch, überbordender Korruption,<sup>24</sup> Vetternwirtschaft und völliger Abgehobenheit der Oberschichten, einschließlich der politischen Klasse, von den Existenzbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung entgegen. Es nimmt daher nicht Wunder, dass sich bei einer repräsentativen PEW-Umfrage eine deutliche Mehrheit für ein auf der Scharia basierendes islamistisches Regime oder wenigstens eine Militärdiktatur aussprach.<sup>25</sup> Das Gefährlichste an diesem Sachverhalt besteht darin, dass eine solche Position auch von der Jugend eingenommen wird.

Während die Wahlen von 2008 die islamistischen Parteien in die politische Bedeutungslosigkeit schickten, schlug das Pendel am 11. Mai 2013 in die entgegengesetzte Richtung aus. Nicht nur, dass die offen islamistischen Kräfte deutlich und in Khyber-Pakhtunkhwa drastisch gestärkt aus den Wahlen hervorgingen, wurden auch jene Parteien, deren Grenzen zum Islamismus durchaus fließend sind, die eigentlichen Wahlsieger. Einschätzungen, dass die islamistischen Kräfte in der parlamentarischen Landschaft Pakistans bedeutungslos wären, können daher nicht geteilt werden.<sup>26</sup> Wir werden noch erleben, wie weit das Kabinett Nawaz Sharif mit diesen Kräften kooperiert und kollaboriert.

Die Wahlen vom Mai 2013 haben zu einem politischen und ideologischen Rechtsruck in Pakistan geführt. In den Vertretungskörperschaften gibt es ein deutliches Übergewicht konservativer Kräfte, was für künftige gesellschaftliche Entschei-

dungen erhebliche Folgen haben wird. Bereits der Wahlkampf hat eine starke Annäherung der konservativen bürgerlichen Parteien an islamistische Gesellschaftsvorstellungen gezeigt.

Die Exekutive liegt in der jetzigen Legislaturperiode weitgehend in der Hand der dominanten punjabischen Regionalbourgeoisie. Mit einem Stahlindustriellen als Premierminister und einem Textilindustriellen, Mamnoon Hussain, als Staatspräsidenten,<sup>27</sup> verbindet die PML(N) eine proislamische Grundposition komplikationslos mit einem neoliberalen Wirtschaftskonzept. Über soziale Demagogie hinaus besitzt sie keine wirkliche Beziehung zur Dimension der sozialen Frage in Pakistan. Aus ihrer Grundüberzeugung heraus, dass Punjab und Pakistan identisch sind, agiert sie einerseits prononciert nationalistisch und hat andererseits seit 1947 noch niemals eine demokratische Haltung zu den anderen ethnischen Bevölkerungsgruppen in Pakistan und ihren legitimen Interessen eingenommen. Die Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik der PML(N)-Regierung muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Der überwältigende Sieg Nawaz Sharifs und die Tatsache, dass die Armee in der vergangenen Legislaturperiode in den Kasernen blieb, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Streitkräfte weiterhin der eigentliche Machtfaktor in Pakistan bleiben und das nicht allein auf Grund ihres militärischen Machtpotentials, ihrer hohen Organisiertheit und ihrer kurzfristigen Mobilisierungsfähigkeit. Höchst bedeutsam ist über das Militärische hinaus, dass die Armee seit den neunziger Jahren in allen Bereichen der pakistanischen Gesellschaft Fuß gefasst hat – von der Wirtschaft, wo die Streitkräfte der größte Eigentümer von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche sind und nahezu 50 Prozent des industriellen Sektors direkt kontrollieren, über den Dienstleistungssektor mit zahllosen armeeeigenen Firmen und Ketten bis hin zum Bildungswesen und den wissenschaftlichen Instituten und Universitäten. Die Streitkräfte sind daher heute auch ein bedeutender Faktor in den zivilen Machtstrukturen. Es gibt keine Entscheidung von gesamtstaatlicher Tragweite an ihnen vorbei oder gegen sie. Das würde ein qualitativ völlig neues Eigengewicht der tatsächlich zivilen Kräfte voraussetzen. Das wird ein außerordentlich schwieriger und zudem sehr langwieriger Prozess, nicht zuletzt deshalb, weil sich in der letzten Zeit die Gerüchte verdichten, dass sich zumindest Teile der Armeeführung bestimmten Positionen der Islamisten annähern. So erklärte der Chef der Streitkräfte (COAS), General Ashfaq Pervez Kayani kürzlich, dass der Islam die Basis für die Gründung Pakistans war und dass er deshalb niemals von der Politik getrennt werden dürfe.<sup>28</sup>

In summa bedeutet das, wir haben als politische Grundlinie eine Mischung aus Wirtschaftsliberalismus, nationalem Populismus und politischem Islam zu erwarten.

### Nichts Neues in Pakistan?

Der Südasien-Korrespondent der Berliner Zeitung hat den Wahlausgang treffend als „Entscheidung für das alte Pakistan“ bezeichnet.<sup>29</sup> Mit Nawaz Sharif wurde nicht nur ein Mann aus einem der reichsten Unternehmerclans Pakistans zum Premierminister gewählt, der bereits zwei Amtszeiten vorzeitig an die Wand gesetzt hat. Er hat sich nicht durch politische Kompetenz hervorgetan und sich statt dessen als bedenkenloser politischer Demagoge erwiesen, der stets auf ein Maximum an persönlicher Macht aus war und nicht nur allgemein mit dem politischen Islam flirtete, sondern in sei-



ner zweiten Amtszeit (1996 – 1999) auch offen Sympathien für die Taliban bekundete. Er agierte schließlich 1999 als politischer Hasardeur, als er der aus Sri Lanka heimkehrenden Delegation der Armeeführung mit General Pervez Musharraf die Landung in Karachi verweigerte und damit faktisch den folgenden Militärputsch auslöste. Es ist angesichts dieser Vita geradezu grotesk, dass Sharif nach der Wahl das Ergebnis als Sieg des kleinen Mannes bezeichnete.

Sharif ist genau so korrupt wie die meisten pakistanischen Politiker, auch gegen ihn ist ein Bündel von Verfahren anhängig, die aber interessanterweise den Obersten Richter Chaudhry nicht auf den Plan riefen. Christine Möllhoff vom Tagesspiegel schrieb schon im April, dass Chaudhry nachgesagt würde, mit Oppositionsführer Nawaz Sharif von der PML(N) zu sympathisieren und dass Gerüchte umliefen, Sharif habe Chaudhry den Präsidentenposten versprochen.<sup>30</sup> Der Unterschied zwischen Sharif und anderen Politikern besteht in der Causa Korruption im wesentlichen nur darin, dass der Multimillionär Sharif primär nicht der Bestochene ist, sondern der Korruptierer. Hier steht ganz einfach im Raum, was man von einem solchen Premierminister realistisch erwarten kann.

Im Wahlkampf propagierte er seine Erfahrungen als Geschäftsmann, sprach von freier Marktwirtschaft, Kürzung der Staatsausgaben, von notwendigen Privatisierungen und der Lösung systemischer Probleme, wie zum Beispiel des Energiedefizits.<sup>31</sup> Letzteres ist tatsächlich eines der gravierendsten Entwicklungsprobleme Pakistans, summieren sich doch zuletzt die täglichen Stromabschaltungen auf 20 Stunden und standen ganze Industriezweige faktisch still. Aber unabhängig vom tatsächlichen Willen des Kabinetts, die wirtschaftlichen und finanziellen Grundprobleme in den Griff zu bekommen – beispielsweise zahlt nur eine Million von 180 Mio. Einwohnern überhaupt Steuern und selbst von den „Volksvertretern“ fast niemand<sup>32</sup> – ist es angesichts der Größenordnungen klar, dass dies mit pakistanischen Ressourcen nicht zu bewältigen ist und zweistellige Milliardenbeträge internationalen Kapitals erfordern würde. Es bleibt abzuwarten, ob der IWF und andere Donoreinrichtungen bereit wären, in ein solches Abenteuer zu investieren.

Angesichts der Erfahrungen mit pakistanischen Wahlsiegern ist es wenig erhellend, auf das als Programm bezeichnete Füllhorn materiell ungedeckter Versprechungen einzugehen. Im Frühsommer 2014 wird sich zeigen, was sich überhaupt verändert hat und in welcher Richtung. Es bleibt zu befürchten, dass sich an den seit Jahrzehnten wirkenden mafiotischen Strukturen der Machterlangung, der Macht ausübung und des Machtmissbrauchs qualitativ nichts ändern wird. Es ist immerhin bezeichnend, dass in den deutschen Medien so gut wie keine Kommentierung der deklarierten Politik der neuen Regierung stattfindet. Die schweigende Kenntnisnahme ist ein gewisses Indiz für eine ähnliche Einschätzung.

## Ausblick

Die langjährige intensive Beschäftigung mit der Entwicklung in Pakistan zeigt, dass trotz aller Verschiebungen in der politischen Kräftegruppierung die Hauptakteure die gleichen sind, wie nach den Wahlen von 2008. Damit werden auch die gravierenden Probleme Pakistans bleiben. Es war festgestellt worden, dass ein demokratischer Machtwechsel durch eine Wahl für pakistanische Verhältnisse eine Errungen-

schaft ist. Dies sollte aber nicht als Sieg der Demokratie überinterpretiert werden, denn wie ausgeführt, ist der paradoxe Zustand eingetreten, dass sich durch diese Wahl das politische Klima in Pakistan sichtbar zu Ungunsten der Demokratie entwickelt hat, wenn wir diese nicht auf das formale Wahlrecht reduzieren. Die politische Entwicklungsperspektive ist daher durchaus unsicher.

Bei allen Unsicherheiten über den tatsächlichen Kurs Pakistans in den kommenden Jahren ist eines gewiss – die systemische, alle Strukturen und Institutionen des nachkolonialen Staates und seines politischen Systems erfassende Krise konnte weder 2008 bis 2013 überwunden werden, noch wurde sie durch die Wahlen von 2013 auch nur entspannt. Sie ist die harte Realität, mit der nicht nur das dritte Kabinett Nawaz Sharif und das politische System, sondern die gesamte pakistanische Gesellschaft konfrontiert bleibt. Und ob die bestehenden elementaren Widersprüche und Konflikte politisch ausgehalten und ausgetragen werden können, hängt nicht nur von der Politik der Regierung und von der bewaffneten islamistischen Opposition ab, sondern in hohem Maße vom Standort und der Haltung der pakistanischen Streitkräfte.

Die in Brüssel ansässige internationale International Crisis Group (ICG) formulierte die Perspektive zurückhaltend, aber eindeutig so: „Wenn es die Errungenschaften der vergangenen fünf Jahre konsolidiert und die lange überfälligen legislativen Reformen auf den Weg bringt, kann das neue Parlament eine vitale Rolle spielen. Es kann demokratisches Regieren nachhaltig machen. Wenn jedoch die regierende Partei und ihre parlamentarische Opposition die Legislative für die Begleichung politischer Rechnungen benutzen, werden die Errungenschaften (des demokratischen Übergangs – D.W.) schnell verlorengehen. Das Gleiche wird mit den Chancen des Landes geschehen, dem eingeschlagenen demokratischen Weg weiter zu folgen.“

## Anmerkungen

- 1 Siehe Weidemann, Diethelm / Schied, Michael, „Die Wahlen vom 18. Februar 2008 in Pakistan: Ausgangssituation, Einordnung, Trends“, in: *DIE LINKE international*, Berlin, Nr. 2/2008(39), S. 73 – 79.
- 2 Zur Krise Pakistans siehe Hippler, Jochen, *Das gefährlichste Land der Welt? Pakistan zwischen Militärherrschaft, Extremismus und Demokratie*, Köln, Kiepenheuer & Witsch 2008; Wagner, Christian, *Brennpunkt Pakistan. Islamische Atommacht im 21. Jahrhundert*, Bonn, J. H. W. Dietz 2012; Weidemann, Diethelm, „Crisis of the State in Pakistan – Roots and Evolution“, in: Neelsen, John P./Malik, Dipak (eds.), *Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation-Building and Fragmentation*, New Delhi, Manohar 2007, S. 83 – 117; Ders., *Krise ohne Ende? Die chronische systemische und institutionelle Krise des Staates in Pakistan*, in: Neumann, Marlène/Schied, Michael (Hrsg.), *Asien. Geschichte, Konflikte, Transformationen*, Berlin, trafo Verlag 2012, S. 33 – 58.
- 3 AfPak – Codename für die von Barack Obama im März 2009 verkündete Strategie zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan unter Einbeziehung der Nachbarländer, besonders Pakistans.
- 4 Chaudhry ließ Premier Gilani wegen „Missachtung des Gerichts“ des Amtes entheben und von den Wahlen ausschließen, weil er auf der institutionellen Immunität des Präsidenten beharrte. Zu Chaudhrys Aktionen am Rande der Legalität siehe Commonwealth Secretariat, *Pakistan General Elections*, 11 May 2013. *Report of the Commonwealth Observer Mission*, S. 4 – 5 (im folg. Report of the COM). Siehe auch Möllhoff, Christine, „Pakistans Justiz schlägt zurück“, in: *Der Tagesspiegel*, Berlin, 69 (24.4.2013) 21669, S. 5 (im folg. Tagesspiegel).
- 5 Siehe Standke, Olaf, „Der Fall Musharraf“, in: *Neues Deutschland*, Berlin, 68 (20. – 21.4.2013) 92, S. 8 (im folg. ND).
- 6 Siehe beispielsweise Pakistan Muslim League (N), *National Agenda for Real Change. Strong Economy – Strong Pakistan. Manifesto 2013*, S.L., S. 106 f.; *Pakistan Tehreek e Insaaf. PTI Manifesto Election 2013. Inshallah Naya Pakistan. Justice – Peace – Prosperity*. S. L., S. 45 f.



- 7 Imran, Ali/Ilahi, Aameena, *Amid Heightened Insecurity, Pakistan's Election Observers Get Ready*. (8 May 2013) <http://asiafoundation.org/in-asia/2013/05/08/amid-heightened-insecurity>.
- 8 Ebenda.
- 9 European Union Election Observation Mission Pakistan 2013, *Preliminary Statement: A competitive and improved election process in Pakistan despite militant violence and procedural shortcomings*, 13.5.2013, S. 3., <http://www.euom.eu/pakistan2013> (im folg. EUOM, Preliminary Statement).
- 10 Zit. n. Report of the COM, S. 12 ff.
- 11 EUOM, Preliminary Statement, a. a. O., S. 2.
- 12 Ebenda, S. 1.
- 13 Germund, Willi, „Wahlkampf im Belagerungszustand“, in: *Berliner Zeitung*, 69 (10.5.2013) 107, S. 8.
- 14 EUOM, Preliminary Statement, a. a. O., S. 2 ff.
- 15 Siehe Germund, „Wahlkampf im Belagerungszustand“, a. a. O.
- 16 Ebenda.
- 17 Siehe ebenda.
- 18 Siehe EUOM, Preliminary Statement, a. a. O., S. 8.
- 19 Aicken, Gareth/Ilahi, Amina, „Pakistan's elections Give Grounds for Hope“, (15.5.2013), <http://asiafoundation.org/in-asia/2013/05/15/pakistansselections>. Siehe dazu auch „Progress in Pakistan: Report from the 2013 Elections“, (12.6.2013). <http://www.ned.org/for-reporters/progress-in-pakistan>.
- 20 Germund, Willi, „Entscheidung für das alte Pakistan“, in: *BLZ* 69 (13.5.2013) 109, S. 7.
- 21 Siehe EUOM, Preliminary Statement, a. a. O., S. 9.
- 22 König, Hilmar, „Grenzenloses Hoffen“, in: *ND* 68 (13.5.2013) 109, S. 4.
- 23 Leiby, Richard, „Pakistan's Nawaz Sharif locks down victory“ (12.5.2013), <http://w.post.com/world/asiapacific/pakistans-nawaz-sharif-locks-down-victory/2013/05/12/1518f84ba2-bb0a-11e2-b537-ab47f0325f7cstory1.html>.
- 24 Najam Sethi, der Herausgeber der kritischen *The Friday Times* in Lahore, machte darauf aufmerksam, dass im Punjab selbst die Leitung von Polizeistationen nach Beziehungen vergeben wird und dass auch Richter und Anwälte weitgehend korrupt sind. Möllhoff, Christine, „Land der unberechenbaren Möglichkeiten“, in: *Tagesspiegel* 69 (22.4.2013) 21667, S. 6.
- 25 Abgerundet wird diese Position auch dadurch, dass für die meisten Muslime Pakistans Religionsfreiheit als Freiheit von anderen Religionen verstanden wird und dass 80 Prozent der pakistanischen Muslime für „abtrünnige“ Muslime die Todesstrafe fordern. Tkalec, Maritta, „Freiheit von anderen Religionen“, in: *BLZ* 69 (7.5.2013) 105, S. 7., Siehe auch König, Hilmar, „Auf dem Weg zu einem ‚neuen‘ Pakistan?“ in: *ND* 68 (11./12.5.2013) 108, S. 2.
- 26 Siehe den Beitrag „Klarer Betrug“ und „relativ fair“ im *ND*, in dem die islamistischen Parteien als bedeutungslos bezeichnet werden. In: *ND* 68 (14.5.2013) 110, S. 7.
- 27 Siehe u. a. König, Hilmar, „Pakistan sucht neuen Präsidenten“, in: *ND* 68 (30.7.2013) 175, S. 8; Ders., „Mammoon Hussain neuer Präsident Pakistan“, in: *ND* 268 (31.7.2013) 176, S. 1.
- 28 König, „Auf dem Weg zu einem ‚neuen‘ Pakistan?“ a. a. O.
- 29 Germund, „Entscheidung für das alte Pakistan“, a. a. O.
- 30 Möllhoff, Christine, „Von der Villa ins Polizei-Hauptquartier“, in: *Tagesspiegel* 69 (20.4.2013) 21665, S. 7.
- 31 Leiby, a. a. O.; König, „Auf dem Weg zu einem ‚neuen‘ Pakistan?“ a. a. O.
- 32 Germund, Willi, „Der dritte Versuch“, in: *BLZ* 69 (6.6.2013) 129, S. 6.
- 33 International Crisis Group (ICG), *Parliament's Role in Pakistan's Democratic Transition*, Islamabad/Brussels 18.9.2013, S. 37 (Asra Report No. 249)



## Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

**Redaktion:** Helmut Ettinger (V.i.S.d.P. Oliver Schröder)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: [fip@die-linke.de](mailto:fip@die-linke.de), Web-Site: <http://die-linke.de>

**Redaktionsschluss:** 14. Oktober 2013

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko und Hilde Ettinger.

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

